Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 100 JANUAR 1993 50 Pfennig

Stalinismus – Totengräber der Revolution

Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde



Spartacist

Am 7. November war der 75. Jahrestag der bolschewistischen Revolution. Aber der Arbeiterstaat, den die bolschewistische Macht geschaffen hatte, die bei weitem größte Errungenschaft des internationalen Proletariats und ein riesiger Schritt vorwärts für die Menschheit, hat sein 75. Jahr nicht überlebt. Die Periode der offenen Konterrevolution, die von Boris Jelzins proimperialistischem Gegenputsch im August 1991 eingeleitet wurde, kulminierte angesichts des Ausbleibens von Massenwiderstand der Arbeiterklasse in der Schaffung eines bürgerlichen Staates, wie zerbrechlich und reversibel dieser auch sein mag. Die Aufgabe, vor der das sowjetische Proletariat heute steht, ist eine sozialistische Revolution, um die Macht des Proletariats wiederherzustellen und die Sowjetunion auf der Grundlage von Lenins und Trotzkis bolschewistischem Internationalismus wiederzuschmieden.

Der Aufstieg Jelzins und der kapitalistisch-restaurativen Kräfte, die ihn unterstützen, war ein zentrales Ereignis für die Entscheidung über das Schicksal der Sowjetunion, aber dies war nicht die Entscheidung selbst. In unserem Artikel über den August 1991 „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!", der sofort ins Russische übersetzt und in mehr als 100000 Exemplaren in der ganzen

Fortgesetzt auf Seite 14

Für sozialistische Revolution, um Jelzins Konterrevolution wegzufegen!

1923,1975,1992... SPD torpediert Kampf gegen § 218

Arbeiter in Ost und West: Kämpft für Rechte der Frauen!

Seit Anfang Dezember schmieden die Verfassungsrichter von CDU und SPD ein Komplott, wie sie am besten das Recht auf Abtreibung demontieren können. Sie wollen für fast alle Abtreibungen die Kassenfinanzierung abschaffen und Abtreibungen in öffentlichen Krankenhäusern unmöglich machen. Sollen wir etwa zu Möllemanns Geistheiler gehen? Für arme, werktätige, vor allem türkische Frauen und für andere Minderheiten blieben nur solche Kurpfuscher. Nicht zufällig kommt der neue Ansturm auf das Abtreibungsrecht gleichzeitig mit dem drastischen Abbau beim Gesundheitswesen, bei Sozialprogrammen und beim Lebensstandard. Dies wird im Namen des „Solidarpakts" von SPD/DGB gemacht; die Arbeiter und die Armen sollen für die kapitalistische Wiedervereinigung und den Drang der Bourgeoisie nach Osten bezahlen.

Kostenlose Gesundheitsversorgung höchster Qualität für alle! Ersatzlose Streichung von §§ 218/219!

Jetzt ist es notwendig, die Basis der mächtigen DGB-Gewerkschaften mit ihrem starken Anteil von Immigranten zu mobilisieren, um die Paragraphen 218/219 zu Fall zu bringen und das Recht auf Abtreibung — eine einfache medizinische Prozedur und Teil der medizinischen Versorgung der Bevölkerung — zu verteidigen. *Dies muß verbunden werden* mit der Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiter und der Rechte der Frauen. *Alle* Teile der Werktätigen können in diesen Kampf einbezogen werden — Frauen und Männer, jung und alt, Immigranten und Deutsche, Ost und West. **Ersatzlose Streichung der Paragraphen 218/219! Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Nieder mit dem „Solidarpakt" der De-facto-Großen-Koalition von SPD/CDU! Für bestmögliche und kostenlose Gesundheitsversorgung und Pflege für alle!** Aber dafür muß es einen harten politischen Kampf geben, um den Würgegriff der Sozialdemokraten auf die organisierte Arbeiterbewegung zu brechen, diese Bürokraten rauszuschmeißen und eine klassenkämpferische, revolutionäre Führung aufzubauen.

Der Rundumschlag der Regierung ist ein Ergebnis der kapitalistischen Konterrevolution, die die Wirtschaft und große Teile der Arbeiterklasse in der Ex-DDR zerstörte. Gesundheitswesen und Sozialprogramme wurden zerstört, so daß die wenigen Mütter, die noch Arbeit haben, nicht arbeiten können ... wohin mit den Kindern? Weg ist das SPD/FDP-Geschwätz über „Kindertagesplätze für alle" - sie haben im Osten gerade Millionen davon *zerstört.* Eine Arbeiterin beim Waggonbau Ammendorf bemerkte, man solle den Erich doch in Ruhe lassen, denn „der hat mir wenigstens mein Babyjahr gegeben". In der DDR galt die liberalste Abtreibungsregelung in Europa. Dort soll nun über die bonapartistische Intervention des Bundesverfassungsgerichts (BVG) das restriktivste Gesetz auf dem europäischen Festland eingeführt werden.

Konfrontiert mit den riesigen Kosten ihrer Zerstörungswut, sind die Bosse heute enorm überstrapaziert und immer aggressiver. Während Bonn nationale Konflikte, soziales Chaos und Klassenkämpfe in ganz Europa entfesselt und hierzulande neue Lohnkürzungen, Karenztage, weniger Arbeitslosengeld und längere Arbeitszeit verspricht, schreien die SPD-Bonzen zwar, das sei alles ungerecht. Aber hinter verschlossenen Türen im Kanzleramt stimmen sie jeder Schweinerei zu. Beim Anschluß der DDR war die SPD das Trojanische Pferd, und jetzt trumpft sie mit ihren Forderungen von damals auf: Es soll den Arbeitern richtig weh tun.

Massive Kürzungen im Gesundheitswesen, in der Altenpflege, bei Umschulungen — alles mit dem Segen der SPD - treffen die Frauen am härtesten. Die „Gesundheitsreform" schlägt zuerst die Schwächsten der Gesellschaft - alte, chronisch kranke und pflegebedürftige Menschen. „Verhandelt" wird in Karlsruhe über Frauen als Gebärmaschinen, über Kinder als Eigentum des Deutschen Reichs: neues Kanonenfutter für die Bundeswehr. Der Angriff auf das Abtreibungsrecht soll eine Schlüsseleinrichtung der kapitalistischen Herrschaft stützen: die Familie, Quelle der Unterdrückung der Frau in der Gesellschaft. Isoliert vom sozialen und politischen Leben, dienen Frauen in der Familie als Haussklaven, kostenlose 24-Stunden-Babysitter und Erzieherinnen, Pflegerinnen der Kranken und Alten.

Doch die Regierung mit ihrem Programm - Kinder, Küche, Kirche für Frauen, Verelendung weiter Teile der Bevölkerung und „Arisierung" des ganzen Landes — ist ernsthaft angeknackst. Letzten Mai haben die Arbeiter im öffentlichen Dienst mit ihrem elftägigen Streik im Westen Kohl & Co. eine Ohrfeige verpaßt. Und die ÖTV ist die größte Frauenorganisation in Deutschland. Kohl gegenüber blieben die Arbeiter standhaft, und sie hätten viel mehr erreichen können, wenn SPD-Spitzen den Streik nicht ausverkauft hätten. Besonders die Arbeiterinnen und Arbeiter des ehemaligen deformierten Arbeiterstaats DDR wollen um ihre früheren Errungenschaften kämpfen — das Recht auf Arbeit und eine bezahlbare Wohnung, kostenlose Gesundheitsversorgung und das Recht auf Abtreibung, allgemeine Kinderversorgung.

Wie seit über 70 Jahren wollen die Sozialdemokraten dafür sorgen, daß *niemand* gegen 218/219 auf die Straße geht. Breite Schichten von wütenden SPD-nahen Frauen, besonders im DGB, wurden mit einem absurden „Protestbrief'

Fortgesetzt auf Seite 27

SPARTAKIST 

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruwert, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Mark Raphaël, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Fred Zierenberg
VERTRIEB: Michael Jäger

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint Im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 110231, 2000 Hamburg 11, Fax (040)3301 54
Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51, Fax (030)4911479
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4914548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 100 **Januar 1993**

Nach Rostock und Mölln:

Stoppt Massenabschiebungen und Nazi-Terror durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!

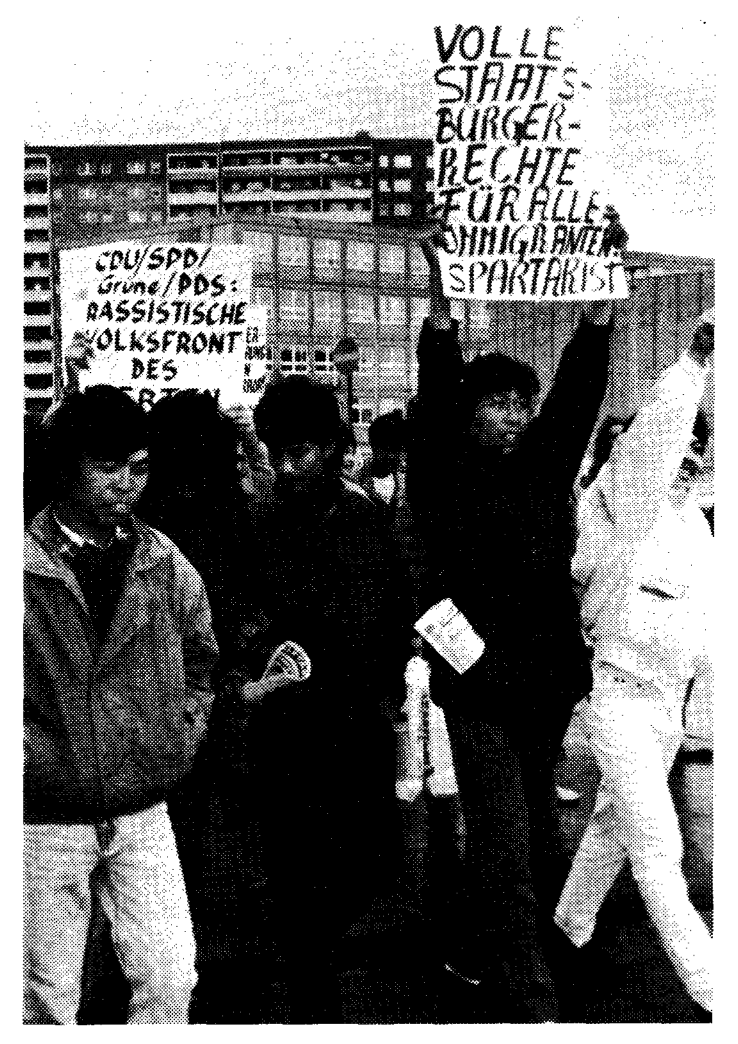
Nach dem Rostocker Nazi-Pogrom, wo neben Roma und Sinti 115 Vietnamesen nur knapp dem Tod entkamen, plant die Regierung jetzt die Abschiebung der rund 20000 DDR-Vertragsarbeiter aus Vietnam, Moçambique und anderen Ländern, die noch hier sind. Die Bourgeoisie nimmt insbesondere die Vertragsarbeiter ins Visier, als Teil ihres Rachefeldzugs gegen alles, was an die DDR erinnert. Im Zusammenhang mit rassistischen Brandanschlägen, die bis in die Tausende gehen und die vorerst in den Nazi-Morden in Mölln gipfelten, hat die SPD/CDU entschieden, Großdeutschland abzuschotten und die faschistische Parole „Ausländer raus" durchzusetzen. Erst am 3. Januar wurde der Mosambikaner Manuel T. von Nazi-Gangstern mit Baseballschlägern zusammengeschlagen - jetzt liegt er schwerverletzt im Krankenhaus. Die Spartakist-Arbeiterpartei ruft am 7. Januar zu einer dringend notwendigen Demonstration vor dem Immigrantenwohnheim in der Gehrenseestraße auf! Es ist höchste Zeit, daß die gesamte Arbeiterbewegung machtvolle Proteste organisiert und Maßnahmen ergreift, um die geplanten Massenabschiebungen zu verhindern und den Schutz der Wohnheime von Flüchtlingen und Vertragsarbeitern gegen Nazi-Terror zu organisieren!

Mit Mölln, wo langeingesessene eingewanderte Familien von Nazis ermordet wurden, wurde die mächtige westdeutsche Arbeiterbewegung mit ihrem strategischen eingewanderten Bestandteil dazu gezwungen, sich der Frage des Kampfes gegen den Nazi-Terror zu stellen.

So kam es bei Opel-Rüsselsheim, wo ein Viertel der Arbeiter Immigranten sind, zu einer spontanen Protestdemonstration, so daß sogar der Konzernchef aus Angst vor weiteren Aktionen seine Scheckbuch-„Besorgnis" ausdrückte. Arbeiter in Reinbek schlössen ihre nahe Mölln gelegene Chemiefabrik in Reinbek, und 300 überwiegend türkische Arbeiter nahmen an Protestkundgebungen teil. Danach führten türkische Arbeiter Autostreifen in Mölln durch. Immer mehr eingewanderte Arbeiter sehen die Notwendigkeit von Selbstverteidigung, und auch Schriftsteller wie Golo Mann und Ralph Giordano, weil dieser rassistische Staat keinerlei Absicht hat, sie vor den Nazis zu schützen.

Genauso sieht sich die gesamte Arbeiterklasse direKt von den geplanten Massenabschiebungen der ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter bedroht. Am 17. Dezember protestierte die IG Metall gegen die Abschiebungen. In einem Brief an die Ministerpräsidenten der Länder wies die Gewerkschaft darauf hin, daß die Nazis „durch eine Ausweisung ihre Parolen bestätigt finden". In Rostock protestierte auch der Betriebsrat der Neptunwerft. Doch es reicht nicht aus, die Abschieber nur mit Protestbriefen und -antragen zu bombardieren. IG Metall und andere Gewerkschaften mit ihren Millionen Mitgliedern müssen ihre soziale Macht in die Waagschale werfen, die sich im ÖTV-Streik im letzten Frühjahr zeigte!

Nur die Arbeiterklasse hat sowohl das Interesse als auch die Macht, den Faschisten eine wirkliche Niederlage beizubringen. Bedroht von Massenentlassungen bei Opel, Mercedes, VW und gesamten Industriezweigen, darf sie sich nicht spalten lassen und von dem kämpferischen Immigranten-Bestandteil amputiert werden. Schon die tatkräftige, organisierte Arbeiter/Immigrantenverteidigung eines Wohnheims, die auch Jugendliche, Roma, Juden, Schwule und alle an-



Spartakist

Berlin, 19. Oktober 1991: 1000 Vietnamesen und andere protestieren gegen Naziüberfälle

deren Antifaschisten organisiert, würde im ganzen Land ein Signal setzen!

Es sind die von den Engholms/Steinkühlers kontrollierten reformistischen Irreführer des DGB, die chauvinistisches Gift versprühen und sich querstellen. Die SPD, die die kapitalistische Wiedervereinigung vorangetrieben hat, setzt alles auf eine Volksfront der Klassenkollaboration und hat in jeder Frage in einer *De-facto-GToßen* Koalition mit CDU/CSU Stück für Stück deren Programm durchgesetzt. Im Namen des verrotteten „Solidarpaktes" demobilisieren SPD/DGB die Arbeiter an jeder Front gegenüber der kapitalistischen Offensive. Und von Hoesch bis zu den diversen Betriebsgewerkschaftern und Werksleitungen gibt es gemeinsame Erklärungen von Betroffenheit und über die „Menschenwürde".

Angesichts des massiven Drucks in den Betrieben boten die Gewerkschaftsbürokraten impotente Schweigeminuten an. Jetzt ruft eine Gruppe von Berliner Gewerkschaftern und Betriebsräten in Zusammenarbeit mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft zu einem Viertelstundenstreik am 29. Januar auf, dem Vorabend des 60. Jahrestags der

Fortgesetzt auf Seite 4

Stoppt Abschiebungen...

Fortsetzung von Seite 3

Machtergreifung Hitlers. In „Kettenbriefen" wird von den Berliner Organisatoren festgestellt: „Der Generalstreik der deutschen Gewerkschaftsbewegung fand 1933 nicht statt. Heute gilt es zu beweisen, daß wir aus der Geschichte gelernt haben." Doch aus der Geschichte zu lernen heißt gerade, den schrecklichen Verrat der SPD und der Stalin/Thälmann-KPD nicht zu wiederholen, die nicht nur den Generalstreik in letzter Minute sabotiert haben, sondern auch jede gemeinsame Kampfmaßnahme gegen die Nazis. Die Trotzkisten kämpften damals für die Massen-Arbeitereinheitsfrontaktionen, die die Nazis gestoppt hätten. Statt Schweigeminuten mit den Bossen, um der „Greueltaten der Nazidiktatur zu gedenken", brauchen wir solche Aktionen, die Nazi-Greueltaten *heute* stoppen.

Dazu ist es jedoch vor allem notwendig, die *politische* Kontrolle den Händen der Bürokraten zu entreißen. Diese Leute fürchten die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse mehr als alles andere und wollen die Kampfbereitschaft der Arbeiter in deutschnationale Proteste nach Vorbild der Lichterketten für das „Ansehen im Ausland" umwandeln. (Es war bezeichnend für diese „antirassistischen" Lichterketten, daß sich sogar die Friedrichshainer Republikaner an Berliner Lichterketten beteiligten!) Die Kapitalisten wollen genau wie die Bonner Heuchler nicht nur ihre Exporte ins Ausland fördern, sondern auch mit gutem Gewissen die Flüchtlinge abschieben, während ein Teil der Immigranten als Arbeitssklaven „ganz unten" ausgepreßt werden soll. Die gleiche Art von „Antirassismus" zeigt sich auch in den Forderungen nach Quoten, wie sie die Grünen verlangen, oder der PDS-Forderung nach einem Zuwanderungsgesetz „mit kühlem Kopf (*Neues Deutschland*, 9. November). Die PDS, deren Ex-Vorsitzender Gysi mit dem DSU/CDU-Diestel klüngelt, beteiligt sich mit der Forderung nach „mehr Polizei" an der rassistischen Hetze von Seiters/Heckelmann.

Zuerst wurden die Flüchtlinge verfolgt, vor allem Roma und Sinti, die schon im Dritten Reich Opfer des Nazi-Völkermords waren. Als Sündenbock für die verheerenden Auswirkungen der kapitalistischen Wiedervereinigung werden sie kriminalisiert und jetzt systematisch deportiert. *Stoppt Kohls/Lafontaines Massenabschiebungen der Roma! Alle,* die hier leben, müssen gleiche Rechte haben. *Volle Staatsbürgerrechte ßr alle Immigranten!*

Nach dem Möllner Massaker tauchte der Schrei „gegen Gewalt" auf, weil die Bourgeoisie in Panik geriet, daß die türkischen und kurdischen Arbeiter ihre Selbstverteidigung organisieren. „Gewalt" ist der Polizeiterror gegen Antifaschisten und Immigranten — wie im SPD-regierten Hamburg, wo nach der Trauerfeier für die Mordopfer von Mölln türkische Demonstranten am Flughafen von der Polizei brutal niedergeknüppelt wurden, darunter der Vater der 10jährigen Yeliz Arslan. Der Aufruf zum „Verbot" der Faschisten schafft nur gefährliche Illusionen. Der Staat behauptet sein „Gewaltmonopol", um Antifaschisten zu verfolgen und die Büros und Wohnungen von Linken und Immigranten zu überfallen und sie zu unterdrücken.

Zehntausende von Jugendlichen sind auf die Straße gegangen, um gegen die rassistische Asylpolitik von Regierung und SPD und gegen die Nazi-Überfälle zu protestieren. Einige Gruppen von jungen Deutschen und Immigranten versuchten, auf eigene Faust bekannte Nester von den Nazis

Fortgesetzt auf Seite 10

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Wohnheimverteidigung in Niedersachsen

Der folgende Bericht zeigt die Bereitschaft von vielen Jugendlichen, die Nazi-Brandstifterbanden zu stoppen. Der Weg vorwärts für antifaschistische Jugendliche ist, ihre Bereitschaft, die Nazis zu stoppen, mit der Macht der organisierten Arbeiterklasse zu verbinden.

Ich möchte Euch mit diesem Brief über Angriffe auf Flüchtlingswohnheime in Winsen/Luhe und den Versuch, eine Verteidigung aufzubauen, informieren. Am 09.11.92 fand in Winsen eine Demonstration gegen Fremdenhaß mit 1700 Teilnehmern statt, nachdem wenige Tage zuvor eine Nazibande versuchte, das Flüchtlingswohnheim in der Bahnhofstraße in Brand zu setzen. Diesen Versuch wiederholten sie am 29.11.92. In der Bahnhofctraße gelang es ihnen nicht, da sie von einigen Anwohnern überrascht wurden und flüchteten. Daraufhin fuhren die Faschisten zum Flüchtlingswohnheim „Altneuland", wo es ihnen gelang, einen Brandsatz durch ein Fenster in den Wohnraum einer rumänischen Familie zu werfen/Glücklicherweise gelang es der Familie sofort, das Feuer zu löschen. Nach Verhaftung der Bande wurden drei von ihnen sofort wieder freigelassen, gegen die beiden anderen Täter wurde Haftbefehl wegen „Verdacht" des „versuchten" Mordes und menschengefährdender Brandstiftung erlassen. Am Montag nach dem Anschlag gab es in Winsen eine spontane Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit. Diese Demonstration wurde von Schülern des Winsener Wirtschaftsgymnasiums organisiert, zu der 900 Teilnehmer erschienen. Am 2.12.92 gab der „Winsener Anzeiger" bekannt, daß sich in Winsen Bürger zusammengefunden haben, die in Zukunft Rundgänge um die Immigrantenwohnheime machen und im Falle einer möglichen Bedrohung die Polizei verständigen wollen. Da wir Winsener Antifaschisten das Anrufen der Polizei für nutzlos halten, besuchte ich mit meinem Freund, der mit mir das gleiche Praktikum absolviert, die Flüchtlingswohnheime, und wir organisierten mit den Flüchtlingen und zwei weiteren Antifaschisten, einem Studenten und einem Gymnasiasten, sofort eine Telefonkette, die dann ausgelöst wird, wenn Gefahr droht. Das soll der Anfang für eine Verteidigung sein, für die wir weitere Unterstützung suchen.

Daniel E.

Hunderte DDR-Vertragsarbeiter protestieren in Magdeburg

Nicht Kerzen - Klassenkampf muß brennen!

Die Magdeburger Kundgebung am 13. Dezember wurde als eine Demonstration gegen Massenabschiebungen angekündigt. Als wir zu dem Hallenser Wohnheim gingen, in dem hauptsächlich mosambikanische Kollegen wohnen, wurden wir (wie auch sonst immer) gut aufgenommen, besonders von unseren Abonnenten, und wir entschieden, mit mehreren SpAD-Genossen nach Magdeburg zu fahren. Wir wurden aber mißtrauisch, als wir ein Plakat darüber am Wohnheim sahen, das vom Ausländerbeauftragten unterschrieben war. Das ist der Typ, der in der *Mitteldeutschen Zeitung* einen Hetzartikel gegen uns und die erfolgreiche antifaschistische Demonstration vom 2. November 1990 geschrieben hat (siehe *Spartakist* Nr. 79, 6. November 1990).

Diese Kundgebung wurde organisiert von Leuten, die mitverantwortlich sind für die Ausweisung dieser eingewanderten Arbeiter. Wie konnten wir daher wissen, daß sie nicht planten, die Arbeiter direkt zur Abschiebung zu fahren. Im Bus wurden dann unsere Befürchtungen in einem „Witz" ausgedrückt. Der Hausmeister des Wohnheims rief den Vertragsarbeitern zu: „Ihr denkt, ihr fahrt jetzt nach Magdeburg, aber dieser Bus geht zum Tempelhofer Flughafen." Einer der SpAD-Genossen, der in der Nähe saß, protestierte sofort dagegen. Es waren ungefähr die Hälfte aller in Halle verbliebenen mosambikanischen Arbeiter im Bus, etwa 40 von 75. Es waren einmal 370. Die Mosambikaner in Halle, die noch Arbeit haben, müssen ab Januar 30 DM pro Nacht pro Bett ausgeben. Damit bleibt ihnen ungefähr 300 DM im Monat zum Leben.

Im und am Magdeburger Dom, wo die Veranstaltung stattfand, verkauften wir unsere Literatur, insgesamt etwa 200 Zeitungen und Flugschriften. Es gab ein besonderes Interesse an unserem Artikel „USA/China: Hände weg von Vietnam!", *Spartacist* (deutsche Ausgabe) Nr. 11, Winter 1983/84. Es waren Immigranten dort, die lange in der DDR gelebt hatten. Sie haben den *Spartakist* gekauft, weil er eine kommunistische Zeitung ist.

Innen drin haben wir mit Gruppen von vietnamesischen und afrikanischen Arbeitern geredet. Wir erklärten, daß wir gegen die kapitalistische Wiedervereinigung in der DDR gekämpft hatten, daß wir für volle Staatsbürgerrechte für alle kämpfen, die hier leben. Wir wollen Arbeiter/Immigranten-Einheitsfronten initiieren, um die Nazis zu zerschlagen. So erklärten wir, warum wir denken, daß Kerzen ein Symbol *gegen* wirklichen Widerstand gegen Rassismus und Faschismus sind. Ganze Gruppen von Arbeitern entschieden sich, die Kerzen auszupusten. Manche gaben uns ihre Adresse, viele kauften unsere Zeitung. Wir trafen Leute aus Berlin, Leipzig, Chemnitz, Magdeburg, Dresden und Halle.

Es gab auch eine deutsche Schulklasse und ein paar kirchliche Liberale, aber zu 90 Prozent waren DDR-Vertragsarbeiter dort, hauptsächlich Vietnamesen, insgesamt mehr als 500 Leute. Es waren keine bekannten Politiker zu

Fortgesetzt auf Seite 31

Bögelein aus dem Gefängnis, aber noch nicht frei

Gerhard Bögelein, der im Zweiten Weltkrieg zur Roten Armee überlief und gegen die Faschisten kämpfte, wurde im Frühjahr 1992 vom Landgericht der SPD-Stadt Hamburg zu lebenslanger Haft verurteilt für das „Verbrechen", 1947 einen Nazi-Kriegsrichter getötet zu haben. Im Dezember wurde er nun wegen Haftverschonung aufgrund seiner Krankheit vorläufig aus der Haft entlassen. Spartakisten waren mit dabei, den 69jährigen antifaschistischen Helden Bögelein aus dem Gefängnis abzuholen. Noch steht er aber mit einem Bein im Gefängnis, der Kampf für das Zufallbringen des Schreckensurteils gegen Bögelein und für die Freilassung aller antifaschistischen und linken Gefangenen geht weiter! Dafür brauchen wir entschlossene antifaschistische Demonstrationen, und besonders muß in den Gewerkschaften für die Mobilisierung der Macht der Arbeiter/Immigranten gekämpft werden.

1933: Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung

Vor 60 Jahren, am 30. Januar 1933, kam Hitler an die Macht. Der Faschismus war das letzte Aufgebot der Bourgeoisie, die kapitalistische Herrschaft zu retten und das mächtigste und am besten organisierte Proletariat der europäischen Arbeiterbewegung zu besiegen. Aber kein Schuß des Widerstands wurde gegen Hitler abgefeuert: Die Verantwortung für diese welthistorische Niederlage der deutschen und internationalen Arbeiterklasse ruht direkt auf den Schultern der Sozialdemokratie, die über die Arbeiterklasse die Hegemonie hatte, und der Stalinisten. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), die in der Weimarer Republik immerhin eine proletarische Massenpartei war, hatte unter Thälmann nach der Theorie des „Sozialfaschismus" die Sozialdemokratie zum „linken Flügel des Faschismus", d.h. zum Hauptfeind, erklärt. Diese sektiererische Politik sabotierte den gemeinsamen Kampf der SPD- und KPD-Arbeiter, der die Faschisten hätte zerschlagen und die Machtergreifung Hitlers hätte verhindern können. So wurde der Weg in die Katastrophe geebnet, obwohl viele kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter und Jugendliche zum gemeinsamen Kampf bereit waren.

Auf den 30. Januar 1933 reagierte Thälmann mit dem Satz: „Nach Hitler wirf" und ließ tatenlos zu, daß die Organisationen des Proletariats zerschlagen und zerschmettert wurden. Trotzki und die Linke Opposition (LO) kämpften mit all ihrer Kraft, um die KPD und die Komintern von ihrem selbstmörderischen Kurs zu brechen. Die Bolschewiki-Leninisten, die deutschen Unterstützer der LO, kämpften innerhalb der KPD als revolutionäre Fraktion gegen die Politik von Stalin/Thälmann und gegen den verräterischen Reformismus der SPD-Führer für eine Einheitsfront der Arbeiterklasse, um die Nazi-Terrorbanden zu zerschlagen. Vor der Machtergreifung der Nazis wurden auf Initiative der Bolschewiki-Leninisten in Städten wie Erkenschwiek und Oranienburg auch gemeinsame Schutzgruppen von SPD- und KPD-Arbeitern aufgestellt, die Arbeiterveranstaltungen erfolgreich gegen Nazi-Angriffe verteidigten. Die folgende Erklärung druckten die Bolschewiki-Leninisten in ihrer Zeitung Permanente Revolution *Nr. 5, 3. Jahrgang (1. Februarwoche 1933) ab.*

Der Terror beginnt!

Sofort handeln durch Einheitsfront

Hitler Reichskanzler!

Arbeiter wißt Ihr, was das bedeutet? Das heißt die völlige Aushungerung und Entrechtung, das heißt die Ausrottung aller aktiven Elemente des Proletariats! Darüber kann nach den Reden der Naziführer kein Zweifel sein. **Hitlers Programm ist die völlige Zerschlagung aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft,** um den Weg für eine noch ungeheuerlichere Verelendung der Arbeiterschaft zu öffnen. Sein außenpolitisches Ziel ist der **Krieg mit Sowjetrußland.** Gelänge es Hitler seine Absichten durchzuführen, so bedeutete dies eine noch nie dagewesene Niederlage für das internationale Proletariat, „denn Deutschland ist nicht nur Deutschland, sondern das Herz Europas."

Tröstet Euch nicht mit Flausen, Hitler würde bald abwirtschaften. Entweder festigt jetzt Hitler die Macht oder das Proletariat stürzt ihn und macht die Bahn frei für die Macht der Arbeiterklasse.

Jetzt noch abzuwarten, wie dies die SPD vorschlägt, ist Wahnsinn, ist Verbrechen, bedeutet, Hitler sich in seinen neuen staatlichen Positionen befestigen zu lassen, bedeutet, auch die allerletzten Trümpfe ihm in die Hand zu spielen, und damit direkt die Niederlage der Arbeiterschaft herbeizuführen.

Die faschistische Hitler-Regierung stürzen können nicht parlamentarische Mißtrauensanträge, sondern nur der außerparlamentarische Massenkampf.

Aber wie zu dieser Aktion kommen? Man muß die Voraussetzungen schaffen: die Geschlossenheit. Es genügt nicht zum Kampf aufzufordern und sich bereit zu erklären, ihn mit der SPD, dem ADGB und den christlichen Gewerkschaften durchzuführen, wie dies das ZK der KPD bisher gemacht hat. Die Lage erfordert heute von der KPD, ein offenes Spitzenangebot an die SPD- und ADGB-Führung zu machen. Man muß ein **konkretes Kampfprogramm** vorschlagen, **vor der Arbeiteröffentlichkeit die SPD- und ADGB-Führung zu Verhandlungen und Vereinbarungen auffordern,** um — bei Aufrechterhaltung der politischen Selbständigkeit der beteiligten Organisationen — unverzüglich **gemeinsame Kampforgane im Reichs- und Lokalmasstabe zu schaffen** und die Kraft des Proletariats konzentriert einzusetzen.

Das Ziel des Kampfes ist:

Fort mit der Hitler-Regierung!
Entwaffnung der braunen SA-Kolonnen!
Verteidigung aller Arbeiterorganisationen und ihres Eigentums!
Verteidigung der demokratischen Rechte des Proletariats!
Nicht abwarten, zuschlagen muß man!

SPD-Genossen! Protestiert, erzwingt die sofortige Aufnahme des Kampfes, brecht die Sabotage eurer Führer! Genossen der KPD! Seit 2 Vi Jahren schlagen wir „Trotzkisten" eine leninistische Einheitsfrontpolitik zur Besiegung des Faschismus vor, dessen Perspektiven wir richtig gezeichnet haben. Durch die Schuld der stalinschen Führung, des ZK, ist viel Zeit verloren. Noch immer hat der Reformismus ausschlaggebenden Einfluß auf die entscheidenden Teile der deutschen Arbeiterklasse. **Noch ist es möglich, in zwölfter Stunde, durch eine leninistische Einheitsfrontpolitik den Widerstand zu organisieren und das Proletariat zum Siege zu führen. Noch hat das Proletariat seine Organisationen! In seiner Hand liegt der Hebel der Wirtschaft. Jene haben nur Bajonette. Auch die Bolschewik! haben in letzter Stunde Kornilow geschlagen!**

Reißt alle Kräfte zusammen! Keine Müdigkeit, kein Zaudern!
Gemeinsame Front aller Arbeiterorganisationen:
Für die Verteidigung der KPD!
Für Einheitsfrontorgane der Arbeiterklasse!
Für die Verteidigung der politischen Rechte der Arbeiterschaft!
Für den Schutz von Partei-Gewerkschaftshäusern und der Arbeiterpresse!
Gegen die Vergeudung des Volksvermögens an die korrumpierten Osthilfebarone und die Schwerindustriellen!
Für die Arbeiterkontrolle der Produktion!
Für ausreichenden Lohn!

Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten)

Nieder mit Solidarnoœæ-Reaktion! Arbeiter an die Macht!

Bergarbeiterstreik erschüttert Walesas Polen

WARSCHAU, 21. Dezember - Zum zweiten Mal in diesem Jahr drohen Massenkämpfe der Arbeiterklasse das verhaßte „Schocktherapie"-Regime von Lech Walesa und die wackelige Koalitionsregierung der Ministerpräsidentin Hanna Suchocka, der Möchtegern-Thatcher von Polen, zu stürzen. Nach einer Welle von um sich greifenden Streiks letzten Montag sind jetzt alle Gruben in den Kohlefeldern von Slask dicht, weil die mehr als 300000 Bergleute des Landes gegen einen „Umstrukturierungs"-Plan der Regierung streiken, nach dem mehr als die Hälfte der Beschäftigten entlassen würden. Der Kohle-Streik hat auch zu Arbeitsniederlegungen bei der Eisenbahn geführt, die den gesamten Güterverkehr in Slask unterbrochen haben, wo 70 Prozent des Güterverkehrs des Landes abgewickelt werden. Jetzt stehen auch die Stahlarbeiter kurz vor der Urabstimmung.

Wie die Streikwelle von Kupfer-Bergleuten und Metallarbeitern letzten Sommer hat auch der jetzige Aufruhr die schwache polnische Regierung in eine Krise gestürzt. Der Streik zwang die Regierung, die Debatte im Sejm (Parlament) über ein drakonisches Abtreibungsverbot zu vertagen, das von der katholischen Hierarchie und der Suchocka-Regierung gefordert wird, einer Koalition von reaktionären Solidarnoœæ-Ablegern. Das Gesetz gegen Abtreibung ist bei breiten Bevölkerungsschichten verhaßt. Am Samstag stimmte der Sejm dann gegen den „Umstrukturierungs"-Plan der Regierung zur Privatisierung der Bergbau-Industrie.

Die Weigerung des Sejm, dem Wirtschaftsprogramm der Regierung zuzustimmen, hat den Zusammenbruch der Suchocka-Koalition auf die Tagesordnung gesetzt. Suchocka verhandelt panisch mit dem Solidarnosc-Gewerkschaftsführer Krzaklewski, der sich bereit erklärt hat, einen Kuhhandel mit den Bergleuten zu vermitteln, und der während des Wochenendes an der Seite der Ministerpräsidentin im Fernsehen auftrat. Und in einem Offenen Brief an die Bergleute bettelte Walesa: „Ihr könnt eine Menge gewinnen, aber auch genauso viel verlieren ... ihr könnt sogar die Regierung stürzen, aber werdet ihr irgend etwas erreichen, wird Polen irgend etwas erreichen?" Der Arbeitsminister Jacek Kuron fiel über die Bergleute her und sagte, daß ihre Forderungen darauf hinaus liefen, ein neues Gesellschaftssystem zu fordern. Tatsächlich stellt die Streikwelle die Frage, wer Polen regieren wird: die Solidarnosc-Strohmänner des IWF und des Vatikan oder die mächtige Arbeiterklasse.

Der Bergarbeiterstreik entstand aus einem zweistündigen Protest-Generalstreik am letzten Montag, zu dem der Gewerkschaftsbund der Solidarnoœæ aufgerufen hatte. Während der Streikwelle im letzten Sommer handelten die Solidarnóœæ-Gewerkschaften als Streikbrecher für die Walesa-Regierung. Sie haben mit der Regierung ein Abkommen über die Privatisierung der Staatsindustrie abgeschlossen, das die bisherigen Tarifabkommen völlig zerstört, im Austausch für 10 Prozent der Aktien der privatisierten Betriebe. Aber bei einer Arbeitslosigkeit, die in diesem Jahr 14 Prozent erreicht, und einer Inflation, die auf 40 Prozent klettert, hat Solidarnoœæ die Notwendigkeit gespürt, irgendeine Aktion zu ergreifen, um nicht den Einfluß, den sie hat, an den viel größeren exstalinistischen Gewerkschaftsbund OPZZ zu verlieren oder an die kämpferisch tönende, nationalistische Solidarnoœæ 80, deren Führung aus einer rechten Abspaltung von dem Hauptstrom der Klerikalnationalisten stammt. Letzten August beendete Solidarnoœæ 80 einen militanten Streik beim Fiat-Werk in Tychy, nachdem sie an die katholischen Bischöfe appelliert hatte, als Schlichter einzugreifen.

Die obersten Führer der OPZZ unterstützten anfänglich dieses Ausverkaufsabkommen, obwohl eine Mehrheit des Bundes dagegen war und obwohl Schlüsselsektionen wie die

Fortgesetzt auf Seite 27



Polnische Bergarbeiter-Demonstration für höhere Löhne 1990. Mit den militanten Streikaktionen in den Slasker Gruben haben die Bergarbeiter Walesas Schocktherapie-Regierung in eine Krise gestürzt

Leo Erken

Erklärung von autonomen Kommunisten und Kommunistinnen

Nachfolgende Erklärung wurde auch in der autonomen Berliner Wochenzeitung INTERIM *Nr. 217 (26. November 1992) abgedruckt.*

ERKLÄRUNG VON AUTONOMEN KOMMUNISTEN UND KOMMUNISTINNEN ZUM ANGRIFF EINIGER „AUTONOMER" AUF EINE TROTZKYSTISCHE GRUPPE WÄHREND DER ANTIFASCHISTISCHEN DEMONSTRATION ANLÄßLICH DER ERMORDUNG VON SILVIO AM 22.11.92

zu anfang möchten wir betonen, daß wir politisch mit der angegriffenen trotzkystischen gruppe starke differenzen haben.

trotzdem fanden wir es gut, daß diese genosslnnen sich spontan aus ihren bedingungen heraus zur ermordung von silvio verhielten und sowohl an der mahnwache als auch an der démonstration teilnahmen, uns mißfiel, daß sie quasi an der spitze der démonstration gingen, allerdings gab es wegen der kurzen Vorbereitungszeit keine blockabsprachen, so daß es niemandem anzulasten ist. außerdem müssen wir auch bei einer demoaufstellung wegkommen von der hierarchischen Vorstellung, daß die, welche an der spitze gehen, die demo anführen und jene, welche am ende gehen, automatisch abgewertet werden.

diese gruppe bestand aus älteren männern und frauen, die nicht „szenetypisch" aussahen und auftraten, die meisten sind wohl arbeiterlnnen, was ihrem Selbstverständnis und ihren parolen auch entsprach, die durchaus diskussionswürdig sind.

entsetzt hat uns der unverständliche angriff selbsternannter demoleiterlnnen aus der autonomen szene. zunächst verbal später auch handgreiflich gingen einige gegen diese gruppe vor. mensch muß sich vorstellen, 20jährige typen gehen gegen 40jährige frauen und männervor.

genosslnnen von uns, die sich gegen diese ausgrenzung wandten, ohne inhaltlich zu den trotzkystischen thesen Stellung zu nehmen, wurden von diesen selbsternannten „autonomen" ebenfalls beleidigt.

die inhaltlichen Statements während der verbalen auseinandersetzung ließen uns deutlich werden, hier wird nicht eine gruppe ausgegrenzt deren verhalten manchmal kritikwürdig ist, hier soll **auch ein teil unserer geschiente und kommunistischen Identität ausgegrenzt werden, dazu sagen wir: wir sind immer bereit unsere kommunistische geschiente zu vermitteln — aber auch mit allen mittein zu verteidigen, GEGEN ALLE, DIE SIE AUSLÖSCHEN WOLLEN!!!**

ein bißchen geschichtsbewußtsein sollte allen klar werden lassen, daß trotzkystlnnen die hauptopfer der stalinistischen rechtsabweichlerlnnen innerhalb der kpdsu und der komintern waren, neben anarchistinnen und anarchosyndikalistlnnen fielen trotzkystische und linkskommunistische genosslnnen der **POUM** den stalinistischen Säuberungen im spanischen bürgerlnnenkrieg zum opfer. welche mit verweis auf die ddr-geschichte meinen trotzkystlnnen ausgrenzen zu können, sollen wissen, daß sie so handeln wie die sed-verantwortlichen, die bis zum schluß trotzkistlnnen oder solche, welche sie dafür hielten, verfolgten, wir haben auch mitbekommen, daß gerade die ausgegrenzte gruppe seit jähren praktische antifaschistische arbeit leistet, der faschist **Carsten pagel** überzog jahrelang menschen aus dieser gruppe letztlich erfolglos mit prozessen, weil sie eine faschistische Veranstaltung verhindert haben.

diese fakten interessieren die maulheldinnen vom 22.11. nicht, statt dessen bestimmen sie, daß menschen, die die freilassungsforderung für erich honecker bejahen, auf der demo nichts zu suchen haben, als ein genösse von uns **freiheit für klaus croissant** rief, wurde er ebenfalls beschimpft.

wollen diese selbsternannten autonomen **ingrid strobl, karl-heinz roth, Christian geißler usw.** künftig ebenfalls ausgrenzen? die genannten haben sich in einer in der „konkret", dem „freitag", dem „ak" abgedruckten **„erklärung zum fall honecker"** die forderung nach sofortiger einstellung des Verfahrens gegen erich honecker und seine mitangeklagten zu eigen gemacht, ebenso müßte die prozeßgruppe „kielhorn/bögelein" künftig ausgegrenzt werden, die ebenfalls diese forderung vertritt, autonome/revolutionäre Zeitungen wie die **AGITARE BENE, KASSIBER ODER DAS ANGEHÖRIGEN-INFO** werden wohl auch bald auf dem index stehen, die beitrage für die freilassung von erich honecker und klaus croissant abdruckten.

die aufgezählten medien und personen zeigen, daß die diskussion innerhalb der revolutionären/autonomen zusammenhänge zum glück weiter ist, als manche berliner freiraum-verteidigerlnnen wahrhaben wollen.

besonders ermutigend erscheint uns, wie die **gefangenen aus raf und widerstand** ihre revolutionäre identität verteidigen.

jüngstes beispiel: die grußadresse von norbert hofmeister, gefangener aus dem widerstand, an die antirassistische, revolutionäre demo in bonn vom 14.11.92.

unter seinen acht forderungen ist auch die nach „einstellung der verfahren und inszenierungen gegen klaus croissant, erich honecker, willi stoph und die anderen!"

die revolutionären gefangenen wissen und spüren existentiell, daß Solidarität mehr sein muß, als Unterstützung seiner/ihrer engsten anhängerinnen, daß es außerdem darum geht, daß der brd-imperialismus alle physisch und psychisch auslöschen will, für die der kämpf um den kommunismus noch tagesaufgabe ist. damit nichts gelernt werden kann, aus den gemachten fehlem, wie es der raf-gefangene karl-heinz dellwo formulierte.

wir haben am 22.11. nicht zum ersten mal erleben müssen, wie auch sogenannte autonome die Verteidigung unserer revolutionären traditionen und identität in den dreck ziehen.

wir werden uns darauf einstellen, im wissen, daß die künftigen kämpfe diese menschen in die joschka fischers der jähre 2005 verwandeln werden.

wir haben uns aber schon entschieden: auf der seile von klaus croissant, karl-heinz dellwo, Christian klar und allen anderen revolutionärlnnen.

auf einem transparent des „internationalistischen blocks" auf der schon erwähnten bonner demo stand folgende losung, die bei keiner antifaschistischen, antirassistischen aktivität fehlen sollte:

DIE BRD BRINGT SEIT ÜBER 20 JAHREN DIE KÄMPFERINNEN GEGEN FASCHISMUS UND RASSISMUS AUS RAF UND WIDERSTAND IN DIE KNASTE

KÄMPFT MIT UNS FÜR IHRE FREILASSUNG!

AUTONOME KOMMUNISTINNEN FÜR SOZIALISMUS STATT BARBAREI

Wie wird der Nazi-Terror geschlagen

Autonome in der Sackgasse

In der letzten Zeit häufen sich Selbstbekenntnisse von den Autonomen, wie „Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler!!!" Manche meinen selber, es reiche „vorne und hinten nicht", den Aufstieg der Faschisten aufzuhalten mit ihrer Strategie von Scharmützeln gegen die Nazis und die Bullen, die die Faschisten schützen.

Gleichzeitig wollen viele Jugendliche die Nazis unschädlich machen, zum Beispiel in Halstenbek bei Hamburg, wo Deutsche, Türken und Griechen Anfang Dezember das Haus eines FAP-Führers aufsuchten. Als Autonome am 8. November 1992 Eier auf Weizsäcker warfen, drückten sie die Verachtung Tausender gegen die heuchlerischen „Demokraten" des Vierten Reiches aus.

Der rassistische Terror des Staates und der Nazis zielt mehr und mehr auf Bestandteile der Arbeiterklasse - Vertragsarbeiter im Osten und Türken/Kurden im Westen. Es brodelt in den Betrieben, die Autonomen stehen aber abseits von dieser Entwicklung. Der Kern der Autonomen ist arbeiterfeindlich. So riefen uns Autonome bei der großen Rostocker Antifa-Demo entgegen: „Lohnarbeit ist Verrat am Proletariat!". Doch tatsächlich liegen die Möglichkeiten für die Organisierung von Arbeiterschutz vor Flüchtlingswohnheimen oder anderen Zielen des Nazi-Terrors auf der Hand — so eine exemplarische Aktion hätte eine Signalwirkung im Kampf gegen die Nazis.

Weil die Autonomen immer wieder Zielscheiben einer erbarmungslosen bürgerlichen Hetze und Verfolgungskampagne gegen „Extremisten" sind, sehen viele ihre verzweifelten „Duelle" mit dem bürgerlichen Staat als aussichtslos an. Doch der politische Hintergrund ist entscheidend: Autonome sind über die antikommunistische Hexenjagd selbst polarisiert. Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus betreibt die Bourgeoisie eine Propagandaoffensive über den „Tod des Kommunismus", der die Autonomen wie ein Wirbelwind durcheinanderpustet.

So griff ein Teil der Autonomen am 22. November 1992 bei der Demo nach der brutalen Ermordung von Silvio Meier durch Faschisten, die Spartakisten an, weil der SpAD-Block „Die Arbeiterklasse wird Silvio Meier rächen" und „Freiheit für Erich Honecker!" rief. Wir konnten uns behaupten und wurden auch von Immigranten und anderen Gruppen wie den Autonomen Kommunisten und Kommunistinnen verteidigt (siehe ihre Erklärung links).

Kurz darauf, am 5. Dezember, griff eine mit Knüppeln und schweren Pflaster- und Ziegelsteinen bewaffnete Schlägerbande von sogenannten „Autonomen" auf der Berliner Antifa-Demo den Block der maoistischen Revolutionary

Fortgesetzt auf Seite 10

Leipzig: Die syphilitische Kette

Mit dem rassistischen Asylbeschluß von CDU/SPD werden die Nazis zu weiteren Terrorüberfällen angestachelt; die Staatsgewalt verstärkt ihr „Gewaltmonopol" und geht mit Hausdurchsuchungen, Verboten usw. gegen Linke und Immigranten vor. Die PDS hängt sich mit der Forderung nach „mehr Polizei" an. Und am Ende dieser syphilitischen Kette bieten sich nicht so linke und nicht so autonome Helfershelfer als antikommunistische Schläger zugunsten der rassistischen Volksfront an.

In Leipzig-Connewitz griffen in der Nacht vom 27. November 1992 mehrere Hundertschaften Bullen mit mörderischer Gewalt jugendliche Hausbesetzer an. Ein Bulle schoß auf einen 17jährigen Hausbesetzer, der nur durch Glück mit schweren Verletzungen in der Hüftgegend überlebte. Jetzt ist *er* wegen versuchten Totschlags angeklagt! Auf der nachfolgenden Demo gegen diesen brutalen Angriff wurde uns Spartakisten von Anhängern der Vereinigten Linken (VL) verboten, „gegen den Bullenterror" zu rufen, und über Lautsprecherwagen riefen sie sogar zum Verbot des *Spartakist-Verkaufs,* auf. Autonome und PDSler halfen gewaltsam, dieses Verbot durchzusetzen.

Drei Tage nach dem Anti-Asylbeschluß verbot die Leipziger Villa e.V., ein bekanntes Jugend- und Veranstaltungszentrum, eine Spartakist-Versammlung — wegen unserer Position „Nieder mit dem Bullenterror", wie sie mündlich erklärten. Ein gewisser Wanner, Geschäftsführer des Villa-Vereins (der sich einen antikommunistischen Schutztrupp von Autonomen und VLern gegen die Spartakist-Versammlung organisierte), geiferte danach in der *Leipziger Volkszeitung* (12. Dezember 1992) dagegen, daß wir „Freiheit für Honecker" fordern. Dabei griff dieser von der SPD-Stadtverwaltung finanzierte Hausverwalter auf die übelsten Verleumdungen zurück, als er hetzte, Spartakisten hätten sich gegen eine Veranstaltung der Roma gewandt, die am gleichen Abend in der Villa stattfand.

Jeder, der auch nur irgend etwas über die Spartakisten weiß, kann diese ungeheuerliche Verleumdung nur empört zurückweisen. Ein Berliner Roma-Führer und Organisator der Veranstaltung erinnerte sich gut an unsere lange Geschichte von kompromißloser Verteidigung der Roma und Sinti und unseren kürzlichen Protest gegen Seiters' Abschiebeabkommen mit Bukarest, und begrüßte die Spartakisten vor der Villa. Die Veranstaltung der Roma, wie auch die der Spartakisten (an einem anderen Ort) konnten ungestört durchgeführt werden.

Als wir auf einer Schulung der VL am gleichen Abend der verbotenen Spartakist-Versammlung für die Prinzipien der Arbeiterdemokratie und für Arbeitermobilisierung gegen die Nazis intervenierten, wurde ein ausgeflippter Typ bei seinem Ausschlußversuch so handgreiflich, daß dabei einem SpAD-Genossen die Hand gebrochen wurde. Wie wir schon in einem Flugblatt am 3. Dezember 1992 feststellten: „Wir werden dafür sorgen, daß die volle Freiheit der Propaganda durchgesetzt und sichergestellt wird." Bei der SpAD-Veranstaltung organisierten wir eine lebendige Diskussion mit Immigranten und Jugendlichen/Arbeitern über die Notwendigkeit einer gewerkschaftlich organisierten Arbeiter/Immigrantenaktion zur Verteidigung von Flüchtlingswohnheimen.

Die SPD hat die kapitalistische Wiedervereinigung vorangetrieben. PDS und VL halfen mit, die DDR an die Banken und Bosse auszuverkaufen. Heute spielen PDS, VL und ihresgleichen die Rolle von Vollzugsbeamten für Weizsäkker und die SPD, die die „Demonstrationen der Betroffenheit" der „anständigen Deutschen" organisieren. Sie gehen wutschäumend gegen diejenigen vor, die für wirkliche Verteidigung der Immigranten und für volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier sind, kämpfen wollen. In Leipzig zum Beispiel verwalten VLer als Zahlmeister des Vierten Reichs das Geld, das sie in ABM-Maßnahmen für Autonome stekken. Die PDS und die VL stellen das Verbindungsglied von der SPD bis zu den Autonomen dar. Die politisch-finanzielle syphilitische Kette schließt sich.«

Autonome...

Fortsetzung von Seite 9

Internationalist Movement (RIM) an, der überwiegend aus Immigranten bestand - direkt vor den Mannschaftswagen der Bullen! Es gab mehrere Verletzte, darunter ein Unterstützer der RIM, der bewußtlos auf dem Pflaster lag.

Selbsternannte „Autonome Barbaren für Selbstorganisation statt Sozialismus" hatten den blutigen Überfall auf die Demo mit einem Aufruf zu antikommunistischen Angriffen vorbereitet, abgedruckt in *Interim* vom 3. Dezember: „Für die Flugblattverteilerinnen der RIM gilt das gleiche wie für die Spartakistinnen: Wir lassen uns nicht für Eure Ziele einspannen und werden Euch auch in Zukunft nicht ungestört Eure Propaganda verbreiten lassen."

Der bürgerliche Staat betreibt eine Hexenjagd gegen Kommunisten. Jetzt werden Spartakisten vor Gericht gestellt, weil wir die Nazi-Fahne beim Brandenburger Tor herunterrissen. Die Nazis wollen keine Kommunisten auf den Straßen, die Bullen wollen keine Kommunisten auf den Straßen, und die „autonomen" Provokateure/Schläger wollen auch keine Kommunisten.

Das Milieu der Autonomen ist extrem heterogen. Während es auf der einen Seite antikommunistische „Barbaren" gibt, gibt es auch Militante wie die Autonomen Kommunistinnen, die sich mit kommunistischer Tradition, wie sie sie verstehen, identifizieren. Sie wollen bei der Stasi-Hexenjagd des Vierten Reichs nicht mitmachen. Der „Deutsche Herbst" 1976 und die staatliche Jagd auf die RAF ist noch zu gut in ihrer Erinnerung. Doch „autonom" und Kommunist zu sein, sind zwei Paar Schuhe. Wenn man nicht für den Aufbau einer leninistischen Avantgardepartei kämpft, die die Arbeiter und Immigranten für ihre Klasseninteressen organisiert, sondern im autonomen Sumpf bleibt, wird man zwangsweise ins Fahrwasser der Sozialdemokratie getrieben.

Ideologie des Lumpenproletariats

Bereits am Anfang der autonomen Bewegung, im Winter 1981, entschied der West-Berliner Besetzerinnenrat, daß die Autonomen mit Aktionen gegen sowjetische und polnische Fluglinienbüros reagieren sollten, als die klerikale, antisemitische Solidarnoœæ zur Macht im Arbeiterstaat Polens griff, was die Stalinisten kalt stoppten. Das ist im übrigen die *einzige* Gewerkschaft, die von Autonomen geliebt wird — und das haben sie mit Reagan gemeinsam.

Das lumpenproletarische Jugendmilieu schoß in den 70er und 80er Jahren wie Pilze aus dem Boden, da der Klassenkampf ausblieb und die Macht des westdeutschen Proletariats durch seine reformistischen Irreführer gefesselt blieb. *Aber der Lebensstil der Autonomen hängt zu einem großen Teil von Almosen des bürgerlichen Staats ab.* Bafög und Sozialhilfe sind die Staatsknete, auf deren materiellen Grundlagen hauptsächlich die Kreuzberger Idylle existierte, die außerdem noch von der Mauer beschützt blieb.

Die Autonomen setzen die Arbeiterklasse mit der SPD-Führung gleich — das ist Musik in Engholms Ohren. Ihre Strategie von Straßenschlachten ist nicht wirklich entgegengesetzt zur Volksfrontpolitik von „keine Gewalt", sondern nur die Kehrseite der Strategie des Druckausübens auf den bürgerlichen Staat.

„Autonom" vom Arbeitsprozeß und der organisierten Arbeiterbewegung ist ihre Politik Ausdruck lumpenproletarischer Verzweiflung und des Nihilismus. Daher gibt es in diesem Milieu oft eine enge Verstrickung mit Kriminalität, man findet fließende Übergänge von den Autonomen zu den Skinheads, sowohl den offen faschistischen wie auch den „Redskins". .Autonome Barbaren für Selbstorganisation statt Sozialismus", dieser Name steht für ein ganzes Programm.

„Kalt erwischt"

„Natürlich sind auch Autonome in der BRD durch die Entwicklungen in der DDR in den Jahren 1989/90 kalt erwischt worden..." (Geronimo u.a., *Feuer und Flamme 2,* 1992). Natürlich, weil „Geronimo" nur das stalinistische bürokratische Regime und sein Spießertum anklagt. Das Spießigste ist vielleicht für ihn, daß es im Arbeiterstaat DDR Arbeit für alle gab. Die Enteignung der Bourgeoisie, die Errichtung einer Planwirtschaft und ihre Errungenschaften wie Kinderkrippe oder Gesundheitsversorgung läßt er beiseite.

Als 1989/90 viele in der DDR für einen „anderen Sozialismus" auf die Straße gingen, haben wir unseren Kampf für politische Revolution vorwärtsgetrieben, für ein rotes Rätedeutschland. Wir waren imstande, nach der faschistischen Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow eine Massenkundgebung von 250000 Werktätigen zu initiieren, die die Präsenz der Sowjetarmee verteidigte. Gegen die anschließende wütende Kampagne von Bourgeoisie und SPD, die den kapitalistischen Anschluß durchpeitschten, haben wir bedingungslos gegen die Wiedervereinigung gekämpft.

Während autonome Gruppen am 3. Oktober 1990 nur „Deutschland, hält's Maul" rufen konnten, hängt unser Kampf gegen die Faschisten mit unserem Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung eng zusammen. Die kapitalistische Konterrevolution hat den Nationalismus und damit die Nazis entfesselt. Jetzt müssen wir im Vierten Reich gegen ihre Folgen kämpfen.

Diese kapitalistische Offensive schreit nicht nach Zersplitterung der Betroffenen, sondern nach einer leninistischen Avantgardepartei, als wirklichem Volkstribun, die die Macht der Arbeiterklasse mobilisiert, um die Interessen aller Unterdrückten zu vertreten. Große Kämpfe der Arbeiter und Jugend stehen uns bevor. Sozialismus oder Barbarei: dafür gibt es keinen gemeinsamen „autonomen" Nenner..

Stoppt Abschiebungen...

Fortsetzung von Seite 4

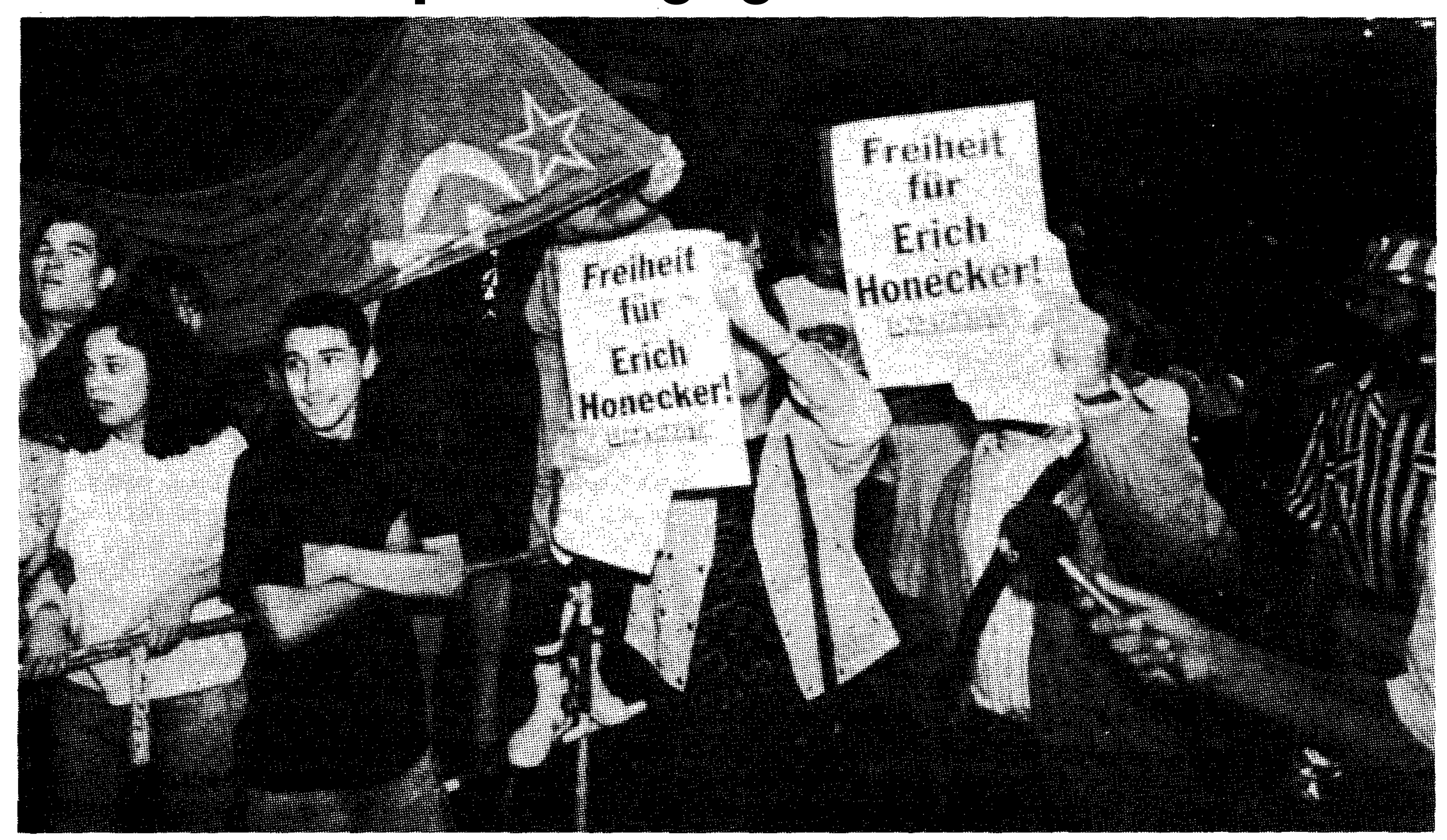
aufzuräumen. Andere schließen sich Telefonketten zur Mobilisierung gegen Nazi-Überfälle oder Wachen vor Flüchtlingswohnheimen an, wie sie zum Beispiel von SOS Rassismus organisiert werden, die sich im Ernstfall auf die Bullen verlassen. In all diesen Fällen fehlt ihnen die soziale Macht der schweren Bataillone der Arbeiterklasse.

In einigen Orten haben Gewerkschaften „Patenschaften" für naheliegende Wohnheime oder, wie bei Hoesch in Dortmund, Telefonketten organisiert, um bedrohte eingewanderte Kollegen zu schützen. Dies ist ein Anfang, *aber düngend notwendig sind entschlossene, organisierte Arbeiterschutzgruppen vor den Wohnheimen und massive Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um faschistische Provokationen zu verhindern.*

Der Anschluß hat dem Nazi-Terror einen ungeheuerlichen Aufschwung verschafft. Die SpAD wurde im kompromißlosen Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und den Ausverkauf der DDR durch SED/PDS aufgebaut. Der Kampf gegen den Faschismus muß mit einem breiten Verteidigungskampf der Arbeiter gegen die Zerstörung durch die kapitalistische Reaktion verbunden werden — vom Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit bis zur Verteidigung der Frauen und Minderheiten. Um die Faschisten endgültig zu zerschlagen, brauchen wir eine Arbeiterrevolution, die dieser Brut ein für alle Mal den Boden entzieht. Die SpAD kämpft dafür, Arbeiter, Immigranten, Flüchtlinge und Jugendliche zu gewinnen für den Aufbau einer revolutionären Partei, um die sozialistische Revolution zum Sieg zu führen.«

Trotzkisten sagen: Die Verteidigung der DDR war kein Verbrechen, sondern ihr Ausverkauf

Der Schauprozeß gegen Erich Honecker



Burkhard Lange

Spartakisten und andere protestierten gegen Honeckers Einlieferung in das Moabiter Gefängnis, wo er schon unter den Nazis eingekerkert war

Es wurde angekündigt als „Jahrhundertprozeß" oder zumindest der spektakulärste in Deutschland seit den Nürnberger Prozessen 1945/46 gegen frühere Naziführer. Nur würde dieses Mal der Kommunismus vor Gericht gestellt und zu einem verbrecherischen System erklärt werden. Statt dessen ist

Teil eins von zwei

daraus ein Schauspiel von Siegerjustiz geworden, die von den Herren des wiedervereinigten Deutschlands ausgeübt wird; von kapitalistischer Klassenjustiz gegen die führenden Repräsentanten des ehemaligen ostdeutschen deformierten Arbeiterstaats; von Rachejustiz des Vierten Reichs des deutschen Imperialismus, den die Niederlage des Dritten Reichs 1945 durch die sowjetische Rote Armee immer noch schmerzt. Und wie selbst die bewährten Hexenjäger des *Spiegel* vorhersagten, ist daraus eine „Justiz-Farce" geworden.

Der lang erwartete Prozeß sollte als eine Moritat dienen, als eine Abrechnung mit der DDR und als eine Aufarbeitung und Bewältigung ihrer Geschichte. Auf der Anklagebank saßen bei der Eröffnung des Verfahrens am 12. November 1992 sechs führende Repräsentanten der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik: an der Spitze Erich Honecker, ehemaliger Vorsitzender des DDR-Staatsrats, des Nationalen Verteidigungsrats und der Sozialistischen Einheitspartei; Erich Mielke, ehemaliger Minister für Staatssicherheit; und Heinz Keßler, ehemaliger Verteidigungsminister. Man schleppe die hohen Tiere vor Gericht und mache damit den Weg frei zur Verfolgung all der „kleinen Erichs". Um auf Nummer Sicher zu gehen, hat man bereits ein halbes Dutzend DDR-Grenzschützer zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie angeblich einen „Schießbefehl" ausführten, den angeblich die großen Erichs erlassen hatten.

Doch der „Rechtsstaat" hat sich lächerlich gemacht. Wie Honeckers Anwalt Friedrich Wolff ironisch bemerkte: „Tagesordnungspunkt 1: Hereintragen des Politbüros. Tagesordnungspunkt 2: Einschalten der Herzschrittmacher." Honecker selbst, todkrank wegen Leberkrebs, warf dem Gericht entgegen: „Die Strafe, die Sie mir offensichtlich zudenken, wird mich nicht mehr erreichen." In einem Wettlauf mit dem Tod wird der „Prozeß" von Tag zu Tag makabrer. Immer wieder diskutieren Richter und Staatsanwalt die zunehmende Größe von Honeckers Tumor, nur um immer wieder zu erklären, der 80jährige sei verhandlungsfähig. Am ersten Tag mußte der ehemalige DDR-Regierungschef Willi Stoph wegen eines Herzanfalls aus dem Fall herausgenommen werden. „Stasi"-Chef Mielke, der zusammengesunken im Gerichtssaal saß, wurde von den anderen getrennt, so daß gegen ihn aufgrund von Anklagen, die zuerst ein Nazi-Gericht erhoben hatte, verhandelt werden konnte. Bei diesem politischen Schauprozeß ist der Gerichtssaal zu einer öffentlichen Folterkammer geworden.

Am ersten Prozeßtag demonstrierte die Spartakist-Arbeiterpartei vor dem Gerichtsgebäude; Unterstützer des Erich-Honecker-Solidaritätskomitees kamen schließlich dazu. Unsere Sprechchöre „Nieder mit der antikommunistischen

Fortgesetzt auf Seite 12



dpa

Verschleppt, aber ungebrochen, verläßt Honecker die chilenische Botschaft in Moskau

Honecker...

Fortsetzung von Seite 11

Hexenjagd! Freiheit für Honecker und Mielke!" und „Nazis raus!" wurden in den Medien breit und ausführlich berichtet und waren im Gerichtssaal zu hören. Die SpAD hatte Plakate wie „Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime" und „Stalinismus ist tot, der Kommunismus lebt". Unsere Presseerklärung zog die Verbindung, daß dieser Hexenjagd-Prozeß und die Nazi-Pogrome sowie die geplante Massenabschiebung von Roma das scheußliche Antlitz der Konterrevolution sind, das Produkt der kapitalistischen Wiedervereinigung unter der Führung von Kohl gemeinsam mit den Sozialdemokraten:

> „Für das .Verbrechen', die DDR verteidigt zu haben, hat die SPD-Justizsenatorin Jutta Limbach jetzt Honecker ins Moabiter Gefängnis geworfen, wo der antifaschistische Widerstandskämpfer schon von der Gestapo eingekerkert worden war...
>
> Die revolutionäre Arbeiterklasse an der Macht würde ihre eigene Rechnung mit den Stalinisten zu begleichen haben für deren Verbrechen gegen die Arbeiterklasse, einschließlich des Ausverkaufs der DDR. Aber das geht die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Handlanger nichts an."

Heute wollen überlegtere Elemente der Bourgeoisie wie *Der Spiegel* und Reformisten wie die PDS den Honecker-Prozeß abblasen, bevor der „Rechtsstaat" sich weiter diskreditiert. Die „alternativen" Antikommunisten von der *taz* schlugen eine Prozession von Experten vor, „zur Kultivierung des weiterhin notwendigen Verfahrens". Die Angeklagten werden des Totschlags in 13 Fällen beschuldigt, wo Personen beim Versuch getötet wurden, die Grenze nach Westen zu überqueren. Sie sind angeblich „Schreibtischtäter", die Hintermänner, die die Tötungen anordneten. Doch nach zweijährigem Durchwühlen von DDR-Archiven ist die Staatsanwaltschaft auf keinen Schießbefehl gestoßen, erst recht nicht auf einen Befehl zum Todesschuß.

Aus Sorge, das Beweismaterial reiche nicht für einen Schuldspruch, überreichten die Staatsanwälte Honecker eine neue Anklageschrift, wo sie ihn beschuldigen, fast 5 Millionen D-Mark in Luxuswohnviertel für die SED-Führung abgezweigt zu haben. Mit treudeutscher Gründlichkeit wollen die Behörden offensichtlich, daß der Honecker-Prozeß sogar über seinen Tod hinaus weitergeht! Doch trotz all des Medienrummels ist ein Großteil der Bevölkerung gegen den Prozeß. Heute sind die Ostdeutschen, wie der Londoner *Guardian* (11. November 1992) bemerkte, „mehr besorgt über ihre verlorengegangenen Arbeitsplätze und steigenden Mieten, und viele halten Kanzler Kohl und andere westliche Politiker für die ‚wirklichen Verbrecher'".

Honecker klagt seine Ankläger an

Vor seinen Anklägern hat Honecker Würde und Unbeugsamkeit gezeigt. Als er am 3. Dezember 1992 den Raum 700 des Moabiter Gerichtsgebäudes betrat, wo diese Schau abgezogen wird, grüßte er mit geballter Faust, und danach verlas er dem Gericht eine einstündige Erklärung. Er fragte: „Warum führt man mich und meine Genossen... dem Volke vor, wie einst die römischen Cäsaren ihre gefangenen Gegner vorführten?" John F. Kennedy, Lyndon Johnson und Richard Nixon wurden nicht vor Gericht gezogen, weil sie US-Truppen nach Vietnam schickten, erklärte er, auch Ronald Reagan nicht, weil er sich Grenadas bemächtigte und Libyen bombardierte, auch George Bush nicht, weil er in Panama einfiel. „Die Verfolgung von Zehntausenden und unter Umständen Hunderttausenden DDR-Bürgern, von denen die Staatsanwaltschaft jetzt schon spricht, ist das Ziel dieses Verfahrens", bemerkte Häftling 244/92.

Dieses „Gericht der Sieger über uns Besiegte", sagte der ehemalige ostdeutsche Führer, hofft, „die DDR ... total zu diskreditieren" und Kommunisten zu kriminalisieren. Ziel des Prozesses: „den totgesagten Sozialismus noch einmal zu töten". „Total sollen der Sieg der Marktwirtschaft (wie man den Kapitalismus heute euphemistisch nennt) und die Niederlage des Sozialismus sein. Man will, wie es Hitler einst vor Stalingrad sagte, ‚daß dieser Feind sich nie mehr erheben wird'. Die deutschen Kapitalisten hatten eben immer schon einen Hang zum Totalen." Und weiter: „Der Prozeß soll die Grundlage für die Brandmarkung der DDR als ‚Unrechtsstaat' bilden. Ein Staat, der von solchen »Verbrechern' wie uns, von ‚Totschlägern' regiert wurde, -kann nur ein ‚Unrechtsstaat' sein. Wer ihm nahestand, wer ein pflichtbewußter Bürger der DDR war, soll mit einem Kainszeichen gebrandmarkt werden."

Die kapitalistischen Herrscher werden nicht vor Gericht gestellt, weil sie Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit hervorrufen, bemerkte Honecker und verwies auf die Angriffe der siegreichen Bourgeoisie auf Krippen und Kindergärten, Arbeitsbedingungen, Gesundheitsversorgung und Gleichstellung der Frauen. Während heute er und seine Genossen, langjährige Antifaschisten, vor Gericht stehen und Juden verhaftet werden, weil sie gegen das Pogrom in Rostock protestieren, toben Nazi-Gangs durch die Straßen und überfallen und ermorden Immigranten, wie in Mölln. „Ich habe für die DDR gelebt", faßte Honecker zusammen. „Sie hat ein Zeichen gesetzt, daß Sozialismus möglich und besser sein kann als Kapitalismus. Sie war ein Experiment, das gescheitert ist." Nachdem er die Anklage gegen seine Ankläger beendet hatte, sagte der Gefangene zu denen, die über ihn richten: „Tun Sie, was Sie nicht lassen können."

Wütend darüber, daß es dem ehemaligen DDR-Führer erlaubt war, ihren Staat anzugreifen, klagte das Sprachrohr der Frankfurter Bankiers, „der Gerichtsvorsitzende hätte ihn wenigstens zum Straffen anhalten sollen." *(Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 4. Dezember 1992).

Erich Honecker war nicht der einzige Angeklagte, der

sich gegenüber den kapitalistischen Inquisitoren m schwarzen Roben behauptete. Der ehemalige Verteidigungsminister Heinz Keßler erklärte, er habe nie die Erschießung von Flüchtenden befohlen und „keine strafrechtlichen Taten im Sinne der Anklage" begangen. Während die Anklagen von der Mauer als einer „innerdeutschen Grenze" sprechen, bemerkte Keßler, daß dies die Frontlinie des Sowjetblocks (Warschauer Pakt) zur NATO war. Alle Maßnahmen seien „mit den anderen Staaten des Warschauer Paktes abgestimmt worden", sagte er und fügte hinzu, daß er die Würde und Ehre als Bürger der ehemaligen DDR so lange verteidigen werde, wie seine Kraft reicht. Die Herrscher des Vierten Reichs haben besonderen Haß auf Keßler, weil er mit der Roten Armee gegen Hitlers Wehrmacht kämpfte. Für uns ist dies ein Zeichen der Ehre.

Obwohl sich Honecker weigerte, vor den Richtern auf die Knie zu gehen, und er Grundwahrheiten aussprach über das kapitalistische System, das sie vertreten, zeigte dieser reuelose Stalinist, daß er, wie die Bourbonen, „nichts vergessen und nichts gelernt" hatte aus dem Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft. Sozialismus ist kein „Experiment", sondern das Ergebnis des Klassenkampfs. Und die DDR war kein Sozialismus, sondern ein Arbeiterstaat, der bürokratisch beherrscht wurde von einer privilegierten Kaste, die danach strebte, nicht die Revolution international auszuweiten, sondern „friedliche Koexistenz" mit dem Imperialismus zu erreichen. Nicht das „sozialistische Experiment" ist gescheitert; die nationalistische Lüge vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land" (und um so mehr in einem Drittel eines Landes) war eine Perversion des internationalistischen Marxismus und zum Scheitern verurteilt, oder zu einem politischen revolutionären Aufstand des Proletariats. Für die Kapitalisten ist jede Art von Arbeiterstaat eine tödliche Bedrohung.

Honecker ist so verblendet von friedlicher Koexistenz, daß er sich in seinem Plädoyer für „die Ideen des Sozialismus" nur ein einziges Mal auf den Klassenkampf bezieht, und zwar um die Bourgeoisie anzuklagen, sie kehre zurück zur „alten Klassenkampfstrategie der 30er Jahre"! Dies spitzt sich zu bei der Frage der Berliner Mauer. Honecker widmete zwar einen Großteil seiner Gerichtserklärung der Verteidigung der Mauer, doch seine Linie war im wesentlichen, die Mauer habe Entspannung möglich gemacht, weil sie die Kalten Krieger davon abgehalten habe, einen atomaren Weltkrieg auszulösen. Dies bringt Honecker — bei all seinen Beschwerden über seine Politbüro-Kollegen, die ihm in den Rücken gefallen seien — letzten Endes dazu, indirekt *die kapitalistische Wiedervereinigung zu unterstützen:*

> „Aus meiner Sicht hätte es weder den Grundlagenvertrag noch Helsinki, noch die Einheit Deutschlands gegeben, wenn damals die Mauer nicht gebaut oder wenn sie vor der Beendigung des Kalten Krieges abgerissen worden wäre."

In seiner Broschüre *Erich Honecker zu dramatischen Ereignissen* (1992), sagt er: „Der Versuch, die innere Einheit herzustellen, darf nicht durch den Feldzug von ,Siegern' zu .Besiegten' belastet werden."

Im Gegensatz dazu haben wir Trotzkisten festgestellt, daß die Mauer eine bürokratische Maßnahme zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften des deformierten Arbeiterstaats war. Genau deshalb hat die Bourgeoisie sie

Fortgesetzt auf.Seite 28

Dirk Schubert

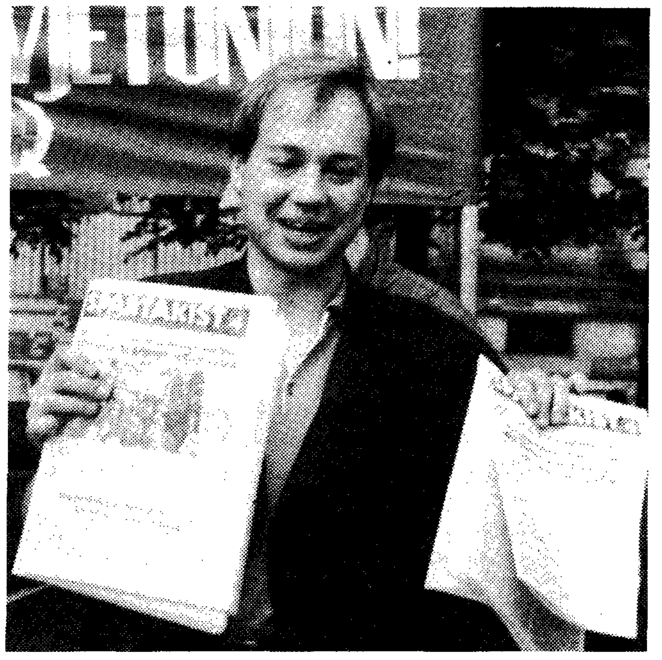
Unser Genösse Dirk Schubert starb im Dezember 1992 im Alter von 27 Jahren. Nach Mitgliedschaft in den Spartakist-Gruppen, die von der Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD, einer Vorläuferorganisation der Spartakist-Arbeiterpartei) während der im Entstehen begriffenen politischen Revolution in der DDR 1989/90 aufgebaut wurden, trat er am 2. März 1990 in die SpAD ein. Er gehörte zu einer Schicht von jungen Arbeitern und Arbeiterinnen, die zu uns kamen. Dirk schrieb in seiner Eintrittserklärung: „Mein Ziel ist es, für die internationale Einführung des Sozialismus zu kämpfen, indem ich meinen Beitrag in die SpAD eingebe. Dabei will ich mich auf den Kurs von Marx, Liebknecht, Luxemburg, Lenin und Trotzki berufen und dementsprechend handeln."

Während unserer Kampagne für die Volkskammerwahl im März 1990 kämpfte Dirk als Spartakist und Mitglied der DDR-Wahlkommission für das Recht unserer Partei, an der Wahl unter der Losung „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung" teilzunehmen. Später war es seine Hauptaufgabe in unserer Partei, in der Versandabteilung zu arbeiten.

Dirk teilte die Geschichte von Millionen DDR-Arbeitern, deren Existenzgrundlage von der kapitalistischen Konterrevolution vernichtet worden ist. Eine chronische Krankheit, unter der er litt, verschlechterte sich durch die Arbeitslosigkeit, die die deutsche Bourgeoisie des Vierten Reichs von der Elbe bis zur Oder verursacht hat.

Dirk las besonders gerne, Heine und Balzac waren unter seinen Lieblingsautoren. Mit Heine hätte Dirk sagen können:

> Weil ich so ganz vorzüglich blitze, / Glaubt Ihr, daß ich nicht donnern könnt! / Ihr irrt Euch sehr, denn ich besitze / Gleichfalls fürs Donnern ein



Spartakist

> Talent. / Es wird sich grausenhaft bewähren, / Wenn einst erscheint der rechte Tag; / Dann sollt Ihr meine Stimme hören, / Das Donnerwort, den Wetterschlag. / Gar manche Eiche wird zersplittern / An jenem Tag der wilde Sturm, / Gar mancher Palast wird erzittern / Und stürzen mancher Kirchenturm!

Diesen Kommunisten, der so tragisch jung starb, werden wir schmerzhaft vermissen, und wir bekräftigen noch einmal die Ideale, für die er eine allzu kurze Zeit in unserer Partei kämpfte.



Spartacist

IKL-Banner vor der Januar-Konferenz sowjetischer Offiziere in Moskau: „Nein zur Restauration des Kapitalismus! Ja zu den Errungenschaften des Oktober!"

Arbeiterstaat erwürgt...

Fortsetzung von Seite 1

Sowjetunion verbreitet wurde, schrieben wir, daß durch Arbeitermobilisierungen der konterrevolutionäre Haufen auf den Jelzin-Barrikaden weggeräumt werden mußte, was den Weg zur proletarisch-politischen Revolution freigemacht hätte. Zum Ergebnis von Jelzins Sieg schrieben wir damals:

> „Der erste Arbeiterstaat in der Geschichte ist schwer angeschlagen, nachdem er jahrzehntelang durch stalinistische Mißwirtschaft ausgehöhlt und unterminiert wurde. Die Staatsmacht ist zerbrochen, die Kommunistische Partei — ihr bürokratischer Kern — in Scherben und verboten, und die multinationale Union zerreißt, da eine Republik nach der anderen ihre Abspaltung erklärt.
>
> Jelzin & Co. sehen zwar jetzt den Weg frei, um die Wiedereinführung des Kapitalismus mit Gewalt durchdrücken zu können; doch *das Ergebnis steht noch nicht definitiv fest...* Widerstand in den Fabriken gegen die verheerenden Folgen des kapitalistischen Ansturms könnte ... die schnelle Konsolidierung der Konterrevolution verhindern." *(Spartakist* Nr. 89, September 1991)

In der Zwischenzeit hat es keine entscheidende Aktion gegeben, um diese Konsolidierung zu stoppen. Politisch atomisiert durch beinahe 70 Jahre stalinistischer Vereinnahmung des gesamten politischen Lebens und paralysiert durch die von der CIA unterstützten „freien Gewerkschaften", die auf Jelzins Seite stehen, sowie durch das bösartige chauvinistische Gift der zahlreichen stalinistischen Überbleibsel, ist die multinationale sowjetische Arbeiterklasse von der konterrevolutionären Sturmflut überwältigt worden. Das Jelzin-Regime nutzte diese Situation dazu aus, um alles niederzureißen, was auch nur im geringsten an den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat erinnern könnte, und um Schritt für Schritt die Konsolidierung der Konterrevolution durchzudrücken. Quantität ist jetzt in Qualität umgeschlagen.

Aber die Situation kann nicht lange so bleiben, wie sie jetzt ist. Damit Jelzin und die anderen restaurativen Kräfte ein stabiles kapitalistisches Regime festigen können, ist wahrscheinlich eher früher als später eine blutige Abrechnung zu erwarten, die den Massen signalisiert, daß es eine neue Ordnung gibt. Wenn die Kämpfe von zur Verzweiflung getriebenen Arbeitern ausbrechen, und sogar wenn es nicht dazu kommt, werden die im Entstehen begriffenen bürgerlichen Kräfte dazu übergehen, mit der eisernen Faust eines „starken Staates" ihre Ordnung zu schaffen. Die kürzliche brutale Niederschlagung des Streiks der Fluglotsen unter Einsatz der russischen OMON-Spezialmiliz ist ein Vorgeschmack darauf, mit welcher Entschlossenheit die Möchtegern-Ausbeuter jeglichen Widerstand in der Arbeiterklasse unterdrücken wollen. Die ansteigende rassistische Hysterie gegen Menschen aus Zentralasien und dem Kaukasus in russischen Großstädten schafft ein Klima für Pogrome. Angesichts von ethnischen Konflikten, die an 'einem Dutzend Fronten an der Peripherie der Russischen Republik brodeln — vom Baltikum über Abchasien in Georgien und den Transdnjestr in Moldawien bis zu dem seit langem bestehenden nationalistischen Bürgerkrieg zwischen Armeniern und Aserbaidschanern im Kaukasus —, ist die Möglichkeit eines brudermörderischen Blutbads wie in Jugoslawien nur allzu real.

Der sowjetische Arbeiterstaat — der einst als Leuchtfeuer für die Ausgebeuteten und Unterdrückten dieses Erdballs diente, der Hitlers Holocaust-Maschinerie zerstörte, der jahrzehntelang den US-Imperialismus daran gehindert hat, sein Atomwaffenarsenal gegen die halbkolonialen Völker dieser Welt zu richten — ist tot. Aber der Klassenkampf ist nicht tot. Die entstehenden bürgerlichen Staaten in Rußland, der Ukraine und anderswo sind zerbrechlich, isoliert und im Inneren zersplittert. Sie können sich nicht auf das solide Fundament einer zusammengewachsenen kapitalistischen Klasse stützen. Die neuen Unternehmer bestehen aus kaum mehr als Kleinspekulanten und Mafia-Banden, während Teile der alten industriellen Hierarchie der Betriebsleiter zunehmend ihr Gewicht in die Waagschale werfen. Die Streitkräfte sind verbittert und demoralisiert.

Die einzige Sache, die in der Ex-UdSSR heute sicher ist, ist die steigende Unsicherheit und Instabilität. Am Vorabend der Sitzung des Kongresses der Volksdeputierten am 1. Dezember wird Moskau überschwemmt mit Gerüchten über Putsche, Gegenputsche und „schleichende Putsche". In der Zwischenzeit führt Jelzin erbitterte Verhandlungen mit Arkadi Wolski, dem Kopf der mächtigen Partei der Industriellen, die verbündet ist mit dem militaristischen russischen Vizepräsidenten Alexander Ruzkoi. Wie unbeständig die gegenwärtige Situation ist, zeigte sich kürzlich beim Wahlsieg der exstalinistischen Demokratischen Arbeiterpartei in Litauen, die die rechte nationalistische Sajudis-Bewegung aus dem Amt verdrängt hat. Es hat nicht lange gedauert, bis die Realitäten der kapitalistischen Verelendung der nationalistischen Euphorie das Wasser abgegraben haben,

die die litauische Bevölkerung vergiftet hatte. Wie verlautet, hat der neue litauische Führer Brasauskas allerdings die gleiche Wirtschaftspolitik wie Wolski/Ruzkoi.

Die Arbeiterklasse der Ex-UdSSR sieht sich unterdessen einem Angriff nach dem anderen ausgesetzt. Die Gesellschaft zerfällt, es droht Massenarbeitslosigkeit. Die industrielle Produktion ist seit Anfang 1992 um 18 Prozent gefallen, während die Investitionen um 50 Prozent zurückgegangen sind. Um einen totalen Kollaps zu vermeiden, hat die Regierung Kredite in die Industrie hineingepumpt; das staatliche Haushaltsdefizit ist auf eine Billion Rubel angestiegen, und die Schulden von Industrieunternehmen betragen mehr als zwei Billionen. Die Folge davon war eine Hyperinflation, die verschiedentlich auf eine jährliche Rate von 14000 Prozent *(Moscow Times)* oder 20000 Prozent *(Kommersant)* geschätzt wurde. Allein im Monat Oktober fiel der Rubel um die Hälfte seines Wertes. Seit Januar 1992 ist der Brotpreis um das Hundertfache gestiegen. Während die Wirtschaft zerfällt, steht die Masse der Bevölkerung kurz vor einer Hungersnot/Ein Funke könnte das Pulverfaß in die Luft sprengen, auf dem Jelzin und Konsorten sitzen.

Wir Trotzkisten von der Internationalen Kommunistischen Liga, die bis aufs Blut gegen den Vormarsch der Konterrevolution gekämpft haben, sagen: Der Stalinismus ist tot, aber der Kommunismus lebt — im Klassenkampf des Weltproletariats und im Programm der revolutionären Avantgarde. Das internationalistische Programm, durch das die Sowjetunion geschaffen wurde, ist unter dem Banner der Vierten Internationale vorwärts getragen worden. Es waren allein die Trotzkisten, die davor gewarnt haben, daß der ständige Würgegriff, in dem die Stalinisten den sowjetischen Arbeiterstaat hielten, zu einer Zerstörung des Oktober führen würde; die für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion gegen Imperialismus und Konterrevolution gekämpft haben; und die das sowjetische Proletariat aufgerufen haben, die stalinistischen Auswüchse durch politische Revolution wegzufegen, als dazu noch Zeit war.

Die „russische Frage" war für Revolutionäre immer der Prüfstein, und sie war im 20. Jahrhundert die bestimmende politische Frage. Im Vorfeld der zweiten Internationalen Konferenz der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), die Anfang Herbst dieses Jahres abgehalten wurde, war der Schwerpunkt der Diskussionen eine Einschätzung der Entwicklungen in der ehemaligen Sowjetunion seit dem August 1991. Das Hauptdokument der Konferenz beschrieb die schrittweise Konsolidierung eines kapitalistischen Staates:

> „Die jüngsten Entwicklungen weisen weiterhin in eine schlimme Richtung. Die Presse wimmelt von Geschichten über .primitive kapitalistische Akkumulation', d.h. Diebstahl: Manager und ehemalige Bürokraten raufen sich darum, sie bedienen sich aller möglichen fragwürdigen Praktiken, um ihre Hand an das sozialisierte Eigentum zu legen, wobei sie vom internationalen Imperialismus ermutigt werden, der ihnen hilft und sie berät. Der kürzliche Fluglotsen-Streik in der russischen Föderation wurde von der Jelzin-Regierung entscheidend gebrochen unter Einsatz der OMON-Truppen und von Elementen des MWD und KGB. Ein afrikanischer Student an der Patrice-Lumumba-Universität wurde von der OMON inmitten einer hysterischen rassistischen Pressekampagne erschossen. Die Werke von Marx, Engels und Lenin werden tonnenweise in einer rein ideologischen antikommunistischen Rage zerstört." („Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki!")

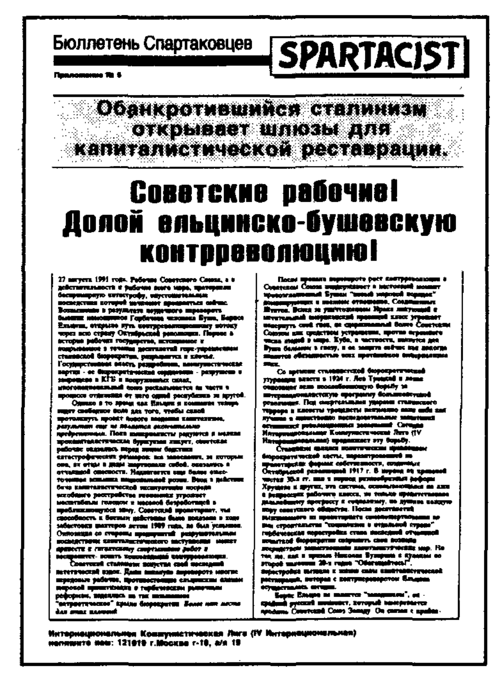
Die Konferenz zog eine Bilanz dieser Ereignisse und nahm einstimmig ein Dokument vom 26. September 1992 an, in dem es heißt: „Die Ereignisse des August 1991 (.Putsch' und ,Gegenputsch') scheinen für die Richtung der Entwicklung in der Sowjetunion entscheidend gewesen zu sein; aber nur diejenigen, die der Macht der kapitalistischen Ideologie oder ihrer materiellen Voraussetzungen unterworfen sind, hätten zu dieser Zeit vorschnell diese Schlußfolgerung gezogen."

Im Gründungsprogramm der Vierten Internationale, geschrieben am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, stellte Leo Trotzki fest: „Die historische Krise der Menschheit geht zurück auf die Krise der revolutionären Führung." Diese Krise der proletarischen Führung ist heute nicht weniger akut. Dem belagerten multinationalen Proletariat in der Ex-UdSSR und den sozialistisch eingestellten Elementen in der Armee und Intelligenz sagen wir: Die Schlüsselaufgabe, vor der ihr steht, besteht darin, eine leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei aufzubauen, geschmiedet im Kampf um das internationalistische Programm, das eure Vorfahren 1917 zum Sieg geführt hat.

Warum haben sich die Arbeiter nicht erhoben?

Die Arbeiterklasse der Ex-UdSSR und das Weltproletariat als ganzes müssen die Lehren dieser bitteren Niederlage

Fortgesetzt auf Seite 16


Бюллетень Спартаковцев SPARTACIST

Обанкротившийся сталинизм открывает шлюзы для капиталистической реставрации.

Советские рабочие! Долой ельцинско-бушевскую контрреволюцию!



Spartacist

August 1991: Putsch-Verschwörer ließen Panzer untätig auf Rotem Platz, statt sie gegen Jelzins Hauptquartier zu schicken. IKL-Erklärung (links): „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/Bushs Konterrevolution!"



Der Spiegel

Blutige ethnische Konflikte, geschürt durch fortschreitende Konterrevolution. Links: Begräbnis eines armenischen Arbeiters, massakriert in Jerewan

Arbeiterstaat erwürgt...

Fortsetzung von Seite 15

verarbeiten. Seit 1917 hat die Sozialdemokratie ihren bürgerlichen Herren dadurch gedient, daß sie den imperialistischen Revanchismus bei seinem Versuch der Zerstörung der Errungenschaften des Oktober direkt unterstützt und legitimiert hat. Seit die stalinistische Bürokratie 1923/24 auf Kosten der sowjetischen Arbeiterklasse durch eine politische Konterrevolution an die Macht gekommen ist, hat sie eine erstickende Isolierung über den ersten Arbeiterstaat verhängt und eine internationale revolutionäre Gelegenheit nach der anderen unterdrückt. Im Namen des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land" haben die Stalinisten — durch Terror und Lügen — methodisch jeden Aspekt des revolutionären und internationalistischen Bewußtseins, das die sowjetische Arbeiterklasse zur Vorhut des Weltproletariats gemacht hatte, angegriffen und ausgehöhlt.

Der isolierte Arbeiterstaat sah sich dem unablässigen Druck des Imperialismus ausgesetzt, nicht nur durch militärische Umzingelung und ein Wettrüsten mit dem Ziel, die sowjetische Wirtschaft in den Bankrott zu treiben, sondern auch durch den Druck des imperialistischen Weltmarkts. Wie Trotzki in „Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale" schrieb, „bildet die nächstliegende Bedrohung der Sowjetwirtschaft nicht so sehr eine militärische Intervention als eine Intervention der billigeren kapitalistischen Ware". Obwohl die Planwirtschaft ihre Überlegenheit über die kapitalistische Anarchie während ihrer Periode des extensiven Wachstums bewies, unterminierte der bürokratische Würgegriff die Wirtschaft mehr und mehr, als die Notwendigkeit von Qualität und intensiver Entwicklung in den Vordergrund rückte. Letztendlich öffnete Gorbatschow, mit seinen „Marktreformen" im Rahmen der Perestroika und mit seiner Zustimmung zur Wiederherstellung des Kapitalismus in ganz Osteuropa, einem direkten konterrevolutionären Ansturm von Jelzin & Co. Tür und Tor.

Die Bourgeoisie wie auch die Stalinisten haben lange versucht, Lenins Oktober mit Stalins konservativer bürokratischer Herrschaft zu identifizieren. Aber nationalistischer Stalinismus ist die Antithese zum leninistischen Internationalismus. Der sowjetische degenerierte Arbeiterstaat (und die deformierten Arbeiterstaaten, die später auf der Basis des stalinistischen Modells entstanden) war eine historische Anomalie, ein Resultat der Isolierung des wirtschaftlich rückständigen Rußland und des Fehlschlagens der Ausweitung der proletarischen Revolution auf die fortgeschrittenen imperialistischen Länder. Der Stalinismus war ein Hindernis für Fortschritte in Richtung Sozialismus. Wie Trotzki in „Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?" (25. November 1937) geschrieben hat:

> „Das, was einst nur eine .bürokratische Verzerrung' war, schickt sich an, den Arbeiterstaat mit Haut und Haaren zu verschlingen und auf den Trümmern des nationalisierten Eigentums eine neue besitzende Klasse auszusondern. Eine solche Möglichkeit ist in drohende Nähe gerückt."

Wenn auch das stalinistische Regime in der Lage war, als Ergebnis des heroischen Sieges der sowjetischen Massen über die Nazi-Invasion im Zweiten Weltkrieg seine Existenz zu verlängern, ist Trotzkis marxistische Analyse unglücklicherweise negativ bestätigt worden.

Warum ist die sowjetische Arbeiterklasse nicht aufgestanden, um ihre Errungenschaften zu verteidigen? Wie hat die Konterrevolution triumphiert und den Arbeiterstaat ohne einen Bürgerkrieg zerstört? Trotzki polemisierte in seinem schöpferischen Werk von 1933, in dem er die Perspektive einer proletarisch-politischen Revolution dargelegt hat, gegen Sozialdemokraten und die Vertreter verschiedener Theorien einer „neuen Klasse", die behaupteten, daß die Sowjetunion unter Stalins Herrschaft unmerklich von einem Arbeiterstaat in einen bürgerlichen Staat übergegangen sei, ohne daß entweder der Staatsapparat oder die Eigentumsformen irgendwelchen grundlegenden Umwandlungen unterworfen waren:

> „Die marxistische These vom katastrophischen Charakter des Übergangs der Macht aus den Händen einer Klasse in die einer anderen gilt nicht nur für revolutionäre Perioden, wenn die Geschichte mit Riesenschritten vorwärts eilt, sondern auch für konterrevolutionäre Perioden, wenn die Gesellschaft in ihrer Entwicklung zurückgeworfen wird. Wer also behauptet, der Sowjetstaat habe sich *allmählich* von einem proletarischen zu einem bürgerlichen Staat gewandelt, spult nur den reformistischen Film in umgekehrter Richtung ab." („Der Klassencharakter des Sowjetstaats", 1. Oktober 1933)

Die soziale Konterrevolution in der Ex-UdSSR fand nun wirklich nicht schrittweise oder unmerklich statt, sie ist im ganzen ehemaligen Sowjetblock extrem gewalttätig und von Erschütterungen begleitet. Trotzki hat jedoch auch die *Prognose* formuliert, daß für die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion und für die Rückgängigmachung der proletarischen Revolution ein Bürgerkrieg notwendig sein würde.

In einer weitreichenden Diskussion in der IKL vor zwei Jahren über die konterrevolutionären Umwälzungen in Osteuropa und der DDR wurde festgestellt, daß Trotzki die Analogie zwischen einer sozialen Revolution in einer kapitalistischen Gesellschaft und einer sozialen Konterrevolution in einem deformierten Arbeiterstaat überzogen hatte (siehe Joseph Seymour: „Über den Zusammenbruch der Herrschaft der Stalinisten in Osteuropa", und Albert St. John: „Für marxistische Klarheit und eine vorwärts gerich-

t te Perspektive", *Diskussionsbulletin* Nr. 14 der SpAD, Januar 1991). Während die Kapitalisten das direkte Eigentum über die Produktionsmittel ausüben und deshalb gezwungen sind, dem Umsturz ihres Systems mit Gewalt entgegenzutreten, um ihr Eigentum zu verteidigen, beruht die Erhaltung der proletarischen Macht im Kern auf dem *Bewußtsein und* der *Organisation* der Arbeiterklasse.

Trotzki selbst betonte diesen Punkt in seinem 1928 geschriebenen Artikel „Und nun?" (in *Die III. Internationale nach Lenin):*

„Der sozialistische Charakter unserer Staatsindustrie ... wird in entscheidender Weise von der Rolle der Partei, den freiwilligen Verbindungen innerhalb der proletarischen Avantgarde, der bewußten Disziplin der Ökonomen, der Gewerkschaftskämpfer und der Mitglieder der Betriebszellen bestimmt."

Und in „Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus" (1. Februar 1935) stellte er fest: *Jm Unterschied zum Kapitalismus entwickelt sich der Sozialismus nicht automatisch,*

Fortgesetzt auf Seite 18

Sowjetischer Unterstützer der IKL über den Tod der UdSSR

„Die Zerstörung des Bewußtseins der Arbeiter war entscheidend"

Nachfolgend veröffentlichen wir eine Übersetzung der Bemerkungen von Wolodja K. auf der zweiten Internationalen Konferenz der Internationalen Kommunistischen Liga.

Ich denke, der entscheidende Grund für die Zerstörung des sowjetischen Arbeiterstaats ist die Zerstörung des Bewußtseins des Proletariats gewesen, eine Entwicklung, die mit Stalins Ausrottung der Linken Opposition von Leo Trotzki begann, die das Bewußtsein der Arbeiterklasse verkörperte. Die Tragödie besteht darin, daß der Zusammenbruch stalinistischer Kontrolle nicht von der Arbeitklasse für ihre eigenen Ziele ausgenutzt wurde, sondern von der Bourgeoisie für deren eigene Zwecke, Ziele, für die sie heute eigentlich sehr wenig Unterstützung hat.

Im August 1991 sahen wir einige entscheidende Ereignisse. Die Frage stellte sich: ob die Bourgeoisie, oder, vielleicht genauer ausgedrückt, Teile der stalinistischen Bürokratie, die einen Todesstoß erhielt, die Konsolidierung eines bürgerlichen Staats in die Tat umsetzen würde, oder ob die Arbeiterklasse für ihre eigenen Interessen eingreifen würde. Zu diesem Zeitpunkt hätte die Arbeiterklasse die Gelegenheit nutzen können, die Macht zu ergreifen, aber statt dessen bildete die „rotbraune Koalition" ein Hindernis dazu — die „rot-braune Koalition", die keineswegs gegen die Konterrevolution ist, sondern statt dessen gegen die Liberalisierung der stalinistischen Herrschaft.

In dieser Situation, wie Trotzki vorhersagte, war kein Teil der Bürokratie imstande, sich der Restauration des Kapitalismus entgegenzustellen. Statt dessen manövrierten sie einfach, um den besten Platz bei der Restauration des Kapitalismus einnehmen zu können. Es ist sehr wichtig anzuerkennen, daß in der Sowjetunion ein bürgerlicher Staat errichtet worden ist. Aber es ist auch wichtig zu verstehen, daß dieser alles andere als stabil ist, er ist sehr schwach. Dies stellt eine Übergangszeit dar, aber ein Übergang wohin?

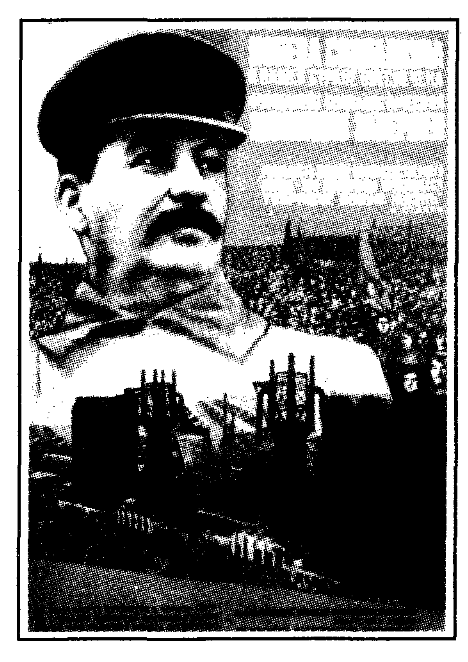
Heute gibt es eine massive Opposition gegen die Periode nach dem Gegenputsch. Die Verelendung und die Verarmung der Bevölkerung ruft den größten Haß auf Jelzin hervor, aber es gibt keine linke Opposition, um dies zu lenken. Die Opposition, die heute existiert, tritt nur für einen starken Staat ein. Sie teilen die Auffassung, daß Kommunismus eine unmögliche Utopie sei. Sie orientieren sich auf einen starken Staat, einen starken Staat auf der Grundlage des Kapitalismus.

Aber da das Jelzin-Regime unfähig ist, einen stabilen Kapitalismus einzuführen, ist die Bourgeoisie sehr schwach. Schwach, weil sie ohne Unterstützung durch Kapital ist. Der einzige Weg, wie ein starker Kapitalismus errichtet werden kann, ist durch Nationalismus und brutale arbeiterfeindliche Repression, wie wir es gerade in Verbindung mit den Fluglotsen gesehen haben. Die Schaffung dieser Nationalen Rettungsfront, von der die Genossen wissen — sollte diese Front an die Macht kommen, würde das einen weiteren entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterklasse darstellen.

Alle diese Stalinisten, die denken, sie seien es, die die Nationalisten, die sogenannten „Patrioten", in einem vorübergehenden Block manipulieren — ein Block, mit dem sie nur die Zeit vor die Perestroika zurückdrehen können —, machen sich Illusionen. In Wirklichkeit bahnt das, was sie tun, der Errichtung einer korporativen oder faschistoiden Diktatur den Weg. Es ist eine sehr gefährliche Illusion, sich weiszumachen, es gäbe jetzt auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion Kräfte, die gegen diese Konterrevolution kämpfen können. In Wirklichkeit täuschen sich alle diese Koalitionen in der Tatsache, daß sie dann, nachdem die Nationale Rettungsfront an die Macht gekommen ist, ihre eigene Macht wiedererrichten könnten. Das wiederholt die Prahlerei der deutschen KP von 1933, die sagte: „Nach Hitler wir". Es ist eine selbstmörderische Politik.

Was ist die wirkliche Perspektive, die wir vor uns sehen? Konkret haben wir eine Aufgabe — den Kern einer revolutionären Arbeiterpartei zusammenzufügen. Dies heißt ein Kampf gegen die Kapitalisten, die existierende bürgerliche Regierung. Dies heißt eine sozialistische Revolution. Sonst, wenn wir dabei versagen, wird dort ein korporatistischer bürgerlicher Staat konsolidiert werden. Das Entscheidende ist, der Arbeiterklasse zu erklären, daß diese Politik der Unterstützung für die „Nationalpatrioten" als zeitweilige Taktik selbstmörderisch ist. Wenn diese „Nationalpatrioten" einmal an die Macht kommen, wird die Arbeiterklasse nichts kriegen, wird sie von diesen Leuten einen Dreck kriegen. Wenn wir mit unserer Propaganda dabei keinen Erfolg haben, dann wird die Arbeiterklasse genau dies abbekommen.

Jetzt noch ein paar Worte über den richtigen Zeitpunkt. Ich glaube, daß es vor der Vereinigung Deutschlands in der Sowjetunion eine Möglichkeit für die Intervention der IKL gab, zur Zeit, als die Debatten und Diskussionen um die wahren Helden der Sowjetunion und der Oktoberrevolution gingen, und nicht die heutige Idiotie, wie prima alles sei im Westen.





Bossu/Sygma

Stalinistische Mythen - Plakat verkündet: „Der Sieg des Sozialismus in unserem Land ist gesichert." Gorbatschows Ausverkauf der DDR im Namen von „Entspannung" bahnte Konterrevolution in der UdSSR den Weg

Arbeiterstaat erwürgt...

Fortsetzung von Seite 17

sondern wird mit Bewußtsein aufgebaut."

Als Trotzki diese Artikel schrieb, war die Erinnerung an die Oktoberrevolution noch ein Teil der direkten persönlichen Erfahrung der überwältigenden Masse des sowjetischen Proletariats, wenn auch schon in beträchtlichem Maße durch stalinistische Fälschungen und Verdrehungen beeinträchtigt. In den darauffolgenden Jahrzehnten hat die nationalistische Bürokratie viel getan, um jegliches wirkliche Verständnis davon auszulöschen, was zur „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution" hochstilisiert wurde. Im sowjetischen Massenbewußtsein wurde der Zweite Weltkrieg, der von den Stalinisten zum „Großen Vaterländischen Krieg" erhoben wurde, angesichts der russisch-nationalistischen Propaganda, die Stalin während des Krieges ununterbrochen verbreiten ließ, allmählich an Stelle der Oktoberrevolution zu dem epochalen Ereignis in der sowjetischen Geschichte. Letztendlich gelang es Stalin und seinen Erben, den sowjetischen Völkern ihre nationalistische Sichtweise einzuhämmern; proletarischer Internationalismus wurde als eine obskure „trotzkistische Ketzerei" des „Exports der Revolution" herabgewürdigt oder, wenn es hochkam, jeglichen Inhaltes beraubt, während man zynische Lippenbekenntnisse dazu abgab.

Mit Gorbatschows „neuem Denken" — d. h. seine unterwürfigen Kapitulationen bei buchstäblich jedem imperialistischen Ultimatum — wurden selbst die Lippenbekenntnisse zu den Idealen der bolschewistischen Revolution über Bord geworfen. Die sowjetischen Soldaten, denen man gesagt hatte und die dies auch glaubten, daß sie ihre „internationalistische Pflicht" erfüllen, wenn sie gegen die reaktionären afghanischen Mudschaheddin an der Grenze der UdSSR kämpfen, wurden danach beschimpft, sie hätten Afghanistan zu „Rußlands Vietnam" gemacht. Gorbatschows schändlicher Abzug aus Afghanistan und sein grünes Licht zum imperialistischen Anschluß der DDR trugen dazu bei, die defätistischen Stimmungen und die Demoralisierung unter den sowjetischen Massen zu verstärken, während die sogenannten stalinistischen „Patrioten", die Gorbatschows Konzessionen scharf angriffen, dies nur taten, um die Trommel für großrussische imperiale Ambitionen zu rühren, dabei ganz bewußt an die Zeit der Zaren anknüpfend.

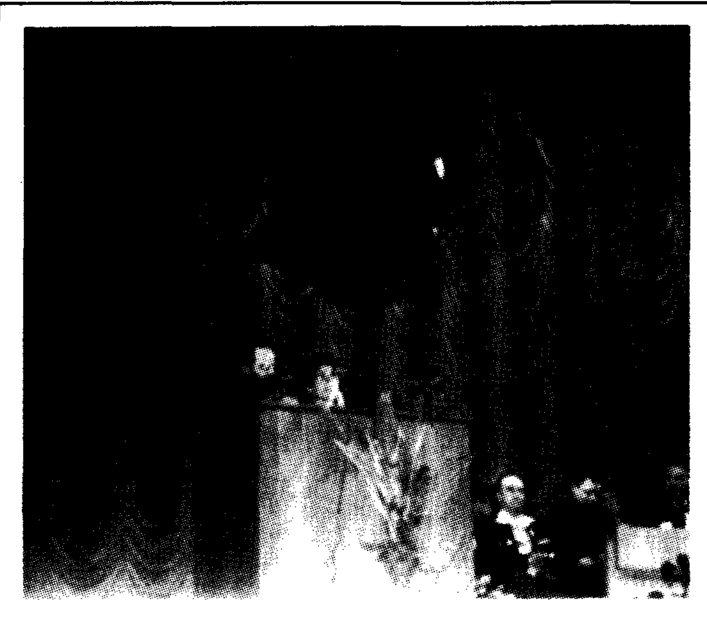
Trotzdem zeigten die spontanen Streiks, die in den sowjetischen Kohlegebieten im Sommer 1989 gegen die Verwüstungen von Gorbatschows „Marktsozialismus" ausbrachen, auf dramatische Weise das Potential für militanten Kampf der Arbeiterklasse. Wie der russische Sozialdemokrat Boris Kagarlizki in seinem Buch „Farewell Perestroika" (1990) belegt hat, wurden die Streikkomitees in vielen Gebieten zu „den tatsächlichen Zentren der Macht der Bevölkerung", indem sie die Lebensmittelverteilung organisierten, die Aufrechterhaltung der Ordnung in die Hand nahmen usw. Wie wir damals hervorgehoben haben, haben die Streiks im Kusbass „schnell Organisationsformen proletarischer Macht hervorgebracht, einschließlich Streikkomitees und Arbeitermilizen" („Sowjetische Arbeiter zeigen ihre Kraft", „*Marktsozialismus" in Osteuropa,* August 1989).

Diese Entwicklungen zeigten die Möglichkeit authentischer Sowjets auf, die — durch Einbeziehung von Kollektivbauern, Frauen, Rentnern, Soldaten und Offizieren - als Basis für eine neue proletarische politische Macht hätten dienen und die Bürokratie durch eine politische Revolution hätten stürzen können. Als das Gorbatschow-Regime seine Versprechen gegenüber den Bergarbeitern nicht einhielt, traten proimperialistische Agitatoren, die vom amerikani-



Nickelsberg/Time

Gorbatschows Abzug aus Afghanistan, ein Verrat, ermutigte Imperialismus und demoralisierte sowjetische Massen





Spartacist-Fotos

Unsere Genossin Martha Phillips kämpfte dafür, die Oktoberrevolution zu verteidigen. Bei der Rede vor den Delegierten auf der Moskauer Arbeiterkonferenz im Juli 1991 (links) und beim Protest gegen die Schließung des Lenin-Museums (rechts)

sehen Gewerkschaftsdachverband „AFL-CIA" trainiert worden waren, auf die Bühne, füllten das Führungsvakuum und gründeten die Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft, sie organisierten dadurch eine aktivistische Minderheit der Bergarbeiter als Rammbock für Jelzin.

Eine Mehrheit der Bergarbeiter und auch eine Mehrheit der gesamten sowjetischen Arbeiterklasse blieb jedoch bei der Auseinandersetzung zwischen den von Jelzin angeführten „Demokraten", Gorbatschow und dem konservativeren Flügel der Stalinisten passiv. Die Masse der Arbeiter stand den prowestlichen Wortführern einer „Marktwirtschaft" reserviert, wenn nicht sogar ausgesprochen feindselig gegenüber. Anders als in Polen während des Aufstiegs von Solidarnoœæ waren die Kräfte einer kapitalistischen Konterrevolution *nicht* in der Lage, die sowjetischen Massen im Namen des Antikommunismus zu mobilisieren.

Zur gleichen Zeit war die bürokratische Elite (die sogenannte Nomenklatura) total diskreditiert durch die schamlose Korruption und den Zynismus der Breschnjew-Ära. Die Appelle zur Verteidigung des „Sozialismus", die die konservativeren Elemente des Gorbatschow-Regimes wie z. B. Jegor Ligatschow ab und zu machten, stießen auf taube Ohren. Die stalinistischen „Patrioten", organisiert z. B. in der Vereinigten Front der Werktätigen (OFT), waren nur in der Lage, eine relativ kleine Zahl von Arbeiteraktivisten zu mobilisieren. Atomisiert und jeglicher antikapitalistischer Führung beraubt, ohne irgendein zusammenhängendes prinzipienfestes sozialistisches Klassenbewußtsein, skeptisch über die Möglichkeit von Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern, hat sich die sowjetische Arbeiterklasse nicht in Widerstandsaktionen gegen die sich anbahnende kapitalistische Konterrevolution zusammengefunden. Und wie Trotzki in „Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale" betont hat: „Wenn eine Armee in einer kritischen Situation ohne einen Schlag aufzufangen vor dem Feinde kapituliert, so ersetzt das in der Politik wie im Kriege — vollständig — eine .Entscheidungsschlacht'."

Die Armee und die Bürokratie

Was ist also mit den bewaffneten Kräften passiert, dem Kern des Staates nach dem marxistischen Verständnis? In „Staat und Revolution" (1917), geschrieben gegen die reformistische Sichtweise, daß die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staat einfach für seine eigenen Zwecke einsetzen könnte, hat Lenin betont: „Die Revolution darf nicht darin bestehen, daß die neue Klasse mit Hilfe der *alten* Staatsmaschinerie kommandiert und regiert, sondern muß darin bestehen, daß sie diese Maschine *zerschlägt* und mit Hilfe einer *neuen* Maschine kommandiert und regiert". Iq ähnlicher Weise verlangt eine soziale Konterrevolution die Zerschlagung des proletarischen Staates und die Schaffung einer neuen Staatsmaschinerie im Dienste der Bourgeoisie. Diese Aufgabe wurde enorm erleichtert durch die stalinistische politische Konterrevolution, die eine qualitative Degenerierung des Arbeiterstaats nach sich zog, der aus der Oktoberrevolution entstanden war.

Grundsätzlich unterlag das sowjetische Militär dem gleichen Druck und der gleichen Paralyse wie der Rest der Gesellschaft. Die oberste Schicht der Militärführung war andererseits ein Bestandteil der sowjetischen Bürokratie. Trotzki erklärte, daß die Bürokratie eine zerbrechliche widersprüchliche Kaste war, die die Funktion eines Transmissionsriemens zwischen dem Arbeiterstaat und der feindlichen imperialistischen Umzingelung einnahm. Diese widersprüchliche Position brachte innerhalb der Bürokratie eine Bandbreite widersprüchlicher politischer Impulse hervor, so „daß in den Reihen der Bürokratie alle Schattierungen politischen Denkens zu finden sind: vom echten Bolschewismus (Ignaz Reiss) zum völligen Faschismus (Butenko)" („Übergangsprogramm"). Reiss war ein führender Kader des sowjetischen Geheimdienstes, der für die Vierte Internationale eintrat und 1937 von Stalin umgebracht wurde; Butenko war ein sowjetischer Diplomat, der zu Mussolinis faschistischem Italien überlief.

Der Doppelcharakter der stalinistischen Bürokratie und die sich daraus ergebenden gegensätzlichen politischen Appetite blieben sogar auch nach den blutigen Säuberungen der 30er Jahre bestehen, in denen alle bis dahin noch lebenden Vertreter der bolschewistischen „alten Garde" umgebracht wurden. Aber obwohl die stalinistische Bürokratie sich auf proletarische Eigentumsformen stützte und daraus ihre Privilegien zog, war sie doch nicht unwiderruflich auf deren Verteidigung verpflichtet. Sie konnte in der Gesellschaft keine unabhängige Rolle spielen. Jeder politische Ansturm, sei es vom revolutionären Proletariat oder seitens der Konterrevolution, mußte die Bürokratie zertrümmern.

Fortgesetzt auf Seite 20





Spartakist-Fotos

Mai 1991: Polnische und deutsche Genossen der IKL sprechen in sowjetischem Armeestützpunkt südlich von Berlin vor 300 sowjetischen Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten, zum Gedenken an den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland. Sie rufen zu Arbeitermobilisierungen gegen Faschismus, Chauvinismus und Antisemitismus auf

Arbeiterstaat erwürgt...

Fortsetzung von Seite 19

Wie Trotzki schrieb:

> „Wird das Proletariat aktiv, hängt der Stalinsche Apparat in der Luft. Versucht er noch, Widerstand zu leisten, so muß man gegen ihn keine Bürgerkriegs-, sondern nur Polizeimaßnahmen ergreifen...
>
> Einen wirklichen Bürgerkrieg könnte es nicht zwischen der Stalin-Bürokratie und dem sich erhebenden Proletariat, sondern nur zwischen dem Proletariat und den aktiven Kräften der Konterrevolution geben. Im Fall eines Konflikts zwischen zwei Massen-Lagern könnte von einer selbständigen Rolle der Bürokratie gar keine Rede sein. Ihre einander entgegengesetzten Flügel würden auf verschiedenen Seiten der Barrikade zu stehen kommen." („Der Klassencharakter des Sowjetstaats")

Im Fall der Ungarischen Revolution 1956 ging die Mehrheit der bürokratischen Schicht auf die Seite des aufständischen prosozialistischen Proletariats über. Im Gegensatz dazu ließ in der jüngsten Vergangenheit in der Sowjetunion der ständige Druck der Besänftigung des Imperialismus und der inneren Marktkräfte immer größere Teile der Bürokratie ins Lager der kapitalistischen Restauration übergehen, deren Hauptsprecher schon bald Jelzin wurde.

Die schiere Unfähigkeit der Bürokratie, irgendeine unabhängige Rolle zu spielen, wurde eindrucksvoll bei den Ereignissen des August 1991 demonstriert. Hinter der scheinbaren Inkompetenz des „Notstandskomitees" (zusammengesetzt aus Gorbatschows wichtigsten Mitstreitern) — daß es ihnen nicht gelang, Jelzin festzunehmen oder auch nur seine direkte Verbindung mit Washington zu kappen - stand die Tatsache, daß diese schwerfälligen Bürokraten keinerlei Alternative zum Programm der Restauration hatten, sowie ihre Weigerung, sich in irgendeiner Weise mit den imperialistischen Mächten anzulegen. Wenn die Arbeiter in Aktion getreten wären, um die verachteten profitgierigen „Genossenschaftler", Spekulanten und Rubelmillionäre zu verjagen, die sich auf den Jelzin-Barrikaden gesammelt hatten, dann hätte dies in der Tat einen Bürgerkrieg zwischen dem Proletariat und den aktiven Kräften der Konterrevolution nach sich gezogen und den Beginn einer *proletarisch-politischen Revolution* bedeutet. Weil sie eine Mobilisierung des Proletariats bei weitem mehr fürchteten als die Konterrevolution, versuchte kein einziger Teil der sogenannten „harten" stalinistischen „patriotischen" Opposition zu Gorbatschow/Jelzin, Widerstand gegen die Jelzin-Kräfte zu organisieren; statt dessen versteckten sie sich hinter den impotenten Proklamationen des Putschkomitees.

Nachdem das Jelzin-Regime die Zügel der Macht in die Hand bekommen hatte, ging es unverzüglich daran, die oberste Führung des Militärs zu reorganisieren, indem es eine ganze Schicht von jüngeren Offizieren einsetzte, die entweder durch ihre stramme Loyalität zu Jelzin gekennzeichnet waren (z. B. Schaposchnikow) oder durch lärmenden russischen Nationalismus. Gleichzeitig versuchte es, breitere Schichten des Offizierskorps mit Solderhöhungen ruhigzustellen. Zur gleichen Zeit gab es eine Selbstsäuberung, weil eine große Zahl von prosozialistischen Offizieren die Armee aus Abscheu über das Verbot der KPdSU verließ. Jedenfalls, wie Trotzki in „Verratene Revolution" (1936) bemerkt hat, „brauchte die bürgerliche Restauration wahrscheinlich weniger Leute [aus dem Staatsapparat] zu entfernen als eine revolutionäre Partei".

Die rechtliche Auflösung der UdSSR im Dezember 1991 ließ die Allunions-Streitkräfte — nominell unter dem Kommando der totgeborenen „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten" — in einer völlig ungeklärten Situation zurück, als „Sechzehnte Republik", wie es einige formulierten. Bei einer Offizierskonferenz im Kreml im folgenden Monat konnte man eine überwältigende Stimmung für die Aufrechterhaltung des Militärs als einer multinationalen Institution feststellen. Wie wir zu diesem Zeitpunkt gewarnt haben: *„Aber um den multinationalen Sowjetstaat und dessen multinationale Armee zu bewahren, muß man das sozialisierte Eigentum retten, auf dem dies aufgebaut worden ist" (Spartakist* Nr. 92, Januar 1992). Wenn die Arbeiterklasse in Aktion getreten wäre, wären zweifellos Teile des Militärs auf ihre Seite übergegangen. Statt dessen sind die auseinandertreibenden Kräfte, die von Jelzins Gegenputsch ins Spiel gebracht und mit dem Dekret vom Dezember 1991 formalisiert wurden, daran gegangen, das Militär auseinanderzureißen und das zu eliminieren, was noch vom Arbeiterstaat übriggeblieben war. Der Nationalismus, wie im chauvinistischen Getöse um Moldawien, ist zu einer treibenden Kraft geworden, um Streitkräfte zusammenzuschmieden, die der neuen kapitalistischen Ordnung loyal gegenüberstehen.

Der Einsatz von russischen OMON-Truppen im Februar 1992, um einen Anti-Jelzin-Protest auseinanderzutreiben, markierte das Entstehen eines Repressionsapparats, der loyal zum Regime steht. Angesichts der Tatsache, daß die

Ukraine und andere Republiken eigene Armeen aufstellten und Treueide von den sowjetischen Truppen verlangten, die auf ihrem Territorium stationiert waren, erließ Jelzin im Mai ein Dekret über die Bildung einer eigenständigen russischen Armee und ernannte den relativ jungen General Gratschew, einen strammen russischen Nationalisten, der sich, während des Futsches auf Jelzins Seite geschlagen hatte, zum neuen russischen Verteidigungsminister. Wie ein Artikel in der Zeitschrift von Radio Free Europe/Radio Liberty der CIA, *RFE/RL Research Report* (21. August), bemerkte:

> „Unter vielen wichtigen Aspekten markiert die Ernennung von Armeegeneral Pawel Gratschew auf den Posten des russischen Verteidigungsministers am 18. Mai 1992 den Beginn der postsowjetischen Periode in der Sicherheitssphäre, ähnlich wie die Schaffung der GUS im Dezember 1991 das Ende der sowjetischen Periode in der politischen Sphäre markiert hat."

Der Tag der Marine am 26. Juli wurde geprägt durch das Hissen des alten zaristischen Marine-Wappens, des St.-Andreas-Kreuzes, in der ganzen Flotte, während der Marine-Kommandeur Admirai Tschernawin proklamierte: „Die russische Flotte muß ihre Flagge wiederbekommen, nicht weil die sowjetischen Matrosen sich der alten Flagge geschämt hatten, sondern weil diese nicht länger dem Geist der russischen Marine entsprach" *(Independent* [London], 27. Juli). Das Hissen des zaristischen Banners über der Kronstädter Marine-Garnison, einer Bastion des Bolschewismus in der Oktoberrevolution, und auf dem Kreuzer Aurora, dessen Kanonenschüsse auf das Winterpalais das Signal für den Sieg des proletarischen Aufstands in Petrograd gegeben haben, symbolisierte in passender, wenn auch grotesker Weise die Zerschlagung des sowjetischen Arbeiterstaates durch die triumphierenden Kräfte der Konterrevolution.

Jelzin und seine Pendants in den anderen Republiken haben jetzt die Anfänge von bürgerlichen Armeen. Aber die Loyalität dieser Streitkräfte zum Kapitalismus muß erst noch blutig getestet werden. Als ein Beobachter feststellte, daß „das gesamte Militär entlang politischer oder ethnischer Linien auseinanderbrechen könnte", bemerkte er, „die russischen Führer werden extrem zurückhaltend sein beim Einsatz der Armee zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern" (Mark Kramer, „The Armies of thé Post-Soviet States" [Die Armeen der postsowjetischen Staaten], *Current History*, Oktober 1992).

Wer hat schuld an der Katastrophe?

Es fehlte nicht an „Trotzkisten", die sich auf Jelzins Barrikaden stellten (in manchen Fällen buchstäblich) und/oder die sich mit schamloser Hast beeilten, die Sowjetunion für tot und begraben zu erklären. So befreiten sie sich schließlich von der Last der (immer mehr formalen und hohlen) Verteidigung der Sowjetunion, die die Bourgeoisie seit der Oktoberrevolution gehaßt und zu zerstören versucht hat.

In seinem Artikel von 1933 warnte Trotzki vor der „tragischen Möglichkeit", daß der sowjetische Arbeiterstaat „unter den vereinten Schlägen der inneren und äußeren Feinde zusammenbricht":

> „Doch auch wenn diese schlimmste Variante der Entwicklung sich realisiert, wird die Frage, wo die an der Katastrophe Schuldigen zu suchen sind, von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des revolutionären Kampfes sein. Auf die revolutionären Internationalisten darf nicht die geringste Schuld fallen. In der Stunde der tödlichen Gefahr müssen sie auf der letzten Barrikade aushalten." („Der Klassencharakter des Sowjetstaats")

Und genau das hat die Internationale Kommunistische Liga getan. Soweit es unsere begrenzten Kräfte zugelassen haben, haben wir dafür gekämpft, einen revolutionären Pol darzustellen, der die sowjetische Arbeiterklasse für das Programm gewinnt, die Konterrevolution umzukehren und niederzuschlagen. Unsere Genossin Martha Phillips, die letzten Februar in Moskau ermordet wurde, brachte im Kampf für diese Sache das größte denkbare Opfer.

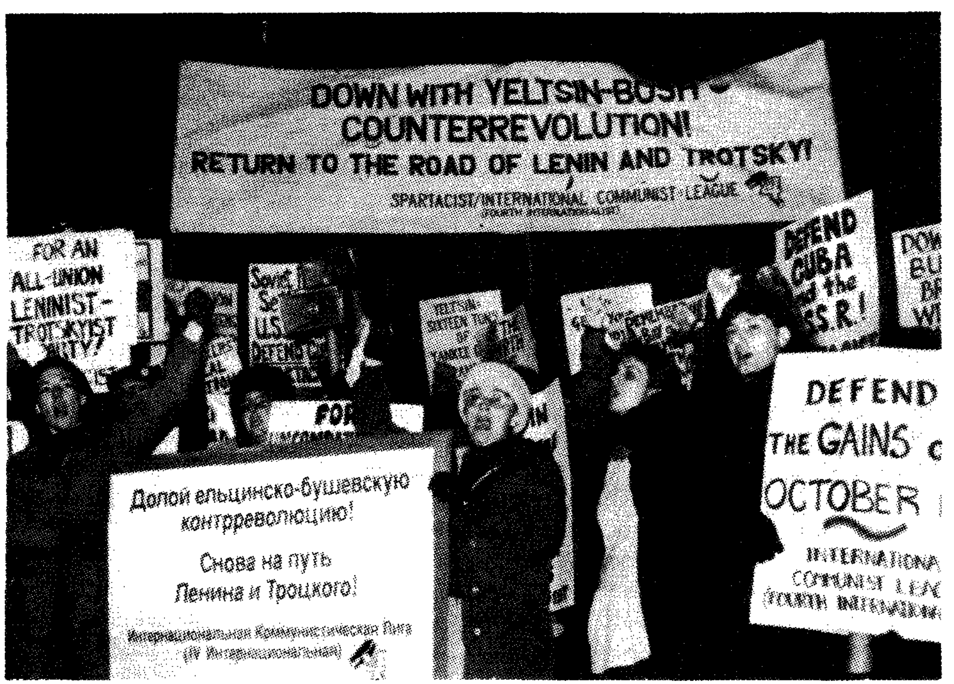
Als vor fünf Jahren die erste offen konterrevolutionäre Kraft — die antisemitischen, vaterlandsbesessenen Faschisten von Pamjat — in Moskau und Leningrad ihr Haupt erhob, riefen wir zu Massenmobilisierungen auf, die sich auf das Proletariat konzentrieren, um diese modernen Schwarzhunderter im Keim zu zerschlagen. Als Gorbatschow im August 1990 einen Plan für die volle Restauration des Kapitalismus unterstützte, den Jelzin entworfen hatte, brachte unser erstes russischsprachige Flugblatt den Aufruf: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/Gorbatschows 500-Tage-

Fortgesetzt auf Seite 22



Murza/Neues Deutschland

Spartakisten Initiierten im Januar 1990 Demonstration von 250000 in Treptow als Protest gegen Nazi-Schändung vom Ehrenmal der Roten Armee. SpAD-Plakat zu Volkskammer-Wahlen im März 1990



Workers Vanguard


Бюллетень Спартаковцев SPARTACIST

Долой правительство Ельцина! «Белый царь» Борис хочет нового «кровавого воскресенья»!

Создавайте рабочие и солдатские Советы, чтобы остановить реставрацию капитализма!

IKL-Flugblatt, Februar 1992, run zur Bildung von Arbeiter- und Soldatensowjets auf, um kapitalistische Restauration zu stoppen. Links: Spartakisten protestierten Im Januar in New York gegen Jelzins Besuch bei seinen Wall-Street-Herren

Arbeiterstaat erwürgt...

Fortsetzung von Seite 21

Plan!" *(Spartakist* Nr. 77, 9. Oktober 1990). In diesem November wurde bei der Gedenkfeier des Revolutionstages zum ersten Mal in der Sowjetunion das Banner der Vierten Internationale öffentlich entfaltet.

Trotz unserer geringen Ressourcen und unserer begrenzten russischen Sprachkapazität versuchten wir, direkt in die turbulente Situation zu intervenieren, die sich eröffnete, nachdem Gorbatschow die Macht übernommen hatte. Nach den dramatischen Bergarbeiterstreiks im Sommer 1989 versuchten wir, unsere trotzkistische Propaganda diesen kämpferischen Arbeitern, deren Kampf die sowjetische Arbeiterklasse elektrisiert und die stalinistische Bürokratie erschüttert hatte, in die Hände zu geben. Vertreter der IKL intervenierten im Oktober 1990 bei einer Konferenz von Bergarbeitern in Donezk, wo sie vorübergehend die von der CIA dirigierten Bemühungen vereiteln konnten, sowjetische Arbeiter für eine antisozialistische Hexenjagd gegen den britischen Bergarbeiterführer Arthur Scargill anzuwerben.

Während der Umwälzung in der DDR 1989/90 brachten wir als Teil des Kampfes der IKL für *eine proletarische* politische Revolution in Ostdeutschland Propaganda in russischer Sprache heraus, die an die dort stationierten sowjetischen Truppen gerichtet war und unter diesen weit verbreitet wurde. Und später sprachen wir vor Versammlungen von sowjetischen Offizieren und Soldaten. 1991 organisierten die SpAD und die Spartakusowska Grupa Polski am Jahrestag des Sieges der Roten Armee über Nazideutschland eine gemeinsame Veranstaltung für mehrere hundert sowjetische Militärangehörige auf einem Luftstützpunkt außerhalb Berlins *(Spartakist* Nr. 86, Mai 1991). Dann, einen Monat vor Jelzins Gegenputsch, sprach die IKL-Vertreterin Martha Phillips vor der Moskauer Arbeiterkonferenz. Sie rief zur Bildung echter Sowjets auf, die die kapitalistische Konterrevolution stoppen, zum Widerstand gegen alle Formen von chauvinistischer Reaktion und zur internationalen sozialistischen Revolution.

Unser Aufruf vom August 1991, „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/Bushs Konterrevolution!", war die erste in der ganzen Sowjetunion weit verbreitete Erklärung gegen Jelzins restaurative Bestrebungen. Wir stellten ein Programm vor für den unabhängigen Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Restauration und für wirkliche Sowjets als Organe einer neuen proletarisch-politischen Macht:

> „*Unabhängige Arbeiterkomitees* müssen in Fabriken, Bergwerken, Eisenbahndepots und anderen Unternehmen errichtet werden, um Entlassungen und Privatisierungen zu verhindern durch die Übernahme der Fabriken und die Kontrolle der Produktion... *Komitees von Soldaten und Offizieren* müssen gebildet werden, um den Säuberungen zu begegnen und um zu verhindern, daß die Armee dazu benutzt wird, gegen die Interessen der Arbeiter vorzugehen... *Arbeitermilizen* müssen gebildet werden ..., um sich gegen die Lynch-Mobs und Pogromisten zu verteidigen und sie zu zerschlagen... In dieser Stunde blanker Not ist mehr denn je die Schmiedung einer neuen, authentisch kommunistischen Avantgardepartei der Arbeiterklasse der Schlüssel zur erfolgreichen Verteidigung der Sowjetunion. Kehrt zum Weg von Lenin und Trotzki zurück!"

Wir stellten uns scharf dem wiederaufsteigenden Antisemitismus und großrussischen Chauvinismus entgegen und warnten, daß Frauen bei einer Restauration des Kapitalismus am meisten zu verlieren hätten.

Nachdem Jelzin im Februar 1992 die OMON und die Moskauer Miliz (Polizei) gegen Demonstranten losgelassen hatte, brachten wir eine dringende Erklärung heraus: „Der ‚weiße Zar' Boris will einen neuen Blutsonntag". Da aufgrund drakonischer Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln und anderen lebensnotwendigen Dingen weitverbreiteter Hunger drohte, stellten wir ein Kampfprogramm auf:

> „Durch ihre eigenen unabhängigen Komitees, zusammengesetzt aus Delegierten, die in den Fabriken gewählt werden, müssen die Werktätigen die Kontrolle über die Lebensmittelvorräte übernehmen und die Verteilung überwachen. Es ist wieder notwendig, wirkliche Sowjets zu bilden, nicht Schwatzbuden wie die angeblichen Sowjets und die impotenten Parlamente, die wir jetzt haben, sondern Kampforgane, die zusammengesetzt sind aus Deputierten, die in den Fabriken und Kasernen gewählt werden und jederzeit abrufbar sind. Zusammengefaßt in machtvollen Sowjets — internationalistisch, egalitär, revolutionär — werden die Werktätigen in der

Lage sein, die wackeligen Regime der kapitalistischen Restaurateure mit einem Fingerschnipsen wegzufegen. *Keine neuen Zaren — weg mit Jelzin — für eine Republik der Werktätigen!"*

Diese Forderungen sind noch heute voll gültig, obwohl die Konsolidierung eines bürgerlichen Staats den Kampf nicht für eine politische Revolution, sondern für eine *sozialistische* Revolution erfordert, um die entstehende Kapitalistenklasse wegzufegen.

Wer hat schuld an der Katastrophe? Vor allem sind es die Stalinisten, die Verantwortung tragen. Angefangen mit der politischen Konterrevolution, die 1923/24 von Stalin geführt wurde, entwickelte sich der Staatsapparat, wie Trotzki schrieb, „von einer Waffe für die Arbeiterklasse zu einer Waffe der bürokratischen Gewalttätigkeit gegen die Arbeiterklasse und mehr und mehr zu einer Waffe der Sabotage an der Wirtschaft" („Übergangsprogramm"). In den späteren Breschnjew-Jahren hatte das bürokratische Mißmanagement der zentralen Planwirtschaft zu einem scharfen Rückgang des sowjetischen Wirtschaftswachstums geführt. Gleichzeitig nährte die um sich greifende Korruption den Appetit der verhätschelten Kinder der Bürokratie, wie westliche Kapitalisten zu leben. Da die Bürokratie Todesangst vor Arbeiterdemokratie hat, die ihre privilegierten Positionen abschaffen würde, sah sie die einzige Option auf intensives Wirtschaftswachstum im Experimentieren mit einem neobucharinschen Programm marktorientierter „Reformen" - Gorbatschows Perestroika.

Während das „Notstandskomitee" vom August 1991 nur „Perestroika ohne Glasnost" anzubieten hatte, bieten die heutigen stalinistischen Überreste wie Viktor Anpilows RKRP, Kryutschkows RPK, Prigarins SK und Nina Andrejewas WKPB usw., die sich heute als eine Opposition gegen Jelzin in Pose werfen, nur einen „roten" Deckmantel für die kapitalistische Konterrevolution. Sie haben keinen Versuch gemacht, für *Klassenkampf* zu mobilisieren, nicht nur, weil ihre chauvinistische Politik sie unfähig macht, an das immer noch multinationale Proletariat zu appellieren, sondern auch, weil sie *gegen* jeden Kampf sind, der den kapitalistischen Klassen„frieden" stören würde. Dies wurde ausdrücklich dargelegt in der „Erklärung über die Gründung der vereinigten Opposition" vom März 1992, die von all den stalinistischen Überresten sowie von Medwedews und Denisows SPT unterzeichnet wurde — was die abstoßende „rot-braune" Koalition mit großrussischen Chauvinisten, Monarchisten und erklärten Faschisten formell machte — und die zur „Rettung des Vaterlands ... auf der Basis von Bürgerfrieden und nationalem Vertrauen" aufrief. Somit waren all diese Gruppen *gegen* den kürzlichen Streik der Fluglotsen.

Mit ihrem Aufruf zur Privatisierung durch die „Arbeitskollektive" versuchen die stalinistischen Ehemaligen, die „linke" Flanke des korporatistischen Flügels der Konterrevolution zu sein, dessen mächtigster Vertreter der Block von Wolskis/Ruzkois Bürgerunion ist. Ihnen angeschlossen ist die ehemalige offizielle Gewerkschaftsbürokratie, die sich jetzt Föderation der unabhängigen Gewerkschaften Rußlands (FNPR) nennt. Während Jelzins Ministerpräsident Ga dar für Kapitalspritzen vor dem Westen kriecht und sich für einen fantastischen Plan zur Privatisierung durch die Ausgabe von Anteilscheinen an die gesamte Bevölkerung einsetzt, hofft die Wolski-Ruzkoi-Fraktion, einen starken militärisch-industriellen Sektor dadurch aufrechtzuerhalten, daß sie das Eigentum direkt den früheren Managern in die Hand gibt.

Im Namen des Aufbaus der Derschawa, dem zaristischen Schlagwort für einen starken russischen Staat, sind die RKRP & Co. bereitwillig in jedes reaktionäre Gebilde eingetaucht, von dem faschistoiden Russischen Nationalen Sobor des Antikommunisten und Antisemiten Sterligow (der sich jetzt für die Wiedererrichtung des zaristischen Throns stark macht) bis zur neu gegründeten „links-rechten" Nationalen Rettungsfront. Tatsächlich akzeptiert jede Gruppierung, die aus der ehemaligen KPdSU hervorging - von der RKRP bis zur SPT -, die „Unvermeidbarkeit" der „Marktwirtschaft" (Restauration des Kapitalismus). Sie zanken sich einfach über die Bedingungen — wer an den Futtertrog kommt (siehe „Stalinistische Ehemalige: Linker Flügel der nationalistischen Konterrevolution", *Spartakist* Nr. 99, November/Dezember 1992). Unterdessen ist die explizit sozialdemokratische Arbeiterpartei (PT) von Boris Kagarlizki mit einem Teil der FNPR-Bürokratie im Bett und beteiligt sich an der Allrussischen Versammlung der Werktätigen, die stark von Wolskis Leuten bevölkert wird und deren Vorsitzender Konstantinow Vizepräsident des Sobor ist.

Fortgesetzt auf Seite 24


Lenin auf I. Kongreß der Kommunistischen Internationale, März 1919. Lenin und Trotzki bestanden darauf, daß das Überleben der Sowjetunion nur durch Ausweitung der Revolution auf die entwickelteren Industriemächte möglich ist



M.S. Nappelbaum

Arbeiterstaat erwürgt...

Fortsetzung von Seite 23

Jeder einzelne der zahlreichen stalinistischen und sozialdemokratischen Vereine hat sich hinter der korporatistisehen Option eingereiht und ruft zur Privatisierung durch die „Arbeitskollektive" (d.h. Betriebsdirektoren) auf. Mit dem Rücken zur Wand verlassen sich vielleicht viele Arbeiter darauf, daß ihre Betriebsdirektoren das Eigentum an der Industrie übernehmen, als eine allerletzte Verteidigung gegen Arbeitslosigkeit und Verelendung.

Die sowjetischen Arbeiter sollten sich keinen Illusionen hingeben, daß ihr Lebensunterhalt unter einem korporatistischen System sicher wäre. Kapitalismus, ob unter Wolski/Ruzkoi oder Jelzin/Gaidar oder irgendeinem Zwischending, bedeutet notwendigerweise die Geißel von brutaler Ausbeutung und weitverbreiteter Arbeitslosigkeit.

„Staatskapitalismus": Ein antikommunistischer Mythos

Wenn die Zerstörung der Sowjetunion eine endgültige Grabinschrift auf die erbärmliche Geschichte des Stalinismus gesetzt hat, dann hat sie auch die zahlreichen falschen „Theorien" zerstört, hinter denen verschiedene Renegaten des Trotzkismus ihre Weigerung zu maskieren versucht haben, die Errungenschaften der Oktoberrevolution zu verteidigen. Die „Theorie", daß die Sowjetunion eine „staatskapitalistische" Gesellschaft sei, stellt die marxistische Analyse des Kapitalismus auf den Kopf. Sie postuliert eine wirklich bizarre Form von „Kapitalismus" — wo die kapitalistische Konkurrenz und das Wertgesetz außerhalb des Systems liegen, wo nicht periodische Überproduktionskrisen typisch sind, sondern Verzerrungen und Engpässe aufgrund administrativer Anordnungen, wo nicht chronische Massenarbeitslosigkeit charakteristisch ist, sondern Arbeitskräftemangel. Der Zweck dieses terminologischen Taschenspielertricks, ob aus der Feder von Tony Cliff oder seiner Vorgänger, bestand darin, jeden Grund zur Verteidigung der Sowjetunion zu verleugnen.

Die „Staatskapitalisten" behaupten zwar, ein „drittes Lager" („weder Washington noch Moskau") zu haben, doch sie freuen sich heute gemeinsam mit den Imperialisten über den „Tod des Kommunismus". Im August 1991 jubelten die Cliff-Anhänger: „Der Kommunismus ist zusammengebrochen", und sie begrüßten den Aufstieg der Jelzin-Anhänger als „den Anfang, nicht das Ende" *(Socialist Worker,* 31. August 1991). Die Übereinstimmung mit dem imperialistischen Antikommunismus ist offensichtlich, aber die „staatskapitalistische" Logik ist absurd. Nach ihr sind wir angeblich gerade Zeuge des außergewöhnlichen Schauspiels geworden, daß eine ganze „Kapitalistenklasse" einfach Selbstmord begeht, statt zu versuchen, ihr Eigentum zu verteidigen. Und die Millionen und Abermillionen Werktätigen in Osteuropa und der Ex-UdSSR, die jetzt durch Verelendung, Arbeitslosigkeit und Brudermord fertiggemacht werden, werden nicht die Ansicht akzeptieren, daß sie nur von einer Sorte Kapitalismus zu einer anderen übergehen, und werden dies erst recht nicht begrüßen.

Der zweite Aufguß von Anhängern des „dritten Lagers", wie die politischen Banditen von David Norths „Internationalem Komitee" und andere, argumentiert, daß der Stalinismus „konterrevolutionär durch und durch" sei. Dies verleugnet glatt Trotzkis Verständnis vom „Doppelcharakter" der Bürokratie. Genauer gesagt besteht der Zweck wie bei Cliffs Theorie darin, nichts mit der Verteidigung der Sowjetunion zu tun haben zu wollen. North behauptete, daß Gorbatschow von Anfang an unbedingt „die politische, wirtschaftliche und soziale Liquidierung all dessen, was an Errungenschaften der Oktoberrevolution übrig ist", wollte *(Perestro ka Versus Socialism* [Perestroika kontra Sozialismus], 1989). North beeilte sich dann zu verkünden, es wäre „unmöglich, irgendeine der Republiken" der Ex-UdSSR „als Arbeiterstaat zu definieren ...", gerade als Jelzin ihre juristische Auflösung verordnete („The End of thé USSR" [Das Ende der UdSSR], *Bulletin,* 10. Januar 1992).

Die verschiedenen Theorien, die die Bürokratie als eine „neue Klasse" oder als „konterrevolutionär durch und durch" definieren, appellieren gemeinsam an triefenden Moralismus. Im Gegensatz dazu hat Trotzkis dialektische und materialistische Analyse des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats, wie sie in *Verratene Revolution* und anderen Schriften ausgearbeitet ist, den Test der Zeit bestanden und dem Proletariat ein Programm für Aktionen geliefert. Ausgehend von diesem marxistischen Verständnis, wiesen wir auf den widersprüchlichen Charakter der anfänglichen Reformen Gorbatschows hin: „Gorbatschows Perestroika richtet sich nicht nur gegen die unmittelbaren materiellen Interessen der meisten Arbeiter, sondern verletzt auch ihre tief sitzende kollektive Einstellung. Gleichzeitig erlaubt der Aufruf des Regimes zu Glasnost ein gewisses Maß an organisierter Meinungsverschiedenheit gegenüber der offiziellen Politik" (Konferenzdokument der Spartacist League/U.S., „Towards Revolutionary Conjuncture" [Der revolutionären Konjunktur entgegen], Juni 1987).

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51 Telefon: (030)4927866
Halle	SpAD, PSF 855 Halle 4002 Telefon: (0345)29055
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11 Telefon: (040)323644
Leipzig	SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Mittwoch von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)





WAAP-Fotos

Links: Leo Trotzki, gewählter Vorsitzender des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten im September 1917. Rechts: Rotgardisten aus der Putilow-Fabrik stehen vor dem Smolny, der Kommandozentrale der Oktoberrevolution von 1917

In den ersten paar Jahren bewirkten Gorbatschows neobucharinsche Reformen in gewissem Maße die Wiederbelebung der sowjetischen Wirtschaft. Der Wirtschaftswissenschaftler Marshall Goldman von der Harvard-Universität bemerkt in seinem Buch *What Went Wrong with Perestro ka* (Was lief schief mit Perestrojka, 1991) über Gorbatschows Programm der „Intensivierung" und „Beschleunigung" von 1985/86, daß „anfänglich diese Reformen zu funktionieren schienen" und „das Industriewachstum zurückzukehren schien". Gorbatschow erzielte sogar die, größte Getreideernte der sowjetischen Geschichte (240 Millionen Tonnen 1990). Aber die anschließende Einführung von betrieblicher Selbstverwaltung am Neujahrstag 1988 erwies sich als der entscheidende Schritt, der schließlich zum Zusammenbruch führte. Die Preisgabe der Planung in einer Planwirtschaft führte zu einem Zusammenbruch der Wirtschaftsverwaltung und zu weitverbreiteter Knappheit und Plünderung. Das Resultat, schreibt Goldman, war „die Unterminierung des Planungssystems und der Zusammenbruch der Wirtschaft". Als die Perestroika-Reformen scheiterten, gab Gorbatschow im August 1990 offen seine Unterstützung der kapitalistischen Restauration bekannt, indem er sich hinter den „500-Tage-Plan" stellte, wenn er auch später davon wieder abrückte bei seinen ständigen Zickzacks.

Gorbatschows Entwicklung von „marktsozialistischen" Reformen zu einem Programm der offenen kapitalistischen Restauration bewies noch einmal die Unmöglichkeit der Konzeption, das stalinistische Regime zu „reformieren", die von Leuten vorgebracht wird wie von Ernest Mandel in seinem Buch *Beyond Perestro ka* (Über Perestro ka hinaus, 1989). Was auch immer ihre kleinlichen Differenzen sind, die Unterstützung von Jelzins Konterrevolution brachte alle diese Revisionisten zusammen, von Cliff über North bis zu Mandel - und auch die Militant-Gruppe in Britannien (früher unter der Führung von Ted Grant), die mit Sergej Beiz' Rabotschija Demokratija (Arbeiterdemokratie) in Rußland verbunden ist. Der kleinste gemeinsame Nenner für all diese Vereine ist die Kapitulation vor dem sozialdemokratischen Antisowjetismus gewesen, genauso wie sie vor einem Jahrzehnt alle gemeinsam über die konterrevolutionäre Solidarnoœæ in Polen jubelten und die Intervention der Roten Armee in Afghanistan verurteilten.

Im Gegensatz dazu erklärte die Spartacist-Tendenz „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!" und forderte „Stoppt die Konterrevolution der Solidarnoœæ!" in Polen. Als Antwort auf Gorbatschows Abzug aus Afghanistan 1989 zur Beschwichtigung Washingtons warnten wir, daß es viel besser ist, den Imperialismus dort zu bekämpfen als in den Grenzen der Sowjetunion. Aber das Gorbatschow-Regime wollte den Imperialismus nirgendwo bekämpfen. „Die Entscheidung, Afghanistan zu verlassen, war der erste und schwierigste Schritt", bemerkte vor kurzem Gorbatschows Außenminister Schewardnadse: „Alles andere ergab sich daraus". Ein Jahr nach dem Rückzug aus Afghanistan gab Gorbatschow grünes Licht für die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands.

Die IKL war einzigartig in ihrer eindeutigen und offenen Opposition gegen den imperialistischen Anschluß der DDR: Die Macht des trotzkistischen Programms, aus dem Zusammenbruch des Stalinismus den Ausweg zu zeigen, fand einen massiven Ausdruck in der antifaschistischen, prosowjetischen Demonstration von 250000 am 3. Januar 1990 im Treptower Park in Berlin, die von den Spartakisten initiiert wurde. Die Stalinisten ihrerseits dachten, sie könnten eine Konterrevolution in einem Land haben. Aber der Ausverkauf der DDR bereitete direkt die Zerstörung der Sowjetunion vor.

Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die darauf folgende Verschärfung der zwischenimperialistischen Rivalitäten haben die Welt zu einem viel gefährlicheren Ort

Fortgesetzt auf Seite 26

Arbeiterstaat erwürgt...

Fortsetzung von Seite 25

gemacht. Die „Neue Welt-f/nordnung" — verkündet während des US-gefuhrten imperialistischen Gemetzels am Persischen Golf, für das Gorbatschow seine Zustimmung gab — hat die Merkmale der alten Weltordnung, die in den Schlachthof des Ersten Weltkriegs führte, bringt aber diesmal die Gefahr eines atomaren Weltbrands mit sich. Die imperialistische Einheit, die jahrzehntelang durch die „kommunistische Bedrohung" aufrechterhalten wurde, ist zusammengebrochen, und die konkurrierenden Mächte fallen übereinander her und wetteifern über die Aufteilung des ehemaligen Sowjetblocks in Neokolonien.

Gleichzeitig gibt es die Eröffnung einer Periode verschärften Klassenkampfes. Die halbkolonialen Völker der Welt werden jetzt, wo die imperialistischen Mächte sich nicht mehr durch ein sowjetisches Gegengewicht eingeschränkt fühlen, regelrecht in den Hunger getrieben. Im imperialistischen Westen haben der sich verschärfende Handelskrieg und die zunehmende Ausbeutung bereits zu größeren Klassenschlachten in Deutschland, Italien und Griechenland geführt. Der multirassische Aufruhr in Los Angeles nach dem Urteil, durch das die rassistischen Bullen im Fall des Zusammenschlagens von Rodney King freigesprochen wurden, zeugt von der gesellschaftlichen Instabilität der Vereinigten Staaten. In Osteuropa und der Ex-UdSSR wird die Arbeiterklasse bald sich von der lähmenden Erfahrung der Konterrevolution erholen und gegen die verheerenden Folgen der kapitalistischen Ausbeutung zu kämpfen anfangen. Polen wurde bereits im letzten Jahr von einem größeren Streik nach dem anderen überrollt.

Die Arbeiter in Rußland, der Ukraine und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken haben immer noch Zeit, sich neu zu gruppieren und zurückzuschlagen, bevor irgend etwas feste Form annimmt, das einem lebensfähigen System von kapitalistischer Ausbeutung nahekommt. Haß und Verbitterung gegenüber Jelzin und seinesgleichen sind am Brodeln. Anders als in der Ex-DDR, wo Massen von Werktätigen die Lüge geglaubt haben, daß der D-Mark-Anschluß Wohlstand bringen werde, gibt es in der ehemaligen UdSSR wenige solcher positiven Illusionen. Jedoch ist die Ansicht weitverbreitet, daß es keine Alternative zum „Markt" gebe, und dafür tragen die bankrotten Stalinisten die Hauptverantwortung.

Der Weg zur Wiedererrichtung eines voll entfalteten Kapitalismus ist nicht so eben wie der Newski-Prospekt. Um sich von ihren Möchtegern-Ausbeutern und -Unterdrückern zu befreien, muß die Arbeiterklasse sich auch als „Volkstribun" behaupten, der gegen jede Äußerung von Antisemitismus und frauenfeindlicher oder antihomosexueller Frömmelei auftritt und sich zur Verteidigung all derer erhebt — darunter afrikanische und asiatische Studenten und die zentralasiatischen Völker in Rußland —, die immer mehr gewalttätigem rassistischen Terror ausgesetzt sind. Was vor allem gebraucht wird, ist eine revolutionäre Führung, die in der Lage ist, die Spaltungen zu überwinden, die durch Chauvinismus und Nationalismus hervorgerufen werden, die Jahrzehnte von falschem Bewußtsein abzutragen, das vom Stalinismus gefördert wurde, und die Kämpfe in der Ex-UdSSR mit denen des Weltproletariats zu verbinden.

Während Sozialdemokraten kreischen, der „Sowjetkommunismus" habe den Sozialismus in den Augen der Massen diskreditiert, war es ein noch größeres Verbrechen des Stalinismus, wie er das Bewußtsein /^sozialistischer Arbeiter entstellte und ihren Kopf mit antimarxistischen Illusionen vollstopfte, wie z. B. dem „Aufbau des Sozialismus in einem Land", der „Volksfront" und der Utopie der „friedlichen Koexistenz" mit dem Imperialismus. „Sozialismus in einem Land" bedeutete nicht nur die Unterdrückung des revolutionären Kampfes in anderen Ländern, sondern auch die Isolierung der sowjetischen Arbeiterklasse von allen Verbindungen mit dem internationalen Klassenkampf. Über 60 Jahre lang waren die sowjetischen Arbeiter in einen Kokon eingebettet, der sie von den politischen Entwicklungen in der ganzen Welt abschnitt. Die sowjetische Arbeiterklasse wird im Laufe des Kampfes zur Umkehrung der Konterrevolution, die sie in Armut und Elend gestürzt hat, sich notwendigerweise das revolutionäre Erbe wieder aneignen müssen, das ihr entrissen worden ist.

Das Proletariat, das die Oktoberrevolution machte, lernte von Lenins und Trotzkis Bolschewiki, daß die Revolution ein Teil eines internationalen Kampfes war. Es verstand, daß seine einzige Aussicht auf Überleben darin bestand, die Revolution auf die entwickelteren Industriemächte, vor allem Deutschland, auszuweiten. Die Gelegenheiten waren vielfältig, doch die revolutionären Parteien außerhalb Sowjetrußlands waren zu schwach und politisch zu unreif, um sie auszunutzen. Der deutsche Spartakusaufstand 1918/19 und die Ungarische Räterepublik 1919 wurden blutig niedergeschlagen. Die Möglichkeit der Roten Armee, den deutschen Arbeitern 1920 zur Hilfe zu marschieren durch die Entfesselung der proletarischen Revolution in Pilsudskis Polen, wurde vereitelt. Mit der Niederlage des deutschen Oktober 1923 erlag schließlich das sowjetische Proletariat der demoralisierenden Aussicht auf eine lange Zeit der Isolation. Das ermöglichte es der von Stalin angeführten bürokratischen Schicht, die politische Macht zu usurpieren. So wurde die Revolution verraten.

Doch dieser Verrat ging nicht unangefochten durch. Die Linke Opposition von Leo Trotzki führte den Kampf um das authentische Programm des Leninismus weiter. In ihrem Kampf zur Verteidigung und Ausweitung der Sowjetmacht drängte die Linke Opposition auf eine Politik der geplanten Industrialisierung, um das entkräftete Proletariat wiederzubeleben und um es dem isolierten Arbeiterstaat zu ermöglichen, gegen die imperialistische Einkreisung auszuhalten. Die Trotzkisten kämpften kompromißlos gegen den großrussischen Chauvinismus der entstehenden Bürokratie. Sie kämpften gegen die verräterische Politik, die von dem „Sozialismus in einem Land" ausging: zunächst die Unterminierung der Chinesischen Revolution 1925—27 und das anglo-russische Gewerkschaftsbündnis, das zum Erdolchen des britischen Generalstreiks 1926 führte. Dies führte zur Unterordnung der deutschen Arbeiterklasse unter die Stiefel Hitlers, zur offenen Unterdrückung der Spanischen Revolution Ende der 30er Jahre. Durch den Ausverkauf revolutionärer Gelegenheiten am Ende des Zweiten Weltkriegs, besonders in Italien, Frankreich und Griechenland, ermöglichte es der Stalinismus dem Kapitalismus zu überleben und bahnte so seinem eigenen endgültigen Niedergang den Weg.

Nach der völligen Zerstörung der Kommunistischen Internationale als Instrument der Weltrevolution organisierte Trotzki die Gründung der Vierten Internationale 1938. Heute kämpft die Internationale Kommunistische Liga für die Wiedergeburt der Vierten Internationale, deren Kader durch stalinistischen und Hitlerschen Terror dezimiert wurden und die schließlich Anfang der 50er Jahre einer internen revisionistischen Kampfansage, die Notwendigkeit einer unabhängigen revolutionären Führung zu leugnen, erlag. Nur als ein Teil des Kampfes, eine wirkliche Weltpartei der sozialistischen Revolution wiederzuschmieden, können die Arbeiter der früheren Sowjetunion die Führung zusammenfügen, die sie brauchen, um die grotesken Greuel wegzufegen, denen sie jetzt gegenüberstehen.

Übersetzt aus Workers Vanguard
Nr. 564, 27. November 1992

Bergarbeiterstreik...

Fortsetzung von Seite 7

Textilarbeiter von Lodz das Abkommen öffentlich verurteilt haben. Aber angesichts der Massenunruhe zog die OPZZ heute ihre Unterstützung wieder zurück. Die exstalinistischen Sozialdemokraten (SdRP) fürchten die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse mehr als die katastrophalen Konsequenzen der Konterrevolution. Zwar hat sich das ehemals zur OPZZ gehörende Bündnis der Bergarbeitergewerkschaften (FZZG) dem jetzigen Streik angeschlossen, doch es hat den virulenten Klerikalnationalisten und Antisemiten der verschiedenen Solidarnosc-Fraktionen erlaubt, die Führung zu übernehmen und den Streik für ihre Manöver mit der Regierung zu benutzen.

Angesichts der Verwüstungen durch die kapitalistische Restauration verlangen die Bergarbeiter, daß die Löhne mit der Inflation Schritt halten und Kreditgarantien die rechtzeitige Auszahlung der Löhne sichern und auch die Beibehaltung des Gesundheitsversorgungssystems in den Bergwerken. Obwohl verstaatlichte Industrien unter einem kapitalistischen Staat dem Diktat von Kapital und Markt unterworfen sind, würde das Privatisierungspaket der Regierung für den Bergbau Massenentlassungen und einen scharfen Angriff auf die Lebensumstände der Arbeiter bedeuten. Aber während die Bergwerke Verluste von 7,5 Milliarden Zloty (etwa 750000 D-Mark) allein in den ersten zehn Monaten dieses Jahres einfahren, sind die Bergarbeiterführer mit dem sinnlosen Versuch beschäftigt, die Industrie unter den Rahmenbedingungen des maroden polnischen Kapitalismus mit Subventionen und Bürgschaften über Wasser zu halten.

Wie die Spartakusowska Grupa Polski (SGP) in der aktuellen Ausgabe ihrer Zeitung, die an die Streikenden in den Kohlefeldern von Slask verkauft wird, warnt:

> „Die Arbeiter können ihren Lebensstandard nicht unter den Rahmenbedingungen dieses bankrotten Staats verteidigen, der versucht, Kapitalismus ohne Kapital einzuführen... Was benötigt wird, ist ein Kampf, um die .Schockbehandlung' von Walesa und dem IWF zu zerschlagen und den ungefestigten kapitalistischen Staat durch Arbeiterrevolution wegzufegen." („Nieder mit dem Walesa/IWF-Regime!", *Platforma Spartakusowców,* Herbst 1992)

Ironischerweise schlugen die Bergarbeiter gerade zu, als die Imperialisten Polen als eine „Erfolgsstory" von brutaler Austeritätspolitik anpriesen, im Gegensatz zu den „Bremsern" in Moskau, wo gerade ein neuer Ministerpräsident, der mit den Managern der Staatsindustrie in Verbindung steht, in das Jelzin-Regime aufgenommen wurde. So trug die *New York Times* (l7.-Dezember) die schreiende Hauptüberschrift „21 Monate ,Schocktherapie' beleben polnische Wirtschaft wieder", und sie zitiert den abscheulichen Schocktherapeuten von Harvard, Jeffrey Sachs, der frohlockte: „Ich denke, sie haben es geschafft... Die Panik ist vorbei. Die Reformen sind sicher."

Solidarnosc möchte ihre klerikalnationalistische Konterrevolution besiegeln, indem sie das relativ liberale Abtreibungsgesetz aus dem Jahre 1956 durch eines der reaktionärsten Gesetze Europas ersetzt. Da mehr als 70 Prozent der Bevölkerung gegen ein Verbot der Abtreibung sind, ist dies eine explosive Situation. Eine Petition, die eine Volksabstimmung gegen die Kriminalisierung forderte, erhielt eine halbe Million Unterschriften, sobald sie im Umlauf war. Die Arbeiterklasse muß zur Verteidigung des Rechts der Frauen auf Abtreibung mobilisiert werden, als Teil des Kampfes für kostenlose Gesundheitsversorgung der höchsten Qualität für alle. Für die strikte Trennung von Kirche und Staat! Pfaffen raus aus dem Schlafzimmer, raus aus dem Operationssaal und raus aus dem Klassenzimmer!

Die Schockwellen des jetzigen Streiks können sich weit über die polnischen Grenzen hinaus erstrecken, besonders bis zu den belagerten Arbeitern der früheren Sowjetunion. Der Bergarbeiterstreik zeigt die offensichtliche Fähigkeit des polnischen Proletariats, die kapitalistische Konterrevolution umzustürzen und die Macht zu ergreifen. Aber dafür benötigt es eine revolutionäre Führung, die darum kämpft, die Arbeiterklasse auf der ganzen Linie gegen die Reaktion der Solidarnosc zu mobilisieren. Nationalismus war die treibende Kraft der Konterrevolution. Für die proletarische Avantgarde ist es eine zentrale Aufgabe, gegen Roma gerichteten Rassismus und Antisemitismus zu bekämpfen. Die SGP kämpft für die Schmiedung der internationalistischen, leninistisch-trotzkistischen Partei, die dringend benötigt wird, um das kämpferische polnische Proletariat zur Macht zu führen.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 566, 1. Januar*

§ 218...

Fortsetzung von Seite 2

ihrer Führung an das BVG abgespeist. Nun sollen alle die Entscheidung der höchsten Instanz der „Lebensschützer" abwarten. Doch was können Frauen von Karlsruhe erwarten? Denkt an das Hexenjagd-Urteil gegen den Memminger Frauenarzt Horst Theissen (siehe „Dr. Theissen darf nicht hinter Gitter!", *Spartakist* Nr. 62, Juni/Juli 1989). Das Recht auf Abtreibung muß durch eine klassenkämpferische Mobilisierung gegen die kapitalistische Reaktion erkämpft und verteidigt werden!

Nachdem Gysi/Modrow die DDR ausverkauft hatten, klangen die PDS-Lippenbekenntnisse zur Streichung des 218 recht hohl: In der „Lebensschutz"-Debatte haben diese parlamentarischen Kretins aber brav mitgemacht. Jeder Protest gegen die Einführung des 218 im Osten im Zuge der Wiedervereinigung wurde la SPD in die parlamentarische Schwatzbude kanalisiert, die Mobilisierung der eigenen Basis wurde bewußt verhindert, und am Ende stimmten sie doch für die Zwangsberatung, konform mit dem Kirchenmärchen: „Abtreibung ist Tötung" bzw. „Mord".

Im Westen, aber auch im Osten, der zur ..Rechristianisierung" ansteht, hat eine beispiellose Austrittswelle beide Staatskirchen erfaßt. Die Kirche hat nichts zu suchen beim Abtreibungsrecht, im Gesundheitswesen *oder* im Staat! **Gewerkschaften: Nieder mit der Kirchensteuer! Für die Trennung von Kirche und Staat! Kirchen raus aus den Schulen! Bullen, Pfaffen und Richter, raus aus dem Schlafzimmer!**

Nach zwei Jahren Hinhaltetaktik und Querelen über den „Knackpunkt der Wiedervereinigung", wie den ostdeutschen Frauen der 218 aufzuzwingen sei, fürchten die Herrscher, daß eine breite Gegenmobilisierung zu einem Flächenbrand gegen den Sozialabbau werden könnte. Das ist ein explosives Gemisch! Tiefgehender sozialer Kampf, gestützt auf die Gewerkschaften, kann 218/219 zu Fall bringen und das Recht auf Abtreibung verteidigen.

Die Spartakisten waren die einzigen, die konsequent gegen die Wiedervereinigung kämpften und vor den katastrophalen Konsequenzen der Konterrevolution warnten. Um die kommenden notwendigen Kämpfe im eigenen historischen Interesse aller Werktätigen zu führen, brauchen wir eine wirkliche Avantgardepartei in der Tradition von Lenin und Trotzki, die als Volkstribun gegen alle Formen von sozialer Unterdrückung und Ausbeutung kämpft. Diese Partei wollen wir aufbauen. Schließt euch uns an!.

Honecker...

Fortsetzung von Seite 13

gehaßt, und deshalb haben die Spartakisten sie gegen den Imperialismus verteidigt und gleichzeitig ihre Öffnung als das Produkt einer keimenden politischen Revolution in der DDR 1989 unterstützt. Und weil wir für eine *revolutionäre* Wiedervereinigung Deutschlands kämpften, für ein „rotes Rätedeutschland" im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, kämpften wir mit Händen und Füßen gegen die *kapitalistische* Wiedervereinigung. Heute stehen wir auf den gleichen kommunistischen Prinzipien und kämpfen dafür, die Arbeiterklasse und die Unterdrückten gegen die Verwüstungen der Konterrevolution zu mobilisieren.

Als Honeckers Nachfolger Krenz, Gysi und Modrow auf die Knie gingen vor der imperialistischen Kampagne für den Anschluß, brachten sie damit das stalinistische Programm ihres Vorgängers nur zu seinem konterrevolutionären Schluß. Stalinismus ist der Totengräber der Revolution, wie Trotzki schon vor langem sagte.



Reuters

Kapitalistische Wiedervereinigung entfesselt Nazi-Pogrome und antikommunistische Hexenjagd

Von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen vpr Gericht gestellt

Wir haben schon früher festgestellt, daß im Falle von Honecker & Co. „die Stalinisten für die falschen Taten von der falschen Klasse angeklagt werden" *(Spartakist* Nr. 94, März/April 1992). Während die Springer-Presse über die „Mauer-Mörder" schwätzt, sind sie dafür angeklagt, daß sie die Grenze des deformierten Arbeiterstaates verteidigten gegen den Imperialismus, der die ostdeutsche Wirtschaft auszubluten drohte. Dies ist kein Verbrechen vom Standpunkt der Arbeiterklasse. Und es ist absolut obszön, wenn die Bourgeoisie von Auschwitz, die des Mordes an sechs Millionen Juden, Millionen Kommunisten, Slawen, Roma und Sinti sowie mehr als 20 Millionen Sowjetbürger schuldig ist, nun versucht, die Blutflecken ihres *Völkermords* dadurch zu beseitigen, daß sie die Führung der DDR vor Gericht zerrt, weil sie angeblich Befehle gegeben haben, die zu dem Tod von 187 Menschen in einem Zeitraum von 28 Jahren geführt haben!

Das ist ein Durchschnitt von *sieben Personen pro Jahr.* Mittlerweile wurden in den USA, nach einem kürzlichen Bericht von amnesty international, allein 1990 von den rassistischen Bullen und Hilfssheriffs von Los Angeles routinemäßig 120 Menschen erschossen. Und der schießwütige Bundesgrenzschutz ermordete in der Zeit bis 1968 59 Personen an der Grenze.

Und der „Schießbefehl"? Das Buch von Peter Przybylski *Tatort Politbüro: Die Akte Honecker* (1991) behauptet: „Das Protokoll der 45. Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates vom 3. Mai 1974 weist aus, daß der Vorsitzende Honecker wörtlich erklärt hatte: ,Nach wie vor muß bei Grenzdurchbruchversuchen von der Schußwaffe rücksichtslos Gebrauch gemacht werden...'" Dies ist auch das zentrale „Beweismittel" der Anklage. Aber in den Protokollen *gibt es keine solche Aussage.* Die Ankläger haben einige private Notizen, die keinen offiziellen Charakter haben, die nicht verteilt wurden und die von Honecker wie von Keßler zurückgewiesen werden. Alles weitere, was die Ermittler „ans Tageslicht brachten", ist nichts als die normale Regelung für den Waffengebrauch durch Grenzposten, die sich kaum von der irgendeines anderen Landes der Welt unterscheidet, einschließlich der Bundesrepublik.

Darüber hinaus stellt Przybylski selbst fest, daß das ab 1982 gültige Grenzgesetz verlangte, daß bei Waffengebrauch „das Leben von Personen nach Möglichkeit zu schonen" sei!

Der zweite Anklagekomplex, „Veruntreuung" und Bereicherung aus Staatseigentum, ist genauso absurd. Zunächst einmal werden Honecker et al., wie bei den Todesfällen an der Grenze, nach dem damals geltenden DDR-Gesetz verurteilt. (Dieses fundamentale Rechtsprinzip wird in Deutschland respektiert, weil sonst die gegenwärtigen Bundesgesetze auch auf die Nazi-Blutrichter angewendet werden könnten, die generell vom Dritten Reich übernommen wurden, um die Gerichte der Bundesrepublik zu besetzen.) Da aber Honecker nicht gestohlen hat, können sie ihn nur wegen Verstoßes gegen ein Gesetz anklagen, das „Vertrauensbruch" durch Staatsbeamte betrifft, die sich Staatseigentum zu ihrer eigenen Verwendung aneignen. Aber um der Privatisierung den Weg zu ebnen, wurde dieses Gesetz von der DDR am Tag vor der Währungsunion außer Kraft gesetzt.

Um dieses kleine Problem zu umschiffen, verabschiedete die Volkskammer eine besondere „Lex Honecker", nach der das alte Recht anwendbar bleibt auf die Verbrechen, die vor diesem Datum begangen wurden. Dieses Gesetz, das extra in den Einigungsvertrag geschrieben wurde, widerspricht sowohl der DDR- als auch der BRD-Verfassung. Aber der „Rechtsstaat" stellt einer guten Hexenjagd nicht solche rechtlichen Feinheiten in den Weg!

Und was die Beträge angeht, die angeblich „veruntreut" wurden, so ist das einfach lächerlich. Das große Geschrei 1989/90 ging über Wandlitz, wo die SED-Spitzen im Brandenburger Wald lebten. Przybylski berichtet, daß nach Ermittlungen der DDR-Staatsanwälte jährlich etwa sechs bis acht Millionen Westmark für Wandlitz ausgegeben wurden. Aber dies war für den Bedarf von mindestens *280 Leuten]* Im Gegensatz dazu „verdienten" letztes Jahr in den Vereinigten Staaten 278 Bosse der größten tausend Unternehmen mehr als eine Million Dollar *pro Person (Business Week,* 12. Oktober 1992). Dieser Wendehals bezieht sich höhnisch auf die „Schlaraffia-Siedlung", mit einem Überfluß an westlichen Stereoanlagen, Fernsehern und Videorecordern, und stellt fest, daß die Elite sie zu einem Wechselkurs von 1 DDR-Mark zu 1 D-Mark kaufen konnte. Aber sie *bezahlten* diese Konsumgüter. Und zum Wechselkurs von 1:1 kaufte Kohl ein ganzes Land!

Vielleicht der größte Tiefschlag bei dieser Verleumdungskampagne ist der Angriff auf Honeckers Ruf als antifaschistischer Widerstandskämpfer. Denn *Tatort Politbüro* ist ein übler Rufmord-Anschlag im Stil der *Bild-Zeitung,* und es verwendet Gestapo-Berichte, um deren Opfer zu verleumden. Aufgrund von Dokumenten, die in einem „roten Koffer" unter Mielkes Besitz im Kellertresor des Stasi-Hauptquartiers in der Normannenstraße gefunden wurden, beschuldigt Przybylski Honecker des „Verrats an die Gestapo". Ähnlich versicherte die *Frankfurter Allgemeine* (16. November 1990), daß der Inhalt des roten Koffers die „antifa-

schistische Legitimation' der früheren DDR erschüttert" und zeigt, daß Honecker alles andere als ein antifaschistischer Held war, sondern „alles tat, um die eigene Haut zu retten", unter anderem „indem er Mitgefangene belastete".

Przybylski behauptet, „Honecker belastete seinen Chef Bruno Baum während des Verhörs durch die Gestapo nach seiner Verhaftung im Dezember 1935, und auch seine tschechische Kurierin Sarah Fodorovâ, die ihm einen Koffer mit klandestinem Material überreicht hatte. Aber Bruno Baum saß im gleichen Brandenburger Gefängnis wie Honecker, wo es eine kommunistische Widerstandsgruppe gab, in der beide aktiv waren. Nach dem Krieg war Baum ein führender Berliner Funktionär der SED. Wenn es irgendeinen Hinweis gegeben hätte, daß Honecker ein Verräter wäre, so war Baum in einer Position, wo er für seine Hinrichtung hätte sorgen können, vor oder nach der Befreiung.

Was Sarah Fodorovâ angeht, so sagt Przybylski, daß sich „die Spur der Tschechin verlor", und deutet damit an, daß sie hingerichtet wurde. Aber in Wirklichkeit wurde die jüdische Kurierin aus Mangel an Beweisen freigelassen und lebt heute in Israel. In einem Interview vom letzten Herbst sagte sie der Nachrichtenagentur ADN: „Ich verdanke Honecker mein Leben. Er hat mich vor dem Volksgericht entlastet." Tatsächlich, sagte Fodorovâ, wetterte nach ihrer Freilassung ein Gestapo-Mann: „Bedank Dich bei Honecker und seiner ganzen kommunistischen Mischpoke, daß Du hier lebendig wieder rauskommst" *(Neues Deutschland,* 20. Oktober 1992).

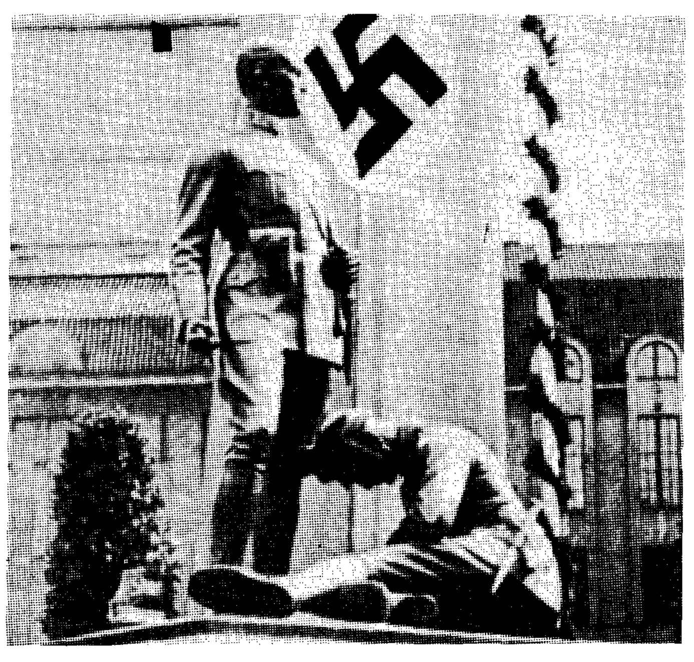
Inzwischen wurde Erich Honeckers monatliche Rente als antifaschistischer Widerstandskämpfer gestrichen durch den rechtmäßigen Nachfolgestaat von Hitlers Drittem Reich.

Die wirklichen Verbrechen des Stalinismus

Während Honecker Ende der 30er Jahre in Hitlers Gefängnissen saß, wohnte Walter Ulbricht im Hotel Lux in Moskau und lieferte deutsche Kommunisten an Stalins Henker aus, und sogar an die Gestapo. Dies sind einige der wirklichen Verbrechen des Stalinismus *gegen die Revolution.*

Hermann Weber, ein führender Historiker der Kommunistischen Partei Deutschlands, stellte die verfügbaren Informationen über die KPD-Opfer von Stalins Säuberungen in seinem Buch *„Weiße Flecken" in der Geschichte* (1989) zusammen. Unter den „Liquidierten" waren sieben Politbüromitglieder, Hugo Eberlein, Leo Flieg, Heinz Neumann, Hermann Remmele, Hermann Schubert, Fritz Schulte und Heinrich Süßkind. Auch umgebracht wurden der Führer des Rotfrontkämpferbundes, Willi Leow; der Führer der Roten Hilfe, Willi Koska; der Herausgeber der *Roten Fahne,* Werner Hirsch. Unter den schätzungsweise 1000 Deutschen, die in der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes an Nazideutschland ausgeliefert wurden, war Heinz Neumanns Frau, Margarete Buber-Neumann. Von den 68 Führern der KPD, die Ende der 30er Jahre in der Sowjetunion lebten, blieben nur 18 auf freiem Fuß, während 41 getötet wurden. Insgesamt führt Weber etwa 350 KPDler auf, die Stalins Säuberung zum Opfer fielen.

Sie wurden zwar als „trotzkistisch-sinowjewistische Verbrecher" angeklagt, doch sie waren nicht einfach weitere „Abweichler" (die eigentlichen Trotzkisten waren schon lange aus den Reihen der KPD weg). Vielmehr wurde, mit Ausnahme von Ulbricht und Wilhelm Pieck, praktisch die *gesamte* KPD-Führung (zwei Drittel des ZKs) zerstört. Genauso ermordete Stalin nicht nur Lenins Kampfgefährten Leo Trotzki, sondern *alle* noch lebenden Mitglieder des bolschewistischen Zentralkomitees von 1917 (der Generalstab der Oktoberrevolution) und den Generalstab der Roten Armee unter Marschall Tuchatschewski. Stalin ließ auch fast alle Führer der polnischen KP hinrichten und löste die Partei auf; über 800 jugoslawische Kommunisten



taz

1934 errichtetes Nazi-Denkmal für zwei unter den Arbeitern verhaßte Bullen. Heute steht Erich Mielke auf Basis von Nazi-Anklagen vor Gericht, verfolgt vom Nachfolgestaat des Dritten Reichs

und mehr als 100 italienische KP-Funktionäre wurden liquidiert. Es ist wichtig zu verstehen, warum diese Kommunisten umgebracht wurden.

Stalins bürokratische Herrschaft war bedroht dijrch die lebendige Erinnerung an die bolschewistische Revolution und durch die Möglichkeit einer Arbeiterrevolution in einem anderen Land. Genauso wie GPU/NKWD das spanische Proletariat im Namen der Volksfront enthaupteten, um die Revolution während des Spanischen Bürgerkriegs abzuwenden, waren die Moskauer Prozesse ein Blutopfer an die Bourgeoisie, ein Beweis für Stalins „Ernsthaftigkeit" bei der Verurteilung des „Exports der Revolution". Genau deshalb verurteilte die Bourgeoisie überhaupt nicht Stalins Rußland als „Unrechtsstaat", sondern *unterstützte* im großen und ganzen die Säuberungen. 1943 schließlich löste Stalin die Komintern auf, die auf dem Programm der sozialistischen Weltrevolution gegründet worden war, was der Grund für ihre Existenz war. Und er versuchte verzweifelt, die Nationalstalinisten Tito und Mao davon abzuhalten, den Kapitalismus in Jugoslawien und China zu stürzen. Die logische Folge vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land" war Opposition zur Revolution in einem anderen Land.

Das traf besonders auf Deutschland zu, dem Schlüssel Europas. Und während Erich Honecker zwar nicht persönlich verantwortlich war für die Säuberungen, half er doch Stalins Politik auszuführen, die einen sozialistischen Aufstand des deutschen Proletariats bei der Niederlage Hitlers verhinderte. In seiner offiziellen Autobiographie *Aus meinem Leben* (den Titel dreist von August Bebel kopiert) bemerkt Honecker, daß er nach einem Treffen mit Ulbricht im Mai 1945 in Berlin anfing, eine „antifaschistisch-demokratische Jugendbewegung zu schaffen", die die gesamte „Jugend, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrer politischen und weltanschaulichen Position", umfaßte. Er lobt auch den Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945, weil er „allen antifaschistisch-demokratischen Kräften Ziel und Weg zur Überwindung der Herrschaft des Monopolkapitals" war.

In Wirklichkeit forderte der Aufruf vom Juni 1945 eine „parlamentarisch-demokratische Republik". Und Honecker sagt eben nicht, daß diese Linie von der in der Moskauer

Fortgesetzt auf Seite 30

Honecker...

Fortsetzung von Seite 29

Emigration lebenden Führung durchgepeitscht werden mußte: gegen den Widerstand der KPD-Kader, die in Deutschland im Untergrund gearbeitet hatten. In einem Brief vom 14. Mai 1945 an Pieck berichtete Ulbricht, „daß die Mehrheit unserer Genossen sektiererisch eingestellt ist" und daß „klärende Auseinandersetzungen notwendig" waren, „denn viele hingen noch an Vorstellungen aus der Zeit vor 1933. Die rote Arbeiter- und Bauern-Armee stand im Land — waren damit etwa nicht die Errichtung der Sowjetmacht und der Aufbau des Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt?"

Ulbricht gab die Parole aus: „Wir verzichten auf die Schaffung eines kommunistischen Jugendverbandes, denn wir wollen, daß eine einheitliche, freie Jugendbewegung entsteht." Als Ulbrichts Schützling drängte Honecker auf das, was die FDJ wurde. Am Anfang widersetzte sich der sächsische KP-Jugendführer Robert Bialek vehement; er argumentierte für eine proletarische Jugendorganisation von KPD und SPD. „Natürlich wäre mir eine sozialistische Jugendorganisation lieber, aber das entspricht nicht den gegenwärtigen Erfordernissen", so Honecker. Jene „Traditionalisten", die Gruppen des KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) gründeten, wurden als linke Sektierer, Ultralinke und Trotzkisten abgestempelt. Also wurde die Freie Deutsche Jugend gegründet, und später die Deutsche Demokratische Republik.

Stalin und sein Statthalter Ulbricht beabsichtigten nicht, die DDR als Arbeiterstaat aufzubauen, aber die starre Haltung der Imperialisten im Kalten Krieg zwang sie dazu. Und als ihr frommer Wunsch eines „neutralen friedliebenden Deutschlands" verflogen war, setzten die stalinistischen Spitzen ihre bürokratische Herrschaft durch: gegen die Arbeiterklasse und gegen Opposition innerhalb der SED. Im Zuge des Arbeiteraufstandes 1953 ist Honecker mit dem „Spitzbart" Ulbricht fast gestürzt, und sein Weg nach oben ging er als die Keule gegen prosozialistische Oppositionelle und Dissidenten, von Harich/Janka und Schirdewan/Wollweber bis Robert Havemann, Wolf Biermann und Stefan Heym.

Lehrlinge der „linken" Hexenjäger

Bei der Verteidigung Erich Honeckers gegen die Hexenjäger des Vierten Reichs setzen wir Spartakisten ihn nicht einfach mit jedem anderen Stalinisten oder Reformisten gleich. So drückten wir zum Beispiel unser Beileid aus über die Ermordung des schwedischen Sozialdemokraten Olof Palme, der der Regierungschef eines bürgerlichen Landes war, aber getötet wurde, weil er als Linker galt, und nicht, weil er ein guter Bulle für den schwedischen Kapitalismus war. Auf der anderen Seite hätten wir ganz andere Gefühle gegenüber Ulbricht, dem Oberhaupt eines deformierten Arbeiterstaates, der der Gehilfe der stalinistischen Henker war.

Verschiedene Pseudolinke haben die Forderung erhoben nach „Arbeitertribunalen", um Honecker und die übrigen ehemaligen DDR-Führer zu richten. Als die SpAD in einer Antwort auf einen Brief an *Spartakist* Nr. 96 (Juni/Juli 1992) erklärte, daß dies ein „linker" Deckmantel für die Hexenjagd ist, rief dies bei der Gruppe Arbeitermacht eine irrsinnige Reaktion hervor. Diese Stalinophoben schäumten in einer schriftlichen Provokation unter der Überschrift „SpAD vor ein Arbeitertribunal?", wo sie uns als Agenten des Faschismus verleumdeten. Das ist ein starkes Stück für eine Gruppe, die in grotesker Weise ein Alibi für den österreichischen Nazi-Präsidenten Waldheim lieferte (sie schrieben: „Was ist schon ein Kriegsverbrechen?"), die den 250 000 Teilnehmer starken Protest vom 3. Januar 1990 gegen die faschistische Schändung des Ehrenmals für die gefallenen Sowjetsoldaten im Treptower Park verunglimpfte und die den Angriff eines von Skinheads angeführten Mobs auf das Stasi-Hauptquartier ein paar Tage später als den „Stoff, aus dem Revolutionen sind", bejubelten. Arbeitermacht schreibt:

> „Im Haus des Gehenkten spricht man nicht vom Strick, sagt ein altes Sprichwort. In der ‚Spartakisten'-Sekte ruft bereits die Erwähnung des Wortes ‚Arbeitertribunal' Angst und Wut hervor."

Ebenso verurteilt der Bund Sozialistischer Arbeiter, Anhänger des zweifelhaften David North, die SpAD, weil sie „gegen Arbeitertribunale ist, um die stalinistischen Gangster zur Rechenschaft zu ziehen" *(Neue Arbeiterpresse,* 30. Oktober 1992). Am 20. November, nach dem Beginn des Honecker-Verfahrens, entdeckt der BSA, es ist „Ein politischer Schauprozeß", und er könnte „zum Auftakt für Angriffe der Kapitalisten werden, die selbst den Naziterror noch in den Schatten stellen". Aber selbst dort wird nirgendwo gesagt (und auch nicht in einem späteren Artikel am 18. Dezember), daß Honecker et al. vor Gericht stehen, weil sie die DDR verteidigt haben, noch sagt der BSA, daß es irgend etwas zu verteidigen gab, noch bezieht er sich überhaupt auf die DDR als einen Arbeiterstaat. Statt dessen greifen sie, bei viel Anwaltsjargon, den Refrain der Bourgeoisie vom „Stasi-Staat" auf und beziehen sich auf das „bürokratische Polizeiregime im Osten".

Ein Arbeitergericht zu haben setzt die proletarische Staatsmacht voraus; es heute unter dem Kapitalismus zu fordern läuft darauf hinaus, den Schauprozessen der Bourgeoisie Unterstützung zu geben. Bei der jetzigen Führung der deutschen Arbeiterklasse hieße es konkret ein „Tribunal" unter dem Vorsitz der Sozialdemokraten, gerade derjenigen, die die Prozesse gegen Honecker, Mielke usw. betreiben. Tatsächlich hat der ostdeutsche SPD-Führer Thierse zu einem „Tribunal" aufgerufen, um „die DDR-Geschichte aufzuarbeiten". Und wie sollte die Strafe vollstreckt werden? Vielleicht hielten es die „linken" Möchtegern-Hexenjäger für „Gerechtigkeit", als der frühere stalinistische Ministerpräsident Polens, Piotr Jaroszewicz, der weitgehend unbeliebt war, weil er in den 70er Jahren das Land runtergewirtschaftet hatte, zusammen mit seiner Frau letzten September in Warschau ermordet wurde.

Dadurch, daß wir für die Freiheit der früheren DDR-Führung kämpfen, erfüllen wir unsere proletarische Pflicht, die Zielscheiben und Opfer dieser kapitalistischen Klassenjustiz zu verteidigen. Genauso haben wir gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft, die diese antikommunistische Hexenjagd hervorbrachte sowie rassistischen Terror, Massenarbeitslosigkeit und andere Greuel. Und jetzt sollen die Spartakisten in dem gleichen Gebäude vor Gericht stehen, wo der Honecker-Prozeß stattfindet, weil sie beim Brandenburger Tor die Hakenkreuz-Fahne des Nazi-Völkermords heruntergerissen haben!

Das größer gewordene Deutsche Reich versucht seinen Einfluß geltend zu machen, es provozierte das blutige Auseinanderreißen von Jugoslawien, während die Deutsche Bank die Trümmer des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates plündert. Hier im Lande wird die „Sozialpartnerschafts"rhetorik vergangener Jahre durch Angriffe auf gewerkschaftliche Errungenschaften ersetzt. Aber die Möchtegern-Herren von Europa sind auf erbitterten Widerstand von Arbeitern und Jugendlichen gestoßen - von den Protesten Millionen italienischer Arbeiter letzten Herbst gegen die Kapitulation ihrer Führer vor den Austeritätsplänen, die Frankfurter Bankiers verordnet hatten; über polnische Bergarbeiter, die gegen die Privatisierung streiken; bis zum mächtigen Streik der Arbeiter im öffentlichen Dienst in Deutschland. Um uns zu verteidigen, müssen wir mobilisieren, damit wir Hitlers Erben - von den Mördern auf der Straße bis hin zu den „Schreibtischtätern" in der Richterrobe und ihren Chefs in den Ministerien und Vorständen — *besiegen.*

Fortsetzung folgt

Verteidigt die Antifaschisten...

Fortsetzung von Seite 32

bereitete den Faschisten den Boden. Jetzt kommen CDU/CSU und SPD deren mörderischen „Ausländer-raus"-Parolen nach, indem sie die Grenzen zumachen und Massenabschiebungen durchführen.

Das wahre Gesicht der herrschenden Klasse zeigte vor kurzem Karl Dersch (Vorstandsmitglied des Luft- und Raumfahrtunternehmens Deutsche Aerospace, Präsidium des Bundesverbandes der Deutschen Industrie usw., usw.), als er seine „private" Reichskriegsflagge hißte. Im SPD-geführten Nordrhein-Westfalen mit seinem starken Bevölkerungsanteil von eingewanderten Arbeitern sind die Gerichte derart mit Nazi-Richtern infiziert, darunter der notorische NPD-Führer Peter Marken, so daß die ÖTV die Besetzung eines Gerichtssaales organisiert hat. Von Augsburg bis Halle ergänzen massive Bullen-Überfälle den Nazi-Terror.

Die Arbeiterbewegung muß das Asylrecht verteidigen. Die heutige Lage schreit nach massenhafter Arbeitereinheitsfront-Mobilisierung, um die soziale Macht von Arbeitern und Immigranten gegen die Nazis und zur Verteidigung der Flüchtlinge zu zeigen. Dies ist das Programm, für das Leo Trotzki Anfang der 30er Jahre kämpfte, während Sozialdemokraten und Stalinisten Hitler ungehindert an die Macht marschieren ließen.

Das Vierte Reich will das Dritte Reich rehabilitieren, dazu diente schon 1985 der obszöne Kniefall von Kohl und Reagan vor SS-Gräbern in Bitburg. Die Bourgeoisie von Auschwitz streckt wieder ihre Finger nach der Herrschaft Europas aus. Ihre Handlanger von der SPD stehen dabei an der Spitze der antikommunistischen Hexenjagd — deren Gipfel der heutige Schauprozeß gegen Erich Honecker ist, der im Landgericht Tiergarten stattfindet, im gleichen Gebäudekomplex —, um Rache zu nehmen für den Sieg der Roten Armee. Und die PDS macht bei der Hexenjagd mit, von der sie selbst aufgefressen wird. Freiheit für Erich Honecker und alle Repräsentanten des deformierten Arbeiterstaats DDR, in dem das System des Hakenkreuzes vollständig vernichtet wurde!

Toralf Endruweit sagte: „Wir sind stolz, die Nazi-Fahne heruntergerissen zu haben. Wir werden in diesem Prozeß zeigen, was das Hakenkreuz bedeutet, im Dritten wie im Vierten Reich. Wir werden zeigen, was diese Mord-Fahne für antifaschistische Überlebende des Dritten Reichs bedeutet, für Juden, Roma, Kommunisten, Schwule, für die heldenhaften Deutschen, die in der Roten Armee gegen die Barbarei ihrer eigenen Bourgeoisie gekämpft haben, wie auch für die vietnamesischen Arbeiter aus Rostock, die fast einem neuen Holocaust zum Opfer gefallen wären, für die Freunde, Angehörigen und Kollegen der Getöteten der letzten Jahre, von Amadeu Antonio bis Silvio Meier und die Familie Arslan, alle Opfer des braunen Packs. Ihr Tod mahnt uns, und wir werden sie rächen, genau wie all die Opfer der Nazis und, vor ihnen, der Freikorps, die Liebknecht und Luxemburg unter dem Zeichen des Hakenkreuzes ermordeten. Um die Faschisten ein für alle Mal zu beseitigen, brauchen wir eine Arbeiterrevolution, die die Opfer des Nazi-Holocaust rächen wird. Dafür kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei."

Machen wir den Prozeß gegen die Antifaschisten zu einem Prozeß gegen die Fahne des Nazi-Völkermords und den rassistischen Staat, der seine faschistischen Banden aufhetzt und beschützt! Unterstützt die Kampagne, mobilisiert unter euren Freunden, in euren Gewerkschaften, in euren Schulen und Organisationen. Schickt eure Anti-Hakenkreuz-Erklärungen an das Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 91, W-1000 Berlin 21, Fax (030)39792010. Schickt Kopien und wendet euch für weitere Informationen an das KfsV. Spendet auf das Konto: Werner Brand, Komitee für soziale Verteidigung, Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg, Konto 2501109300, BLZ 20010111, Stichwort „Keine Nazi-Fahne".

Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD).

Magdeburg...

Fortsetzung von Seite 5

sehen. In den Reden vom Podium wurde von den Veranstaltern keinerlei Aktion vorgeschlagen, nach dem Motto: „Wartet einfach, bis die Entscheidung getroffen wird, und hofft auf das Beste."

Auf dem Weg zurück nach Halle diskutierten wir mit den Mosambikanern, was man tun könne, um die IG Metall in ihrem Betrieb zu mobilisieren und ihre Kraft gegen die drohenden Abschiebungen einzusetzen. Unsere Intervention bei der „Demo" bewirkte, daß ein Mosambikaner im Bus auf uns zukam, um weiter zu diskutieren. Er war empört, daß die Medien die jetzigen Probleme auf den Sozialismus schieben. Er sagte, daß es in der DDR keine Arbeitslosigkeit und kein Verbrechen gab, niemand schlief unter Brükken, und was jetzt passiert, ist wegen der Marktwirtschaft. Er hat eine deutsche Frau, Kinder und eine Wohnung, daher kann er hierbleiben. Aber er sorgt sich, was es bedeutet, nicht zurückzugehen, um zu kämpfen. Wir redeten ein bißchen darüber, wie Lenin im Exil die Partei aufbaute.

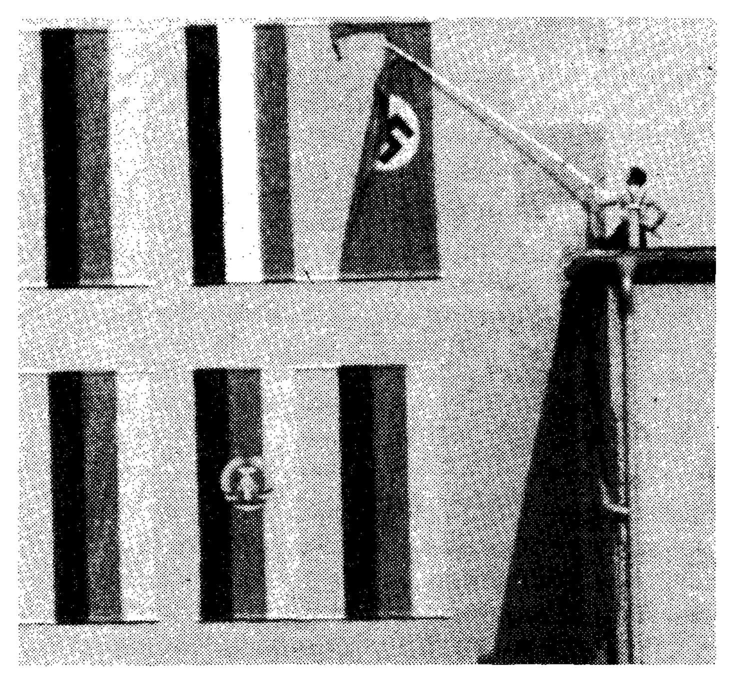
Später gingen wir mit zwei Arbeitern in eine Kneipe. Bei einem von ihnen waren an der rechten Hand die drei mittleren Finger unterhalb des zweiten Knöchels abgeschnitten. Als ehemalige Maschinenarbeiterin erkannte eine Genossin von uns die Auswirkungen eines typischen industriellen Unfalls. Tatsächlich ist es in Ammendorf passiert. Er verlor seine Finger 1985 — beide Hände waren ganz, als er in die DDR kam, um zu arbeiten. Er arbeitet immer noch an derselben Maschine, aber er kann nichts anderes mehr tun, kann keine neuen Qualifikationen erlernen. Seine Heimat ist kein Industrieland, und es gibt dort keine Arbeit für ihn, es gibt zu viele Sachen, die er nicht richtig anfassen kann. Tatsächlich hat er sich dann in seine deutsche Freundin verliebt, als sie ihm nach dem Unfall half und mit ihm im Krankenhaus blieb. Er will mit ihr hierbleiben.

Wir haben angefangen, mit den eingewanderten Arbeitern über die Möglichkeit zu sprechen, eine Delegation zur Gewerkschaft zu senden, die dafür kämpft, die Macht der IG Metall gegen die Abschiebungen einzusetzen. Die gesamte Arbeiterbewegung muß dringend Maßnahmen ergreifen, um die Spaltung der Arbeiter und die Massenabschiebungen zu verhindern sowie den Schutz der Flüchtlingswohnheime gegen Nazi-Terror zu organisieren. •

SPARTAKIST

Hexenjagd-Skandal

Spartakisten vor Gericht, weil wir die Nazi-Fahne runterrissen!





Spartakist-Fotos

Machen wir dem Nachfolgestaat des Dritten Reichs den Prozeß!

Am 17. Februar sollen vier Antifaschisten, Unterstützer der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) und des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) wegen „Hausfriedensbruch" im Amtsgericht Berlin-Tiergarten vor Gericht gestellt werden. Ihr „Verbrechen"? Am 23. Juni 1992 beseitigten sie eine riesige Hakenkreuzfahne, die seit Mai beim Brandenburger Tor an der Galerie Pariser Platz hing. Sie haben damit einer empörenden Provokation ein Ende gesetzt, die Tausende entsetzt hat und ein direkter Schlag ins Gesicht der Überlebenden des Nazi-Terrors und aller anständigen Menschen war.

Das Hakenkreuz ist kein „Gegenstand der Kunst", wie es in der Anklage gegen die vier Antifaschisten beschrieben wird. Wie KfsV-Sprecher Werner Brand erklärte: „Das lassen wir nicht zu! Das Hakenkreuz steht für die grausame Ermordung von sechs Millionen Juden, von Roma, Sinti, Homosexuellen und anderen Minderheiten, von Kommunisten und allen Antifaschisten." Dies ist die Mord-Fahne der feigen Nazibrut von Mölln bis Rostock und Berlin.

Aber am 23. Juni nach 16.30 Uhr gab es beim Brandenburger Tor kein Hakenkreuz mehr. Beherzte Antifaschisten ergriffen dieses blutige Symbol für Völkermord und verbrannten es. Anschließend wurde auf dem Dach der Galerie ein Spartakist-Banner mit der Aufschrift „Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime!" entrollt.

Der Galerie-Vertreter holte die Polizei, und vier Antifaschisten wurden vorübergehend festgenommen. Aber nach energischem Protest von vielen unterstützenden Zuschauern und Passanten aus verschiedenen Ländern, darunter auch Anhängern der PKK, wurden sie wieder freigelassen. Jetzt, nach dem rassistischen Pogrom in Rostock und den Nazi-Morden in Mölln, wurden die vier Antifaschisten für ihre Säuberungsaktion angeklagt: Werner Brand, Ronald Krüger (Fotograf der Zeitung *Spartakist),* Renate Dahlhaus und Toralf Endruweit (beide Sprecher der Spartakisten bei der antifaschistischen Großkundgebung in Treptow im Januar 1990 und Kandidaten bei der letzten Bundestagswahl).

Nach dem Strafgesetzbuch der Bourgeoisie ist das Hakenkreuz verboten. Doch wer würde schon erwarten, daß der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs gegen Nazi-Symbole vorgeht. In Wirklichkeit schützt seine Polizei die Nazis bei ihren Angriffen auf Flüchtlingswohnheime, die Opfer der Nazis werden entweder abgeschoben oder kriminalisiert. Hinter dem Aufschrei gegen „Gewalt" und „Rechts- und Linksextremismus" stehen die rassistische Verfolgung von Flüchtlingen und Immigranten sowie erweiterte polizeiliche Repression gegen Antifaschisten. Deswegen ist der Aufruf von PDS-Reformisten und ihresgleichen nach „mehr Polizei" und einem Verbot der Faschisten, mit dem sie sich an die rassistische Bonner Allparteienunion anhängen, so gefährlich. Und unser Fall beweist das erneut. Die kapitalistische Wiedervereinigung, die von der SPD und PDS und ihren „linken" Anhängseln begrüßt wurde,

Fortgesetzt auf Seite 31

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 101 FEBRUAR/MÄRZ 1993 50 Pfennig

Stahlkocher, Ruhrkumpel, ostdeutsche Metaller in Aufruhr

Bosse wollen Machtprobe Geben wir's ihnen!



Nils Foltynovicz/Ruhr-Nachrichten

Stahlarbeiter in Dortmund. Jeder ernsthafte Widerstand muß sieh politisch gegen kapitalistische Herrschaft wenden

21. FEBRUAR - Es brennt an der Ruhr: Die Stahlbosse drohen damit, 30 000 Arbeitsplätze zu streichen und die Hochöfen in Dortmund oder Rheinhausen ganz und gar stillzulegen. Als Antwort darauf gehen täglich Tausende von Metallarbeitern auf die Straße, von Eisenhüttenstadt bis Bayern. Die Welle von Demonstrationen könnte leicht zu einem Flächenbrand von Streiks und Betriebsbesetzun-

¥angesetzt auf Seite 24

Am 60. Jahrestag von Hitlers Machtergreifung

Berlin: Verteidigung von Immigranten-Wohnheim

Am Samstag, dem 30. Januar, beteiligten sich 100000 Menschen an einer „Lichterkette", deren Mittelpunkt das Brandenburger Tor war, Symbol des deutschen Nationalismus — am 60. Jahrestag von Hitlers Ernennung zum Reichskanzler durch Hindenburg, was direkt zum Zweiten Weltkrieg und zum Holocaust führte. Bürgerliche Politiker wiederholten ihre frommen Sprüche „Nie wieder". Doch im letzten Jahr vermerkten offizielle Statistiken fast 2300 Terror-Überfälle von Rechten, über 30 Menschen wurden umgebracht. Nazi-Angriffe sind zu einer täglichen Erscheinung im ach-so-demokratischen Deutschland geworden. Und inzwischen sind die Bonner Politiker dabei — von den Freien Demokraten und den Christlichen Demokraten bis zu den Sozialdemokraten —, das „Ausländer-raus"-Programm der Nazis durchzusetzen, indem sie das Asylrecht vernichten.

Gleichzeitig haben das Nazi-Pogrom in Rostock und die faschistischen Morde in Mölln eine Welle von Empörung ausgelöst, die sich auch gegen die „Heuchelei" der bürgerlichen/reformistischen Flüchtlingsabschieherrichtet — der „Skinheads mit Schlips und Scheitel", wie Günter Grass Innenminister Seiters beschrieb. Und sie haben zu einem Anstieg von linken Jugendprotesten geführt. Unser Aufruf zu organisierten Klassenaktionen der Arbeiter gegen den mörderischen Nazi-Mob findet

Fortgesetzt auf Seite 16

Martha Phillips

10. März 1948 - 9. Februar 1992

Es ist ein Jahr her, daß unsere Genossin Martha Phillips in Moskau ermordet wurde. Zum Zeitpunkt ihres Todes war Martha in der ehemaligen Sowjetunion die sichtbarste Kämpferin für das Programm des trotzkistischen Internationalismus. Die Zerstörung des sowjetischen Arbeiterstaates und die damit verbundenen verheerenden Folgen der kapitalistischen Restauration schreien nach dem Aufbau einer Partei, die den dringend notwendigen Kampf gegen brudermörderischen Nationalismus, Chauvinismus und alle Formen scheinheiliger Frömmelei organisieren und führen kann. Martha Phillips widmete ihr Leben dem Aufbau einer solchen Partei, eines leninistischen Volkstribuns.

Unser Schmerz über den unersetzlichen Verlust einer geliebten Genossin und teuren Freundin wird verstärkt durch die Tatsache, daß wir immer noch nicht wissen, wer Martha ermordet hat, oder warum. Unsere Bemühungen, auf eine wirkliche Untersuchung dieser Tragödie zu drängen, stoßen weiterhin beim amerikanischen Konsulat auf Gleichgültigkeit und bei den Moskauer Behörden auf absichtliche Ausflüchte und Unfähigkeiten.

Wir ehren ihren Geist, ihre Beharrlichkeit, ihren Mut und ihre Intelligenz durch unsere Entschlossenheit, den Kampf fortzusetzen.



Workers Vanguard

Internationaler Frauentag

Lenin und Zetkin: Frauenbefreiung durch Kommunismus

Die Kommunistische Internationale nahm am III. Weltkongreß im Juli 1921 die „Thesen über die Methoden und Formen der Arbeit unter den Frauen der kommunistischen Parteien" an. Dieses Dokument hat als umfassende Leitlinie für Kommunisten nichts an Gültigkeit verloren. Den Bericht dazu auf dem III. Kongreß gab Clara Zetkin. Im Herbst 1920 fand das erste längere Gespräch zwischen Lenin und Zetkin über die Frauenfrage statt, in dem Lenin sich beschwerte, daß die Thesen zur Arbeit unter den Frauen seit dem II. Kongreß in einer Kommission stecken geblieben seien, aber unbedingt notwendig seien zum Aufbau einer internationalen Frauenbewegung. Nachstehend drucken wir einen Auszug aus Zetkins Erinnerungen an Lenin *(erstmals 1926 veröffentlicht) ab, in dem sie Lenins Konzept der Thesen wiedergibt.*

Die Richtlinien müssen scharf zum Ausdruck bringen, daß wahre Frauenbefreiung nur möglich ist durch den Kommunismus. Der unlösbare Zusammenhang zwischen der sozialen und menschlichen Stellung der Frau und dem Privateigentum an den Produktionsmitteln ist stark herauszuarbeiten. Damit wird die feste, unverwischbare Trennungslinie gegen die Frauenrechtelei gezogen. Damit ist aber auch die Grundlage gegeben, die Frauenfrage als Teil der sozialen Frage, der Arbeiterfrage aufzufassen und als solche fest mit dem proletarischen Klassenkampf und der Revolution zu verbinden. Die kommunistische Frauenbewegung selbst muß Massenbewegung sein, ein Teil der allgemeinen Massenbewegung, nicht nur der Proletarier, sondern der Ausgebeuteten und Unterdrückten jeder Art, aller Opfer des Kapitalismus oder eines Herrschaftsverhältnisses. Darin liegt auch ihre Bedeutung für die Klassenkämpfe des Proletariats und für seine geschichtliche Schöpfung: die kommunistische Gesellschaft.«

SPARTAKIST 

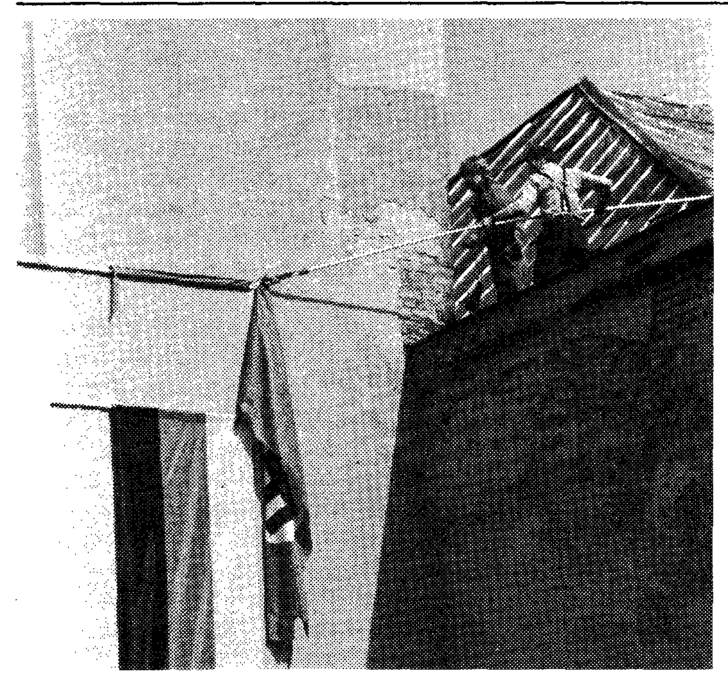
herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Fred Zierenberg
VERTRIEB: Uwe Asanov

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 110231, 2000 Hamburg 11, Fax (040) 33 01 54
Postfach 510655, 1000 Berlin 51, Fax (030)491 1479
Redaktion Spartakist: Tel. (030)491 4548. Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 101 Februar/März 1993

Spartakisten gewinnen vor Gericht!





Spartakist-Fotos

Prozeß des Vierten Reichs zum Schutz der Nazifahne geplatzt

Im Amtsgericht Berlin-Tiergarten wurde am 17. Februar der Prozeß gegen vier Anhänger der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) und des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) eingestellt, die angeklagt waren, weil sie im Juni 1992 eine riesige Hakenkreuzfahne an der Pariser Galerie beim Brandenburger Tor herunterrissen. Die Akademie der Künste hatte bereits zuvor ihren Strafantrag zurückgezogen, da sie nicht zum Beschützer der Hakenkreuzfahne werden wollte.

An die hundert Demonstranten versammelten sich vor Prozeßbeginn vor dem Eingang des Gerichts und riefen: „Hakenkreuz heißt Völkermord, zerstört die Fahne an jedem Ort!" und „Eins, zwei, drei, vier — keine Nazifahne hier; fünf, sechs, sieben, acht — stoppt die Nazis durch Arbeitermacht!" Vertreter der Jüdischen Gruppe Berlin, der PDS, der SDAJ, von KPD/ML sowie von der SpAD sprachen bei der vom KfsV organisierten Kundgebung, an der viele antifaschistische Jugendliche teilnahmen. Zahlreiche Unterstützungserklärungen wurden verlesen. Atiye Ekþi las ihre bewegende Erklärung; von Mumia Abu-Jamal, dem schwarzen politischen Gefangenen, Journalisten und ehemaligen Black Panther, wurde das Tonband aus der Todeszelle in Pennsylvania, USA, gespielt.

Nachfolgend drucken wir Auszüge der Stellungnahme ab, die Spartakist-Sprecher Toralf Endruweit im Namen aller Angeklagten vor Gericht verlas.

Erklärung vor Gericht

Das Hakenkreuz steht für die grausame Ermordung von sechs Millionen Juden, von Roma, Sinti, Homosexuellen und anderen Minderheiten, von Kommunisten und Antifaschisten. Wir haben es am 23. Juni 1992 abgerissen und verbrannt. Wir sind stolz darauf und werden es, wenn notwendig, wieder tun. Wir haben es im Namen aller Antifaschisten getan. Und um klarzustellen, wer dem Grauen des Dritten Reichs das Ende bereitet hat, hingen wir folgendes Transparent auf: „Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime!" Denn dieser Staat möchte die Erinnerung daran austilgen, möchte sich rächen an dem Sieg der Roten Armee und an der Enteignung der kapitalistischen Betriebe.

Wir wurden angeklagt wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung, und zwar von dem Gericht des deutschen Staates, in dem nie ein Nazi-Richter wegen seiner Verbrechen verurteilt wurde. Diesen Staat, der von derselben Bourgeoisie regiert wird, die 1933 die Nazis an die Macht brachte, nennen wir und viele andere das Vierte Reich. Und dieser Staat betreibt jetzt eine ungeheure Hexenjagd gegen diejenigen, die für Antifaschismus gekämpft haben und kämpfen. Und die andere Seite dieser Münze ist die staatliche Repression gegen Flüchtlinge, eingewanderte Arbeiter und alle Immigranten — die staatliche Repression, die den täglichen und tödlichen Nazi-Terror entfacht hat.

Ich möchte betonen, daß wir Spartakisten von Anfang an klipp und klar „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung" gesagt haben. Auf diesem Programm habe ich für die DDR-Volkskammer im März 1990 kandidiert. Heute geht unser Kampf gegen die verheerenden Folgen weiter.

Wir Spartakisten verteidigen die Opfer der alle Schichten der Gesellschaft betreffenden antikommunistischen Hexenjagd. Wir Trotzkisten forderten die Freilassung Honeckers und fordern weiterhin die Freilassung der anderen Repräsentanten der DDR wie Keßler, Stoph und Mielke. Wir fordern die Zurücknahme der Entlassung von Rektor Fink. Wir verteidigen Christa Wolf, deren Name beschmutzt wird, weil sie sich nicht auf die westliche Kapitalkunst umschalten ließ. Wir fordern die Freilassung von Klaus Croissant, der eigentlich, und wir wären stolz darauf gewesen, hier auf der Anwaltsbank sitzen sollte. Aber er

Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakisten gewinnen...

Fortsetzung von Seite 3

sitzt in Untersuchungshaft, weil er nicht widerrufen wollte seine Verteidigung der RAF gegen eben diesen verbrecherischen Staat. Wir verteidigen all jene, die verfolgt werden, weil sie die DDR verteidigten. Dort konnte kein Faschist Ministerpräsident oder Arbeitgeberpräsident werden, schon weil es keine Arbeitgeber gab. Die Kapitalisten waren dort enteignet. Und wir fordern die Freilassung aller Antifaschisten, die angeklagt sind, weil sie Faschisten um ihre Abzeichen, Jacken und Propaganda erleichtert haben und jetzt wegen angeblich politisch motivierten „Diebstahls" in U-Haft sitzen.



Spartakist

Spartakisten und Gegner der Nazifahne feiern Sieg nach dem Prozeß. In der Mitte die vier Angeklagten

Ich bin stolz, daß Spartakisten die 250000 starke Massenkundgebung in Treptow gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals und zur Verteidigung der Roten Armee am 3. Januar 1990 initiiert haben, die ein guter Beweis für die tiefe antifaschistische Gesinnung der Berliner Werktätigen ist.

Wir hätten heute gerne als Zeugin Käthe Niederkirchner benannt, sie hätte aus eigener Erfahrung bezeugen können, was das Hakenkreuz bedeutet, aber sie wurde von den Nazis hingerichtet. Heute soll ihr Name von der Adresse des zukünftigen Berliner Parlamentsgebäudes hingerichtet werden, obwohl eine Mehrheit der Ostberliner dagegen ist, aber die Politiker des Vierten Reichs wollen klarstellen, wo sie stehen. Dazu möchte ich bemerken, daß das Spartakisten-Denkmal und das für die Kämpfer der Novemberrevolution zusammen mit Lenin durch die Siegerjustiz jetzt zerstört werden sollen.

Das Gericht behauptet, wir hätten Gegenstände der Kunst rechtswidrig zerstört. Soll laut diesem Staat die Fahnen-Installation provozierende, schockierende Kunst sein? Nun, als Kommunist und aktiver Kunstliebhaber habe ich mich provozieren lassen und den Antifaschisten, Juden, Immigranten und Touristen beim Brandenburger Tor weitere Schrecken erspart.

Nach dem staatlich genehmigten Pogrom von Rostock, nach dem faschistischen dreifachen Mord in Mölln, begangen von einem Nazi, der kurz vorher vom Staat freigelassen wurde — dann also im Dezember letzten Jahres erfrechte sich dieser Staat, *uns* anzuklagen. Jetzt möchten das Gericht, Richter und Staatsanwalt vielleicht das Verfahren einstellen, da ein öffentliches Interesse nicht gegeben sei. Nun, wir denken, da das öffentliche Interesse an diesem Fall so groß ist, wie die zahlreichen Unterstützungsbekundungen beweisen, hat das Gericht gelinde gesagt Herzflattern bekommen, eine ungeheure Dummheit dieses Staates bis zum bitteren Ende durchzuziehen. Hier möchte ich sagen, daß wir allen herzlich danken, die uns in diesem Fall unterstützt haben.

Auf den Zuschauerbänken sitzen hier Vertreter von Tausenden Jugendlichen, deren Wunsch es ist, die Nazis zu bekämpfen. Euch sage ich, daß diese Anklage gegen uns eingeleitet wurde, ist noch ein Beweis dafür, daß die Forderung nach dem Verbot der Nazis nur ein impotenter Aufruf an dieses Gericht ist und uns einlullen soll. 1932 war die SA auch verboten, und trotzdem konnte Hitler an die Macht kommen. Letztlich wird die sozialistische Revolution den Nährboden für die Nazis beseitigen. Klassenkampf ist nötig, um den Kapitalismus, der bei jeder Krise die Faschisten wieder aus den Rattenlöchern holt, den Garaus zu machen. Der Stalinismus ist tot, der Kommunismus lebt. Der lähmende Einfluß der Sozialdemokratie muß zurückgedrängt werden. Wir brauchen eine internationale Partei, die das revolutionäre Programm in sich trägt und es mit der Bourgeoisie des Vierten Reichs und der ganzen Welt aufnehmen kann. Dafür kämpfen die Spartakisten.

Toralf Endruweit
17. Februar 1993

Auswahl erhaltener Protestbriefe

Wo bleibt die Gerechtigkeit?

Eine Hakenkreuzfahne darf nicht zur Schau gestellt werden, oder im anderen Sinne darf sie nicht als Kunstwerk flattern.

Alle Nazi-Fahnen drücken die Unmenschlichkeit aus. Sie sind die Verletzung der Würde der Menschlichkeit. Sie dienen zur Volkshetzerei.

Mein Sohn „Mete Eksi" wurde vor einem Jahr von rassistischen Jugendlichen totgeschlagen. Sie wurden noch nicht vor Gericht gestellt. Sie wurden auf freien Fuß gesetzt.

Aber diejenigen, die am 23.6.92 die Nazifahne zerstört haben, werden am 17.2.93 vor Gericht gestellt. Befinden wir uns immer noch im dritten Reich? Hat Deutschland diese Zeit noch nicht überwunden? Jeden Tag werden Ausländer-Asylantenwohnheime, Immigrantenwohnhäuser ... werden in Brand gelegt. Die Menschen unterschiedlicher Hautfarbe werden verletzt und getötet. Aber die Mörder werden entweder nicht bestraft oder bekommen sie ganz milde Strafen.

Ich frage Euch, wo die Gerechtigkeit bleibt!!!

Die Mutter von Mete Eksi, Atiye Eksi
Berlin, 6. Januar 1993

Mumia Abu-Jamal zum Herunterreißen der Nazifahne beim Brandenburger Tor

Mumia Abu-Jamal, ehemaliger Black Panther, anerkannter schwarzer Journalist und Unterstützer der radikalen schwarzen Organisation MOVE, ist heute wegen seiner politischen Überzeugungen in den USA mit Hinrichtung bedroht.

Wenn der Spruch „Ein Bild sagt mehr als tausend Worte" auch nur teilweise stimmt, dann sagt das Bild, das ich gesehen habe, bestimmt zweitausend Worte. Das Bild vom Juni

1992, veröffentlicht im *Workers Vanguard*, zeigt einen Mann mit Hosenträgern, in seiner Hand eine lange Metallstange mit einem sensenförmigen Schneidegerät am Ende, der eine riesige Fahne von einem Träger an einer Mauer herunterreißt. Die Fahne? Ein dunkles Feld mit einem hellen Kreis in der Mitte, in dem ein massives schwarzes Hakenkreuz prangt, Symbol von Deutschlands faschistischer Vergangenheit, Symbol des Dritten Reichs, der Nazis. Die Mauer, wo sie aufgehängt wurde? Nicht in einer schmutzigen Bierhalle, wo sich Neonazis sammelten, sondern hoch auf einer Mauer in der Öffentlichkeit beim Brandenburger Tor, im Herzen Berlins, als Teil einer sogenannten historischen Ausstellung der Regierung.

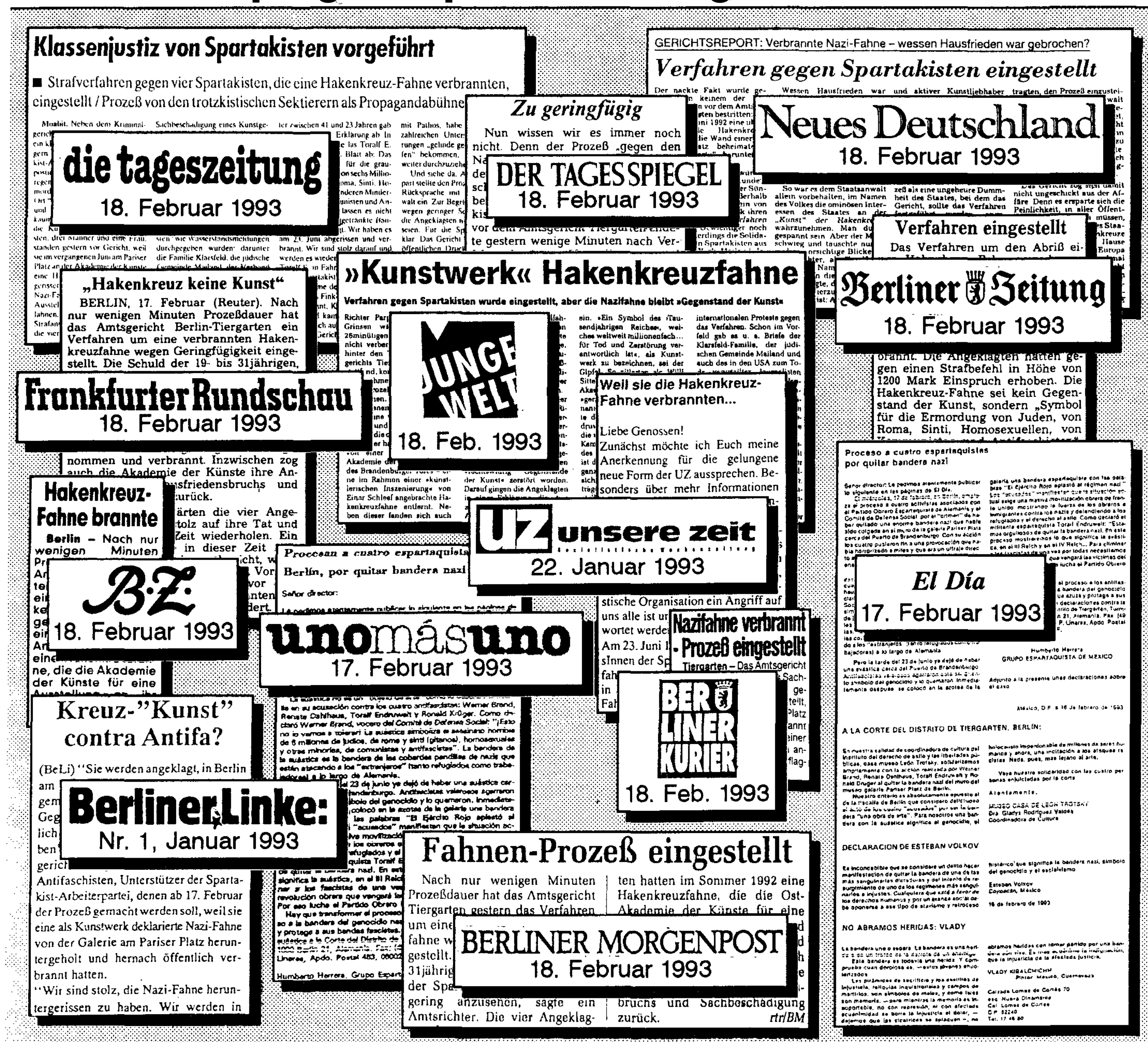
Statt daß dem Mann mit den Hosenträgern — ein Anhänger der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands — öffentlich applaudiert wurde, fand er sich und mehrere Genossen der Spartakisten in Polizeihaft wieder, weil er es wagte, dem Symbol des Nazi-Terrors den Respekt zu verweigern. Er, Toralf Endruweit, Werner Brand, Ronald Krüger und Renate Dahlhaus wurden verhaftet, bis die spontane Demonstration, die von Menschen gebildet wurde, die die Aktion gesehen hatten, darunter Anhängern der Kurdischen Arbeiterpartei, ihre sofortige Freilassung verlangten und erreichten. Jetzt wird Endruweit, Brand, Krüger und Dahlhaus der Prozeß gemacht durch einen Staat, der entschlossen zu sein scheint, das Hakenkreuz, Symbol des staatlichen Nazi-Terrors, zu ehren und zu rehabilitieren.

Das Bild von Endruweit, der das Nazi-Todessymbol herunterreißt, erinnerte an Bilder von schwarzen Kongreßabgeordneten in den Südstaaten, die in Dixie auf die Dächer von Parlamentsgebäuden stiegen und die Fahne der Konföderation, ein Symbol der Sklaverei, herunterrissen. Mehrere wurden verhaftet. So wie die kreuzförmigen Bänder und Sterne der Konföderierten-Fahne für Afrikanisch-Amerikaner beleidigend waren, so muß auch die Hakenkreuzfahne Juden, Roma, Kommunisten und Homosexuelle in Wut versetzen und beleidigen, denn sie alle wurden den Gaskammern und Todesöfen zugeführt, während die Nazifahne über dem Blutbad wehte.

Als die Unterstützer der Spartakisten die Nazifahne beim Brandenburger Tor in Berlin herunterrissen, they did

Fortgesetzt auf Seite 6

Pressespiegel: Spartakisten gewinnen Prozeß



Klassenjustiz von Spartakisten vorgeführt

Strafverfahren gegen vier Spartakisten, die eine Hakenkreuz-Fahne verbrannten, eingestellt / Prozeß von den trotzkistischen Sektierern als Propagandabühne

die tageszeitung, 18. Februar 1993

Zu geringfügig

Nun wissen wir es immer noch nicht. Denn der Prozeß „gegen den ... vor dem Amtsgericht Tiergarten endete gestern wenige Minuten nach Ver-

DER TAGESSPIEGEL, 18. Februar 1993

GERICHTSREPORT: Verbrannte Nazi-Fahne – wessen Hausfrieden war gebrochen?

Verfahren gegen Spartakisten eingestellt

So war es dem Staatsanwalt allein vorbehalten, im Namen des Volkes die ominösen Interessen des Staates an der „Kunst" der Hakenkreuzfahne wahrzunehmen. ... zeß als eine ungeheure Dummheit des Staates, bei dem das Gericht, sollte das Verfahren ... Das Gericht zog sich damit nicht ungeschickt aus der Affäre. Denn es ersparte sich die Peinlichkeit, in aller Öffentlichkeit ...

Neues Deutschland, 18. Februar 1993

Verfahren eingestellt

Das Verfahren um den Abriß ei-

Berliner Zeitung, 18. Februar 1993

... brannt. Die Angeklagten hatten gegen einen Strafbefehl in Höhe von 1200 Mark Einspruch erhoben. Die Hakenkreuz-Fahne sei kein Gegenstand der Kunst, sondern „Symbol für die Ermordung von Juden, von Roma, Sinti, Homosexuellen, von ...

„Hakenkreuz keine Kunst"

BERLIN, 17. Februar (Reuter). Nach nur wenigen Minuten Prozeßdauer hat das Amtsgericht Berlin-Tiergarten ein Verfahren um eine verbrannten Hakenkreuzfahne wegen Geringfügigkeit eingestellt. Die Schuld der 19- bis 31jährigen, ... nommen und verbrannt. Inzwischen zog auch die Akademie der Künste ihre An... Hausfriedensbruchs und ... zurück. ... ärten die vier Angeklagten, stolz auf ihre Tat und ... Zeit wiederholen. Ein ... in dieser Zeit ...

Frankfurter Rundschau, 18. Februar 1993

»Kunstwerk« Hakenkreuzfahne

Verfahren gegen Spartakisten wurde eingestellt, aber die Nazifahne bleibt »Gegenstand der Kunst«

... »Ein Symbol des ›Tausendjährigen Reiches‹, welches weltweit millionenfach ... für Tod und Zerstörung verantwortlich ist«, als Kunstwerk zu bezeichnen, sei der Gipfel. ... internationalen Proteste gegen das Verfahren. Schon im Vorfeld gab es u. a. Briefe der Klarsfeld-Familie, der jüdischen Gemeinde Mailand und auch des in den USA zum To...

JUNGE WELT, 18. Feb. 1993

Weil sie die Hakenkreuz-Fahne verbrannten...

Liebe Genossen!

Zunächst möchte ich Euch meine Anerkennung für die gelungene neue Form der UZ aussprechen. Besonders über mehr Informationen ...

UZ unsere zeit, 22. Januar 1993

Hakenkreuz-Fahne brannte

Berlin – Nach nur wenigen Minuten ... ne, die die Akademie der Künste für eine ...

B.Z., 18. Februar 1993

Proceean a cuatro espartaquistas en Berlín, por quitar bandera nazi

Señor director:

... en su acusación contra los cuatro antifascistas: Werner Brand, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit y Ronald Krüger. Como declaró Werner Brand, vocero del Comité de Defensa Social: "¡Esto no lo vamos a tolerar! La suástica simboliza el asesinato horrible de 6 millones de judíos, de roma y sinti (gitanos), homosexuales y otras minorías, de comunistas y antifascistas". La bandera de la suástica es la bandera de las cobardes pandillas de nazis que están atacando a los "extranjeros" (tanto refugiados como trabajadores) a lo largo de Alemania.

... 23 de junio ya dejó de haber una suástica cerca ... Brandenburgo. Antifascistas valerosos agarraron ... símbolo del genocidio y lo quemaron. ...

Humberto Herrera, Grupo Espartaquista ...

unomásuno, 17. Februar 1993

Proceso a cuatro espartaquistas por quitar bandera nazi

Señor director: Le pedimos atentamente publicar lo siguiente en las páginas de El Día.

Humberto Herrera
GRUPO ESPARTAQUISTA DE MEXICO

Adjunto a la presente unas declaraciones sobre el caso

México, D.F. a 16 de febrero de 1993

A LA CORTE DEL DISTRITO DE TIERGARTEN, BERLIN:

En nuestra calidad de coordinadora de cultura del Instituto del derecho de asilo y las libertades públicas, casa museo León Trotsky, solidarizamos ampliamente con la acción realizada por Werner Brand, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit y Ronald Kruger al quitar la bandera nazi del muro del museo galería Pariser Platz de Berlín.

Vaya nuestra solidaridad con las cuatro personas enjuiciadas por la corte.

Atentamente.

MUSEO CASA DE LEON TROTSKY
Dra. Gladys Rodríguez Valdés
Coordinadora de Cultura

DECLARACION DE ESTEBAN VOLKOV

Esteban Volkov
Coyoacán, México

16 de febrero de 1993

NO ABRAMOS HERIDAS: VLADY

VLADY KIBALCHICH
Pintor, México, Cuernavaca

El Día, 17. Februar 1993

Nazifahne verbrannt – Prozeß eingestellt

Tiergarten – Das Amtsgericht ...

BERLINER KURIER, 18. Feb. 1993

Kreuz-"Kunst" contra Antifa?

(BeLi) "Sie werden angeklagt, in Berlin am ... Antifaschisten, Unterstützer der Spartakist-Arbeiterpartei, denen ab 17. Februar der Prozeß gemacht werden soll, weil sie eine als Kunstwerk deklarierte Nazi-Fahne von der Galerie am Pariser Platz heruntergeholt und hernach öffentlich verbrannt hatten.

"Wir sind stolz, die Nazi-Fahne heruntergerissen zu haben. Wir werden in ...

BerlinerLinke: Nr. 1, Januar 1993

Fahnen-Prozeß eingestellt

Nach nur wenigen Minuten Prozeßdauer hat das Amtsgericht Tiergarten gestern das Verfahren um eine ... fahne w... gestellt. ... 31jährig... der Spa... gering anzusehen, sagte ein Amtsrichter. Die vier Angeklag-... ten hatten im Sommer 1992 eine Hakenkreuzfahne, die die Ost-Akademie der Künste für eine ... bruchs und Sachbeschädigung zurück. rtr/BM

BERLINER MORGENPOST, 18. Februar 1993

Spartakisten gewinnen...

Fortsetzung von Seite 5

the right thing (haben sie das Richtige getan), um so mehr-noch, als sie den rassistischen Lappen verbrannten. Über ein Jahr lang, seit die Fahne heruntergerissen wurde, ist das frisch wiedervereinigte Deutschland in einer mörderischen Orgie von „Ausländerfeindlichkeit" explodiert, und dem wird Hilfe und Vorschub geleistet, und es wird auch ausgeschlachtet, von prinzipienlosen Politikern der Mehrheitsparteien. Seit Reagan auf dem Friedhof von Bitburg vor der Waffen-SS salutierte, hat der in die Höhe schießende Néonazi- und Skinheadterror Deutschland erfaßt; ein Zeichen dafür war vor einigen Monaten die Ermordung einer türkischen Familie von langjährigen Immigranten durch einen Brandanschlag.

Zu dieser Stunde also, wo der Staat versucht, sein Viertes Reich zum Leben zu erwecken, müssen progressive Kräfte ihre parteiischen Interessen beiseitelegen und das Herunterreißen der rassistischen Fahne mit dem Hakenkreuz begrüßen. Fordert Freiheit und Einstellung der Anklage gegen Endruweit, Brand, Krüger und Dahlhaus. Unterstützt die angeklagten Spartakisten. Nieder mit der Fahne des Rassismus und der Reaktion. Aus der Todeszelle, hier spricht Mumia Abu-Jamal.

Huntingdon, Pennsylvania, 19. Januar 1993

Nie wieder Faschismus! Schluß mit Hakenkreuzen!

Mein Schutzhaftbefehl vom 4.6.40 (IVc2 Haft Nr. 2503/1273/40g.), unterschrieben von Heydrich, trägt das Siegel der Geheimen Staatspolizei mit dem verfluchten Hakenkreuzadler.

Mein Leidensweg über Konzentrationslager und Strafbataillon war begleitet von Hakenkreuzfahnen.

Und da wird mitten in Berlin, dort, wo vor 60 Jahren die braunen SA-Kolonnen mit Fackeln und Hakenkreuzfahnen durch das Brandenburger Tor marschierten, wieder im Rahmen eines sogenannten Kunstwerkes eine riesige Hakenkreuzfahne aufgezogen.

Ich begreife den ehrlichen Zorn der vier jungen Leute, die diese Fahne herunterholten und verbrannten. Toralf Endruweit und seine drei Kameraden sollen sich nun im Februar 1993 vor dem Amtsgericht Tiergarten dafür als Angeklagte verantworten.

Dagegen erhebe ich mit dieser Erklärung meinen Protest!

Das einzige Hakenkreuz, welches mir gefällt, ist das zertretene unter den Stiefeln des Sowjetsoldaten mit dem Kind auf dem Arm auf dem Ehrenmal für die gefallenen sowjetischen Helden im Treptower Park.

Karl Kielhorn, PDS, Lagergemeinschaft Dachau
Berlin, 7. Januar 1993

Konkreter Akt der Gerechtigkeit

Die Jüdische Gemeinde Mailand bezeugt ihre geistige Nähe und ihr Verständnis mit denjenigen, die für ihre absolut demokratische und antinazistische Anschauung kriminalisiert worden sind, als sie das Symbol eines fehlgeleiteten Systems zerrissen haben, ein Symbol, das beängstigende Erinnerungen unter denjenigen hervorruft, die seinen Verfolgungen ausgesetzt waren.

Das jüdische Volk, welches als erstes von allen unter der Nazi-Verfolgung gelitten hat, hofft leidenschaftlich, daß Deutschland sich von jeglichem Erbe der tragischen Vergangenheit befreien kann und mit einem konkreten Akt der Gerechtigkeit ein aufrichtiges antinazistisches und demokratisches Bewußtsein ausdrückt.

Der Oberrabbiner
Professor Dr. Giuseppe Laras
Mailand, 10. Februar 1993

Siege gegen das Gericht des Vierten Reichs kosten viel Geld. Jetzt zeigt Eure Unterstützung für die Zerstörung der Fahne des Nazivölkermords beim Brandenburger Tor. Spendet auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Komitee für soziale Verteidigung, Commerzbank Berlin, Konto 310 350 400, BLZ 10040000, Stichwort „Keine Nazifahne".

Betreff: Anklage wegen Verbrennung einer Nazifahne

Es ist bezeichnend für den Zustand dieses Landes, wenn einerseits Menschen unter Anklage gestellt werden, die Naziembleme zerstören, während anderseits Ermittlungsverfahren gegen die Täter eingestellt werden.

So wurde erst vor ein paar Tagen das Ermittlungsverfahren gegen Ruth Kellermann eingestellt, die in der Zeit der Hakenkreuzfahne die Rassendiagnostischen Gutachten über Zigeuner erarbeitet hatte und damit mitbeteiligt war an der systematischen Ermordung vieler tausend Roma und Cinti.

Unter diesen Umständen ist es eine Ehre, in diesem Land unter Anklage zu stehen!

R. J. Kawczynski
Vorsitzender der Rom & Cinti Union
Hamburg, 15. Februar 1993

Gratulation für die Beseitigung der Hakenkreuzfahne

Der Arzt Henry Morgentaler, bekannt für seinen mutigen Kampf für Frauenrechte und das Recht auf Abtreibung, steht in vorderster Reihe gegen soziale Reaktion in Kanada.

Als ein Überlebender des Nazi-Holocaust gratuliere ich den Unterstützern der Spartakist-Arbeiterpartei und des Komitees für soziale Verteidigung dazu, daß sie die Hakenkreuzfahne in der Nähe des Brandenburger Tors beseitigt haben.

Die Hakenkreuzfahne ist kein „Gegenstand der Kunst". Sie ist das mächtigste und bekannteste Symbol des Hasses in der Geschichte der Menschheit. Die Anklagen gegen die vier Personen, die diese widerwärtige Fahne beseitigt haben, müssen fallengelassen werden. Diese Menschen sind nicht nur mutig, sondern repräsentieren auch die Mehrheit; demokratische, frei denkende Personen, die den Aufstieg des Neonazismus nicht dulden werden. Die Geschichte von Haß, Vorurteilen und Ungerechtigkeit darf sich nicht wiederholen.

Dr. Henry Morgentaler
Toronto, Kanada, 16. Februar 1993

Symbol von Völkermord und Sklaverei

Esteban Volkov, der Enkel von Leo Trotzki, verwaltet das Trotzki-Museum in Mexiko.

Es ist unfaßbar, daß es für ein Verbrechen gehalten wird, demonstrativ die Fahne einer der blutigsten Diktaturen zu entfernen und damit den Versuch, eines der blutigsten und ungerechtesten Regime wiederzubeleben. Jede Person, die für Menschenrechte und sozialen Fortschritt ist, muß gegen den Typ von Atavismus und historischem Rückschritt sein, dessen Zeichen die Nazifahne ist, das Symbol von Völkermord und Sklaverei.

Esteban Volkov
Coyoacân, Mexiko, 16. Februar 1993

Ehrt die Antifaschisten Kerstin, Mario und Olaf!

Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!

Nachfolgendes SpAD-Flugblatt wurde am 21. Februar bei der von der SDAJ initiierten Berliner Demo verteilt, an der sich die Spartakisten mit einem Block beteiligten. Zuvor waren wir in Suhl und bei den Protesten für Silvio und Kerstin in Berlin.

Die Nazis sind kaltblütige Mörder. Nach den rassistischen Pogromen in Rostock und den Nazi-Morden in Mölln weist alles darauf hin, daß SDAJ-Mitglied Olaf Heydenbluth aus Suhl, die Freiburger Aktivistin Kerstin Winter und der Mühlhausener Linke Mario Jüdecke zusammen mit Silvio Meyer und Mete Ekþi zur wachsenden Liste ermordeter Linker und Antifaschisten hinzugefügt werden müssen. Ihren Genossen, Freunden und Familien drücken wir unser tiefstes Beileid aus. Wir protestieren gegen die finstere Kampagne des Staats, die Opfer selbst, ihre Freunde oder im Fall Kerstin Winter die RIM zu beschuldigen.

Damit im Zusammenhang steht der brutale Bullenüberfall auf die Teilnehmer der von der SDAJ aufgerufenen Protestkundgebung für Olaf am 13. Februar in Suhl. Es erinnerte an die brutalen Überfälle auf ANC-Trauermärsche im rassistischen Südafrika. Dieser selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs unternimmt alles, um mit seiner Justiz und Polizei Nazimorde zu vertuschen und die Täter zu schützen. Er beschützte sogar eine riesige Hakenkreuzfahne beim Brandenburger Tor als einen „Gegenstand der Kunst" und klagte vier Spartakisten an, weil sie diese zerstörten. Dank breiter Unterstützung haben wir die Anklage zurückgeschlagen und einen Sieg für alle Antifaschisten gewonnen. Jetzt klagt die Berliner „Justiz" die türkischen Freunde von Mete Ekþi für das „Verbrechen" an, einen faschistischen Überfall überlebt zu haben.

An diese Staatsorgane zu appellieren, wie mit der DKP-Forderung nach einem „Verbot" oder der „Auflösung" der Nazis, ist nicht nur „illusorisch", wie im Aufruf zur Berliner Demo gesagt wird — sondern tödlich, wie Rostock zeigt. Aber dieser Aufruf, der von SDAJ, PDS, Jusos u. a. unterschrieben ist, ruft auch zur „Auflösung und Zerschlagung" der Nazis auf. Entweder — oder; zumindest ist dies ein verrotteter Kompromiß mit denjenigen, die Illusionen in den rassistischen Staat verbreiten und sogar, wie die PDS, mehr Bullen fordern.

Nazi-Terror und Mord wurden von der Bonner Allparteienkoalition vorbereitet und angeheizt, die jetzt mit der Abschaffung des Asylrechts das Programm der Faschisten durchführt. Und sie wurden auch durch die von der SPD angeführte antikommunistische Hexenjagd geschürt, bei der die PDS mitmacht, obwohl sie deren Hauptziel ist.

Von Anfang an sagte die Spartakist-Arbeiterpartei „Nein" zur kapitalistischen Wiedervereinigung, die den Boden für Nazi-Terror bereitete. Wir Trotzkisten haben die Hexenjagd bekämpft und fordern Freiheit für alle Repräsentanten der DDR, die heute Opfer der Rachejustiz des Vierten Reichs sind. Wir unterstützen die Forderung der SDAJ nach vollständiger Untersuchung des Todes von Olaf Heydenbluth.

- Freiheit für alle Antifaschisten, weg mit den Anklagen gegen die Freunde von Mete Ekþi!
- Volle Staatsbürgerrechte für Asylsuchende, Immigranten und jeden, der es hierher geschafft hat!
- Für Arbeiterverteidigungsgruppen, um die Immigranten-Wohnheime zu schützen!

Während am 30. Januar in Berlin eine Lichterkette „das Ansehen Deutschlands" aufpolierte, organisierten die Spartakisten dagegen zusammen mit über hundert antifaschistischen Jugendlichen die Verteidigung eines Immigranten-Wohnheims in Berlin, zu der zahlreiche Gewerkschafter aufgerufen haben. Nur die soziale Macht der organisierten Arbeiterklasse, geeint nach dem Motto: „getrennt marschieren, vereint schlagen", hat in Einheitsfrontaktionen die Kraft, den Naziterror zu stoppen. Aber man kann den Faschismus nicht besiegen, wenn man nicht den Boden zerstört, der ihn hervorbringt. Deshalb kämpft die SpAD dafür, Arbeiter, Immigranten, Flüchtlinge und Jugendliche zu mobilisieren für den Aufbau einer revolutionären Partei in der Tradition von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Lenin und Trotzki, die als Volkstribun für alle Unterdrückten kämpft, um die sozialistische Revolution zum Sieg zu führen und die Nazi-Banden ein für alle Mal zu zerschlagen.»



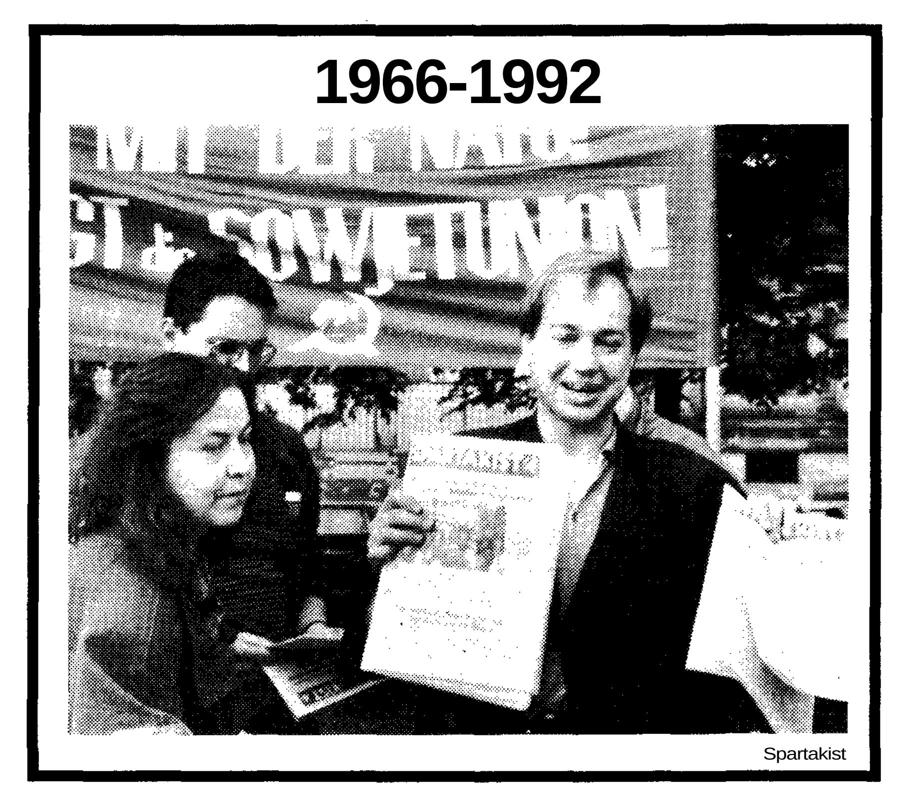
Suhl, 13. Februar - Protestkundgebung für Olaf. Die Polizei schloß sofort die Ermittlungen über seinen Tod ab und ging dann brutal gegen die Trauerdemonstration vor

Spartakist

Dirk Schubert

junger kommunistischer Kämpfer

1966-1992



Spartakist

Auf der Gedenkstätte der Sozialisten in Ostberlin legten Mitglieder und Unterstützer der Spartakist-Arbeiterpartei Mitte Januar am Tag von Lenin, Luxemburg und Liebknecht zwei Kränze nieder. Wir ehrten unseren verstorbenen Genossen Dirk Schubert und unsere gefallene Genossin Martha Phillips, die vor einem Jahr an vorderster Front in Moskau ermordet wurde, im Kampf, Lenins und Trotzkis Kommunismus im Land der Oktoberrevolution wieder zu verwurzeln. Vor den Gräbern von Rosa und Karl, im Schatten des Gedenksteins mit der Inschrift „Die Toten mahnen uns", sagte Spartakist-Mitglied Wolf Stern:

> „Wir trauern um unseren Genossen Dirk, der viel zu früh, erst 26 Jahre alt, im letzten Dezember tragisch verstarb. Wir können es noch gar nicht fassen und sehen sein Bild, als wäre er noch unter uns. Wir werden ihn als einen kämpferischen und aufrichtigen Genossen in Erinnerung behalten.
>
> Dirk war ein aktives and engagiertes Mitglied der Spartakist-Gruppen, die in der beginnenden politischen Revolution von 1989/90 von der Trotzkistischen Liga Deutschlands aufgebaut wurden. Im März 1990 wurde er dann Mitglied der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).
>
> Er war wißbegierig und voller Enthusiasmus, sein neues Wissen anderen weiterzugeben. Er scheute keine Auseinandersetzung und kämpfte für seine Ideen. Dirk träumte von einer besseren Welt, war auch ein Romantiker. Er las gerne und liebte vor allem Balzac, Stendhal und Heinrich Heine."

Genossen und Freunde von Dirk aus Deutschland und aus aller Welt haben Briefe geschickt, um ihren Schock, ihre Trauer und ihren Respekt für ihn auszudrücken. Aus Polen erhielten wir einen Brief von der Spartakusowska Grupa Polski (polnische Sektion der IKL) mit den Worten:

> „Dirk war eines der ersten Mitglieder aus der DDR. Er entwickelte sich rasch und wurde ein zentrales Mitglied der SpAD-Versandabteilung, eine Funktion, die er mit Hingabe ausübte. Er hatte große Lust auf Wissensbildung und war ein Schüler der Französischen Revolution."

Aus Schottland schrieb unsere Genossin Eibhlin:

> „Dirk schloß sich unserer Partei an wegen seines Hasses auf die Konterrevolution und den ganzen Greuel, den der Kapitalismus mit sich bringt. Sein Tod kommt zu einer Zeit, da die Notwendigkeit scharf gestellt ist, gegen die Verwüstungen der Konterrevolution zu kämpfen, und am dringendsten gegen die faschistische Gefahr. Tatsächlich ist die SpAD in Deutschland heute die einzige Gruppe mit einer Perspektive, wie Faschisten ernsthaft bekämpft werden können, und sie war die einzige Gruppe, die gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfte."

Esther aus Paris schrieb:

> „Ich möchte im Namen der Ligue trotskyste de France unsere Trauer über den Verlust von einem unserer ersten DDR-Unterstützer ausdrücken. Als ich 1990 eintrat, war es einer meiner ersten Wünsche, nach Deutschland zu reisen, eine Reise, die Lutte Ouvrière damals mit ihrer nationalen Borniertheit entmutigte. Dort, während unserer [Bundestags-] Wahlkampagne November 1990, arbeitete ich in einem Team zusammen mit Dirk und Jana, beide aus der DDR, und diese Erfahrung ist mir noch gut in Erinnerung."

Und in einem Brief aus Berlin schrieb uns Sven P.:

> „Zuerst möchte ich Euch sagen, wie leid mir der Tod von Dirk tut. Als ich noch Mitglied bei Euch war, hatten wir ein freundschaftliches Verhältnis aufgebaut. Auch nach meinem Ausscheiden behielten wir Kontakt und führten einige Diskussionen. Wenn ich auch viele seiner Thesen ablehnte, hatte ich dennoch immer das Gefühl, daß er ein politisch sehr interessierter und denkender Kämpfer für den Sozialismus war."

Wer war Dirk Schubert?

Dirk wurde am 22. Februar 1966 in Schwerin geboren und besuchte die 7. Polytechnische Oberschule in Berlin-Marzahn. Er war ein gelernter Elektromonteur, der sich auf die Wartung und Instandhaltung von Schleifmaschinen spezialisierte. Eine Genossin bemerkte:

> „Er hatte Epilepsie. Diese Krankheit ist in jedem Land sehr stigmatisiert. Während er in der DDR zwar in einer gewissen Weise geschützt war, bekam er das Gefühl vermittelt, daß er anders war. Und dann, mit der Konterrevolution, wurden die ökonomischen und sozialen Probleme und alles andere enorm verschärft. Und auf einer gewissen Ebene trifft dies für alle zu. Was wir innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft für Menschen tun können, ist begrenzt. Das heißt, daß wir versuchen müssen, unser Allerbestes zu tun. So können wir eine Partei haben, die den Kapitalismus stürzen wird."

Dirks Leben und Tod spiegeln die ganze Unmenschlichkeit einer Gesellschaft wider, deren Hauptprinzip Profit ist. Der Anschluß stürzte Millionen Menschen der ehemaligen DDR in das Elend der Arbeitslosigkeit. Obwohl Dirk seit seiner Kindheit keine Anfälle mehr erlitt, wurde er von der Konterrevolution besonders schwer getroffen, wie Genossin Barbara aus Halle betonte:

> „... gerade *wegen* seiner Krankheit wurde Dirk, der in der DDR einen guten, qualifizierten und sicheren Arbeitsplatz hatte, von den arroganten Herrschern des Vierten Reichs von vornherein zur Arbeitslosigkeit verdammt und gedemütigt. Sie glaubten, aus ihm nicht genug Profit auspressen zu können. Das war eine sehr, sehr schlimme Erfahrung für ihn, trotzdem hat er dagegen angekämpft."

Trotz seiner Krankheit war Dirk in der Partei für seinen Enthusiasmus und Optimismus, seinen Humor und seine Hartnäckigkeit bekannt. Genossin Renate Dahlhaus erzählte:

> „Dirk hat immer Kämpfe geliebt. Er hat immer alles auf den Tisch gebracht, und wir haben auch damit ein Riesen-Potential für Kämpfe in der Partei verloren."

Genösse Fred Zierenberg erinnerte sich, wie man Dirks Entschlossenheit zu spüren bekam, als er in der Volkskammer-Wahlkommission 1990 für das Recht unserer Partei kämpfte, an der Wahl unter der Losung „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung" teilzunehmen: „Er hat einen Riesenstunk auf dieser lächerlichen Wahlbehinderungskommission gemacht, um das Recht unserer Partei durchzusetzen."

Unsere polnischen Genossen erzählten: „Er mochte wirklich den *Spartakist-Artikel* ‚Wessen Kreatur ist Helmut Kohl' *[Spartakist* Nr. 73, 3. Juli 1990]. Wir erinnern uns, daß er immer einer der besten Zeitungsverkäufer war. Mit jener Ausgabe übertraf er sich. Wir erinnern uns an sein triumphales Gelächter, als er die Fernsehbilder von Kohl sah, der in Halle mit Gemüse beworfen wurde." Dirks humorvolle Reaktion auf die *Spartakist-Überschrift* „Wozu PDS?" war: „Wozu PDS!"

Wir verlieren einen jungen Kommunisten

Vor allen Dingen war Dirk ein Kämpfer gegen alle Formen der Unterdrückung — Frauenunterdrückung, Rassismus, Imperialismus, die Unterdrückung der Jugend. In Lenins Worten war er ein wahrer „Volkstribun". In seiner Eintrittserklärung schrieb er:

> „Ebenso müssen die Rechte der Frauen, der Jugend sowie der Rentner beibehalten werden. Eines der elementarsten Rechte der Frau muß das Recht auf Abtreibung sein. Ebenso müssen die Frauen auch weiterhin Schwangerschafts- und Mütterurlaub haben... Die Jugend muß in Zukunft ihre gesellschaftlichen Einrichtungen bewahren und ausbauen und auf eine sozialistische Entwicklung vorbereitet werden und zu deren Gestaltung beitragen... Für die Rentner muß in Zukunft wesentlich mehr getan werden. Die Gelder für die Renten müssen dieselbe Höhe erreichen wie die Gelder der Arbeiter, und für eine gute Betreuung muß gesorgt werden."

Dirk schrieb zwei Artikel für *die Arbeiterpressekorrespondenz* über seinen Betrieb, wo er seine Empörung über die Frauenunterdrückung und den Rassismus zum Ausdruck brachte. In „Berlin: Chauvinismus des Betriebsdirektors von BWF' *(Spartakist* Nr. 71, 22. Mai 1990) rief er:

> „Unser Vorschlag: Die Arbeiter des Betriebes bilden ein Fabrikkomitee, welches die Leitung des Betriebes übernimmt und einen Plan entwickelt zur verbesserten Nutzung des Betriebes. Und daß Sie, Herr Dellheim, und Ihre Direktoren, welche seit Jahren ihre Unfähigkeit unter Beweis gestellt haben und es kaum unter der Marktwirtschaft lernen werden, ‚rentabeP zu wirtschaften, *wegrationalisiert werden,* anstatt der vietnamesischen Arbeiter und später der deutschen Arbeiter."

Als eine kleine kämpfende Propaganda- und Kaderorganisation sind unsere Mitglieder unsere wertvollste Ressource. Und da kein Mensch als Kommunist geboren wird, sondern im Kampf geschmiedet wird, ist das Tragische an Dirks jungem Tod die Tatsache, daß er nicht genügend Zeit hatte, seine kommunistischen Ideale durch die notwendigen politischen Kämpfe sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei zu verfestigen und zu vertiefen. Wenn er auch nicht immer Recht hatte, bereicherten die Auseinandersetzungen, die er anfing, die Partei, besonders wenn sie von anderen fortgeführt wurden.



Spartakist

Genösse Dirk auf der Berliner Frauendemo am 16. Juni 1990 gegen die Einführung des §218

Unser Genösse Dirk Schubert ist tot, aber die Ideale, für die er kämpfte, leben fort! Und sie werden für eine neue Generation von Jugendlichen in Deutschland und in jedem Land das Leuchtfeuer sein, das den Weg aus dem Elend, der Unterdrückung, der imperialistischen Kriegsgefahr und dem wiederaufsteigenden Faschismus und Chauvinismus weist. Die bessere Welt, von der Dirk träumte, wird die sozialistische Gesellschaft sein, in der „jeder Mensch seinen Interessen nachgehen kann", wie er es ausdrückte. Da stand er in der marxistischen Tradition, die lehrt, daß:

> „... in der kommunistischen Gesellschaft, wo Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden." (Karl Marx und Friedrich Engels, *Die deutsche Ideologie,* 1845/46)"

Der Rostocker Pogrom-Pakt: Seiters, Polizei und Nazis Hand in Hand

Jetzt wissen es alle: Beim Rostocker Pogrom im August letzten Jahres gab es ein direktes Abkommen zwischen „Störern", d. h. faschistischen Mordbrennern, und der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Regierung von Mecklenburg-Vorpommern. Mehrere Hundertschaften Polizei zogen sich zurück und machten den Weg frei, als die Nazis das Immigranten-Wohnheim in Brand setzten. 115 vietnamesische Arbeiter, Frauen und Kinder konnten nur mit knapper Not ihr Leben retten.

Der Pakt stand unter Oberaufsicht von Bundesinnenminister Seiters, der extra aus Bonn angereist war. Heute will sich keiner daran erinnern. Unter seiner Schirmherrschaft hatten die Bullen die Forderung der Nazis erfüllt und die Flüchtlinge, hauptsächlich Roma, abtransportiert. „Die Jugendlichen sollten ... sich davon überzeugen können, daß das Gebäude leer ist", beschreibt der *Spiegel* (8. Februar) den mörderischen Handel. Am Beispiel von Rostock kann man klar sehen, was die Rolle von Polizei und Armee im bürgerlichen Staat ist.

In Rostock gab es, wie wir damals geschrieben haben, *ein staatlich genehmigtes Pogrom.* Zuvor mußten in Lichtenhagen monatelang über 1300 Asylsuchende auf engstem Raum und unter unmenschlichen Bedingungen zusammengepfercht vor der „ZASt" kampieren. Wir schrieben im *Spartakist* Nr. 97 (September 1992): „Eine Bonner Allparteienkoalition hat die Hysterie über eine .Asylantenflut' aufgepeitscht und die Pogromwelle angefacht, um das Recht auf Asyl loszuwerden... Die rassistische Front reicht von den bürgerlichen Parteien CDU und FDP bis zur SPD und den Grünen, die für ,Quoten' sind, und den Ex-Stalinisten und Möchtegern-Sozialdemokraten der PDS, die nach mehr Polizei schreien."

Jetzt will die SPD den Abgang des CDU-Skandalministers Kupfer heuchlerisch dazu ausschlachten, wahltaktisch Punkte gegen die CDU zu machen. Doch SPD-geführte Länder sind seit langem berüchtigt für ihre Abschiebepraxis. Während die Rostocker Pogrome wüteten, gab Engholm mit den Petersberger Beschlüssen grünes Licht für die Abschaffung des Asylrechts, und zur gleichen Zeit hetzte der Rostocker SPD-Innensenator Magdanz über „organisierten Nachschub" von Flüchtlingen, der „das Faß zum Überlaufen gebracht" habe.

Zusammen mit der SPD fordert die PDS jetzt Neuwahlen und klagt über das „Polizeidesaster" in Rostock und eine „immer unerträglichere Handlungsunfähigkeit" der Landesregierung. So kann wirklich nur reden, wem der Reformismus ins Gehirn gespuckt hat, wer sich mit dem „deutschen Rechtsstaat" und seinen Bullen identifiziert. Man erinnert sich, wie *ND* einen Tag nach dem Pogrom seine Leserbriefspalte für eine Hetztirade über „kriminelle Handlungen" von Sinti und Roma zur Verfügung stellte.

Als „handlungsfähig" hat sich inzwischen wieder Bundesinnenminister Seiters erwiesen, der den Rostocker Pakt jetzt auf breiter Basis gen Osten ausweitet — diesmal gegen Bezahlung. 1600 „Hilfspolizisten" sollen in der Tradition der Freikorps ab März an der Grenze zu Polen Flüchtlinge jagen. Die arrogante Bourgeoisie des wiedervereinigten Vierten Reichs möchte nach der Konterrevolution in Osteuropa diese Länder wieder als Protektorate und große Auffanglager benutzen, zum Beispiel für Roma und Sinti, die vor den staatlich organisierten Pogromen in Rumänien fliehen.

In Berlin gibt es bereits seit 1961 eine solche „Freiwillige Polizei-Reserve" (FPR), die von Willy Brandt als antikommunistischer Stoßtrupp gegen die DDR gegründet wurde, als Antwort auf die DDR-Betriebskampfgruppen. Diese paramilitärischen, von Nazis durchdrungenen Truppen (bis jetzt spricht man schon von über 800 Nazis, Kriminellen und Vergewaltigern) werden heute gegen Flüchtlingsheime und linke Demonstranten eingesetzt. Als nach Bekanntwerden eines Nazi-Waffendeals in der FPR die Forderung nach deren Auflösung laut wurde, erklärte SPD-Innenexperte Lorenz zynisch, in Berlin seien „eine ganze Reihe von Aufgaben ohne die freiwilligen Polizisten kaum mehr zu erfüllen".

Viele Linke fordern ein Verbot der Faschisten. Aber man muß schon ein mit Blindheit geschlagener Reformist sein, um heute noch an den bürgerlichen Staat Forderungen nach einem „Verbot" der Nazis aufzustellen, das er im übrigen nur gegen Linke, Immigranten und Streikende verwendet. Was die Nazis und ihren staatlich abgesegneten Terror stoppen kann, ist die *organisierte Macht der Arbeiterbewegung.* Die vom Komitee für soziale Verteidigung und der SpAD organisierte Wohnheimverteidigung am 30. Januar in Berlin hat dafür ein Beispiel gegeben. Nieder mit FPR und Seiters Bürgerwehren! Für Arbeiterverteidigung von Immigrantenwohnheimen! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!«

Schulungsreihe der SpAD: ABC des Marxismus

Linkstreff, Weddingstraße 6 (U-Bhf. Nauener Platz), jeden zweiten Donnerstag, 18.00 Uhr

4. März: Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Lektüre: Engels, *Ursprung der Familie,* Kapitel 9; Trotzki, *Verratene Revolution,* Kapitel 7; „Arbeiter in Ost und West: Kämpft für Rechte der Frauen!", *Spartakist* Nr. 100

18. März: Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde

Lektüre: Trotzki, *Verratene Revolution,* Kapitel 3, 5, 9 und 11; „Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde", *Spartakist* Nr. 100

1. April: Brecht mit der Sozialdemokratie! Für eine Arbeiterregierung!

Lektüre: „Stürzt die Kohl-Regierung durch Arbeiteraktion!", *Spartakist* Nr. 96; Lenin, *Die proletarische Revolution und der RenegatKautsky,* Kapitel „Bürgerliche und proletarische Demokratie", Kapitel „Kann es Gleichheit zwischen dem Ausgebeuteten und dem Ausbeuter geben?"; Trotzki, „Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs"

15. April: Die permanente Revolution

Lektüre: Trotzki, *Drei Konzeptionen der Russischen Revolution;* „Verteidigt den Irak! Für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten!", *Spartakist* Nr. 82; „Viertes Reich: Pate des Völkermords an den Kurden", *Spartakist* Nr. 95

29. April: Warum eine leninistische Avantgardepartei notwendig ist

Lektüre: Lenin, *Was tun?,* Kapitel 2 und 4; „Schlüssel zur Revolution: Bolschewistische Führung", *Spartacist Nr.* 13 (deutsche Ausgabe)

Für weitere Informationen:
Telefon: (030)4927866
Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51

Kapitalistische Wiedervereinigung führt zur Wirtschaftskrise



All Paczensky

Ein halbes Jahr nach der Wiedervereinigung kam es zu Massen Protesten ostdeutscher Arbeiter — die SpAD sagte von Anfang an „Nein zum kapitalistischen Anschluß!"

Deutschland desorganisiert Europa

Die Bilder von Nazi-Skinheads, die Brandanschläge auf türkische Familien verüben und „Heil Hitler!" schreien, haben in der ganzen Welt Angst und Schrecken und Empörung hervorgerufen. Das Wiederaufleben von faschistischem

Teil eins von zwei

Terror unterstreicht die Kontinuität vom Dritten zum Vierten Reich des deutschen Imperialismus. Als 1990 die zerfallende stalinistische Sowjet-Bürokratie unter Gorbatschow die Deutsche Demokratische Republik aufgab, gelang es der deutschen Bourgeoisie, die Niederlage wettzumachen, die ihr die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg zugefügt hatte. Die Herren des Vierten Reichs glaubten, sie würden jetzt mit wirtschaftlichen Mitteln erreichen, was Hitler mit militärischen Mitteln vergeblich zu erreichen versucht hatte. Ihnen schwebte ein D-Mark-Imperium vor, das von der iberischen Halbinsel bis nach Sibirien reicht.

Während das Nazi-Regime die deutsche Arbeiterklasse durch einen totalitären Polizeistaat zerschlagen und terrorisiert hatte, versprachen die Herrscher vom kapitalistischen Nachfolgestaat des Hitler-Reichs, das Nachkriegs-„Modell Deutschland" der Klassenkollaboration aufrechtzuerhalten, „soziale Marktwirtschaft" genannt. Keinem werde es infolge der Wiedervereinigung schlechter gehen, erklärte Helmut Kohl, als er Hitlers alten Titel „Kanzler des deutschen Volkes" annahm. In Westdeutschland werde es keine Steuererhöhungen geben, gleichzeitig erzählte man den Bürgern der ehemaligen DDR, sie würden den westlichen Lebensstandard in fünf Jahren erreichen. Doch kaum ein Jahr, nachdem das Vierte Reich die DDR-Wahlen vom März 1990 gewonnen hatte, gingen Zehntausende von Ostdeutschen in Leipzig auf die Straße und protestierten wütend gegen den „Lügenkanzler".

In Wirklichkeit führte der kapitalistische Anschluß zur Demontage der ostdeutschen Industrie, und die Hälfte der Arbeitskräfte wurde entlassen. Kohl sprach von „kreativer Zerstörung", in Anlehnung an Ludwig Erhard (der diese Phrase dem Wirtschaftswissenschaftler Joseph Schumpeter entliehen hat), den Architekten des deutschen „Wirtschaftswunders" nach dem Kriege. Aber dies ist reine Zerstörung. Die Illusionen der ostdeutschen Werktätigen, daß sie im Nu das „gute Leben" des Westens erreichen würden, wurden schnell und brutal zerstört. Im Frühjahr 1991 wurde Kohl von wütenden Demonstranten mit Eiern beworfen, als er im ostdeutschen Industriezentrum Halle zu reden versuchte. Um weit schwerere soziale Unruhen zu verhindern, mußte Bonn enorme Geldsummen nach Ostdeutschland transferieren wegen Arbeitslosengeld, Frührenten und ABM-Stellen.

In der Hoffnung, eine Konfrontation mit der mächtigen westdeutschen Arbeiterbewegung zu vermeiden, machte das

Fortgesetzt auf Seite 12



AP

Die Treuhand-Vernichtungspolitik hat den Nährboden für Nazi-Pogrome bereitet

Wirtschaftskrise...

Fortsetzung von Seite 11

Kohl-Regime massiv Schulden, statt Steuern zu erhöhen oder Sozialausgaben zu kürzen. Zwischen 1989 und 1991 stieg das gesamte Haushaltsdefizit von Bund, Ländern und Gemeinden *auf mehr als das Zehnfache,* von 13 auf 133 Milliarden DM! Eine Kreditaufnahme von diesem Ausmaß kann nicht von langer Dauer sein.



Der Spiegel

Eier auf den Geier in der Arbeiterstadt Halle, 1991, ein Jahr nach der Wiedervereinigung

Sowohl die regierenden Christdemokraten als auch die SPD-„Opposition" fordern, daß die westdeutsche Bevölkerung die Kosten der Wiedervereinigung trägt, im Namen der „Solidarität" der deutschen Nation. Ein wirkliches Opfer, nicht nur den Gürtel enger zu schnallen, sei nötig, erklärt der ostdeutsche Sozialdemokrat Wolfgang Thierse. Selbst der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler rief gemeinsam mit dem Chor nach einem „Solidarpakt". Doch die westdeutsche Arbeiterklasse — in der auch zwei Millionen türkische, jugoslawische und andere eingewanderte Arbeiter sind, die beschönigend „Gastarbeiter" genannt wurden — ist nicht in der Stimmung, Opfer zu bringen, um die Finanzen des Vierten Reiches wieder in Ordnung zu bringen.

Dies zeigte sich in dramatischer Weise beim ÖTV-Streik im letzten Frühjahr, dem größten Streik in Westdeutschland seit vier Jahrzehnten. Von Bayern bis zu den Nordseehäfen stapelte sich elf Tage lang der Müll, fuhren die Züge nicht und wurde die Post nicht ausgetragen. Der Streik endete mit einer politischen Demütigung für Kohl, der ihn provoziert hatte, und mit einem Rückschlag für die deutsche herrschende Klasse insgesamt.

Der Fehlschlag, die Ausbeutungsrate des eigenen Proletariats zu erhöhen, hat die Pläne der Frankfurter Bankiers und der Ruhr-Industriellen, Osteuropa in ein deutsches Neokolonial-Reich zu verwandeln, durcheinandergebracht. Kohl & Co. versprachen den neuen rechten Regimen von Tudjmans Kroatien bis Jelzins Rußland großzügige Subventionen. Zu Beginn letzten Jahres hatte Bonn mehr als 60 Prozent aller westlichen Finanzhilfe für die ehemaligen Sowjetrepubliken zugesichert. Aber seitdem beruft sich der Zahlmeister der osteuropäischen Konterrevolution darauf, daß er knapp bei Kasse ist.

„Bis jetzt hat Deutschland viel mehr für Osteuropa getan als seine Verbündeten — tatsächlich zu viel", klagte Bonns Verteidigungsminister Volker Ruhe bei einer anglo-deutschen Konferenz im letzten April (Londoner *Guardian,* 2. April 1992). Im folgenden Monat erzählte Kohl Reportern bei der UNO: „Wir Deutschen haben die Grenze unserer Kapazität", Osteuropa „zu helfen, erreicht". Ohne massive Finanz„hilfe" von ihren westlichen imperialistischen Ziehvätern bleiben die frisch gebackenen bürgerlichen Staaten, vom Balkan bis zu den ehemaligen Sowjetrepubliken, schwach und zerbrechlich bei ihrem Versuch, Kapitalismus ohne Kapital aufzubauen. Das Resultat ist der totale wirtschaftliche Zusammenbruch, politisches Chaos und brudermörderischer Nationalismus.

Das wirtschaftliche Durcheinander des Vierten Reichs richtet auch in Westeuropa verheerenden Schaden an. Die grandiose Verkündung einer neuen Ära von „europäischer Einheit" in Maastricht vor einem Jahr liegt in Scherben. Durch das Hochtreiben der Zinssätze ließ die Bundesbank im letzten Herbst das Europäische Währungssystem spektakulär zusammenbrechen. Frankreich — dessen Bauern wilde Straßenschlachten liefern — wirft Bonn vor, vor dem US-Angriff auf den Agrarprotektionismus der EG zu kapitulieren. Und die sogenannten „armen Vier" — Spanien, Portugal, Irland und Griechenland — drohen damit, alle Gemeinschaftsentscheidungen zu behindern, wenn sie nicht mehr „Kohäsions"-Gelder von den reicheren Ländern bekommen, womit hauptsächlich Deutschland gemeint ist. Tolle Aussichten heutzutage!

Die ostdeutschen Länder der ehemaligen DDR bleiben wirtschaftlich eine verwüstete Region, gleichzeitig befindet sich Westdeutschland im Anfangsstadium einer womöglich langen und schweren Rezession. Früher nannte man Deutschland die Lokomotive, die Europas kapitalistische Wirtschaft ankurbelt. Heute zieht die deutsche Lokomotive das übrige Westeuropa in hohem Tempo abwärts. Man sagt heutzutage, daß das wiedervereinigte Deutschland schwächer ist, als es Westdeutschland war. Es ist nicht so sehr absolut gesehen schwächer, sondern enorm überbeansprucht. Und diese Überbeanspruchung schafft zunehmend nationale Konflikte, soziale Unruhen und Klassenkämpfe in ganz Europa, nicht zuletzt in Deutschland selbst.

Das „Modell Deutschland" wird zu teuer

„In der Vergangenheit waren wir zu großzügig bei Lohnerhöhungen", erklärte Achim Diekmann, Geschäftsführer des Verbandes der deutschen Auto-Industrie am Vorabend des ÖTV-Streiks 1992. Die Wiedervereinigung hat eine wachsende strukturelle Schwäche des deutschen Kapitalismus noch verstärkt, nämlich daß die Lohnkosten erheblich höher geworden sind als bei den wichtigsten internationalen Konkurrenten. Wenn man die Lohnfortzahlung bei Krankheit und die Altersversorgung mit einbezieht, dann sind die Personalkosten in der westdeutschen Industrie über 50 Prozent höher als in den Vereinigten Staaten und den anderen wichtigen westeuropäischen Ländern, und über ein Drittel höher als in Japan. Zur gleichen Zeit beträgt die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit in Westdeutschland 1700 Stunden, verglichen mit 1750 Stunden in Frankreich und Britannien, 1900 Stunden in den USA und 2150 Stunden in Japan.

Vor der Wiedervereinigung wurde Westdeutschland von SPD-Gewerkschaftsbürokraten, Frankfurter Bankiers und Ruhr-Industriellen gleichermaßen als ein Modell für steigenden Wohlstand und gutes Einvernehmen zwischen Gewerkschaften und Kapital hochgelobt. Das „Modell Deutschland" der Nachkriegszeit beruhte auf drei Hauptelementen: 1) eine hochgradig wettbewerbsfähige, exportorientierte Wirtschaft auf der Grundlage von überlegener Produktivität und fortschrittlicher Technologie; 2) eine starke Gewerkschaftsbewegung unter der Führung von sozialdemokratischen Bürokraten, denen es um den Erhalt von Klassenfrieden und Rentabilität ging und um die *politi-*

sehe Untergrabung des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates im Interesse des deutschen Imperialismus; und 3) relativ niedrige politisch/militärisch verursachte Staatsausgaben, solange Westdeutschland als Juniorpartner des amerikanischen Imperialismus fungierte.

Die Teilung Europas im Kalten Krieg in das von den USA dominierte Bündnis und den Sowjetblock, entlang der Elbe durch das Herz Deutschlands, beschnitt die globale Rolle des deutschen Imperialismus. Dies wurde festgelegt im Verfassungsverbot von Bundeswehreinsätzen außerhalb des westeuropäischen NATO-Gebiets. (Ein ähnliches Verbot wurde in Japans Nachkriegsverfassung geschrieben, die vom amerikanischen Prokonsul Douglas MacArthur diktiert wurde.) Als Konsequenz belief sich Ende der 80er Jahre der westdeutsche Rüstungshaushalt auf 3 Prozent des riesigen Bruttosozialprodukts, im Vergleich zu 4 Prozent in Frankreich, 5 Prozent in Britannien und 6,5 Prozent in den USA.

Auf der anderen Seite hat der japanische Kapitalismus sogar noch niedrigere Militärausgaben als Deutschland, und gleichzeitig zahlen Toyota und Nippon Steel — deren Arbeiter in unterwürfigen Betriebsgewerkschaften gefangen gehalten werden — nicht annähernd das Lohnniveau von Volkswagen und Krupp, obwohl sie sicher die finanziellen Möglichkeiten dazu haben. Vielmehr benutzten die japanischen Zaibatsu (Kartelle) den Mehrwert, den sie aus ihren Fabriken in Tokio und Osaka herausholten, um die Superausbeutung der Arbeiter in ihren ostasiatischen Neokolonien, von Südkorea bis Indonesien, auszuweiten.

In einer Zeit, als Reagans Amerika und Thatchers Britannien Streiks brachen und massiv gegen die Arbeiterbewegung vorgingen, konnten die westdeutschen Gewerkschaften immer noch erhebliche wirtschaftliche Vorteile erzielen. Der von der IG Metall organisierte Autostreik von 1984 durchbrach die traditionelle 40-Stunden-Woche, die so lange in westlichen kapitalistischen Ländern die Regel war. Warum waren die Frankfurter Bankiers und Ruhr-Industriellen bereit, die institutionalisierte Klassenzusammenarbeit aufrechtzuerhalten, die durch das System der „Mitbestimmung" von Gewerkschaften und Aktionären symbolisiert wird? Die Antwort liegt im revanchistischen Appetit des deutschen Imperialismus gegenüber der DDR, die den Anspruch hatte, ein deutscher sozialistischer Staat der Arbeiterklasse zu sein.

Trotz ihres niedrigeren Produktivitätsniveaus und trotz bürokratischer Deformationen gab die DDR ihren Arbeitern attraktive und umfangreiche Sozialleistungen, z.B. kostenlose Kinderbetreuung, was es über 90 Prozent der ostdeutschen Frauen ermöglichte, am Arbeitsprozeß teilzunehmen. Die DDR war nicht nur die zehntgrößte Industriemacht der Welt, die Prokopf-Einkommen waren so hoch wie in Italien oder Britannien und 50 Prozent höher als in Spanien. Die große Mehrheit der Arbeiter und Intellektuellen in der DDR wünschte sich eine anständige sozialistische Gesellschaft und hatte keine Sympathien für die Deutsche Bank und deren christdemokratische politische Agenten. Wie wir jedoch Anfang der 80er Jahre schrieben:



Spartakist

Im März 1990 protestierten ostdeutsche Frauen gegen Bonns „Zurück zu Küche, Kirche, Kinder"

> „Sozialdemokratische Sympathien halten sich hartnäckig in der DDR, wo viele die SPD als ‚demokratische' Alternative zu ihrem eigenen stalinistischen Regime ansehen. Das zeigte sich bei dem begeisterten Empfang, der Willy Brandt bei seinem Besuch in Erfurt 1970 bereitet wurde...
>
> Brandts Ostpolitik der frühen siebziger Jahre *erschien* als Anerkennung der ständigen Teilung der deutschen Nation. In Wirklichkeit war es eine geschicktere Form der revanchistischen Ambitionen Bonns gegenüber dem Osten. An Stelle des lauten Säbelrasselns (‚die Politik der Stärke') der Adenauerzeit sehen es die Sozialdemokraten darauf ab, die osteuropäischen stalinistisch beherrschten Staaten wirtschaftlich und politisch zu unterhöhlen." („Für revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!", *Spartakist* Nr. 43, April 1982)

Wenn das Kohl-Regime in den 80er Jahren der Linie von Reagan und Thatcher gefolgt wäre und Streiks gebrochen, Gewerkschaftsaktivisten ins Gefängnis geworfen, die Löhne gedrückt und Sozialleistungen zusammengestrichen hätte, dann hätte dies in der DDR die Opposition der Bevölkerung gegen westlichen Kapitalismus außerordentlich

Fortgesetzt auf Seite 14

Weg mit den Anklagen gegen Metes Freunde!

Am 17. Februar erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen drei Freunde des 1991 von Nazi-Skins ermordeten Mete Eksi. Unter der Anklage „Beteiligung an einer Schlägerei mit Todesfolge" sollen jetzt die Opfer zusammen mit den Mördern vor Gericht gezerrt werden. Der Mörder, Sohn eines Polizisten, wurde bereits 1992 wieder freigelassen.

Mete Eksi starb am 13. November 1991 an den Folgen einer schweren Kopfverletzung, nachdem er und seine Freunde türkischer Herkunft am Berliner Kudamm zusammengeschlagen wurden. Die Mordwaffe: ein Baseballschläger. Die Angreifer: Nazi-Skins. Zwei Tage später schlugen die Bullen auf die Teilnehmer eines 10 000 starken Trauermarschs ein, an dem viele Immigranten teilnahmen, prügelten die Leute zu Boden, verletzten ein Kind schwer.

Der Staat vertuscht die Nazi-Morde, schützt die Mörder. Aber Ayhan Öztürk gewann vor Gericht einen Sieg, als er seinen Freispruch erkämpfte, weil er im November 1990 sich gegen bewaffnete Skinheads verteidigte. Er wurde zu Recht von vielen Jugendlichen und Arbeitern als Held gefeiert. Dies war ein Sieg für das Recht auf bewaffnete Selbstverteidigung gegen Nazi-Terror.

Die Hetzkampagne des Berliner Innensenators Heckelmann gegen Immigranten schürt weitere Angriffe. Die Presse schreit „Türken in Angst", die Bullen ermitteln gegen die PKK. Appelle an dieses dreckige Vierte Reich, gegen die Nazis vorzugehen, sind tödlich! Nur die organisierte Arbeiterbewegung hat das Interesse und die Macht, den Nazi-Abschaum endgültig von der Straße zu fegen. Für Arbeiter/Immigranten-Schutzgruppen! Protestiert gegen die obszöne Anklage gegen Metes Freunde!

Wirtschaftskrise...

Fortsetzung von Seite 13

gestärkt. Die verführerischen Lügen von Brandt, Schmidt & Co. über die Vorzüge der „sozialen Marktwirtschaft" hätten östlich der Elbe wohl kaum Wirkung gehabt. Heute können selbst sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokraten den Zusammenhang sehen zwischen dem Zusammenbruch des Sowjetblocks und der härteren Linie der Bosse an der Arbeitsfront im eigenen Land. Am letzten 1. Mai stellte IG-Metall-Chef Steinkühler die rhetorische Frage, „ob es den Sozialprovokateuren im Unternehmerlager gelingt, die Gewerkschaften nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz einschneidend zu schwächen".



Der Spiegel

Die deutschen Imperialisten drücken den Anschluß mit Schmiergeld-Offerten 1:1 durch. Heute können die Ostdeutschen nicht mal das Benzingeld aufbringen

Vor der Wiedervereinigung hatte der deutsche Kapitalismus einen triftigen *politischen* Grund, die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften zu kaufen, und genügend Mittel, dies zu tun. Das politische Motiv ist nun weggefallen, und die finanziellen Mittel gehen schnell zur Neige. Jeder dritte Arbeitsplatz in Westdeutschland hängt vom Export ab. Dieser Export hängt von hoher Produktivität, überlegener Qualität und kompetentem Service ab. Mercedes, Porsche und BMW sind auf der ganzen Welt die Lieblingsautos der Yuppies. Doch Deutschlands Wettbewerbsvorteile liegen nicht so sehr bei den langlebigen Luxuskonsumgütern, sondern mehr bei den Investitionsgütern. „Bei den meisten unserer Textilmaschinen haben wir keine Konkurrenz", rühmt sich der Sohn des Gründers der Karl Mayer Textilmaschinenfabrik. „Viele Produkte kann man nur mit unseren Maschinen herstellen" (zitiert nach Philip Glouchevitch *Juggemaut* [Koloß], Simon & Schuster, 1992). Aber immer weniger deutsche Firmen können von sich behaupten, „wir haben keine Konkurrenz".

Zum Beispiel die Werkzeugmaschinenindustrie, entscheidend für jedes Industrieland. Dies ist das Terrain des deutschen Mittelstands — der mittleren Bourgeoisie, deren Unternehmen mittlerer Größe, in den Worten eines britischen Journalisten, von autokratischen Bossen geführt werden, die ihr Geschäft bis zum letzten Millimeter und Pfennig kennen. Es gibt in Westdeutschland 450 Betriebe der Werkzeugindustrie, die zusammen genommen mehr Menschen beschäftigen als die Automobilindustrie. Fast alle sind hochgradig spezialisiert, und oftmals entwickeln sie Maschinen nach den Vorgaben ihrer Kunden.

Während des größten Teils der Nachkriegszeit beherrschte Deutschland den Weltmarkt für Werkzeugmaschinen, 1970 machte das 31 Prozent der Exporte weltweit, im Vergleich zu 12 Prozent für die USA und nur 3 Prozent für Japan. Aber dann begannen Japan und seine ostasiatischen Neokolonien größere Einbrüche in den Werkzeugmaschinenmarkt zu erzielen. Sie fingen mit Standardprodukten wie Drehbänken an und gingen zu immer komplexeren Modellen über. Japanische Firmen haben jetzt eine Betriebsgröße, wie sie den kleineren deutschen Unternehmen nicht zur Verfügung steht. Bis 1990 fiel der deutsche Anteil am Weltexport von Werkzeugmaschinen auf 24 Prozent, und die USA wurden auf unerhebliche 3 Prozent reduziert, während Japan 18 Prozent des internationalen Marktes eroberte.

Seitdem steckt die westdeutsche Werkzeugmaschinenindustrie in einer Flaute. Die Rezession in Amerika und der Zusammenbruch der Wirtschaft im Sowjetblock verringerten die Nachfrage in zwei von Deutschlands wichtigsten Auslandsmärkten, während Neu- und Ersatzinvestitionen in Deutschland selbst durch enorm hohe Zinsen entmutigt wurden. Die Aufträge für deutsche Werkzeugmacher fielen 1991 um 20 Prozent und im letzten Jahr schätzungsweise um weitere 25 Prozent.

Jetzt, wo der künstliche Boom der Konsumgüternachfrage, der von den Bedingungen der Wiedervereinigung hervorgerufen worden war, in sich zusammenfällt, hat sich der Wirtschaftsrückgang auf die gesamte deutsche Industrie ausgeweitet. Die Bosse der Auto- und Stahlindustrie jammern genauso wie die Werkzeugmaschinenhersteller darüber, daß die Lohnerhöhungen des Vorjahres nicht mehr zu bezahlen seien. Die deutschen Kapitalisten beschimpfen ihre Arbeiter im Ruhrgebiet und in Nordrhein-Westfalen

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51 Telefon: (030)4927866
Halle	SpAD, PSF 855 Halle 4002 Telefon: (0345)29055
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11 Telefon: (040)323644
Leipzig	SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)



Spartakist

IG-Chemie-Demo in Halle am 18. Januar 1992 - Spartakisten forderten „Arbeiter von Leuna bis BASF: Schlagt die SPD/Treuhand-Jobkiller zurück!"

als überbezahlte Faulpelze, die freitags immer blaumachen. So drohen sie, die Produktion ins Ausland zu verlegen, und haben damit schon angefangen. 1991 gaben deutsche Firmen rund 30 Milliarden Mark aus, um Produktionsstätten in anderen Ländern aufzukaufen oder auszubauen, während ausländische Multis in Deutschland weniger als 3 Milliarden Mark investierten. Dies ist ein klarer Beleg dafür, daß die Profitrate in Deutschland jetzt vom Standpunkt des Kapitals aus unbefriedigend ist.

„Der Exodus der deutschen Industrie hat begonnen", verkündete BMW-Boß Eberhard von Künheim *(Business Week, 25.* Mai 1992). Daimler-Benz hat Pläne, eine neue Fabrik in Mexiko zu bauen. Volkswagen weitet seine bereits gewaltigen mexikanischen Unternehmungen aus und will in Chinas „Freihandelszonen" Autos produzieren. Deutsche Hersteller erhöhen auch ihre Investitionen in den USA, die von ihrem Standpunkt aus ein Niedriglohnland geworden sind. So plant BMW, deren einziges ausländisches Montagewerk in Südafrika liegt, ein zweites in South Carolina. Aber es wird nicht einfach sein, die Arbeitsbedingungen in Westdeutschland herabzudrücken auf ein Niveau wie im gewerkschaftsfreien ländlichen Süden Amerikas.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 566, L Januar*

[FORTSETZUNG FOLGT]





Berlin, 30. Januar - Der Schutz des Wohnhelmes wird organisiert mit proletarischer Disziplin, durch Aufstellung von Patrouillen, dabei war Kommunikation mit der „Zentrale" wichtig

Immigranten-Wohnheim...

Fortsetzung von Seite l

Widerhall. Während auf der Straße Unter den Linden Kerzen angezündet wurden, kamen Dutzende, meist Jugendliche, zum Banner des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) am August-Bebel-Platz, um in dieser Nacht den Schutz eines großen Immigranten-Wohnheims in Berlin zu organisieren. „Lichterketten stoppen nicht die Nazis", wurde aus dem Megaphon gerufen, und „Wohnheime unter Arbeiterschutz".

Weit über 100 Leute beteiligten sich an der erfolgreichen Verteidigungsaktion. Das KfsV, unterstützt von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), mit der es verbunden ist, hatte zu Arbeitereinheitsfront-Aktionen aufgerufen. Es gab zwar gelegentliche „Streifen" vor Wohnheimen, doch wir wollen die soziale Macht der organisierten Arbeiterbewegung mobilisieren, um den Nazi-Abschaum wegzufegen. Der KfsV-Aufruf wurde von zahlreichen Gewerkschaftern aus dem Raum Berlin wie auch aus Halle-Bitterfeld unterstützt. Bei der Aktion waren vor allem Jugendliche aus mehreren Bezirken Berlins sowie aus Halle, Leipzig und Hamburg. Außer der SpAD beteiligten sich auch Mitglieder der PDS Lichtenberg, der DKP, der FDJ



Spartakist

Sonnabend, 30. Januar — Das Banner des KfsV ist Treffpunkt für die Mobilisierung zum Wohnheimschutz

und der antifaschistischen Organisation Edelweiß-Piraten. Eine KfsV-Erklärung vom 31. Januar berichtete:

„Die Immigranten konnten ungestört eine ruhige Nacht verbringen und zusammen mit den Verteidigern feiern. Aber in den frühen Morgenstunden, nachdem die Nazis das Wohnheim mehrmals umkreist hatten, schössen faschistische Provokateure mit einer Gaspistole an einem Eingang des Wohnheims auf die Wachen. Die Wachen wurden sofort verstärkt, und bei der nächsten Provokation wurde ein Nazi-Auto entschlossen vertrieben. Einige Nazis ließen ihre Stiefel und Bomberjacken zurück."

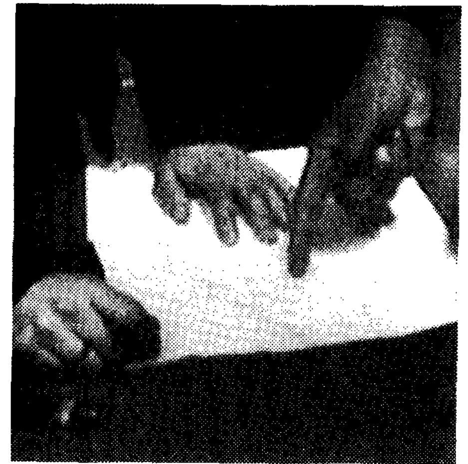
Auch in der Nacht vorher organisierte das KfsV kurzfristig Streifen, als Berichte über einen möglichen faschistischen Angriff auf das Wohnheim eingingen. Und in der Nacht vom 30. zum 31. Januar gab es Streifen um ein kleineres abgelegenes Wohnheim in einer Gegend, die berüchtigt ist für Nazi-Angriffe auf Immigranten und andere Einwohner. Bewohner des Wohnheim-Komplexes bedankten sich später beim KfsV für die Verteidigung und bemerkten, daß es in den letzten Monaten Drohungen von Rechten gegeben hatte, und außerdem hat die Polizei bereits mehrmals das Wohnheim überfallen.

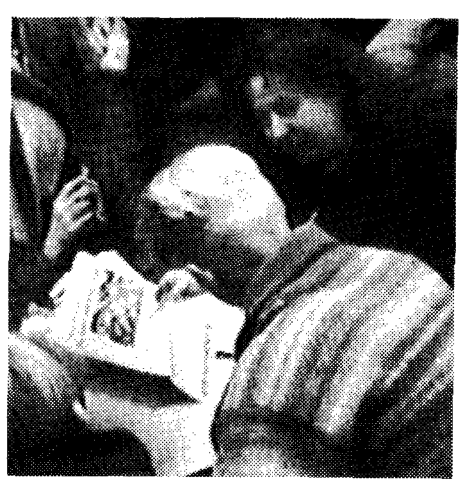
Volksfront: Lichterketten und Bullen

Die mörderischen faschistischen Angriffe und Pogrome haben Deutschland polarisiert, und mit den zunehmenden sozialen Spannungen verursachte dies verstärkten Druck auf die Reformisten. Die SPD beschäftigt sich hauptsächlich damit, ihre „Regierungsfähigkeit" in einer bürgerlichen Regierung zu beweisen. Während Engholm und Konsorten vorher von einer „beschleunigten Behandlung" der Flüchtlinge sprachen (zusammen mit KZ-ähnlichen „Sammellagern"), sind sie jetzt, unter dem Druck von Kohls CDU, direkt gegen das Asylrecht angetreten. Die Sozialdemokratie reagierte, als eine bedeutende Anzahl von Gewerkschaftern den KfsV-Aufruf für Arbeiterverteidigungvon Immigranten-Wohnheimen unterstützte, besonders in der Schlüsselgewerkschaft ÖTV, die im letzten Frühjahr mit ihrem machtvollen Streik Kohl eine Ohrfeige verpaßte. SPD-Bürokraten machten mobil, um diejenigen, die formal zur Aktion aufriefen, davon abzuhalten, dies in eine wirkliche Gewerkschaftsbeteiligung an der Verteidigungsaktion zu verwandeln.

Die PDS war am 29./30. Januar vor allem an Rangeleien über die Teilnahme bei konkurrierenden Demonstrationen beteiligt, statt gegen die Nazis zu mobilisieren. Der abgedankte Parteichef Gysi (der weiterhin Chef der PDS-Bundestagsgruppe sein wird) benutzte seinen Rücktritt zu einer Kampfansage gegen Linke innerhalb der Partei. Saubermann Gysi will die PDS für „unvereinbar" mit all denen erklären, deren Herzen zu stark für die alte stalinistisch







Spartakist-Video

Drinnen im Wohnhelm gibt es die ganze Nacht über regelmäßige Berichte, Lagebesprechungen und auch politische Diskussionen während der Bereitschaft

regierte DDR schlagen. Sein Nachfolger Bisky, der sich als Kopf der Hexenjäger-Konimission gegen Brandenburgs Ministerpräsidenten Stolpe einen Namen machte, hat die Suche nach politischer „Akzeptanz" durch die Bourgeoisie zu seinem Leitmotiv gemacht.

Um diesen Wunschträumen nachzujagen, bestätigte der Dritte Kongreß der PDS ihre Entscheidung, alle diejenigen aus öffentlichen Ämtern zu säubern, die eine Stasi-Leiche im Keller haben. Aber obwohl diese Ex-Stalinisten die Dreckarbeit für die Bourgeoisie verrichten — von der Auslieferung der Parteikassierer Pohl und Langnitschke in den Knast bis zum kürzlichen Rücktritt von André Brie, dem seine eigene Medizin verabreicht wurde —, können Gysi, Bisky et al. nichts an der Tatsache ändern, daß die PDS gesellschaftlich nicht anerkannt wird. (Gegenwärtig debattiert das Berliner Abgeordnetenhaus darüber, ob alle anderen Parteien den Saal verlassen sollen, wenn ein PDSler redet.) Trotzdem unterstützten einige PDS-Bezirke aktiv die Wohnheimverteidigung am 30. Januar, darunter die PDS-Fraktion im Bitterfelder Stadtrat.

Als die PDS-Spitzen bei der Volksfront-Demonstration am 30. Januar von der Rednerliste gestrichen wurden, entdeckten sie: „Lichter ersetzen nicht falsche Politik" *(Neues Deutschland,* 1. Februar). Die Führer der JRE (Jugend gegen Rassismus in Europa) andererseits erklärten: „Lichterketten waren eindrucksvolle Zeichen des Protestes", und machten begeistert mit. Zwar haben sich im Osten PDS-Jugendliche der JRE angeschlossen, doch deren Führung liegt in den Händen der Fora«-Gruppe, die seit Jahrzehnten eine loyale „linke" Hausopposition innerhalb der SPD ist.

„Lichterketten" und die Polizei — dies sind die Mittel, die heute von Reformisten gegen die Nazis beschworen werden. Sogar viele Jugendliche, die sich an den Autonomen orientieren, haben Illusionen in die Polizei — zumindest in die Berliner Polizei — und glauben, daß die Faschisten nicht angreifen, wenn Bullen-Wannen in der Nähe sind. In den 30er Jahren wurde diese Linie von den Sozialdemokraten vertreten mit der Forderung: „Staat, greif zu". Damals dachten viele, von der SPD rekrutierte Polizisten würden keine Arbeiter angreifen; heute glauben manche, daß Polizisten, die von der DDR übernommen wurden, keine Nazis unterstützen. Doch schaut nach Rostock, wo Faschisten sich frei zusammenrotteten, während die Linken vom Bundesgrenzschutz eingekesselt wurden.

Die PDS ruft nach mehr Bullen gegen die Nazis. *Voran* hat „gewerkschaftliche Kontrolle" der Polizei gefordert. Sogar linker auftretende Reformisten wie die MLPD rufen den Staat auf, alle faschistischen Gruppen zu verbieten. Diese falschen „Marxisten" oder sogar „Leninisten" stellen es alle so hin, als wäre der Staat irgendwie neutral und stände über den Klassen. Wir Trotzkisten halten im Gegensatz dazu an der grundlegenden Erkenntnis fest, die von Marx, Engels und Lenin vertreten wurde, daß der bürgerliche Staat das Kernstück der kapitalistischen Klassenherrschaft ist, daß die Faschisten die Reservearmee des Kapitals

Fortgesetzt auf Seite 18

Berlin, 30. Januar

Schließt euch an!

Für Arbeiterverteidigung de[r] Immigranten-Wohnheime gegen Nazi-Terror!

Angesichts des gefährlichen Anstiegs des Nazi-Terrors ist es notwendig, unsere eingewanderten Kollegen zu verteidigen. Jetzt werden die Roma und DDR-Vertragsarbeiter mit Abschiebung bedroht. Wir müssen die Macht der Arbeiterbewegu[ng] in Einheitsfrontaktionen mobilisieren, um sie zu verteidigen und die Flüchtlings- und Vertragsarbeiterwohnheime vor Nazi-Überfällen zu schützen.

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) ruft zum Schutz eines Immigrantenwohnheims am Sonnabend, dem 30. Januar, in Berlin au[f]

Weitere Informationen: KfsV Berlin (0 30) 4 91 45 46

Treffpunkt für alle Interessierten:
KfsV-Banner, Bebelplatz (Unter den Linden), 17.00 Uhr

Berlin, 30 Ocak

Nazi terörüne karşı göçmen yurtlarının işçi savunması için!

Bizlere Katılın!

Toplumsal Savunu Komitesi 30 Ocak Cumartesi günü Berlin göçmen yurdunu savunma çağrısı yapıyor.

İlgilenen herkes için toplanma yeri: Saat 17.0[0]
KfsV-Flaması, Bebelplatz (Unter den Linden)

Berlin, 30. Janeiro

Unam-se!

Pela defesa oper[ária] dos lares dos imigr[antes] contra o terror n[azi]

O *Komitee für soziale Verteidigung (KfsV)* chama para [a defesa ...] de imigrantes em Berlin, sabado, 30. Jan[eiro]

Ponto de encontro para todos interessad[os]:
Bandeira do KfsV, Bebelplatz (Unter de[n Linden])

Berlin, 30 tháng giêng

Hãy đoàn kết lại chống bọn Naxit khủng bố các cư xá người nước ngoài

Thời gian 17⁰⁰
Địa điểm KfsV Banner, Bebelplatz

Aufruf des KfsV in Deutsch, Türkisch, Portugiesisch, Vietnamesisch

Berlin, 30. Januar: Für Arbeiterverteidigung der Immigranten-Wohnheime gegen Nazi-Terror!

Angesichts des gefährlichen Anstiegs des Nazi-Terrors ist es notwendig, unsere eingewanderten Kollegen zu verteidigen. Jetzt werden die Roma und DDR-Vertragsarbeiter mit Abschiebung bedroht. Wir müssen die Macht der Arbeiterbewegung in Einheitsfrontaktionen mobilisieren, um sie zu verteidigen und die Flüchtlings- und Vertragsarbeiterwohnheime vor Nazi-Überfällen zu schützen.

Unterstützer der Aktion: **Helmut Bojanowski,** Abteilungsgeschäftsführer Luftfahrt, ÖTV*, Berlin; **Kurt Cummerow,** Betriebsrat, DAG*, Berlin; **Holger Elsenhardt,** ÖTV*, Berlin; **Fraktion der PDS Bitterfeld; Henrik Franke,** Jugend- und Auszubildenden-Vertreter*, IG Chemie*, Buna Werke AG, Schkopau; **Necati Gürbaca,** Berlin; **Michael Helaß,** Vorsitzender, ÖTV-Gewerkschaftskommission*, Betriebshof Weißensee, Berlin; **Heiko Heller,** Bezirksjugendausschuß-Mitglied, ÖTV*, Berlin; **IG Bau-Steine-Erden,** Ortsvorstand Bitterfeld; **Alexander Kalex,** DKP*, Mitglied des SDAJ-Bundesvorstands*. Leipzig; **Bernt Kamin,** Vertrauensleutesprecher der ÖW*, Gesamthafenbetrieb Hamburg; **Kart Kielhom,** PDS*, Präsidiumsmitglied der Lagergemeinschaft Dachau*, Berlin; **Andreas Köhn,** geschäftsführendes Landesbezirksvorstandsmitglièd, IG Medien*, Berlin; **Komitee für soziale Verteidigung; Einige Genossen der autonomen Kommunistinnen, Günter Krause,** Betriebsratsvorsitzender, LABAG, IGBE*, Lübbenau; **Jürgen Kühn,** Betriebsrat*, Vertrauenskörperleitung, IG Metall*, Berlin; **Karin Lehmann,** Betriebsrätin, HBV*, Berlin; **Edeltraud Merke),** Gruppenvorsitzende, DF e.V. Bitterfeld*; Günter Michel, Betriebsrat*, IG Metall*, Opel Rüsselsheim; **Eva-Maria Moleiß,** stellvertretende Betriebsratsvorsitzende, IG Chemie*, Linde AG, Staaken; **Manfred Müller,** Landesvorsitzender Berlin, HBV*; **Christian Münnich,** Bezirksjugendausschuß-Vorsitzender, ÖTV*, Berlin; **ÖTV-Gewerkschaftskommission, Betriebshof Uchtenberg, BVG,** Berlin; **M. Opitz,** Jugend- und Auszubildenden-Vertreter*, IG Chemie*, Buna Werke AG, Schkopau; **Maria Radtke,** Betriebsrätin, HBV*, Rüsselsheim; **PDS Uchtenberg,** Berlin; **Rainer Pommrich,** Delegierter zum 3, PDS-Bundesparteitag, PDS*, Wemigerode; **Christel Schemel,** Bezirksverordnete, PDS*, Berlin-Lichtenberg; **Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands; Wolf Stötzel,** Bund der Antifaschisten Berlin-Mitte*; **Elvira Jäger,** ÖTV-Vertrauensfrau*, Berlin; **Klaus Teubert,** Betriebsratsvorsitzender, NGG*, Havelland Werder; **Siegfried Wittig,** stellvertretender HVM, Hauptschwerbehindertenvertretung, ÖTV*, Berlin; **Walter Warmuth,** Vorsitzender Vorstand, Berliner Mietergemeinschaft*; **Bernd Weise,** stellvertretender Vertrauensmann, IG Chemie*, Leuna; **Susanne Wilk,** Vorsitzende der Jugend- und Auszubildenden-Vertreter*, Buna Werke AG, Schkopau; **Brigitte Ziegler,** Betriebsrätin.

*)Organisationsname nur zum Zweck der Identifikation

Wir möchten betonen, daß die Unterzeichner nicht notwendigerweise mit der Erklärung des Komitees für soziale Verteidigung oder ihren Einzelheiten übereinstimmen.

Immigranten-Wohnheim...

Fortsetzung von Seite 17

sind und daher die Bullen und Gerichte unweigerlich gegen die Linke, die Arbeiterbewegung und die Unterdrückten eingesetzt werden.

Was die „Lichterketten" angeht, so dienen diese nur dazu, die Unterdrückten an ihre Unterdrücker zu ketten — in einer großen Volksfront, die von der pseudomarxistischen Linken über die PDS und die SPD bis zur Koalitionsregierung in Bonn reicht —, und sie dienen alle dazu, Deutschlands Ansehen im Ausland und nicht zuletzt die Exporterlöse des deutschen Kapitals zu verbessern. Die Spartakisten jedoch, deren Name für unnachgiebigen Widerstand gegen das Vierte Reich des deutschen Imperialismus steht und die im Juni letzten Jahres die riesige Nazi-Fahne beim Brandenburger Tor herunterrissen, werden jetzt vors Gericht gezerrt — im gleichen Moabiter Gerichtsgebäude, wo der Honecker-Schauprozeß stattfand —, weil sie laut Anklageschrift mit der Hakenkreuzfahne einen „Gegenstand der Kunst" zerstört hätten!

Baut eine leninistisch-trotzkistische Partei auf!

Unsere Organisierung der Wohnheim-Verteidigung am 30./31. Januar war eine *exemplarische Aktion,* um das trotzkistische Programm der Arbeitermobüisierung gegen die faschistische Gefahr in der Praxis zu demonstrieren. Als Ergebnis der sozialdemokratischen Gegenmobilisierung gegen die KfsV-Initiative waren wir diesmal nicht in der Lage, eine voll entwickelte *Arbeiterverteidigung* mit organisierter Gewerkschaftsbeteiligung zu erreichen. Die Mehrheit der Teilnehmer waren Arbeiterjugendliche, auch diejenigen, die in radikaler Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft auf die Autonomen schauen. Aber im scharfen Gegensatz zur halbanarchistischen Politik der Autonomen war die vom KfsV initiierte Wohnheim-Einheitsfrontverteidigung von effektiver proletarischer Disziplin gekennzeichnet. Wir kämpfen weiter darum, die Macht der Arbeiter zur Verteidigung der Immigranten zu mobilisieren, die heute die ersten Opfer des faschistischen Terrors sind.

Heute wagen es die Faschisten nicht, sich in Berlin offen zu zeigen, außer unter direktem Polizeischutz. Dies zeigte sich am 24. Januar bei der Demonstration gegen den harten Kern faschistischer Terroristen, die sich auf den Stufen der Tegeler Polizeistation zusammendrängten. Sollten die Nazis versuchen, eine offene Provokation zu starten, muß es eine gemeinsame Mobilisierung der Arbeiterbewegung geben, um diese tödlichen Terroristen zu zerstreuen und sie aus ihren Rattenlöchern zu vertreiben. Das wollten die SpAD und das KfsV gegen den Nazi-Marsch in Halle am 9. November 1991 tun, wo wir ebenfalls nahe dran waren, eine wirkliche Arbeitermobilisierung zu erreichen, als der DGB für kurze Zeit dazu aufrief, am gleichen Ört und zur gleichen Zeit zu demonstrieren wie die Faschisten. Und genau das haben unsere kanadischen Genossen letzten Monat in Vancouver getan, als 3000 Gewerkschafter, Linke und Angehörige von Minderheiten die Nazis in die Flucht schlugen.

Wie Trotzki Anfang der 30er Jahre schrieb, bevor Hitlers Kolonnen die Pforten der Macht erreichten:

„Je entschlossener, ernsthafter und überlegter wir diese

Für eine revolutionäre Spartakist-Jugend!

SPD-Einseifer in Sachen JRE unterwegs

Der Anstieg des deutschen Nationalismus und des Nazi-Terrors durch den Anschluß der DDR hat auch eine massive Gegenreaktion hervorgerufen und viele Jugendliche gegen die Nazis mobilisiert. Für viele liegt es auf der Hand, daß die Nazis aus der Verschlechterung der Lebensverhältnisse rekrutieren wollen. Kurz, die Kapitalisten haben sich mit der Wiedervereinigung übernommen und die Wirtschaft mit der neuen expansiven Außenpolitik in eine neue Krise gestürzt. Sie heizen den Nazi-Terror an, um die Zerstörung des Asylrechts durchzusetzen und einen Linksruck in der Gesellschaft zu verhindern. Angesichts der Welle von rassistischen Überfällen und Pogromen hat eine Menge von anständigen Jugendlichen einen gesunden Haß auf die Nazis und sucht nach einer Strategie gegen sie. Seit dem Vietnamkrieg hat es nicht mehr eine solche Radikalisierung der Jugend gegeben.

In dieser Situation hat sich nun die Organisation Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) gebildet, nach offizieller Meinung eine parteiunabhängige Initiative. Sie führten am 24. Oktober 1992 in Brüssel eine Demonstration mit 40 000 Teilnehmern aus elf Ländern durch. Aber wie ist diese Initiative zustande gekommen, wer oder was steckt hinter der JRE? Ein Blick hinter die Kulissen bringt vielleicht Aufschluß darüber. Und richtig, so sagte es der Antrag der Kasseler Jusos auf dem Juso-Bundeskongreß Ende 1992 in Bonn: „JRE wurde im Sommer von den Juso-Unterbezirken Kassel, Stuttgart, Aachen, Bremerhaven, Rostock, der Redaktion VORAN und einigen Gewerkschaftsjugendgruppen ins Leben gerufen..." Und weiter: „Die JungsozialistInnen unterstützen die Initiative Jugend gegen Rassismus in Europa' politisch und materiell auf allen Ebenen und gliedern sich ihr an."

Wenn sich die unter den antirassistischen Jugendlichen zutiefst diskreditierte SPD neue Mitglieder und Wähler heranziehen will, so ist das eine Sache, aber was heißt das für die JRE? Nach jahrzehntelanger handzahmer „Oppositions"werkelei innerhalb der SPD, die 1989/90 in begeisterte Unterstützung für die Konterrevolution in der DDR ausschlug, hat die Voran-Gruppe jetzt einen Werbefeldzug für das angeschlagene Image der SPD kreiert: Mit dem Aufbau der JRE sollen „Ansehen und politischer Einfluß von Jusos unter ostdeutschen Jugendlichen zunehmen, was in Anbetracht des traurigen Zustandes vieler Juso-Untergliederungen in den neuen Ländern bitter nötig ist". Daran ändert auch die Teilnahme von PDSlern in der JRE nichts, die diese Gruppe als Eintrittskarte in die Sozialdemokratie benutzen wollen.

Aber die JRE ist doch nach außen politisch unabhängig, sie ruft doch in ihrer Propaganda zum Schutz von Wohnheimen und zur Verhinderung von Naziaufmärschen auf, so hören wir es immer wieder. Viele Jugendliche, die nichts lieber tun wollen als gegen die Nazis zu kämpfen, sind in der JRE aktiv. Doch für die Voran-Führung von JRE ist diese entscheidende Frage nur Anlaß, eine Art Abenteuer-Spielplatz anzubieten, um diese Jugendlichen — an die nationalistischen Lichterketten zu binden!

Inzwischen gab es schon verschiedene Gelegenheiten für die JRE, sich zu beweisen. Für den 30. Januar hatten die Spartakisten zu einer Einheitsfrontaktion zum Schutz eines größeren Immigranten-Wohnheims in Berlin aufgerufen. Unser Vorschlag wurde von zahlreichen Gewerkschaftern und vielen anderen aufgenommen. Über hundert Jugendliche und andere wachten in dieser Nacht gemeinsam mit

Fortgesetzt auf Seite 20

Agitation führen werden — ohne Geschrei und Prahlerei, wovon die Arbeiter so rasch genug haben —, je sachlicher die organisatorischen Verteidigungsmaßnahmen sein werden, die wir in jedem Betriebe, in jedem Arbeiterviertel und Bezirk vorschlagen, um so geringer ist die Gefahr, daß der Angriff der Faschisten uns überraschen wird, um so größer ist die Gewißheit, daß dieser Angriff die Arbeiterreihen zusammenschweißen und nicht spalten wird." („Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland", September 1930)

Trotzki rief wiederholt zur Einheitsfront der Hauptorganisationen des deutschen Proletariats auf, wie in seiner Schrift *Was Nun?* (Januar 1932), die zu Zehntausenden verteilt wurde und heute als Kopie über die SpAD-Adresse erhältlich ist. Heute ist es Allgemeinwissen, daß die Nazis nie an die Macht gekommen wären, wenn sich Trotzkis Politik durchgesetzt hätte.

Die Schlüsselfrage dabei ist die der revolutionären Partei, die aus den Erfahrungen des Klassenkampfes lernt, die die Kader schult, um die bewußtesten Schichten des Proletariats anzusprechen und sie für ihre Klasseninteressen zu mobilisieren. Die deutschen Trotzkisten waren in den 30er Jahren schwach und isoliert. Aber trotzdem versuchten sie, ihr Klassenkampf-Programm in die Tat umzusetzen. So wurde Anfang 1932 in Oranienburg ein Arbeiterkampfkomitee gegründet, das die KPD, die SPD, Gewerkschaften und Arbeitslosenkomitees mit einschloß und im Sommer eine Arbeiter-Schutzstaffel errichtete.

Die Arbeitereinheitsfront, für die Trotzkisten kämpfen, ist die Anwendung der Lehren der erfolgreichen Organisation des Proletariats durch die Bolschewiki in der Russischen Oktoberrevolution von 1917. Heute will die revanchistische deutsche Bourgeoisie die Geschichte umschreiben, um den Bolschewismus auszulöschen, und besonders um ihre Niederlage im Kampf von Stalingrad umzukehren. Die Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Stalingrad am 31. Januar 1943 markierte einen heroischen Sieg der Roten Armee, der die Lebenskraft der Errungenschaften des Oktober zeigte, sogar nach zwei Jahrzehnten von stalinistischer bürokratischer Degeneration. Doch fünf Jahrzehnte später hat die Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion triumphiert, wie vorher in der DDR, ohne entscheidenden Widerstand der Arbeiterklasse.

Die SpAD, die als einzige „Nein" zur kapitalistischen Wiedervereinigung sagte, ohne Wenn und Aber, führt heute den Kampf gegen die verheerenden Folgen dieser Konterrevolution fort — zu denen nicht zuletzt der Nazi-Terror gehört. Während die Bourgeoisie versucht, den Arbeitern die Kosten für ihren Sieg mit der Lüge eines „Solidarpaktes" aufzuhalsen, während die SPD, die PDS und andere Reformisten über die Bedingungen der Lohnkürzungen und des Kahlschlags bei Sozialleistungen feilschen, rufen die Spartakisten zum harten Kampf der Arbeiterklasse auf, mit ihrem strategisch wichtigen Bestandteil von Immigranten, um ihre Interessen gegen den gemeinsamen Feind zu verteidigen und die faschistische Pest hinwegzufegen, indem wir das kapitalistische System stürzen, das sie brütet.«





Spartakist-Fotos

Berlin, 7. Januar: Protest gegen rassistischen Überfall auf Manuel Tembe in Hohenschönhausen, JREler beteiligten sich. Inzwischen lobt die JRE-Führung Weizsäckers/Engholms Lichterketten als „eindrucksvolle Zeichen des Protests"

JRE...

Fortsetzung von Seite 19

den Immigranten darüber, daß die Nazis ihr mörderisches Handwerk nicht ausführen konnten. Wir haben auch die JRE mehrmals aufgefordert, sich dieser Verteidigungsaktion anzuschließen, und JRE-Mitglieder solidarisierten sich mit dem Vorschlag. Viele von ihnen haben am 7. Januar in Hohenschönhausen mit uns gegen den rassistischen Überfall auf den mosambikanischen Arbeiter Manuel Tembe protestiert.

Doch die JRE-Führung hat die Wohnheim-Verteidigung vehement mit den unglaublichsten Begründungen *abgelehnt* und statt dessen die Lichterkette durchs Brandenburger Tor unterstützt. Die Erklärung dafür ist ganz einfach. Obwohl viele JRE-Mitglieder die sozialdemokratische Politik verabscheuen, hat die JRE-Führung diese doch schon eingeführt. So argumentierten JREler auf einer Berliner Mitgliederversammlung am 19. Februar dafür, mit Faschisten zu reden. Worüber denn? Etwa wie die SPD bereits mit Sammellagern und Quoten der „Flut" Herr werden kann? Wir Spartakisten sagen dagegen: Über Völkermord gibt es nichts zu diskutieren. Gegenüber dem Nazi-Terror kann es nur eine Antwort geben: ihn durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung zu zerschlagen!

Im *ND* wurde die JRE-Sprecherin Antje bei der Berliner Demo am 30. Januar vorgestellt als „eine derjenigen, die ihren Platz in der SPD fanden", als die DDR unterging. In ihrer Geburtsstadt Rostock führt die SPD jetzt den Senat an, dessen Bullen ein Abkommen mit Nazi-„Störern" schlössen, während das Immigranten-Wohnheim niederbrannte (siehe dazu „Der Rostocker Pogrom-Pakt: Seiters, Polizei und Nazis Hand in Hand" auf Seite 10). Für die Voran-Jusos, die „eine entscheidende Rolle beim Aufbau eines linken Flügels in der Partei spielen" wollen, gab es dagegen bloß „halbherzige Polizeieinsätze in Rostock" (Antrag der Kasseler Jusos beim Juso-Bundeskongreß)!

Als vier Spartakisten wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung angeklagt wurden, weil sie eine riesige Hakenkreuzfahne beim Brandenburger Tor zerstört haben, gab es Solidaritätserklärungen aus der ganzen Welt. Wir forderten auch die JRE auf, die vier Antifaschisten gegen die Verfolgung durch den bürgerlichen Staat zu unterstützen. Mit der Begründung, sie wollten keine Propaganda-Aktion der Spartakisten unterstützen, haben sie es *abgelehnt.* Meint ihr, daß Mumia Abu-Jamal, Atiye Ekþi, Karl Kielhorn, der Oberrabbiner der Mailänder Jüdischen Gemeinde und Jürgen Kuczynski etc. etc. alles heimliche Spartakisten sind? Nein, sicher nicht, aber sie taten, was jeder Antifaschist tut, wenn andere Antifaschisten bedroht sind. Die Politik der JRE-Führung dagegen war Sektierertum in Reinkultur. In Wirklichkeit wollen sie keine gemeinsamen Aktionen mit revolutionären Organisationen oder „K-Gruppen", weil dies im Widerspruch zur SPD steht.

Und es geht nicht nur um die Spartakisten. Als der bürgerliche Staat und *Spiegel TV* nach der wahrscheinlichen Ermordung von Olaf Heydenbluth eine Hetzkampagne gegen die SDAJ führte, hat die JRE sich gegen eine Teilnahme an deren Berliner Protestdemonstration entschieden. Die SpAD dagegen solidarisierte sich mit den Freunden und Genossen von Olaf und beteiligte sich in Suhl und Berlin an den Protesten.

Eine Einheitsfront bedeutet, daß verschiedene Organisationen trotz ihrer politischen Differenzen eine gemeinsame Aktion durchführen, um beispielsweise die Faschisten zu stoppen. „Getrennt marschieren, vereint schlagen", lautet die klassische Losung. Genau solche Aktionen wären in den 30er Jahren nötig gewesen, um Hitlers Machtergreifung zu verhindern. Trotzkis Linke Opposition kämpfte damals mit allen Mitteln für eine Einheitsfront der großen Arbeiterorganisationen gegen die Nazis. Aber die Führer von SPD und KPD haben Hitler ohne wirksamen Widerstand zur Macht kommen lassen, weil sie die unabhängige Mobilisierung der Arbeiter mehr fürchteten als die braune Pest.

Jetzt winkt also die JRE-Führung bei Aktionseinheiten ab, während sie unter dem Vorwand der „Massenarbeit" bereitwillig jeden Schwenk der SPD bejubelt. Ausgerechnet wir Trotzkisten wurden (von den Stalinisten) immer als Sektierer verleumdet. Ist es Sektierertum, wenn man Honecker, Christa Wolf, Klaus Croissant, Heinrich Fink und Gerhard Bögelein gegen die Hexenjagd verteidigt? Nein, es ist vielmehr unsere Pflicht, jeden Antifaschisten und Repräsentanten des deformierten Arbeiterstaats DDR zu verteidigen, der vom kapitalistischen Staat angegriffen wird. Bei der SPD der Oberhexenjägerin Limbach und des Asylrecht-Vernichters Engholm kann man damit natürlich keinen Eindruck schinden, daher wird man bei solchen Einheitsfronten vergeblich nach Voran-Jusos Ausschau halten.

Wir Spartakisten wollen dagegen wie die Bolschewiki eine revolutionäre Partei aufbauen, die die Arbeiter im gemeinsamen Kampf — bei Streiks, Demonstrationen und antifaschistischen Aktionen — vom lähmenden Einfluß der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD wegbricht, um die fortgeschrittensten Arbeiter für das Programm der Machteroberung des Proletariats zu gewinnen. Dabei müssen die Jugendlichen, die den Kampf gegen die Nazis mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbinden wollen, in der Tradition von Lenin und Liebknecht eine wichtige Rolle spielen.«

Vancouver: Mobilisierung von Arbeitern/Minderheiten

3000 Antifaschisten jagten die Nazi-Skinheads zum Teufel



Spartacist Canada

VANCOUVER - Die Nazis des „Canadian Liberty Net" und ihre Bande von Skinheads wurden hier Freitag abend, am 22. Januar, in die Flucht geschlagen. Die Hitler-Verehrer hatten geprahlt, sie würden sich um 19.00 Uhr vor der Kunstgalerie in Vancouver versammeln und ein „Geheimtreffen" organisieren, um den berüchtigten amerikanischen Nazi Tom Metzger „willkommen zu heißen". Was statt dessen passierte, war nicht geheim. Der Platz, auf dem die Nazis sich versammeln wollten, wurde von 3000 antirassistischen Demonstranten besetzt — organisierte Kontingente von Gewerkschaftern, Jugendlichen, Minderheiten, Schwulen und anderen Gegnern des faschistischen Terrors.

Als die Demonstration langsam zu Ende ging, machte die Nachricht die Runde, daß Skinheads beim Century Plaza Hotel gesichtet worden seien; Hunderte gingen los und schlössen sich den Sprechchören der Trotskyist League of Canada und des Partisan Défense Committee an: „Stoppt die Nazis, jetzt ist die Zeit! Arbeiter, Minderheiten haben die Macht!" Als sich 500 Demonstranten dem Hotel näherten, verkroch sich die Handvoll Faschisten in einer Seitenstraße. Die Nazis, verfolgt von den Demonstranten, sprangen auf Mauern, kletterten Hals über Kopf über Zäune und flohen in die Dunkelheit.

„Das war ein Sieg", erklärte die PDC-Sprecherin Miriam Scribner. „Was heute abend passierte, war eine Bekräftigung unseres Aufrufs zu einer auf die Gewerkschaften konzentrierten Massenmobilisierung, um die Faschisten von der Straße zu jagen." Nachdem die miesen Hitler-Jünger geflohen waren, führte die TL einen Teil der Menge unter Sprechchören in die Stadt zu einer Siegesfeier: „Runter mit den Kapuzen! Runter mit den Laken! Wir haben die Faschisten von der Straße gejagt!"

Die *Vancouver Sun* berichtete unter der Überschrift „Weiße rassistische Skinheads fliehen aus dem Hotel": „Während Tausende Antirassisten vor dem Century Plaza Hotel demonstrierten, flüchtete eine kleine Gruppe von Skinheads, die für weiße Vorherrschaft sind, wie Angsthasen durch einen Seiteneingang." Die Bullen nahmen Rache und verhafteten zwei antifaschistische Demonstranten, denen jetzt Anklagen drohen u. a. wegen „Waffen"besitzes und Vermummung! *Weg mit allen Anklagen gegen die antifaschistischen Demonstranten!*

„Alle heraus, um die Faschisten zu *stoppen*"

Der Versuch von „Liberty Net", eine Kundgebung abzuhalten, war eine tödliche Bedrohung, die sich gegen die gesamte Arbeiterbewegung und alle Minderheiten in Vancouver richtete. Die rassistischen Terroristen haben Brandanschläge auf die Wohnungen von Familien indischer und chinesischer Kanadier verübt und vor dem Haus iranischer Immigranten ein Kreuz in Brand gesteckt. Eine Synagoge und ein jüdischer Friedhof wurden mit Nazi-Parolen und Hakenkreuzen beschmiert, und ein Schwulen-Buchladen wurde bombardiert. Skinheads von Metzgers „White Aryan Resistance" ermordeten 1988 in Oregon auf brutale Weise einen Äthiopier, Jetzt wollten die Faschisten eine Provokation bei der Kunstgalerie durchführen, dem traditionellen Platz für linke und Arbeiter-Demonstrationen in dieser Stadt.

Als Antwort darauf gab das PDC, die rechtliche und soziale Verteidigungsorganisation in Verbindung mit der Trotskyist League, am 11. Januar einen eindringlichen Appell an die Organisationen der Arbeiterbewegung und der Minderheiten heraus und rief auf zu einer „massenhaften, disziplinierten Demonstration der Macht der Arbeiterbewegung, die die Minderheiten und alle die mobilisiert, die von den Faschisten als Opfer vorgesehen sind — *dort und zu der Zeit, wo die Faschisten sein wollten...* Diese Nazi-Provokation zu stoppen ist eine Frage des einfachen Überlebens." Dies stieß auf wirkliche Resonanz in Vancouver — eine starke Gewerkschaftsstadt mit Zehntausenden indischen und anderen asiatischen Arbeitern.

Zwei Tage später brachte die British Columbia Organization to Fight Racism (BCOFR) eine Presseerklärung heraus, in der sie zu einer „Anti-Rassismus-Kundgebung" bei der Kunstgalerie aufrief: „Sag Nein zu W.A.R.". Zu der BCOFR-Kundgebung wurde *nicht* aufgerufen, um die Nazi-Terroristen zu *stoppen*, sondern nur als eine „Alternative zum angekündigten Besuch" von Metzger.

Fortgesetzt auf Seite 22

Vancouver...

Fortsetzung von Seite 21

Fest entschlossen, dafür zu sorgen, daß die Empörung über faschistischen Terror nicht abgelenkt wird in ein impotentes Gelaber, gingen TL- und PDC-Unterstützer in der ganzen Stadt zu Gewerkschaftsversammlungen und Immigrantenvierteln und verteilten 30 000 Exemplare eines Mobilisierungsflugblatts. Die kanadische Postgewerkschaft in Vancouver unterstützte einstimmig den TL/PDC-Aufruf, gab selbst ein Flugblatt für die Mobilisierung heraus und sandte einen eindrucksvollen Ordnertrupp zur Demonstration. Die Hafenarbeiter-Gewerkschaft gab ebenfalls ein eigenes Flugblatt mit dem Aufruf „Alle heraus, um die Faschisten zu stoppen" heraus, das im ganzen Hafen plakatiert wurde. Eine starke Mannschaft von Hafenarbeitern und auch Lkw-Fahrer und Lotsen kamen, wie auch Telefonarbeiter, Elektriker und andere. Einige dieser Arbeiter schlössen sich dem TL/PDC-Kontingent an und waren ein wichtiger Teil unseres Ordnertrupps.

Freitag nacht waren vor der Kunstgalerie überall offizielle Gewerkschaftsbanner zu sehen. Angehörige der japanischen, chinesischen, schwarzen, iranischen und anderer Bevölkerungsgruppen der Stadt waren da, ebenso wie Frauengruppen und Schwule, und eine jüdische Friedensgruppe trug ein Banner auf Hebräisch, Arabisch und Englisch.

Bei der Demo gab es zwei *entgegengesetzte* politische Programme, wie man auf die faschistische Bedrohung in Vancouver reagieren muß. Die Politik der Reformisten und Arbeiterbürokraten, die direkt aus den Ministerbüros der sozialdemokratischen NDP kommt, bestand darin, das Vertrauen auf den kapitalistischen Staat und seine Polizei zu predigen. In der Praxis hieß das, der faschistischen Provokation freie Bahn zu geben. Ein Sprecher für die International Socialists (IS, Tony Cliffs internationale Organisation, deutscher Ableger ist die SAG) riet den Ordnern, bekannte faschistische Provokateure nicht aus der Demonstration zu entfernen, sondern sie nur „im Auge zu behalten"!

Diese Reformisten versuchten, bei der Demo ihr feiges Programm in die Tat umzusetzen. Als Demonstranten zum Century Plaza Hotel abbogen, um sich die Skinhead-Schläger vorzuknöpfen, versuchten Ordner der von den IS unterstützten Koalition zunächst, die Demonstranten aufzuhalten, und dann bildeten sie (auch die IS) vor dem Hotel eine Kette, um die Bullenreihe, die die Menge zurückdrängte, zu verstärken.

Die Kälten-Kriegs-„Sozialisten" der IS drängten auf Solidarität mit jeder von Imperialisten unterstützten konterrevolutionären Kraft, deren Ziel die Zerstörung der ehemaligen Arbeiterstaaten in Osteuropa und der Sowjetunion war. Das Ergebnis ist eine Flutwelle von reaktionärem Nationalismus und faschistischem Terror, die die Brechstange für die Restauration des Kapitalismus ist. Diejenigen, die diesen Kräften in Osteuropa und der Ex-UdSSR zujubelten, sind Heuchler, wenn sie behaupten, sie wollten den „Faschismus bekämpfen" im eigenen Land. Die Gelüste der Reformisten zur Klassenzusammenarbeit, die ihren üblen Antisowjetismus untermauerten, kann man hier in ihrer Reaktion auf die faschistischen Terroristen sehen.

Schmiedet eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Nach 16 Jahren gewerkschaftsfeindlicher Politik unter der ultrarechten rassistischen Social Crédit Party dachte die mächtige Arbeiterbewegung, sie würde es unter einer sozialdemokratischen NDP-Regierung besser haben. Doch seit ihrer Wahl 1991 hat die NDP nur weitere Austeritätsmaßnahmen durchgesetzt, während sie den rassistischen Bullen-Terror gegen Minderheiten entschuldigte. Die Sozialdemokraten dienen als Arbeiterkommis der kapitalistischen Klassenherrschaft — als „linke" Wächter des niedergehenden Systems, das die faschistischen Terroristen ausbrütet. Die NDP muß im Kampf der Arbeiterklasse gespalten und ihre Arbeiterbasis zur revolutionären Partei gewonnen werden.

Zwar sind jetzt die Faschisten klein, dennoch sind sie die Todfeinde aller Werktätigen und müssen im Keim zerschlagen werden, bevor sie wachsen. Wenn die Kapitalisten ihre Herrschaft bedroht fühlen durch die Arbeiterklasse — wie in Deutschland und Italien in den 20er und 30er Jahren —, wird die Bourgeoisie die faschistischen Mörder finanzieren und ihnen den Aufstieg zur Macht ebnen, um die Arbeiterorganisationen zu zerschlagen. Ohne revolutionäre Führung, zahlte die Arbeiterklasse von Europa einen schrecklichen Preis, als der Nazi-Holocaust zig Millionen Juden, Roma und Sinti, Slawen, Linke und andere ermordete. Wie das TL-Flugblatt zusammenfaßt:

> „Gewerkschafter, Minderheiten und eine Menge anderer, die gegen all das sind, wofür die Faschisten stehen, suchen nach einem Weg, wie man gegen ein System zurückkämpft, das sie zu Armut, Erniedrigung, Obdachlosigkeit, zu gebrochenen Gewerkschaften und gebrochenem Leben verurteilt. Eine echte Klassenkampfmobilisierung, um die Faschisten vom ‚Canadian Liberty Net' *zu stoppen,* würde einen Geschmack von der Macht geben, die im Kampf für eine sozialistische Revolution ausgeübt werden muß, um die wurmstichige Herrschaft der kapitalistischen Bosse zu stürzen, die in Metzgers Nazi-Freunden ihren degenerierten Ausdruck findet, und um die Werktätigen, die all den Reichtum dieses Landes schufen, an die Macht zu bringen."

Nach Workers Vanguard *Nr. 568, 29. Januar*



Gewerkschafter, Minderheiten und Studenten sammeln sich bei der Kunstgalerie. Spartakisten hatten zu einer massiven, auf Arbeiter gestützten Demonstration aufgerufen, um die Faschisten zu stoppen

Spartacist Canada

Wie der Jüngling Augstein zum Völkischen Beobachter kam

Der Spiegel und das Dritte Reich

Deutschlands vielgepriesene Stimme des Liberalismus, das wöchentliche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel,* glänzte in let/ter Zeit durch auffallend nationalistische Färbung. Unter dem Herausgeber Rudolf Augstein hatte das Magazin einen Ruf als die weltliche, „kritische" Alternative zur scharf rechten, antikommunistischen Dreckschleuderei von Axel Springers Medienimperium. *Der Spiegel,* der den Freien Demokraten (deren Mitglied Augstein ist) und den Sozialdemokraten nahesteht, machte sich einen Namen für knallharten Enthüllungsjournalismus durch seine Angriffe auf die Machenschaften des erzreaktionären bayerischen CSU-Führers Franz Josef Strauß und durch seine Aufdekkung von Korruptionsskandalen (Flick, Barschel).

Aber wie wir letzten Sommer feststellten *(Spartakist* Nr. 97, September 1992), hat *Der Spiegel* in den letzten paar Jahren „eine Reihe von hetzerischen Leitartikeln gegen Immigranten, Sinti und Roma usw. abgedruckt". So zeigte ein Titelblatt (9. September 1991) ein überfülltes Boot *Deutschland,* umringt von Horden von Ausländern, unter der Überschrift „Ansturm der Armen". Dann gab es noch seine bösartige Verfolgung der sozialistischen DDR-Autorin Christa Wolf.

Ein finsteres Titelfoto zeigte in einer grotesken antisemitischen Schmiererei den PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi, darunter stand in riesigen Lettern „Der Drahtzieher". Dieses „Drahtzieher"-Motiv war direkt einem rassistischen Propagandaplakat des Dritten Reichs entnommen, auf dem das Schmierbild eines „jüdischen Kapitalisten" abgebildet ist. Bezeichnenderweise erschien dies in der *Spiegel-Ausgabe* vom 15. Januar 1990, gerade als die deutsche Bourgeoisie ihren Feldzug zur Einverleibung des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaats eskalierte und direkt nach einer prosowjetischen, antifaschistischen Massenkundgebung im Treptower Park in Ostberlin, die von den Spartakisten initiiert und von der SED-PDS aufgebaut worden war.

Jetzt stellt sich heraus, daß Augsteins nationalistische Delirien kein Zufall sind. Bevor Augstein den *Spiegel* startete, schrieb er für eine andere Zeitung. 1942 wurde der junge zukünftige „Liberale" von niemand anderem als dem *Völkischen Beobachter* veröffentlicht, „Kampfblatt" und Zentralorgan von Hitlers Nazis! Dies wurde aufgedeckt in einem Artikel von Christian Michelides im linken Wiener Skandalblatt *Forum* (Dezember 1992). Michelides deutete an, daß der *Spiegel-Herausgeber* an der „Waldheimschen Krankheit" leide (wie der frühere österreichische Präsident Kurt Waldheim „vergißt" man dabei, daß man ein Nazi war), und er erzählt, wie er in einer Wiener Ausgabe des faschistischen Dreckblatts vom November 1942 über Rudolf Augsteins Artikel stolperte:

> „Plötzlich ist alles sternenklar: Die militant nationalistischen Kommentare Augsteins zum Zusammenbruch des DDR-Regimes, der Satz .Unser Problem heißt nach wie vor Frankreich' aus dem Jahr 1992, der üppige Platz für faschismusnahe Intellektuelle wie Martin Heidegger und Ernst Jünger ... die aggressiven Attacken — ‚Der Zug ist abgefahren!' — gegen Günther Grass, der historisch-moralische Zweifel an der Vereinigung äußert, die Verpflichtung ehemaliger SD/SS-Mitarbeiter als Redakteure seiner Zeitschrift, der latente Antisemitismus in frühen Jahrgängen des .Spiegel' und so weiter, und so fort."

Unsererseits können wir noch ein paar mehr ausgesprochen bizarre Dinge hinzufügen, die uns aufgefallen sind, seit Augsteins Magazin in den letzten paar Jahren die Rolle der ideologischen Speerspitze für den aggressiven „Drang nach Osten" des deutschen Imperialismus übernommen hat.

In seiner Ausgabe vom 22. April 1991 interviewte *Der Spiegel* den deutschen Wissenschaftler Carl Friedrich von Weizsäcker über seine Rolle bei Hitlers erfolglosem Atombomben-Projekt. Sie stellten dem Physiker herrische Fragen, warum das Atombomben-Team keinen Erfolg hatte: „Konnten oder wollten" die Wissenschaftler die Bombe nicht bauen? Sie zitierten „Zeitgenossen", die „irritiert" waren „über die Haltung der deutschen Physiker" und verlangten zu wissen: „Und trugen sie so zur Niederlage ihres Landes bei? Hätten sie das auch getan, wenn sie gewußt hätten, daß ihr Land ernsthaft von einem atomaren Angriff bedroht war?"

Zwei Monate später wurde diese Rhetorik der „Dolchstoßlegende" gegen Marlene Dietrich vom Stapel gelassen, die ihre deutsche Staatsbürgerschaft aufgab, nachdem Hitler 1933 an die Macht kam. *Der Spiegel* (17. Juni 1991) griff die Tatsache auf, daß die Schauspielerin für die USO (United Services Organization) an der Westfront Vorstellungen gab, und fragte: „Sind Sie je in [amerikanischer] Uniform im besiegten besetzten Deutschland gewesen?" Die Interviewer bemerkten anzüglich, die Aussage der Schauspielerin, daß sie an der Schlacht von Bastogne teilgenommen habe, „könnte man mißverstehen, Sie hätten auf die Deutschen geschossen"! Um es abzurunden, fragten sie hinterlistig nach: „Welche positiven Erinnerungen haben Sie an Deutschland — falls überhaupt?"

Dann erschien da eine Titelgeschichte über den 50. Jahrestag der Schlacht von Stalingrad, den gewaltigen Sieg der Roten Armee gegen die Nazi-Invasoren *(Der Spiegel, 7.* September 1992). Der Untertitel lautet: „Rudolf Augstein über den Mythos einer Schlacht"! In seinem Essay gibt der Herausgeber Hitler die Schuld für das Gemetzel an seinen früheren Wehrmacht-Kriegskameraden und sagt, dem Führer „ist es gelungen: die Vernichtung einer ganzen Armee ‚bis zum letzten Hauch von Roß und Mann'." Das ist genau das Zeug von der blühenden Industrie der „revisionistischen" Historiker, die das Dritte Reich entschuldigen.

In der abgedroschenen Tradition der Mietlinge des Dritten Reichs, die „nur Befehle befolgt" hätten, hat Augstein nun Michelides mit einer Reihe von lahmen Ausreden geantwortet *(Der Spiegel,* 21. Dezember 1992). Damals sei er noch ein junger Mann gewesen. Damals schrieb er für eine andere Zeitung, die dann sein Material an die Presse der Nazipartei weitergegeben hätte. Er hätte gar nicht gewußt, daß der *Völkische Beobachter* sein Werk veröffentlicht hat. Warum auch, er hätte für den Artikel noch nicht einmal Geld bekommen (na ja, nur 25 Mark von der Agentur), und, und, und — der endgültige Beweis seiner guten Absichten — die britischen Besatzungsbehörden erklärten ihn nach dem Krieg als „clean"!

Die Entlarvung von Augsteins „jünglingshaftem Feuilleton" ist eine weitere Bestätigung, daß das Vierte Reich der Nachfolger des Dritten ist. Auch widerspricht Augsteins Sympathie für die sozialdemokratischen Sprecher des deutschen Imperialismus in keiner Weise seinen immer tollwütigeren nationalistischen „Exzessen". Wenn die SPD das Trojanische Pferd für die kapitalistische Konterrevolution in Ostdeutschland war, wie wir nachdrücklich betont haben, dann ist Augsteins *Spiegel* sicherlich das „Kampfblatt" für großdeutschen Revanchismus.«

CDU/SPD: „Solidarpakt" gegen die Arbeiter

Machtprobe...

Fortsetzung von Seite 1

gen werden. Aber isolierte Proteste werden keinen Erfolg haben, wenn nicht die schweren Bataillone des Proletariats — in Ost und West, mit dem Bestandteil der strategisch wichtigen und kämpferischen Immigranten — im gemeinsamen Kampf mobilisiert werden.

Denn es rollt eine konzertierte Offensive der Kapitalisten. Die Kohle-Industriellen drohen, zusätzlich Tausende im Revier zu entlassen. Gleichzeitig kündigte Gesamtmetall einseitig die Tarifverträge, nach denen die Löhne in der Ex-DDR am 1. April auf 82 Prozent des Westniveaus steigen sollten. Während Regierung, Industriebarone und SPD-Opposition" von einem „Solidarpakt" reden, greifen sie zur alten Teile-und-herrsche-Taktik. Als Folge der internationalen Stahlkrise wollen die West-Bosse die Produktion im Gebiet des früheren ostdeutschen Arbeiterstaats ganz einstellen. Krupp-Hoesch spielt die Stahlarbeiter in Dortmund und Duisburg gegeneinander aus. Aber das könnte ins Auge gehen. Am 10. Februar kamen etwa 25 000 Metaller aus Ost und West in Magdeburg zu einem Protest.

Das Potential für harten Klassenkampf ist enorm. Doch durch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie sind den Arbeitern die Hände hinter ihrem Rücken gefesselt. Fackelzüge sind zur Verhinderung von Entlassungen genauso impotent wie Lichterketten bei der Abwehr von Angriffen auf Immigranten — und solche nationalistischen Volksfronttaktiken sind genauso verräterisch und ketten die deutschen Arbeiter an die deutsche Bourgeoisie.

Ein Stahlarbeiter-Banner, gerichtet an die Bonner Politiker, erklärte: „Du brauchst deutsche Kohle und deutschen Stahl". Die Führung von DGB/IG Metall ruft zu einem Monat der „Aktionen" auf, dessen Höhepunkt am 26. März ein „Marsch von 100 000" auf Bonn sein soll. Dies könnte leicht in einen nationalistischen Marsch auf Brüssel verwandelt werden, wo SPD-Politiker, angeführt von NRW-Ministerpräsident Rau, gegen amerikanischen Protektionismus und gegen Billigimporte aus Osteuropa wettern.

Viele Stahlarbeiter beschweren sich, daß der 26. März zu spät sei. Doch der Zweck von dieser Verzögerung und von einem Monat lokaler Aktionen ist es, Dampf abzulassen. *Weil die SPD-Politiker und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Schließung der Stahlwerke unterstützen.* Die SPD-Landesregierung sagt, sie könne „weder die bedrohten Arbeitsplätze noch die gefährdeten Betriebsstandorte sichern" (*Westdeutsche Allgemeine Zeitung,* 18. Februar). Und der IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler erklärt, die Gewerkschaft sei „ratlos, angesichts einer Situation, daß Hunderttausenden Arbeitslosigkeit droht. Wir haben nichts anzubieten" (*Berliner Zeitung,* 17. Februar).

Hör mal zu. Da ist der Chef einer Arbeiterorganisation mit mehr als drei Millionen Mitgliedern, die sich rühmt, die „stärkste Gewerkschaft der Welt" zu sein, und er bekennt, er könne angesichts eines Frontalangriffs auf seine Mitglieder nichts tun! Dies ist eine verblüffende Bankrotterklärung des Reformismus in der Epoche des kapitah'stischen Niedergangs. Fakt ist: Die IG Metall und die anderen Industriegewerkschaften haben eine gewaltige Macht. Was sie lahmt, ist die prokapitalistische Politik ihrer Führer. Mit der Forderung nach einer „nationalen Stahlkonferenz" betteln Steinkühler, Rau und Engholm um die Fortsetzung der institutionalisierten Klassenzusammenarbeit der „sozialen Marktwirtschaft", zusammengefaßt in dem Schwindel der „Mitbestimmung".

Nachdem die Herrscher des Vierten Reichs die „Bürden" einer Weltmacht übernommen haben, sind sie fest entschlossen, die Ausbeutungsrate hochzuschrauben. Kaum zweieinhalb Jahre nach der kapitalistischen Wiedervereinigung ist es fast allgemein anerkannt, daß der Wohlfahrtsstaat „Modell Deutschland" der Vergangenheit angehört. Steinkühler selbst erkennt dies und spricht vom „Gespenst der Systemkrise". Doch militante Kampfmaßnahmen für eine kürzere Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich und für gleichen Lohn für gleiche Arbeit könnten die ökonomisch mächtigen Industriearbeiter des Westens mit Millionen ihrer Klassenbrüder und -Schwestern im Osten zusammenbringen, von denen jetzt die Hälfte ohne Arbeit ist und die aus ihrer eigenen Erfahrung wissen, daß Arbeitslosigkeit in einer Planwirtschaft beseitigt werden kann. Doch eine Planwirtschaft kann nicht in einem einzelnen Land aufrechterhalten werden, erst recht nicht in einem halben Land.

Die EG-Stahlbarone haben die italienischen und spanischen Arbeiter genauso im Visier wie die Arbeiter in Deutschland. Mitten in einer europaweiten Rezession — aber auch einem europaweiten Arbeiteraufruhr — unterstreicht die Machtprobe in Deutschland die entscheidende Bedeutung des Kampfes für eine internationalistische, revolutionäre Führung der Arbeiterklasse. Die Lösung genau dieser Schlüsselfrage ist Aufgabe der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands.

Klassenkampf im Vierten Reich

Die imperialistische Regierung in Bonn hat seit 1990 die größte feindliche Übernahme der Geschichte abgewickelt, als sie sich den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat DDR einverleibte, ihn zerstörte und die wirtschaftliche Oberherrschaft in ganz Osteuropa errichtete. Nur — sie haben es auf Pump gemacht und wollen, daß die Arbeiter dafür aufkommen. Doch jetzt sitzen sie mit ihren riesigen Schuldenbergen in der Scheiße, und die Arbeiter in diesem Land haben überhaupt keine Lust, für deren Raubgier zu bezahlen. Christdemokraten, Freidemokraten und Sozialdemokraten streiten über die Bedingungen des heuchlerischen sogenannten „Solidarpaktes", wobei die SPD sich der Regierungskoalition bei der Vernichtung des Asylrechts und beim „verfassungsmäßigen" Einsatz der Bundeswehr auf der ganzen Welt anschließt. Der vom „Lügenkanzler" vorgeschlagene Pakt zielt auf alles andere ab als auf Solidarität, sondern vielmehr darauf, die Bevölkerung an „harte Zeiten" zu gewöhnen mit weniger Arbeitslosengeld, weniger Urlaubs- und Krankentagen sowie höheren Steuern.

Beim Versuch, sinkende Profite hochzutreiben, hat Kohl die Privatisierung von Post und Bahn in Gang gebracht. Doch mit dem Vorschlag, Gebühren für die geheiligten Autobahnen einzuführen, hat er sich vielleicht ins eigene Bein geschossen. Die Bourgeoisie klopft zwar harte Sprüche, aber seit Kohl beim ÖTV-Streik im Mai letzten Jahres eine Backpfeife erhielt, guckt die deutsche herrschende Klasse nervös auf ihre Bankbücher. Doch jetzt würgte die ÖTV-Chefin Wulf-Mathies im Januar ihren Mitgliedern im Westen einen 3-Prozent-Deal rein. Die Führer dieser mächtigen Gewerkschaften setzen also *Reallohnkürzungen* durch.

Dies spitzt sich bei den ostdeutschen Metallern zu, wo die Bosse den Tarifvertrag zerfetzt haben, während Löhne und Sozialleistungen gerade mal bei der Hälfte des Westniveaus liegen. Die Bourgeoisie hat eindeutig das Ziel, die angeschlossenen Ostländer in ein Billiglohnreservat umzuwandeln. Der IG-Metall-Führer von Berlin-Brandenburg, Wagner, nannte es eine „Kriegserklärung" und versprach



SPD/DGB-Bonzen fungieren als Transmissionsriemen für Chauvinismus und Nationalismus in der Arbeiterbewegung. Notwendig Ist Internationale revolutionäre Führung, die für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa kämpft

AP

„härtesten Widerstand". Aber während Wagner von Streiks „Betrieb für Betrieb" spricht, nannte der BDI-Chef Streiks das „weitaus kleinere Übel".

Die Bosse rechnen eindeutig damit, daß bei derartiger Massenarbeitslosigkeit (der DGB verlor letztes Jahr eine Million Mitglieder, über 600 000 im Osten aufgrund von Entlassungen) die Gewerkschaften nicht in der Lage sein würden zu streiken. Und sie vertrauen auf IGM/DGB, daß sie wie üblich Teil- und „Warnstreiks einsetzen. Aber die Metallindustrie bleibt der strategische Kern der deutschen Industrie. Solide nationale Streikaktionen von Stahl-, Metall-, Kohle- und Autoarbeitern, Ost und West, die Betriebsbesetzungen einschließen, würden eine enorme Macht haben, besonders in Verbindung mit den Arbeitern im Transportwesen und öffentlichen Dienst, die empört sind über die Lohnkürzungen, die ihnen gerade aufgedrückt wurden, und in Zusammenarbeit mit den Stahlarbeitern im übrigen Europa. Was notwendig ist, ist ein klassenkämpferisches Programm und eine Führung, die diese Macht mobilisiert.

Die ostdeutschen Arbeiter sind empört: Nach der „Einigungslüge" kommt die „Lohnlüge". Ostdeutschland ist heute keine „blühende Landschaft", sondern ist verwüstet worden. Die Industriearbeitsplätze wurden zu 75 Prozent vernichtet, als die kapitalistischen Sieger darangingen, die Arbeiterklasse zu atomisieren. Doch das Bewußtsein großer Teile der Werktätigen in der Ex-DDR geht bei all ihrer Wut nicht über reinen Ökonomismus hinaus. Jeder ernsthafte Arbeiterwiderstand gegen die Folgen der Konterrevolution muß genau wegen der Wirtschaftskrise zu einer politischen Herausforderung der Herrschaft des Kapitals werden.

Auch im Westen sind viele Arbeiter sauer auf die Wiedervereinigung und sagen, die Berliner Mauer hätte bleiben sollen. Aber dies kann leicht in Anti-Ossi-Chauvinismus ausarten. Und die Gewerkschaftsbonzen mit ihrem Programm des bornierten Gewerkschaftertums unterstützen letzten Endes solche Stimmungen. Die Antwort von Steinkühler & Co. besteht darin, sich auf den (kapitalistischen) Staat zu verlassen und Druck dafür zu machen, daß die SPD in die Regierung kommt. Die PDS von Gysi, und inzwischen Bisky, unterstützt die SPD-Version eines „Solidarpaktes" — anstelle von „Butter statt Kanonen" fordern sie diesmal „Bauhelme statt Blauhelme". Das protektionistische Gift, das die SPD heute versprüht, führt morgen zu den *Gewehrläufen* des interimperialistischen Krieges.

1987/88 strömten die Stahlarbeiter im Ruhrgebiet zusammen — viele ihrer besten und aktivsten Kämpfer sind türkischer und kurdischer Herkunft —, um die Stillegung des Stahlwerkes Rheinhausen durch den Krupp-Boß Cromme zu verhindern. Die Besetzung der Hütte sowie der Management-Etagen und die Übernahme der „Solidaritätsbrücke" über den Rhein schufen, in den Worten eines SPD-Parlamentariers, eine „vorrevolutionäre Situation" *(WAZ,* 18. Februar 1988). Doch es gab keine revolutionäre Partei, um diesen Widerstand gegen „Crommes Coup" zu einem Kampf um die Macht weiterzutreiben. Das bankrotte Programm, den Kapitalismus zu „reformieren", führt jetzt zur Zerstörung der gewerkschaftlichen Errungenschaften. Statt dessen rufen wir Trotzkisten zu einem Programm von Übergangsforderungen auf, die von den Tagesnöten bis zum Sturz des kapitalistischen Boom-Pleiten-Systems von Arbeitslosigkeit, Rassismus und imperialistischem Krieg führen.

Der „Roma-raus"-Rassismus von Rau und Lafontaine schürt genauso den rassistischen Terror wie der „Kauft-deutsch"-Protektionismus der SPD/DGB-Führung. Und wie Rostock und Mölln gezeigt haben, will der Nazi-Terror die Arbeiterklasse aufsplittern und einschüchtern, indem er zuerst ihren strategischen Anteil an Immigranten angreift.

Die Spartakisten, die unerbittlich gegen den kapitalistischen Anschluß kämpften, während andere sogenannte Sozialisten über den Preis für den Ausverkauf der DDR feilschten, kämpfen heute dafür, daß die klassenbewußten Arbeiter die Führung übernehmen im Kampf gegen die antikommunistische Hexenjagd. Sie müssen Arbeiterverteidigungsgruppen zum Schutz der eingewanderten Kollegen gegen die mörderischen Angriffe der Nazis bilden, die die streikbrechenden Sturmtruppen für das Kapital stellen werden. Wie Trotzki 1938 im Übergangsprogramm schrieb:

> „Streikbrecher und Privatgendarmen in Fabrikanlagen sind die Keimzellen der faschistischen *Aimee.Arbeiterstreikposten* sind die Keimzellen der proletarischen Armee... Im Zusammenhang mit jedem Streik und jeder Straßendemonstration muß man unbedingt die Notwendigkeit der Schaffung *von Arbeitertrupps zur Selbstverteidigung* propagieren."

Seit der Weltwirtschaftskrise während der Weimarer Republik gab es nie so viele Arbeitslose in Deutschland wie jetzt im Osten. Die Krise im Ruhrgebiet ist die schärfste seit der „Stunde Null" nach der Zerschlagung von Hitlers Drittem Reich. Es wird kein „zweites Wirtschaftswunder" für den deutschen Kapitalismus geben. Letztes Frühjahr provozierten die deutschen Bankiers die Explosion des Europäischen Währungssystems; heute droht ein Handelskrieg mit den USA, Die sich verschärfende Rezession in Deutschland zieht Europa mit runter ins wirtschaftliche und politische Chaos, das Jahre dauern könnte.

Es ist dringender denn je notwendig, eine trotzkistische Partei zu schmieden, die den Kampf für die sozialistische Revolution führt, um dieses bankrotte System hinwegzufegen.«

Malcolm X...

Fortsetzung von Seite 32

unwiderstehliche Schauspieler Denzel Washington ist ein Malcolm X, dessen Botschaft es ist, die Rasse dadurch zu erheben, daß man sich am eigenen Schöpf hochzieht, sauber bleibt und sich selbst befreit aus dem „Gefängnis im eigenen Kopf. Wohl kaum ein Programm zur revolutionären Veränderung der Gesellschaft! Trotz seiner Absichten und Ansprüche, ein „schlimmer" schwarzer Filmemacher zu



Workers Vanguard

Schwarze Jugendliche verehren Malcolm X, hier in Wandmalerei an Locke-Hochschule In South Central LA

sein, hat Spike Lee es geschafft, Malcolm X zu verwandeln in einen ... *Liberalen!* Durch Lees Linse betrachtet, kommt Malcolm X aus Mekka zurück als Kombination von Ghandi und Martin Luther King Junior. Eine Generation nach den prägenden Schlachten der Bürgerrechtsbewegung stellt die revisionistische schwarze Geschichtsschreibung Malcolm und Martin als Partner dar im gemeinsamen Kampf für die Rechte der Schwarzen. Doch die politische Rolle von Malcolm X bestimmte sich *gegen* King und all die Prediger der *liberalen* Anpassung an die rassistische Machtstruktur.

Die gegenwärtige Generation von schwarzen Intellektuellen existiert überwiegend entfernt von politischen Massenkämpfen, so daß sie nicht programmatisch oder strategisch denken kann. Gewaltloser Widerstand kontra bewaffnete Selbstverteidigung, Unterstützung des liberalen Flügels der Demokratischen Partei kontra unabhängige politische Aktion, die Beziehung der nationalen Befreiungskämpfe in Afrika und Asien zur Bewegung der amerikanischen Schwarzen — dies sind die Fragen, die Malcolm X prägten und seine Anziehungskraft bestimmten. Da Lee nicht das politische Klima der 60er Jahre darstellt, bleiben die Entwicklung von Malcolm X und die spezifischen Positionen, die er im Film bezieht, unerklärlich.

Lee sieht Malcolm X durch die Perspektive der selbstbewußten schwarzen Intelligenz aus den renovierten roten Sandsteinhäusern von Bedford-Stuyvesant und Fort Greene. Von seinen früheren Filmen, produziert von seiner Filmgesellschaft „40 Acres and a Mule Productions", über Spike's Boutique im Kaufhaus Macy's bis zu *Malcolm X,* konzentriert sich Lee auf *die persönliche* Entwicklung und wirbt für „schwarzen Kapitalismus". Wenn er bei der Vermarktung von „X Air-Freshener" („Gerüche beseitigen mit allen notwendigen Mitteln") die Linie zieht, so nur deshalb, weil dieses Produkt zu wenig Niveau hat für das Publikum, das Lee im Visier hat. Grundsätzlich ist diese Weltanschauung kein Feind der amerikanischen kapitalistischen Herrschaft. Daher ist es kein Zufall, daß Lees Malcolm sich als gefahrlos für die Bourgeoisie herausstellt: *Malcolm X* bekam glänzende Kritiken, unter anderem im *Wall Street Journal.*

Vom Straßenganoven zum moslemischen Geistlichen

Der Film ist am besten und entspricht dort am genauesten der *Autobiographie,* wo er Malcolms frühe Jahre wiedergibt. Das Zuhause von Malcolm Littles Familie wird völlig niedergebrannt von Klan-Männern mit Robe und Kapuze, die später seinen Vater ermorden, ein Anhänger von Marcus Garvey und ein stolzer Mann, der sich weigerte, sich der weißen Vormachtstellung zu beugen. Seiner Mutter wird dann das Sorgerecht für ihre Kinder abgesprochen, und der Staat nimmt Malcolm und alle seine Geschwister und verteilt sie auf verschiedene Pflegeheime. Malcolm wächst mit Weißen auf, die ihn so routinemäßig „Nigger" nennen, daß er nicht einmal weiß, daß es ein Kampfwort ist. Er zeichnet sich in der Schule aus und hofft, ein Anwalt zu werden, läßt sich aber davon abbringen durch einen weißen Lehrer, der ihn von oben herab behandelt und der Malcolm dafür tadelt, daß er eine Stellung im Leben anstrebt, die über das hinausgeht, was die weiße Gesellschaft für einen Schwarzen als passend bestimmt hat.

Nach einer Reihe von Jobs ohne Zukunft, wo er Schuhe putzt und Sandwiches austeilt, während er bei der Eisenbahn arbeitet, findet Malcolm (alias „Detroit Red") ein lukrativeres Treiben als Handlanger von „West Indian Archie", der ein Schwindelgeschäft von mickeriger Größe leitet, und er zieht in Harlem mit einer Blondine zusammen. Ein Streit unter Dieben läßt Malcolm nach Boston davonlaufen, wo er seinen eigenen Einbrecherring aufbaut. Als junger Mann, der unter den geistigen Peitschenhieben des weißen Mannes gelitten hat, hat Malcolm die rassistische Unterdrückung verinnerlicht. Er verbrennt seine Kopfhaut mit Lauge, um sein Haar zu entkrausen, lächelt dann und sagt: „Sieht weiß aus, wa?" Malcolm landet im Knast wegen Einbruchs, ein Verbrechen, das normalerweise zwei Jahre bringt; doch er und sein Kumpel „Shorty" werden zu *zehn Jahren* verurteilt. Malcolm erkennt, daß in den Augen des rassistischen Richters (gespielt vom radikalen Anwalt William Kunstler, einer der vielen Insider-Witze des Films) sein wirkliches Verbrechen darin besteht, mit einer weißen Frau geschlafen zu haben.

Malcolm war so wütend und widerspenstig, daß sein Spitzname im Gefängnis „Satan" war. Um Malcolm zu brechen, werfen die Wärter ihn ins „Loch" — Einzelhaft. Ernest Dickerson — der talentierte Kameramann bei allen Filmen von Spike Lee — fängt auf brillante Weise ein, was für eine rassistische Hölle Amerikas Gefängnisse sind. Man *spürt* den unaufhörlichen Terror der Einzelhaft, die Angst davor, den Verstand zu verlieren, wenn man in Dunkelheit, Dreck und wirren Lärm eingehüllt ist. Wenn ein gebrochener Malcolm ins grelle Licht stürzt und für den Wärter seine Gefängnisnummer murmelt, spürt man rasende *Wut* darüber, wie er entmenschlicht worden ist. (Diese Filmpassage sollte Jugendliche dazu anspornen, sich über den Kampf zu informieren, den das Partisan Défense Committee [mit der Spartacist League/U.S, verbundene Verteidigungsorganisation; in Deutschland Komitee für soziale Verteidigung] im Interesse der vielen Kämpfer führt, die immer noch in diesem Land hinter Gittern sitzen wegen des



September 1960: Der kubanische revolutionäre Staatschef Fidel Castro übernachtete in Solidarität mit den amerikanischen unterdrückten Schwarzen im Hotel Theresa in Harlem. Hier beim gemeinsamen Essen mit dem Hotelpersonal

Andrew St. George

„Verbrechens", mit der rassistischen amerikanischen Regierung in Konflikt geraten zu sein — Männer wie die früheren Black Panther Mumia Abu-Jamal und Geronimo Pratt sowie der Streikende Bob Bück aus West Virginia.)

Im Gefängnis wird Malcolm zu den Black Muslims von Elijah Muhammad bekehrt — eine religiöse Sekte, die manche, die nach einem Ausweg aus dem gesellschaftlichen Krankheitszustand von Amerikas Gettos suchen, dadurch anspricht, daß sie Selbstachtung predigt und den Verzicht auf Drogen, Verbrechen und eine Menge anderer Dinge, vom Schweinefleisch bis zum Sex. Der puritanische Moralkodex der Black Muslims trieft vom Gerede über „weiße Teufel" und „black empowerment" (Macht den Schwarzen) — eine Pose, die aufsässig *aussieht,* sich aber in Wirklichkeit dem rassistischen Status quo fügt, da sie für völlige und totale Rassentrennung ist. *Malcolm X* zeigt dies in einer Szene: Als Jackie Robinson die Schranke der Hautfarbe in den großen Sportvereinen zerschlug, schwangen schwarze Häftlinge ihre Baseball-Schläger vor Freude und schlugen beim Ballspiel im Gefängnishof vernichtend ein weißes Team. Doch Malcolms moslemischer Erzieher im Gefängnis spottet darüber; Malcolm sagt später: „Es gibt nur eins, was ich integriert mag. Meinen Kaffee." Was die „Macht" betrifft, so streben die Black Muslims Geschäfte an, die Schwarzen gehören, so daß eine Schicht von „rechtschaffenen" Schwarzen die Massen in den Gettos selbst ausbeuten kann. Schwarzer Nationalismus sucht ein reaktionäres utopisches „Wunderland" in einer Zeit, wo der ganze amerikanische Kapitalismus schrumpft.

Ein Sprecher für militante Selbstverteidigung

Nach sieben Jahren Gefängnis wurde Malcolm freigelassen, und er wurde schnell der ergebenste und fähigste Geistliche für Elijah Muhammad. Wenn man sieht, wie Spike Lee das erzählt, könnte man denken, daß Malcolm X dadurch Unterstützer zum Tempel Sieben in Harlem und landesweit anzog, daß er den Glauben predigte. *Nein!* Gerade weil er vom Mystizismus der Muslims wegging und mit messerscharfer Kritik über die aktuellen Rassenbeziehungen und Kämpfe der Schwarzen sprach, fand er in Harlem und darüber hinaus eine persönliche Anhängerschaft. Malcolm X attackierte die unterwürfige christliche Führung der Bürgerrechtsbewegung und ihre heiligen Kühe, wie es niemand vorher oder nachher getan hat. Malcolm X beschrieb, wie King den Marsch auf Washington für eine lahme „Farce in Washington" an die Kennedy-Regierung ausverkaufte, und donnerte:

„Wenn ihr denkt, ich erzähle euch etwas Falsches, dann bringt mir Martin Luther King und A. Philip Randolph und James Farmer und jene anderen drei und seht, ob sie es über Mikrophon leugnen werden. Nein, es war ein Ausverkauf. Es war eine Übernahme... Sie kontrollierten es so streng, sie sagten jenen Schwarzen, zu welcher Zeit sie die Stadt erreichen, wie sie kommen, wo sie anhalten, welche Plakate sie tragen, welches Lied sie singen sollten, welche Rede sie halten könnten und welche nicht; und dann sagten sie ihnen, sie sollten bei Sonnenuntergang aus der Stadt verschwinden. Und jeder einzelne dieser Toms war bei Sonnenuntergang aus der Stadt raus... Es war ein Zirkus, eine Aufführung, die alles schlägt, was Hollywood je bieten könnte, die Vorstellung des Jahres. Reuther und jene anderen drei Teufel sollten einen Akademiepreis als beste Schauspieler kriegen, denn sie taten, als ob sie wirklich Schwarze liebten, und hielten eine ganze Menge von Schwarzen zum Narren. Und die sechs schwarzen Führer sollten auch einen Preis kriegen, für die beste Nebenrolle." („Message to the Grass Roots", *Malcolm X Speaks* — Botschaft an die Graswurzeln, Malcolm X spricht)

Lees Film zeigt die Achtung und Unterstützung, die Malcolm von Nicht-Muslims in Harlem entgegengebracht wurde, weil er den dramatischen Protest organisierte vor dem 28. Polizei-Revier, wo ein Muslim-Bruder blutend lag, nachdem er von der Polizei zusammengeschlagen worden war. Malcolm erzählt in seiner *Autobiographie:* „Hunderte von Schwarzen in Harlem hatten gesehen, und Hunderttausende hatten später gehört, wie wir gezeigt hatten, daß fast alles erreicht werden könnte durch Schwarze, die dem Weißen ohne Furcht gegenübertreten." Die Regierung fürchtete Malcolm (der stellvertretende Chefinspektor des 28. Reviers sagte: „Kein einzelner Mensch sollte so viel Macht haben") und sorgte dafür, daß er gegenüber einem Angriff ungeschützt blieb. Die strengen Waffenkontrollgesetze von New York City gehen direkt auf die Gesetze zurück, die vom Stadtrat gegen das Tragen von Gewehren oder Schrotflinten in der Öffentlichkeit durchgepeitscht wurden — das Gesetz zielte darauf ab, Malcolm X daran zu hindern, seinen Karabiner im Auto dabeizuhaben.

Doch wie Malcolm selbst zugab, wurden die Muslims gesehen als Leute, die „hart *reden,* doch sie *tun* nie irgend etwas, außer jemand belästigt Muslims". Das stimmte. Während Malcolm gegen jede Art von Integration predigte, kämpften die Massen der Schwarzen dafür, das Jim-Crow-

Fortgesetzt auf Seite 28

Malcolm X...

Fortsetzung von Seite 27

System zu zerschlagen und die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Integration in die amerikanische Gesellschaft zu erreichen. Malcolm X war ein außenstehender Kritiker der Bewegung für die Gleichheit der Schwarzen. Die jungen Aktivisten im Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC — gewaltloses Koordinierungskomitee der Studenten) waren es immer mehr leid, schweigend den rassistischen Pöbel zu ertragen, der bei Sit-ins an der Essenstheke in der Mittagspause Senf in ihr Haar schmierte oder, noch schlimmer, Schrotladungen in ihre Wohnungen feuerte. Sie hatten Kings Pazifismus satt und sprachen von ihm verächtlich als „De Lawd" (Dialekt für „den Herrn", Lord = Gott).

Diese Armee von Bürgerrechtskämpfern war das wirkliche Publikum von Malcom X. Lee hat einfach kein Verständnis davon, wie aufgewühlt und polarisiert die Zeit war, in der Malcolm Bekanntheit erlangte. Die gesamte schwarze Bevölkerung war politisch mobilisiert, wie auch eine ganze Generation von weißen liberalen/radikalen Jugendlichen. In dem Film existieren diese Menschen nicht für Malcolm X — aber sie waren seine wirkliche Massenbasis, nicht die Handvoll Schwarze, die der Nation of Islam beitrat. In Wirklichkeit war Malcolms Mitgliedschaft in der Nation, die sich aus gesellschaftlichen Kämpfen heraushielt, ein großes *Hindernis* für die Zunahme seines Einflusses — eine Tatsache, die seiner Abspaltung zugrunde lag.

Wie wir in unserer Ehrung 1984, „Malcolm X: Mutiger Kämpfer für die Befreiung der Schwarzen", schrieben:

> „Malcolm personifizierte in extremem Maße den grundlegenden Widerspruch des schwarzen Nationalismus. Als eine Doktrin kann Nationalismus manchmal militante Schwarze anziehen, die zutiefst entfremdet sind von dieser rassistischen Gesellschaft und die keine Illusionen haben, daß diese reformiert werden könnte. Doch amerikanische Schwarze sind *keine* Nation. Sie sind eine *unterdrückte, durch die Hautfarbe definierte Kaste*, die in die amerikanische kapitalistische Gesellschaft integriert ist und gleichzeitig durch Rassentrennung mit Gewalt ganz unten gehalten wird. Der Aufruf von Elijah Muhammad an die Regierung der Vereinigten Staaten, einer separaten schwarzen Nation mehrere Staaten zuzusprechen, hatte mehr von einem Wölkenkuckucksheim an sich als irgendeiner der Träume von King. Separatismus ist *kein* Programm für gesellschaftliche Kämpfe im rassistischen Amerika." (*Black History and the Class Struggle* Nr. 2)

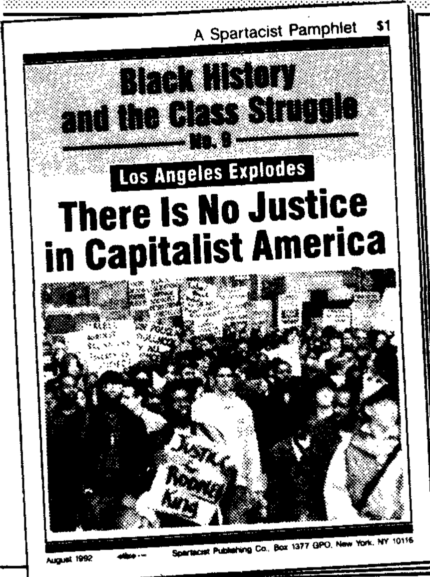
Während die Black Muslims sich vom Kampf abseits hielten, fühlten sich junge radikale Schwarze von der Forderung nach „black power" genau deshalb angezogen, weil die liberale Bürgerrechtsbewegung unfähig war, die systematische rassistische Unterdrückung anzusprechen, die zu diesem kapitalistischen System gehört. Dies spitzte sich im Norden zu, wo es klar war, daß trotz formaler Rechtsgleichheit Schwarze in der amerikanischen Gesellschaft immer noch durch Rassentrennung mit Gewalt unten gehalten werden, durch wirtschaftliche Faktoren wie Arbeitsplatz, Ausbildung und Wohnung. Ihre Frustration explodierte in den Gettoaufständen der 60er Jahre, und anschließend führte die Verzweiflung über das Scheitern der liberalen Integration zur Ausbreitung von verhärtetem schwarzen Nationalismus. Daß schwarze Kämpfer zum entscheidenden Zeitpunkt nicht das marxistische Programm der *revolutionären Integrationspolitik* kennenlernten, liegt zum großen Teil an der Kapitulation der Socialist Workers Party vor dem schwarzen Nationalismus und daran, daß die SWP sich in krimineller Weise aus dem Kampf im Süden raushielt (zu einer vollständigeren Analyse dieser Periode siehe die Spartacist-Broschüre „On the Civil Rights Movement", *Black History and the Class Struggle* Nr. 2).

„Wer ändern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein"

Während Spike Lee Malcolms moralische Entrüstung darüber hochspielt, als dieser entdeckt, daß Elijah Muhammad sexuelle Abenteuer mit jungen Muslim-Frauen hatte und ein pompöses Leben führte, war der unmittelbare Auslöser für den Bruch von Malcolm X mit der Nation of Islam seine kühne und schonungslose Einschätzung des Kennedy-Mordes, daß dies ein Fall sei, um das Sprichwort anzuwenden: „Wer ändern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein." Der Film zeigt den enormen Mut, den Malcolm X mit seiner Stellungnahme inmitten einer nationalen Orgie von patriotischer Trauer gezeigt hat (selbst vorgeblich „sozialistische" Gruppen wie die Kommunistische Partei und die Socialist Workers Party überschlugen sich darin, Beileidsbriefe an die First Lady zu schicken). Und Elijah Muhammad war außer sich darüber — trotz aller Rhetorik über den „weißen Teufel" —, daß sein Schüler mit solch einem Affront gegen die weiße herrschende Klasse loslegte, denn das wäre sehr schlecht fürs Geschäft.

Aber weil Lee nicht den blutigen Terror zeigt, den die

Spartacist-Broschüren — Black History and the Class Struggle

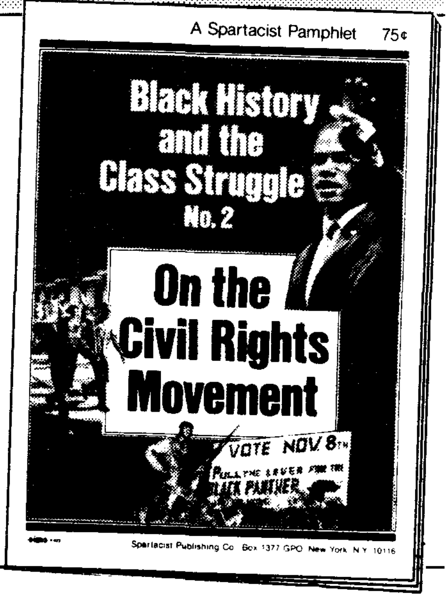


Von Malcolm X bis zum Aufstand in Los Angeles

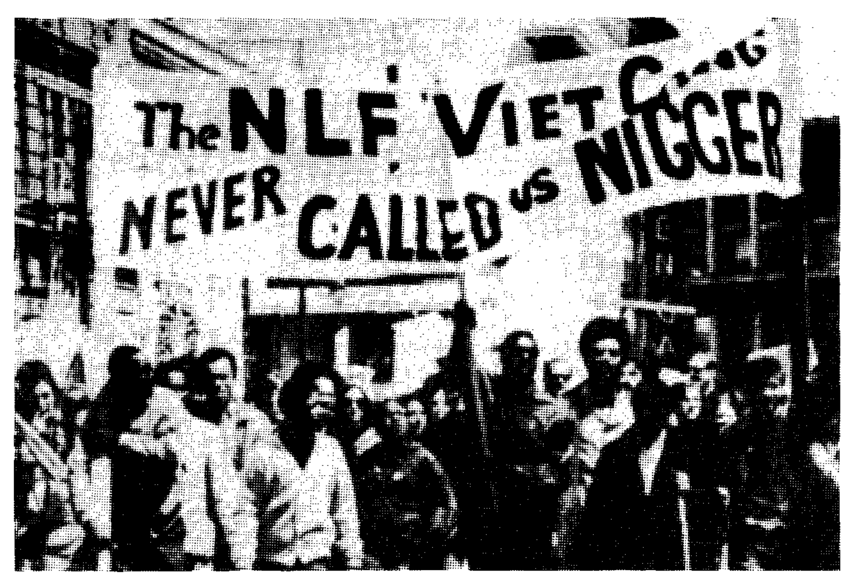
Nr. 2: Eine Würdigung, „Malcolm X: Mutiger Kämpfer für die Befreiung der Schwarzen" und „SNCC: ‚Black Power' und die Demokraten". Die Nr. 2 in dieser Serie konzentriert sich auf die Bürgerrechtsbewegung. Pflichtlektüre für alle, die sich mit dieser Periode befassen, und für alle Kämpfer für die Befreiung der Schwarzen.

Nr. 9: Das Urteil im Rodney-King-Prozeß warf ein Schlaglicht auf die rassistische Unterdrückung innerhalb dieser kapitalistischen Gesellschaft. Nr. 9 geht auf die Bedeutung der ersten integrierten Revolte von Schwarzen, Latinos und Asiaten ein, 25 Jahre nach den Getto-Aufständen, die Amerika erschütterten.

Preise: Nr. 2 DM 1,50, Nr. 9 DM 1,-
Bestelladresse im Impressum







Spartacist Flax Hermes

Das Recht auf Selbstverteidigung war die zentrale Frage für radikale Schwarze in den 60er Jahren. Viele waren gegen den Vietnam-Krieg aktiv und solidarisierten sich mit dem Kampf der vietnamesischen Werktätigen gegen den rassistischen US-Imperialismus. Losung auf dem Banner: „FNL/Vietcong haben uns nie Nigger genannt"

Regierung der USA gegen schwarze Demonstranten im ganzen Süden, gegen Afrikaner im Kongo, gegen die Kubanische Revolution und gegen das Volk von Vietnam verübte, *wie* sollen dann heutzutage Jugendliche verstehen, was die Grube war, in die er fiel? Darüber hinaus zeigt der Film *nie,* daß Malcolms Angriffe auf das Weiße Haus von Kennedy/Johnson von *zentraler* Bedeutung waren für seinen politischen Standpunkt wie auch für den Anklang, den er bei der Jugend fand, die sich im Kampf für die Schwarzen radikalisierte. Flammende Reden wie „The Ballot or thé Bullet" [Wahlurne oder Kugel] — wo Malcolm aufdeckt, daß die Dixiekraten des Südens Hand in Hand mit den Liberalen des Nordens zusammenarbeiten, und wo er feststellt: „Eine Stimme für einen Demokraten ist eine Stimme für einen Dixiekraten" — haben keinen Platz in Lees Film. Als Spike Lee über die Ursachen der Unruhen in L.A. gefragt wurde, erklärte er sogar: „Die Regierung der Demokraten hat versucht, den Armen zu helfen, aber Reagan und Bush interessiert das nicht" *(Libération* [Paris], 5. Mai).

Malcolms Weigerung, sich von Elijah Muhammad zur Kennedy-Ermordung den Mund verbieten zu lassen, und daß er sich zunehmend darüber klar wurde, daß die Nation verantwortlich war für die Morddrohungen, die er und seine Familie bekamen, führten dazu, daß er sich von der Nation of Islam abspaltete. Er gründete seine eigenen Organisationen, die Müslim Mosque, Inc. und die OAAU (Organisation für afro-amerikanische Einheit), und stellte klar, daß er am säkularen politischen Kampf teilnehmen werde. Bei einer Veranstaltung der OAAU im folgenden Jahr las Malcolm laut ein Telegramm vor, das er dem amerikanischen Naziführer George Lincoln Rockwell geschickt hatte:

> „Hiermit warne ich Dich, daß ich nicht länger von Elijah Muhammads separatistischer Black-Muslim-Bewegung davon abgehalten werde, gegen die Verfechter der Vorherrschaft der Weißen zu kämpfen, und daß, falls Deine augenblickliche rassistische Agitation gegen unser Volk dort in Alabama Reverend King oder irgendeinem anderen schwarzen Amerikaner Schaden zufügt, die nur versuchen, ihre Rechte als freie Menschen auszuüben, daß dann Du und Deine Kumpane vom Ku Klux Klan auf die größtmögliche physische Vergeltung treffen werdet, durch diejenigen von uns, die sich nicht die Hände binden lassen durch die entwaffnende Philosophie der Gewaltlosigkeit und die daran glauben, unser Recht auf Selbstverteidigung auszuüben — mit allen dazu notwendigen Mitteln." *(Malcolm X Speaks* [Malcolm X spricht])

Zurück aus Mekka

Kurz nach seinem Bruch von der Nation of Islam machte Malcolm seine Moslem-Pilgerfahrt nach Mekka. Diese Reise und eine anschließende längere Rundreise durch Afrika überzeugten Malcolm davon, daß es falsch ist, den Kampf gegen Unterdrückung eng begrenzt zu definieren als Kampf von Menschen einer Hautfarbe gegen eine andere. In Spike Lees Film wird dieser fundamentale Bruch mit dem schwarzen Separatismus einfach so dargestellt, als ob Malcolm eingesehen hätte, daß es Moslems unterschiedlichster Hautfarbe gibt und deshalb nicht alle Weißen „Teufel" sein können und daß wahre „Vergeistigung" einen Bruderbund der Menschheit schmieden kann. Man könnte annehmen, daß Malcolm drauf und dran war, Arm in Arm mit den Kennedys „We Shall Overcome" zu singen! Wohl kaum.

Ein eher realistisches Bild dieser Tage bekommt man von den SNCC-Aktivisten John Lewis und Donald Harris, die 1964 in Ghana auf Malcolm trafen und nach Hause schrieben, daß ihnen die Leute erzählten: „,Wenn du rechts von Malcolm stehst, dann solltest du sofort anfangen zusammenzupacken, denn keiner wird dir dann noch zuhören'. .. Nach so einem Tag stellten wir fest, daß wir sofort unsere eigenen Positionen zu bestimmten Fragen darlegen mußten, sobald wir neue Leute trafen — zu Kuba, Vietnam, dem Kongo, Rotchina und zu den UN, und was die Rolle, die Richtung und das Engagement des SNCC im Kampf um die Rechte war" *(Malcolm X Speaks).*

Malcolm schrieb: „Reisen erweitert den Horizont." Als er sich mit Kämpfern aus erfolgreichen revolutionären Kriegen gegen den britischen, den französischen und den US-Imperialismus traf, wurde er dazu gebracht, darüber nachzudenken, wie der Kampf gegen rassistische und koloniale Unterdrückung neu zu definieren sei. Nach einem Gespräch mit einem Mann, der dazu beigetragen hatte, die Franzosen aus Algerien zu vertreiben, sagte Malcolm:

> „Er war ein Afrikaner, aber er war Algerier und allem Anschein nach ein Weißer. Und er sagte, wenn ich mein Ziel als den Sieg des schwarzen Nationalismus definiere, was soll dann mit ihm passieren? Wo sollen Revolutionäre in Marokko, Ägypten, Mauretanien bleiben?

Fortgesetzt auf Seite 30

Malcolm X...

Fortsetzung von Seite 29

Dadurch zeigte er mir, wie ich Menschen abstieß, die wahre Revolutionäre waren, entschiedene Kämpfer für den Sturz des Systems der Ausbeutung... Ich mußte über eine Menge Dinge nachdenken und mußte meine Definition von schwarzem Nationalismus neu formulieren... Ich habe den Ausdruck mehrere Monate lang nicht mehr benutzt." *(Young-Socialist-Interviev, By Any Means Necessary* [Mit welchen Mitteln auch immer])

Aber Malcolms scharfer Weitblick, der ihn nie verließ, wenn es darum ging, die Scheinheiligkeit der amerikanischen bürgerlichen Politik zu durchschauen, trübte sich in Afrika. Es ist fast peinlich, sein Loblied auf die Saudi-Monarchie zu lesen — der letzte Staat auf dem Planeten, in dem Sklaverei für Schwarzafrikaner und Frauen legal praktiziert wird! Und er hatte riesige Illusionen in die Vereinten Nationen (eine Räuberhöhle von Dieben und ihren Opfern) als eine angeblich unabhängige und moralische Institution.

So schmiedete Malcolm Pläne, bei der UNO Klage gegen die Vereinigten Staaten zu erheben wegen ihrer schrecklichen Verbrechen gegen die 20 Millionen Nachfahren der Afrikaner, die in Fesseln an Amerikas Küsten gebracht worden waren. Obwohl sich die Zusammensetzung der UNO mit der Zulassung einer Reihe von ehemaligen schwarzafrikanischen Kolonien veränderte, war selbst damals die UNO Komplize bei der Ermordung von Patrice Lumumba, dem radikal-nationalistischen kongolesischen Führer. Und Malcolm war letztendlich blind gegenüber dem Charakter der afrikanischen Regime, die von sogenannter „Nicht-Paktgebundenheit" und sogar von „Sozialismus" redeten, während sie die Arbeiter und Bauern ausbeuteten und unterdrückten. Jetzt, nachdem 100 000 Iraker von den Amerikanern abgeschlachtet wurden und ihr Land zerstört ist (durchgeführt unter der „neutralen" UNO-Flagge mit aktiver Unterstützung von afrikanischen und arabischen Staaten), ist eine solche Perspektive *grotesk.*

Das Erbe von Malcolm X

Malcolm X beginnt mit einer machtvollen Abfolge von Bildern — die grauenvollen und berüchtigten Video-Aufnahmen von Polizisten, die Rodney King zusammenschlagen, gehen über in die Aufnahme einer riesigen amerikanischen Flagge, die Feuer fängt und zu einem gewaltigen „X" zusammenschmilzt. Es ist ein Versprechen, daß der Film etwas über die massiven Probleme zu sagen hat, die auf der schwarzen Bevölkerung Amerikas heute lasten. Das Versprechen wird nicht eingelöst. Durch seine Auslassungen beschönigt dieser Film *ganz bewußt* die Rolle von einigen der übelsten Feinde der Rechte von Schwarzen. Malcolms größte Stärke wird dadurch pervertiert — seine Fähigkeit zu sehen, daß das politische Zweiparteien-System in Amerika nur ein Schwindel ist.

Dieser Film zeigt, daß sowohl das FBI wie auch die Nation of Islam danach trachteten, Malcolm zu töten. Trotzdem hat AI Sharpton, nach eigenem Eingeständnis ein FBI-Spitzel, der mit einem Mikro am Körper für die Bundespolizei andere schwarze Aktivisten ausspionierte, eine Nebenrolle bekommen! Daß Spike Lee sich solch ein Manöver leisten kann, spricht Bände über das Ausbleiben von Kämpfen und über das niedrige Niveau des heutigen politischen Bewußtseins. Vor zwanzig Jahren hätten die Zuschauer das Kino verlassen oder den fetten Spitzel beworfen, kaum daß er auf der großen Leinwand erschienen wäre!

Was die Verwicklungen der Nation of Islam angeht, so zeigt *Malcolm X* ganz deutlich, daß Elijah Muhammad und seine ihm treu ergebenen Anhänger Malcolm ein für alle Mal tot sehen wollten. Aber die finstere Gestalt, die Malcolm als Prediger im Tempel Sieben in Harlem ersetzte und für die Nation of Islam eine brutale Haßkampagne gegen Malcolm X inszenierte, ist immer noch aktiv. Er ist jetzt der Chef der Nation of Islam. Sein Name ist Louis Farrakhan. Noch vor Beginn der Filmarbeiten machte Spike Lee mit Farrakhan ein Interview und konfrontierte ihn mit den erdrückenden Beweisen — den Todesdrohungen gegen Malcolm X —, die Farrakhan selber in *Muhammad Speaks* [Muhammad spricht] von sich gegeben hat und die dort nachzulesen sind. Aber als die Kameras loslegten, gab er klein bei, *und Farrakhan wird in diesem Film nicht erwähnt.*

Wie der schwarze Historiker Clayborne Carson schrieb: „Einige Zuschauer könnten in Farrakhan sogar einen Malcolm unserer Tage sehen" *(San Francisco Examiner,* 22. November 1992). Carson stellt auch fest:

> „Indem Lee den politischen Malcolm zugunsten dessen persönlicher Geschichte ignoriert, macht er es für Zuschauer schwierig zu verstehen, warum die Überwachung von Malcolm durch FBI und CIA mehr zu- als abnahm, nachdem er die gegen die Weißen gerichtete Lehre von Elijah Muhammad aufgegeben hatte. Während seines letzten Jahres wurde Malcolm von diesen Diensten für eine große Gefahr gehalten, weil seine Talente nicht länger eingegrenzt waren auf einen kleinen, unpolitischen religiösen Kult."

Malcolm X war eine außergewöhnlich mitreißende Erscheinung, und jeder möchte ein Stück von ihm haben — in der Tat beanspruchen die unterschiedlichsten politischen Tendenzen diesen bemerkenswerten Mann als den „ihren" und behaupten, daß er sich zum Zeitpunkt seines Todes unaufhaltsam auf ihre eigenen politischen Positionen zubewegt hätte. Clayborne Carsons eigener Einschätzung nach sei Malcolm auf dem Weg zur Wiederversöhnung mit M.L. King und der „Gewaltlosigkeit" gewesen. Aber das Leben dieses eindrucksvollen Mannes wurde tragischerweise vorzeitig beendet. Dies raubte ihm die Chance, sich politisch zu entwickeln — in welche Richtung, wissen wir nicht. Wie wir in unserem Nachruf 1965 geschrieben haben *(Spartacist,* englische Ausgabe Nr. 4, Mai/Juni 1965):

> „Er war aus dem Stoff, aus dem Massenführer gemacht sind. Er begann sein öffentliches Leben im Kontext der apolitischen, irrationalen Religiosität und des Rassen-Mystizismus der Muslim-Bewegung, sein Bruch in Rieh-



UPI

Am 4. Dezember 1964 nannte der sinistre schwarze Nationalist Louis Farrakhan in der Zeitung *Muhammad Speaks* Malcolm X einen „Verräter" und wollte seinen Kopf rollen sehen. Der Mordaufruf lautete: „Nur diejenigen, die zur Hölle geleitet werden wollen oder zu ihrer Verdammnis, werden Malcolm folgen. Der Tod ist beschlossen, und Malcolm soll nicht entkommen... Ein solcher Mann wie Malcolm ist des Todes wert, und wäre dem Tod begegnet, gäbe es nicht Muhammads Vertrauen in Allah, über die Feinde zu siegen."

tung politischen Bewußtseins und Rationalität war langsam, schmerzhaft und schrecklich unvollständig. Es ist sinnlos, darüber zu spekulieren, wie weit das gegangen wäre, hätte er weiter gelebt... Auf jeden Fall hatte er zur Zeit seines Todes noch kein klares, ausdrückliches und rationales soziales Programm entwickelt. Auch hatte er nicht seine Anhänger in der Art von Übergangskämpfen geführt, die für die Schaffung einer erfolgreichen Massenbewegung notwendig sind."

Dennoch machen Malcolms unerschütterliche Verpflichtung zur Wahrheit und seine kompromißlose Opposition zum rassistischen Amerika ihn zu einem Helden auch für Marxisten wie uns, für die der Kampf für die Befreiung der Schwarzen eine strategische Rolle spielt bei einer Arbeiterrevolution gegen das ganze schreckliche und irrationale Profitsystem.

Als die Stimme des wütenden schwarzen Gettos wußte Malcolm X, daß die sich auf den Süden stützende Bürgerrechtsbewegung für *formale* Gleichheit im kapitalistischen Amerika keine Freiheit für die Schwarzen erreichen konnte. Kein neues Bürgerrechtsgesetz konnte auch nur im Ansatz die systematische rassistische Diskriminierung und die entmenschlichenden Bedingungen verändern, unter denen die schwarze Bevölkerung in den großen Gettos des Nordens wie Détroit, Roxbury und Harlem zu leiden gezwungen war — wo Schwarze natürlich vor dem Gesetz „gleich" waren.

Der Hagel von Gummiknüppel-Schlägen, mit dem Polizisten einen Schwarzen namens Rodney King eindeckten; und der empörende Freispruch für seine Peiniger haben eine Menge Menschen zur Einsicht gebracht, daß mit dieser Gesellschaft etwas *grundlegend* falsch ist, was mit keinerlei schrittweisen Reformen verändert werden kann. Es war ganz klar eine rassistische Greueltat. Und der wütende Massenaufstand dagegen war plebejisch und getragen von Menschen *unterschiedlicher Hautfarbe.* Als im ganzen Land junge Leute auf die Straße gingen, wurden sie von schwarzen Bürgermeistern auseinandergejagt, die ihre Bekenntnisse zur „gewaltlosen" Bürgerrechtsbewegung in der einen Hand hielten und brutale Polizeiangriffe mit der anderen anordneten. Eine der letzten Reden von Malcolm X stellt sich als besonders weitsichtig heraus:

„1963 war eines ihrer Mittel, um bei den Frustrierten Dampf abzulassen, der Marsch auf Washington... 1964, was war es da? Das Bürgerrechtsgesetz... Was werden sie uns 1965 geben? Ich habe gerade von einem Plan gelesen, einen Schwarzen zum Minister zu machen. Jawohl, sie haben jedes Jahr einen neuen Trick auf Lager. Sie werden einen von ihren Jungs, von den schwarzen Jungs, nehmen und ihn ins Kabinett stecken, damit er durch Washington laufen kann mit einer Zigarre — Feuer am einen Ende, und Narr am anderen." („Prospects for Freedom in 1965" [Aussichten auf Freiheit 1965], *Malcolm X Speaks)*

Befreiung der Schwarzen durch sozialistische Revolution

Die Bedingungen für schwarze Jugendliche sind heute in Amerika viel *schlimmer* als zur Zeit von Malcolm. Die Getto-Jugend wird von der herrschenden Klasse als „Überschuß"-Bevölkerung angesehen. Für sie gibt es keine Jobs, und deshalb ist es auch nicht nötig, sie auszubilden. In diesem Land sind im letzten Jahrzehnt rund zwei Millionen Arbeitsplätze in der Industrie verschwunden, und das Realeinkommen von schwarzen arbeitenden Eltern unter 30 Jahren wurde zwischen 1973 und 1990 um drastische *48 Prozent* gesenkt. Aber während die armen Schwarzen unter den Verwüstungen litten, entstand eine Schicht von schwarzen Yuppies, die aus den Gettos wegzogen. Im Augenblick



Workers Vanguard

Washington, D.C.: Mobilisierung von Arbeitern/Schwarzen, initiiert von der Spartacist League/U.S., stoppte am 27. November 1982 den KKK

haben die 20 Prozent der schwarzen Familien mit dem höchsten Einkommen beinahe die *Hälfte* allen Einkommens der Schwarzen — ein Ausmaß von Ungleichheit, das *größer* ist als bei Weißen.

Schon diese Tatsachen allein bringen den schwarzen nationalistischen Mythos von gemeinsamen Interessen aller Schwarzen zum Platzen. Mit den erheblich schlimmeren allgemeinen Lebensbedingungen für Schwarze ist das Bewußtsein gewachsen — von weißen Arbeitern bei Caterpillar im Mittleren Westen über Latinos in L.A. bis zu schwarzen Jugendlichen in Harlem —, daß die grundlegenden Gegensätze in diesem Land nicht zwischen Weiß und Schwarz liegen, sondern zwischen Besitzenden und Mittellosen. Und trotz der Ausplünderung und Entindustrialisierung von Amerika durch die kapitalistische Klasse spielen schwarze Arbeiter immer noch eine strategische Rolle in der amerikanischen Wirtschaft und in der organisierten Arbeiterbewegung. Alle grundlegenden Arbeiten, die die amerikanische Gesellschaft am Laufen halten — Busfahrer, Krankenhauspersonal, U-Bahn-Wartungspersonal, Müllabfuhr, Hafenarbeiter, Postboten —, werden überproportional durch Schwarze ausgeführt. Und darin liegt ihre ungeheure potentielle Macht, als *schwarze Arbeiter,* als Teil einer integrierten Arbeiterklasse, die alle Unterdrückten anführt. Wie wir zur Zeit der Unruhen in Los Angeles geschrieben haben („L.A. Upheaval Shakes America" [Unruhen in L.A. erschüttern Amerika], W Nr. 551, 15. Mai 1992):

„Diese schwarzen Proletarier können als Brücke dienen zwischen den Armen im Getto und der organisierten Arbeiterbewegung. Die Bedingungen in diesem Land sind überreif für eine gewaltige soziale Explosion, die sich von den Gettos und hispanischen Barrios zu den weißen Facharbeitern erstreckt, von denen viele nur eine Lohnzahlung entfernt sind von Bankrott und Obdachlosigkeit... Entscheidend für das Ergebnis wird der Aufbau einer multirassischen kommunistischen Avantgardepartei sein wie die, die Lenin und die Bolschewiki im zaristischen Rußland, dem ‚Völkergefängnis', aufgebaut haben, die die multinationale Arbeiterklasse zu einer erfolgreichen Erhebung gegen die kapitalistische Ordnung geführt hat."

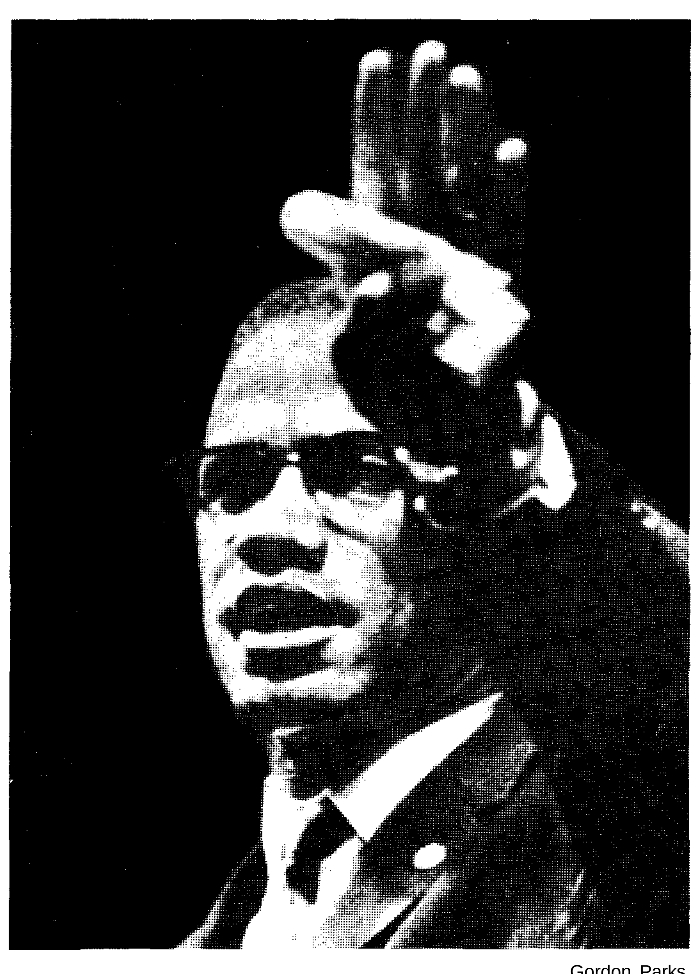
Übersetzt aus Workers Vanguard
Nr. 564, 27. November 1992

SPARTAKIST

Malcolm X

Was der Film von Spike Lee nicht zeigt

Filmbesprechung



Gordon Parks

Ein biographischer Film über Malcolm X ist seit über 20 Jahren im Entstehen, ein Projekt, das so kontrovers ist wie der Mann selbst. Jetzt hat es Spike Lee schließlich groß auf die Leinwand gebracht. Die Jugendlichen der Innenstädte, ausgehungert nach schwarzer Führung, finden in Malcolm X eine Legende, die sich weigerte, sich der rassistischen weißen herrschenden Klasse zu unterwerfen; sie stürzen sich auf die Bücher und führen eine Alphabetisierungskampagne mit einem motivierenden Ansporn durch, von dem Schulbibliothekare nie zu träumen wagten. Allein in diesem Jahr sind über eine Million Exemplare der *Autobiographie von Malcolm X* verkauft worden — *zehnmal* so viel wie Mitte der 60er Jahre, als sie zum ersten Mal veröffentlicht wurde. Es ist eine verdammt gute Sache, daß Jugendliche Malcolm X in seinen eigenen Worten lesen, denn trotz grandioser Sprache und lebenssprühender Farben ist Lees *Malcolm X* geschichtlich ein weißer Fleck auf der Leinwand — die Massenkämpfe für die Rechte der Schwarzen fehlen im Film.

Es ist schon eine Sache, in dieser rassistischen Gesellschaft einen Film zu drehen, der einem schwarzen Kämpfer die Menschlichkeit zurückgibt, den die gesamte Struktur der Mächtigen fürchtete, haßte und dämonisierte. Doch Lees Verehrung für Malcolm X wird zur 70-Millimeter-Mythologie. Abgetrennt von den aufbrechenden politischen Kämpfen jener Zeit, die ihn formten und die den Hintergrund bildeten, vor dem er als Sprecher des schwarzen Amerika auftrat, der kompromißlos die Wahrheit sagte, ist Lees Malcolm nur ein klischeehafter Messias. Die innenpolitischen und internationalen Schlachten, die dieses Land zerrissen und eine ganze Generation von Jugendlichen politisierten, schwarze ebenso wie weiße — die Kubanische Revolution, die kolonialen Aufstände in Asien und Afrika, Vietnam, die Bürgerrechtsbewegung — kommen in diesem Film *nirgendwo* vor.

Als *die* Stimme für die Selbstverteidigung der Schwarzen spielte Malcolm X nicht nach den Regeln der bürgerlichen Politik. Er nannte Namen und brandmarkte Martin Luther King Junior, Bayard Rustin u. a. als die „Onkel Toms", die den unterdrückten schwarzen Massen raten, angesichts der mörderischen rassistischen Angriffe der Dixiekraten „die andere Wange hinzuhalten". Und er sah deutlich die Heuchelei der weißen liberalen Demokraten des Nordens wie John und Robert Kennedy, die den Schwarzen „zu Hilfe kamen", indem sie das FBI und die Bundespolizisten hinschickten ... um die Kämpfe zu unterdrücken. Im Film gibt es keinen Konflikt zwischen schwarzen Radikalen und „angesehenen" schwarzen Führern, niemand wird beim Namen genannt. Doch gerade Malcolms scharfe Opposition gegen das gesamte liberale politische Firmament machte ihn zur Stimme des wütenden schwarzen Gettos und gab ihm schließlich die Anziehungskraft auf die Massen und seine Bedeutung in der Geschichte.

Lees Malcolm X ist aus jedem gesellschaftlichen Zusammenhang gerissen und spielt wie ein für die 90er Jahre zurechtgemachter „Booker T." [Booker T. Washington, erster schwarzer Kapitalist, Ende des 19. Jahrhunderts]. Der

Fortgesetzt auf Seite 26

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 102 APRIL 1993 50 Pfennig

Ost und West: Metaller, Stahlkocher schlagen zurück

Arbeiter: es geht um die Macht!



waz/Blossey



MAZ/Robert Roeske

Stahl-Demo auf der Brücke der Solidarität In Rheinhausen (links), Henningsdorfer Metaller im Streik

Seit Anfang Februar gibt es massenhafte Proteste gegen die Pläne, Stahlwerke in Ost und West zu schließen und weitere Zehntausende Arbeiter zu entlassen. Zuerst hat man Rheinhausen gekillt, dann brachen die Bosse den Metalltarifvertrag im Osten und boten statt der 26 Prozent mehr Lohn (was ihre Löhne in Wirklichkeit auf nur 60 Prozent der Westlöhne angehoben hätte) nur noch 9 Prozent an. Die Reaktion auf diesen Generalangriff waren Massendemonstrationen und Warnstreiks im Ruhrgebiet und in Bonn, in Dresden, Leipzig, Rostock, Hennigsdorf und anderen Städten. ÖTV- und Bergarbeiter haben überall mit den Metallern demonstriert und könnten von einer entschlossenen Führung für den Kampf gewonnen werden.

Drei Jahre nach dem D-Mark-Anschluß brennt der Klassenkampf von der Ruhr bis Eisenhüttenstadt. Zuerst haben die Kapitalisten mit Hilfe der SPD den deformierten Arbeiterstaat DDR zerschlagen und die Konterrevolution im Osten finanziert. Von der ehemaligen Sowjetunion bis Westeuropa hat dies Massenarbeitslosigkeit, eine antikommunistische Hexenjagd, Antisemitismus und rassistischen Terror entfesselt und Angriffe auf die Rechte der Frauen sowie den massiven Abbau von Sozialleistungen, besonders für Kinder, Kranke und Alte gebracht.

Mit der Abschaffung des Asylrechts führt die rassistische Allparteienkoalition das mörderische Programm der Faschisten aus, die von Hoyerswerda bis Mölln ihren Terror verbreiten. Die Nazis werden heute von der Leine gelassen,

Fortgesetzt auf Seite 11

Frankreich: Für Arbeiter/Immigranten-Verteidigung!

Innerhalb von zwei Tagen wurden drei Jugendliche maghrebinischer und schwarzafrikanischer Herkunft von Bullen ermordet. Am 6. April wurde im Polizeirevier des 18. Bezirks von Paris der junge Zairer Makome M'Bowole von einem Polizei-Inspektor durch einen Kopfschuß ermordet. In der Nacht zum 7. April wurde Pascal Tai's, ein Jugendlicher marokkanischer Herkunft und AIDS-Kranker, in eine Zelle des Polizeireviers von Arcachon geworfen und am frühen Morgen mit gebrochenen Rippen tot aufgefunden. Am 7. April erschoß in Wattrelos ein anderer Bulle Rachid Ardjouni, während er ihn mit dem Gesicht zum Boden festhielt. Wenige Tage vorher wurde der 18jährige Arbeiter Eric Simonie während seiner Festnahme durch einen Kopfschuß ermordet. Die rassistischen Razzien und Besetzungen der Wohnviertel durch die Polizei bereiten den Boden für noch mehr Morde an Maghrebinern und Schwarzafrikanern.

Fortgesetzt auf Seite 6

„Am besten in den Reihen der SpAD/IKL"

29. März 1993

Liebe Genossinnen und Genossen!

Hiermit beantrage ich die Aufnahme in die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands/Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten).

Seit nunmehr zwei Jahren setze ich mich mit dem in Euren Publikationen formulierten Programm auseinander. Dabei habe ich Übereinstimmung mit meinen Vorstellungen von kommunistischer Politik festgestellt, welche sich über mehrere Jahre hinweg durch Diskussion, Information und Beobachtung herausgebildet haben.

1987 trat ich in die Sozialdemokratische Partei ein, ausgehend von einem Standpunkt, den ich damals subjektiv als sozialistisch definierte. Ich nahm den in der sozialdemokratischen Programmatik verwendeten Begriff des „demokratischen Sozialismus" ernst und teilte die Hoffnung mancher junger Genossen, die SPD sei durch von der- Basis ausgehenden Druck zu einem Kurs des Klassenkampfes zu bewegen. Bald darauf begann ich mich mit den Ideen von Lenin und Trotzki, auf die man sich auch in manchen jungsozialistischen Kreisen berief, intensiver zu beschäftigen und näherte mich ihnen zusehends an. Gleichzeitig wurde ich von der Linie der Parteiführung, die sich nicht einmal mehr die Mühe gab, ihren Kurs der Klassenkollaboration und des Ausverkaufs von Arbeiterinteressen zu verschleiern, und von der diesbezüglichen Gleichgültigkeit der meisten Mitglieder mehr und mehr abgestoßen.

Sämtliche Ansätze, die SPD auch nur minimal in eine Richtung zu drängen, die man sozialistisch hätte nennen können, bewiesen ihre Sinn- und Wirkungslosigkeit. Ich dachte darüber nach, warum Lenin die Spaltung der russischen Sozialdemokratie in Bolschewiki und Menschewiki in Kauf genommen hatte und verstand bald seine Argumentation, daß für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft eine in ihrer Gesamtheit revolutionäre Partei notwendig ist und nicht eine verschwindend kleine Fraktion innerhalb einer großen Organisation der Arbeiteraristokratie, sprich der SPD. Nach ca. 2,5 Jahren Mitgliedschaft zog ich aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen und erklärte meinen Austritt. Ich begann, mich mit der Politik anderer linker Gruppen auseinanderzusetzen, wobei mir nun endlich klar war, daß ich nur noch einer Partei beitreten würde, die sich in ihrer Gesamtheit der Lehre von Marx, Engels, Lenin und Trotzki verpflichtet fühlt.

Den Stalinismus konnte ich als Alternative zum Reformismus nicht akzeptieren. Obwohl ich die Eigentumsformen bezüglich der Produktionsmittel in der DDR und UdSSR als durchaus verteidigenswert betrachtete, konnte ich nicht darüber hinwegsehen, daß wesentliche Elemente des Leninismus wie Internationalismus und die Sowjetdemokratie den Parteien wie SED und DKP offenbar nichts bedeuteten. Statt dessen beobachtete ich dort Kooperation mit dem Imperialismus und stumpfsinnigen, despotischen Bürokratismus. Erscheinungen, deren Folgen nun in katastrophaler Weise zutage getreten sind und die sich in dem Begriff „Konterrevolution" zusammenfassen lassen. Dagegen sah ich im *Spartakist* Positionen vertreten, die meines Erachtens in die richtige Richtung wiesen, z. B. Klassenkampf auf internationalistischer Basis, Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten bei gleichzeitiger Bekämpfung der dort herrschenden Bürokratie und einen konsequenten Antifaschismus, der ausschließlich auf Arbeiter-/Immigrantenmobilisierung aufbaut und keinerlei Hoffnungen in den Staat des Kapitals investiert, welcher nur als Nachfolgestaat des Dritten Reiches definiert werden kann, d. h. als Viertes Reich.

Dies gilt in verstärktem Maße nach der Konterrevolution in der ehemaligen DDR, deren Repräsentanten von der Auschwitz-Bourgeoisie zu Schauprozessen herangezerrt wurden. Diese Prozesse sind von Euch treffend charakterisiert worden: „von der falschen Klasse für die falschen Taten angeklagt". Anderen Stellungnahmen stand ich zunächst kritisch gegenüber, z.B. Eure Losung „Hoch die Rote Armee in Afghanistan". Die weitere Beschäftigung mit Trotzki, der sich in der Frage der Verteidigung degenerierter Arbeiterstaaten eindeutig geäußert hatte, führte mich zu der Erkenntnis, daß die Rolle der Roten Armee in diesem Fall eine progressive war und daß der Begriff gesellschaftlichen Fortschritts nicht mit dem formalen Begriff bürgerlicher Demokratie zu verknüpfen ist, sondern mit der Frage, „Welche Klasse herrscht?".

Demokratie, die sich die Kapitalisten erlauben können, verschleiert nur die wahren Machtverhältnisse, während eine proletarische Rätedemokratie (^ Diktatur des Proletariats) den lohnabhängigen Menschen erst reale Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet. Um dies zu erreichen, ist es als erstes notwendig, die Krise der Führung, die nach Trotzkis Worten die Krise der Menschheit bedeutet, zu bewältigen. Reformismus und Stalinismus haben ihre diesbezügliche Unfähigkeit und auch ihr fehlendes Interesse an der Lösung dieses Problems hinreichend bewiesen. Nur eine Partei, die ihren Kampf im Geiste von Marx, Engels, Lenin und Trotzki führt, wird in der Lage sein, die Avantgarde darzustellen, mit deren Programm die internationale Arbeiterklasse befähigt sein wird, den Weg zur sozialistischen Weltrevolution und letztlich zum Kommunismus erfolgreich zu beschreiten. Auch wenn meine Möglichkeiten begrenzt sind, möchte ich zu dieser Entwicklung meinen Beitrag leisten, und ich denke, daß dies am besten in den Reihen der SpAD/IKL möglich ist.

Für den Fall meiner Aufnahme verpflichte ich mich zur Anerkennung der revolutionären Parteidisziplin sowie der Prinzipien des demokratischen Zentralismus und zur Zahlung eines regelmäßigen Beitrags entsprechend meinem Einkommen.

Mit kommunistischen Grüßen
Erik

SPARTAKIST 

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Fred Zierenberg
VERTRIEB: Uwe Asanov

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 110231, 2000 Hamburg 11. Fax (040)3301 54
Postfach 510655, 1000 Berlin 51, Fax (030)4911479
Redaktion Spartakist: Tel. (030)491 4548. Korrespondenz über Vertagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM *B*, - an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BÜ 50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt In einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 102 **April 1993**

Warschauer Ghettoaufstand 1943: Ehrt die heroischen Kämpfer!



Warschau, 1943: Über einen Monat lang kämpften heroische jüdische Kämpfer des Warschauer Ghettos gegen die „Herrenmenschen" der faschistischen Ausrottungsmaschinerie. Zwei Jahre später wurde das Dritte Reich von der Roten Armee endgültig vernichtet. Das Beispiel des Ghettoaufstands dient als Inspiration für all diejenigen, die heute gegen das Vierte Reich kämpfen wollen

¯ydowski Instytut Historyczny, Warschau

Das Warschauer Ghetto ist zum Inbegriff für den Horror des Nazi-Holocaust geworden. Doch mehr noch — es war der Schauplatz des letzten heroischen Kapitels des kämpferischen jüdischen polnischen Proletariats. Aus dieser Tradition stammten Rosa Luxemburg, Hersch Mendel und der heldenhafte sowjetische Spion Leopold Trepper (siehe „Erinnerungen eines revolutionären jüdischen Arbeiters", *Spartacist* Nr. 13, Herbst 1987).

Im Rahmen der grauenhaften „Endlösung" wurden Juden aus ganz Polen und Europa im Warschauer Ghetto zusammengepfercht, wo sie auf ihre endgültige Vernichtung in Todeslagern wie Treblinka warteten. Als Anfang 1943 die totale Liquidierung des Ghettos angeordnet wurde, war dessen Bevölkerung von etwa 500000 bereits durch eine systematische Aushungerungspolitik und durch Deportationen zu den Todeslagern auf ein Zehntel reduziert worden. Ghettokämpfer organisierten gegen den letzten Ansturm der Nazis einen Widerstand bis in den Tod. Unter unbeschreiblich widrigen Umständen, bewaffnet mit kaum mehr als ihren bloßen Händen und Molotowcocktails, versetzten die Aufständischen den Nazi-Tyrannen im besetzten Osteuropa einen Schlag; über einen Monat lang hielten sie die Elite von Hitlers Stoßtruppen in Schach, bis die Nazis das Ghetto buchstäblich in einen Haufen Schutt verwandelt hatten.

Am 19. April 1943 fing der Aufstand an, als jüdische Widerstandskämpfer die polnische, jüdische und rote Fahne über dem Ghetto hißten. Die Organisierung des Widerstands nahm zu Anfang die Form eines *Bürgerkriegs* gegen Tausende jüdische Kollaborateure innerhalb des Ghettos an. Die führende Widerstandsgruppierung war die Jüdische Kampforganisation (ZOB), die andere bedeutende Kraft war die rechte zionistische Militärorganisation ZZW. Die ZOB wurde von linken Zionisten sowie der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) initiiert, die nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion von Stalin aus den überlebenden Kadern der von ihm 1938 liquidierten Kommunistischen Partei wiederaufgebaut worden war.

Tag für Tag wurden die Nazis und ihre Marionetten trotz ihrer weit überlegenen Bewaffnung in die Flucht geschlagen. Reuben Ainsztein schreibt in *The Warsaw Ghetto Revoit* [Die Revolte im Warschauer Ghetto] (1975), daß am 1. Mai die Überlebenden Versammlungen abhielten, „auf denen sie die Internationale sangen als Zeichen des höchsten ungebrochenen Kampfwillens gegen die Neue Ordnung der Nazis".

600000 sowjetische Soldaten der Roten Armee sind gefallen, um Polen von der Nazi-Sklaverei zu befreien — und damit auch von den einheimischen Pogromisten, die heute mit der klerikal-reaktionären Solidarnosc wieder an der Macht sind. Die mit dem kapitalistischen Anschluß der DDR entfachte Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion, die zur Zerstörung der deformierten Arbeiterstaaten führte, hat in den Worten von Marx „die ganze alte Scheiße" wieder hochgebracht — Antisemitismus, rassistische Pogrome, Nazi-Terror.

Nach dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion erklärten die jüdischen Trotzkisten des Warschauer Ghettos in ihrer Zeitung *Czervony Sztandar* (Rote Fahne) im Juli 1941: „Der Krieg der Sowjetunion gegen Hitler ist der Krieg des internationalistischen Proletariats; er ist unser Krieg." Sie schlössen: „Lang lebe die Rote Armee! Lang lebe die Russische Revolution! Lang lebe die internationale Revolution!" Die jüdischen Trotzkisten drückten mit der Zeile „Proletarier aller Länder, vereinigt euch" unter dem Zeitungskopf ihrer Ghetto-Publikation das Programm des proletarischen Internationalismus aus, das allein der Barbarei ein Ende setzen kann, die der Kapitalismus in seinem Niedergang entfacht hat. Diese Tradition wird heute von der Spartakusowska Grupa Polski weitergeführt, die für die Einheit des russischen, deutschen und polnischen Proletariats kämpft, für ein revolutionär-internationalistisches Polen, in dem den heroischen Märtyrern des Warschauer Ghettoaufstands die Ehre erwiesen wird, die ihnen gebührt.«

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Berichte von den Arbeiterkämpfen Von Eisenhüttenstadt bis zum Ruhrgebiet

Seit Beginn der Arbeiterproteste im Februar hat die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ihre Genossen und Unterstützer mobilisiert, in den Streiks und Protestaktionen der Metall- und Stahlarbeiter in Ost und West mit ihrer Propaganda zu intervenieren. Nachfolgend drucken wir Auszüge aus einigen Tagesberichten ab:

Eisenhüttenstadt, 12. Februar: An der Kundgebung für den Erhalt des Standorts nahmen fast 10000 Arbeiter teil, darunter Delegationen aus anderen brandenburgischen Betrieben. Auf den IG-Metall-Plakaten konnte man lesen: „Keine Zukunft für die Stadt, wenn der Standort geschlossen wird". Die Belegschaft soll von 3600 (von einst 13000) auf 2000 reduziert werden. Die Arbeiter warteten darauf, ob irgendein Redner vielleicht einen Hoffnungsschimmer am Horizont aufzeigen könnte.

Doch ganz das Gegenteil war der Fall. So kam Stolpe mit anderen SPD-Größen in schönen Limousinen an und traute sich sogar zu erklären, er habe Unterstützung von der Treuhand erhalten — Unterstützung für die weitere Zerstörung der ehemaligen DDR-Betriebe. Die Verteidigung der Arbeitsplätze und die Ausweitung der Kämpfe nach Westen waren für die Redner von SPD, Gewerkschaftsbürokratie bis hin zur PDS kein Thema.

Alle Arbeiter waren sich bewußt, wie explosiv die Situation in Rheinhausen und Dortmund und sogar in Bayern ist. Viele sahen die Notwendigkeit für den gemeinsamen Kampf der Metall-/Stahlarbeiter und eingewanderten Arbeiter in Ost und West. Ein Arbeiter wollte sogar die Mauer wieder haben, nur wesentlich höher als vorher; nach 38 Jahren Arbeit im Betrieb bekommt er jetzt keinen Job mehr. Doch eine sozialistische Planwirtschaft in einem oder sogar einem halben Land, wie sie die Stalinisten propagierten, konnte nicht auf Dauer funktionieren.

Als wir über unseren unnachgiebigen Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung erzählten, stießen wir oft auf Zustimmung. Ein Arbeiter sagte: „Wenn ich und dann auch meine Frau entlassen werden, sehe ich nicht, wie wir uns noch etwas zu essen leisten können. Mit der kapitalistischen Wiedervereinigung haben wir einen Riesenschritt zurück gemacht." Mit dieser Position steht er eindeutig links von der PDS, die zuerst die DDR ausverkauft hat und jetzt in ihrem neuen Programm die Verwüstung der DDR als „zerstörenden Fortschritt" bezeichnet.

Schulungsreihe der SpAD

Warum eine leninistische Avantgardepartei notwendig ist

Lektüre: Lenin, Was *tun?,* Kapitel 2 und 4; „Schlüssel zur Revolution: Bolschewistische Führung", *Spartacist* Nr. 13 (deutsche Ausgabe)

Donnerstag, 29. April, 18.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
1000 Berlin 65 (U-Bahnhof Nauener Platz)

Für weitere Informationen: Telefon (030)4927866



waz/Blossey

Bonn: 100000 aus Ost und West gegen Entlassungen

Duisburg, 24. Februar: An der Demonstration nahmen Arbeiter von Thyssen Hamborn und Hochfeld, Krupp-Rheinhausen, aber auch Arbeiter vom Bergbau und Vertreter von fast allen Gewerkschaften teil. Viele waren mit dem, was die Gewerkschaft macht, ziemlich unzufrieden. Sie sprachen sich für große Aktionen aus. Auf der Demo sprach als erstes der SPD-Oberbürgermeister von Duisburg. Die Katze aus dem Sack ließ er mit seinen letzten Sätzen, als er sagte, daß sie seit 1945 jeglichen Radikalismus im Ruhrgebiet verhindert und so für eine „stabile" wirtschaftliche Entwicklung gesorgt haben. Dies wollen sie weiterhin tun, und er appellierte an Bonn und Brüssel, dies zu gewährleisten.

Bereits bei seiner Rede verließen Arbeiter die Demo, aber eine regelrechte Massenabwanderung setzte ein, als ein Pfarrer zu reden anfing. Am Ende der Kundgebung wurde ein Aufruf verabschiedet, der die Bosse von Krupp und Thyssen aufforderte, die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter in deren Firmen in Brasilien zu gewährleisten. Diese wichtige Forderung kann aber nur durch die Arbeiter selbst gegen die Bosse erkämpft werden und erfordert eine internationalistische revolutionäre Führung der Arbeiterklasse.

Rheinhausen, 3.—5. März: Mittwoch — seit der Bekanntgabe der geplanten Schließung des Werks findet eine Mahnwache statt, in der Tradition der Kämpfe von 1987/88. Am ersten Tag war diese Mahnwache Teil des Warnstreiks. Fast alle Arbeiter waren freundlich und offen, aber die Stimmung war größtenteils niedergeschlagen. Einige diskutierten über den Sozialplan; es gab wenig Hoffnung, daß Dortmund sich noch Kampfaktionen anschließen würde. Gleich am Anfang trafen wir einen Arbeiter, der froh über unsere Intervention war, weil er Unterstützung gegen die sozialdemokratische Stimmungsmache suchte, die den Arbeitern einreden will, das bereits alles vorbei sei. Als ein Bullenwagen vorbeifuhr, bemerkte ein anderer: „Die wollen kontrollieren, was wir hier machen und ob sie Cromme zu Hilfe kommen müssen."

Die Arbeiter erzählten, daß etwa 30 Prozent von ihnen Immigranten sind. Bei den militanten Kämpfen 1987/88 standen die eingewanderten Kollegen in der vordersten Reihe.

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Donnerstag — Als die Rheinhausener mit einem Autokorso nach Bochum fuhren, kam ein Arbeiter und erzählte, es wäre gerade eine Meldung im Bullenwagen durchgegeben worden, daß sich in Bochum 500 Skinheads versammelten (was sich später als Gerücht herausstellte). Sofort diskutierten sie darüber, daß die Nazis in Bochum Terror machen werden, damit anschließend die Stahlarbeiter beschuldigt werden könnten. Diesen Arbeitern brauchte man nicht erst zu erzählen, daß die Nazis die Todfeinde der Arbeiterklasse sind. Einer bemerkte genüßlich, daß ein bestimmter (vermutlich kräftiger) Kollege über sie hinwegtrampeln würde, bis sie sich nicht mehr rühren könnten.

Freitag — Ein Arbeiter der Rheinhausener Mahnwache erzählte uns, wie am Vortag die Betriebsratsfürsten verhindern wollten, daß die kämpferischen Arbeiter mit der Presse sprechen, damit die Zeitungen wieder berichten könnten, daß keiner mehr was tun will. Er hat eine Unterbrechung der Versammlung durchgesetzt und eine Delegation organisiert, die Interviews gab. Er bemerkte, daß es unter den Rheinhausenern nur wenig Illusionen in die SPD gibt; allen ist klar, daß es nicht bei der Schließung ihres Betriebes bleiben wird. Doch schon 1987/88 haben sich die Betriebsräte an die Spitze des Kampfes gesetzt, um ihn abzuwürgen. Die umstehenden Arbeiter stimmten ihm alle zu, und viele meinten, man hätte damals weiterkämpfen müssen.

Hennigsdorf, 16. März: Wir hatten für die Demo mehrere Jugendliche aus Berlin mobilisiert. Während unsere Genossen den *Spartakist* verkauften, verteilten die Jugendlichen unser *Streik-Extra* zum ÖTV-Streik im letzen Jahr. Sie waren überrascht, wie gern die Arbeiter dieses nahmen. Als wir in der Nähe des IG-Metall-Jugendblocks einen Nazi sahen, waren die Jugendlichen zuerst der Meinung, daß der ganze Block für die Nazis war. In der Tat waren es nur zwei oder drei. Als wir die IGM-Jugend ansprachen, um die Nazis rauszuschmeißen, waren sehr schnell die IGM-Ordner da — aber nicht um zu helfen, sondern um die Nazis zu schützen!

Leipzig, 15.—29. März: Gemeinsam mit jungen Arbeitern aus der umliegenden Industrie, die sich für die Politik der Spartakisten interessieren, jagten Genossen der SpAD „Republikaner-Faschisten aus der Montagskundgebung der Gewerkschaften. Trotz dieser Lehre tauchten die Faschisten bei der nächsten Montagsdemonstration wieder auf, diesmal mit anonymen rassistischen Flugblättern. Wir informierten den Ordnungsdienst des DGB. Diese trugen Schärpen mit „Keine Gewalt", und wie zuvor in Hennigsdorf schützten sie die Nazi-Terroristen!

Die jungen Arbeiter, die mit uns gekommen waren und von denen einige bereits Erfahrungen mit den Faschisten hatten, waren empört über das Verhalten der Gewerkschaftsbürokraten. Für die folgende Montagsdemo am 29. März mobilisierten wir gemeinsam mit ihnen und anderen Antifaschisten und Sympathisanten der SpAD einen Block, um gemeinsam gegen die Nazis vorzugehen. Allerdings wagten es die Nazis nicht, diesmal wieder aufzutauchen. Eine exemplarische Aktion hätte es klargemacht, daß sie auf Arbeiterdemonstrationen nichts zu suchen haben.

Berlin, 1. April: Die ÖTV-Demo richtete sich gegen den Arbeitsplatzabbau und die Privatisierung von Kitas. Es waren mehrere tausend Leute da, hauptsächlich aus dem Westteil der Stadt. An die 95 Prozent waren Frauen, der Anteil von Immigrantinnen aus der Türkei war ziemlich klein. Die Demo war kämpferisch, die Frauen machten eine Menge Lärm mit Töpfen, Trillerpfeifen usw. Die Frauen werden von den Bossen wie Müll behandelt, obwohl sie eine Menge leisten. Wir verkauften innerhalb einer halben Stunde alle vorhandenen Zeitungen und verteilten schnell mehrere hundert Streik-Extras vom ÖTV-Streik im letzten Jahr. Wir zeigten die Notwendigkeit auf, ihren Kampf mit dem der Metaller besonders im Osten zu verbinden, und viele stimmten uns zu. Mit Kohl/Engholms Solidarpakt, der besonders auf die ÖTV-Mitglieder zielt, gibt es auch im öffentlichen Dienst ein großes Potential für den gemeinsamen Klassenkampf mit Metall und Stahl, Ost und West."

Weg mit den Anklagen gegen Markus Wolf!

Am 4. Mai soll dem DDR-Meisterspion Markus Wolf vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf der Prozeß wegen „fortgesetzten Landesverrates" gemacht werden, weil er den deformierten Arbeiterstaat DDR gegen NATO und deutschen Imperialismus verteidigt hat. Nachdem die Bourgeoisie von Auschwitz den Stasi-Chef Erich Mielke aufgrund von Gestapo-Anklagen vor Gericht zerrte und einen Schauprozeß gegen Erich Honecker inszenierte, verfolgt sie jetzt Markus Wolf — dessen jüdische Familie vor dem Nazi-Terror in die Sowjetunion flüchtete —, weil sie Rache für den Sieg der Roten Armee über das Nazi-Regime nehmen will. Die von der SPD angeführte antikommunistische Hexenjagd des Vierten Reichs soll jede Erinnerung an die DDR auslöschen, die Arbeiter einschüchtern, um gerade jetzt den Kampfwillen der Werktätigen in Ost und West zu brechen. Freiheit für Heinz Keßler und alle Repräsentanten der DDR, Hände weg von Markus Wolf! Nieder mit der antikommunistischen Hexenjagd!



Spartakist

Schluß mit dem Bullenterror gegen Immigranten!

Die Berliner Justiz und Polizei ist berüchtigt für ihre Verbindung zu den Nazi-Reps, und auch für ihre Brutalität und ihren Rassismus. Mit dem Anstieg des Nazi-Terrors seit der kapitalistischen Wiedervereinigung gibt es auch eine Verschärfung des alltäglichen Rassismus seitens der Schläger in Uniform. Obdachlose oder Leute, die zufällig in U-Bahn oder Bus einschlafen, werden von der Polizei, von privaten Wachbullen mit scharfen Hunden und sogar BVGlern terrorisiert. Und Millionen Berliner werden dazu gezwungen, hilflose Zuschauer dieses Terrors zu sein.

Ende Dezember wurde ein Flüchtling und Folteropfer aus Iran zuerst von einem Busfahrer und dann von Berliner Bullen mit rassistischen Beschimpfungen überhäuft und geprügelt, weil er das „Verbrechen" beging, im Bus eingeschlafen zu sein! Im Polizeirevier ohrfeigten ihn die Bullen mehrfach heftig und hetzten: „Scheißjude, warum gehst du nicht nach Israel?" Als sie erfuhren, daß er aus dem Iran kommt, machten sie sich über den Islam lustig.

Polizeibeamte werden, wenn es überhaupt zur Anklage kommt, regelmäßig freigesprochen und erhalten damit Freibriefe für Mord. Vor kurzem erst wurde der Skandal über die „FreiwilligePolizei-Reserve" (FPR) bekannt, deren Reihen von Nazis, Kriminellen und Vergewaltigern durchsetzt sind (siehe *Spartakist* Nr. 101, Februar/März). Die FPR wurde unter Willy Brandt (SPD) aufgebaut, als antikommunistischer Stoßtrupp gegen die DDR. Jetzt wurde sie weißgewaschen und wird weiter vor Flüchtlingsheimen eingesetzt.

BVG-Arbeiter dürfen sich nicht länger als Bullen mißbrauchen lassen. Bullen/Wachschutz raus aus den Bahnhöfen. Für Arbeiter/Immigrantenpatrouillen.um die Bahnhöfe frei zu halten von Nazi-Dreck! In Verbindung mit den jetzigen Arbeiterkämpfen können vor allem die in der ÖTV organisierten Arbeiter eine Schlüsselrolle spielen.

Angesichts der wachsenden Bullenangriffe hat die Internationale Liga für Menschenrechte eine Mahnwache unter dem Motto „Schützen statt prügeln!" gegen Polizeiübergriffe aufgestellt. Die reformistische MLPD ruft nach einem „Verbot der Faschisten" und schürt Illusionen in den bürgerlichen Staat, dessen Polizei immer gegen die Arbeiterbewegung, die Linke und Immigranten eingesetzt wird. Deshalb fordern wir: Polizei raus aus dem DGB! Verteidigt die Zigarettenverkäufer und Hütchenspieler! Verteidigt Roma und Sintu«

Frankreich...

Fortsetzung von Seite l

Gegen diese Verbrechen bricht der lang unterdrückte Zorn der Jugendlichen aus, die seit Jahren täglich dem rassistischen Terror ausgesetzt sind. In der Nähe des Polizeireviers des 18. Bezirks von Paris demonstrieren jeden Tag Hunderte von Jugendlichen und rufen „Bullen: Faschisten, Mörder!" Sie dürfen in ihrem Kampf nicht alleine stehen.

Die Ligue trotskyste (LTF), französische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), ruft in einem Flugblatt vom 10. April die Arbeiterbewegung auf,

> „sofort einen *eintägigen Generalstreik gegen diese rassistischen Morde und gegen den Polizeiterror, der die Jugendlichen der Immigration trifft,* zu organisieren. An diesem Tag sollen die Arbeiter von Paris und der ganzen Gegend zum Pariser 18. Bezirk marschieren, um die proletarische antirassistische Ordnung herrschen zu lassen. An diesem Tag sollen z. B. die Streikenden von Sopalin und ihre Unterstützer eine Massenveranstaltung im 18. Bezirk organisieren unter der Losung ‚Sieg für die Arbeiter von Sopalin!' Die Reinigungskräfte der RER (S-Bahn) und andere, die heute streiken, sollen dasselbe tun. Noch besser als ein einstündiger Streik der RATP (Öffentlicher Verkehrsbetrieb von Paris) ist es, wenn die Bus- und U-Bahn-Fahrer die antirassistischen Demonstranten kostenlos zum 18. Bezirk fahren. 200000 Arbeiter, die in Verteidigung der Immigranten und ihrer Kinder mobilisiert sind, werden die Faschisten in ihre Kloaken zurückdrängen und werden den Bullen und der Regierung einen Denkzettel verpassen."

Wie das LTF-Flugblatt betont, findet die polizeiliche Besetzung der Immigranten-Wohnviertel nach einer Wahlkampagne statt, bei der alle großen Parteien vor Rassismus trieften. Die Mitterrand-Balladur-Regierung nutzt die jetzige Revolte aus, um die polizeiliche Verfolgung und Gewalt im Namen der rassistischen „Sicherheit" zu verstärken. Der Belagerungszustand im 18. Bezirk erinnert an die blutige Repression gegen die algerischen Arbeiter in Frankreich während des Algerien-Kriegs, besonders in diesem Bezirk, der eine Hochburg der algerischen FLN war. Die Bullen verhaften und foltern Dutzende von Demonstranten. Ein Mitglied der LCR (Sektion des VS) liegt im Krankenhaus, nachdem er im Polizeirevier zusammengeschlagen wurde. Die LTF fordert: *Sofortige Einstellung der Verfahren! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! Bullen raus aus den Immigranten-Wohnvierteln! Für Arbeiter/Immigranten-Verteidigungsgruppen, basierend auf den Betrieben!*

Die faschistische Nationale Front, der Stoßtrupp der kapitalistischen Reaktion, hat die Wahlen ausgenutzt, um ihre Basis zu konsolidieren. Unmittelbar nach den Wahlen hat eine Faschistenbande ein Immigranten-Wohnviertel in Salon-de-Provence überfallen. Balladur bereitet sich jetzt vor, Le Pen zu treffen. Das LTF-Flugblatt ruft dazu auf:

> *„J)ie Faschisten müssen zerschlagen werden, bevor sie uns zerschlagen!* In Gardanne, wo am 14. März Bergarbeiter, Jugendliche maghrebinischer Herkunft und Mitglieder der Arbeiterbewegung Le Pen und seine Schläger in die Flucht geschlagen haben, wurde die Möglichkeit von Einheitsfrontaktionen von Arbeitern und Immigranten gezeigt, um die Faschisten zu stoppen. Ein Generalstreik gegen den rassistischen Terror wird die Basis dafür legen, eine Mobilisierung von Arbeitern, Immigranten und Juden zu organisieren, um zu verhindern, daß die Nationale Front am 1. Mai wieder aufmarschiert."

In ganz Europa haben die Arbeiter angefangen, Widerstand gegen die Angriffe auf ihren Lebensstandard zu leisten. In Frankreich haben die Arbeiter von Metall bis Bahn, Metro und Post ihre Kampfbereitschaft gezeigt. Am 31. März demonstrierten 60 000 Arbeiter in Lyon, um Gewerkschafter gegen die „Justiz" der Bosse zu verteidigen. Ein eintägiger Generalstreik gegen den rassistischen Terror wird es möglich machen, nach Jahrzehnten rassistischer und arbeiterfeindlicher „linker" Politik und angesichts der neuen Welle der Angriffe auf die Arbeiter, das Steuer herumzureißen.

In diesem kapitalistischen und rassistischen Land wird es keine Gerechtigkeit für die Opfer des rassistischen Terrors geben. Wie das LTF-Flugblatt erklärte:

> „Sie werden gerächt werden, wenn die mörderischen Bullen von denjenigen verurteilt werden, die jetzt ihre Zielscheibe sind — wenn die Macht der kapitalistischen Klasse und ihrer uniformierten rassistischen Schergen durch eine sozialistische Revolution gebrochen wird, die die Bourgeoisie enteignet und die Arbeiter an die Macht bringt. *Für eine Arbeiterregierung!"**

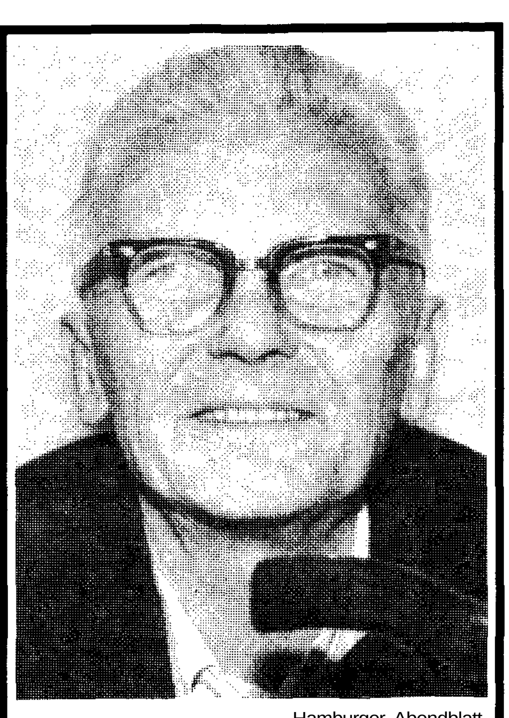
Gerhard Bögelein, 16. Januar 1924-9. März 1993

Rotarmist, antifaschistischer Kämpfer, standhaft bis zuletzt

Die Spartakist-Arbeiterpartei, deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, trauert um den antifaschistischen Helden Gerhard Bögelein und teilt unser tiefstes Mitgefühl mit seinen Freunden und Unterstützern, die in seinen letzten Tagen zu ihm gestanden haben.

„Das ist für mich die Todesstrafe", sagte Bögelein am Tag seiner Verurteilung zu „lebenslänglich", dem 18. Mai 1992. Der antifaschistische Held Gerhard Bögelein wurde aus Rache für den Tod des Nazi-Kriegsrichters Kallmerten verurteilt, den 1947 im sowjetischen Gefangenenlager Klaipéda die antifaschistische Justiz ereilte. Bögelein wurde zum Opfer einer rabiaten antikommunistischen Hexenjagd — wie Erich Honecker, Erich Mielke, Markus Wolf, Klaus Croissant und Christa Wolf —, mit der der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs alles vernichten will, was an den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland und an den daraus entstandenen deformierten Arbeiterstaat DDR erinnert.

Jetzt hat das Vierte Reich das Todesurteil gegen Bögelein auf Raten vollstreckt. Zwei Jahre Haft in der SPD-Hochburg Hamburg, Folter mit Handschellen und die lOOfache Überdosis von Neurocil haben den schwerkranken Gerhard Bögelein von uns genommen.



Hamburger Abendblatt

Bögelein meldete sich 1940 freiwillig zur Armee. Durch seine Erfahrung in Hitlers Wehrmacht wurde er zum Antifaschisten. 1943 weigerte er sich, in einem Erschießungskommando zu dienen, das Juden und Partisanen hinrichtete. Er lief zur Roten Armee über und wurde später von den Nazis gefoltert und zum Tode verurteilt. Nur wenige Tage vor der Hinrichtung gelang ihm die Flucht. Nach dem Krieg kämpfte Bögelein weiter mit der Roten Armee gegen die faschistische Waldbrüder-Bande („Grüne Armee") in Litauen, die den Nazi-Völkermord fortsetzte und die von Mandels „Vereinigtem Sekretariat" bejubelt wurde. In einem Brief vom August 1992 schrieb Bögelein:

> „... ich möchte behaupten, daß ich bereits seit 1943 ein anderer Deutscher war als die meisten, und 1944 habe ich statt Ausbildung für die kommende Ostzone den Kampf gegen die Hitlerdiktatur gewählt und beinahe 2mal mein Leben eingebüßt. Nach dem Krieg stand ich öfters vor Pistole oder Maschinenpistole von faschistischen Banditen und habe manchmal nur durch mehr Glück überlebt — soll dies alles umsonst gewesen sein und ich nun als angeblicher Mörder mein Leben im bundesdeutschen Knast beenden müssen?"

Fortgesetzt auf Seite 25

Unser Genosse Gerhard Bögelein ist tot!

Ein Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen

Mit diesem Nachruf bekräftige ich nochmals meine feste Überzeugung, daß Gerhard, mein mitangeklagter Genosse, zu Unrecht zu lebenslanger Haft verurteilt worden ist.

Es gab nur Indizien, keine Tatzeugen, aber tausend Vorurteile gegen Gerhard. Er war der Deserteur, der Kundschafter und Rotarmist. Er war der grundehrliche Antifaschist.

Gerhards Ideale waren die der Großen Französischen Revolution und die der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Er hielt es mit Büchner: „Friede den Hütten! Tod den Palästen!" Das war sein menschliches und politisches Credo. Dafür lebte und dafür starb er.

In einem seiner Briefe an meine Frau und mich hat er uns geraten, daß wir uns mehr mit den Lehren Trotzkis im Zusammenhang mit Lenins Erbe beschäftigen sollten, und schloß wörtlich: „Eines kannst Du gewiß sein. Ich war, bin und bleibe solange ich noch lebe Antifaschist und Sozialist."

Gerhard ist bereits als Schwerkranker im Dezember 1991 inhaftiert worden. Anträge auf Haftverschonung wurden damals abgelehnt.

Die Untersuchungshaft und der Prozeß haben ihn unserer Meinung nach restlos gebrochen. Daran konnte auch sein immer wieder aufflackernder Lebenswille nichts mehr ändern.

Am 9. März 1993 versagte dann sein Herz.

Bertolt Brecht sagte einmal: „Es gibt viele Arten zu töten..." So wurde aus dem „lebenslänglich" dann letztlich doch ein Todesurteil. Im Oktober vorigen Jahres wurde die Revision gegen das Urteil eingereicht...

Ein Freund und Genosse ist aus den Reihen der Kämpfer für die gerechte sozialistische Gesellschaftsordnung für immer herausgetreten. Das trifft uns hart, aber es zerbricht uns nicht.

Wir schämen uns der Trauer und der Tränen nicht. Unseren Kampf werden wir im Sinne Gerhards weiterführen und verstärken.

Wir werden ihn nie vergessen!

„Aus der Geschichte lernen, heißt nicht ihre Asche, sondern ihr Feuer in die Zukunft zu tragen!"

Karl und Christina Kielhorn
Berlin, den 2. April 1993

Für die Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Olivenzweig der PKK an NATO-Kurdenschlächter Özal

Der Völkermord an Kurden erreichte im Jahr 1992 einen neuen traurigen Höhepunkt. Während des kurdischen Neujahrsfestes Newroz wurden letztes Jahr über hundert Zivilpersonen ermordet. Im August 1992 wurde zur gleichen

Stoppt den Völkermord an Kurden!

Zeit, als im kurdischen Diyarbak r der „Nationale Sicherheitsrat" tagte, die Stadt ª rnakvon 100000 türkischen Soldaten umzingelt, überfallen und aus der Luft bombardiert. 25000 flohen aus der Stadt, die eine Bevölkerung von 35 000 hatte. Der Kurdischen Arbeiterpartei PKK wurde offiziell der Krieg erklärt, und dies ist Teil des Völkermordes an den Kurden. Die Dörfer von Nord-Kurdistan werden mehr und mehr entvölkert. Erstmals kam es auch im Westen der Türkei, in Fethiye, zu antikurdischen Pogromen. Mit ähnlicher Blutrünstigkeit geht die Polizei gegen die Anhänger der linken türkischen Organisation Devrimci Sol vor, deren Wohnungen in den Arbeitervierteln Istanbuls mit Granaten angegriffen werden.

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) und die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpfen unerbittlich für wirkliche Selbstbestimmung der Kurden, das bedeutet ihre Unabhängigkeit. Aber diese kann nur durch die Zerschlagung von vier kapitalistischen Staaten — Iran, Irak, Syrien und Türkei — verwirklicht werden, die die Kurden unterdrücken und ihnen ihre Rechte vorenthalten. Um die Befreiung der Kurden zu erreichen, brauchen wir eine proletarische Revolution, die die Werktätigen des Nahen Ostens vereinigt unter der Führung einer multinationalen bolschewistischen Partei, die mit dem Programm von Trotzkis Permanenter Revolution ausgerüstet ist.

Die Kurdische Arbeiterpartei PKK hat erhebliche Autorität bei den kurdischen Werktätigen gewonnen, nicht zuletzt deshalb, weil sie den Verrat der proimperialistischen feudalen Kurdenfürsten im Irak/Iran, der Talabanis/Barsanis, öffentlich benannte und in den Augen der kurdischen Massen seit Jahren die einzige *kämpferische* Alternative darstellt. So erklärte der PKK-Führer Abdullah Öcalan in einem Interview im März 1992, daß der Einfluß der „neuen Weltordnung" sich in Briefen von Talabani ausdrücke, gegen die „er allergisch sei". Öcalan greift Talabani dafür an, daß er sagt: „Leg einseitig die Waffen nieder, komm nach Ankara und triff dich mit irgendwelchen Leuten ... begnüge dich mit allem, was sie dir geben, und danke Gott".

Öcalan hat Recht, wenn er sagt, daß aus den Verrätereien seiner neuen Kumpel Talabani & Co. der „Geist der neuen Weltordnung" spricht. Mit dem Zusammenbruch des Stalinismus und dem Zerfall der Sowjetunion feierten die nationalen Bourgeoisien den „Tod des Kommunismus". Das Echo dieses Kriegsrufes hat auch die PKK erreicht.

Solange die Sowjetunion noch existierte, konnten schwächere kapitalistische Staaten wie Syrien und Irak als Klientenstaaten von Moskau ein Quentchen Unabhängigkeit gegenüber den Imperialisten ausnutzen. Dies galt auch für kleinbürgerliche nationalistische Organisationen, die Klienten der prosowjetischen Staaten wie Syrien waren, z.B. Habashs PFLP und die PKK. Doch mit dem Golfkrieg und dem Zerfall der UdSSR wurde Syrien ein direkter Außenposten des US-Imperialismus. Die PKK hat ihren lokalen Schutzherrn verloren und sucht jetzt nach einem eigenen Platz in der „Neuen Weltordnung".

So erklärt PKK-Generalsekretär Öcalan: „Ist es denn nicht notwendig, eine neue Haltung zu entwickeln, wenn eine Situation sich verändert?... Die Sowjets haben einen extremen Zentralismus praktiziert, was zusammen mit anderen Ursachen zum Zusammenbruch geführt hat." Und dem stellt er entgegen: „Deutschland hat sich als föderatives System entwickelt. Im Hinblick auf Ostdeutschland hätte es etwas fortschrittlicher sein können" *(Kurdistan Report,* Januar 1992). Hier spricht Öcalan von einer *Konterrevolution,* die der Zerstörung der Sowjetunion den Weg gebahnt hat. Und dies „hätte ... fortschrittlicher sein können"? Die PKK hat nie wahrhaben wollen, daß die Existenz des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion den nationalen Befreiungsbewegungen wie der PKK Raum verschaffte. Dies zeigt sich darin, daß die PKK nie für die Errungenschaften der Oktoberrevolution eingetreten ist.

Öcalans Newroz-Geschenk an NATO/Özal

Heute wundern sich viele Militante über das gemeinsame Auftreten des „Verräters und Kollaborateurs" Talabani mit Öcalan und hoffen, daß es ein „Trick" sei, um Zeit zu gewinnen. Am 18. März kündigte die PKK bis zum 15. April einen einseitigen Waffenstillstand an, als „Geste des guten Willens", und gegenüber der türkischen Regierung erklärte Öcalan: „Laßt mich friedlich nach Kurdistan zurückkehren, damit ich mich gewaltlos politisch betätigen kann". Die Vermittler für diese „friedliche Lösung" sind Talabani/Barsani, deren Verratsgeschichte im wechselseitigen Dienen für ihre jeweiligen Paten von Irak/Iran bis USA schon rekordverdächtig ist.

Talabani/Barsani gründeten auf der Grundlage der US-Blutorgie im Golfkrieg die Kurdistanfront, eine Vereinigung von kurdischen Organisationen im Irak und Iran. Diese Front machte den Weg frei, danach wurden Zehntausende von Kurden, die aus den Hungerzonen des Irak in Richtung Türkei auf der Flucht waren, unter dem „Schutz" der Imperialisten bombardiert. Talabani, ausgerüstet mit einem türkischen Diplomatenpaß, holte sich persönlich die Unterstützung der türkischen Militärs gegen die Stellungen der PKK in Syrien, Irak und Libanon, die er für das hohle Versprechen einer „Autonomie" (in Wirklichkeit eine Pufferzone für die Intervention verschiedener kapitalistischer/imperialistischer Regime) erhielt. Barsani versprach sogar, die Angriffe gegen die PKK selbst durchzuführen. Die Kämpfe im letzten Oktober, als die PKK von türkischem Militär und der Kurdistanfront eingekesselt wurde, stellten einen Wendepunkt dar. Seither hat die PKK nach eigenen Angaben enorme militärische Verluste gehabt.

Früher trat die PKK wenigstens noch für die Unabhängigkeit der Kurden ein, wenn auch nur in Türkisch-Kurdistan. Heute gibt es für sie nur noch die Föderation (jeder Teil in der Türkei hat *sein* Parlament), was nur ein kurdisches Bantustan bedeuten könnte, so wie Barsani/Talabanis Konzept für Irakisch-Kurdistan. Die Appelle an die Imperialisten sind kein „Trick", sondern entstammen dem türkisch-kurdischen Nationalismus der PKK. Die PKK hat keine Orientierung auf die Arbeiterklasse von Istanbul bis



Anhänger der PKK auf der Newroz-Kundgebung in Cizre 1992. Das türkische Militär antwortete mit einem Blutbad

Rimscha/Medico-Bilderdienst

Berlin und Dortmund, sondern auf die Imperialisten von Bonn über Brüssel bis New York.

Viele PKKler meinen, daß sie für Sozialismus kämpfen. Doch die PKK unterstützt politisch die liberal-nationalistische HEP im türkischen Parlament, die zu Newroz an die Kurdenschlächter Özal und Demirel Nelken verteilt. Bei ihrer Suche nach .Verbündeten klagt die PKK sogar darüber, daß die Unterstützung der deutschen Bourgeoisie für die kroatischen Nationalisten nicht auch ihr zugute kommt. Doch das jugoslawische Proletariat wurde durch die kapitalistische Konterrevolution in den brudermörderischen Nationalismus getrieben, der gerade von der deutschen Bourgeoisie unter Genscher entfacht wurde, als sie sogar gegen ihre imperialistischen Konkurrenten die „Souveränität" Kroatiens und Sloweniens durchpeitschte.

Der bewaffnete Kampf der PKK war immer begleitet von Vorschlägen für eine „politische Lösung" in der Türkei. Ihre Kampagne für ein „Nationalparlament" und ihre dazu jetzt stattgefundenen Wahlen sowie das Mittel des impotenten „Hungerstreiks" in Brüssel dienten dazu, mit ihrer Hauptforderung: „Die PKK als Kriegspartei international anerkennen", auf die Imperialisten Druck auszuüben. Jetzt müssen PKKler Postkarten an den „sehr geehrten Kanzler Kohl" verteilen, wie auf der Bonner Newroz-Demo.

Golfkrieg und „Neue-Weltordnungs"-Nationalisten

Während des Golfkriegs hat die SpAD/IKL eine unzweideutige Seite für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten und für die Verteidigung des Irak bezogen. Dagegen bejubelten Vertreter von Komkar den Blitzkrieg von USA/NATO als „Blitzkrieg der kurdischen Bewegung". Weil sich der syrische Gönner der PKK dem imperialistischen Angriff auf den Irak anschloß, wollte die PKK damals keine Stellung gegen die US/NATO-Imperialisten beziehen. PKKler in Berlin versuchten sogar, uns Spartakisten wegen unserer grundlegenden antiimperialistischen Position aus einer Demonstration gegen den Golfkrieg hinauszuwerfen. Die PKK ging so weit, die UNO, unter deren Schirmherrschaft das brutale Massaker durchgeführt wurde, zu bitten, eine „friedliche" Lösung zu finden.

Wir sagten damals, daß der Sieg der US/NATO-Imperialisten die ganze Welt bedroht und zuallererst die Massaker an Palästinensern und Kurden ausweitet. Der Sieg des Imperialismus im Golfkrieg hat nicht nur der Sache eines unabhängigen Kurdistans geschadet, sondern auch im Norden Iraks die Grundlage eines kurdischen Bantustans geschaffen, wo die Kurden in Hungersnot und unter Epidemien vegetieren.

Die deutschen Imperialisten, deren Hauptinteresse der Drang nach Osten ist, d. h. die Zurückeroberung der „Ostgebiete" und damit auch eines Teils des Balkans, haben ihren Anspruch auf die Türkei nicht aufgegeben. Im Gegenteil, nachdem die Türkei mit massiver Hilfe des amerikanischen und deutschen Imperialismus (vor allem durch die SPD) als antisowjetisches Bollwerk zu einem NATO-Juniorpartner aufgebaut wurde, sieht Verteidigungsminister Ruhe heute, daß die strategische Stellung der Türkei gegenüber den fünf turksprachigen ehemaligen Sowjetrepubliken von „großer Bedeutung" für Deutschland sei. So wird die Konterguerilla in der Türkei, die Todesschwadronen, von der GSG-9 ausgebildet.

Die türkische Bourgeoisie versucht, zwischen zwei imperialistischen Mächten (Deutschland und USA) zu lavieren und ihre großtürkischen Appetite durchzusetzen, nämlich sowohl nach Sarajewo als auch nach Mossul und Kirkük vorzustoßen und vom Zerfall der ehemaligen UdSSR zu profitieren. So reiste Ministerpräsident Özal in die fünf turksprachigen Republiken und stieß schon im Flugzeug Kriegsdrohungen gegen Armenien aus. Jetzt hat das türkische Militär seine Truppen an der Grenze zusammengezogen zur Unterstützung der aserbaidschanischen Republik im brudermörderischen Kampf gegen die armenische. Mit Bundeswehrwaffen natürlich, darunter Bestände der ehemaligen NVA.

Viertes Reich = Pate des Völkermords an Kurden

Als am 6. September in der Nähe von Cizre das nach einer Schießerei verletzte PKK-Mitglied U ur Dündar mit einem Seil um den Hals an einen Schützenpanzer gebunden und anschließend zu Tode geschleift wird, kommt es zu großer Empörung in Deutschland. Das gepanzerte Fahrzeug, Typ SPW 60 von der ehemaligen NVA, gehört zu den regelmäßigen großzügigen Waffenlieferungen des Vierten Reichs an die türkischen Schlächter in Ankara. Auf den Wellen der Empörung fuhr noch im September der SPD-Fraktionschef Klose in die Türkei, um seine Unterstützung für den „Kampf gegen die Terroristen" zu bestätigen.

Das Vierte Reich verfolgt die PKK in Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst, führt monströse Schauprozesse gegen ihre Mitglieder und schiebt sie in Demireis Folterkeller ab. Jetzt werden sie in der BRD als „kriminelle Schutzgelderpresser bei türkischen Ladenbesitzern" von der Polizei gejagt. Wir verteidigen die PKK gegen die rassistische Hexenjagd. Während des Golfkriegs initiierten wir eine Einheitsfrontdemonstration in Berlin gegen den rassistischen Maulkorberlaß des Innensenators für Menschen aus dem Nahen Osten. Hieran beteiligten sich türkische und kurdische Gewerkschafter, aber nicht die PKK.

Fortgesetzt auf Seite 10

PKK...

Fortsetzung von Seite 9

Letztes Jahr wurden über 14 Journalisten in der Türkei ermordet, weil sie über den Kampf in den kurdischen Gebieten berichteten. Mittlerweile mußte auch die Tageszeitung *Özgür Gündem* aufgeben, weil sie die Sicherheit ihrer Leute nicht garantieren kann. Der deutsche Journalist Stephan Waldberg, der für Radio Dreyecksland aus den kurdischen Gebieten informierte, wurde in den Knast gesteckt, weil er einen Brief des gefallenen Kurden Celebi transportierte! Wir fordern seine Freilassung sowie die aller Gefangenen des rechten Terrors der türkischen Regierung!

Während die deutsche nationalistische Linke im wesentlichen den Völkermord an Kurden ignoriert oder den impotenten Aufrufen der PKK an die Imperialisten applaudiert, schreibt die PDS Appelle an die Bourgeoisie von Auschwitz, sie möge sich für die „friedliche Lösung" der „Kurdenfrage" einsetzen, und hofft, daß weniger *deutsche* Waffen in Kurdistan eingesetzt werden. Sie wiederholt nur die Erklärung der Sozialistischen Internationale vom 14. März 1992, daß das „Kurdenproblem vom Terrorismusproblem" getrennt werden müßte.

Das zumeist sozialistisch orientierte kurdische Proletariat lebt überwiegend in der Diaspora in Europa *und* in den proletarischen Zentren von Ankara bis Istanbul. In der Arbeiterbewegung in Deutschland haben die Kurden und Türken eine strategische Position. Als Teil einer revolutionären Internationale können sie eine Schlüsselrolle dabei spielen, den Klassenkampf im imperialistischen Deutschland zu verbinden mit dem Kampf des türkischen und kurdischen Proletariats im Westen der Türkei und dem Kampf für die Befreiung der Kurden.

Von Ankara bis Duisburg: PKK lehnt Kfassenkampf ab

Angesichts der sich verschärfenden kapitalistischen Krise und des ansteigenden faschistischen Terrors bietet die PKK diesen Kurden nichts an. Gerade nach den rassistischen Morden in Mölln stand für viele Arbeiter die Mobilisierung der Gewerkschaften gegen faschistischen Terror auf der Tagesordnung. Viele kurdische Linke sehen, daß die türkischen vorgeblich linken Parteien die Unterdrückung des kurdischen Volkes ignorieren, und sind deshalb in eine *antitürkische* Stimmung verfallen. Doch es wäre ein mächtiges Zeichen der *Klassensolidarität* gewesen, wenn die PKK und andere kurdische linke Gruppen gegen die Nazimorde an den drei türkischen Frauen in Mölln protestiert hätten. Das hätte auch dazu beigetragen, den nationalen Gegensätzen zwischen Kurden und Türken entgegenzuwirken.

Als die SpAD zu einem Arbeiter/Immigrantenschutz eines Wohnheims in Berlin am 30. Januar gegen Naziangriffe aufrief, erklärten viele PKK-Mitglieder ihre Sympathie für diesen Vorschlag, wurden aber durch ihre Führung zum Hungerstreik ihrer Abgeordneten nach Brüssel mobilisiert. Die PKK hat sich in Deutschland seit den Pogromen in Rostock an *keiner* einzigen antifaschistischen Demonstration/Aktion beteiligt.

Ähnlich ist die Situation jetzt im Stahl- und Metallklassenkampf in Deutschland, wo kurdische und türkische Arbeiter an vorderster Front gegen die Entlassungen stehen. Aber die PKK macht nichts. Statt dessen hat sie über 90 000 in Europa dafür mobilisiert, ihre Stimme zum kurdischen „Nationalparlament" abzugeben. So verstärkt die PKK den Würgegriff der SPD, die mit ihrem Einfluß in der Arbeiterklasse in Deutschland dafür sorgt, daß die Werktätigen im Kampf gegen Entlassungen und Nazi-Terror demobilisiert werden.

Das wiedervereinigte Vierte Reich zeigt die bitteren Früchte der kapitalistischen Konterrevolution mit Massenarbeitslosigkeit, Rassismus und faschistischem Terror. Die SpAD hat von Anfang an gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft. Die „Neue Weltordnung" ist, wie wir schon beim Golfkrieg gesagt haben, eine Vorkriegsordnung zur Vorbereitung eines dritten Weltkriegs, diesmal mit dem Szenario des atomaren Holocaust. Zunehmende Pogrome und Nazi-Terror gegen Immigranten und Flüchtlinge werden begleitet von Abschiebeterrör und Schließung der Grenzen durch die herrschenden Parteien, sozialdemokratisch und bürgerlich.

Die Verantwortung von Kommunisten ist es, als Volkstribun alle Immigranten und Flüchtlinge zu verteidigen und Kader aus kolonialen und halbkolonialen Ländern zu gewinnen, die die Verbindung der Arbeiterklasse zwischen den imperialistischen und rückständigen Ländern sind und zur Führung der Revolution in diesen Ländern werden. Vor uns steht auch die Aufgabe, die Generation der neuen Periode zu gewinnen, die — angesichts des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der reformistischen, stalinistischen Massenparteien — den Weg der Abkürzung mit Guerilla-Krieg und anarcho-syndikalistischen Methoden gehen und dabei im Fahrwasser der Imperialisten landen.

Eine gerechte Lösung der nationalen Frage für die Palästinenser, Kurden und die Vielzahl anderer unterdrückter Minderheiten verlangt, daß die Arbeiterklasse im ganzen Nahen Osten das Schicksal der Region bestimmt. Die Strategie einer „Revolution in Etappen" ordnet die Arbeiter den verschiedenen nationalen/religiösen Bewegungen unter, was nur zu endlosen brudermörderischen Kriegen führt und die Macht der Imperialisten aufrechterhält. Der Schlüssel zur Befreiung ist die Schmiedung einer revolutionären internationalistischen Führung.

Wie Trotzki, zusammen mit Lenin Führer der proletarischen Oktoberrevolution von 1917, über die Permanente Revolution schrieb: „Die Volksmassen jedoch zum Siege über den Block der Imperialisten, Feudalen und nationalen Bourgeois zu führen, vermag nur die revolutionäre Hegemonie des Proletariats, die sich nach der Machteroberung in die Diktatur des Proletariats verwandelt." Für die Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für eine Föderation von Arbeiterrepubliken im Nahen Osten!»


SPARTAKIST

Sosyalist, Birleşik Kürdistan Cumhuriyeti için!

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan...5

SPARTAKIST 4

Göçmenleri savunmak için işçiler seferber olunmalıdır!

Rostock'ta ve Heryerde Nazi Soykırımlarının Başını Ezelim!

Metaller, Stahlkocher...

Fortsetzung von Seite 1

wie beim staatlich genehmigten Rostocker Pogrom, um morgen dem Großkapital zu dienen in seinem Drang, mehr Profite aus den Arbeitern zu pressen. In den Planen der Bosse, eine Reserve von billigen und gefügigen Arbeitskräften zu schaffen, stellen die eingewanderten Arbeiter lediglich die ersten Opfer dar.

Der Zusammenbruch des Stalinismus und das Ende des Kalten Krieges führte nicht zu einer friedlichen „Neuen Weltordnung", sondern zur Verschärfung der Rivalitäten zwischen den Imperialisten. Die Karlsruher Entscheidung, die Luftwaffe wieder auf dem Balkan einzusetzen, zeigt das anwachsende Großmachtstreben des wiedervereinigten Deutschland. Aber die deutschen Imperialisten haben sich finanziell übernommen und ihre kapitalistischen „Verbündeten" zur Kasse gebeten. Um ihre Weltmacht-Ambitionen zu finanzieren, wollen sie jetzt die Ausbeutung der Arbeiter in *Ost und West* massiv hochschrauben.

Doch in ganz Europa hat sich der Klassenkampf enorm verschärft. In Polen forderten streikende Werft-, Metall- und Bergarbeiter „Nieder mit Walesa"; in Griechenland gibt es ständig Klassenkrieg. In Britannien machten am 31. März streikende Bergarbeiter, Eisenbahner und Londoner Busfahrer die Hauptstadt dicht; in Italien gab es am 2. April einen vierstündigen Generalstreik gegen Lohnabbau. Und hier hat der massive ÖTV-Streik im Mai 1992 Kohl eine Ohrfeige verpaßt.

Die meisten Arbeiter verstehen sehr gut, daß es hier um eine allgemeine kapitalistische Wirtschaftskrise geht. Doch die SPD-Forderung nach einer „nationalen Stahlkonferenz" und der Streichung von Subventionen in der europäischen Stahlindustrie bedeutet nur, die Konkurrenz von Krupp und Thyssen in Spanien und Italien auszuschalten. So trägt die SPD seit 1914 Nationalismus in die Arbeiterbewegung und hetzt die Arbeiter gegeneinander, als Vorstufe zum imperialistischen Krieg. Eine einfache Lösung wie die Anhebung der Löhne auf das *höchste* Niveau, im Kampf gegen solchen giftigen Protektionismus, stellt sofort die Notwendigkeit einer revolutionären Führung, die für eine internationale sozialistische Planwirtschaft kämpft.

Als Anfang April bei einer ersten Warnstreikwelle auf einen Schlag über 100000 Arbeiter in der ehemaligen DDR auf die Straßen gingen, kriegten nicht nur die Bosse einen gehörigen Schreck, sondern auch die DGB-Spitzen. Der Funke könnte leicht auf den ohnehin lodernden Westen überspringen und direkt zum gemeinsamen Kampf Ost und West führen. Aber das bedeutet einen politischen Kampf! Wenn drei Millionen Metaller auf die Straße gehen, ist das Vierte Reich dicht. Wie wir auf der Titelseite des *Spartakist* von Februar/März schrieben: „Bosse wollen Machtprobe — Geben wir's ihnen!" Unsere Genossen haben seit Anfang Februar in Arbeiteraktionen in Ost und West interveniert und Hunderte von Zeitungen verkauft.

Der größte Schlag gegen die Tarifverträge war die Einführung der Billiglöhne in der ehemaligen DDR. Die Spaltung der Arbeiter in Ost, West und Immigranten wurde von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung unterstützt und durchgesetzt, weil die SPD der Vorreiter der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands war. Die entscheidende Barriere zu siegreichen Arbeiterkämpfen sind die reformistischen Führungen der proletarischen Massenparteien und der Gewerkschaften. *Auf der Grundlage eines revolutionären internationalistischen Programms in der Tradition von Lenin, Luxemburg und Liebknecht muß eine echte kommunistische Führung geschmiedet werden, die für eine wirkliche Arbeiterregierung kämpft.*

Die Arbeiter haben gezeigt, daß sie bereit sind zu kämpfen. Deshalb gibt es auch unter den Kapitalisten Differenzen darüber, ob sie jetzt den Generalangriff wagen können — das VW-Werk bei Zwickau und Opel in Eisenach sind aus der Kampffront ausgeschert und zahlen ab 1. April sozusagen außertariflich 26 Prozent mehr. Dies dient vor allem dazu, die mächtigen Autoarbeiter abzuspalten, denen ebenfalls Massenentlassungen bevorstehen. Angesichts der breiten Angriffe und der großen Gefahren, die den Werktätigen und Unterdrückten insgesamt drohen, reichen gewerkschaftliche Kämpfe allein bei weitem nicht aus. Die Sozialdemokraten tun jetzt schon alles, um den Widerstand der Arbeiter und Unterdrückten als isolierte Einzelkämpfe totlaufen zu lassen.

Zerschlagt den SPD/DGB-„Solidarpakt" mit den Bossen

Bei den jetzigen Arbeiterkämpfen brauchen die Arbeiter einen soliden Streik — aber wer sollte ihn führen? Steinkühler, der den Laden schon jetzt verkaufen will? So bereitete Steinkühler bereits den Ausverkauf der Arbeiterkämpfe vor, als er proklamierte: „Es wird einen Flächentarifvertrag nicht mehr geben" *(Frankfurter Rundschau,* 10. April). Zu Ostern erklärte er seine Bereitschaft zu einem Kompromiß, der „auch weh tun" könne. Schon bei der Bonner Demo am 26. März wurde er von vielen Arbeitern ausgepfiffen. Um die Basis der DGB-Gewerkschaften als *eine* geballte Faust zu mobilisieren, brauchen wir eine revolutionäre Arbeiterpartei, die soziale Kämpfe vereinigen kann, um Frauen, Jugendliche, Immigranten und andere Minderheiten zu verteidigen, und die für eine Arbeiterregierung kämpft!

Wir haben oft festgestellt, daß es die strategische Perspektive einer trotzkistischen Führung sein muß, die kämpferische Arbeiterklasse in Ostdeutschland mit ihrem starken Gefühl für soziale Gleichheit, das aus den Errungenschaften des Arbeiterstaats DDR stammt, als Hebel einzusetzen, um den Würgegriff der sozialdemokratischen Bürokratie über die machtvolle westdeutsche Arbeiterbewegung zu brechen. Die Kämpfe, die jetzt ausgebrochen sind, stellen diese Aufgabe konkret. Für die Arbeiter im Osten ist, wie der Betriebsratsvorsitzende von EKO-Stahl erklärte, „das Maß jetzt aber voll... Wenn die Revolution kommt, dann beginnt sie in Eisenhüttenstadt" *(tageszeitung, 1.* April).

Aber die sozialdemokratischen DGB-Bonzen fürchten dies mehr als alles andere und wollen die Proteste und Demonstrationen benutzen, um Dampf abzulassen. Die SPD ist eine *bürgerliche Arbeiterpartei;* durch die prokapitalistische Politik ihrer Führer kettet sie ihre proletarische Basis an die Bosse und deren Staat. Die Arbeiter müssen im Kampf um die eigenen Interessen vom politischen Einfluß dieser Irreführer *gebrochen* werden. Illusionen in eine SPD-Regierung oder gar eine große Koalition sind gefährlich. Das sehen wir schon dort, wo die SPD in den Landesregierungen ist, und der „Solidarpakt" hat schon Tausende von ÖTV-Arbeitsplätzen gekostet. Einmal im Kanzleramt in Bonn, würde die SPD alle Mittel des Staates einsetzen, u. a. die Gerichte und die Polizei, um die Arbeiter zu disziplinieren und ihre Kämpfe zu brechen. Brecht mit den sozialdemokratischen Feldwebeln des Kapitals!

Verteidigt Immigranten, Frauen, Jugendliche

Bonns „Solidarpakt" bedeutet für *alle* weniger Sozialleistungen, zu diesem Zweck wird der Rassismus gegen die unterdrücktesten Teile der Gesellschaft geschürt. Im Feldzug gegen den „Mißbrauch" von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld wird u. a. gegen Roma aus Osteuropa gehetzt, die vor Pogromen und Elend geflüchtet sind. Wegen „Steuer-

Fortgesetzt auf Seite 12

Metaller, Stahlkocher...

Fortsetzung von Seite 11

Hinterziehung" werden vietnamesische DDR-Vertragsarbeiter, die gefeuert wurden und jetzt nur vom Zigarettenverkauf leben können, bei Bullenrazzien eingelocht; an diesem Feldzug beteiligt sich die DGB-Führung mit der Hetze gegen „Schwarzarbeit" von polnischen und tschechischen Bauarbeitern. So manipuliert die Bourgeoisie die Verzweiflung rückständiger Teile der Arbeiterklasse, um sie in nationalistische Gleise abzulenken. Im Gegensatz zu diesen Versuchen, die Arbeiterklasse zu schwächen und entlang der Linien der Nationalität zu spalten, kämpfen die Spartakisten für gemeinsame Aktionen mit unseren Klassenbrüdern und -Schwestern international. Vor allem in den industriellen Ballungszentren in Westdeutschland spielen die eingewanderten Arbeiter, die nicht so eng mit der SPD verbunden sind, eine entscheidende Rolle im Klassenkampf.

Die Welle der Abschiebungen von Vietnamesen, Moçambiquanern, Roma und anderen reißt nicht ab. Dabei „üben" die Bullen die für Ende April geplante Massenabschiebung der Vertragsarbeiter der ehemaligen DDR. Die Arbeiterbewegung muß mobil machen, um die Abschiebungen der Roma, Kurden und DDR-Vertragsarbeiter zu stoppen, die z.B. täglich am Flughafen Schönefeld stattfinden! Flughafenangestellte haben bereits dagegen protestiert. In Verbindung mit den jetzigen Arbeiterkämpfen können vor allem die in der ÖTV organisierten Arbeiter eine Schlüsselrolle spielen und den Flughafen dichtmachen.

Für die Arbeiter ist es lebensnotwendig, ihren Kampf gegen den ökonomischen und sozialen Kahlschlag mit dem Kampf gegen die Faschisten zu verbinden. Militante Streikkomitees und Streikpostenketten können die Basis für die Verteidigung von Immigranten/Flüchtlingswohnheimen sein: Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung! Wohnheime unter Arbeiterschutz! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Rostock und Mölln polarisierten diese Gesellschaft, besonders die Jugend. Für sie gibt es kürzere, schlechtere Schulausbildung, keine sozialen Freizeitprogramme, keine Jobs, keine Beruf sausbildung, keine Studienplätze, keine Zukunft. Breite Schichten einer neuen Generation von antifaschistischen Jugendlichen sind politisch aktiv geworden, nicht zuletzt die zweite Generation eingewanderter Jugendlicher.

Wir brauchen massive Programme öffentlicher Arbeiten, um die Einrichtungen wieder aufzubauen, die die Kapitalisten zerstört haben. Für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Tariflohn! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit — Ost und West und Immigranten, Männer und Frauen, auch für Lehrlinge! Berufsausbildung unter Gewerkschaftskontrolle! Kostenlose Hochschulausbildung der höchsten Qualität für alle! Weg mit den „Jugendschutz"-gesetzen! Pfaffen, Bullen und Richter raus aus der Schule, dem Schlafzimmer und der Arztpraxis!

Jetzt soll vom Bundesverfassungsgericht ein Paragraph 218 la Memmingen für das ganze Reich durchgesetzt werden, der Immigranten am härtesten treffen wird. Die Basis der DGB-Gewerkschaften mit ihrem starken Anteil von Frauen und Immigranten muß mobilisiert werden, um 218/219 zu Fall zu bringen und das Abtreibungsrecht zu verteidigen. Wir Trotzkisten kämpfen dafür, daß die organisierte Arbeiterbewegung diese sozialen Fragen zu ihren eigenen macht und sie mit dem Klassenkampf *verbindet.*

Arbeiter brauchen eine revolutionäre Führung

Viele im Osten sehen die PDS als eine Alternative zur SPD an. In der „Neuen Weltordnung" ist die „neue" sozialdemokratische PDS aus der stalinistischen Asche hervorgegangen, bemüht, sich zu „bessern". So wollen sie alles abstreifen, was an die DDR und die Sowjetunion erinnert. Und was bieten sie den Stahlarbeitern an? Laut Ex-PDS-Chef Gysi „mehr Regulierung und mehr Staat", und für die Stahlindustrie „ein Quotensystem und Mindest- und Höchstpreise", unter dem „die Produktion zurückgefahren werden müßte" *(PDS-Pressedienst,* 19. März). Sein Rezept ist nicht neu: Es ist die „Sozialpartnerschaft" der 80er Jahre — als die SPD die Massenentlassungen bei Stahl und Bergbau verwaltete!

Als Gorbatschow 1990 den deformierten Arbeiterstaat DDR aufgab, haben Modrow/Gysi unter der Losung „Wir sind ein Volk, 1:1" den Imperialisten die DDR überreicht. Doch die PDS wurde bei der antikommunistischen Hexenjagd selbst zum Opfer der Konterrevolution. Statt sich zu wehren, schloß sie sich der Jagd an. Jetzt schafft sie Illusionen, daß man den Kapitalismus „reformieren" könne, und hindert die Arbeiter an unabhängiger Klassenaktion.

Aber auch andere vorgebliche Linke haben ihr „Sonderangebot". Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) will sich mit ihrem „positiven Programm" als Alternative präsentieren und fordert mit einer Unterschriftenkampagne „Arbeitsplätze für Millionen". Aber diese Mao-Sozialdemokraten und Betriebsrats-Fuzzis haben gerade die kapitalistische Wiedervereinigung bejubelt, die „Arbeitsplätze für Millionen" in der ehemaligen DDR gerade *vernichtet* hat.

Die sozialdemokratische Hausopposition Voran fordert



Steve McTaggart

Timex-Arbeiterinnen in Dundee, Schottland, haben mit ihrem couragierten Kampf die Arbeiterbewegung gegen die Anti-Gewerkschaftsgesetze elektrisiert

Berlin, 7. April - kapitalistische Konterrevolution bedeutet rassistischen Terror und Massenabschiebungen. Stoppt die Abschiebungen durch Arbeiteraktion!



Spartakist

jetzt „Überführung der Stahlkonzerne in Gemeineigentum" und „Arbeiterkontrolle" ... gemeinsam mit „1/3 Staatsvertretern"! Das ist ist eine Forderung nach Mitbestimmung, wie das Nachkriegsprogramm der SPD für die verrufene Montanmitbestimmung, wo die Arbeiter nichts und der kapitalistische Staat alles bestimmt haben. Daß dies keine Alternative bietet, zeigt sich darin, daß die Ruhrkohle AG den Abbau weiterer 28000 Arbeitsplätze ankündigte. Alle Staatsbetriebe unterliegen dem Diktat der Marktwirtschaft.

Konterrevolution und Klassenkampf in Europa

Die Sowjetunion gibt es nicht mehr, und die Imperialisten wollen jetzt auch im eigenen Land den Ausgang des Zweiten Weltkriegs umkehren. Als die Rote Armee das Nazi-Regime zerschlug, löste dies in weiten Teilen Europas Klassenkämpfe und vorrevolutionäre Situationen aus. Die Furcht der Herrscher vor sozialer Revolution im eigenen Land wurde dadurch verstärkt, daß die Arbeiter nach dem Sieg der Roten Armee mit neuem Respekt auf die Sowjetunion schauten.

Doch die Arbeiterkämpfe im Westen wurden von der Nordsee bis zum Mittelmeer zerschlagen und der Kapitalismus gegen den proletarischen Widerstand restauriert; im Osten errichteten die Stalinisten unter dem imperialistischen Druck des Kalten Kriegs deformierte Arbeiterstaaten. Um die Arbeiter im Westen zu beschwichtigen, gewährten ihnen die Bourgeoisien Konzessionen des „Wohlfahrtsstaats" — alles mit der unschätzbaren Hilfe der Sozialdemokraten und Stalinisten, die die aufständischen Arbeiter niederhielten und die „Sozialpartnerschaft" verwalteten.

Die Restauration des Kapitalismus im Osten hat sich zum Zeitpunkt einer tiefen kapitalistischen Krise ereignet. Die Maastricht-Verträge sind nichts als Papierfetzen. Die Wirtschaft des Vierten Reichs, der Mittelpunkt des kapitalistischen Europas, ist ernsthaft geschwächt, und die deutschen Imperialisten sind nicht bereit, die europäischen Sozialpläne zu finanzieren; sie reden auf ihre Partner ein, sie müßten die eigenen Häuser säubern. Eine Reihe europäischer Länder ist dazu in einer politischen Krise: In Frankreich und Italien fliegen die Regierungsparteien raus; in Deutschland und Spanien wackeln sie ganz schön, und die Bourgeoisie ist gespalten über ihre Taktik gegen die Arbeiter. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiter den Kampf aufnehmen und auf breiter Front zurückschlagen.

Die Zerstörung von ganzen Industrieregionen und Millionen von Arbeitsplätzen ist nicht die Folge einer „falschen Regierungspolitik", sondern reflektiert die eiserne Logik des verrotteten Kapitalismus mit seiner Produktionsweise für Profit. Der Kapitalismus kann nicht reformiert oder durch Parlamente gezwungen werden, anständige Lebensverhältnisse zu schaffen: Man muß dieses System durch Arbeiterrevolution zerschlagen.

Die Russische Revolution von 1917 hat gezeigt, daß die Arbeiter die Macht ergreifen und die Weltgeschichte verändern können. Sozialdemokraten wie Steinkühler & Co. predigen die Lüge über den „Tod des Kommunismus" und das „Scheitern des Sozialismus", um den Kapitalismus als einzigen Weg anzupreisen. Aber es ist der Stalinismus, der gescheitert ist; der Kommunismus lebt in den Kämpfen gegen kapitalistische Ausbeutung. Wenn die Arbeiter ihre eigenen Interessen durchsetzen wollen, müssen *sie gegen das kapitalistische System selbst* kämpfen.

Sogar der IGBE-Chef Hans Berger sagte: „Wir haben die Schnauze voll von Marktideologen" und Bonns „Arbeitsvernichtungsprogramm" *(Westdeutsche Allgemeine Zeitung,* 15. März). Das hat ihn aber nicht daran gehindert, dem neuesten Arbeitsplatzabbau bei Ruhrkohle zuzustimmen. Die Stahl- und Metallarbeiter wissen sehr wohl um ihre Macht, wie es ein Arbeiter bei der Kundgebung der Krupp/Hoesch-Arbeiter am 4. März in Essen sagte: „Wozu brauchen wir die Krupps, Thyssens oder Cromme, was die können, können wir schon lange." Aber damit die Arbeiter „können", brauchen wir die politische Macht — eine sozialistische Revolution —, denn die Bourgeoisie von Auschwitz wird nicht von alleine gehen. Und wie die russischen Arbeiter damals auch, brauchen wir eine revolutionäre Arbeiterpartei in der Tradition von Marx, Lenin und Trotzki, die diesen Kampf als Tribun aller Ausgebeuteten und Unterdrückten zum Sieg führen kann. Dafür kämpfen die Spartakisten.

Wir brauchen eine Regierung, die auf Arbeiterräten basiert, um eine geplante, kollektivierte Wirtschaft aufzubauen und einen längerfristigen Plan zu entwickeln, der auf die Bedürfnisse der Arbeiter ausgerichtet ist. Doch wie das Beispiel der DDR gezeigt hat, kann dies nicht in einem (oder einem halben) Land verwirklicht werden, sondern nur auf internationaler Ebene. Nur revolutionärer Klassenkampf öffnet den Weg zu einem Staat der Arbeiter als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa."

Voran: Dreckschleuder für die SPD — und sie machen es umsonst

Nachfolgendes Flugblatt wurde auf der JRE-Versammlung am 5. April in Berlin-Marzahn verteilt, um gegen den Ausschluß von Spartakisten zu protestieren.

Am Montag, dem 29. März, eröffnete ein Voran-Sprecher die wöchentliche öffentliche Versammlung der JRE-Marzahn mit der ältesten Verleumdung gegen Kommunisten und Trotzkisten, daß die Spartakisten „angeblich vom Staatsschutz unterwandert" seien und deshalb ab sofort ausgeschlossen würden ... bis 20 Uhr 30. Danach allerdings dürfte der angebliche „Staatsschutz" wieder an den Sitzungen teilnehmen! Daß diese schmutzige Anmacherei nur dazu dient, politische Diskussionen zu vermeiden, liegt auf der Hand.

Haben wir das alles nicht schon einmal gehört? Lenin und Trotzki sollen den Menschewiki zufolge deutsches Gold bekommen haben, um die bolschewistische Revolution durchzuführen. Und Stalin verleumdete Trotzki gleichzeitig als Geheimagent für den englischen und französischen Imperialismus, Japans Mikado und Hitler. Diese schmutzigen Lügen von Sozialdemokraten und Stalinisten waren nur dazu da, die revolutionäre Politik zu verhindern, und dienten als Vorbereitung zur Gewalt gegen die Revolutionäre.

Wofür kriegen denn die Spartakisten angeblich Geld und Unterstützung vom Staatsschutz? Hat sich etwa der Staatsschutz den von den Spartakisten organisierten Protest gegen den rassistischen Überfall auf Manuel Tembe in Hohenschönhausen ausgedacht, an dem sich übrigens auch JRE-Mitglieder beteiligten? Oder vielleicht für unsere gemeinsame Mobilisierung, die Nazi-Versammlung am 24. Januar in Tegel zu stoppen? Oder war es die Arbeiter/Immigrantenmobilisierung zur Verteidigung eines Wohnheims, zu der wir gemeinsam mit dem Komitee für soziale Verteidigung am 30. Januar in Berlin aufriefen? Damals lehnte die Voran/JRE-Führung es ab, mit einer solchen Aktion die Nazis wirklich zu stoppen, und rief statt dessen zur Unterstützung von Lichterketten auf. Oder war es gar unser Angebot im März, gemeinsam JRE-Versammlungen in Marzahn gegen drohende Nazi-Überfälle zu verteidigen?

Wir fragen uns, woher der Voran-Sprecher Patrick diese verlogenen Anschuldigungen hat. Sicher ist, daß es gerade die SPD ist, die in den 70er Jahren Staatsschutz und Verfassungsschutz ausgebaut hat und bis heute mit ihren Fingern dick drinnen ist. Und wer sitzt denn seit Jahrzehnten in der Staatsschutz-Partei-Deutschlands, wir oder Voran? Wenn Noske der Bluthund der deutschen Revolution war, sind die tollwütigen Hündchen von heute seine Erben.

Worum geht es hier? Die Spartakist-Arbeiterpartei, die für ihren kompromißlosen Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung bekannt ist, wird von einer Organisation mit Dreck bewqrfen, die seit Jahren fest in den Armen der SPD liegt, des Vorreiters der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR. Für Voran konnte damals der Anschluß nicht schnell genug gehen. Einen Monat nach der antifaschistischen Massendemonstration im Januar 1990 gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow, die von den Spartakisten initiiert wurde, kam *Voran* Nr. 117 mit der Schlagzeile „SPD in die Offensive!" heraus und forderte in vorauseilender Hexenjagd-Manier: „Enteignet den gesamten Besitz der SED-PDS".

Jetzt wollen die Voran-Jusos mit der Gründung der JRE gerade die Jugendlichen für die SPD einfangen, die gegen die Folgen der Konterrevolution, gegen Massenabschiebungen und Nazi-Terror auf die Straße gehen. Und wir wurden mit dieser Verleumdung genau dann angegriffen, als wir veröffentlichten, daß laut Protokoll des Juso-Bundeskongresses in Bonn Ende 1992 der Antrag der Kasseler Jusos schwarz auf weiß die Gründung der JRE vorschlug, damit „Ansehen und politischer Einfluß von Jusos unter ostdeutschen Jugendlichen zunehmen, was in Anbetracht des traurigen Zustandes vieler Juso-Untergliederungen in den neuen Ländern bitter nötig ist". Engholms SPD der Petersberger Beschlüsse, der Sammellager und Massenabschiebungen, soll also in verzuckerter Form unter die antifaschistischen ostdeutschen Jugendlichen gebracht werden. Zu diesem Zweck griff Patrick am letzten Montag in die antitrotzkistische Mottenkiste.

Wer hat aber tatsächlich so eng mit dem Staatsschutz zusammengearbeitet? Die Wiedergründung der SPD ist 1945 massiv durch den amerikanischen OSS-CIA finanziert worden, weil die SPD als traditionell reformistische Kraft das am besten geeignete Instrument war, um einen revolutionären Aufstand abzuwürgen und die westdeutschen Arbeiter zu fesseln. Das Ostbüro der SPD, das finanziell vom CIA unterstützt und eng mit CIA und der Gehlen-Organisation (unter den Nazis „Fremde Heere Ost") verbunden war, funktionierte als Zentrum für konterrevolutionäre Aktivitäten in der sowjetischen Zone und später der DDR.

Und wenn wir schon bei Geheimdiensten sind: Auf internationaler Ebene dient die Friedrich-Ebert-Stiftung als konterrevolutionäre Zentrale der Sozialdemokratie. Als 1974/75 in Portugal eine vorrevolutionäre Situation entstand, pumpte die SPD über ihre Stiftung (die zu Recht nach dem Mann benannt ist, der sagte: „Ich hasse die Revolution wie die Sünde") Millionen von DM in die Gründung einer portugiesischen SP, die dann eine antikommunistische Hexenjagd anstiftete und KP-Büros niederbrannte. Und in Polen hat die SPD zusammen mit der amerikanischen AFL-CIA die konterrevolutionäre Solidarnoœæ finanziert, die die klerikale Reaktion an die Macht brachte.

Warum wird gerade jetzt die Dreckschleuder gegen die Spartakisten gekurbelt? Unsere antifaschistischen Initiativen und unsere trotzkistische Politik finden Gehör unter den JRE-Aktivisten. Und vieles, was wir von Anfang an über die SPD/Voran-Verbindung von JRE gesagt haben, ist vor aller Augen eingetroffen. Mittlerweile mobilisiert die JRE zur Berliner SPD-Zentrale und reiht sich damit offen in die Tradition ihres lang verleugneten großen Bruders Voran ein, der seit Jahrzehnten als handzahme Opposition in der SPD jede Schweinerei abdeckt. Das JRE-Flugblatt vom 24. März gipfelt in einem Appell an Engholm und Konsorten: „Wir fordern von der SPD-Führung, daß sie der Änderung des Asylrechts nicht zustimmt ... daß sie einen konsequenten Kampf für neue Wohnungen, für Arbeitsplätze, gegen Entlassungen und gegen jede Kürzung im Sozialbereich führt."

Doch viele Jugendliche sind alles andere als wild darauf, in die Partei der Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse eingeschleust zu werden, die Flüchtlinge und Immigranten in Sammellager sperrt und abschiebt. Ihnen haben wir eine Alternative anzubieten: das trotzkistische Programm der Mobilisierung der Jugendlichen, die sich mit den Arbeitern und Immigranten verbinden im Kampf gegen den offiziellen Rassismus von CDU und SPD genauso wie gegen den Nazi-Terror auf den Straßen. Dazu müssen wir eine revolutionäre Partei aufbauen, die für Arbeiterrevolution kämpft, um ein für alle Mal Schluß zu machen mit jeder Unterdrückung des Kapitalismus. Dafür kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei.«

Mandel sagt, er wird mit Spartakisten debattieren

Wir warten

Zu Anfang einer Serie von hochgradigen „Seminaren" hielt der Führer des Vereinigten Sekretariats (VS), Ernest Mandel, im Februar in New York einen 10-Dollar-pro-Kopf-Vortrag über „Die Krise des Neo-Liberalismus". Er hätte besser „Die Krise des Neokautskyanismus des VS" heißen sollen. Etwa 50 Alt-Anhänger Mandels von der amerikanischen VS-Sektion Socialist Action und aus Solidarity (in Deutschland Gruppe Avanti und teilweise in der VSP) und eine Handvoll anderer hörten Mandels Polemik gegen „Etiketten", die jetzt zu seinem Standard-Arsenal gehört: „Sozialisten, Kommunisten, es macht keinen Unterschied".

Es macht sicherlich keinen Unterschied für diesen Zentristen für jede Saison. Für Mandel waren die „drei Aufgaben" von Marxisten heute eine Leier von banalen liberalen Klischees: Verteidigung „aller Forderungen der Massen, die ihren wirklichen Bedürfnissen entsprechen, *wie sie sie sehen";* für „totale Identifikation mit Menschenrechten", mit „radikalem Feminismus, der Umwelt"; für die „Wiedervereinigung von Sozialismus und Freiheit" — als ob diese entgegengesetzt wären!

Offensichtlich liegen Klassenkampf, sozialistische Revolution und eine trotzkistische Partei für Mandel nicht genug im Trend. Es überrascht nicht, daß er es fertigbrachte, in seinem Vortrag nur einen einzigen Hinweis auf die Konterrevolution zu machen, die Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion verwüstet hat, wobei er kurz und bündig bemerkte, daß „Arbeitslosigkeit in den bürokratischen nachkapitalistischen Gesellschaften" zum ersten Mal ansteigt.

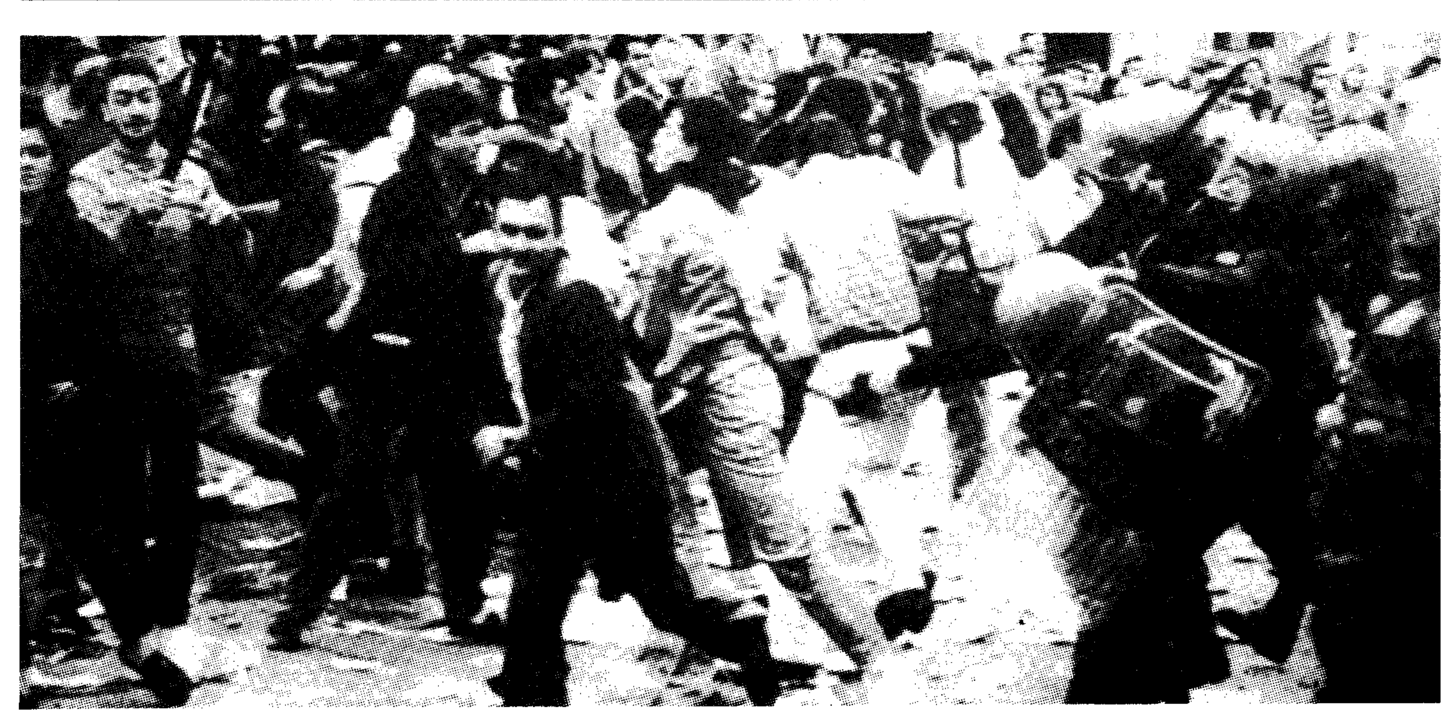
Das VS hat guten Grund, den Mund in dieser Frage nicht allzu weit aufzureißen, hat es doch jede konterrevolutionäre Kraft in den ehemaligen deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten bejubelt, von Solidarnoœæ über die Nazi-Waldbrüder in Estland bis zu Jelzins konterrevolutionärem Aufstieg im August 1991. Jetzt verleugnen sie schwachsinnigerweise, daß die kapitalistische Konterrevolution im ganzen ehemaligen Sowjetblock stattgefunden hat.

Als ein Sprecher der Spartacist League/U.S, das Wort ergriff, um die politische Verantwortung des VS für Jelzins Konterrevolution hervorzuheben, brannte dem glattzüngigen „marxistischen" Professor die Sicherung durch, er unterbrach unseren Genossen und verlangte „Beweise". Mandel mag zu sehr mit seiner Vorlesungsreihe beschäftigt sein, um die Publikationen seiner eigenen Organisation zu lesen, aber er wurde sofort mit einem Zitat aus einem *Inprecor*-Artikel vom 29. August 1991 von der führenden VSlerin Catherina Verla konfrontiert, die für die Notwendigkeit, „an Jelzins Seite zu kämpfen", eintritt.

Als ein zweiter Spartacist-Sprecher nach einem Satz vom Vorsitzenden unterbrochen wurde, trotz Widerspruchs von

Fortgesetzt auf Seite 25

Kapitalistische Wiedervereinigung führt zur Wirtschaftskrise



La Repubblica

Italienische Arbeiter erheben sich gegen Austeritätsprogramm der Regierung, diktiert von den Frankfurter Bankiers. Konterrevolution und Wirtschaftskrise rufen Klassenkampf in ganz Europa hervor

Deutschland desorganisiert Europa

Der erste Teil dieses Artikels, den wir im Spartakist *Nr. 101 abgedruckt haben, befaßte sich mit dem Ende des Mythos vom „deutschen Modell" der institutionalisierten Klassenzusammenarbeit infolge der Auswirkungen der kapitalistischen Wiedervereinigung.*

Teil zwei von zwei

Während den Arbeitern Westdeutschlands die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen droht, haben die Herrscher des Vierten Reiches die Werktätigen der ehemaligen DDR schon in Verelendung und Abhängigkeit vom Arbeitsamt gestürzt. Ein liberaler amerikanischer Ökonom, Robert Isaak, beobachtete: „Bei einem Besuch im ostdeutschen Bundesland Thüringen im Sommer 1991 waren die einzigen, die sich im Restaurant mehr als einen Kaffee oder ein Bier leisten konnten, die Touristen" („Germany: Economie Powerhouse or Stalemate" [Deutschland: Wirtschaftsmacht oder Sackgasse], *Challenge,* September/Oktober 1992).

Ein Jahr davor war die sozialisierte Wirtschaft der DDR aufgelöst worden, als die DM eingeführt und die nationalisierten Unternehmen von der westdeutschen Treuhandanstalt übernommen wurden. „Der Zusammenbruch der Industrieproduktion, der darauf folgte, ging weit über das hinaus, was bisher jemals irgendwo auf der Welt gesehen wurde", schrieb der konservative bürgerliche Ökonom Lutz Hoffmann (in Paul J.J. Welfens, Hrsg., *Economie Aspects of German Reunification* [Wirtschaftliche Aspekte der deutschen Wiedervereinigung], Springer-Verlag, 1991). Die Industrieproduktion ist seit 1989 um *75 Prozent* zusammengebrochen. Ein Jahr nach der Einführung der Währungsunion waren beinahe fünf Millionen der 9,5 Millionen Beschäftigten entweder direkt arbeitslos, auf „Kurzarbeit" oder völlig vom Arbeitsmarkt verdrängt worden.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch war besonders verheerend für die Frauen in Ostdeutschland, die 65 Prozent der offiziell registrierten Arbeitslosen ausmachen. Die Abschaffung der kostenlosen Kinderbetreuung macht es für viele Frauen schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, zu arbeiten. Teilzeitarbeitsplätze, meist von Frauen, waren das erste, was die Treuhand bei ihren „Kostensenkungsprogrammen" wegstrich. Und Männer, die aus den Fabriken gefeuert wurden, fingen an, sich um Arbeitsplätze zu bewerben, wo traditionell eher Frauen gearbeitet hatten, z. B. als Bankangestellte, Briefträgerinnen und im öffentlichen Nahverkehr.

In grober Weise geben deutsche bürgerliche Ökonomen wie Hoffmann den Opfern die Schuld und behaupten, daß der Umtauschkurs von 1:1 von Mark der DDR in DM im Rahmen der Währungsunion im Juli 1990 die ostdeutschen Arbeiter — verächtlich bezeichnet als „eine Arbeiterschaft, die nicht daran gewöhnt war, effizient zu arbeiten" — zu teuer für den Weltmarkt gemacht hätte. Aber Fabrikarbeiterlöhne in Dresden und Leipzig sind immer noch gerade halb so hoch wie in München und an der Ruhr.

Aber bei ihren Entscheidungen darüber, wo sie investieren, vergleichen deutsche Unternehmen die Lohnkosten in Brandenburg und Sachsen mit denen in Mexiko und Brasilien. So hat Daimler-Benz vor kurzem Pläne fallengelassen,

bei Ludwigsfelde ein LKW-Werk zu bauen, während sie weiterhin ihr mexikanisches Projekt vorantreiben. Zur gleichen Zeit zog Krupp die Pläne für eine Übernahme des größten ostdeutschen Stahlwerks EKO-Stahl in Eisenhüttenstadt zurück, wobei sie sich auf die „allgemeine Misere" auf dem europäischen Stahlmarkt beriefen.

Selbst dort, wo westdeutsche Unternehmen ehemalige DDR-Betriebe übernommen haben, haben sie die Zahl der Arbeitsplätze im Schnitt *um zwei Drittel* zusammengestrichen. Opel z. B. hat das Automobilwerk in Eisenach, das früher den Wartburg produziert hat, aufgekauft und umgerüstet. Im alten Wartburg-Werk arbeiteten 14000 Menschen, bei der neuen Opel-Tochter arbeiten 2000.

Dies veranschaulicht sehr klar den Unterschied zwischen einer vergesellschafteten Wirtschaft, selbst wenn sie durch stalinistisch-bürokratische Mißwirtschaft deformiert ist, und einer kapitalistischen Wirtschaft. Das vorherrschende wirtschaftliche Ziel in der DDR war es, Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten und dabei die Gesamtproduktion für das Land zu maximieren. Beschäftigte in Unternehmen, in denen die Produktion pro Kopf relativ niedrig lag, wurden deshalb nicht entlassen. Sie konnten zur gleichen Zeit freiwillig in besser bezahlte Arbeitsplätze in anderen Unternehmen überwechseln, was normalerweise mit höherer Produktivität einherging.

Das vorherrschende Ziel eines kapitalistischen Unternehmens ist es, die Profitrate zu maximieren, d. h. die Rendite des investierten Geldes. Dies bedeutet, die Anzahl der beschäftigten Arbeiter wird auf ein Minimum gesenkt, während zur gleichen Zeit der Produktionsausstoß pro Arbeitskraft maximiert wird. In Ostdeutschland gibt es heute zur gleichen Zeit Massenarbeitslosigkeit und gesteigerte Arbeitshetze sowie Überstunden für diejenigen, die sich glücklich schätzen können, überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben. „Wir haben Leute, die Tag und Nacht arbeiten, und andere, die überhaupt keine Arbeit haben", sagte der stellvertretende Bürgermeister von Bautzen der Londoner *Financial Times* (11. August 1992). Die Drohung, arbeitslos zu werden, wird benutzt, um die ostdeutschen Arbeiter gefügig zu machen für die Disziplin, die ihnen die neuen kapitalistischen Bosse auferlegen.

Dies ist ein Beleg dafür, daß die Zerstörung der Industrie der DDR nicht allein auf Profiterwägungen beruhte. Ihr Ziel war auch, das traditionell sozialistische Proletariat



Bolesch/Black Star

Kapitalistische Wiedervereinigung entfacht Nazi-Terror. Stoppt Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung!

der DDR *zu atomisieren und zu terrorisieren,* um dadurch den Widerstand in der Bevölkerung gegen die neue Ordnung des Vierten Reichs zu verhindern. Zur wirtschaftlichen Verwüstung trug die Entscheidung der Treuhand bei, 1400 leitende Wirtschaftskader zu feuern, weil sie angeblich inkompetent seien. In Wirklichkeit ist diese Säuberung der ostdeutschen Wirtschaftskader Teil einer breiteren antikommunistischen Hexenjagd, deren Ziel es ist, die DDR als einen verbrecherischen Staat darzustellen und Rache zu üben für die Niederlage, die die Rote Armee Deutschland im Zweiten Weltkrieg zugefügt hat.

Bis Ende 1991 fiel die Gesamtproduktion Ostdeutschlands um 45 Prozent auf 180 Milliarden DM. Dies entsprach ungefähr der Hälfte der Konsumnachfrage. Die andere Hälfte wurde durch Transferzahlungen der Regierung in Form von Geldern aus der Arbeitslosenversicherung, Rentenzahlungen und Sozialprogrammen finanziert. Das, was das Kohl-Regime Fonds für den „Wiederaufbau" Ostdeutschlands nannte, war letztendlich eine *massive interne Exportsubvention* für westdeutsche Hersteller von Konsumgütern. Die einzigen produktiven Investitionen konzentrierten sich auf das Kommunikationswesen und den Verkehr,

Fortgesetzt auf Seite 18



Metaller von Bosch-Siemens riefen bei Protest im letzten Mai zur Einheit von deutschen und eingewanderten Arbeitern auf. Im Kampf gegen Lohnraub und Entlassungen müssen die Arbeiter für volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier sind, kämpfen

Spartakist

Wirtschaftskrise...

Fortsetzung von Seite 17

um die Vermarktung der Güter, die in Westdeutschland hergestellt werden, zu erleichtern. Philip J. Bryson, ein amerikanischer Spezialist für die DDR-Wirtschaft, hat darauf hingewiesen:

„Es gibt keine zwingenden Gründe für westdeutsche Unternehmen zu investieren, um Zugang zum ostdeutschen Markt zu erlangen, der jetzt einfach Teil ihres eigenen Marktes ist. Es reicht völlig aus, die Produktionskapazitäten in westlichen Fabriken auszunutzen und einfach den entsprechenden Teil der größeren Produktion zum Verkauf in den Osten zu transportieren." („The Economies of German Reunification" [Die wirtschaftliche Funktionsweise der deutschen Wiedervereinigung], *Journal of Comparative Economies,* März 1992)

1990/91 erlebte Westdeutschland einen Mini-Boom, konzentriert auf Konsumgüter infolge der subventionierten Exporte in die neuen östlichen Länder. So wurden zum Beispiel über drei Viertel der 4000 DDR-Mark, die pro Kopf zum Kurs 1:1 umgetauscht werden konnten, für neue und gebrauchte Autos aus dem Westen ausgegeben. Aber als die anfängliche Ausgabenwelle vorbei war, brachte die Finanzierung des Wiedervereinigungsdefizits sehr bald die ganze europäische kapitalistische Wirtschaft unter Druck, und die Rückwirkungen machen sich jetzt auch in Deutschland bemerkbar.

Es gibt eine Parallele zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland seit der Wiedervereinigung und den USA zu Beginn und Mitte der 80er Jahre. In beiden Fällen gab es eine massive Ausweitung der Regierungsausgaben für unproduktive Zwecke — in Amerika für Rüstungsgüter, als zum Beispiel für „Star Wars" das Geld zum Fenster rausgeworfen wurde; in Deutschland, um die Millionen zu unterstützen, die mit der Zerschlagung der Industrie der ehemaligen DDR auf die Straße geworfen wurden. In beiden Fällen wurden die Steuereinnahmen nicht erhöht (Reagan hat für die Reichen sogar die Steuern gesenkt), was einen riesigen Anstieg der Regierungsdefizite mit sich brachte. Man schätzt, daß die Verschuldung des öffentlichen Sektors in Deutschland, die 1990 45 Prozent des Bruttosozialproduktes betrug, bis 1996 auf beinahe 70 Prozent ansteigen wird.

In beiden Fällen wurden die inflationären Auswirkungen einer von rapide ansteigenden Defiziten begleiteten Ausgabenpolitik, die das Geldvermögen der Reichen entwertet hätte, dadurch gedämpft, daß die Zinssätze auf historische Höhen getrieben wurden. Zu Beginn der 80er Jahre beschwerte sich der sozialdemokratische BRD-Kanzler Helmut Schmidt darüber, daß die US-Politik zum höchsten Realzinsniveau „seit Christi Geburt" geführt hätte. Und der Wall-Street-Ökonom Sam Nakagama witzelte, daß die Bekämpfung der Inflation durch eine ultra-restriktive Geldpolitik ungefähr so wirke wie Bombenteppiche: sie funktioniere durch die Einebnung der Industrie des Landes. Das Defizit wurde beinahe vollständig auf Kosten der produktiven Investitionen finanziert.

Genauso wie Reagans Amerika sich von einer Gläubigernation in eine Schuldnernation wandelte, so ist Deutschland nach dem Anschluß zu einem Netto-Kreditnehmer auf dem weltweiten Geldmarkt geworden. Und genauso wie Reagans Wirtschaftspolitik dazu beigetragen hat, die Welt in die Depression von 1982/83 zu stürzen, so haben das Defizit des Vierten Reiches und die wucherischen Zinsen der Bundesbank die ganze westeuropäische Wirtschaft nach unten gezogen.

Während Reagans Wirtschaftspolitik eine mehr oder weniger beabsichtigte — wenn auch mit katastrophalen Folgen verbundene — Politik war, sind die wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland seit der Wiedervereinigung das Ergebnis eines nicht abbrechenden fraktionellen Kampfes innerhalb der herrschenden Klasse. Einflußreiche Kreise des Finanzkapitals glaubten, daß Kohl zuviel für den Aufkauf der DDR auf Pump angeboten hätte. Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl wandte sich ganz offen dagegen, die Mark der DDR zum Kurs von 1:1 in DM umzutauschen. Und als Kohl sich weigerte, in Westdeutschland die Steuern zu erhöhen, trat der Bundesbankchef Ende 1990 aus Protest gegen etwas zurück, was er später als „unmöglich teure Versprechen" bezeichnete, die den Bürgern der DDR gemacht worden seien, um ihnen den Anschluß schmackhaft zu machen.

Pöhls Kollegen jedoch übten schon bald Rache am „Kanzler des deutschen Volkes" und ebenso am Rest der europäischen Staatsoberhäupter. Die deutsche Bundesbank rühmte sich ihrer famosen „Unabhängigkeit" und hob die Zinssätze auf das höchste Niveau der Nachkriegszeit an. Der Diskontsatz (der Zinssatz, zu dem sich Banken Geld von der Bundesbank leihen können) wurde von 3,5 Prozent im Jahre 1989 auf 8 Prozent Anfang letzten Jahres erhöht.

Die „Verteidigung" der geheiligten DM durch die Bundesbank schwächte noch zusätzlich die deutsche Wirtschaft und blutete den Rest des kapitalistischen Europas aus. Die hohen Kosten für die Schuldenaufnahme waren ein zusätzliches Hindernis für produktive Investitionen in Ostdeutschland, was wiederum das Defizit der Wiedervereinigung ansteigen ließ. Die Lösung, die die Bundesbank vorschlägt, heißt, den arbeitslosen Ostdeutschen die Rationen zu kürzen. Aber dies würde bedeuten, ein Streichholz in einen Kessel leicht entflammbaren, ja explosiven, Materials zu werfen.



Der Spiegel

Freidemokrat Kinkel, Christdemokrat Kohl und Sozialdemokrat Engholm wollen „Solidarpakt", damit die Arbeiter die Kosten für kapitalistische Konterrevolution zahlen



Leipzig: Ostdeutsche Metallarbeiter protestierten im letzten Dezember gegen die Verwüstung der industriellen Wirtschaft der ehemaligen DDR

Der Spiegel

Zur gleichen Zeit wachsen die Zinszahlungen an die Frankfurter und internationalen Banken schneller als die Transferzahlungen für die verarmten Ostdeutschen. Im letzten Jahr gaben Bund, Länder und Gemeinden und öffentliche Einrichtungen wie die Treuhand *rund 100 Milliarden DM* für Zinsen aus, was 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts in Deutschland bedeutet. Wenn es so weitergeht, werden 1995 die Zinszahlungen 18 Prozent aller Regierungsausgaben aufsaugen, verglichen mit 8 Prozent im Jahr 1989.

Die Einverleibung der DDR hat auch Deutschlands internationale Finanzsituation radikal geändert. 1989 hatte Westdeutschland einen Handelsbilanz-Überschuß von 120 Milliarden DM, wovon mehr als 60 Milliarden in Form von Bankkrediten und Erwerb von ausländischen Wertpapieren auf die weltweiten Finanzmärkte zurückflössen. Mit der Wiedervereinigung lenkten Westdeutschlands Fabrikanten ihre Exporte von ausländischen Märkten auf den neu eroberten Markt östlich der Elbe um, wobei die darüber hinausgehende Konsumnachfrage zu zunehmenden Importen führte.

1991 hatte sich Deutschlands Handelsüberschuß auf 38 Milliarden DM reduziert. Aber das wurde mehr als ausgeglichen durch die Ausgaben deutscher Touristen im Ausland, durch Überweisungen von eingewanderten Arbeitern an ihre Familien in der Türkei, Jugoslawien usw., durch Bonns Beitrag zur Europäischen Gemeinschaft und die Hilfe für die neuen konterrevolutionären Regime in Osteuropa. Dadurch hatte Deutschland ein Zahlungsbilanzdefizit von 30 Milliarden DM, was finanziert wurde durch Auflösung von Auslandsguthaben und Kreditaufnahme auf dem internationalen Geldmarkt. Das reichste Land in Europa zog Geld aus Britannien, Italien, Spanien usw. an. Um das massive Abfließen von Kapital nach Frankfurt am Main zu verhindern, mußten diese Länder ihre eigenen Zinssätze anheben, was ihre sich schon in der Krise befindende Wirtschaft noch weiter in die Rezession trieb.

Klassenkampf im Vierten Reich

Im letzten Frühjahr ließ der Internationale Währungsfonds (IWF) das Kohl-Regime wissen, daß es geordnete Verhältnisse schaffen müsse. Der *World Economie Outlook* [Prognose für die Weltwirtschaft] (April 1992) des IWF stellte fest:

„Das große Defizit, das im Zusammenhang mit dem Wiedervereinigungsprozeß entstanden ist, hat anfänglich die Aktivitäten in Deutschland und seinen Partnerländern beträchtlich stimuliert, aber das Wachstum in Europa wird jetzt behindert durch das hohe Zinsniveau, das notwendig ist, um mit dem daraus resultierenden inflationären Druck in Deutschland fertigzuwerden."

Der IWF verschrieb Deutschland die gleiche bittere Medizin, die er normalerweise verschuldeten Ländern der Dritten Welt verordnet: Anhebung der Verbrauchssteuern, Kürzung der Sozialprogramme und der Regierungssubventionen für die Industrie, Lohnkürzungen. Diese Art eines vom IWF diktierten „Austeritäts"programmswird normalerweise von Militärjuntas durchgeführt, die Gewerkschaftsführer ins Gefängnis werfen und foltern und auf hungrige Menschen schießen lassen, die gegen Kürzungen bei Subventionen von Lebensmitteln demonstrieren. Deutschlands Herrscher können dies heute nicht tun, ohne eine soziale Revolution zu riskieren.

Als Kohl versuchte, den Gewerkschaften gegenüber den starken Mann herauszukehren, zeigte die Arbeiterbewegung, daß sie stärker war. Im letzten April schlug der offizielle Schlichter der Tarifverhandlungen zwischen öffentlichen Arbeitgebern und ÖTV vor, die Löhne für die beinahe drei Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Westdeutschland um 5,4 Prozent anzuheben (ungefähr 1 Prozent mehr als die Inflation). Wenn man den Produktivitätsanstieg berücksichtigt, hätte dies die relativen Lohnstückkosten ungefähr konstant gehalten. Aber das deutsche Kapital war darauf aus, *die Ausbeutungsrate seines Proletariats zu steigern.* Deshalb wies Kohl das Angebot zurück und provozierte ganz bewußt einen Streik. Die deutsche herrschende Klasse bekam dann einen Vorgeschmack davon, was wirklicher Klassenkampf bewirken könnte. Die rechte Tageszeitung Die *Welt* (5. Mai 1992) schrieb über „stinkende Müllberge" und „hoffnungsloses Verkehrschaos auf dem Weg zur Arbeit": „Deutschland im Wonnemonat Mai. Überall sind die Zeichen der Stärke der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sichtbar. Der Streik stinkt zum obersten Himmel..."

Natürlich hatten die sozialdemokratischen Bürokraten nicht vor, die demonstrierte Stärke der Gewerkschaften dafür einzusetzen, den Interessen des deutschen Kapitals in die Quere zu kommen. Als Kohl zurückwich, wurde der

Fortgesetzt auf Seite 20

Wirtschaftskrise...

Fortsetzung von Seite 19

Streik mit dem ursprünglichen Angebot von 5,4 Prozent eingestellt. Ein paar Wochen später handelte die IG Metall — die Schlüsselgewerkschaft in Deutschland — mit den Industriebossen einen Tarifvertrag mit ähnlichen Bedingungen aus. So endete die letzte Runde zwischen Arbeit und Kapital in Deutschland mit einem Unentschieden, was den ökonomischen Status quo aufrechterhielt.

Aber dieser Status quo ist jetzt für den deutschen Kapitalismus nicht mehr tolerierbar. „Was wir brauchen, ist eine Reihe von Jahren ohne Lohnerhöhungen", verkündete der Direktor eines Autozulieferbetriebes. Die Ausbeutungsrate ist nicht nur für die Pläne der Frankfurter Bankiers und Ruhrindustriellen völlig unzureichend, um in Osteuropa ein neokoloniales Imperium zu errichten, sie reicht noch nicht einmal dafür aus, das bisherige Produktionsniveau in Deutschland selber aufrechtzuerhalten, besonders angesichts einer weltweiten Rezession.

Während des gesamten letzten Jahres befand sich die deutsche Wirtschaft auf einem Abwärtskurs. Die großen Industriekonzerne — Volkswagen, Daimler-Benz, Opel, Siemens, .MAN, Brown Boveri und andere — haben angekündigt, daß sie Zehntausende entlassen und ganze Fabriken schließen wollen. Der offizielle Rat der Wirtschaftssachverständigen — die sogenannten „fünf Weisen" — sagen für 1993 Nullwachstum voraus. Und selbst sie sind weise genug zuzugeben: „Es besteht die Gefahr, daß die Wirtschaft in eine Rezession fällt. Zwei Jahre nach Deutschlands Wiedervereinigung breitet sich der Pessimismus in beiden Hälften des Landes aus" *(Financial Times,* 17. November 1992).

Auf ihre eigene Art und Weise verstehen diese bürgerlichen Ideologen, daß es ein Potential für Massenwiderstand gegen die neue Ordnung des Vierten Reiches gibt, der vor allem auf der Arbeiterklasse basiert. Die lange Zeit zufriedenen sozialdemokratischen Arbeiter im Westen sehen sich einer kapitalistischen Kampagne ausgesetzt, die das Konsumniveau und die Sozialleistungen, die die Arbeiter mittlerweile als ihr Recht beanspruchen, zurückschrauben soll. In Ostdeutschland stehen die Werktätigen, bei denen es weiterhin starke egalitäre Wertvorstellungen gibt, der augenblicklichen politischen Führung des Vierten Reiches in hohem Maße feindselig gegenüber.

Und ein großer Teil der zwei Millionen türkischen, südslawischen und anderen eingewanderten Arbeiter in Deutschland sind ganz unten in das strategische gewerkschaftlich organisierte Proletariat integriert. Diese ausländischen Arbeiter stehen der deutschen bürgerlichen Ordnung fremd gegenüber und können als kämpferisches Gegengewicht zur konservativen nationalistischen sozialdemokratischen Bürokratie auftreten. Es ist notwendig, eine revolutionäre Avantgardepartei aufzubauen, die wirklich alle Schichten der Arbeiterklasse und ihre sozialen Verbündeten in Deutschland gegen die Nachfolger von Hitlers Drittem Reich vereinen kann.

Sozialdemokraten wollen „Solidarpakt" mit der Deutschen Bank durchdrücken

Als sich der Niedergang der deutschen Wirtschaft im Herbst beschleunigte, nahmen die Stimmen derer zu, die einen „Solidarpakt" fordern, der die Unternehmer und Gewerkschaften auf eine gemeinsame Linie bringt. Christdemokraten, Freidemokraten und Sozialdemokraten sind sich darüber einig, daß sie keine Wiederholung des machtvollen ÖTV-Streiks sehen wollen. Während der SPD-Führer Björn Engholm Forderungen nach einer „großen Koalition" abwehrt — jedenfalls für den Augenblick —, gibt es bereits eine „Punkt-für-Punkt-Koalition" in Schlüsselfragen. Bei einem SPD-Sonderparteitag im Oktober warb Engholm für einen Wechsel in der Politik, um die Partei „regierungsfähig" zu machen ... durch die Übernahme von CDU-Positionen. Und in einem Jahresrückblick schrieb der führende Sozialdemokrat in der Wirtschaftszeitung *Handelsblatt* (31. Dezember 1992): „Wir brauchen einen echten Solidarpakt, eine große Gemeinschaftsanstrengung aller wirtschaftspolitischen Akteure."

Anfang Januar wurde der deutsche Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann zum Rücktritt gezwungen, der fünfte Bundesminister, der in den letzten neun Monaten den Abgang machte. Jetzt, wo die konservative Regierung nach einem Jahrzehnt im Amt Risse zeigt, nimmt der Druck zu, eine „Volksfront" zu bilden. Solch eine Koalition der Klassenkollaboration würde sich gegen die Arbeiterbewegung und Immigranten richten und den Interessen des deutschen Imperialismus dienen. Der SPD-Sonderparteitag stimmte einer „Änderung" des Grundrechts auf Asyl zu, das damit jeglichen Inhalts beraubt wird. Die Parteiväter wollen auch eine Grundgesetzänderung durchdrücken, die es der Bundeswehr erlauben würde, militärisch außerhalb der NATO einzugreifen. Und der Zweck eines „Paktes" zwischen Gewerkschaften, Unternehmern und Parteien würde es sein, Sozialprogramme zusammenzustreichen und Lohntarife auf die Inflationsrate und noch tiefer hinabzudrücken — d.h. *Lohnkürzungen* durchzusetzen.

Kohl wollte diesen „Solidar"pakt bis Ende Januar zusammenzimmern. Deshalb modifizierte die Treuhand ihre Politik, die staatseigenen Betriebe der ehemaligen DDR komplett dichtzumachen, und stimmte zu, gewisse „industrielle Kerne" aufrechtzuerhalten, wenn keine Käufer gefunden werden. Jetzt werden den Gewerkschaftsführern Daumenschrauben angelegt. Die ÖTV fordert dieses Jahr nur 5 Prozent Lohnerhöhung, weniger als die Hälfte ihrer Forderungen 1992. Und selbst der Führer der traditionell kämpferischen IG Metall, die sich rühmt, die stärkste Gewerkschaft der Welt zu sein, Franz Steinkühler, erklärte auf dem IG-Metall-Gewerkschaftstag im letzten Oktober: „Wir wollen den Solidarpakt." Daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bereitwillig ausverkaufen wollen, ist klar: Steinkühler und andere DGB-Führer haben schon im November Geheimverhandlungen mit der Regierung geführt. Aber dies den Arbeitern reinzuwürgen, ist eine andere Sache.

Die Europäische Gemeinschaft zeigt Risse

Die Europäische Gemeinschaft wurde Mitte der 50er Jahre im Rahmen der von den Amerikanern dominierten Reorganisation Westeuropas für den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion gegründet. Washington sorgte sich, daß die NATO durch ein Wiederaufleben der traditionellen Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich Schiffbruch erleiden könnte. Deshalb wurde Westdeutschlands unübersehbare wirtschaftliche Dominanz gemäßigt durch eingebaute Konzessionen an Frankreich, besonders durch hohe agrarprotektionistische Mauern. Die gemeinsame Agrarpolitik — die 60 Prozent des gesamten EG-Haushaltes verschlingt — machte Frankreich zum größten Produzenten und Exporteur von Lebensmitteln in Europa.

Mit der Annektion der DDR durch den deutschen Imperialismus und dem Zusammenbruch der Sowjetunion danach haben jetzt jedoch weder Bonn noch Washington irgendeinen Grund, die französische Bourgeoisie weiterhin zu beschwichtigen, die in der „Neuen Weltordnung" nicht viel zu sagen und zu bieten hat. Als die Bush-Administration nach ihrer Abwahl noch mit Strafzöllen gegen bestimmte europäische Importe drohte, wenn die EG nicht ihre Agrarsubventionen kürzt, fiel Deutschland seinem

französischen „Partner" in den Rücken.

Warum haben dann Kohl und der französische Präsident François Mitterrand beim EG-Gipfel von Maastricht 1991 eine neue Ära der „europäischen Einheit" herausposaunt — ausgedrückt durch ein einheitliches europäisches Währungssystem? Die bürgerlichen Führer sagten, daß sie das nach dem Anschluß größer gewordene Deutschland in einen europäischen Rahmen einbinden wollten. Aber der Vertrag von Maastricht war von Anfang an ein *diplomatisches Betrugsmanöver,* mit dem die wachsenden Konflikte zwischen dem Vierten Reich und seinem gallischen EG-Partner überdeckt werden sollten.

Die französischen Sozialdemokraten haben lange darüber fantasiert, wie man sich die Kontrolle über Deutschlands finanziellen Reichtum durch ein westeuropäisches Währungssystem unter der Kontrolle der Brüsseler Bürokraten „teilen" könne. Dieses Projekt wurde ursprünglich der „Delors-Plan" genannt, nach dem französischen Sozialdemokraten, der Vorsitzender der EG-Kommission ist. Natürlich hatten die Frankfurter Bankiers nicht vor, Delors und seinen Freunden zu erlauben, sich an ihrem Finanzvermögen zu beteiligen. Statt offener Opposition zur vorgeschlagenen Währungsunion der EG, was einen diplomatischen Krach provoziert hätte, verlangte Frankfurt *unmögliche Vorbedingungen* für solch ein System.

Ende 1990 gab die Bundesbank in einer Erklärung „bedingungslose, nicht verhandlungsfähige Vorbedingungen" für ein Europäisches Währungssystem bekannt. Dazu zählte nicht nur eine Zentralbank mit „dauerhaft garantierter Unabhängigkeit", sondern auch, daß die Inflation in ganz Europa „sehr weitgehend beseitigt" sein müsse (zitiert in W.R. Smyser, *The Economy of United Germany* [Die Wirtschaft des vereinten Deutschlands], St. Martin's Press, 1992). Aber zu diesem Zeitpunkt stieg in Deutschland die Inflationsrate schnell auf eine Höhe, die in zehn Jahren nicht erreicht worden war.

In Maastricht stimmten Kohl und Mitterrand unmöglichen Bedingungen für eine Währungsunion zu, die nie gebildet werden sollte. Nur drei der zwölf EG-Länder erfüllten die Vertragsbedingungen — Dänemark (das den Vertrag bald darauf ablehnte), das winzige Luxemburg und Frankreich. Deutschland selbst qualifizierte sich nicht für die Europäische Währungsunion, denn sein Haushaltsdefizit überstieg die Grenze von 3,5 Prozent des Bruttosozialproduktes, die im Vertrag festgelegt worden war. Und wenn irgend etwas in dieser unsicheren Welt sicher ist, dann ist es die Tatsache, daß Deutschlands Haushaltsdefizit während der nächsten Jahre noch zunehmen wird. Wie dem auch sei, der betrügerische Charakter von Maastricht wurde im letzten September deutlich, als die Bundesbank das Europäische Währungssystem kurz vor dem französischen Referendum über den Vertrag torpedierte (siehe „Bankiers des Vierten Reichs zünden das Euro-Chaos", *Spartakist* Nr. 98, Oktober 1992).

Während in Maastricht die wachsenden Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich durch diplomatische Manöver überspielt wurden, traten sie für alle ersichtlich bei der letzten Runde des Handelskrieges zwischen den Vereinigten Staaten und der EG zutage. Hier kann man deutlich die Verstärkung von *inter*imperialistischen Konflikten sehen, nachdem die Kalte-Kriegs-Allianz gegen die Sowjetunion verschwunden ist.

Als der Gemeinsame Markt ursprünglich gegründet wurde, lag der Agrarprotektionismus nicht einseitig nur im französischen Interesse. Westdeutschland hatte selbst politisch einflußreiche Kleinbauern, viele davon in Bayern, der Hausmacht von Franz Josef Strauß, des starken Mannes der christdemokratischen Rechten. Inzwischen ist Strauß jedoch gestorben, und die westdeutsche Bauern-Lobby hat stark an politischem Einfluß verloren. Es liegt im Interesse des deutschen Kapitalismus, die Kosten seiner riesigen Lebensmittelimporte zu reduzieren, um die Löhne niedrig halten zu können. Die Agrarpolitik der Gemeinschaft wurde nur deshalb toleriert, damit Frankreich im Atlantischen Bündnis bleibt.

Für die USA ist die Landwirtschaft ebenfalls einer der wenigen Wirtschaftsbereiche, in denen der amerikanische Kapitalismus starke internationale Wettbewerbsvorteile hat. Die herrschenden Kreise der USA hat es besonders aufgebracht, daß Westeuropa ein abgeschotteter Markt für französische Bauern ist. Washington hat es jedoch nicht zu einem richtigen Handelskrieg gegen Frankreich kommen lassen, um eine Beeinträchtigung der NATO zu vermeiden.

Aber das ist jetzt vorbei. Bei einer Konferenz von Wissenschaftlern über die Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung Ende 1990 stellte Michael Aho von dem prestigereichen Washingtoner Council on Foreign Relations [Kuratorium für außenpolitische Beziehungen] fest:

> „In der Vergangenheit waren die wirtschaftlichen Interessen der USA im Ausland oftmals Sicherheitserwägungen untergeordnet, aus dem Wunsch heraus, es nicht mit den Verbündeten zu verderben. Aber seit die Beschränkungen des Kalten Krieges weggefallen sind, wird

Fortgesetzt auf Seite 24

KONTAKTADRESSEN

Berlin SpAD, Postfach 51 0655
1000 Berlin 51
Telefon: (030)4927866

Halle SpAD, PSF 855
Halle 4002
Telefon: (0345)29055

Hamburg SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 110231
2000 Hamburg 11
Telefon: (040)323644

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)

PDS/Ostrowski: Aus Liebe zu „Deutschland, einig Vaterland"

Nazis sind Terroristen - keine „Gesprächspartner"!

Hunderttausende gingen nach den Rostocker Pogromen auf die Straße, um ihren Abscheu gegen Nazi-Terror zu demonstrieren, in Berlin flogen Eier und Tomaten auf die rassistischen Heuchler der Bonner Allparteienkoalition. In den Betrieben gab es besonders nach dem Möllner Nazi-Brandmord spontane Proteste, die Arbeiter fingen an, über Verteidigungsmaßnahmen zu debattieren. Für Revolutionäre stellte sich umso dringender die Aufgabe, für Arbeiter/Immigrantenverteidigung der Wohnheime zu kämpfen und dafür, die Macht der Arbeiterbewegung zu mobilisieren, um die faschistischen Mörderbanden zu stoppen.

Nicht so die PDS — ganz im Gegenteil. Im letzten August äußerten sie „Verständnis" für die Beifall-Klatscher beim Rostocker Pogrom und verlangten nach mehr Polizei. Und jetzt fühlt sich die stellvertretende Bundesvorsitzende der PDS, Christine Ostrowski, dazu animiert, den Nazi-Führer der Nationalen Offensive, Constantin Mayer, „kennenzulernen statt sich gleich die Köpfe einzuschlagen". Dort entdeckte sie: „Unsere sozialen Forderungen stimmen im Grunde überein, bis hin zum Wortlaut."!

Das ging dann wohl sogar der PDS-Führung etwas zu weit, und Ostrowski mußte ihren Rücktritt einreichen — wenn auch nicht ohne Würdigung ihrer „vielen belebenden Überlegungen und Aktivitäten" durch den PDS-Bundesvorstand (Erklärung vom 15. März). Denn darin sind sie sich absolut einig: „Der PDS-Parteivorstand teilt die von Christine Ostrowski immer wieder vorgebrachte Auffassung, daß es gelingen muß, sich rechtsextrem gebende Jugendliche Schritt für Schritt aus ihrem Milieu und rechter Ideologie herauszulösen, und daß dazu vielfältige Überlegungen notwendig sind."

„Vielfältige Überlegungen"? Faschisten sind Mörderbanden! Über 30 Menschen wurden im letzten Jahr von Nazis brutal umgebracht. Hätten die Juden im zaristischen Rußland besser mit den Pogromisten reden sollen? Oder die Schwarzen in den USA mit den Lynchbanden des Ku Klux Klan? Meinen sie, daß Hitler und der Holocaust nur ein Produkt von Mißverständnissen war, die durch „reden" hätten aus der Welt geschafft werden können? Nein! Während sie mit Ostrowski und ihresgleichen an einem Tisch sitzen, werfen ihre „Gesinnungs"kameraden draußen Brandflaschen auf Flüchtlingsheime und werden letztlich euch und eure Familien umbringen. Deshalb ist es notwendig, sie zu stoppen.

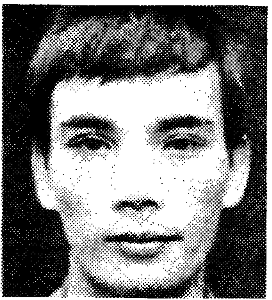
Die großdeutsche Volksfront ist sich von den Bonner Plenarsälen bis zu PDS-Provinzgrößen und ihren „linken" Anhängseln wie Voran und SAG darin einig, daß man mit den Nazis im Vierten Reich „leben und reden" muß. Die Regierung steckt jährlich Hunderttausende DM in Jugendclubs und Büros für Nazis, wo sie unter dem Schutz von „Streetworkers" ihre Mordzüge vorbereiten können. Der Berliner SPD-Senator Thomas Krüger ist dabei besonders aktiv; vom Berliner CDU-Nazifreund Lummer zu der Bonner Ministerin Angela Merkel in Magdeburg, vom SPD-Pfaffen Manfred Stolpe in Cottbus und Gregor Gysis Fernsehrunde mit SS-Schönhuber ist die rassistische Volksfront damit beschäftigt, die Faschisten im Vierten Reich salonfähig zu machen. Nach dem Ostrowski-Skandal waren die Seiten im *Neuen Deutschland* voll von Leserbriefen von PDSlern, die mit Nazis am Stammtisch sitzen wollen. Die leichtsinnige und geradezu selbstmörderische Politik, Gespräche besonders mit Jung-Nazis zu führen, wird auch von anderen Linken wie der „Jugend gegen Rassismus in Europa" (JRE) geteilt (siehe *Spartakist* Nr. 101, Februar/März).

Was sie eint, ist ihre Unterstützung für die kapitalistische Wiedervereinigung, für die der deutsche Nationalismus eine wesentliche Antriebskraft war. Die SPD, die seit 1914 der Hauptträger des deutschen Nationalismus in der Arbeiterbewegung ist, war der Vorreiter des Anschlusses der DDR — wir bezeichneten sie treffend als „Trojanisches Pferd der Konterrevolution". Und die ehemaligen Stalinisten der PDS fielen vor dem Ansturm des Imperialismus


Gust/Zenit


AP

Links: Berliner SPD-Senator Krüger im trauten Gespräch mit Nazi-Schlägern. Erst zerschlugen sie mit der Konterrevolution die DDR-Jugendclubs, jetzt stecken sie Hundertausende DM in Nazi-Zentren. Tatkräftige Antifaschisten haben dieses Nazi-Nest gesäubert. Rechts: Staatlich genehmigtes Pogrom in Rostock




Antirassistische ini Spiegel-Fotos

Opfer des Nazi-Terrors (von links): Amadeu Antonio in Eberswalde; Nguyen Van Tu und Silvio Meier in Berlin; Yelfz und Bahide Arslan in Mölln. Die Wut und Trauer bestärkt uns im Kampf für eine Arbeiterrevolution. Unsere Aufgabe ist es, mit der Nazi-Brut für immer Schluß zu machen!

auf die Knie und bettelten um einen besseren Ausverkaufspreis, als sie sich dem DM-Siegeszug ergaben mit der Losung „Wir sind ein Volk. 1:1". Nur die Spartakisten kämpften ohne Wenn und Aber gegen die Zerstörung der DDR durch die kapitalistische Wiedervereinigung.

Die Bonner Parteien haben den Nazi-Terror angeheizt. Als „Schocktrupps des Kapitalismus" stehen die Nazis bereit, um mit sozialer Demagogie das Kleinbürgertum und rückständige Arbeiter gegen Flüchtlinge, Juden, Schwule und andere „Sündenböcke" mobil zu machen. Sie zielen letztlich auf die organisierte Arbeiterbewegung ab. Faschismus ist keine „Ideologie". Wie Trotzki feststellte: „Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten" *(Was Nun?,* 1932).

Die rassistische Volksfront fing nicht erst heute mit der Abschaffung des Asylrechts an. Schon vorher bauten die SPD-Landesregierungen Sammellager für Flüchtlinge und führten Massenabschiebungen durch; die Grünen waren für eine Quotenregelung gegen Immigranten, und die PDS rief nach mehr Polizei. Doch als Ende letzten Jahres Massenproteste gegen den Nazi-Terror und den rassistischen Bonner Asylbeschluß ausbrachen, inszenierten sie national „Lichterketten", um die Antifaschisten an Regierung und SPD-„Opposition" zu fesseln.

„Keine Gewalt" wurde zum Schlagwort der Volksfront, um die Immigranten und Antifaschisten wehrlos zu machen, die sich Gedanken über bewaffnete Selbstverteidigung machten. Die überlebenden Opfer der Nazis werden gleichzeitig mit den Mördern angeklagt, wie die Freunde von Mete Ek°i, weil sie sich gegen die braunen Schläger verteidigt haben. Und das „Gewaltmonopol des Staates" wird bei verschärften Polizeirazzien in Immigrantenwohnheimen und mit der Kampagne über „Ausländerkriminalität" durchgesetzt, an der sich *Neues Deutschland* mit der Hetze gegen eingewanderte Hütchenspieler schamlos beteiligt.

Die PDS ist heute noch stolz darauf, daß sie die DDR „gewaltlos" an den Imperialismus übergeben hat. Und jetzt bietet der Ex-Vorsitzende der PDS, Gregor Gysi, in einer Stellungnahme zum Fall Ostrowski seine Dienste als Makler an, nämlich „Gespräche vor Ort, um eine drohende Eskalation von Gewalt abzuwenden". Schlägt Gysi vor, wie der „Vermittler" des Rostocker Pogrom-Pakts zwischen Seiters, Bullen und den Nazis einzuspringen? Dort machte die Polizei mit einem gegenseitigen „Waffenstillstand" den Nazis freie Bahn, 115 vietnamesische Arbeiter entkamen nur mit größter Not dem Tod. Selten wurde deutlicher, was die Rolle von Polizei und bürgerlicher *Staatsgewalt* ist.

Zum 30. Januar, dem 60. Jahrestag von Hitlers Machtergreifung — während die Volksfront „Lichterketten" beim Brandenburger Tor veranstaltete —, mobilisierte die SpAD in den Gewerkschaften und unter antifaschistischen Jugendlichen für die Verteidigung von Immigrantenwohnheimen. Über hundert Antifaschisten, hauptsächlich Jugendliche, sorgten dafür, daß in dieser Nacht die Immigranten in einem Berliner Wohnheim eine ungestörte Nacht verbringen konnten. Seither haben wir gemeinsam mit diesen Jugendlichen bei Arbeiterdemonstrationen mit unserem Programm für den Aufbau von Arbeiterverteidigungsgruppen interveniert, die auf der Macht der Gewerkschaften basieren und in denen die eingewanderten Kollegen eine Schlüsselrolle spielen werden. In den jetzigen Streiks der Metaller und Stahlarbeiter können Streikpostenketten die Keimzellen solcher Verteidigungsgruppen bilden, die die Nazibanden in ihre Löcher zurücktreiben.

Als die Spartakisten die Masseneinheitsfront-Demonstration gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow initiierten, mobilisierte die SED-PDS dafür. Gregor Gysi stand neben der Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus auf der Tribüne und sah die potentielle Macht der Arbeiterklasse direkt vor sich. Nach der Hetzkampagne der SPD und der Medien kritisierte die SED-PDS ihre Teilnahme wenige Tage später. Danach wirkte sie selbst an der SPD-geführten Hexenjagd mit. Weil die PDS die DDR dem deutschen Imperialismus in den Rachen warf, schrieb sie auch den Sieg der Roten Armee über das Hitler-Reich ab, der zur Entstehung des deformierten Arbeiterstaats in Ostdeutschland geführt hatte.

Im letzten Sommer kamen Gysi und DSU-Diestel mit der Gründung von „Ostkomitees" heraus. Jetzt will der neue Vorsitzende Bisky die PDS nach dem Modell dieser regional-nationalistischen Vereine als „Gerechtigkeitspartei" in den Handel bringen, um 1994 unter den Nicht- und „Protest"-Wählern auf Stimmenfang zu gehen.

Die Kommunistische Plattform in der PDS hat sich darauf spezialisiert, ein bißchen den Zeigefinger zu erheben, wenn es mit der Parteiführung allzu schlimm wird, um die gleiche Politik in abgeschwächter Form zu rechtfertigen. So wies die K-Platt auf den Zusammenhang zwischen Ostrowskis „Arbeitsvereinbarungen" mit Nazi-Führern und ihrer Hexenjagd gegen K-Platt-Sprecherin Sahra Wagenknecht hin und erklärte: „Wir halten jede Koalition zwischen PDS und neonazistischen Gruppen, zu welchen Zwecken auch immer, als gegen die Grundsätze und Ziele der Partei des Demokratischen Sozialismus gerichtet." Sahra Wagenknecht unterschrieb diese Erklärung, doch gleich darauf bekräftigte sie: „Gespräche mit verblendeten Jugendlichen, die den braunen Rattenfängern hinterherlaufen, halte ich, wo immer das möglich ist, für den Versuch wert" (PDS-Pressedienst, 19. März).

Die Wiedervereinigung hat einer ganzen Generation von Jugendlichen die Zukunft geraubt, und daraus rekrutieren auch die Faschisten. Die Folgen der Konterrevolution — Massenarbeitslosigkeit, Hexenjagd und Nazi-Terror — sind

Fortgesetzt auf Seite 24

PDS/Ostrowski...

Fortsetzung von Seite 23

der Nährboden für das Anwachsen der faschistischen Banden. Doch die Jung-Nazis werden blitzschnell in alle Winde zerstoben werden, sobald die Arbeiter/Immigranten in entschlossenen Aktionen gegen die braunen Banden vorgehen.

Der sich als trotzkistisch ausgebende Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) polemisiert gegen den Ostrowski-Skandal, als ob er in Opposition zur allumfassenden großdeutschen Volksfront stünde. Doch er kommt schnell zum Punkt: „Die Verantwortung für den Zulauf zu faschistischen Gruppierungen in der ehemaligen DDR trägt in erster Linie die PDS bzw. SED" *(Neue Arbeiterpresse,* 26. März). Wie schon beim Honecker-Prozeß machen diese politischen Banditen bei der schmutzigen antikommunistischen Hexenjagd der Bourgeoisie mit. Der BSA hat in den letzten 15 Jahren jede konterrevolutionäre Kraft gegen die deformierten Arbeiterstaaten und die Sowjetunion unterstützt, nur bei Protesten gegen Nazi-Terror und bei Verteidigungsaktionen für Immigranten ist er nie zu sehen!

Jetzt wollen *Der Spiegel* und die Sozialdemokraten die kriminelle nationalistische Linie von Stalin/Thälmann, die 1931 für die „nationale Befreiung" Deutschlands in Wettbewerb mit den Nazis traten, für die antikommunistische Hexenjagd ausnutzen (während die CDU/SPD-Polizei das Karl-Liebknecht-Haus 1991 stürmte, wie es schon die SA 1933 getan hatte). Stalins/Thälmanns Politik verharmloste genau wie ihre „Sozialfaschismus"-Linie den Faschismus, demoralisierten die Arbeiter und erlaubte so Hitler, ohne Widerstand an die Macht zu kommen.

Trotzkis Linke Opposition kämpfte dafür, der SPD-Führung die proletarische Einheitsfront aufzuzwingen. Wie Trotzki 1938 plastisch beschrieb, ließ die Sozialdemokratie es zu, daß die Nazis mit einer Handvoll Schläger ohne Widerstand deren Arbeiter-Massenversammlungen auseinandertrieben: „Die Arbeiter waren nur dazu organisiert, Beiträge zu zahlen. Überhaupt keine Vorbereitung für andere Aufgaben." Trotzki forderte die Aufstellung von Arbeitertfupps, die umgekehrt die Nazi-Versammlungen auflösen („Weitere Diskussionen über das Übergangsprogramm").

Als das Komitee für soziale Verteidigung und die Spartakist-Arbeiterpartei im November 1991 in Halle unter Gewerkschaftern dafür mobilisierten, die angekündigte Nazi-Provokation am Jahrestag der Reichspogromnacht zu stoppen, griffen viele Arbeiter den Vorschlag zu einer Einheitsfront auf. Unter dem Druck vor allem der Metaller- und der Eisenbahnergewerkschaft gab der DGB Halle einen Aufruf heraus, *sich dort zu versammeln, wo die Nazis gedroht hatten zu marschieren.* Buchstäblich fünf vor zwölf zogen die DGB-Bürokräten dies unter dem Druck ihrer Frankfurter Zentrale wieder zurück. Wenn die Nazis damals gestoppt worden wären, hätte es Rostock vielleicht nie gegeben.

Der Schlüssel für den Kampf gegen die Nazis ist der Aufbau einer trotzkistischen Führung, die als Volkstribun aller Unterdrückten kämpft. Nur die Zerschlagung des kapitalistischen Staates durch die sozialistische Revolution wird den Nazis ein für alle Mal den Boden entziehen!«

Wirtschaftskrise...

Fortsetzung von Seite 21

Amerika nicht so zögerlich sein, seine wirtschaftlichen Ziele in bezug auf Handel und gesamtwirtschaftliche Fragen aggressiv durchzusetzen. Zur gleichen Zeit wird es weniger Machtmittel in der Hand haben, denn Europa und Japan sind weniger abhängig vom militärischen Schutz der USA. Als Ergebnis wird ein selbstbewußteres Amerika einer selbstbewußteren Welt gegenüberstehen, ein Rezept für eine Konfrontation." (in Paul J.J. Welfens, Hrsg., *Economie Aspects of German Unification* [Wirtschaftliche Aspekte der deutschen Wiedervereinigung])

Wenige Monate später kam es zur Konfrontation, und die sogenannte „Uruguay-Runde" der GATT-Verhandlungen (Allgemeines Abkommen über Zölle und Handel) kam zu Fall. Japan war unnachgiebig, was den Schutz seiner Reisbauern anging, und Deutschland unterstützte zögernd Frankreichs knallharte Verteidigung der Agrarpolitik der EG. Also verließen die amerikanischen Delegierten empört die Verhandlungen.

Um die Verhandlungen „wiederaufzunehmen", kündigte Washington im letzten November an, daß es einen Zoll in Höhe von 200 Prozent auf europäische Importe im Werte von 300 Millionen Dollar, hauptsächlich französischen Wein, verhängen werde, wenn die EG bei den Agrarsubventionen nicht klein beigebe. Während Bauern in Frankreich Rathäuser stürmten, amerikanische Fahnen verbrannten und McDonalds blockierten, machte der deutsche Außenminister Klaus Kinkel gebieterisch klar, es gelte für Europa, daß „Kompromisse notwendig sind, und Frankreich sich letztendlich dem anschließen muß" *(New York Times,* 11. November 1992).

Ein paar Wochen später setzte Deutschland einen solchen „Kompromiß" zwischen der EG und den USA durch. Der französische sozialistische Ministerpräsident Pierre Bérégovoy erklärte, daß dieses Handelsabkommen „unannehmbar" sei, aber akzeptierte es trotzdem, begleitet von Äußerungen, daß Paris eventuell zu einem späteren Zeitpunkt ein Veto einlegen würde. Die herrschenden französischen Sozialdemokraten waren sich beinahe sicher, die anstehenden Parlamentswahlen im März zu verlieren, und versuchten ganz offensichtlich Zeit zu gewinnen, damit es die rechten bürgerlichen Parteien sind, die den Ärger der wütenden Bauern und der Großmachtshandels„partner" von Frankreich abbekommen. Was auch immer das Ergebnis des letzten Handelszusammenstoßes zwischen USA und EG sein mag, sicher ist, daß die Spannungen zwischen Paris und Bonn/Berlin in Zukunft zunehmen werden.

Die westeuropäische politische und wirtschaftliche Ordnung — lange definiert durch NATO und Gemeinsamen Markt — fällt infolge steigender sozialer Auseinandersetzungen und Kämpfe zunehmend auseinander. Die Aussichten, daß eine sozialdemokratisch geführte Volksfront den Klassenkampf in Deutschland im Zaum halten kann, sind beileibe nicht gesichert. Der machtvolle ÖTV-Streik in Deutschland, die spontane Arbeiterrevolte in Italien und die massive Streikwelle in Griechenland weisen auf die Perspektive einer proletarischen Revolution, die zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa führt. Wie die SpAD in „Stürzt die Kohl-Regierung durch Arbeiteraktion" schrieb *(Spartakist-Extrablatt,* Mai 1992):

> „Deutschland ist der Schlüssel zu Europa — für Barbarei oder Sozialismus. Um dieses Land im Interesse aller Werktätigen wiederaufzubauen und die Wirtschaft vernünftig auf internationaler Ebene zu planen, muß man für eine Arbeiterregierung kämpfen, die das Kapital *enteignet* und die Produktionsmittel in die Hände derjenigen legt, die den Reichtum produzieren. Um diesen Kampf zu organisieren und ihn zum Sieg zu führen, brauchen die Arbeiter eine revolutionäre Arbeiterpartei. Für den Aufbau solch einer Partei in der internationalistischen Tradition von Lenin und Trotzki kämpfen die Spartakisten."

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 566, 1. Januar und* Workers Vanguard *Nr. 567, 15. Januar*

Bögelein...

Fortsetzung von Seite 7

Bögelein wurde nach dem Krieg Sowjetbürger. Er arbeitete als Dolmetscher und vernahm Nazi-Kriegsverbrecher für die Rote Armee in Klaipéda, Litauen. Dort lernte er auch Karl Kielhorn kennen, den Leiter der Lager-Antifa. 1947 verhörte er den Nazi-Kriegsrichter Erich Kallmerten, der 178 Todesurteile gegen sowjetische Partisanen und Wehrmachtsoldaten verhängt hatte und deshalb von empörten Antifaschisten umgebracht wurde. Wie wir in *Spartakist* Nr. 96 (Juni/Juli 1992) schrieben: „Daß der Nazi-Kriegsrichter Kallmerten seine verdiente Strafe bekommen hat, ist eine Selbstverständlichkeit für jeden Antifaschisten. Doch genau wie bei der SPD-geführten Hexenjagd auf Mielke und Honecker sucht man bei Organisationen wie PDS und DKP vergeblich nach einer Verteidigung der Antifaschisten."

Gerhard Bögelein hat uns Spartakisten Immer wieder gedankt, weil wir ihn von Anfang an verteidigt haben. Weil wir den Sieg der Roten Armee über den Hitler-Faschismus begrüßen und die Sowjetunion gegen den Imperialismus und die interne Konterrevolution verteidigten und konsequent gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft haben, war es für uns eine Selbstverständlichkeit, Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn zu verteidigen. Es war unsere einfache Pflicht als Trotzkisten.

Nach seiner Haftverschonung am 8. Dezember 1992 haben wir Gerhard mehrmals getroffen. Er las gern *Spartakist* und unseren russisch-sprachigen *Spartacist* und stellte viele Fragen über die Entwicklungen in der UdSSR. Gerhard Bögelein hat eine Menge erlebt und wollte seine Erfahrung weitergeben. Über den 17. Juni 1953 schrieb er:

„So saß ich im Zuchthaus Waldheim z. B. mit Verurteilten aus den Tagen des 17. Juni 1953 und kenne die wahren Gründe um diesen Tag und lernte dort auch Volkspolizisten kennen, die zu den Meuterern mit der Waffe übergelaufen sind. Ich kenne das Warum, Wieso und Weswegen es zu diesem 17. Juni überhaupt kam, obwohl ich zu dieser Zeit im GULAG saß... Daß hier in der BRD dieser Tag als ‚Tag der Einheit' in die Geschichte einging, ist erstunken und erlogen und ist eine Verdrehung und Verfälschung der Geschichte!

Nicht vergessen aber dabei darf man die eigentlichen Helden dieser Tage und dieser spontanen Meuterei — das waren die Soldaten der Roten Armee, die sich weigerten, auf ihre unbewaffneten Klassenbrüder zu schießen. 17 davon wurden erschossen, Hunderte wurden degradiert, verurteilt und landeten im GULAG. Diese Soldaten und Offiziere hatten gemerkt, daß ihresgleichen ihnen gegenüber standen, Arbeiter, Bauern und Angestellte, und sie verweigerten den verbrecherischen Feuerbefehl. Aber dieser Helden gedenkt heute niemand und das ist sehr traurig!"

Das Vierte Reich hat uns alle, aber besonders die jüngere Generation von Antifaschisten, der Chance beraubt, mehr über Gerhard Bögeleins Kampf und seine Erinnerungen zu erfahren. Für uns Spartakisten war es ein Privileg, Gerhard Bögelein kennenzulernen. Er ist für uns und alle Antifaschisten eine Inspiration. Er blieb seinen Kampfprinzipien treu, die ihn vor 50 Jahren geleitet haben, als er zur Roten Armee überlief und gegen die Nazis und ihre faschistischen Verbündeten kämpfte. Er war standhaft trotz schwerer Krankheit, Haft und Folter. Das Vierte Reich konnte ihn nicht brechen. Das soll unsere Inspiration sein, und wir ehren seine Erinnerung in unserem Kampf, den Nazi-Terror für immer von diesem Planeten zu beseitigen, indem wir durch Arbeiterrevolution das verrottete kapitalistische System beseitigen.«

Mandel...

Fortsetzung von Seite 15

einem Drittel der Besucher, brach das totale Chaos aus: Der Vorsitzende und der Sprecher redeten gleichzeitig, dazu kamen Appelle der Zuhörer, daß Mandel seine Bemerkungen begrenzen sollte. Einige sorgfältig abgestimmte Zwischenrufe über James P. Cannons Haltung zur Arbeiterdemokratie ergaben die Qualität einer komischen Oper, während die unvereinigten amerikanischen VS-Unterstützer (die es vorziehen, so zu tun, als gäbe es die SL nicht) hin und her rutschten.

Mandel verbrachte seine zwei sehr ausführlichen „Antworten auf Fragen" hauptsächlich damit, direkt gegen uns zu polemisieren (auch über Fragen, die unser Sprecher in seiner Intervention nie aufgeworfen hatte), wobei er wiederholt darauf bestand, daß er eine Debatte mit uns führen würde, wenn wir eine Veranstaltung organisierten. Als ein SL-Genosse ihn unterbrach: „Ist das wahr — wir werden eine Debatte haben?", antwortete Mandel: „Ja, ja". Der Wortwechsel ging weiter:

SL: „Du wirst mit uns debattieren? Du stimmst zu?"

Mandel: „Ja, absolut. Organisiert eure Veranstaltung."

SL: „Dreißig Minuten jede Seite, okay?"

Mandel: „Ich wiederhole: Wenn ihr eine Veranstaltung organisiert, ihr mir 30 Minuten gebt, werde ich auf eurer Veranstaltung sprechen."

Nun gut, wir werden sehen. Drei Tage später wurde Mandel von der Internationalen Kommunistischen Liga persönlich eine Auffoderung zur Debatte übergeben, die nachstehend abgedruckt ist. „Ihr werdet sicher eine Antwort bekommen", sagte Mandel, nachdem er den Brief gelesen hatte, „aber ich bin ein disziplinierter Genösse, ihr werdet also warten müssen. Ich kann das nicht allein machen."

Es ist eine lange Zeit vergangen, seit irgend jemand in dem notorisch unvereinigten VS „Disziplin" ins Spiel gebracht hat. Aber wir warten, Genösse Mandel.

24. Februar 1993

Werter Genosse Mandel,

bei der Veranstaltung an der Marxist School am Sonntag, dem 21. Februar, hast Du wiederholt bestätigt, daß Du mit einem Repräsentanten unserer Organisation öffentlich debattieren wirst, wenn wir Dich zu einer Veranstaltung einladen, die von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) organisiert wird.

Wir nehmen dieses Angebot an und laden Dich ein, an einem für beide Seiten annehmbaren Termin an einer öffentlichen Veranstaltung teilzunehmen. Wir schlagen eine Debatte zum Thema „Die russische Frage und der Zusammenbruch des Stalinismus" vor. Der von uns bevorzugte Ort wäre Berlin, aber wir sind anderen Vorschlägen gegenüber offen (zum Beispiel London oder Paris).

Wir stimmen auch der Redezeitbegrenzung von 30 Minuten je Sprecher zu, die Du vorgeschlagen hast. Natürlich würden wir auch für die Zuhörer Zeit einplanen wollen, wo sie die Möglichkeit haben zu sprechen, und schlagen eine Runde mit Zeitbegrenzung vor, gefolgt von Zusammenfassungen von Dir und unserem Vertreter.

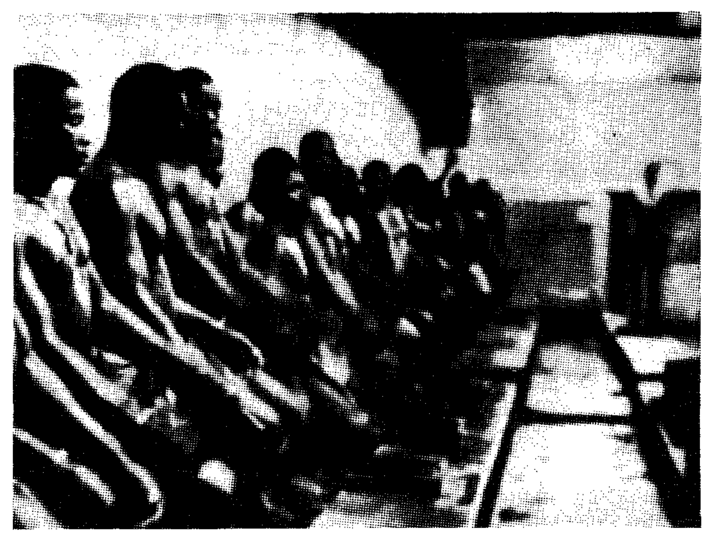
Natürlich sind wir gewillt, jegliche Abänderungen zu diskutieren, die Du vorschlägst.

Mit solidarischen Grüßen
Alastair Green
für die Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Südafrika...

Fortsetzung von Seite 32

F.W. De Klerk und seiner Nationalpartei (NP, Nats) das Land im Interesse der Bergwerksbosse und der Jo'burger Börse verwalten soll, ist keine plötzliche Entwicklung. Dies ist der Höhepunkt eines politischen Planes, den südafrikanischen Kapitalismus zu bewahren, der mit der Freilassung von Mandela und mit der Legalisierung des ANC vor drei



Der Spiegel

Apartheid-Kapitalismus ist abhängig von Superausbeutung schwarzer Goldminenarbeiter

Jahren in Gang gesetzt wurde. Der Deal beruhte auf der Zustimmung des ANC, nicht nur seine Forderung nach Nationalisierung der Bergwerke fallenzulassen, deren sagenhafter Reichtum auf der Plackerei schwarzer Arbeiter beruht, sondern sogar sein Programm aufzugeben, daß die 30 Millionen starke schwarze Bevölkerung als Mehrheit herrschen soll.

Wenn diese Übereinkunft hält, dann werden Wahlen, die im April 1994 stattfinden sollen, eine Körperschaft mit 400 Sitzen zur Folge haben, in der alle Parteien, die mehr als 5 Prozent der Stimmen erhalten, entsprechend ihrem Wähleranteil vertreten sein werden. Diese Körperschaft würde eine neue Verfassung ausarbeiten und fünf Jahre lang als Interimsparlament dienen. Der Präsident würde aus den Reihen der erfolgreichsten Partei gewählt werden. Jede Partei, die mindestens 5 Prozent der Sitze gewonnen hat, hätte Anspruch auf einen Platz im Kabinett. Der Haken ist, daß bei wichtigen Fragen die Zustimmung des Kabinetts und bei „gewissen Fragen" eine Zweidrittelmehrheit notwendig wäre. Dadurch hätten die Nats und die Demokratische Partei, die führenden kapitalistischen Parteien der Weißen, zusammen mit ihren Bantustan-Marionetten, darunter Inkatha-Führer Buthelezi, und ihren Kollaborateur-Parteien in dem gegenwärtigen auf Rassentrennung beruhenden „Dreikammer"-Parlament effektiv das Vetorecht bei allen wichtigen Entscheidungen.

Um die vom ANC lange vertretene Position „eine Person, eine Stimme" zu umgehen, wurden verschiedene Pläne für ein Vetorecht der Weißen gegen eine schwarze „Regierung" ausgetüftelt. Um es klipp und klar zu sagen, das Abkommen über eine „Machtbeteiligung" wird die Macht in den Händen der Apartheid-Herrscher lassen, was die fortgesetzte Versklavung der überwiegenden Mehrheit von Nichtweißen in Südafrika bedeutet. Der bluttriefende Armee- und Sicherheitsapparat wird intakt bleiben, ebenso wie der übrige rassistische kapitalistische Staat. Dieser Pakt markiert einen historischen Verrat an den Zielen der schwarzen Werktätigen Südafrikas, die seit Generationen kämpfen, in Gefängnissen leiden und zu Tausenden sterben, um ihre Freiheit zu gewinnen. Nun entpuppt sich selbst die Freiheitscharta des ANC, die (trotz der Behauptungen von verschiedenen Beifall klatschenden Linken) nicht über einfache bürgerliche Demokratie hinausgeht, als ein leeres Stück Papier.

Unter diesem grausamen „Kompromiß" wird das „neue" „Nach-Apartheid"-Südafrika sehr ähnlich wie das alte aussehen. Was wird sich ändern für die Millionen, die in Elendsquartiere am Rande der modernen Städte, die mit ihrem Schweiß erbaut wurden, eingepfercht sind? Für schwarze Frauen, die gezwungen werden, in Hinterhöfen zu leben und in den hinteren Räumen der wohlhabenden Vororte der Weißen, wo sie sich um die Kinder anderer Leute kümmern müssen? Für Schwarze auf dem Lande, die von ihrem Grund und Boden in die unfruchtbare Öde der Bantustans vertrieben worden sind? Und der Terror der Untergrundbanden, die von den Apartheid-Herrschern finanziert und angestiftet werden, wird weitergehen.

Wie wir Trotzkisten wiederholt betont haben: Unter dem südafrikanischen Kapitalismus, der auf der Superausbeutung der Arbeitskraft der Schwarzen beruht und deshalb der Mehrheit von Schwarzen die elementarsten Rechte verweigert, kann es keine Demokratie für die Ausgebeuteten und Unterdrückten geben. Jeder, der für die Befreiung der schwarzen, „farbigen" und indischen Massen Südafrikas eintritt, einschließlich der Weißen, die nicht den Rest ihres Lebens in einem permanenten Kasernenstaat verbringen wollen, muß dieses groteske „Abkommen" zurückweisen. Dringend nötig ist die Schaffung einer bolschewistischen Partei, um das schwarze Proletariat zur Mobilisierung im Kampf für die Arbeiterrevolution zu führen. Die Internationale Kommunistische Liga fordert: Zerschlagt den kollaborationistischen Pakt! Wer arbeitet, soll herrschen!

Südafrikanische KP als Makler des Neo-Apartheid-Pakts

Den augenblicklichen Verhandlungen gingen interne Kämpfe auf beiden Seiten voraus, von der NP gegen die reaktionäre Apartheid-Rechte und vom ANC gegen militante Nationalisten in seinen eigenen Reihen und außerhalb. De Klerk schaffte dies durch das rassistische Referendum im letzten Mai, bei dem 68 Prozent der Weißen für seine Verhandlungsstrategie stimmten. Der ANC demonstrierte seinen Rückhalt bei den Schwarzen in einem zweitägigen Generalstreik im August, der Johannisburg lahmlegte und zu einer Blockade des Regierungssitzes in Pretoria führte. Doch diese Mobilisierung war darauf ausgerichtet, das Regime zurück an den Verhandlungstisch zu zwingen. Nach den blutigen Massakern im Township Boipatong und in Bisho in der Ciskei hatte der ANC die Verhandlungen abgebrochen, um eine Revolte von unten zu verhindern, denn die Jugendlichen in den Townships forderten Waffen.

Dem Abkommen ging auch eine Kampagne innerhalb der 50 000 Mitglieder starken Südafrikanischen Kommuni-

Chris Hani ermordet

Kurz vor Redaktionsschluß erfuhren wir, daß der 50jährige Chris Hani am Morgen des 10. April erschossen wurde. Der Nationalsekretär der SACP und ehemalige Chef der Guerilla-Armee des ANC, Umkhonto we Sizwe (MK) wurde in seinem Wohnort Boksburg, einem Vorort von Johannesburg, durch vier Schüsse niedergestreckt.

Bereits am Abend protestierten Tausende ANC-Jugendliche gegen den brutalen Mord. Die wütenden Proteste in den Townships müssen mit der Macht der schwarzen Arbeiterklasse verbunden werden. Stürzt Apartheid durch Arbeiterrevolution!

stischen Partei (SACP) voraus, die Joe Slovo, der Vorsitzende der SACP, vom Stapel ließ, um die Mehrheitsherrschaft auf die lange Bank zu schieben und den „Machtteilungs-Kompromiß" mit De Klerk zu akzeptieren. Slovo eröffnete die „Debatte" im letzten Herbst mit einem Artikel in der Zeitschrift *African Communist,* wo er eine Übergangsregierung mit einer längeren „Sonnenuntergangsklausel" für die weißen kapitalistischen Herrscher und ihren Staatsapparat forderte, darunter eine Amnestie für die Apartheid-Schlächter und eine Beschäftigungsgarantie für die militärische und die zivile Bürokratie. Slovo verbündete sich mit Mandela, um den Deal in den Kreisen der ANC-Führung durchzudrücken.

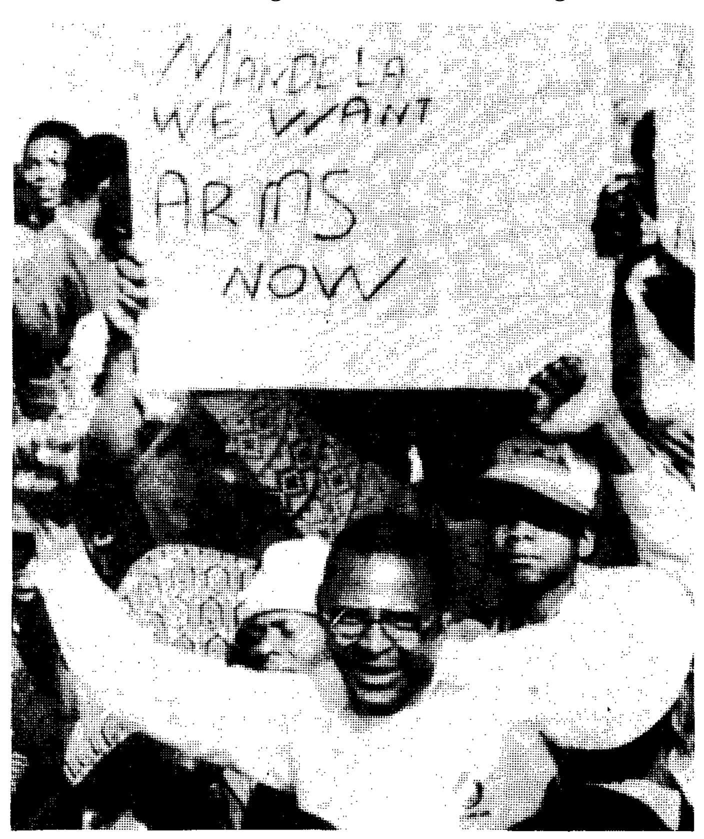
Dies provozierte Unruhe bei den Mitgliedern sowohl des ANC als auch der SACP. Schwarze Jugendliche in den Townships, die von Mandelas Kollaboration die Nase voll haben, hoffen auf eine Alternative in Gestalt von Chris Hani, dem Nationalsekretär der SACP und ehemaligen Chef der Guerilla-Armee des ANC, Umkhonto we Sizwe (MK). Hani, Harry Gwala, der stalinistische Hardliner und SACP-Führer in Natal, und Winnie Mandela haben sich als die pseudoradikale Opposition gegenüber einer künftigen Mandela-Regierung in Szene gesetzt. Sie verurteilten den Deal als einen Ausverkauf des Kampfes für Mehrheitsherrschaft. Und Hani hat damit gedroht, sich an die Spitze einer Abspaltung, der „Sozialistischen Allianz", zu setzen, die bei Wahlen gegen den ANC antreten könnte. Aber alle Flügel von ANC/SACP stimmen grundsätzlich mit der Strategie der Verhandlungen überein, nur über die Wahl des Zeitpunkts und über Formulierungen sind sie verschiedener Meinung.

Obwohl Winnie Mandela weitgehend diskreditiert ist, sagen selbst ihre ärgsten Feinde, sie habe den Nerv getroffen, als sie sagte: „Die Führung des ANC geht mit der Nationalpartei ins Bett, um den neuentdeckten Luxus zu genießen." Die ANC-Jugendliga gab am 22. Februar eine Stellungnahme heraus, die sich gegen eine Koalitionsregierung „nach der Annahme der neuen Verfassung" (aber nicht davor?) richtete. Hani/Mandela drücken die Enttäuschungen der lumpen-plebejischen Unterstützer des ANC aus, die anders als die schwarzen Möchtegern-Yuppies um ANC-Generalsekretär Cyril Ramaphosa und Thabo Mbeki bei dem „Machtteilungs"-Deal nichts zu gewinnen hätten. Doch auf ihre Weise stehen solche Elemente dem schwarzen Proletariat genauso fern wie diejenigen, die den Pakt durchdrücken wollen.

Außerdem spielen die verschiedenen Kritiker eine Schlüsselrolle dabei, sicherzustellen, daß der Deal durchkommt. So gab es bei der Sitzung des Nationalen Exekutivkomitees des ANC vom 16.—18. Februar eine einstimmige Entscheidung für die Ratifizierung des Machtteilungs-Abkommens. Hani und Gwala waren praktischerweise abwesend, als es zur Abstimmung kam, und sorgten somit dafür, daß es keinen wirklichen Kampf gab. Ihre Kritik betrifft nur die Dauer der „Sonnenuntergangsklausel". Fünf Jahre sind zuviel, sagt Hani, eine „Einheits"regierung würde nicht länger als neun Monate halten!

Der ANC müsse sowohl in der Regierung sein als auch in Opposition zu ihr. Wenn Mandela Präsident ist, dann wird Hani die „militante Opposition" sein, auf Abruf bereit. Hani äußerte sich offen in einem Interview der Londoner *Sunday Times* (31. Januar): „Ich will die Freiheit haben, von außen kritisieren, Demonstrationen führen, Streiks organisieren und die neue Regierung so unter Druck setzen zu können, daß sie das Richtige tut." Die *Times* fügte hinzu: „Hani hob hervor, daß er keine Alternative zu einer Übergangslösung der Machtbeteiligung sieht, und bestätigte, daß die Kommunisten bei der ersten Wahl Partner des ANC bleiben werden."

In der klassisch reformistischen stalinistischen Tradition der „Revolution in Etappen" erzählte Hani dem Londoner *Guardian* (15. Februar), daß zwar sein langfristiges Ziel der Sozialismus sei, doch „im Augenblick kämpfen wir für die Freiheitscharta" als „ersten Schritt". Aber sie werden nicht einmal das bekommen! Der SACP-Führer erzählt Journalisten: „Nationalisierungen sind nicht notwendigerweise die



Reuters

Mandela versucht, verlogene „Machtbeteiligung" zu verkaufen, während ANC-Anhänger Waffen von ihm verlangen. Zerschlagt Apartheid! Für Arbeiterrevolution!

Antwort", und fordert einen Pakt zwischen den Großkonzernen und den Gewerkschaften für bessere Wohnungen und Ausbildung. Groteskerweise fordert Hani, die Armee solle während des Übergangs dadurch „kontrolliert" werden, daß MK-Kämpfer in die Apartheid-Armee integriert werden! Hani benutzte das *Guardian-Interview,* um den nervösen Herrschern zu versichern, daß auch dann, wenn die Kommunisten in der Regierung sind, es keine Kampagne geben wird, die Apartheid-Schlächter ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Er sagte:

> „Wir planen keinerlei Nürnberger Prozesse, obwohl sie unsere Führer ins Gefängnis warfen und versuchten, so viele von uns durch Operationen jenseits der Grenze umzubringen. Schaut nur auf Genossen Slovo; er sitzt da und redet mit den Männern, die seine Frau töteten."

Wie grotesk! Slovos Frau, Ruth First, eine kommunistische Führerin, Journalistin und Anti-Apartheid-Aktivistin wurde 1982 durch eine Briefbombe ermordet.

Arm in Arm mit Clinton und dem Kapital

Bei den augenblicklichen Mehrparteien-Gesprächen treten der ANC und die Nationalpartei gemeinsam dafür ein, ihre „Regierung der nationalen Einheit" durchzudrükken. Die Verhandlungen sind das Nachspiel der CODESA-Gespräche („Convention for a Démocratie South Africa" [Versammlung für ein demokratisches Südafrika]) im Dezember 1991 und Mai 1992, wo Bantustan-Chefs, Quislinge des Dreikammer-Systems, Apartheid-Herrscher und Anti-

Fortgesetzt auf Seite 28



SACCAWU News

Block von Gewerkschaftern in COSATU/ANC marschiert gegen Kürzungen. Kämpferische schwarze Arbeiterbewegung muß mit ANC brechen, um Apartheid-Kapitalismus zu zerstören

Südafrika...

Fortsetzung von Seite 27

Apartheid-Aktivisten am gleichen Tisch saßen. Begleitet von viel Gerede über Versöhnung, „legten sich die Lämmer mit den Löwen schlafen" ... bis diese Plaudereien erstickt wurden im Blut der Schwarzen von Boipatong und Bisho, niedergemetzelt von den gleichen rassistischen Kräften, die mit ihren Führern im „Gespräch" waren.

Als Mandela nach Washington abreiste, um an Bill Clintons Amtseinführung teilzunehmen, sagte er, die Machtteilung werde etwas Zeit brauchen: „Wie lange es dauern wird, bis wir bei ausländischen Investoren das Vertrauen erweckt haben, in unser Land zu investieren, ist etwas, was nur ein Prophet vorhersagen kann" *(New York Times,* 18. Januar). Um das Vertrauen des Kapitals zu gewinnen, werden ANC/SACP das schwarze Proletariat unter Kontrolle halten, mit politischen und nötigenfalls anderen Mitteln. Die Gewerkschaftsbewegung der Schwarzen entwickelte sich Mitte der 80er Jahre zur Haupttriebkraft des Kampfes gegen die Apartheid. Aber während die Macht der schwarzen Gewerkschaften zugenommen hat, sind sie durch die Volksfrontpolitik der Allianz von ANC/SACP/COSATU (Congress of South African Trade Unions [Kongreß der südafrikanischen Gewerkschaften]) in eine Zwangsjacke gesteckt worden. Ein Netz von „Nationalen Wiederaufbau"-Pakten, Schlichtungsregelungen und -Vereinbarungen, nach denen Bergarbeiter nicht für „politische" Ziele streiken dürfen, fesselt jetzt das Proletariat und schwächt sein Selbstbewußtsein.

In der letzten Zeit treffen sich ständig Wirtschaftsberater des ANC in Europa und Washington mit der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und De Klerks Finanzminister Derek Keys, dem ehemaligen Vorsitzenden von Gencor, dem zweitgrößten Bergwerkskonzern des Landes, um die Bedingungen für Großanleihen für die zu erwartende Koalitionsregierung auszuhandeln. Ein Mittel, um die Gewerkschaften unter Kontrolle zu halten, besteht darin, sie in die „Mitbestimmungs"-Gespräche des Nationalen Wirtschaftsforums mit der Regierung und den Bossen einzubeziehen. COSATU-Chef Jay Naidoo sagt: „Die romantische Vorstellung von der Diktatur des Proletariats liegt in weiter Ferne" *(Weekly Mail,* 8. Januar). Inzwischen betet der ANC herunter, „Wahlen sind die neue Massenaktion", werden internationale Plaudereien abgehalten, um die Sanktionen aufzuheben und den Geldhahn für Investitionen wieder aufzudrehen, fließt Geld über die britische Labor Party und die schwedischen Sozialdemokraten, um „Wahlhelfer zu trainieren", und sind „Auslandsbeobachter" der UNO im Land.

Während Mandela & Co. Wortakrobatik betreiben, um zu erklären, daß dies keine „Machtteilung" ist (sie haben in gewisser Weise Recht, die Randlords denken nicht ans Teilen), begrüßen wir die offenen Worte von Cosmos Desmond, die den ANC so verärgert haben, als er in der *New Nation* (11. Dezember 1992) schrieb:

> „Der Vorschlag von NP/ANC für eine Regierung der nationalen Einheit ist eine Garantie für die fortgesetzte Herrschaft der Weißen, nicht nur bis 1994, sondern für die vorhersehbare Zukunft...
>
> Der ANC scheint nach dem Prinzip gehandelt zu haben, ‚wenn du sie nicht schlagen kannst, dann schließ dich ihnen an'... Wenn die Verlierer der Wahl an der Ausübung der Macht teilhaben sollen, warum dann überhaupt erst wählen? Damit sollen bloß Leute eingeseift werden, die nie das Recht hatten zu wählen... Schwarze können Titel und goldene Schärpen haben, aber FW de Klerk wird das Ruder immer noch fest in der Hand haben.
>
> Es ist wahrlich erbärmlich, wenn es mit einer Befreiungsbewegung so weit kommt, daß sie mit der einen Hand nach ein paar Krümeln der Macht wühlt, während sie sich mit der anderen Hand an die Rockschöße des Unterdrückers klammert...
>
> Die Apartheid, die den Weißen so lange Jahre gute Dienste erwiesen hat, erfüllte nicht länger ihren Zweck; ein anderes Mittel mußte deshalb gefunden werden, um das gleiche Ziel zu erreichen. Er [De Klerk] entschied sich schließlich für das Mittel, das, wäre es nicht die Taktik der verhaßten Briten gewesen, die Afrikaander vielleicht von vornherein gewählt hätten; kooptiert die Kolonisierten."

ANC-Ausverkauf - „Patriotische Front" keine Alternative

Zusätzlich zum Aufbegehren in den Reihen von SACP/ANC kommt Kritik am Abkommen über die Teilung der

Macht auch von anderen schwarzen nationalistischen und linken Gruppen. Aber hinter dem militanteren Geschwafel steckt eine ähnlich opportunistische Politik. Der Panafrikanische Kongreß (PAC) sagte, der ANC und die Nationalpartei „werden heiraten und ein Kind mit dem Namen Neokolonialismus zur Welt bringen". Doch bei der Konferenz im Johannisburger Welthandelszentrum am 5./6. März saß der PAC mit De Klerk, Andries Treurnichts Konservativen und der Abspaltung Afrikaner Volksunie am Tisch zusammen. Und während der PAC wahllose Terrorakte gegen Weiße begeht, hält er seine eigenen Bosberaads mit dem Apartheid-Regime in Botswana ab — sie wollen einfach ein größeres Stück von dem Deal.

Die Mandela-Jubeltruppe der amerikanischen Socialist Workers Party berichtet *(Militant,* 12. März), daß der ANC „darum bemüht" ist, den PAC und die Azanian People's Organisation (AZAPO) ins Lager der Volksfront zu bringen. In einer Sondersendung der New Yorker Radiostation WBAI, „Afrika-Report" (2. März), verurteilte AZAPO-Sprecher Pandelane Nepholovodwe die Pläne und sagte, „für AZAPO kann wahre Demokratie nur durch Mehrheitsherrschaft erreicht werden und nicht durch Machtteilung". Nepholovodwe forderte dann die Bildung einer „patriotischen Front" als Alternative zum ANC-Plan.

AZAPO, die aus der Black Consciousness Movement [Bewegung für das Bewußtsein der Schwarzen] der 70er Jahre herkommt, ist über die Verhandlungen intern zerrissen. Hauptsächlich aktiv, um auf den PAC Druck auszuüben, wurde sie Ende 1991 in die „Patriotische Front" von ANC/PAC aufgesogen und verließ diese erst dann, als die kurzlebige PF sich weigerte, die Apartheid-Kollaborateure der „Dreikammer"-Parteien rauszuschmeißen. Weil seine nationalistische Politik auf einem rein demokratischen Programm beruht, basiert AZAPOs Forderung nach einer „patriotischen" Volksfront auf der „Einheit" mit aufstrebenden *bürgerlichen* Kräften. Ein revolutionärer Kampf gegen die Apartheid zur Befreiung der schwarzen Massen von Rassenunterdrückung und brutaler Lohnsklaverei erfordert einen Kampf der *Arbeiterklasse* um die Macht, der sich auch gegen diejenigen richtet, die zu den neuen kapitalistischen Herrschern werden möchten.

PAC und AZAPO sähen gerne eine Art schwarzes nationalistisches bonapartistisches Regime, so wie Nkrumahs Ghana, Nyereres Tansania und Kenyattas Kenia. Insbesondere schauen sie auf das Beispiel Zimbabwe, wo nach einem langjährigen Unabhängigkeitskampf gegen die ehemalige britische Kolonie Rhodesien 1980 Robert Mugabes ZANU die Wahlen gewann und eine Regierung der Patriotischen Front bildete, zu der auch Joshua Nkomos ZAPU (die später in die Opposition getrieben wurde) gehörte. In Mugabes Kabinett saßen zwar keine Vertreter der weißen Siedler, und in der westlichen imperialistischen Presse wird er oft als ein Marxist bezeichnet, doch die schwarze Regierung Zimbabwes hat von Anfang an tatkräftig das weiße Kapital geschützt. Eine von den Briten entworfene Verfassung garantierte den 100 000 Weißen der Nation 20 von den 100 Parlamentssitzen und gab dadurch der weißen Minderheit das Recht, alle Änderungen, die die Mehrheit wollte, abzublocken. Das „Lancaster-House-Abkommen" beinhaltete auch eine Klausel, die für zehn Jahre jede Übernahme von Land oder anderem Eigentum ohne angemessene Entschädigung verbot.

Die für die Weißen „reservierten" Sitze wurden zwar 1987 abgeschafft, doch Mugabes Regime hat sich geweigert, die weißen kapitalistischen Farmer zu enteignen. Die Regierung der Patriotischen Front hat Streiks gebrochen, Gewerkschaftsführer verhaftet und Studentendemonstrationen brutal unterdrückt, um im Namen des „freien Marktes" die Aushungerungspolitik des IWF durchzusetzen. In Zimbabwe hat diese schwarze (kapitalistische) Regierung sich die Amtsbeute geschnappt und einer dünnen Schicht von weißen Farmern erlaubt, auf ihrer Veranda den Abendtrunk zu schlürfen und dabei landlose Siedler durch das Fuchteln mit ihrem Automatikgewehr abzuwehren. Doch in Südafrika, wo der weiße Bevölkerungsanteil fünfmal so groß ist, wo es einen mächtigen bis an die Zähne bewaffneten Staatsapparat und sagenhaft reiche Konzerne gibt, haben die kapitalistischen Ausbeuter nicht vor, im Sonnenuntergang zu verschwinden, wenn Joe Slovos „Sonnenuntergangsklausel" ausläuft.

Schmiedet eine trotzkistische Partei!

Im gleichen „Afrika-Report" von WBAI verurteilte Neville Alexander von der Workers Organisation for a Socialist Africa (WOSA) den Verhandlungsprozeß als „initiiert vom Regime, um Zeit zu gewinnen und dem rassistischen kapitalistischen System eine Atempause zu verschaffen". Doch Alexanders Forderung war die Schaffung einer „nationalen Einheitsfront von all den Kräften, die gegen den Verhandlungsprozeß sind". Eine solche Front würde beruhen auf „vollem Einsatz für eine demokratisch gewählte verfassunggebende Versammlung auf der Basis von ,eine Person, eine Stimme'". An diesem Programm ist überhaupt nichts sozialistisch — es ist nichts anderes als die wieder aufgewärmte bürgerlich-demokratische „Freiheitscharta" des ANC.

Südafrikanische Unterstützer der vorgeblich trotzkistischen britischen Workers International League schreiben zwar in *Qina Msebenzi* (Dezember 1992/Januar 1993) über die Notwendigkeit einer Arbeiterpartei, doch ihr Vorbild ist nicht Lenins bolschewistische Partei, sondern Lulas sozialdemokratische PT in Brasilien. Außerdem ruft *Qina Msebenzi* zu einer „kritischen Wahlunterstützung für den ANC" auf, da es noch keine Arbeiterpartei gibt. Weiter heißt es:

> „Wir sagen den proletarischen und jugendlichen ANC-Unterstützern, daß wir ihnen helfen werden, das Vertrauen, das sie dem ANC entgegenbringen, auf die Probe zu stellen. Wir fordern sie auf, innerhalb der ANC-Strukturen und des Kongreß-Milieus insgesamt zu kämpfen..."

Also sollen die Massen der Schwarzen weiterhin innerhalb des ANC kämpfen, statt mit den aufstrebenden Herrschern eines *kapitalistischen* „Nach-Apartheid"-Südafrikas *zu brechen.* Also hätten in den 20er Jahren die chinesischen Arbeiter und Bauern „innerhalb der KMT-Strukturen und des Kuomintang-Milieus" kämpfen sollen, wie Stalin ihnen befahl? Dies führte direkt zum Massaker von Schanghai im März 1927, als Tschiang Kai-schek Tausende von chinesischen Kommunisten ermordete, die die Waffen niedergelegt und sich der KMT angeschlossen hatten. Trotzki verurteilte diese kriminelle Politik und rief die chinesischen Kommunisten dazu auf, in ihrem eigenen Namen für eine Arbeiter- und Bauernregierung zu kämpfen.

Leo Trotzki wies in seinen Thesen über die permanente Revolution darauf hin, daß in der imperialistischen Epoche selbst die grundlegenden demokratischen Aufgaben es erfordern, daß das Proletariat unter der Führung einer kommunistischen Partei die Macht erobert und dann vorwärtsgeht zu sozialistischen Aufgaben. Die Randlords von Südafrika und ihren Staat kann man nicht mit einer „Sonnenuntergangsklausel" schrittweise loswerden, sie müssen gestürzt, ihre Macht zerstört, ihr Staat zerschlagen und ihr Eigentum enteignet werden, wenn die schwarze Bevölkerung befreit werden soll und mit dem Aufbau einer egalitären Gesellschaft *beginnen* soll. Die Menschen von Soweto und Sharpeville können nicht frei sein, solange der Konzern Anglo-American die Macht hat.

Nach Workers Vanguard *Nr. 571, 12. März*

Jelzin...

Fortsetzung von Seite 32

Geschäftsmann beim Präsidenten einer pleite gehenden Spar- und Kreditbank einen Überbrückungskredit beantragt." Clintons pompöses Versprechen, 1,6 Milliarden Dollar zu geben, brachte kaum mehr als Kredite zum Kauf von überschüssigem US-Weizen und Gelder zur Zerstörung von russischen Atomwaffen. Nach dem Vancouver-Gipfel gab Reichskanzler Kohl eine Erklärung heraus, in der er



Wassili Kornejew

Offizier agitiert gegen Jelzin vor russischem Parlament. Der einzige Weg aus dem konterrevolutionären Chaos ist proletarischer Kampf um xlie Macht

daran erinnerte, „daß Deutschland seit 1989 mit bisher mehr als 80 Milliarden Mark über die Hälfte der westlichen Leistungen für Rußland erbracht habe" *(Süddeutsche Zeitung,* 6. April). Klar freuen sich Jelzin und Clinton auf das G7-Treffen in Tokio am 14./15. April, um das russische „Weiße Haus" mit einem „Batzen Dollar" aus der Patsche zu helfen, oder besser gesagt, mit einem Batzen Yen und DM.

Und Jelzin braucht jede Hilfe, die er nur bekommen kann. Wenige Tage nach der Ausrufung der „Präsidialherrschaft" am 20. März und der Erzwingung einer offenen Konfrontation mit dem Parlamentsvorsitzenden Ruslan Chasbulatow überlebte Möchtegern-Zar Boris nur knapp eine Abstimmung im russischen Kongreß über seine Amtsenthebung. Obwohl Chasbulatow einen Kuhhandel mit dem Ziel betrieb, einen gemaßregelten Jelzin im Amt zu belassen, stimmte der Kongreß mit einer überwältigenden Mehrheit von 617 zu 268 für den Sturz des Präsidenten und verfehlte damit nur knapp die erforderliche Stimmenzahl. In einer weitschweifigen Rede vor dem Kongreß sah sich Jelzin gezwungen, „Fehler" in seinem monetaristischen Wirtschaftsprogramm zuzugeben und eine mehr „sozial orientierte" Politik zu versprechen.

Der Kongreß ging auch daran, das von Jelzin beabsichtigte Referendum zu entstellen, das als ein Plebiszit zur Absegnung einer diktatorischen Herrschaft gedacht war. Jetzt werden die Wähler auch gefragt, ob sie „die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung billigen". Da der Lebensstandard in den letzten zwei Jahren *um 40 Prozent gesunken* ist, wird die Antwort wahrscheinlich ein überwältigendes „Nein" sein. Wie David Shipler im *New York Times Magazine* (4. April) schrieb: „Schließlich gibt es eine klare Antwort auf die Frage: Geht es Ihnen unter Jelzin besser als unter Breschnjew?"

Doch die implizit angebotene Alternative ist die Unterstützung der nationalistisch-korporatistischen Politik der oppositionellen, von Vize-Präsident Alexander Ruzkoi und dem Sprecher der Fabrikdirektoren, Arkadi Wolski, geführten Bürger-Union, mit den stalinistischen „Patrioten" und ihrer „rot"-braunen Koalition im Schlepptau. Wo Jelzin und seine von der Harvard-Denkfabrik geförderten Wirtschaftswunderknaben, die Ruzkoi einmal als „die Jungs mit den rosa Höschen" bezeichnete, im Namen der Privatisierung ganze Industriezweige dichtmachen wollen, da benötigt Ruzkoi-Wolskis Programm zur Erhaltung der Schwerindustrie, eine massive Infusion internationaler Investitionen — die ausbleibt. Die russischen Arbeiter haben vom Ergebnis dieses Referendums, der Fortsetzung eines Machtkampfes zwischen zwei Flügeln der kapitalistischen Konterrevolution, nichts zu gewinnen.

Linke Organisationen wie Ernest Mandels Vereinigtes Sekretariat und Workers Power in Britannien (hier Arbeitermacht) argumentieren *jetzt,* daß Jelzin „der Hauptfeind" ist. Sie behaupten, daß die Imperialisten geschlossen hinter ihm stehen, denn „für Washington und London ist es lebenswichtig, Jelzin zu unterstützen". Aber als er im August 1991 die Macht eroberte und erklärte, er werde die Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats herbeiführen, drängelten sich diese Pseudo-Linken auf der Seite von *Jelzin und den Kräften der kapitalistischen Konterrevolution.* An jeder Front — von Ostdeutschland bis Polen, dem Baltikum und Rußland — haben diese Gruppen die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution offen oder implizit unterstützt.

Einzig wir von der Internationalen Kommunistischen Liga stellten uns allgemein gegen die Restauration des Kapitalismus. Gegen Walesas Griff nach der Macht 1981 forderten wir: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarnoœæ!" In Deutschland 1989/90 erklärten allein wir unzweideutig: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!" Zur Zeit von Jelzins Gegenputsch im August 1991 proklamierten wir: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!" Wir kämpften für das trotzkistische Programm der proletarischen politischen Revolution, von Ostberlin bis Warschau und Moskau, um den konterrevolutionären Sturmangriff zu besiegen und die bankrotten stalinistischen Bürokratien zu stürzen.

Und als es klar war, daß die Kräfte der kapitalistischen Restauration es erreicht hatten, den Arbeiterstaat zu zerstören, sagten wir die bittere Wahrheit: „Die Periode der offenen Konterrevolution, die von Boris Jelzins proimperialistischem Gegenputsch im August 1991 eingeleitet wurde, kulminierte angesichts des Ausbleibens von Massenwiderstand der Arbeiterklasse in der Schaffung eines bürgerlichen Staates, wie zerbrechlich und reversibel dieser auch sein mag" *(Spartakist* Nr. 100, Januar). Wir stellten die Losung auf: „Für sozialistische Revolution, um Jelzins Konterrevolution wegzufegen!" Unter den schwierigen Bedingungen des konterrevolutionären Chaos haben wir Spartakisten versucht, in der Sowjetunion den Kern einer Partei unter dem Banner von Trotzkis Vierter Internationale zu schmieden.

Tatsächlich stecken die Imperialisten in einem Dilemma, wie sie in Rußland vorgehen sollen. Jelzins Hauptunterstützung kommt aus Washington, aber die Clinton-Regierung drückt sich vorsichtig aus. Bei dem öffentlichkeitswirksamen Showauftritt in Vancouver gelobte Clinton, Jelzin zu unterstützen, „solange" er „der rechtmäßig gewählte Präsident Rußlands" sei. Wie lange wird das sein? Die *Neue Zürcher Zeitung (21./22.* März), Sprachrohr der Schweizer Bankiers, fragte in einem Artikel auf der Titelseite: „Rettet Jelzin — unter allen Umständen?", und wies warnend auf die Notwendigkeit hin, „andere Optionen offenzuhalten".

In der gesamten Bevölkerung herrscht Wut über das Wirtschaftschaos und die vom Internationalen Währungsfonds diktierte und von Jelzin durchgesetzte „Schockbehandlung". Die westliche Presse spielte zwar eine Streikdrohung der vom CIA unterstützten Führer der Bergarbei-

Alltagsszene in der ehemaligen UdSSR: Menschen wühlen in Müllbergen nach Lebensmitteln. Zerstörung des Arbeiterstaats führte zu unbeschreiblichem Elend, zu Antisemitismus und nationalistischem Blutbad zwischen den Völkern



Der Spiegel

tergewerkschaft im Kusbass hoch, Jelzins Griff nach der Macht zu unterstützen; doch eine Umfrage der Nachrichtenagentur Reuters konnte selbst in diesem relativ privilegierten Bereich praktisch keine Unterstützung für Jelzins Politik feststellen. „1991 versprach man uns verbesserte Lebensbedingungen und eine stabile Wirtschaft", regte sich ein Bergarbeiter im Kusbass auf. „Alles, was wir kriegten, waren die Spekulanten." Was das Militär betrifft, so.sagte ein Offizier der Elite-Division „Dserschinski" ganz unverblümt: „Ich glaube keinem von ihnen. Wenn mir jemand ein gutes Gehalt zahlt, mir eine Wohnung gibt und mir ein Auto besorgt ... das ist derjenige, dem ich dienen würde."

Also besteht die Pattsituation weiter. Aus Angst vor „Chaos auf den Straßen" und um zu vermeiden, daß die unzufriedenen Streitkräfte mit hineingezogen werden, beeilten sich sowohl Jelzin als auch seine Gegner, eine potentielle totale Konfrontation zu entschärfen. Im Augenblick hat die Hitze nachgelassen, da beide Seiten sich auf das Referendum vorbereiten. Aber die gegenwärtige Lähmung kann nicht lange andauern. Ohne proletarische Kämpfe rast Rußland so oder so auf eine bonapartistische Diktatur zu, ob unter Jelzin oder Ruzkoi oder noch extremeren nationalistischen/faschistischen Kräften.

Karl Marx hatte eine Menge zu sagen über das Phänomen des Bonapartismus, wo ein nationaler „Erlöser" sich über die konkurrierenden Cliquen und Fraktionen erhebt, um die gemeinsamen Interessen der herrschenden Klasse zu verkörpern. In seiner 1852 verfaßten Schrift *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte,* über die Machteroberung des Emporkömmlings und Kaisers, der in Frankreich von 1850 bis 1871 herrschte, bemerkte Marx: „Alle Klassen und Parteien hatten sich während der Junitage [von 1848] zur *Partei der Ordnung* vereint gegenüber der proletarischen Klasse..." Das Parlament wurde gelobt, weil es „die Gesellschaft ‚gerettet' [hatte] gegen *die Feinde der Gesellschaft"* Doch zwei Jahre später, nachdem es der parlamentarischen Ordnungspartei nicht gelungen war, eine durchgängige konterrevolutionäre Politik zu entwickeln, wurde sie nach dem Versuch, den „Präsidenten" Bonaparte des Amtes zu entheben, kurzerhand aufgelöst:

> „Die Finanzaristokratie verdammte also den parlamentarischen Kampf der Ordnungspartei mit der Exekutivgewalt als eine *Störung der Ordnung* und feierte jeden Sieg des Präsidenten über ihre angeblichen Repräsentanten als einen *Sieg der Ordnung."*

Kurz, wie der Londoner *Economist* am 29. November 1851 schrieb: „Auf allen Börsen von Europa ist der Präsident nun als die Schildwache der Ordnung anerkannt."

Vor weniger als zwei Jahren, während der „Augusttage" von 1991, pries das internationale Finanzkapital Jelzins „Kampf für Demokratie"; eine solide Mehrheit des russischen Parlaments stellte sich hinter Jelzin gegen den „Kommunismus". Jetzt gibt es endloses Gezänk zwischen der parlamentarischen Ordnungspartei und der Exekutivgewalt. Der *Economist* (27. März) verkündet, die Wahl laute „Stalin oder Jelzin". Handelt es sich bei Jelzins Unterstützern um Yuppie-Spekulanten, Schwarzmarkt-Mafiosi, Wachschutz-Agenten und militärische Abenteurer, so denke man an Marx' Beschreibung von Louis Bonapartes Anhängern: „neben verkommenen und abenteuernden Ablegern der Bourgeoisie Vagabunden, entlassene Soldaten, entlassene Zuchthaussträflinge, entlaufene Galeerensklaven, Gauner, Gaukler, Lazzaroni [Bettler], Taschendiebe, Taschenspieler, Spieler, Maquereaus [Zuhälter], Bordellhalter", usw. usf.

Aber es gibt einen entscheidenden Unterschied. Hinter dem kunterbunten Haufen von Lumpenproletariern, die Bonapartes Stoßtruppen darstellten, stand die Macht des Finanz- und Industriekapitals und das zahlenmäßige Gewicht einer konservativen Kiembauernschaft. Jelzin scheint heute über einem Abgrund zu schweben, ohne wesentliche Unterstützung in der Gesellschaft. Sie versuchen Kapitalismus in Rußland ohne Kapital und ohne eine zusammenhängende Bourgeoisie aufzubauen. Wenn einer der Konkurrenten ein bedeutendes soziales Gewicht hat, dann ist es Wolskis „Industriepartei" und Ruzkois „Militärpartei". Doch gerade diese Kräfte, die lautstark nach Ordnung rufen, werden von westlichen Pseudolinken (die in den „Augusttagen" Jelzin als den Garanten für „Demokratie" unterstützten) für das kleinere Übel gehalten.

Die kapitalistische Restauration setzt die bloße Existenz des Industrieproletariats in Rußland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken aufs Spiel. Aber die Fähigkeit der Arbeiterklasse, sich selbst zu verteidigen, hat durch jahrzehntelange stalinistische Mißwirtschaft schrecklichen Schaden erlitten. Die überwiegende Mehrheit der Werktätigen steht dem Schaukampf im Kreml gleichgültig gegenüber und tut ihn als Streiterei zwischen selbstsüchtigen Politikern ab. Doch Zynismus ist auch ein Mittel, um die Arbeiter gegenüber ihren Klassenfeinden politisch zu entwaffnen.

Rußlands multinationales Proletariat muß das Verständnis zurückgewinnen — das in der bolschewistischen Revolution ihre Vorfahren anspornte —, daß es die *politische Macht* erobern und die Gesellschaft in seinem eigenen Interesse reorganisieren kann. Dazu bedarf es vor allem der Bildung einer wahrhaft kommunistischen Partei, ausgehend von den internationalistischen Traditionen Lenins und Trotzkis, um den Kampf für die sozialistische Revolution gegen alle Flügel von Rußlands neuen Ausbeutern und ihren imperialistischen Paten zu führen.

Nach Workers Vanguard M-. 573, *9. April*

SPARTAKIST

Zerschlagt die Neo-Apartheid!
Für eine auf Schwarze gestützte Arbeiterrepublik!

Südafrika: Schwindel über „Machtbeteiligung"



Johannesburg im Februar: Protestierende Taxifahrer trotzen Apartheid-Einsatzpolizei

Financial Times

6. MÄRZ — Nachdem der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) geheime Treffen mit den Apartheid-Herrschern (sogenannte Bosberaads oder „Buschberatungen") abgehalten hatte und weil er sich nach den Bedingungen von Washingtons Diktat richtete, verkündete er Ende Februar seine Zustimmung zu einer Koalitionsregierung mit dem Regime der weißen Vorherrschaft. Nachdem die Verhandlungen zehn Monate lang unterbrochen waren, stimmte dieses Wochenende eine Mehrparteien-Konferenz in Johannisburg ernsthaften Verhandlungen zu, bei denen Anfang April eine Übergangslösung ausgearbeitet werden soll. Während seine Führer Reden schwangen, wurden zehn Unterstützer des ANC von Mordschützen in Natal niedergemäht.

Die geplante „Regierung der nationalen Einheit", in der der ANC, geführt von Nelson Mandela, gemeinsam mit

Fortgesetzt auf Seite 26

Moskau: Streit unter Dieben
Jelzin trifft seinen Lehnsherrn

Rußlands Präsident Boris Jelzin hatte gerade zwei Wochen zuvor mit dem Scheitern seines bonapartistischen Griffs nach der Macht ein Fiasko erlebt, da jettete er Anfang April nach Vancouver, um US-Präsident Bill Clinton zu treffen. Dahinter steht der Versuch, Jelzins sinkende Aussichten beim kommenden Referendum am 25. April zu verbessern. Beim Händeschütteln mit Jelzin mahnte Clinton eindringlich: „Viel Glück". Doch für Jelzin und seinen amerikanischen Schutzherrn könnte dies bestimmt eine „Viel-Pech-Situation" sein. Die Frankfurter Banker zogen Gorbatschow vor, der ihnen den deformierten Arbeiterstaat -DDR auslieferte. Sie halten Zar Boris für ein Produkt „made in the USA", in das sie wenig Vertrauen haben. Nach dem Gipfel sagte ihr Sprachrohr *FAZ* (6. April) über den amerikanischen Hoffnungsträger, er „sollte nicht auch noch in der Annahme bestärkt werden, ihm allein komme das entscheidende Wort beim Neuordnen der Erbengemeinschaft des östlichen Imperiums zu."

Dies war eindeutig ein Treffen zwischen einem kriecherischen Lakai und seinem knauserigen imperialistischen Zahlmeister. Ein ungewöhnlich ehrlicher Artikel in der *New York Times* (5. April) brachte eine wunderbare Darstellung der ganzen Angelegenheit: „Das Treffen hatte all die Dramatik, als wenn ein bankrotter

Fortgesetzt auf Seite 30

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 103 MAI 1993 50 Pfennig

Arbeiter müssen um die Macht kämpfen!

Metall, Stahl, Bergbau: Vollstreik jetzt, Ost und West!



Burkhard Lange

Hennigsdorf: Stahl dichtgemacht. Ostdeutsche Arbeiter können den Hebel darstellen, der den Würgegriff der DGB-Bürokraten bricht

BERLIN, 9. Mai - Knapp 40000 Metaller und Stahlarbeiter streiken jetzt in Sachsen, Brandenburg und auf den Werften in Mecklenburg-Vorpommern. Die Arbeiter sind entschlossen und kämpferisch, ihr Streik wird breit unterstützt. Aber selbst im Osten sind viele Arbeiter bei den von Treuhand und Krupp zerstörten Stahl- und Metallbetrieben von dem „Teilstreik" ausgeschlossen. Mit dieser Aufsplitterung will die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung ihren Ausverkauf vorbereiten, und Steinkühler kündigte auch schon an: „Was immer herauskommen wird, es wird ein Vertrag sein mit Status quo minus."

Brecht den Würgegriff der SPD/DGB-Bürokraten! Begrabt Solidarpakt von Kohl/Engholm/Steinkühler durch gemeinsamen Klassenkampf!

Zwar soll sich laut IGM-Chef am 12. Mai „bundesweit kein Rad mehr drehen", aber in Wahrheit wollen die DGB-Bürokraten den „Aktionstag" bei den VW-Werken und anderen West-Betrieben auf einen „symbolischen Warnstreik" beschränken. Das reicht nicht aus! Nachfolgend drucken wir das um die Einleitung gekürzte SpAD-Flugblatt ab, von dem Tausende bei Streikpostenketten und Arbeiterprotesten verteilt wurden.

Jetzt dürfen wir nicht zulassen, daß die SPD-Gewerkschaftsbürokraten mit „ausgewählten" Einzelstreiks und Protesten zum „Dampfablassen" die Arbeiter aufspalten und damit einen Ausverkauf vorbereiten, wie wir es im letzten Mai mit Wulf-Mathies beim ÖTV-Streik erlebt haben. Inmitten einer kapitalistischen Wirtschaftskrise, wo die Bosse einen Kahlschlag planen, werden isolierte Streiks nicht viel ausrichten. Jetzt müssen die Metaller, Stahlarbeiter und Bergleute, die *vom Ruhrgebiet bis Eisenhüttenstadt* um ihre Existenz kämpfen, mit einem geschlossenen Streik den Generalangriff von Regierung und Bossen zurückschlagen.

Fortgesetzt auf Seite 18

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Stahls Schauprozeß gegen DDR-Meisterspion

Viertes Reich: Hände weg von Markus Wolf!

„Der letzte Feldzug des Kalten Krieges" — so nannte es Markus Wolf selbst. Am 4. Mai begann der Prozeß gegen den DDR-Meisterspion vor dem 4. Strafsenat in Düsseldorf, Schauplatz zahlreicher „Stasi"-Prozesse. In einer 289seitigen Anklageschrift bezichtigt der berüchtigte RAF-„Terroristen"jäger Generalbundesanwalt Alexander von Stahl den Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DRR des „Landesverrates" und der „Bestechung" (von Agenten, die im Auftrag der HVA in Westdeutschland spionierten). Dazu fragte Wolf in seiner Rede vor Gericht über seine Zeit als Spionagechef und Bürger der DDR: „Welches Land soll ich verraten haben?"

Wenn von „Landesverrat" die Rede ist, kann wohl nur „Verrat" am Dritten Reich gemeint sein, das durch den Sieg der Roten Armee über den deutschen Faschismus zerschlagen wurde. Aus diesem Sieg wurde der deformierte Arbeiterstaat DDR aufgebaut. Nicht nur hat die BRD sich als rechtlichen Nachfolgestaat des Dritten Reichs bezeichnet, sondern sie hat auch den gesamten Geheimdienst von Hitlers Spionageapparat „Fremde Heere Ost" übernommen, die Gehlen-Organisation, die der Kern des späteren BND wurde. Kaum jemand setzte der BRD und ihrem BND erfolgreicher zu als Markus Wolf: Dafür soll er jetzt büßen.

Zum Rachefeldzug bemerkte Wolf vor Gericht, daß „ich als ehemaliger Leiter des Nachrichtendienstes des einen deutschen Staates vor Gericht stehe, während der ehemalige Leiter genau des gleichen Dienstes im anderen deutschen Staat das vereinigte Deutschland als Außenminister vertritt".

Wir Trotzkisten verlangen die sofortige Niederschlagung des Verfahrens gegen Markus Wolf, wie wir das schon bei Erich Honecker gefordert haben. Hände weg von Markus Wolf! Freiheit für Heinz Keßler, Erich Mielke und alle anderen Repräsentanten der ehemaligen DDR! Die Verteidigung der DDR war kein Verbrechen, sondern ihr Ausverkauf! Aber auch Ausverkäufer wie Hans „Deutschland einig Vaterland" Modrow verteidigen wir gegen den imperialistischen Rachefeldzug.

In unserem Artikel „Der Schauprozeß gegen Erich Honecker" im *Spartakist* Nr. 100 (Januar 1993) schrieben wir:

> „Dadurch, daß wir für die Freiheit der früheren DDR-Führung kämpfen, erfüllen wir unsere proletarische Pflicht, die Zielscheiben und Opfer dieser kapitalistischen Klassenjustiz zu verteidigen. Genauso haben wir gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft, die diese antikommunistische Hexenjagd hervorbrachte sowie rassistischen Terror, Massenarbeitslosigkeit und andere Greuel."

Es geht nicht nur um eine direkte Vendetta gegen einen Honecker oder Wolf. Es geht darum, besonders in der ostdeutschen Arbeiterklasse jegliches Bewußtsein und jede Erinnerung an die Errungenschaften der Planwirtschaft der DDR auszulöschen oder, wie Wolf es ausdrückt: „abzuwikkeln, was noch von 40 Jahren DDR übriggeblieben ist".

Es ist kein Zufall, daß die deutsche Bourgeoisie einen antikommunistischen Schauprozeß nach dem anderen inszeniert, um die Arbeiterklasse einzuschüchtern und zu demoralisieren, und zur gleichen Zeit über die Hälfte der Werktätigen der ehemaligen DDR auf die Straße schmeißt und die Tarifverträge von denen in Stücke reißt, die noch Arbeit haben. Selbst SPD/DGB-Bürokraten wie Steinkühler haben bemerkt, daß die Bosse seit der Zerstörung der UdSSR und der DDR jetzt überall brutaler vorgehen. Zur gleichen Zeit versuchen die gleichen Steinkühlers & Co. dies auszunutzen, um die deutsche Arbeiterklasse gespalten und gefesselt

Fortgesetzt auf Seite 23

Faschisten sind Mörderbanden

An die Redaktion des *Spartakist:*

Die Polemik in *Spartakist* Nr. 102 (April) gegen die selbstmörderische Politik von PDS/Ostrowski, mit den „Faschisten zu reden", hat mir sehr gut gefallen. Doch die Überschrift „Nazis sind Terroristen — keine .Gesprächspartner'" ist unglücklich formuliert und kann zu Konfusion führen. Im Artikel schreiben wir treffend: „Faschisten sind *Mörderbanden".* So hätten wir es auch in der Überschrift sagen sollen. Der Begriff „Terrorist" wird vom bürgerlichen Staat und der bürgerlichen Presse dazu gebraucht, um Linke zu kriminalisieren und das „Gewaltmonopol des Staates" auszubauen. Erinnert Euch an die RAF-Terroristenhatz in den 70er Jahren oder die Prozesse gegen die kurdisch-nationalistische PKK. Beide verteidigen wir gegen das Vierte Reich! Gleichzeitig lehnen wir die kleinbürgerliche RAF-Strategie des individuellen Terrors politisch ab als impotente „Abkürzung" des Kampfes, die Arbeiterklasse zur Eroberung der Macht zu mobilisieren.

Wir sind bekannt dafür und stolz darauf, daß unsere Überschriften klar und präzise sind. So soll es auch bleiben.

Mit kommunistischen Grüßen
Mike Jäger

Die *Spartakist-Redaktion* dankt dem Genossen Jäger für seinen Brief und stimmt der Kritik zu. In dem Artikel wurde außerdem die DGB-Zentrale in Frankfurt/Main erwähnt. Sie befindet sich aber in Düsseldorf, in Frankfurt ist die IG-Metall-Zentrale. Ferner wurde im *Spartakist* Nr. 102 in Karl Kielhorns Artikel „Unser Genosse Gerhard Bögelein ist tot! Ein Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen" irrtümlich das Datum von Bögeleins Verhaftung mit Dezember 1991 angegeben. Gerhard Bögelein wurde aber bereits im Dezember 1990 verhaftet.



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Fred Zierenberg
VERTRIEB: Uwe Asanov

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11, Fax (040)3301 54
Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51, Fax (030)4911479
Redaktion Spartakist: Tel. (030)491 4548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601. Postgiroamt Frankfurt/Main. BLZ 50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 103 **Mai 1993**

Hennigsdorfer Stahlwerker für Vollstreik

Genau — Vollstreik jetzt, antworteten schon am ersten Streiktag viele Hennigsdorfer Stahlwerker, die über die Salami-Taktik der sozialdemokratischen IGM-Bürokraten sauer sind, mit der der Kampf aufgespalten und für einen Ausverkauf vorbereitet wird. Bei der Kundgebung am Morgen des 3. Mai demonstrierten über 2000 LEW-Arbeiter (AEG), die bisher vom Streik ausgeschlossen sind. Fast alle nahmen das Spartakist-Flugblatt. SpAD-Mitglieder und Jugendliche verteilten bisher über tausendfünfhundert Flugblätter und verkauften Dutzende Zeitungen an die Arbeiter. In vielen Diskussionen betonten wir, daß der Schlüssel zum Sieg genau wie bei der Hennigsdorfer Besetzung 1991 in der Ausweitung auf den Westen liegt, wo die schweren Bataillone der Metallarbeiter die geplanten Massenentlassungen zurückschlagen müssen. Nur wenige Bus-Stationen entfernt arbeiten in Westberliner Metallbetrieben viele kampferfahrene kurdische und türkische Arbeiter, die mitstreiken wollen, weil sie von Entlassungen und danach von Abschiebungen bedroht sind.

„Dann kann es passieren, daß wir 100 Prozent Westlohn sofort fordern", beschrieb ein Arbeiter bei Streikbeginn die Kampfbereitschaft der Kollegen. Ganz Hennigsdorf solidarisiert sich mit dem Streik, überall hängen Gewerkschaftsplakate und -fahnen. Aber mit einer sozialdemokratischen Führung, die die Streikposten „noch vier Meter zur Seite" schickt, gewinnt man keine Streiks. Eine gewählte tatkräftige Streikführung könnte sofort Tausende mobilisieren, um die Streikpostenketten zu verstärken und das gesamte Gelände dichtzumachen. Viele Frauen, die in DDR-Zeiten als Kranführerinnen und in anderen qualifizierten Bereichen gearbeitet haben und jetzt entlassen worden sind, werden bei diesem Kampf ganz vorne stehen.

Nach dem Bekanntwerden der Schließungspläne bei Krupp-Stahl Oranienburg sind die Kollegen, denen Massenentlassungen drohen, vorerst von den Gewerkschaftsbürokraten eingeschüchtert und von der Beteiligung am Streik ausgenommen worden. Doch nur umgekehrt können sie ihre Arbeitsplätze verteidigen. Statt um ABM-Stellen zu betteln: Besetzt das Werk, in einer geschlossenen Streikfront zusammen mit den Betrieben der gesamten Stahlindustrie auch im Westen!

Der Anstecker eines Arbeiters lautete: „Rheinhausen ist überall". Die kapitalistische Wiedervereinigung hat innerhalb von drei Jahren auch in Ostdeutschland zu Millionenarbeitslosigkeit und rassistischem Terror geführt. Jetzt kommen meist aus dem Westen importierte sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokraten an und wollen bei den Streikposten antikommunistische Sprüche verbreiten. Die SPD war der Vorreiter der Konterrevolution in der DDR, gegen deren verheerende Konsequenzen die Arbeiter jetzt einen harten Kampf führen müssen. Und genau wie im Ruhrgebiet sind es jetzt wieder die Sozialdemokraten, die den Existenzkampf der Arbeiter auf „Ausnahmeklauseln" und Prozentpunkte herunterkochen und den Vollstreik Ost und West verhindern wollen. Von Rheinhausen bis Hennigsdorf intervenieren die Spartakisten dafür, den CDU/SPD-Solidarpakt gegen die Arbeiter durch die Mobilisierung der Macht der Arbeiter zu zerschlagen.

Streikbrecher beim VW-Werk Mosel gestoppt
Reger politischer Austausch mit Streikposten

3. Mai — Wir waren pünktlich zum Streikbeginn um 6 Uhr in Mosel bei Zwickau. Vor dem Gelenkwellenwerk hatte ich kaum 20 Flugblätter verteilt, als ein Typ auf mich zustürzte und mich anschrie, ich solle mit dem „Mist" verschwinden, er drohte, mir die Flugblätter mit Gewalt zu entreißen. Darauf fragte ich ihn, ob er die Drecksarbeit für Kohl und Krause machen wolle. Die vielen Arbeiter drum herum fingen an zu grienen, und der Typ verzog sich wieder, ohne aber mit den Beschimpfungen aufzuhören. Einige Arbeiter nahmen kein Flugblatt, mit der Begründung, von den Stalinisten wollten sie nichts wissen, und sie ließen sich auf keine Diskussion ein. Im Gegensatz zu anderen Kampfaktionen war der Prozentsatz solcher Arbeiter recht hoch. Doch die Mehrzahl der Arbeiter nahm unser Flugblatt.

Die meisten Diskussionen hatten wir hier mit den aus Salzgitter importierten Gewerkschaftsbürokraten, die uns angriffen, weil wir im Titel „Brecht den Würgegriff der SPD/DGB-Bürokratie" sagen, und wegen unserer Losung für Vollstreik. Sie behaupteten, wir wollten die Arbeiter spalten und hätten überhaupt keine Ahnung von Streikführung. Doch im Gegensatz zu den Bürokraten waren sich alle Arbeiter, mit denen ich sprach, darüber einig, daß der Streik ausgeweitet werden muß.

Die gleiche Situation und die gleichen Diskussionen gab es beim VW-Werk. Vor dem Haupttor standen etwa 400 bis 500 Arbeiter und weitere 100 vor den drei weiteren Toren. Die Tore waren durch Streikpostenketten gesichert. Ständig wurden Streikbrecher daran gehindert, das Werk zu betreten. Auch waren viele Streikposten hauptsächlich aus dem Westen, aus dem VW-Werk in Wolfsburg. Die Arbeiter berichteten, daß es seit Tagen eine große Hetzkampagne gegen den Streik gibt.

Als wir um das Werk herum zu den anderen Streikposten fuhren, sahen wir, daß Streikbrecher über die Bahnanlagen in das Werk gingen. Wir informierten sofort die nächsten Streikposten, und diese unternahmen sofort Schritte, um dies zu unterbinden. Bei diesem Streikposten erfuhren wir auch, daß ein Streikbrecher versucht hatte, sich mit einer Schreckschußpistole Zugang zum Werk zu verschaffen, was aber verhindert wurde. Viele Streikbrecher suchten verzweifelt einen Weg in das Werk, konnten aber keinen finden. Nach stundenlangem Warten gaben viele auf und fuhren wieder nach Hause.

Bei vielen Arbeitern gab es einen regelrechten Haß auf die Stalinisten, und oft wurden wir zu Anfang mit ihnen gleichgesetzt. Erst als wir unsere trotzkistische Politik erklärten, wurden sie uns gegenüber offener. Man hörte kaum Äußerungen gegen die DDR. Ein Arbeiter griff uns zuerst an, weil wir Mielke verteidigen, diskutierte dann aber kurz mit uns, als ich ihm unsere Position darlegte. Wobei er uns dann zustimmte, daß das Vierte Reich kein Recht habe, ihn zu verurteilen. Die Arbeiter machten einen kampfbereiten Eindruck, besonders die in die Streikpostenketten integrierten Arbeiter. Es gab weder Niedergeschlagenheit noch Pessimismus über den Ausgang des Streiks. Wir verteilten etwa an die 500 Flugblätter. Ein Arbeiter aus Wolfsburg nahm etwa 20 Stück, um sie mit nach Wolfsburg zu nehmen.«

Feministen des Vierten Reichs für Blitzkrieg auf dem Balkan

Täglich lauter trommeln die Imperialisten für eine Intervention auf dem Balkan. Die Bonner Regierung schickt ein „humanitäres" Afrikakorps nach Somalia, und Bundeswehrsoldaten fliegen in AWACS-Aufklärern als Kundschafter mit, um serbische Positionen zu bombardieren. US-Präsident Clinton ruft nach Luftangriffen und bereitet den Einsatz von 50 000 und mehr Soldaten in Bosnien vor. Doch jetzt gibt es was Neues im Westen: Die Feministen und Grünen trommeln in der ersten Reihe für die imperialistischen Kriegstreiber. Schon im Krieg am Persischen Golf befahl Kohl: kein „Antiamerikanismus" — und gleich bei den nächsten „Antikriegs"märschen hatten die Demonstranten Plakate „Wir sind nicht antiamerikanisch" dabei... bis die Bombardierung anfing, und dann hörten die Demos ganz auf. Sogar einige vorgebliche Linke unterstützten die Bombenteppiche auf die irakische Bevölkerung, im Namen der Verteidigung von Israel. Aber jetzt sind kleinbürgerliche „Progressive" und ehemalige Pazifisten die *Stoßtruppen* bei dem Drang der Imperialisten geworden, deutsche Truppen wieder an die Front zu schicken.

In einem vom *Spiegel* moderierten Streitgespräch (1. Februar) mit General a. D. der Luftwaffe Manfred Opel (SPD) griff ihn Conny Jürgens, Führerin der Grünen in der Hamburger Bürgerschaft, an, weil er den Ruf der Grünen nach militärischer Intervention (gemeinsam erhoben mit solchen Verteidigern der „Menschenrechte" wie Oskar Prinz von Preußen und Ferdinand Fürst von Bismarck) ablehnt: „Aber wenn es hart auf hart kommt, dann kneifen Sie, Herr General", und verlangte: „Uno-Truppen sollten quasi als Polizei eingesetzt werden." Eine „Polizeiaktion" nannte man den „UN"- (tatsächlich US-) Krieg in Korea 1950—53, der *6 Millionen Koreaner* tötete. Jürgens et al. drängen auf den Einsatz *deutscher* Truppen, damit das Vierte Reich dort anfängt, wo das Dritte Reich, sogar nach dem Massaker an 1 700 000 Slawen in Jugoslawien, scheiterte: „Gerade wegen ihrer alten Schuld haben die Deutschen eine besondere Verpflichtung ... Die Bundeswehr sollte sich an solchen friedensschaffenden Maßnahmen beteiligen." Jetzt heißt ihre Parole: „Frieden schaffen mit Waffen."

In der Front der Grünen-Realos/Feministen befinden sich solche prominenten Gestalten wie NDR-Hannover-Chefin Lea Rosh, Rupert Neudeck, Claudia Roth, Waltraud Schoppe, Ralf Fücks und Daniel Cohn-Bendit. Roth fordert auch „quasi ‚polizeiliche' Eingriffsmöglichkeiten", um die Serben zu entwaffnen und ihre Führer als Kriegsverbrecher zu verurteilen. Grüne wie Eva Quistorp, Delegierte im Europaparlament, riefen letztes Jahr zur UN-Bombardierung von serbischen Flughäfen und Waffenfabriken auf. Und Neudeck von „Çap Anamur", der sich zur Massenvergewaltigung am schrillsten geäußert hat, sagte knallhart: „Wozu haben wir eine Armee, wenn wir sie nicht einsetzen wollen?" *(stern* Nr. 1/93).

Die „alternative" *tageszeitung* weiß auch, wo sie bei den sich verschärfenden interimperialistischen Rivalitäten steht. Am 17. April schrieb sie: „Leider wird in der deutschen Öffentlichkeit kaum bemerkt, daß die Bildung eines Groß-Serbiens vor allem in Frankreich und Großbritannien keineswegs auf Ablehnung stößt, wird dort doch der größer werdende Einfluß Deutschlands in Osteuropa mit Argwohn betrachtet..."

Der Schlachtruf, den die Feministen hierzu erhoben haben, ist: Massenvergewaltigung durch serbische Kräfte in Bosnien. Zweifellos hat es grauenhafte Überfälle auf nichtserbische Frauen gegeben, insbesondere durch die sogenannten „Tschetnik"-Banden; diese sehen als ihre Vorbilder die serbischen Monarchisten, die gegen die kommunistischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg kämpften. Tausende von Frauen wurden vergewaltigt, Konzentrationslager wurden errichtet, massenweise wurde die Bevölkerung brutal umgesiedelt. Aber die Feministen und Grünen schlachten das Thema der weitverbreiteten Vergewaltigung für noch obszönere Zwecke aus. Sie stellen sich als „humanitär" hin und benutzen Vergewaltigung als ideologische Keule, um das Vierte Reich moralisch wiederaufzurüsten und die deutsche Bevölkerung darauf vorzubereiten, die Bundeswehr hinzuschicken.

Zu diesem Zweck tagte am 6. Februar in Zagreb eine Konferenz mit etwa 600 Teilnehmern; sie wurde als „Internationale Frauen-Solidarität" verkauft, forderte aber die militärische Intervention, um die Vergewaltigung in Bosnien zu stoppen. Organisiert wurde sie von Lea Rosh, deren militante feministische Rhetorik ihr auch in der *taz* Gehör verschafft. In TV-Talkshows hat „Vergangenheitsbewältiger" Rosh darauf gedrängt, daß sich das „wiedervereinigte Deutschland" zu seiner „Verantwortung" bekennt und nicht mehr im „Schatten der Vergangenheit" versteckt.

Man werfe nur einen Blick in das Verbrecheralbum deutsch-nationalistischer Politikerinnen, die sie eingeladen hatte. Rosh brüstete sich in SÄT 1: „Wir gehen nach Zagreb ... mit vielen deutschen Ministerinnen". CDU-Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth gehörte zu den Sponsoren. (Selbst Hillary Clinton schickte eine Grußadresse.) Es gab einen Pulk von SPD-Prominenz, darunter Herta Däubler-Gmelin, Regine Hildebrandt, Cornelia Schmalz-Jacobsen, und Grüne wie Waltraud Schoppe und Eva Quistorp, die eine der schärfsten Militaristen der Grünen ist. Es gab niedersächsische Ministerinnen, eine österreichische Ministerin und keine geringere als Jutta Limbach (SPD), die tollwütige antikommunistische „Justiz"ministerin von Berlin, die -gleich nach dem Flop ihres Schauprozesses gegen den ehemaligen DDR-Staatschef Erich Honecker nach Zagreb einritt.

Von Anfang an war diese Orgie von Bigotterie eine kroatische Kriegspropaganda-Show. Alle Serben waren ausgeschlossen. Die Konferenz konnte sich nicht auf eine Erklärung einigen, weil die Kroaten darauf bestanden, daß nur den Serben die Schuld für Vergewaltigungen und „ethnische Säuberungen" gegeben werden sollte. Als die *einzige* serbische Frau (eine Gegnerin des Milosevic-Regimes) an das Mikrophon heranschlich, marschierten über 100 kroatische Frauen raus, obwohl sie auch *serbische* Soldaten verurteilte.

Welch Heuchelei zeigen die Feministen des Vierten Reichs! Die deutschen Sponsoren und ihre Parteien waren es, die zusammen mit FDP-Außenminister Genscher „Selbstbestimmung!" für Kroatien und Slowenien schrien und Bonns europäische Verbündete unter Druck setzten, dies zu unterstützen: So wurde Jugoslawien zerstückelt und der blutige ethnische Krieg entfesselt. Dann zerhackten sie durch „verfassungsmäßigen" Rassismus das Recht auf Asyl in Deutschland und schotteten die Grenzen gegen die Opfer des Krieges ab. Bevor Frauen einreisen konnten, hat Bonn sogar den *schriftlichen Nachweis der Vergewaltigung* verlangt.

Während des Zweiten Weltkriegs wußte die Bevölkerung in Jugoslawien, insbesondere Frauen und Minderheiten: Wenn Titos Partisanen mit dem roten Stern ankamen, warst du sicher. Im Gegensatz dazu verübten die kroatischen Ustaschi bestialischen Völkermord an den Serben. Auch die Tschetniks führten ihre „ethnischen Säuberungen" durch, wenn sie nicht damit beschäftigt waren, Kommunisten umzubringen. Heute begehen auf dem Balkan nicht nur die Serben, sondern *alle* Seiten Greueltaten, aber zu Bonns rachsüchtiger Politik gegen die Serben paßt die Wahrheit nicht.

Die Linke wie die rechte Presse griff letzten Sommer den Aufschrei der Imperialisten über KZ-artige Bedingungen in den serbischen Kriegsgefangenenlagern auf, aber 40 bekannte ähnliche Lager der kroatischen Nationalisten wurden hartnäckig ignoriert. Die Feministen behaupten, daß 60 000 bosnisch-moslemische Frauen vergewaltigt worden sind; dabei stützen sie sich auf die Angaben kroatischer UltranationalistischerFrauenorganisationen. Im Januar 1992 erklärte eine besondere Untersuchungskommission der EG, daß es 20 000 waren, doch auch deren „Beweise" wackeln. Sogar amnesty international hat scharf kritisiert, daß „das Thema der Vergewaltigung..,. extensiv als Propagandawaffe eingesetzt" wird.

Horst Schneider hat in der März-Ausgabe von *konkret* in aller Schärfe den Militarismus enthüllt, für den Grüne und Feministen das Thema der Massenvergewaltigung in Ex-Jugoslawien ausnutzen. Aber während des Golfkriegs haben Gremliza und Schneider für das US-Gemetzel am Persischen Golf getrommelt und dabei Israel unterstützt. Jetzt beschweren sie sich, daß Grüne/Feministen zur Vergewaltigung kuwaitischer Frauen durch Saddam Husseins Truppen schwiegen — eine der „Greueltaten", die als Kriegspropaganda von den Massenmedien erfunden wurde.

Wie kommt's, daß die Veteranen der „Friedens"-bewegung jetzt die Falken sind? Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre drängten die gestärkten deutschen Imperialisten darauf, den ostdeutschen Arbeiterstaat *ökonomisch* zu unterminieren. Das war der Sinn der „Ostpolitik" der SPD und die objektive Basis für eine proimperialistische „Friedensbewegung in Westdeutschland. Die Grünen und andere „linke" SPD-Satelliten spiegelten diese Kräfteverschiebung wider und gaben sich offen dem wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus — in linker Färbung — hin. Diese Kräfte bejubelten alles, was nach Konterrevolution roch: von der DDR-„Friedens"bewegung, unterstützt von SPD und Kirche, über die klerikal-reaktionäre Solidarnosc bis hin zu den feudalistischen Mudschaheddin-„Freiheitskämpfern" in Afghanistan. (Heute interessieren sie sich überhaupt nicht für die verzweifelte Lage von afghanischen Frauen, die den mörderischen islamischen Fundamentalisten ausgeliefert sind.) Und nun, wo die Sowjetunion nicht mehr existiert und der deutsche Imperialismus durch die kapitalistische Konterrevolution enorm gestärkt wurde, drängen sie darauf, daß Deutschland durch Blut und Eisen einen „Platz an der Sonne" erobert, entsprechend der angebrochenen Epoche der „Neuen Weltordnung".

Für chronisch antisowjetische „linke" Nationalisten, die sich jetzt überschlagen, um aus dem „Schatten der Vergangenheit" herauszutreten, kommt das gefühlsgeladene Thema Massenvergewaltigung gelegen wie kein anderes, um einen ganz bestimmten Nerv zu treffen. Die Berichte im letzten Herbst über die Vergewaltigung moslemischer Frauen in Bosnien trafen in Deutschland „zufällig" ein, als gerade der antisowjetische Film der Feministin Heike Sander über die Vergewaltigung deutscher Frauen durch Rotarmisten im Zweiten Weltkrieg anlief. Und was das heißt, erklärte Neudeck in einem Fernsehgespräch am 23. Januar, moderiert von ... Lea Rosh: „Wir erleben doch eine furchtbare Situation, eine Vergewaltigung eines ganzen Volkes." Er habe doch zusammen mit seiner Mutter, Großmutter und älteren Schwester „wirklich diese furchtbare Situation ... von Vergewaltigung in Deutschland auch erlebt" (*konkret*, März 1993). 12 Jahre lang überflutete Nazi-Propagandaminister Josef Goebbels die deutsche Bevölkerung mit solchem Dreck über den slawischen „Untermenschen": der „Iwan", der darauf aus sei, die arische Weiblichkeit zu „schänden". Neudecks Bild der „Geschichte" wetteifert mit den abscheulichsten Nazi-Postern gegen die „bolschewistische Gefahr", komplett mit geifernder „slawischer" Fratze und rotem Stern.



Imperial War Museum, London

Titos kommunistisch geführte Partisanen zerschlugen die Nazis und ihre mörderischen Ustascha-Henker, stürzten den Kapitalismus und überwanden nationale Konflikte in Jugoslawien

Mit einem atemberaubenden Schlag stellt Neudeck die barbarischste Epoche der menschlichen Geschichte auf den Kopf. In diesem Krieg *zerschlug die Rote Armee Hitlers Drittes Reich* und befreite Europa vom faschistischen Alptraum — *Völkermord und „ethnische Säuberung"* mittels bestialischer industrialisierter Massentötung in einem Ausmaß, das in der Geschichte der Menschheit ohne Beispiel ist. Die Vergewaltigungen, die von der Roten Armee begangen wurden, lassen sich größtenteils auf Stalins nationalistische Politik zurückführen und wurden gespeist aus einem elementaren Wunsch nach Rache für die verbrannte Erde von Hitlers Unternehmen Barbarossa. Es ist bekannt, daß Offiziere der Roten Armee Soldaten erschossen, die vergewaltigt haben — im Gegensatz zur Politik der imperialistischen Alliierten im Westen.

Die Bestialität der mit den Nazis verbündeten Ustaschi — Todeslager wie Jasenovac, wo der Holocaust gegen Serben und Roma nicht maschinell, sondern von Hand mit Brachialgewalt durchgeführt wurde — ekelte sogar Hitlers Offiziere. Die Ustaschi wurden durch *die Partisanen unter Tito* zerschlagen. Und dies ist die alte Rechnung, die der wiedervereinigte deutsche Imperialismus begleichen will — mit Hilfe seiner feministischen Freunde und der Absolventen seiner Friedensbewegung."

Jelzins Blutmai
Russisches Referendum: Der Morgen danach



Reuters

Moskau, 1. Mai: Jelzins Polizei provoziert schwere Zusammenstöße mit der Demonstration der „rot"-braunen Koalition

Nachdem der russische Präsident Boris Jelzin durch seinen Sieg beim Vertrauensvotum am 25. April Oberwasser bekommen hatte, war noch keine Woche vergangen, da provozierten die Moskauer Miliz (Polizei) und die Truppen der OMON-Spezialeinheit einen blutigen Zusammenstoß mit mehreren tausend Anti-Jelzin-Demonstranten am 1. Mai in Moskau. Früher in der Woche hatte Jelzin angeordnet, daß der traditionelle Kundgebungsort am Roten Platz für alle Straßenproteste gesperrt wird. Doch als Demonstranten versuchten, zu einem anderen Platz in der Universitäts-Gegend in der Nähe der Lenin-Hügel zu marschieren, rückten Polizeilastwagen und berittene Bullen an, Knüppel schwingend und mit Wasserwerfern, um sie aufzuhalten. Die Jelzin-Gegner antworteten mit einem Hagel von Steinen und Mauerstücken.

Bei der blutigsten Straßenschlacht, die man in Moskau gesehen hat, seit Jelzin im August 1991 die Herrschaft an sich riß, wurden etwa 70 Demonstranten und eine größere Anzahl von Polizisten verwundet. Die Demonstranten, die einem Aufruf der „rot-braunen" Nationalen Rettungsfront (NRF) gefolgt waren, skandierten: „Tod für Jelzin!" Sie zogen zum „Weißen Haus" des russischen Parlaments, das Hauptquartier für Jelzins proimperialistischen Gegenputsch von 1991 und jetzt das Zentrum der bürgerlichen Opposition gegen Jelzin, errichteten Barrikaden und hißten rote Banner sowie monarchistische Trikoloren in Weiß-Gelb-Schwarz.

NRF-Sprecher Ilja Konstantinow, der mit dem faschistoiden russischen Nationalen Sobor in Verbindung steht, warnte vor einem schärferen Zusammenstoß in der nächsten Woche am Tag des Sieges, der an den sowjetischen Sieg über Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg (von Stalin als der Große Vaterländische Krieg bezeichnet) erinnert: „Dies ist der Beginn des wirklichen Widerstands. Wir können sagen, daß man am 9. Mai OMON anders entgegentreten wird. Mutterland oder Tod!"

An der Spitze des Demonstrationszugs marschierten mehrere gescheiterte Putschisten vom „Notstandskomitee" des August 1991, gegen die letzten Monat schließlich das Gerichtsverfahren eröffnet und inzwischen auf unbestimmte Zeit vertagt worden ist. Zwar machte ihr vermurkster „Perestroika-Putsch" keinen Versuch, gegen Jelzins Konterrevolutionäre vorzugehen, sondern bahnte vielmehr Jelzins Machtergreifung den Weg; aber wir Marxisten verurteilen diesen antikommunistischen Prozeß, den der entstehende bürgerliche Staat gegen die Verlierer vom bürokratischen Trog führt.

Der blutige Zusammenstoß am 1. Mai war der Höhepunkt einer Woche, in der Möchtegern-Zar Boris eine Reihe von Maßnahmen ergriff, die darauf abzielten, nach dem Sieg beim Referendum vom vergangenen Sonntag die Macht zu festigen. Dazu gehörten das Verbot von Aktivitäten der Kommunistischen Partei in allen Staatsbetrieben und ein Erlaß, der die nationalistische Zeitung *Den* für ungesetzlich erklärt. Bei allem Wind, den die Nationale Rettungsfront macht, ist nicht dieses Koalitionspack von abgehalfterten Stalinisten und antisemitischen großrussischen Chauvinisten augenblicklich Jelzins Hauptsorge, sondern der parlamentarische Block der korporatistisch-nationalistischen Bürger-Union, dem die „Rot"-Braunen als Stoßtruppen dienen.

Zwei Wochen vor dem Referendum demütigte Jelzin öffentlich seinen Vizepräsidenten Alexander Ruzkoi, einen Sprecher der Bürger-Union, als er ihm dessen Regierungs-Mercedes sowie die Leibwächter wegnahm und ihn seines Postens zur Beaufsichtigung der Landwirtschaft enthob. Ruzkoi seinerseits beschuldigte das Regime, von Korruption durchsetzt zu sein, und behauptete, daß Verteidigungsminister Pawel Gratschow illegal sowjetisches Militäreigentum in Ostdeutschland verkauft habe. Nach der Abstimmung erklärte Jelzin, sein Rivale leite nicht mehr den Regierungsausschuß gegen Korruption.

Jelzins Sieg beim Referendum gab dem Möchtegern-Starken-Mann sicherlich das, was er wollte: auf die vier zur Abstimmung gestellten Fragen die Antwort „Da, Da, Njet,

Da" — 58 Prozent „Ja" für seine Präsidentschaft, eine mit 53 Prozent unerwartet hohe Billigung seiner Wirtschaftspolitik der „Schockbehandlung", nur weniger als die Hälfte für neue Präsidentschaftswahlen und 64 Prozent für Neuwahlen zum Kongreß. Jelzins imperialistische Zahlmeister kreischten vor Freude. „Dies ist ein sehr, sehr guter Tag", sprudelte Clinton. Ein Leitartikel der *New York Times* (27. April) schwärmte: „Jelzins Vertrauen in das Volk wurde überwältigend erwidert." Um dieses Ergebnis zu erzielen, ließen Jelzins westliche Hintermänner alle Hemmungen fallen.

Die New Yorker Werbeagentur Saatchi and Saatchi führte „verdeckt" Jelzins Medienkampagne, die das öffentliche Fernsehen für einen „unaufhörlichen Strom von Regierungspropaganda" (Londoner *Guardian, 26.* April) einspannte. Jelzin wurde „zu Hause" mit seiher Frau gezeigt in einer bescheidenen Dreizimmerwohnung — während die Regierung 100 Millionen Rubel pro Monat ausgibt, um ihm ein verschwenderisches neues Penthouse mit Tennisplatz und Swimmingpool einzurichten. In den Tagen vor der Abstimmung verdoppelte Jelzin die Renten, nahm die Mieterhöhungen zurück, erhöhte die Subventionen für die Bergbauindustrie und versprach den Veteranen mehr Geld. Er versprach auch, die Privilegien der Kosaken wiederherzustellen und pries diese zaristischen Pogromisten als „eines der wichtigsten Kernstücke des neuen demokratischen Rußlands".

Inzwischen trugen die imperialistischen G7-Mächte ihr Scherflein bei und versprachen ein neues Hilfspaket von 28 Milliarden Dollar, während die Weltbank noch eine Milliarde drauflegte, um Rußlands Ölquellen weiter sprudeln zu lassen. Selbst dann stimmten viele nur deshalb für Jelzin, weil ihnen die Possen des Kongresses sogar noch mehr zum Hals raushingen und sie eine „starke Hand" wollten.

Am Vorabend des Referendums vertrat die Internationale Kommunistische Liga den Standpunkt, daß es im Interesse der Arbeiter ist, wenn Jelzin eine Niederlage erleidet, die sich gewaschen hat, und rief dazu auf, bei den vier Fragen mit „Njet, Njet, Da, Da" zu stimmen. In einem früheren Artikel („Jelzin trifft seinen Lehnsherrn", *Spartakist* Nr. 102) bemerkten wir, „die implizit angebotene Alternative ist die Unterstützung der nationalistisch-korporatistischen Politik der oppositionellen ... Bürger-Union", und schrieben: „Die russischen Arbeiter haben vom Ergebnis dieses Referendums, der Fortsetzung eines Machtkampfes zwischen zwei Flügeln der kapitalistischen Konterrevolution, nichts zu gewinnen." Zwar kann die Arbeiterklasse weder dem imperialistischen Handlanger Jelzin noch seinen korporatistisch-nationalistischen Gegnern politische Unterstützung geben, doch diese allgemeine Erklärung ging nicht angemessen auf die *besonderen* im Referendum gestellten Fragen ein.

Die *New York Times* (26. April) stellte fest, daß mit „Njet, Njet, Da, Da" Anti-Jelzin-Wähler stimmen würden, „die in die Richtung Die-Pest-möge-über-euch-alle-kommen neigen". Jeder klassenbewußte Arbeiter würde sicher „Njet" zu Jelzin und seiner Wirtschaftspolitik sagen, die auf die Verelendung der Bevölkerung und die Zerstörung der Industrie hinausläuft. Und während wir aus abstrakter Demokratie keinen Fetisch machen, konnte unsere Antwort, als sich die Frage nach Neuwahlen von Präsident und Parlament stellte, nur Ja sein. Wo Rußland jetzt ein kapitalistischer Staat ist — dazu noch einer, in dem alle konkurrierenden bürgerlichen Kräfte eine bonapartistische Herrschaft zu errichten versuchen —, ist es für die revolutionäre Partei notwendig, in bezug auf demokratische Formen äußerste Wachsamkeit beizubehalten.

Marc Cooper erfaßte in der *Village Voice* (4. Mai) die Atmosphäre des russischen Referendums, als er erklärte, der Gewinner sei ... „General Augusto Pinochet", der chilenische Militärdiktator. Wie ein Moskauer aus dem Kiez, den Cooper interviewte, über Jelzin sagte: „Nach dem Referendum, Vorsicht. Mit einem Vertrauensvotum in der Tasche und unfähig, seine Revolution demokratisch durchzusetzen, könnte er beschließen, die Armee zu rufen und es mit Gewalt zu versuchen." Fünf Tage nach der Abstimmung beorderte Jelzin 88 regionale Führer nach Moskau, damit sie seinen Entwurf einer neuen Verfassung unterstützen, die eine halbbonapartistische „Präsidialrepublik" absegnen und die Legislative durch eine zahnlose „Vertretungs"körperschaft aus zwei Kammern ersetzen würde, deren Unterhaus passenderweise Staatsduma hieße. Die Duma war eine impotente „beratende" Versammlung, die vom letzten Zar, Nikolaus IL, als ein „demokratisches" Beruhigungsmittel nach der Revolution von 1905 eingerichtet (und wiederholt aufgelöst) worden war.

Um die Unterstützung der regionalen Führer zu kriegen, ist Jelzin bereit, die zentrifugalen Kräfte zu verstärken, die das Land auseinanderreißen und den Handlungsspielraum der Zentralregierung stark einengen. Eine Reihe von Bezirken hatte bereits eine fünfte Frage zum Referendum hinzugefügt, für regionale Autonomie oder Unabhängigkeit, und einige, wie das sezessionistische Tschetschenien, führten einen vollständigen Boykott durch. Inzwischen wird Jelzins „Privatisierungs"plan die Industriebasis des Landes zerstören und Rußland in einen neokolonialen Lieferanten von Öl und anderen Rohstoffen an die Imperialisten verwandeln. Aber obwohl Korporatisten wie Ruzkoi davon reden, die Schwerindustrie des Landes und einen starken russischen Staat zu erhalten, wären sie genauso abhängig vom Imperialismus. Inzwischen wirbt Ruzkoi offen für eine bonapartistische Herrschaft und schwört, daß „Recht und Ordnung in einem starken Staat wiederhergestellt werden muß".

Wie wir in „Dogfight in Moscow" („Nahkampf in Moskau", *Workers Vanguard* Nr. 572, 26. März) schrieben: *„Die Arbeiterklasse muß gegen Maßnahmen, die sie unter das Joch einer bonapartistischen Diktatur spannen sollen, aus welcher Ecke sie auch kommen, Widerstand leisten."* Nur eine sozialistische Revolution, die alle konkurrierenden Fraktionen des entstehenden bürgerlichen Staats wegfegt, kann die sowjetischen Werktätigen retten, deren bloße Existenz durch die verheerenden Folgen der Konterrevolution bedroht wird. Der Schlüssel liegt in der Bildung einer wirklich kommunistischen Partei, die auf der Grundlage der Prinzipien von Lenin und Trotzki die multinationale Arbeiterklasse von Rußland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken zur Macht führt. Für eine kollektivierte Planwirtschaft auf der Grundlage der Sowjetdemokratie und des revolutionären Internationalismus!

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 575, 7. Mai*

„Schwerverbrechen lesbische Liebe" in Las Vegas

von John Roemer

Dieser Artikel erschien zuerst in San Francisco in SF Weekly *(24. März) und wurde mit Genehmigung des Autors in* Workers Vanguard *Nr.* 573 *(9. April) abgedruckt.*

Nina Hartley, Porno-Star aus Berkeley, und 10 weitere Frauen wurden letzten Monat des Verbrechens der lesbischen Liebe angeklagt, weil sie bei einer Unterwäsche-Show in Las Vegas Oral-Sex hatten. Der Staatsanwalt berief sich auf ein archaisches Gesetz des Bundesstaats Nevada, das „niederträchtige Verbrechen wider die Natur" verbietet, um seine Anklage gegen die Frauen zu begründen.

Hartley, die ein hohes Profil als Kämpferin gegen die Zensur sexueller Ausdrucksformen hat, macht sich über ihre Verhaftung lustig. „Was für eine Vorstellung", lachte sie bei einem Interview letzte Woche. „In welchem Jahrhundert ist Nevada eigentlich? Waren die letzten 30 Jahre für nichts und wieder nichts?"

Der Ärger begann im Januar bei der jährlichen Konsumelektronik-Show, wo die Friends of X-rated Entertainment (Freunde der pornographischen Unterhaltung) eine Unterwäsche-Show machten, um Geld für die Sache der sexuellen Freiheit zu sammeln. Der *Las Vegas Sun* zufolge zahlten 800 bis 1500 Leute 10 Dollar pro Person und drängten sich in ein großes Zelt hinter dem Pure Pleasure Book & Video Store (Buch- und Videoladen Reines Vergnügen), um die Show zu sehen. Die Gewinner einer Tombola zogen den Darstellerinnen den Bikini mit den Zähnen aus, und manche aus dem Publikum hatten Geschlechtsverkehr mit den Darstellerinnen, berichtete die Zeitung.

Bis zu 10 Zivilbullen sahen die Show und verhafteten dann die Frauen unter der Anklage des Vergehens der Prostitution, obwohl es sich um eine Wohltätigkeitsveranstaltung handelte und die Frauen nicht bezahlt wurden. Nachdem die Staatsanwälte sich die Videobänder der Vorstellung angeguckt hatten, beschlossen sie, den Fall vor ein Großes Geschworenengericht zu bringen; dieses erhob die verschärfte Anklage des Verbrechens, weil die Tat lesbische



mit Genehmigung von Nina Hartley

Viva Nina!

Der folgende Brief von Nina Hartley erschien in Workers Vanguard *Nr. 574, 23. April.*

Ein Buch kam vor ein paar Jahren heraus, das von der KP in Alabama handelt und in dem meine Großeltern ziemlich häufig erwähnt werden (siehe: Joe und Esther Gelders). Sie waren stark engagiert bei antirassistischer Organisierung. [Birminghams berüchtigter Polizeipräsident] „Bull" Connor und der KKK schlugen meinen Großvater bei drei verschiedenen Gelegenheiten zusammen und ließen ihn das letzte Mal im Glauben, er sei tot, liegen. Er erholte sich, es war knapp, und sie fuhren nach Westen.

Meine Eltern waren auch in der Partei. 1956 wurde mein Vater zum „House Un-American Activities Committee" [McCarthy-Ausschuß] vorgeladen, wo er sich standhaft weigerte, von irgend jemandem den Namen zu sagen. Er wurde auf die schwarze Liste gesetzt, verlor seine Radiosendung in S. F., und eine vielversprechende Laufbahn beim Rundfunk wurde zerstört.

Ich will der Spartacist League für ihre mutige Verteidigung des Rechts auf freie sexuelle Darstellung danken. Eure Position ist in der Linken einzigartig. Mein Mann informiert mich, daß Ihr die einzige marxistische Gruppe seid, die aktiv Pornographie verteidigt. Ihr versteht den Zusammenhang zwischen sexueller Freiheit/Gleichheit und Sozialismus. Danke! Eure Unterstützung für mich wird sehr gebraucht und geschätzt.

Lang lebe der Sozialismus!
Nina Hartley

Workers Vanguard antwortet: Wir danken Nina Hartley für ihren freundlichen Brief und weisen Leser auf *Hammer and Hoe* von Robin D.G. Kelley (University of North Carolina Press, 1990) hin, die maßgebliche Geschichte über die Arbeit der Kommunistischen Partei in Alabama während der Weltwirtschaftskrise. Ninas Großeltern, Joe und Esther Gelders, spielen eine bedeutende Rolle, besonders bei der Führung des National Committee for thé Défense of Political Prisoners (Nationalkomitee für die Verteidigung politischer Gefangener).

Die Spartacist League und das Partisan Défense Committee stellen sich gegen alle Versuche des Staates, Sexualität zu verbieten, besonders sexuelle Praktiken und ihre Darstellung in der Pornographie. In dem Fall eines Buchverkäufers aus Fort Wayne, gegen den wegen „Obszönität" und „Verschwörung" Anklage erhoben wurde, legten die SL und das PDC 1988 ein Schreiben *Amicus curiae* (ein dem Gericht vorgelegtes Gutachten) vor. Wir bitten unsere Leser eindringlich, Spenden zu schicken (siehe Seite 9), um Nina und ihren Mitangeklagten bei der Bezahlung der Verfahrenskosten zu helfen.

Berlin: Autonome Polizeireserve für Limbach/Heckelmann

BERLIN — Die „revolutionäre 1.-Mai-Demonstration" zieht gerade vom Oranienplatz los, da fliegen Steine und Flaschen auf eine Gruppe von Linken, überwiegend Immigranten. Etwa 20 von ihnen, Unterstützer der maoistischen Revolutionary Internationalist Movement (RIM), scharen sich um ihren Lautsprecherwagen und rufen: „Nie wieder Deutschland". Darauf kommen von allen Seiten die deutschen Angreifer zu Hunderten mit dem Schlachtruf: „Nie wieder Stalin". Ein Überfall von Nazis, die sich für den Sieg der Roten Armee gegen Hitler-Deutschland rächen wollen, den die Sowjetunion trotz Stalin erkämpfte?

Nein, es sind „autonome" Bluthunde. Ihr pogromartiger Überfall ist vom Lautsprecherwagen des autonomen Frauenblocks aus angestachelt worden: Der Versuch der maoistischen RIM, sich mit ihrem „nicht genehmigten" Lautsprecherwagen kurz vor dem Ende des Demonstrationszugs einzureihen, wird als „Provokation" gegen die Demo verurteilt. Bei so viel Ordnungssinn sind auch bald Innensenator Heckelmanns Ordnungshüter, die mit Republikaner-Faschisten verseuchte Polizei, zur Stelle.

Die Bullen umzingeln die RIM und wollen ihr die Fahnenstangen wegnehmen. Einen RIM-Anhänger holen sie vom Dach des Lautsprecherwagens und zertrampeln die Fahnenstange, bis sie kaputt ist. Den Wagen fahren sie aus dem Demozug „unter dem heftigen Beifall der Autonomen" *(Neues Deutschland,* 3. Mai). Genossen der SpAD protestierten gegen den antikommunistischen Überfall und riefen „Polizei raus aus der Demo!". Wir verteilten Flugblätter zur Verteidigung der RIM vom Dezember letzten Jahres, wo eine bewaffnete Schlägerbande von sogenannten „Autonomen" ebenfalls den RIM-Block überfallen hatte.

Kurz darauf folgte der erste brutale Polizeiüberfall auf den gesamten Demozug, mit Tränengas-Einsatz und Wasserwerfern. Polizei und Bundesgrenzschutz schlugen wiederholt auf die Demonstranten ein, nahmen Leute fest. Von den anfangs 10 000 Teilnehmern blieben immer weniger übrig. Schließlich wurde die Demo von den Veranstaltern selbst vorzeitig aufgelöst. Zur gleichen Zeit marschierten in Friedrichshain etwa 100 Nazis von der FAP, weiträumig geschützt durch die Polizei. Und nach Mitternacht formierten sich in der Nähe vom Oranienplatz zwei Dutzend BGSler und grölten das Nazi-„Horst-Wessel-Lied".

„Autonome loben die Polizei", titelte der *Tagesspiegel,* als autonome Schläger die gesamte Demo für den Bullenüberfall öffneten. Hinter diesem wütenden Antikommunismus steht die SPD-geführte Hexenjagd des deutschen Imperialismus, an der sich ein Großteil der Autonomen beteiligt (siehe „Autonome in der Sackgasse", *Spartakist* Nr. 100, Januar). Bereits im November 1992 griffen Autonome nach der Ermordung von Silvio Meier durch Faschisten den SpAD-Block an, weil wir „Freiheit für Erich Honecker!" und „Die Arbeiterklasse wird Silvio Meier rächen!" riefen.

Zwei Tage vor dem 1. Mai, bei einer Veranstaltung an der Humboldt-Universität mit dem mutigen Rechtsanwalt Klaus Croissant — der in den 70er Jahren die RAF-Gefangenen verteidigte —, blies ein Westberliner Autonomer zur Hetzjagd auf ihn. Wie SPD-Justizsenatorin Limbach griff er Croissant an, weil er laut Anklageschrift für die Stasi spioniert haben soll — und zwar ausgerechnet unter Linken, für die der bürgerliche Staat normalerweise Stammheim und Bullenterror bereithält! Die DDR habe auch „Machtstrukturen" gehabt, jammerte der Autonome. Wie Croissant sagte, ist solchen „linken Staatsanwälten" nicht zu trauen.

Die 20 000 Gewerkschafter — darunter viele Immigranten —, die am 1. Mai zum Lustgarten gezogen waren, sind Teil der enormen sozialen Macht der Arbeiterbewegung, die Nazi-Aufmärsche wie in Friedrichshain stoppen kann. Doch die DGB-Bürokraten kochten den 1. Mai zum Volksfest herunter, und das am Vorabend der Streiks in der ostdeutschen Metallindustrie. Die Spartakisten kämpfen dafür, die Kraft der Arbeiterklasse zu mobilisieren, um die Faschisten zu zerschlagen."

Liebe beinhaltete, sagte John Lukens, der erste stellvertretende Bezirksstaatsanwalt von Las Vegas. „Die lesbische Liebe machte es zum Verstoß gegen das Gesetz über ‚niederträchtige Verbrechen wider die Natur'."

Doch lesbische Liebe allein führte nicht zur Anklage. „Wenn zwei Damen in der eigenen Wohnung ein Verhältnis haben wollen, ist das vielleicht illegal, aber man müßte schon einen anderen Staatsanwalt finden, der diesen Fall bearbeitet. Ich würde es nicht tun", sagte Lukens.

Das Große Geschworenengericht erhob die Anklage, weil die Tat in der Öffentlichkeit und für Geld begangen wurde in Las Vegas, einem der wenigen Verwaltungsbezirke im Staat, wo Prostitution und Homosexualität illegal sind. „Wir hatten noch nie eine Live-Sexshow dieser Art in Las Vegas", behauptete Lukens.

Dominie Gentile, der Rechtsanwalt aus Las Vegas, der die 11 Angeklagten vertritt, sagte, sie seien zur strafrechtlichen Verfolgung herausgegriffen worden. „Es gab heterosexuelles Verhalten auf diesen Bändern, doch niemand wird deshalb strafrechtlich verfolgt, und es wurde auch kein Mann aus dem Publikum verhaftet", sagte er.

Gentile plant auch, das Vegas-Gesetz gegen Homosexualität anzufechten. „Ich habe den besten Fall der Welt, um diesen Paragraphen zu testen", sagte er. Eine seiner Klientinnen, Béatrice Valle, ist französische Staatsbürgerin. „Wenn sie nach Hause fährt, könnte sie niemals ausgeliefert werden, weil Frankreich seine Gesetze über widernatürliche Unzucht 1791 abgeschafft hat", sagte er.

Gentile fügte hinzu, daß die Videobänder in den Polizeikreisen von Vegas unter der Hand ein heißer Renner sind. Ein privater Bullenklub zeige das Band jeden Abend, sagte er.

Der erfahrene Anwalt sagte, er fürchte Beweise auf Band gegen seine Klienten. „Normalerweise zucke ich zusammen, wenn ich auf Band sehe, wie mein Gangsterklient einen Mord androht", sagte er. „Doch ausnahmsweise einmal freue ich mich sehr, dieses Band zu haben. Es zeigt eindeutig, wie eine Menge angeblicher Opfer eine wunderschöne Zeit hat, ohne daß ihnen irgend jemand die Pistole an den Kopf hält, um sie dazu zu bringen, meine Klienten zu beobachten."

Workers Vanguard bemerkt: Falls die Frauen verurteilt werden, drohen ihnen Strafen von jeweils bis zu 12 Jahren Gefängnis. Die bizarre sprunghafte Verschärfung der Anklagen bei diesem Fall ist ein Rachefeldzug für „Familienwerte", so wie die von der Mafia gegründete „Sündenstadt" versucht, sich herauszuputzen und Mutti und die Kinder mit Versprechungen über ein „gesundes" Disneyland in der Wüste anzulocken. Nach Bobby Lilly, dem Vorsitzenden der Californians Against Censorship Together (Kalifornier gemeinsam gegen Zensur), einer Gruppe, die die „erotischen Elf verteidigt, liegen die Anwaltsgebühren bereits über 30000 Dollar. Schickt Spenden, um zu helfen, die Verfahrenskosten der Frauen zu bezahlen, ausgestellt auf „The Freedom Fund" (Der Freiheitsfonds), an: Bobby Lilly, 2550 Shattuck Avenue No. 51, Berkeley, CA 94704.«

Kapitalisten greifen „Sozialstaat" der Nachkriegszeit an
Arbeiter protestieren in ganz Westeuropa

Während des vergangenen Monats hat Westeuropa, vom Mittelmeer bis zur Ostsee, einen dramatischen Aufschwung von Arbeiterstreiks und -protesten erfahren. In Ostdeutschland haben Warnstreiks von Metall- und Stahlarbeitern Zehntausende mobilisiert, die Straßen, Brücken und Fabriktore blockierten. Britische Eisenbahnarbeiter haben den Betrieb innerhalb von zwei Wochen zweimal lahmgelegt. Während des europaweiten Gewerkschaftsaktionstages am 2. April wurden in Italien Schulen, Flughäfen, Eisenbahnen und öffentliche Gebäude geschlossen und stillgelegt.

Diese Arbeitskämpfe sind Teil der wachsenden sozialen Unruhe im Europa nach dem Kalten Krieg. Der dramatischen Niederlage der französischen Sozialdemokratie bei den Parlämentswahlen vom März und dem Sieg des rechten Flügels folgte kurz danach die Ermordung jugendlicher Angehöriger von Minderheiten durch die Polizei. Spaniens „sozialistische" Regierung ist dabei, ihre Mehrheit zu verlieren. Das politische Regime Italiens, das seit dem Zweiten Weltkrieg durch mehr als 50 Regierungen Bestand hatte, bricht zusammen. Auf faschistische Angriffe und Pogrome gegen Immigranten in Deutschland folgten große antifaschistische Demonstrationen.

Dieser vielseitige Aufruhr ist direkt oder indirekt das Ergebnis der Konterrevolution in Osteuropa sowie der früheren Sowjetunion und einer allgemeinen kapitalistischen Wirtschaftskrise im Westen. In Ermangelung eines gemeinsamen Feindes wie im Kalten Krieg haben sich die innerimperialistischen Rivalitäten verschärft, nicht nur Europa kontra Amerika kontra Japan, sondern auch zwischen den europäischen Bourgeoisien. Massenarbeitslosigkeit wird kombiniert mit Angriffen auf die Sozialprogramme der Nachkriegsära durch eine herrschende Klasse, die sich durch die Zerstörung der Sowjetunion ermutigt fühlt. Sozialdemokratische Parteigänger der NATO dachten, sie hätten als Ergebnis des Zusammenbruchs des sowjetischen Stalinismus blühende Aussichten. Aber das Gegenteil ist geschehen, da die Bourgeoisie ihre Agenturen in der Arbeiterbewegung für immer entbehrlicher und den vielgepriesenen „Sozialstaat" für teure und inzwischen überflüssige Betriebskosten hält.

Der Kalte Krieg und der Sozialstaat

Allen Beschönigungen eines angeblich fundamental reformierten Kapitalismus („soziale Marktwirtschaft" in Deutschland, Schwedens „dritter Weg" usw.) ist jede Grundlage entzogen. Selbst die elementarsten sozialen Kämpfe verlangen heute nach einer revolutionären Führung.

Es gibt eine weitverbreitete Stimmung in ganz Westeuropa, vor allem unter den Jugendlichen, daß mit der Sozial- und Wirtschaftsordnung etwas ziemlich schiefgegangen ist. Unter den Verlierern der nach dem Ende des Kalten Krieges entstandenen Ordnung verbreitet sich eine Stimmung der Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit, die zum Beispiel im vergangenen August zu den Pogromen gegen Immigranten in Rostock führte, die von Hunderten Zuschauern beklatscht wurden. Faschistische Parteien kanalisieren die wirtschaftlichen Ängste und Ressentiments in Angriffe auf dunkelhäutige „Ausländer" und Minderheiten. Das eigentliche Ziel der Faschisten, die sich jetzt an rückständige Arbeiter wie auch an arbeitslose Jugendliche wenden, ist die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung. Kurz gesagt, auf die kapitalistische Konterrevolution gegen die bürokratisch beherrschten Arbeiterstaaten in Osteuropa folgt



Reuters
Turin: Streiks und Demonstrationen erschüttern seit Wochen Italien

eine kapitalistische Offensive gegen die bürokratisch geführten Arbeiterbewegungen in Westeuropa. Und die Bürokraten haben keinen Schimmer, was sie dagegen tun sollen.

Der Komplex der unter dem Namen „Sozialstaat" bekannten Sozialprogramme — kostenloses oder preiswertes Gesundheitswesen, staatliche Renten, Arbeitslosenversicherung — wurde *nicht* durch gewerkschaftliche Kämpfe oder sozialdemokratische Lobby-Politik errungen. Sie waren eine Antwort der westeuropäischen Bourgeoisie aus Angst vor einer sozialen Revolution unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Angst erhielt ihre besondere Note durch die bloße Existenz der Sowjetunion, die durch den Sieg der Roten Armee über Hitlerdeutschland gerade neues Ansehen gewonnen hatte, während große Teile der europäischen Bourgeoisien wegen ihrer Kollaboration mit den Nazi-Besatzern in Verruf geraten waren. Besonders in Südeuropa hatten die nationalen Kommunistischen Parteien gewaltig an Autorität in der Arbeiterklasse gewonnen.

Um die arbeitenden Massen mit der wertvollen Hilfe der Stalinisten (die in Frankreich und Italien den Nachkriegs-„Volksfront"-Regierungen mit kapitalistischen Parteien beitraten) und der Sozialdemokraten zu befrieden, mußte die Bourgeoisie ein weit besseres Angebot als die Vorkriegsverhältnisse der Weltwirtschaftskrise und des Aufstiegs des Faschismus machen. Gleichzeitig förderte und finanzierte der amerikanische Imperialismus sozialdemokratische Bürokraten in den Gewerkschaften und antikommunistische reformistische Parteien, um das NATO-Bündnis gegen den Sowjetblock zusammenzuschmieden.

In den 60er und frühen 70er Jahren gab es in Westeuropa eine erneute Periode der Instabilität, die aus einer Reihe langer, verlorener Kolonialkriege entstand — Algerien, Vietnam, Angola und Moçambique. Eine neue Generation militanter Arbeiter und linker Intellektueller trat hervor, die den traditionellen sozialdemokratischen und Moskau-orientierten stalinistischen Parteien feindlich gegenüberstanden. In den romanischen Ländern Europas erreichte die Zeit der Radikalisierung ihre Höhepunkte mit den vorrevolutionären Krisen der Mai-Juni-Ereignisse 1968 in Frank-

reich und des „Heißen Herbstes" in Italien im folgenden Jahr und später mit der portugiesischen Revolution 1974/75.

Um die bürgerliche Ordnung an der Südflanke der NATO zu stabilisieren, wurden größere Konzessionen an die Arbeiterklasse gemacht, während die Sozialdemokratie in dieser Region bewußt gestärkt wurde. Die Scala mobile (gleitende Skala der Löhne) war die Haupterrungenschaft der italienischen Arbeiter aus dem „Heißen Herbst" 1969, in dem es ansatzweise zur Doppelherrschaft in den Fabriken der Lombardei und der Toskana kam. Die große Furcht der französischen Bourgeoisie vor dem Mai '68 führte zur Rekonstruktion der französischen Sozialdemokratie um François Mitterrand. Auf der Iberischen Halbinsel wurden die reaktionären Despotien von Franco und von Salazar durch sozialdemokratische Regierungen ersetzt.

Die Stützung der Südflanke der NATO legte die Grundlage für den zweiten Kalten Krieg in den frühen 80er Jahren, in denen die Sozialdemokratie Arm in Arm mit Reagan, Thatcher und Kohl marschierte. Dies wurde durch die unheilige Allianz zur Unterstützung der polnischen Solidarnosc deutlich, die von ihren Herren im Vatikan und im Weißen Haus bis zu den Kälten-Kriegs-„Sozialisten" und dem Großteil der „extremen Linken" reichte. NATO-Sozialdemokraten wie Mitterrand verherrlichten den „Sozialstaat" als Teil der imperialistischen Propagandakampagne zur Unterminierung des Sowjetblocks. Den Arbeitern in Osteuropa wurde gesagt — und viele glaubten es —, daß die kapitalistische Restauration es ihnen ermöglichen würde, wie die Arbeiter in Westdeutschland und Skandinavien zu leben, den reichsten Regionen der imperialistischen Welt. In Wirklichkeit hat die Konterrevolution Osteuropa und die frühere Sowjetunion auf den Zustand von Neokolonien in der Dritten Welt degradiert.

Und in Westeuropa wird der sozialdemokratische Sozialstaat jetzt von einer Bourgeoisie angegriffen, für die er seine historische Nützlichkeit überlebt hat. Dieser Angriff wurde durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung intensiviert und beschleunigt. Besonders nach der Niederlage der portugiesischen Revolution, wobei die Friedrich-Ebert-Stiftung (nach dem SPD-Führer benannt, der für seine Äußerung bekannt ist, er hasse die Revolution wie die Sünde) eine Schlüsselrolle spielte, handelte Westdeutschland wie ein Pate der Sozialdemokratie auf der Iberischen Halbinsel. Spaniens Felipe Gonzalez und Portugals Mario Soares waren Kreaturen der SPD. Durch die EG half Bonn, Sozialprogramme und Industriesubventionen in den ärmeren Mittelmeerländern zu finanzieren.

Aber die Annexion der DDR durch den deutschen Imperialismus änderte das alles. Mit der rachsüchtigen Demontage der industriellen Infrastruktur der DDR wurden Millionen von arbeitslosen Ostdeutschen auf Stütze gesetzt. Im letzten Jahr überwies Bonn 200 Milliarden DM an die östlichen Bundesländer, hauptsächlich für Arbeitslosenunterstützung, Rentenzahlungen für erzwungenen Vorruhestand und ABM, um z. B. Leute dafür zu bezahlen, daß sie dichtgemachte Fabriken abreißen. Der „Wiederaufbau" der Ex-DDR wurde durch massive Schuldenpolitik finanziert, wobei Kapital aus dem übrigen Westeuropa durch von der Bundesbank hochgehaltene Zinsen angezogen wurde.

Der reiche Pate der Europäischen Gemeinschaft wurde zu deren Geizhals. Der Maastricht-Vertrag von 1991, der eine neue Ära der „europäischen Einheit" proklamierte, ist jetzt Makulatur. Der Wunschtraum von Mitterrand und dem Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, daß die Bundesbank ihren finanziellen Reichtum mit Frankreich teilen würde, zerfiel im letzten Herbst zusammen mit dem europäischen Währungssystem.

Das deutsche Kapital ist zu einer treibenden Kraft für Sparpolitik und industriellen Rückzug in ganz Westeuropa geworden. Zum Beispiel fordern Krupp und andere deutsche Stahl-Giganten ein Ende der Regierungssubventionen für die staatlichen Stahlindustrien in Italien und Spanien. Diese protektionistische Kampagne genießt die volle Unterstützung des sozialdemokratischen IG-Metall-Chefs Steinkühler, der ein „deutsches Stahlkonzept" fordert.

Zusammenbruch des Stalinismus, Krise der Sozialdemokratie

Nirgendwo ist die Verbindung zwischen dem Zusammenbruch des Stalinismus, der zur Konterrevolution in Osteuropa führte, und dem Bankrott der Sozialdemokratie in Westeuropa klarer als in Frankreich. Während des letzten Jahrzehnts war François Mitterrand die Personifizierung eines antisowjetischen Sozialdemokraten. Tatsächlich legte er eine größere kriegslüsterne Feindschaft gegen Moskau an den Tag als seine bürgerlichen (gaullistischen und giscardistischen) Vorgänger im Elysée-Palast. Im Zuge der Zerschlagung der Sowjetunion hat Mitterrands Sozialistische Partei eine so verheerende politische Niederlage erlitten, daß ihre zukünftige Existenz in Frage gestellt ist.

Anfänglich versuchte das Mitterrand-Regime während der weltweiten Wirtschaftskrise 1982/83 eine Politik der wirtschaftlichen Expansion durchzuführen — sozusagen „Keynesianismus in einem Lande". Banken und verschiedene große Firmen verstaatlichte es vor allem deshalb, um sie vor dem Bankrott zu schützen. Nach der voraussehbaren Kapitalflucht und zwei Franc-Abwertungen vollzogen die Pariser Sozialdemokraten in ihrer Wirtschaftspolitik eine Wende um 180 Grad zugunsten monetaristischer rigueur (Austerität) im Namen eines starken Francs. In der Folge bewegte sich die Arbeitslosigkeit im „sozialistischen" Frankreich ein halbes Jahrzehnt lang um die Zehn-Prozent-Marke, bevor die aktuelle Rezession alles noch schlimmer machte. Die amerikanische *Business Week* (5. April) bemerkte, daß „deutsche Firmen wie Volkswagen und Thyssen mit den großen Entlassungen und Werkschließungen gerade erst beginnen, die in den 80er Jahren bei Renault und Usiner Sacilor [Stahl] stattfanden".

Die Arbeitslosigkeit war das Thema, das die französischen Parlamentswahlen vom 22. März beherrschte, wobei nach einer Umfrage 70 Prozent der Wahlberechtigten dies für die wichtigste Frage hielten. Mitterrands Sozialmonetaristen wurden für den verkommenen Zustand der Wirtschaft bestraft, während die bürgerliche Rechte ihren

Fortgesetzt auf Seite 12

Nationale Schulung der SpAD in Berlin

14.00 Uhr
Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!

Zum Abschluß einer europaweiten Veranstaltungreihe spricht Renate Dahlhaus, Mitglied des Zentralkomitees der SpAD, über den Klassenkampf in Westeuropa.

18.00 Uhr
Wir sind die Partei der Russischen Revolution!

James P. Cannon war Amerikas bester kommunistischer Führer und dort 25 Jahre lang der zentrale Führer des Trotzkismus. Die Schulung befaßt sich mit dem Fraktionskampf am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, den er zur Verteidigung des Marxismus und der Errungenschaften des russischen Oktobers führte. Es spricht Max Schütz, verantwortlicher Redakteur des *Spartakist.*

Sonnabend, 22. Mai

Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65
(U-Bhf. Nauener Platz)

Für weitere Informationen: (030) 4927866

Westeuropa...

Fortsetzung von Seite 11

größten Wahlsieg seit einem Vierteljahrhundert errang. In der ersten Runde verringerte sich der Anteil der Sozialisten auf 19 Prozent, nicht viel höher als die 12,5 Prozent, die die faschistische Nationale Front von Jean-Marie Le Pen vereinnahmen konnte.

Die neue rechte Regierung — ein nicht allzu stabiler Block zwischen Gaullisten und Giscardisten — hat das Programm der Nationalen Front von einwandererfeindlichem Rassismus gegen nordafrikanische und schwarzafrikanische Bevölkerungsgruppen übernommen (siehe „Frankreich: Für Arbeiter/Immigranten-Verteidigung!", *Spartakist* Nr. 102, April). Der neue gaullistische Premier Edouard Balladur hat Pläne zur Privatisierung einer Reihe verstaatlichter Firmen angekündigt, was besonders unter den Bedingungen einer schweren Rezession Entlassungen, Kürzungen der Löhne und der Sozialleistungen und eine Verringerung der Kostenerstattung für ärztliche Behandlung und Medikamente bedeuten wird.

Das Ausmaß der Niederlage der Sozialistischen Partei am 22. März droht diese von Fraktionen zerrissene Wahlmaschine zu zerschlagen. Mitterrands offensichtlicher Nachfolger Michel Rocard ruft zum „großen Knall" auf — der *Auflösung* der Sozialdemokraten in eine breitere politische Bewegung, die offen ist für Grüne, Liberale und jedermann, der sich links von der Mitte ansiedelt.

Die Kommunistische Partei (PCF), die einst die französische Arbeiterklasse dominierte, wurde auf ihren harten Kern von Anhängern in den „roten" Vorstädten reduziert, wobei ihr Wählerpotential geringer ist als das der Nationalen Front. Angesichts der Demoralisierung und des Zerfalls der Sozialdemokratie hat sich die PCF in der allerletzten Zeit etwas erholt. Die PCF wird jedoch ihre frühere Position als *die* reformistische Partei des Proletariats nie wieder erlangen.

Angesichts der dramatischen Schwächung sowohl der Sozialdemokraten als auch der einstigen Stalinisten könnte der Widerstand der Arbeiterklasse gegen Angriffe des neuen rechten Regimes durchaus die Form von spontanen, militanten, von Aktivisten ohne klare politische Ausrichtung angeführten Kämpfen annehmen. Und aufgrund der allgemeinen Gleichsetzung des Marxismus-Leninismus mit Stalinismus könnten in Frankreich antiparlamentarische syndikalistische Strömungen Wiederaufleben, die die französische Arbeiterbewegung in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg beherrschten.

In Italien sind die Bedingungen für das Wiedererstarken syndikalistischer Tendenzen und Haltungen innerhalb der Arbeiterklasse sogar noch günstiger. Wie in Frankreich, waren anarchistische und syndikalistische Gruppierungen innerhalb der italienischen Arbeiterbewegung in der Ära vor 1914 stark. Und während der Radikalisierung der 60er und frühen 70er Jahre tauchten solche Strömungen erneut auf. Heute hat die italienische Arbeiterklasse abermals eine große Kampfbereitschaft an den Tag gelegt und trotzt den reformistischen Parteien und Gewerkschaftsführern. Als der rechte sozialistische Ministerpräsident Giuliano Amato im letzten Herbst ein neues Austeritätsprogramm von „Blut und Tränen" verkündete, strömten Hunderttausende Arbeiter auf die Straße, denen sich Rentner und Studenten anschlössen, und bewarfen die verräterischen Gewerkschaftsführer mit Münzen.

Diese tumultartigen Klassenkämpfe finden zu einer Zeit statt, in der die gesamte politische Nachkriegsordnung Italiens zusammengebrochen ist. Seit die US-Armee 1944 in Rom einmarschierte, hat die starke Hand des amerikanischen Imperialismus die politische Szenerie der Halbinsel ausgerichtet. Washington war entschlossen, die mächtige Kommunistische Partei aus der Regierung fernzuhalten, selbst als die jämmerliche reformistische PCI Mitte der 70er Jahre darum bat, lediglich Juniorpartner der Christdemokraten werden zu dürfen (der sogenannte „historische Kompromiß"). Der Kalte Krieg bedeutete in Italien eine fortgesetzte Koalition korrupter und verfeindeter Cliquen der Christdemokraten und Sozialdemokraten.

Während der Auflösung des Sowjetblocks und der damit einhergehenden Spaltung in der PCI löste sich der antikommunistische Kleister auf, der Italiens herrschende Cliquen zusammenhielt. Rom ist Schauplatz einer Orgie von politischen Korruptionsskandalen, bei denen ein Drittel der Parlamentsabgeordneten wegen Annahme von Schmiergeldern und Nebeneinnahmen untersucht wird. Die italienische Bourgeoisie möchte sich des parasitären, von Fraktionen zerklüfteten Parteiapparats der Christdemokraten und der aufgedunsenen Bürokratie der verstaatlichten Industrie entledigen und sie durch einen wirkungsvolleren Regierungsapparat und einen „starken Staat" ersetzen, vorzugsweise durch eine Art von Präsidialbonapartismus. Aber im Moment regiert das Chaos.

Auch die italienische Arbeiterbewegung befindet sich im Zustand der Unruhe. Im Zuge der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands spaltete sich die Kommunistische Partei, die jahrzehntelang die größte Westeuropas war. Die kleinere, sich eher links gebende Rifondazione Comunista (RC) kapitulierte im letzten Herbst in grotesker Weise vor Amatos Austerität und verleumdete die Arbeiter, die auf die Straße gingen, als gewalttätig. Der bedeutendste Gewerkschaftsbund CGIL, geführt von ehemaligen eurokommunistischen Mietlingen, ist weitgehend diskreditiert, und es sind verschiedene Gruppierungen von militanten Fabrikarbeitern zum Vorschein gekommen, wie die Comitate di Base (Basiskomitees).

Im letzten Februar folgten 200 000 Arbeiter dem Aufruf der Vereinigten Fabrikräte, zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze auf Rom zu marschieren. An ihrer Spitze standen 300 Kohlekumpel aus dem Sulcis-Bergwerk in Sardinien, dem Ort einer dramatischen Werkbesetzung. Als ENI, der riesige staatliche Konzern, der das Bergwerk betreibt, Pläne verkündete, die Belegschaft um die Hälfte zu reduzieren, ketteten sich neun Bergarbeiter 46 Tage lang in der Zeche an, während die gesamte Gemeinde in der Umgebung zu ihrer Unterstützung eilte. Während der Februardemonstration riefen Tausende Arbeiter zum Generalstreik auf. Angesichts der tiefen politischen wie auch wirtschaftlichen Krise würde ein Generalstreik in Italien die Frage stellen, welche Klasse die Macht haben soll. Selbst ein eintägiger Protest, den die Gewerkschaftsspitzen zum Dampfablassen organisieren würden, könnte außer Kontrolle geraten.

Es ist gerade die zentrale Frage der politischen Macht, die von syndikalistischen Programmen und Vorurteilen geleugnet wird. Auf einer bestimmten Ebene dient Syndikalismus als ideologische Rechtfertigung für reine Gewerkschaftsmilitanz oder, in leninistischen Begriffen, militanten Ökonomismus. Militanter Ökonomismus kann nur dann effektiv sein, wenn die Kapitalistenklasse bereit ist, über die Bedingungen der Ausbeutung zu verhandeln. Wenn ein multinationaler Konzern entschlossen ist, eine Fabrik zu schließen, oder eine bürgerliche Regierung, ein staatliches Bergwerk dichtzumachen, dann fehlt Streiks, Protesten und selbst Besetzungen die wirtschaftliche Macht. Auf einer noch grundsätzlicheren Ebene des Klassenkampfes bietet militanter Ökonomismus keine Verteidigung gegen ein bonapartistisches Regime, das bereit ist, Arbeiterführer zu töten, zu verhaften und zu foltern.

Außerdem ist rein gewerkschaftliche Militanz notwendigerweise national ausgerichtet und hat als solche eine orga-



Zivilbullen greifen Jugendlichen an, der gegen Mord an einem afrikanischen Jugendlichen auf einer Polizeistation protestiert

Grégoire Korganov

nische Tendenz zum wirtschaftlichen Nationalismus. Das syndikalistische Programm, das grundsätzlich die Notwendigkeit der zentralisierten Wirtschaftsplanung auf internationaler Grundlage leugnet, bietet keine Antwort auf die reformistischen Fürsprecher von Protektionismus und Handelskrieg — der Illusion, daß die Interessen der Arbeiter in einem Land auf Kosten der Arbeiter in anderen Ländern verteidigt werden könnten.

Besonders in einer Periode des scharfen wirtschaftlichen Niedergangs und einer entschlossenen kapitalistischen Offensive gegen die Arbeiterbewegung muß die Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse auf den Kampf um die Staatsmacht ausgerichtet werden. Eine revolutionäre Arbeiterregierung wird die Mittel der Produktion und der Verteilung enteignen und eine geplante Wirtschaft im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa aufbauen.

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Deutschland — das industrielle Kraftwerk des Kontinents — ist der Schlüssel zu Europas Zukunft. Während des Kalten Krieges riefen wir Trotzkisten zur revolutionären Vereinigung Deutschlands auf, durch eine antibürokratische proletarische politische Revolution im Osten und eine sozialistische Revolution im Westen, im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Von Sibirien bis Sardinien hat die imperialistische Wiedervereinigung für die arbeitenden Massen Europas verheerende Konsequenzen gehabt. Sie hat auch die bürgerliche Ordnung im Vierten Reich selbst, die lange auf der institutionalisierten Klassenkollaboration zwischen Kapital und der sozialdemokratischen Bürokratie basierte, grundlegend destabilisiert.

In der früheren DDR ist jetzt über die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung und ein noch höherer Prozentsatz der Frauen arbeitslos. Die neuen Bundesländer im Osten sind zu einer Anhäufung bitterer Feindschaft gegen die neue Ordnung geworden. In den öden Stadtlandschaften von Brandenburg bis Sachsen sieht man die Mauerinschrift „Verraten und verkauft".

Die harten Bedingungen im Osten unterminieren auch die sozialdemokratische Arbeiterbürokratie im Westen. Trotzdem verrenken sich die sozialdemokratischen Spitzen, um sich als loyale und nützliche Diener des Vierten Reichs zu erweisen. Wie lange wird die ostdeutsche Bevölkerung Massenarbeitslosigkeit und entwürdigende Armut im Vergleich mit ihren westlichen Kollegen tolerieren, ohne daß es zu einer sozialen Explosion und politischen Radikalisierung kommt? Wie weit kann der Lebensstandard im Westen gesenkt werden — durch die Austeritätspolitik der Regierung und die schlimmste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg —, ohne daß dies auf ernsthaften Widerstand der Arbeiterklasse stößt? Der Streik im öffentlichen Dienst, den Kohl im Mai 1992 provozierte, war ein Vorgeschmack auf wirklichen Klassenkampf.

Gleichzeitig haben der deutsche Nationalismus und die wirtschaftliche Belastung des Vierten Reichs auch einen fruchtbaren Nährboden für das Anwachsen des Faschismus bereitet, so daß Nazi-Skinheads dunkelhäutige Einwanderer und Asylbewerber töten und terrorisieren. Bei den hessischen Kommunalwahlen im März erhielten die Republikaner — geführt vom SS-Veteran Schönhuber — rund 10 Prozent der Stimmen.

Die wachsende faschistische Gefahr hat eine starke defensive Reaktion in der deutschen Gesellschaft hervorgerufen. Eine neue Generation radikaler Jugendlicher wächst heran in Kämpfen zur Verteidigung von Immigranten und Asylbewerbern gegen Nazi-Terroristen und gegen Angriffe der Regierung. Und noch bedeutsamer, das mächtigste und bestorganisierte Industrieproletariat Europas — darunter Millionen von Türken, Kurden, Südslawen und anderen Nichtdeutschen — könnte den Nazi-Abschaum zerschlagen, wie man eine Eierschale zertritt. Der entscheidende, fehlende Faktor ist revolutionäre Führung. In Deutschland, Frankreich, Britannien, Italien und in ganz Europa kämpfen die Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um die Faschisten zu zerschlagen.

Faschismus ist ein organisches Produkt des niedergehenden Kapitalismus, wobei große Teile des Kleinbürgertums und der arbeitslosen Jugendlichen zu Verzweiflung und amoklaufender Feindschaft gegenüber der herrschenden politischen Ordnung getrieben werden. Die Arbeiterbewegung, unter kommunistischer Führung, muß zeigen, daß sie die Gesellschaft wiederaufbauen und ein anständiges Leben für alle bieten kann. Und das kann nicht durch „Sozialstaats"reformismus erreicht werden. Wie wir im letzten *Spartakist* („Arbeiter: es geht um die Macht!", Nr. 102, April) anläßlich der Metallarbeiterstreiks und -proteste in Ostdeutschland schrieben:

> „Die Zerstörung von ganzen Industrieregionen und Millionen von Arbeitsplätzen ist nicht die Folge einer falschen Regierungspolitik', sondern reflektiert die eiserne Logik des verrotteten Kapitalismus mit seiner Produktionsweise für Profit. Der Kapitalismus kann nicht reformiert oder durch Parlamente gezwungen werden, anständige Lebensverhältnisse zu schaffen: Man muß dieses System durch Arbeiterrevolution zerschlagen."

Nach Workers Vanguard *Nr. 575, 7. Mai*

Blutiges Ergebnis des antisowjetischen Feldzugs


Girard


Asiaweek

Links: Mudschaheddin-Mordbanden verwüsteten Anfang dieses Jahres die afghanische Hauptstadt Kabul mit Raketen, die von den USA geliefert wurden. Rechts: Sieg der Islamischen Fundamentalisten bedeutet, daß Frauen unter dem erstickenden Tschador gefangen sind

Afghanistan: Mudschaheddin vergewaltigen Kabul

Am 8. März unterzeichneten rivalisierende afghanische Kriegsherren in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad einen Pakt. Nach diesem „Machtteüungs"plan ist der blutrünstige Erzreaktionär Gulbuddin Hekmatyar der designierte „Premierminister". Aber das von Pakistan arrangierte „Friedens"abkommen ist wahrscheinlich kurzlebig — Hekmatyar erklärte sofort, daß sein Hauptrivale, Achmad Schah Masud, als „Verteidigungsminister" verschwinden müsse. Dies kündigte die Fortsetzung der Kämpfe an, wo das von Hekmatyar geführte brüchige Bündnis von Stammesangehörigen der Paschtunen und Hazara versucht, den tadschikischen Guerillas von Masud und der Miliz des usbekischen Generals Abdul Raschid Doestam die Kriegsbeute zu entreißen. Doestam ist als früherer „Kommunist" und Ungläubiger aus der neuen Vereinbarung herausgeekelt worden.

Entsetzlicher Terror regnete auf die Bevölkerung von Kabul im Januar und Februar nieder, als rivalisierende Fraktionen der islamisch-fundamentalistischen Mudschaheddin („Heilige Krieger") um die Kontrolle über die nominelle Hauptstadt eines auseinanderbrechenden Afghanistans kämpften. Zum dritten Mal seit dem Sturz des sowjetischen Verbündeten Nadschibullah im April 1992 feuerten mittelalterliche Reaktionäre, bewaffnet mit modernen von den USA gelieferten Waffen, Mörsergranaten und Raketen in Wohngebiete, im bewußten Bemühen, eine Bevölkerung zu vertreiben, die aufgrund von 15 Jahren Bürgerkrieg durch Flüchtlinge angeschwollen war. Die Zahl der Toten unter der Zivilbevölkerung überstieg manchmal 300 pro Tag, während letztes Jahr über 750 000 Menschen aus Kabul geflohen sind.

Die Nachrichtenagentur Reuters (10. Februar) berichtete über die Klage eines Flüchtlings, daß die Mudschaheddin Afghanistan zurück ins Mittelalter schießen. Schon unter Masud sind alle Frauen aus dem öffentlichen Dienst getrieben und unter die erstickenden Tschadori (Schleier von Kopf bis Fuß) gesteckt worden, während die gesamte Bevölkerung einer Herrschaft von Terror und Plünderung ausgesetzt war. „Die Notleidenden erzählen entsetzliche Geschichten von Mord, Verstümmelung, Folter, Verschleppung und Vergewaltigung durch das Verteidigungsministerium oder Kräfte der Rebellen", schreibt ein Korrespondent des Londoner *Guardian* (26. Februar). Jetzt haben Hekmatyars Hisb-i-Islami-Schläger, die regelmäßig unschuldige Flüchtlinge ermorden und Kriegsgefangenen die Haut abziehen, und die mit dem Iran verbündeten Hisb-i-Wahadat, die von fanatischen Chomeini-Anhängern geführt werden, die Oberhand.

Anfang der 70er Jahre wurde Hekmatyar dafür berüchtigt, daß er Studentinnen an der Kabuler Universität, deren Beine oder Gesicht nicht bedeckt waren, mit Säure bewarf. Als Hekmatyar 1989 seine Vorstellung eines „streng islamischen Staates" skizzierte, sagte er: „Demokratie und Islam passen nicht zusammen... Eine Gruppe von weisen Männern wird die Gesetze an den Islam anpassen, jeder Alkohol wird verboten, Frauen werden wieder zu Hause bleiben, und Mullahs werden mehr Macht haben" *(New York Times,* 6. März 1989). Letztes Frühjahr sahen westliche Reporter zu, als ein Hekmatyar-Krieger in den Vororten von Kabul einen Mitarbeiter des Roten Kreuzes niederschoß und erklärte: „Ich will in Afghanistan keine Ungläubigen" *(Washington Post,* 23. April 1992). Jetzt wird dank des Abkommens, das von Hekmatyars Förderer Hamid Gul vermittelt wurde, dem früheren Chef von Pakistans Inter-Services Intelligence (Geheimdienst ISI), dieses Grauen auch Kabul heimsuchen.

Das allseitige Blutvergießen in Afghanistan ist die faule Frucht des unaufhörlichen Dranges des amerikanischen Imperialismus, den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat

zu unterminieren und zu zerstören. Von dem Augenblick an, als die mit der Sowjetunion verbündete Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) im April 1978 an die Macht kam, begann Washington an die Guerillagruppen der Mudschaheddin, die ihre Stützpunkte in Pakistan hatten, Waffen zu schleusen. Im Dezember 1979 intervenierte die sowjetische Armee direkt in den Bürgerkrieg, um den Zusammenbruch des kleinbürgerlich-nationalistischen DVPA-Regimes zu verhindern, dessen spärliche Reformen der Modernisierung — Neuverteilung des Landes, Ausbildung von Frauen, Freiheit vom Tschador, Senkung des Brautpreises — über die sozialen Kräfte hinausgingen, die dazu bereit waren, sie gegen die mittelalterliche Reaktion durchzuführen und zu verteidigen.

US-Präsident Jimmy Carter von den Demokraten eskalierte dann drastisch die Hilfe für die afghanischen Konterrevolutionäre und startete die größte verdeckte CIA-Operation der Geschichte. Die US-Regierung, die immer noch unter ihrer schmachvollen Niederlage in Indochina fünf Jahre zuvor litt, startete eine Kampagne, das „Vietnam-Syndrom" zu begraben. Der heuchlerischen antisowjetischen „Menschenrechts"kampagne Carters, darunter der Boykott der olympischen Sommerspiele in Moskau 1980, folgte die größte militärische Aufrüstung der menschlichen Geschichte, darunter eine massive Vermehrung der Atomwaffen, die gegen die Sowjetunion gerichtet waren. Afghanistan, wo von den USA gelieferte Waffen benutzt werden konnten, um Soldaten der Roten Armee zu töten, war der heißeste Brennpunkt des zweiten Kalten Krieges. Carter und die CIA hatten nicht ein Jota für die „Selbstbestimmung" Afghanistans übrig: Ihr Ziel war die Zerstörung der Sowjetunion.

Carters Stellvertreterkrieg in Afghanistan markierte den Beginn des zweiten Kalten Krieges. Alle Organisationen mit dem Anspruch, für revolutionären Marxismus einzutreten, wurden auf die Probe gestellt: Für oder gegen die Verteidigung der Sowjetunion? Für oder gegen die von den Imperialisten geförderte Konterrevolution? Maoistische Strömungen stellten sich offen hinter Washington. Stalinistische Parteien zerbrachen in antisowjetische „Eurokommunisten" und reformistische Anhänger von Moskaus Linie der „friedlichen Koexistenz" mit dem Imperialismus. Pseudotrotzkisten schlössen sich dem antisowjetischen Chor an und verurteilten die „Invasion" des Kreml, wobei manche lächerlicherweise behaupteten, sie erschwere die Aufrechterhaltung ihrer vorgetäuschten „Verteidigung der Sowjetunion"! Die einzige Gruppe, die konsequent und ausdrücklich auf der Seite der sowjetischen Truppen und ihrer afghanischen Verbündeten stand, gegen die von der CIA unterstützte islamische Konterrevolution, war die internationale Spartacist-Tendenz, jetzt die Internationale Kommunistische Liga, deren deutsche Sektion die SpAD ist.

Es wird jetzt sowohl von Funktionären des früheren Gorbatschow-Regimes in Moskau als auch von den entsprechenden Leuten in Washington anerkannt, daß die Schlacht um Afghanistan ein entscheidender Wendepunkt für das Ableben der UdSSR war, die trotz der stalinistischen bürokratischen Degeneration Errungenschaften verkörperte, die ein Erbe der Oktoberrevolution von 1917 waren. Heute setzen die islamischen Konterrevolutionäre, die in einem Dschihad (Heiliger Krieg) gegen den Kommunismus in Afghanistan mobilisiert wurden, ihr tödliches Handwerk weltweit fort, legen Kabul in Trümmer und verbreiten fundamentalistischen Terror von Tadschikistan bis nach Ägypten und Algerien und möglicherweise New York City.

Dschihad des Imperialismus

Die Spartakisten begrüßten die sowjetische Intervention in Afghanistan mit der Überschrift: „Hoch die Rote Armee!" Moskaus Militäraktion war nicht nur völlig gerechtfertigt durch die Notwendigkeit, die Südflanke des sowjetischen Arbeiterstaates militärisch zu verteidigen, sondern sie eröffnete auch die Möglichkeit, die afghanischen Massen — besonders die Frauen — von der feudalen Unterdrückung und der Rückständigkeit der Stämme, was der Imperialismus noch verstärkt, zu befreien. Wir forderten: „Für die Ausdehnung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker!" *(Kommunistische Korrespondenz* Nr. 29, Februar 1980). Wir stellten fest, daß dies dem stalinistischen Programm der „friedlichen Koexistenz" mit dem Imperialismus genau zuwiderlief, und warnten davor, daß Moskau durch einen Rückzug aus Afghanistan Verrat begehen könnte, und sagten: „Nur eine proletarische politische Revolution kann wirklich die internationalistische und revolutionäre Mission der Roten Armee und des sowjetischen Staats wiederherstellen."

Kürzlich veröffentlichte sowjetische Dokumente, und auch einige „Insider"-Memoiren über die Afghanistan-Operation der CIA, bestätigen, daß der Bürgerkrieg ein imperialistischer Dolchstoß gegen den Sowjetstaat war und die Moskauer Führung dies wußte. Nach Protokollen des KPdSU-Politbüros von Anfang 1983 sah der Kreml-Führer Jüri Andropow keine Basis für einen Kompromiß mit den Vereinigten Staaten über Afghanistan. In seiner Antwort auf den Vorschlag einer „politischen Übereinkunft" von Außenminister Andrej Gromyko sagte Andropow: „Unser Hauptgegner hier ist der amerikanische Imperialismus, der sehr gut versteht, daß er seine Position in dieser bestimmten Ecke der internationalen Arena verloren hat. Genau deshalb können wir keine Zugeständnisse machen" *(Washington Post,* 16. November 1992).

Bis 1984 hatten die Rote Armee und ihre Verbündeten der DVPA die Mudschaheddin-Kräfte im wesentlichen reduziert auf demoralisierte Reste, wie wir in „Red Army Mops Up CIA's Afghan Feudalists" („Rote Armee räumt mit afghanischen Feudalisten der CIA auf, *Workers Vanguard* Nr. 370, 11. Januar 1984) berichteten. Doch dann schlug Washington plötzlich ein anderes Tempo an und steigerte seine „Hilfe" enorm. Warum? Eine zweiteilige Serie in der *Washington Post* (19. und 20. Juli 1992), „Der verdeckte Afghanistan-Krieg der CIA", berichtete:

> „Ein Geheimdienstcoup 1984 und 1985 löste, diesen westlichen Beamten zufolge, die Entscheidung der Reagan-Administration aus, das verdeckte Programm in Afghanistan auszuweiten. Die Vereinigten Staaten erhielten ganz genaue, hoch sensible Informationen über die Kreml-Politik und neue sowjetische Kriegspläne in Afghanistan."

Was war diese Information? Die *Post-Serie* vom November 1992 über „Das Afghanistan-Archiv" berichtet, daß unter dem neuen Generalsekretär Gorbatschow „das Politbüro bis zum Oktober 1985 eine neue Linie zu Afghanistan ausgearbeitet hatte. Das Ziel war, laut Politbüro-Protokollen, den ,Abzug zu beschleunigen' von den sowjetischen Truppen und gleichzeitig das Überleben eines ,befreundeten' Regimes in Kabul zu sichern" durch „eine kurzfristig energischere Kriegführung".

Washingtons Afghanistan-Krieg war ein Zweiparteien-Unternehmen. 1984 *verdreifachte* der von den Demokraten beherrschte Kongreß die von der republikanischen Regierung vorgeschlagenen Zuweisungen an die afghanischen Reaktionäre. Der demokratische Repräsentantenhausabgeordnete Charles Wilson aus Texas sagte: „Es gab 58000 [amerikanische] Tote in Vietnam, und wir schulden den Russen noch etwas." Bis zu dem Zeitpunkt, als die Sowjets Afghanistan verließen, hatten die afghanischen „Freiheitskämpfer" der CIA (nach offiziellen Schätzungen) mehr als

Fortgesetzt auf Seite 16

Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 15

2 Milliarden Dollar an militärischer Ausrüstung erhalten, eine Zahl, die Berichten zufolge von Saudi-Arabien ebenfalls erreicht wurde und von anderen US-Verbündeten wie China und Ägypten ergänzt wurde.

Im Juni 1986 befahl Reagan im Bestreben, dem effektiven Einsatz von Kampfhubschraubern durch die Sowjets zu begegnen, der CIA, mit der Auslieferung von Stinger-Raketen, die auf Hitze reagieren und von der Schulter abgefeuert werden, an die Mudschaheddin zu beginnen.



Reuters/Bettman

Afghanische Frauenmiliz, bewaffnet mit AK-47-Gewehren. Tausende meldeten sich für den Kampf um ihre Rechte

Obwohl die Technologie zur Neutralisierung der Stingers vorhanden war, setzten die Sowjets sie nicht ein. Dies war *eine politische* Entscheidung, die die sowjetische Kampfkraft untergrub. Gorbatschow kam an die Macht und drückte eine Reihe von politischen Änderungen durch: „Umstrukturierung" (Perestroika) der sowjetischen Wirtschaft, „Offenheit" (Glasnost) in der sowjetischen Gesellschaft und „neues Denken" in internationalen Angelegenheiten. Dieses „neue Denken" lief auf einen sowjetischen *Rückzug* im Weltmaßstab hinaus: das Ende der Waffenlieferungen an die linken Guerillas in El Salvador, die Kürzung der Hilfe für das sandinistische Nicaragua, den vietnamesischen Rückzug aus Kambodscha, den Abzug der kubanischen Truppen aus Angola, die Südafrikas rassistische Apartheid-Armee abwehrten, und die einseitige Abrüstung von Atomwaffen durch die UdSSR.

Als Teil dieser Kapitulationsstrategie entschied Gorbatschows Politbüro im November 1986, Afghanistan innerhalb von zwei Jahren zu verlassen. Der Abzug wurde am 15. Februar 1989 abgeschlossen. „Im CIA-Hauptquartier in Langley tranken Offiziere und Analytiker der Operation Champagner", berichtete die *Post.*

IKL unterstützt heroischen Widerstand gegen Mudschaheddin-Mörderbanden

„Der Rückzug der Roten Armee aus Afghanistan ist ein kaltblütiger Verrat an den afghanischen *und sowjetischen* Völkern", erklärten wir (siehe „Schlacht um Afghanistan", *Spartakist* Nr. 61, April/Mai 1989). Der Versuch der Moskauer Bürokratie, afghanisches Blut gegen Washingtons guten Willen einzutauschen, regte nur die Appetite der Imperialisten an, die weiterhin fest entschlossen waren, die ganze Sowjetunion zu zerstören. Innerhalb der UdSSR stärkte er prokapitalistische Kräfte. Der Abzug der Roten Armee war ein wichtiges Glied in der Kette von Ereignissen, die bis zum Zusammenbruch der UdSSR führten: nationalistischer Bürgerkrieg im Kaukasus, Konterrevolution im Baltikum, kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands, Boris Jelzins prokapitalistischer Gegenputsch in Moskau. Laut Gorbatschows Außenminister Eduard Schewardnadse: „Die Entscheidung, Afghanistan zu verlassen, war der erste und schwierigste Schritt. Alles andere ergab sich daraus" *(Washington Post,* 16. November 1992).

Die IKL solidarisierte sich mit den afghanischen Massen, die nach dem sowjetischen Abzug einen erbitterten Kampf ums Überleben führten. Am 7. Februar 1989 schickte das Partisan Défense Committee (PDC), die mit der SL/U.S. verbundene klassenkämpferische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, an die afghanische Regierung einen Brief mit dem Angebot, „eine internationale Brigade zu organisieren, um bis auf den Tod ... zu kämpfen", damit das „Recht von Frauen, lesen zu lernen, die Freiheit vom Schleier, Freiheit von der Tyrannei der Mullahs und Landbesitzer, die Einführung der medizinischen Versorgung und das Recht aller auf Schulunterricht" verteidigt wird. Obwohl dieses Angebot abgelehnt wurde, sammelte die IKL über 74 000 DM, um später im Jahr den zivilen Opfern einer umfassenden Mudschaheddin-Offensive gegen Jalalabad zu helfen, der afghanischen Stadt, die den Guerilla-Stützpunkten der CIA in Pakistan am nächsten liegt. Dieser Angriff wurde zurückgeschlagen (siehe „Augenzeugenbericht aus dem heldenhaften Jalalabad", *Spartakist* Nr. 63, September/Oktober 1989).

Pseudo-Linke: Konfusion und Kapitulation

Moskaus Intervention rief international im ganzen Spektrum der Linken ein großes Durcheinander, Konfusion und Kapitulation hervor. Verschiedene Schwindler, die ihre Stalinophobie als Trotzkismus auszugeben versuchen, machten eifrig mit beim imperialistischen Chor, der den sowjetischen Rückzug forderte, und unterstützten die Mudschaheddin entweder begeistert (Anhänger von Nahuel Moreno und Pierre Lambert) oder verschämt (Anhänger von Tony Cliff). In Britannien spaltete sich eine Gruppierung namens Workers Power von den „staatskapitalistischen" Cliff-Anhängern ab und erklärte zwar, die Sowjetunion sei ein Arbeiterstaat, verurteilte aber die sowjetische Intervention in

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51 Telefon: (030)4927866
Halle	SpAD, PSF 855, Halle 4002 Telefon: (0345)29055
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11 Telefon: (040)323644

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)



Büchertisch der Trotzkistischen Liga Deutschlands (Vorläufer der SpAD) am 1. Mai 1989 in Westberlin. Türkisches Plakat lautet: „Nein zum Schleier! Verteidigt afghanische Frauen! Unterstützt die Opfer der CIA-Mörderbanden in Jalalabad!"

Spartakist

Afghanistan als „konterrevolutionär" und suchte ein mythisches Drittes Lager zwischen den kämpfenden Parteien (siehe „Afghanistan and the Left" [Afghanistan und die Linke], W Nr. 482, 21. Juli 1989).

Das vorgeblich trotzkistische Vereinigte Sekretariat (VS) unter der Führung des belgischen Professors Ernest Mandel setzte gleichzeitig auf alle Seiten der Angelegenheit: Die britische und die französische VS-Sektion forderten anfangs „sowjetische Truppen raus", zogen aber später diese offen proimperialistische Losung zurück; die australische und die amerikanische SWP unterstützten die sowjetischen und DVPA-Streitkräfte, auch wenn die letztere später kehrtmachte aus Angst, wie die Spartakisten zu klingen. Im Januar 1980 nahm das VS eine Resolution an, die Moskaus Intervention verurteilte, die Moskauer Bürokratie wegen Mißachtung der „nationalen Gefühle" der Afghanen brandmarkte und gegen die „Annexion neuer Gebiete" war, während sie die Forderung nach einem sowjetischen Rückzug ablehnte. Doch 16 Monate später gab das VS eine Erklärung heraus mit der Forderung: „Für ein Ende der sowjetischen Besetzung Afghanistans!"

Was also hatte sich geändert, oder um es auf Mandelianisch zu sagen: was war die „neue Weltrealität"? Es war *Polen.* 1980 und 1981 machte der Aufstieg von Lech Walesas Solidarnosc, einer prokapitalistischen nationalistischen Bewegung, die sich als „Gewerkschaft" ausgab, bei Linken, die für den Druck des antisowjetischen Kriegskurses des Imperialismus empfänglich waren, die Konterrevolution „respektabel". Diejenigen, die sich bei der Unterstützung der von Haß auf Frauen erfüllten Fundamentalisten in Afghanistan zurückhielten, konnten sich leicht hinter Solidarnoœæ stellen, aus dem einfachen Grund, daß zehn Millionen polnische Arbeiter nicht irren können. Und als sie sich über Polen erst einmal hinter Wall Street und Papst gestellt hatten, war es nur eine Frage der Konsequenz, den antisowjetischen Krieg von CIA und Mudschaheddin in Afghanistan zu unterstützen.

Wir Trotzkisten *ehren* die sowjetischen Afganzi (Kriegsveteranen) für die Erfüllung ihrer internationalistischen Pflicht und verurteilen ihre stalinistischen politischen Führer (sowohl Gorbatschow-Anhänger als auch „Hardliner"), die vor dem Imperialismus kapituliert haben.

Die russische Frage direkt gestellt

Das praktisch allgemeine Versagen der Linken — mit Ausnahme der Internationalen Kommunistischen Liga —, gegen den Imperialismus in Afghanistan offen Stellung zu beziehen, veranschaulicht schonungslos die Krise der revolutionären Führung des Weltproletariats — und ihre tragischen Resultate. Daß der Rückzug aus Afghanistan 1989 wirklich der konterrevolutionären Katastrophe den Weg ebnete, die die Sowjetunion zerstörte, wird sowohl von der imperialistischen CIA als auch von den stalinistischen Bürokraten, die sie herbeiführten, anerkannt. Die dringenden Aufgaben, die sich den revolutionären Kommunisten durch den antisowjetischen Afghanistan-Krieg des Imperialismus stellten, bestanden darin, *den sowjetischen Arbeiterstaat bedingungslos zu verteidigen* und gleichzeitig dafür zu kämpfen, eine *trotzkistische Partei, die die stalinistische Bürokratie durch eine politische Revolution der Arbeiterklasse stürzt,* aufzubauen.

Angesichts der Restauration der kapitalistischen Herrschaft in Rußland und der übrigen Ex-Sowjetunion strebt die IKL danach, in unserem Kampf für die Wiedergeburt von Trotzkis Vierter Internationale den Kern dieser bolschewistischen Partei zusammenzufügen. Die revolutionäre Partei, die in den zukünftigen Kämpfen der sowjetischen arbeitenden Massen geschmiedet werden wird, wird die Partei sein, die über Afghanistan die Wahrheit sagte. Und wenn das Programm von Lenin und Trotzki das Proletariat in Moskau, Leningrad und Charkow wieder an die Macht bringt — dann werden Taschkent, Kabul und Islamabad nicht weit zurückbleiben.

Übersetzt nach Workers Vanguard *Nr. 573, 9. April*



Thilo Rückeis

4. Mai 1992 - Ostberliner BVGler schlossen sich spontan dem ÖTV-Streik an, wiesen Weg zum Klassenkampf Ost und West

Vollstreik jetzt...

Fortsetzung von Seite l

Dann können auch ÖTVler und andere Gewerkschafter mobilisiert werden, denen Lohnraub-Abschlüsse und Entlassungen aufgezwungen werden sollen. Wählt Streikkomitees, die aus den kämpferischsten Kollegen bestehen! Bildet Streikpostenketten — streikt in *allen* Betrieben und Zechen!

Um den Kampf gegen Lohnraub, Massenarbeitslosigkeit und rassistischen Terror zu gewinnen, dürfen die Arbeiter nicht bei gewerkschaftlichen Forderungen stehenbleiben. In ganz Europa sind die Arbeiter seit dem Ende des Kalten Krieges mit einer breit angelegten Offensive konfrontiert, die besonders Immigranten und Minderheiten, Frauen, Kinder, Kranke und alte Menschen trifft. Die Kapitalisten wollen von Rom über London bis Frankfurt/Main die Arbeiterklasse brechen, das Tarifsystem zerschlagen, den „Wohlfahrtsstaat" der Nachkriegszeit mit seinen Sozialleistungen beenden und den Lebensstandard der Arbeiterklasse auf das *niedrigste* Niveau hinabdrücken.

Die kapitalistische Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion hat blutige nationalistische Bürgerkriege und Nazi-Terror angefacht, und die Herrscher des wiedervereinigten imperialistischen Deutschlands senden die Bundeswehr wieder auf den Balkan und nach Somalia, um ihre Weltmacht-Ambitionen zu demonstrieren. Nachdem die Bourgeoisie die DDR auf Pump aufgekauft hat und Osteuropa in Neokolonien des Vierten Reichs verwandeln will, sollen die Arbeiter für die riesigen Kosten aufkommen. Die SPD, die der Vorreiter der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR war, will den Kapitalisten ihre Regierungs- und Koalitionsfähigkeit beweisen, beim rassistischen Asylbeschluß wie mit Engholms Forderung nach einem „zweiten Arbeitsmarkt", sprich ein Billiglohngebiet, und einem weltweiten „friedensschaffenden" Einsatz der Bundeswehr.

Aber von Frankreich und Italien über Britannien bis Polen haben die Arbeiter angefangen, mit Streiks und Massendemonstrationen zurückzuschlagen. Die größte Barriere für einen siegreichen Kampf sind die reformistischen Führungen, die die Arbeiter an den bürgerlichen Staat fesseln und Nationalismus und protektionistisches Gift schüren. Nieder mit dem Solidarpakt von Kohl/Engholm/Steinkühler, mit dem die Werktätigen immer unverfrorener angegriffen werden! Eine Ausweitung der Kämpfe vom strategischen Metallbereich auf die kämpferischen ÖTV-Arbeiter könnte zu einem Generalstreik gegen die Regierung des Kapitals führen.

Massenentlassungen und Lohnraub hängen eng mit der internationalen kapitalistischen Krise zusammen, die nicht durch ein „deutsches Stahlkonzept" von Cromme und Steinkühler bewältigt werden kann, sondern durch eine Arbeiterrevolution, die eine wirkliche internationalistische Wirtschaftsplanung im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa herbeiführt. Wir brauchen eine Arbeiterpartei in der Tradition von Lenin und Trotzki, eine revolutionäre Führung, die bereit ist, es mit dem Kapitalistenstaat aufzunehmen, die Kämpfe aller Unterdrückten hinter dem Banner der Arbeiterklasse zu verbinden und *den Kampf gegen das kapitalistische System selbst aufzunehmen.*

Von den Rednerpulten auf den Großdemonstrationen tönt es jetzt über Solidarität mit den „ostdeutschen Kollegen", doch Steinkühler und Konsorten schielen schon nach einem Ausverkauf. Sie wollen die Flächentarifverträge aufgeben und einem Killer-„Kompromiß" wie dem 9-Prozent-Ausverkauf der IG-Chemie-Bürokraten mit einer minimalen Anhebung der Ecklöhne zustimmen. Wie man damit die Miete bezahlen soll, fragen sie nicht. Die sozialdemokratischen Bürokraten, die in den Reihen der Arbeiterklasse die Spaltung in Ost, West und Immigranten durchgesetzt haben, befürchten jetzt, daß die Streiks auf den brodelnden Westen übergreifen. Am 27. April besetzten Kumpel des Krupp-Hüttenwerks das Rathaus Rheinhausen. Die kampferfahrenen Rheinhausener Arbeiter, deren Werk im August geschlossen werden soll, könnten der Funke für harten Klassenkampf im ganzen Ruhrgebiet sein — von Stahl über Auto bis zum Bergbau. Doch als zur Metaller-Demo am 15. April in Westberlin Zehntausende Arbeiter aus den Ostberliner und Brandenburger Betrieben kamen, wurden die Westberliner Kollegen mit ihrem militanten Anteil an eingewanderten Arbeitern nicht mobilisiert!

Jeder weiß, daß es heute nicht einfach „um 26 Prozent" geht. Zwar sagt der Gesamtmetall-Chef Dieter Kirchner jetzt großspurig: „Die IG Metall kann sich kaputtstreiken, wie sie will". Aber schon am Tag nach der Urabstimmung warnte das Sprachrohr der Großbourgeoisie, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung:* „Eine weitere Politisierung des Konflikts kann gefährlich werden." Der Kampf der Stahl- und Metallarbeiter richtet sich besonders im Osten meist direkt gegen den bürgerlichen Staat und die verhaßte Treuhandanstalt. Und was die Kapitalisten besonders fürchten, ist das starke Gefühl für soziale Gleichheit und Gerechtigkeit, das die ostdeutschen Arbeiter aus ihrer Erfahrung in dem deformierten Arbeiterstaat DDR entwickelt haben. Die kampfbereiten Arbeiter in Ostdeutschland, die weit weniger unter Kontrolle der SPD sind als ihre Kollegen im Westen, können jetzt gemeinsam mit den eingewanderten Arbeitern

zum Hebel für die Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse in Ost und West werden.

Um dies zu verhindern, benutzt Steinkühler jede Gelegenheit, um eine rabiate antikommunistische Hetze hochzupeitschen. So wetterte er am 24. April in Leipzig über „60 Jahre Diktatur" — aber kein Arbeiter klatschte Beifall. Die Verelendung ganzer Landstriche, Massenarbeitslosigkeit, Frauenunterdrückung und rassistische Pogrome sind das direkte Ergebnis des Anschlusses, der von Steinkühler, Engholm und Konsorten unterstützt wurde. Nur die Spartakist-Arbeiterpartei kämpfte ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und ihre verheerenden Konsequenzen. Als die zerfallende DDR-Bürokratie 1990 den Arbeiterstaat DDR an die Imperialisten verschenkte, ist nicht der Kommunismus „untergegangen", wie die Imperialisten behaupten, sondern die stalinistische Lüge vom „Sozialismus in einem (bzw. sogar halben) Land". Allein eine internationale sozialistische Planwirtschaft auf der Grundlage von wirklicher Arbeiterdemokratie wird die Produktion auf der ganzen Welt im Interesse der arbeitenden Menschen organisieren. Dazu brauchen wir eine Arbeiterregierung, die auf Arbeiterräten basiert.

Heute will sich die PDS vor allem im Osten als „bessere Reformisten" profilieren und wärmt die verbrauchten Konzepte der SPD wie für „Staatskontrolle" und für eine „nationale Stahlkonferenz" wieder auf, die in Westdeutschland schon lange zu Massenentlassungen führen und verstärkt Protektionismus und Nationalismus in die Arbeiterklasse hineintragen. Die PDS hat 1990 den Arbeitern die Konterrevolution in der DDR mit Lügen über einen „sanften" Wechsel „1:1" schmackhaft gemacht. Jetzt unterstützt sie den „Solidarpakt", nur will die PDS wie damals beim Anschluß „bessere" Bedingungen.

Aber die Kapitalisten können nicht „unter Druck" gesetzt werden, um anders als nach der Profitlogik zu produzieren und zu herrschen. Genauso wenig werden mit Unterschriften „Arbeitsplätze für Millionen" geschaffen, wie die MLPD behauptet, die sogar vom Nachfolgestaat des Dritten Reichs ein „Verbot der Faschisten" fordert. Auch die MLPD hat den Anschluß der DDR unterstützt, mit dem Millionen Arbeitsplätze vernichtet wurden. Die Zerschlagung der faschistischen Brut wird genau wie die Schaffung von Millionen Arbeitsplätzen nicht durch Bittsteller, sondern nur durch harten Klassenkampf errungen werden.

Wenn die Kraft von IG Metall und Bergarbeitern in einer geschlossenen Streikfront entfesselt wird, ist praktisch das ganze Land dicht. In diesem Kampf können die Arbeiter ihre unabhängigen Klassenorgane aufbauen, sie müssen vom Einfluß der SPD-Irreführer gebrochen und für ein revolutionäres Programm gewonnen werden. Die Forderung der sozialdemokratischen Gruppe Voran für einen „eintägigen Generalstreik aller DGB-Gewerkschaften gegen die Generalangriffe von Kohl und den Bossen" ist dagegen in Abwesenheit von Arbeiterstreiks und Mobilisierungen ein leerer Aufruf an die Bonzen, damit die Arbeiter sich weiter von den SPD/DGB-Verrätern ausverkaufen und knebeln lassen. Oder will uns Voran einreden, daß ein „Solidarpakt" unter einer SPD-Regierung „arbeiterfreundlicher" sei? Werden die vietnamesischen Arbeiter und die Roma und Sinti dann etwa nicht mehr abgeschoben? Wollen sie Lafontaine als neuen Wirtschaftsminister, der sich brüstet, er habe es „schon 1990 für falsch gehalten, Lohnerhöhungen zu vereinbaren, die nicht durch entsprechende Produktivität gedeckt seien" *(Frankfurter Rundschau, 28.* April)?

Die SPD ist eine *bürgerliche Arbeiterpartei,* deren proletarische Basis von ihrer prokapitalistischen Führung im Kampf gebrochen werden muß. Wie wir im *Spartakist* Nr. 102 (April) schrieben, würde eine SPD-Regierung oder gar große Koalition die Arbeiter auch angreifen: „Das sehen wir schon dort, wo die SPD in den Landesregierungen ist, und der ‚Solidarpakt' hat schon Tausende von ÖTV-Arbeitsplätzen gekostet. Einmal im Kanzleramt in Bonn, würde die SPD alle Mittel des Staates einsetzen, u.a. die



Spartakist

Berlin-Schönefeld, 28. April - Spartakisten schließen sich Protest gegen Massenabschiebungen an

Gerichte und die Polizei, um die Arbeiter zu disziplinieren und ihre Kämpfe zu brechen. Brecht mit den sozialdemokratischen Feldwebeln des Kapitals!" Statt dessen brauchen wir eine wirkliche kommunistische Partei, um die Arbeiter zu mobilisieren und ihre Kämpfe zusammenzuschmieden gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus.

Besonders die militanten türkischen und kurdischen Arbeiter, die in der westdeutschen Industrie strategisch sind und wenig Illusionen in die prokapitalistische Ideologie der SPD haben, stehen bei Streiks in vorderster Reihe. Der Kampf gegen Entlassungen muß mit der Verteidigung der eingewanderten Kollegen verbunden werden. Dabei können militante Streikkomitees und Streikpostenketten auch die Basis für die Verteidigung der Immigranten/Flüchtlingswohnheime sein und den Kern einer zukünftigen Arbeitermiliz bilden.

Als bei Leipziger Arbeiterdemonstrationen kürzlich Nazis auftauchten, mobilisierten die Spartakisten in den Betrieben und unter antifaschistischen Jugendlichen, um diese Mörderbanden zu vertreiben. Am 30. Januar, dem Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, haben das Komitee für soziale Verteidigung und die SpAD unter Gewerkschaftern für die Verteidigung von Immigranten-Wohnheimen in Berlin mobilisiert. Über hundert Antifaschisten, hauptsächlich Jugendliche, schützten in dieser Nacht ein großes Wohnheim. Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung, um die Nazibanden zu stoppen! Keine Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Die wachsenden faschistischen Angriffe, die auf dem Boden des deutschen Nationalismus und der verheerenden wirtschaftlichen Zerstörung durch die Konterrevolution angestiegen sind, haben aber auch starken Widerstand hervorgerufen. Eine neue Generation von radikalen Jugendlichen ist auf die Straßen gegangen, um Immigranten und Asylsuchende gegen die Nazi-Terroristen und die Angriffe des Staates zu verteidigen. In Verbindung mit dem jetzt anstehenden Klassenkampf kann die mächtigste und bestorganisierte Arbeiterklasse Europas mobilisiert werden und den Nazi-Abschaum wie eine Eierschale zertreten. Aber auch hier ist der entscheidende Faktor eine revolutionäre Führung, die als Tribun aller Ausgebeuteten und Unterdrückten die Kämpfe der Minderheiten, der Frauen und der Jugend mit dem Klassenkampf der Arbeiter verbindet."





Der Spiegel

Waco: Davidianer-Ranch vor und nach Clintons Massenmord

Waco...

Fortsetzung von Seite 24

geschränkt), anders als in Deutschland, wo es nie eine siegreiche bürgerliche Revolution gab. Eine jahrelange wütende Kampagne von Liberalen für „gun control" trug dazu bei, ein Klima für die Belagerung und das Massaker an einer religiösen Sekte zu schaffen, die niemandem etwas zuleide tat. Gleichzeitig bereitete die US-Regierung den Massenmord mit einer wüsten Lügenkampagne über „Kindesmißbrauch" vor. Wie das Massaker an der schwarzen MOVE-Gemeinschaft in Philadelphia 1985 muß dieses Verbrechen in das Gedächtnis der Arbeiterklasse eingebrannt werden.

In den USA riefen die Spartacist League/U.S., Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, und das Partisan Défense Committee, Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung, zu dringenden Protestdemonstrationen in New York, Boston, Chicago und San Francisco gegen das Massaker in Waco auf. In New York nahmen über 80 Demonstranten an dem Protest teil, darunter Haitianer, die gegen Clintons Aussperrung von HIV-positiven Flüchtlingen protestierten, die in der US-Marinebasis in Guantânamo, Kuba, gefangengehalten werden.

Die Spartakist-Arbeiterpartei und das KfsV organisierten am 21. April eine Protestdemonstration vor dem US-Konsulat in Berlin gegen das Massaker in Waco. „Dafür trägt das Weiße Haus in Washington die direkte Verantwortung", sagte Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus. Genau diese Wahrheit wollte die Polizei unterdrücken und drohte mit einer Auflösung der Demonstration wegen „Beleidigung ausländischer Staatsoberhäupter". Parolen und Plakate mit der Aufschrift „Blutbad in Waco — Clinton und FBI sind Massenmörder" wurden verboten. Dies zeigte nur um so mehr, wo die Sympathien und Ambitionen der deutschen Herrscher liegen. Die Spartakisten betonten diesen Zusammenhang in Sprechchören und Plakaten mit der Losung „Deutsche Bourgeoisie von Auschwitz — eure Verbrechen vergessen wir nie!" Die Redner bei der Demo wiesen auf die Verantwortung des Weißen Hauses und des FBI für das Massaker an den Davidianern hin und riefen: „Massaker in Waco, Clinton — Mörder, FBI — Mörder!"

Nachfolgend drucken wir den Text der SpAD-Presseerklärung ab.

BERLIN, 20. April - Verkohlte Leichen von 87 Männern, Frauen und Kindern blieben zurück nach der Feuersbrunst, als Folge des FBI-Sturmangriffs mit CS-Reizgas, Hubschraubern mit Leuchtgranaten, Infrarot-Aufklärern und Rammbock-Panzerfahrzeugen. Dafür trägt das Weiße Haus in Washington die direkte Verantwortung. US-Präsident Clinton gab das grüne Licht, Justizministerin Janet Reno überwachte persönlich den Plan, und die FBI-Sturmtruppen rückten vor, um die „Endlösung" an der kleinen, integrierten Gruppe der religiösen Davidianer-Sekte in Waco, Texas, durchzuführen. Nach einem mörderischen Ansturm der Bundesagentur für Alkohol, Tabak und Feuerwaffen, die bis an die Zähne bewaffnet war, und einer 51tägigen Belagerung sind fast hundert Menschen in ein Inferno gestürzt worden, allein für das „Verbrechen", daß sie in einer nichtkonformistischen religiösen Sekte sind, die es wagte, sich gegen den Angriff der Regierung zu verteidigen.

Ein SL-Sprecher, der dieses Massaker verurteilte, stellte fest, daß an den Davidianern das gleiche Todesurteil vollstreckt wurde wie an der schwarzen MOVE-Gemeinschaft in Philadelphia, die von der Polizei am Muttertag, dem 13. Mai 1985, bombardiert wurde, mit vom FBI gespendeten Geschossen. Elf Schwarze wurden dort ermordet, darunter fünf Kinder, und ein ganzes Wohnviertel von Schwarzen lag in Trümmern. „Wie in Los Angeles, wo die rassistischen Bullen den schwarzen LKW-Fahrer Rodney King zusammengeschlagen haben", sagte Spartacist-Sprecherin Marjorie Stamberg, „so ist das Blutbad in Waco das Bild der .Neuen Weltordnung' Amerikas im Innern. Dies ist das Wüstengemetzel des US-Imperialismus im Irak, das nach Hause kommt."

Auf einem Banner am Gelände der rassisch integrierten religiösen Davidianer-Sekte stand: „Rodney King — wir verstehen". Es ist kein Zufall, daß der FBI-Ansturm in Waco zwei Tage nach dem Rodney-King-Urteil losging, wo in Los Angeles zwei rassistische Bullen ein bißchen getadelt wurden. Inmitten einer massiven Polizeistaat-Mobilmachung, wo Truppen im ganzen Land in Stellung waren, um die Innenstädte von der West- bis an die Ostküste zu besetzen, stießen die rassistischen Herrscher einen kollekti-

ven Seufzer der Erleichterung aus, daß die städtischen Ghettos und Barrios nicht in Wut und Empörung über ein weiteres offen rassistisches Urteil explodierten. Sie ergriffen diese Gelegenheit, um die Waco-Gemeinde in Texas einzuäschern.

Im Morgengrauen riß das FBI mit schweren Panzerfahrzeugen die Mauern um das Anwesen nieder und pumpte Tränen- und Reizgas in die Gebäude, um die 70 Erwachsenen und 25 Kinder hinauszutreiben oder zu vernichten, die sich in den Holzbauten aufhielten. Das gesamte Gelände war bereits mit Stacheldraht eingezäunt, Elektrizitäts- und Wasserleitungen waren gekappt worden. Sie wollten eine Feuerfalle schaffen, aus der es kein Entkommen gab. Natürlich war keine Feuerwehr vor Ort, um die Flammen zu löschen. Jetzt will die Regierung den Opfern die Schuld geben, doch *der Sturm auf Waco war bewußter Massenmord, auf Befehl vom Weißen Haus.*

Deutsche Bourgeoisie von Auschwitz — eure Verbrechen vergessen wir nie!

Am Sonntag beweinten die imperialistischen Herrscher in Deutschland genau wie in den USA heuchlerisch die Kämpfer, die vor 50 Jahren beim Aufstand des Warschauer Ghettos ermordet wurden. Aber das geplante Niederbrennen der Waco-Gemeinde, „live" vom Fernsehen übertragen, erinnert an nichts so sehr wie an den Nazi-Völkermord im Warschauer Ghetto. In Deutschland ist mit der kapitalistischen Wiedervereinigung mörderischer Nazi-Terror angestiegen, der von der rassistischen Allparteienkoalition von CDU bis SPD angeheizt wird. Der Nachfolgestaat des Dritten Reichs verfolgt die Flüchtlinge und pfercht sie in Sammellager, wo sie auf ihre Abschiebung warten müssen. Allein in Berlin sind in den letzten Wochen über 30 Fälle von Immigranten bekannt geworden, die von der Polizei gefoltert wurden. Mit der Vernichtung des Asylrechts führen die Herrscher des Vierten Reichs jetzt das Programm aus, das die Nazibanden beim staatlich genehmigten Rostocker Pogrom verlangt haben. Die „Neue Weltordnung"



Spartakist

Berlin, 21. April - Spartakisten protestieren gegen das Massaker des FBI an den Davidianern

der Imperialisten hat überall Armut, Terror und nationalistisches Morden gebracht. Aber in ganz Europa, von Italien über Britannien bis zur Ruhr und zu den Metallern in der Ex-DDR, haben die Arbeiter mit Streiks und Protesten angefangen, ihre Stärke zu zeigen.

Der Mord an den unschuldigen Menschen in Waco, die im Auftrag der blutrünstigen US-Regierung bei lebendigem Leib verbrannt wurden, schreit danach, gerächt zu werden. Die Clinton-Regierung hat ein Inferno ausgelöst und eine kleine Gruppe vernichtet, die niemandem etwas zuleide getan hat und die sie als ihre „Feinde im eigenen Land" ansah. Es wird eine sozialistische Revolution notwendig sein, um wirkliche Gerechtigkeit walten zu lassen, für die Verbrechen der US-Herrscher genauso wie für die Verbrechen der Bourgeoisie von Auschwitz.«

Balkan...

Fortsetzung von Seite 24

die NATO-Truppen auf den Plan treten, um den Flickwerk-„Friedens"plan durchzusetzen, müßten sie entweder schwer bewaffnete serbische Streitkräfte zurückdrängen, die sich in dem bergigen und dicht bewaldeten Gebiet eingegraben haben, oder amerikanische und westeuropäische Truppen riskieren Angriffe von den kroatischen und moslemischen Milizen, wenn sie den Status quo aufrechterhalten wollen.

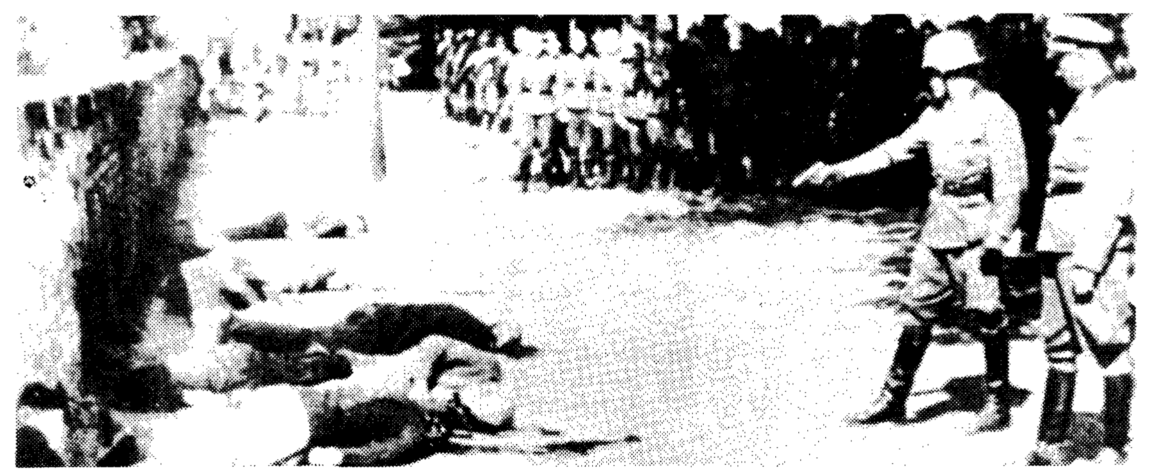
Die selbsterklärten US-„Weltbullen" sind wie die rassistischen Bullen in den innerstädtischen Ghettos Amerikas daran gewöhnt, hilflose Menschen zu terrorisieren. Aber die Serben sind in einer deutlich besseren Position, sich zu verteidigen, als die Davidianer in Texas. Als Clinton letzte Woche sein Zögern über den Einsatz von US-Bodentruppen erklärte, sagte er Reportern: „Im Zweiten Weltkrieg schickte Hitler Zehntausende Soldaten in dieses Gebiet und war nie in der Lage, es zu unterjochen" *(New York Times,* 26. April). Die heutigen mörderischen serbischen Nationalisten sind Welten entfernt von den jugoslawischen kommunistischen Partisanen, die im Zweiten Weltkrieg mutig die Wehrmacht zurückschlugen, aber man ahnt, worüber sie im Lagezimmer des Weißen Hauses reden, wenn ein amerikanischer Präsident mit unbeabsichtigter Ehrlichkeit die Rolle der USA mit der seines imperialistischen Kameraden Adolf Hitler vergleicht.

Aber auch die deutsche Bourgeoisie hat nach zwei verlorenen Weltkriegen ihre erniedrigende Niederlage gegenüber Titos Partisanen nicht vergessen. Das meinen Kohl und Ruhe mit „historischen Gründen", warum sie jetzt nicht wieder Bodentruppen auf den Balkan schicken wollen, nicht die Hunderttausenden von Juden, Roma, Serben und anderen slawischen Völkern, die von der Wehrmacht, den Nazis und der Ustascha in den Todeslagern im letzten Weltkrieg ermordet wurden. Wie der Weltpolitiker der *Zeit,* Theo Sommer, in der Ausgabe am 23. April über das „vereinigte Deutschland" schrieb: „mehr weltpolitische Verantwortung heißt nicht unbedingt: mehr militärische Einsatzfreude".

Die SPD und FDP inszenierten einen parlamentarischen Trubel über die AWACS-Frage, nicht weil sie gegen einen Bundeswehr-Einsatz in Afrika oder auf dem Balkan sind. Das Gegenteil ist der Fall. Aber sie meinen, daß der erneute deutsche Militarismus, wie bei der Vernichtung des Asylrechts, einen „sozialen Konsens" verlangt und zuerst „legalisiert" und in die Verfassung des „Rechtsstaats" eingemeißelt werden muß. Und das ist besonders wichtig für die Sozialdemokratie. Als *bürgerliche Arbeiterpartei* ist die SPD der hauptsächliche Transmissionsriemen für den deutschen Nationalismus in der Arbeiterklasse.

Die SPD hat wie beim Anschluß und der Zerstörung der DDR auch in der Jugoslawien-Frage eine Vorreiterrolle gespielt. Im Sommer 1991 griff die SPD die Regierung dafür an, daß sie nicht stärker und früher für das Auseinanderbrechen Jugoslawiens interveniert hat. Der SPD-Sprecher Norbert Gansei rief noch lauter als Kohl/Genscher

Fortgesetzt auf Seite 22



„Friedensschaffende" Maßnahmen der Wehrmacht: Erschießung jugoslawischer Geiseln 1942 in Pancevo bei Belgrad

Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz

Balkan...

Fortsetzung von Seite 21

nach dem „Selbstbestimmungsrecht" Kroatiens und Sloweniens. Und in der Woche vor seinem ruhmlosen Abschied als SPD-Boß kam Engholm im *Spiegel* mit der Linie für „friedensschaffende" Bundeswehr-Interventionen heraus. Die PDS hängt wie immer am Rockzipfel der SPD. Vor nicht allzu langer Zeit bejubelte sie den Einmarsch von UN-Truppen als „Hoffnungszeichen, das gerade noch in letzter Stunde kam" *(Neues Deutschland,* 18. Februar 1992). Inzwischen übertüncht die Bundeswehr ihre Panzer mit weißer Farbe und nennt sie „Friedenstruppen".

Heute stehen Grüne wie Cohn-Bendit zusammen mit Feministinnen und ehemaligen Pazifisten in der ersten Reihe der Kriegshetzer. Während deutsche Nazis als Söldner auf der kroatischen Seite in den Krieg ziehen, um „legal Kommunisten töten" zu können *(Berliner Zeitung,* 17./18. April), reicht die nationalistische „Einheitsfront" im eigenen Land bis zu prominenten Vertretern der ehemaligen nationalistischen „Friedens"bewegung, die die Losung „Deutsche an die Front" ausgeben.

Revolutionäre Marxisten beziehen keine Seite in den blutigen kommunalistischen und nationalistischen Kriegen, die als Ergebnis und treibende Kraft der kapitalistischen Konterrevolution das ehemalige Jugoslawien zerreißen. Aber wir warnen, daß die Imperialisten die unvergleichlich größere Bedrohung für die Menschheit sind. Angesichts einer US/NATO-Intervention verteidigen wir die Serben, während wir die serbische Arbeiterklasse dazu aufrufen, ihre nationalistischen, kapitalistischen Irreführer zu stürzen, auf dem Weg der Wiederschmiedung einer wirklich internationalistischen, sozialistischen Föderation des Balkans von der Donau bis zur Ägäis.

„Ethnische Säuberungen": Ergebnis der kapitalistischen Konterrevolution

Westliche Journalisten haben die kommunalistischen Massaker — jetzt „ethnische Säuberungen" genannt —, die durch das Auseinanderbrechen von Jugoslawien entfacht wurden, als ein Wiederaufleben althergebrachter Blutfehden des Balkans dargestellt. Aber in den viereinhalb Jahrzehnten des Kalten Kriegs haben die westlichen Mächte als Kernbestandteil ihres antikommunistischen Kreuzzugs in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion zu nationalistischem Eifer aufgehetzt. Die CIA-Sender Radio Free Europe und Radio Liberty haben die übelste nationalistische Demagogie ausgespieen, Antisemitismus eingeschlossen. Westliche Geheimdienste finanzierten und dirigierten kroatische und ukrainische Faschisten, russische Monarchisten, polnische Klerikalnationalisten usw. Jetzt, durch den Zusammenbruch der sowjetischen stalinistischen Bürokratie, sind in Osteuropa miteinander verfeindete nationalistische Fanatiker an die Macht gekommen. Die Resultate finden nicht immer den Gefallen ihrer imperialistischen Paten.

Seit 1991 der Zusammenbruch des titoistischen Jugoslawiens begann, haben die westlichen Medien die Serben — und nur sie — als blutrünstige Monster dargestellt, versessen darauf, friedliebende Kroaten und bosnische Moslems zu terrorisieren. Wir werden überflutet mit herzzerreißenden Fotos, greulichen Augenzeugenberichten und erschütternden Berichten von Massenvergewaltigung, Folter, Konzentrationslagern, Ermordung und Verstümmelung von Kindern durch die serbischen nationalistischen Kräfte. Aber wie in allen derartigen kommunalistischen Kriegen, sind bei Völkern, die sich in einem Abgrund von Furcht, Haß und Rachedurst befinden, die Greueltaten auf allen Seiten reichlich vorhanden.

So haben sich vor kurzem die Kroaten gegen ihre früheren Verbündeten, die bosnischen Moslems gewandt, als Teil ihrer eigenen „ethnischen Säuberung", um ihre Position für ein von den Imperialisten durchgesetztes „Friedens"abkommen zu verbessern. Der Londoner *Guardian* (22. April) brachte einen Augenzeugenbericht: „Straße für Straße und Haus für Haus haben die kroatischen Kommandotruppen die Moslems herausgejagt und viele von ihnen ermordet, als sie angstgeschüttelt versuchten, aus einem Land zu fliehen, das sie seit Hunderten von Jahren bewohnt und gehegt haben." Auch Serben gehören zu den Opfern. Vor einem Jahr gab es 10 000 Serben in dem bosnischen Bezirk von Gorazde. Jetzt sind nur 1000 übrig, die anderen 90 Prozent sind entweder ermordet worden oder in Todesangst geflohen.

In Wirklichkeit wird der Krieg in Bosnien von der mörderischen Logik des Versuchs angetrieben, in Regionen, *wo verschiedene Völker auf einem geographischen Gebiet zusammenleben,* Nationalstaaten herauszubilden. 1990 war die jugoslawische stalinistische Bürokratie fast vollständig entlang nationaler Linien zerbrochen. Den letzten Hieb gab der deutsche Imperialismus, der Mitte 1991 die internationale Anerkennung eines unabhängigen Sloweniens und Kroatiens durchdrückte. Die bosnischen Moslems standen somit vor der unglücklichen Aussicht, zu einer Minderheit in einem jugoslawischen Rumpfstaat zu werden, einem faktischen Großserbien, überdies unter der Herrschaft des fanatischen serbisch-nationalistischen Gewaltherrschers Slobodan Milosevic.

Die Moslem-Führer wie Alija Izetbegovic antworteten darauf mit der staatlichen Unabhängigkeitserklärung von Bosnien, in dem sie als Vertreter der größten ethnischen Gruppe vorherrschen würden. Die Serben in Bosnien — ein Drittel der Bevölkerung — zielten darauf ab, die von ihnen bewohnten Regionen abzutrennen und in ein Großserbien einzubringen. Als die militärisch stärkere Kraft haben die Serben die Moslems aus den gemeinsam bevölkerten Regio-

Markus Wolf...

Fortsetzung von Seite 2

zu halten. Der Kampf gegen die antikommunistische Hexenjagd muß wie der Kampf gegen den rassistischen Terror ein integraler Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Offensive der Bosse sein, die jetzt bei Metall und Stahl angefangen hat.

Auch wenn die DDR ihr Berliner Wachregiment nach Felix Dserschinski benannte, dem Gründer des sowjetischen Geheimdienstes Tscheka, so ließ sich die HVA doch nicht gleichsetzen mit dem Nachrichtendienst der Oktoberrevolution. Die *Grenzen* von Wolfs Geheimdienstoperation lagen in der stalinistischen Politik des „Sozialismus in einem (halben) Land", die von der „friedlichen Koexistenz" mit den imperialistischen Staaten ausging. Ein bitterer Trugschluß, wie sich zeigte. Als eine seiner größten Niederlagen betrachtet Wolf den Sturz des sozialdemokratischen „Entspannungspolitik"-Kanzlers Willy Brandt. Aber Brandts Ostpolitik, die dann von Helmut Schmidt *und* Kohl weitergeführt wurde, und sogar vom Erzreaktionär Franz Josef Strauß, hat die DDR unterminiert und dem Vierten Reich zur Einverleibung des ersten Arbeiterstaats auf deutschem Boden verhelfen. Wolfs Sympathien gelten auch Gorbatschows „Perestroika", die der Konterrevolution von Jelzin den Weg bahnte.

Wenn Wolf „Anlaß zur Reue" sieht „bei der Betrachtung der gesamten Geschichte der 40 Jahre bis zum Ende der DDR" *(Spiegel,* 3. Mai), dann erlauben wir uns, an den Sowjetspion Ignaz Reiss zu erinnern, der 1937 von Stalin brach. Er „bereute" nicht seine lobenswerte Arbeit, Gewehre an die spanischen Republikaner zu liefern, sondern sagte:

> „Die Arbeiterklasse muß Stalin und den Stalinismus besiegen, so daß die UdSSR und die internationale Arbeiterbewegung nicht Faschismus und Konterrevolution zum Opfer fallen. Diese Mischung des schlimmsten prinzipienlosen Opportunismus mit Lügen und Blut droht, die Welt und die letzten Kräfte der Arbeiterklasse zu vergiften."

Reiss verachtete nicht die Verteidigung der UdSSR, sondern die stalinistische Politik des „Sozialismus in einem Land", die die Verteidigung unterminierte.

Wir haben große Hochachtung für die Arbeit, die Markus Wolf jahrzehntelang für die Verteidigung der DDR und der anderen deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus geleistet hat. Jetzt ist es Zeit, ihn zu verteidigen."

Komitee für soziale Verteidigung und SpAD rufen auf:
Kommt zur

Protestkundgebung

in Düsseldorf, 18. Mai, 9.00 Uhr
vor dem 4. Senat des OLG

**Viertes Reich:
Hände weg von Markus Wolf!
Niederschlagung des Verfahrens!**

Gegen die antikommunistische Rachejustiz: Freiheit für alle Repräsentanten der DDR!

---

nen vertrieben und weite Landstriche besetzt, die früher vorwiegend von Moslems bewohnt wurden. Die Moslems sind somit in einem bosnischen Rumpfstaat zusammengedrängt.

Die westlichen Medien und Politiker haben die Serben verteufelt und vergleichen üblicherweise Milosevic mit Hitler. Der kroatische Präsident Franjo Tudjman ist jedoch berüchtigt als ein Apologet des klerikalfaschistischen Ustascha-Regimes, das unter dem Schutz der Nazi-Wehrmacht Hunderttausende Serben, Juden und Roma ermordete.

Westlicher Imperialismus: Hände weg von Bosnien!

Es gibt eine Differenz zwischen Washington und den Hauptstädten in Westeuropa über die Herangehensweise an die bosnische Krise. Die Europäer wollen den Krieg schnell beenden, selbst wenn das bedeutet, serbische Geländegewinne zu unterschreiben, um das Hereinfluten von bosnischen Flüchtlingen in ihre Länder zu unterbinden. Die Deutschen, die das blutige Zerbrechen von Jugoslawien herbeigeführt haben, sind jetzt entsetzt, daß sie die Opfer auf ihrer Türschwelle finden. Darüber hinaus sind die europäischen Bourgeoisien besorgt — und das zu Recht —, daß eine westliche Militärintervention in Bosnien einen größeren Balkankrieg provozieren könnte, der Makedonien, Albanien, Griechenland, die Türkei usw. hineinziehen könnte. Der US-Imperialismus hat das Zerbrechen von Jugoslawien als eine Gelegenheit benutzt, seine Stärke als Supermacht unter Beweis zu stellen.

Als revolutionäre Marxisten und Internationalisten waren wir gegen alle Seiten in dem kommunalistischen Krieg, der durch das Zerbrechen des jugoslawischen bürokratischen deformierten Arbeiterstaates entfacht wurde. Unter Tito wurde der Versuch gemacht, eine gerechte nationale Lösung zu finden, wenn auch innerhalb des stalinistischen Rahmens des „Sozialismus in einem Land". Das kapitalistische Vorkriegsjugoslawien wurde von den Serben beherrscht, und um den nichtserbischen Nationalitäten zu garantieren, daß sie einen gleichwertigen Platz in der Gesellschaft hatten, wurde das Gebiet der serbischen Republik in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien drastisch reduziert. Die Stalinisten schufen sogar eine bosnische Republik mit einer moslemischen Mehrheitsbevölkerung, obwohl es keine bosnische Nationalität gab.

Solange die kollektivierte Wirtschaft unangetastet blieb, waren solche Gebietsveränderungen von geringer Bedeutung. Mit der Zerstörung des proletarischen Staates jedoch zwangen das Räuber-Opfer-Verhältnis des Kapitalismus und die Interessen der Nationalstaaten die bürgerlich-nationalistischen Kräfte auf allen Seiten dazu, mit revanchistischer Wut soviel Geländegewinn zu erreichen, wie sie konnten, und ihre früheren Nachbarn zu vertreiben.

Der einzige Ausweg aus diesem mörderischen Gemetzel ist die sozialistische Revolution in der gesamten Region. Trotzkisten kämpfen für den Aufbau proletarisch-internationalistischer kommunistischer Parteien, die einen kompromißlosen Kampf gegen jegliche Formen des Nationalismus führen und in einer sozialistischen Föderation des Balkans den „ethnischen Säuberungen" ein für alle Mal ein Ende bereiten werden. Heute, wo das serbische Volk vor einem militärischen Angriff des US/NATO-Imperialismus steht, sind klassenbewußte Arbeiter überall verpflichtet, die serbischen Kräfte gegen die Kriegsmaschine des Pentagons zu verteidigen. Nieder mit der blutigen „Neuen Weltordnung" von Washington und dem Vierten Reich, die auf der Zerstörung der Sowjetunion beruht!

Nach Workers Vanguard *Nr. 575, 7. Mai*

SPARTAKIST

CDU/SPD-Solidarpakt für Bundeswehr-Einsatz

NATO/Viertes Reich - Hände weg vom Balkan!



Das neue Afrikakorps des Vierten Reichs: Vorauskommando für Somalia

Der Spiegel

7. Mai — Nachdem am vorigen Wochenende durchgesikkert war, daß sich die Clinton-Administration „im Prinzip" für Luftangriffe gegen serbische Stellungen in Bosnien entschieden hat, wurde bekanntgegeben, daß sie sich darauf vorbereitet, innerhalb weniger Wochen 20000 bis 25000 US-Bodentruppen in das frühere Jugoslawien zu entsenden. Dies soll planmäßig auf 34 000 gesteigert werden in einer NATO-„Friedenstruppe" von 50000-70000 Mann. Der Oberkommandierende des US-Imperialismus möchte dem Rest der Welt zeigen, wer der Boß ist.

Gleichzeitig hat das größer gewordene imperialistische Deutschland entschieden, neue Afrikakorps nach Somalia zu schicken. Und Bonn will über Bosnien amerikanische „chirurgische" Militärschläge auf serbische Positionen steuern, aber in AWACS-Flugzeugen aus 35000 Fuß Höhe. Deutschland zieht laut *Spiegel* „Schritt für Schritt [Volker Rühe] in den Krieg". Tatsache ist, daß Kohl und Konsorten den nationalistischen Bürgerkrieg in Jugoslawien durch die Politik der „Anerkennung" (d. h. Beförderung) der kroatischen und slowenischen Unabhängigkeit ausgelöst hat. Somit folgt das Vierte Reich in den Fußstapfen des Dritten, um seinen Einflußbereich in Richtung Südosten durch den Krieg gegen die Serben auszuweiten.

Vor einigen Tagen beugten sich der serbische Nationalistenführer Slobodan Milosevic und der bosnische Serbenführer Karadzic den imperialistischen Sanktionen und akzeptierten formal den durch die „UNO" vermittelten Kuhhandel, der Bosnien in einen Flickenteppich von „Kantonen" aufteilt, die von den verschiedenen ethnischen Gruppen dominiert werden. Aber das Parlament der bosnischen Serben stimmte statt dessen für ein Referendum. Sollten

Fortgesetzt auf Seite 21

Schwarze und weiße Davidianer in Texas ermordet

Blutbad in Waco - Clinton und FBI sind Massenmörder!

Das Blutbad an fast hundert Mitgliedern der Davidianer-Sekte am 19. April in Waco, Texas, war das größte Massaker, das die US-Regierung in diesem Jahrhundert an amerikanischen Zivilisten verübt hat. Nach einer massiven Mobilmachung von Polizei und Armee vor dem Rodney-King-Urteil in Los Angeles, die zur Vorbereitung einer blutigen Lehre gegen alle diente, die gegen die rassistischen Bullen protestieren wollten, wurden die staatlichen Répressionsorgane dann in Waco von der Leine gelassen.

Der Vorwand des ersten Überfalls des Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms (Bundesagentur für Alkohol, Tabak und Feuerwaffen) war, daß die Davidianer einen Vorrat von Waffen angesammelt hätten. In den USA gibt es als Folge des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges das Recht, Waffen zu tragen (wenn auch immer mehr

Fortgesetzt auf Seite 20

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 104 JUNI 1993 50 Pfennig

CDU/SPD killt Asylrecht, danach folgt Solingen

Arbeiter/Immigranten: Zerschlagt Nazi-Mörderbanden des Vierten Reichs!



Wutentbrannte Immigranten und Jugendliche gegen Nazi-Terror und Bonner Rassisten. Die Wut kann machtvoller Anstoß für die Mobilisierung der Macht der Arbeiter/Immigranten sein, um die Nazi-Mörder zu zerschlagen

Hacky Hagemeyer

BERLIN — Am 26. Mai vernichteten die Bonner Parteien CDU, FDP und SPD das Asylrecht, um damit de facto alle Flüchtlinge aus Deutschland zu vertreiben. Drei Nächte darauf brannten die Faschisten in Solingen das Haus türkischer Familien nieder. Zwei junge Frauen und drei Mädchen starben einen grausamen Tod in dem Inferno, drei weitere türkische Kinder wurden mit Brandwunden übersät und lebensgefährlich verletzt, als sie verzweifelt versuchten, den Flammen zu entkommen. Mittlerweile hat die staatliche Hetzjagd auf Jugendliche türkischer und kurdischer Herkunft begonnen, die in den Tagen und Nächten seit Solingen ihre Erbitterung und Wut auf den Straßen demonstrieren.

Arbeiterbewegung: Verteidigt Immigranten, Flüchtlinge, Frauen!

In Solingen empfingen am Tag nach dem Brandmord Tausende Demonstranten den Innenminister Seiters vor dem abgebrannten Haus in Solingen mit den Rufen: „Mörder!" Die Spartakist-Arbeiterpartei gab am selben Tag einen dringenden Aufruf heraus für „Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung, um die Mörderbanden des Vierten Reichs zu stoppen!" Der militante Aufruhr der Jugendlichen, die ohne Rechte oft in der zweiten und dritten Generation in Deutschland aufgewachsen sind und die jetzt ihre Verteidigung gegen die Nazis organisieren, kann dafür einen machtvollen Anstoß geben.

Nazi-Brandanschläge gab es am gleichen Wochenende auf ein Wohnhaus in München, in Berlin, Hannover, Chemnitz, Cuxhaven und Wolfsburg. Und jetzt wurde am Wochenende danach das Haus einer türkischen Familie in Hattingen niedergebrannt, eine Mutter und fünf Kinder entkamen nur knapp dem Tod. Dies sind nicht Aktionen von amoklaufenden „Rowdies", es ist eine kalkulierte militärische Operation. Unter dem mörderischen Schrei „Ausländer raus" haben die Faschisten als Speerspitze des nationalistischen Chauvinismus mobilisiert, der mit der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands einherging, die den deformierten Arbeiterstaat DDR zerstört hat. Allein 1992 haben sie über 30 Menschen umgebracht. Und mit

Fortgesetzt auf Seite 21

Spendenaufruf der Prometheus Research Library

Der folgende Aufruf wurde am 3. Mai von der Prometheus Research Library herausgegeben.

Die Prometheus Research Library hat eine größere Spendenkampagne angefangen, um die Räumlichkeiten, die wir zur Zeit nutzen, zu erhalten und zu sichern. Wir rufen euch dazu auf zu helfen, unsere Bibliothek zu erhalten, das zentrale Präsenzarchiv der Spartacist League/U.S., amerikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Die PRL ist außerdem eine arbeitende Forschungsstätte für einen weiten Bereich marxistischer Studien, offen für jeden qualifizierten Forschenden, der unsere spezielle Sammlung benötigt.

Diese Spendenkampagne ist dringend. Unser bestehender Mietvertrag ist bedroht, was uns vor die unmittelbare Notwendigkeit von erheblichen Ausgaben stellt, um diese Räumlichkeiten zu schützen und zu sichern, und auch größere zusätzliche Kosten für Verbesserungen in den nächsten Jahren beschert. Dies wird Zehntausende Dollar in den nächsten Monaten kosten und weitere Zehntausende in den nächsten Jahren.

Der Zweck der Prometheus Research Library ist es, dje unentbehrliche Geschichtsschreibung der internationalen Arbeiterbewegung zu sammeln, zu erhalten und zugänglich zu machen. Die einzigartige Sammlung unserer Bibliothek — konzentriert, aber nicht begrenzt auf die Arbeit und die Interessen der kommunistischen und trotzkistischen Bewegung in Amerika — ist auch die Basis für ein aktives Programm von Veröffentlichungen. Letztes Jahr veröffentlichten wir unser erstes Buch, *James P. Cannon and the Early Years ofAmerican Communism, Selected Writings and Speeches, 1920—1928* [James P. Cannon und die frühen Jahre des amerikanischen Kommunismus, Ausgewählte Schriften und Reden]. Dieser 624seitige Band, mit vollständigem Index und Fußnoten, erhielt in einer Reihe von Veröffentlichungen positive Kritiken, so in der kanadischen akademischen Zeitschrift *Left History.*

Gerade erschienen ist das vierte Bulletin unserer *Prometheus Research Series,* „Yugoslavia, East Europe and the Fourth International: The Evolution of Pabloist Liquidationism" [Jugoslawien, Osteuropa und die Vierte Internationale: Die Evolution des pabloistischen Liquidatorentums] von Jan Norden. Dieses Bulletin, das die interne Diskussion innerhalb der Vierten Internationale über deren schwache Reaktion auf die jugoslawische Revolution und die Tito-Stalin-Spaltung 1948 umfaßt, enthält auch seltene Dokumente aus diesem Zeitraum. Veröffentlichungen der PRL haben eine hohe Qualität, aber einen Preis, der sie für eine größtmögliche Leserschaft erschwinglich macht. Das Personal der PRL arbeitet an weiteren Büchern und Bulletins.

Heute jubeln die imperialistischen Ideologen über die Restauration des Kapitalismus in Osteuropa und der früheren Sowjetunion, und das Profitprinzip regelt jetzt den Zugang zu den sowjetischen Archiven. Fabrikbibliotheken, die einmal auf Massenbasis für die Ausbildung der Arbeiterklasse in einer Vielzahl von Themen sorgten, werden geschlossen und die Bücher einfach weggeworfen. Jelzins Regime betreibt die Vernichtung der Bände von Marx, Engels und Lenin in großem Maßstab. Unsere Bibliothek ist nicht einfach eine Fundgrube für solches Material, sondern ist aktiv engagiert in der Arbeit mit Archiven auf der ganzen Welt. Zum Beispiel stehen wir in Verbindung mit dem Berliner Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung, in. dessen eigenen Räumlichkeiten letztes Jahr der rachsüchtige wiedervereinigte deutsche Staat eine Razzia durchführte. Wir arbeiteten auch aktiv zusammen bei der Quellensuche für die 500seitige *Trotskyist Serials Bibliography, 1927-1991* von Wolfgang Lubitz (Säur 1993).

Die Sammlung der Prometheus Research Library umfaßt jetzt über 4500 Bücher und Zeitschriftenbände sowie 100 Rollen Mikrofilm und 50 laufende Meter von archivierten Dokumenten und Bulletins. Unsere Bestände umfassen wesentliches Material über die Organisationen, die von Marx, Engels, Lenin und Trotzki inspiriert und geführt wurden. Wir verfügen über die meisten Protokolle von den Exekutivkomitee-Sitzungen und den Weltkongressen der Kommunistischen Internationale sowie über umfangreiches internes Diskussionsmaterial und einzigartige Ausfertigungen der Protokolle von führenden Komitees der amerikanischen Kommunistischen Partei in den 20er Jahren und der frühen trotzkistischen Bewegung. Wir haben auch eine allgemeine Sammlung von Büchern über verwandte Themen, darunter Geschichte, Naturwissenschaft und weitere Gebiete, die manchmal nur Berührungspunkte haben.

Die jetzigen Räumlichkeiten der PRL sind über einen Zeitraum von 14 Jahren zu einer arbeitsfähigen Archiveinrichtung umgebaut worden, die die Kontrolle der Temperatur und Feuchtigkeit erlaubt, die für den Erhalt alter Zeitschriften und Bücher notwendig ist, und auch den Arbeitsplatz und die Technologie bietet, die Forschern entgegenkommen. Wenn wir nicht in der Lage sind, der jetzigen Bedrohung unserer Bibliothekseinrichtung zu begegnen, werden die großen Geldsummen und die zahllosen Stunden sorgfältiger Arbeit, die bereits über die Jahre investiert wurden, um diese äußerst wichtige Hilfsquelle der sozialistischen Bewegung aufzubauen und zu verbessern, weitgehend verloren sein, und die Arbeit der PRL wird einfach eine Zeitlang zum Stillstand kommen.

Bitte helft uns, unsere Räumlichkeiten zu erhalten und zu verbessern und unsere einzigartige Sammlung aufrechtzuerhalten. Sendet Dollar-Schecks, Verwendungszweck „PRL Spécial", an: Prometheus Research Library, Box 185 Canal St. Station, New York, NY **10013,** USA.

SPARTAKIST



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Fred Zierenberg
VERTRIEB: Uwe Asanov

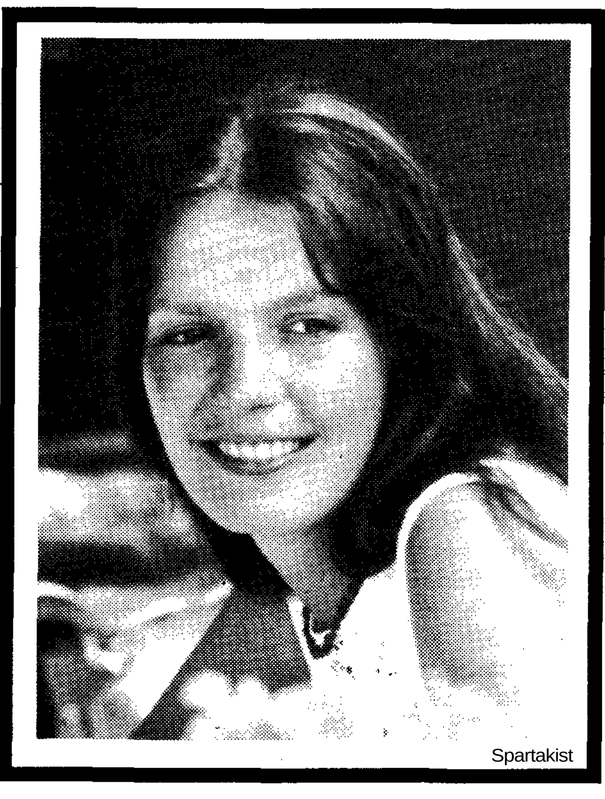
Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 110231, 2000 Hamburg 11 (ab 1. Juli: 20402 Hamburg). Fax (040)330154
Postfach 510655, 1000 Berlin 51 (ab 1. Juli: 13366 Berlin), Fax (030)4911479
Redaktton Spartakist: Tel. (030)4914546, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5, - an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Dieser Ausgabe von *Sparlakist* wird im Postvertrieb als Supplement *Spartacist* Nr. 15, deutsche Ausgabe, beigefügt.

Nr. 104 **Juni 1993**

Elke Pirdszun
1957-1993

Unsere geliebte Genossin Elke Pirdszun ist am 19. Mai in Duisburg an Krebs gestorben. Elke war tragischerweise erst 36 Jahre alt, fast die Hälfte ihres Lebens hat sie in den Reihen unserer Internationale gekämpft. Als sie starb, war Elke Mitglied der Spartakist-Arbeiterpartei, früher hatte sie auch als führendes Mitglied der Lega Trotskista d'Italia und der Spartacist League/Britain gearbeitet. Elkes Tod hat Genossen in vielen Ländern der Welt in Trauer und Schmerz zurückgelassen.


Spartakist

1975, als Elke 17 Jahre alt war, wurde sie aktive Sympathisantin der Trotzkistischen Liga Deutschlands und arbeitete mit unserem Organisationskomitee Köln zusammen. Im Oktober 1976 trat sie in die Partei ein und zog nach Berlin. Als sie die marxistischen Grundlagen studierte, half Elke mit, die jungen Genossen zu entwickeln, die wir aus den etwas lumpenproletarisierten neulinken und pabloistischen Milieus gewonnen hatten; sie zeigte durch ihr persönliches Beispiel, daß es zu der Ernsthaftigkeit eines Berufsrevolutionärs gehört, einen Beruf zu erlernen, eine disziplinierte, stabile Existenz zu führen und die Energie hauptsächlich für die Partei einzusetzen.

Elke war eine ruhige, nachdenkliche Genossin, die lieber Fragen durchdachte, bevor sie in den Kampf ging, und dies auch anderen empfahl. Ihre Jahre in der TLD waren in der Tat Jahre von harten, schmerzhaften Kämpfen, um eine deutsche Sektion zu schmieden. 1979 wurde sie als Ortskassiererin in die Ortsleitung der Berliner Ortsgruppe gewählt; im Januar 1981 zog Elke nach Frankfurt/Main um und spielte eine zunehmend wichtigere Rolle in der Führung und beim Redigieren der Zeitung.

Elkes literarische Fähigkeit wurde von allen Genossen anerkannt, die mit ihr zusammenarbeiteten. Ab dem Sommer 1981 war Elke Mitglied der *Spartakist-Redaktion.* Ihr Herz schlug für die deutschsprachige Ausgabe des *Spartacist,* theoretisches und dokumentarisches Organ der internationalen Spartacist Tendenz, jetzt die Internationale Kommunistische Liga. Im Winter 1981/82 fuhr sie als Mitglied der *Spartacist-Redaktion nach* New York, um bei der Endredaktion der Ausgabe Nr. 10 mitzuarbeiten, die sich auf die russische Frage konzentrierte, hauptsächlich auf Polen und Afghanistan.

Als 1981/82 das Gros der vorgeblichen Linken für Solidarno schwärmte, gab es in der TLD einen Kampf über Polen angesichts des konterrevolutionären Griffs von Solidarno nach der Macht. Elke war eine der Genossen in diesem Kampf, die zusammen mit Genossen der Internationale dazu beitrugen, die Sektion um das trotzkistische Programm der proletarisch-politischen Revolution und der Verteidigung der Errungenschaften der deformierten Arbeiterstaaten umzuorientieren. Sie wurde im September 1981 auf der TLD-Konferenz ins ZK gewählt.

Wir erkannten zu der Zeit, wie Elke selbst im März 1982 schrieb: Die Lehren aus dem Aufstieg des deutschen Nationalismus und aus dem zweiten Kalten Krieg nicht zu lernen würde „ein Fragezeichen hinter den Bestand einer deutschen Sektion" unserer Tendenz setzen. Die Sozialdemokratie war die ideologische Speerspitze für die zunehmend gestärkte deutsche Bourgeoisie. Es war notwendig, die Sektion zu bewaffnen, um den wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus in rechten und „linken". Farben bekämpfen zu können, besonders da die Sozialdemokratie die „Friedensbewegung" dominierte.

In diesem Zusammenhang brach ein weiterer ernsthafter Kampf in der TLD aus, der im Sommer 1982 in einer nationalen Notkonferenz gipfelte. Der „linke" Nationalismus war in die Organisation eingesickert und war in krasser Weise offensichtlich in der Person eines gewissen Ulrich Sandhaus, eines protofaschistischen Typs, der aus der TLD ausgeschlossen wurde. Elke wurde auf dieser Konferenz in das dreiköpfige Zentralkomitee gewählt. Sie arbeitete eng mit Genossen der Internationale zusammen an der scharfen Formulierung der Polemik gegen den „linken" Nationalismus, und Elke hielt auf der Lutte-Ouvrière-Fête 1983 bei unserer öffentlichen Veranstaltung das Referat zu diesem Thema. Diese Arbeit half mit, die Grundlagen für weitere Polemiken gegen unsere Opponenten in Deutschland zu legen.

Im Juli 1983 zog Elke nach Mailand um und arbeitete als Mitglied der LTdT. Als 1985 Reagan/Kohl obszönerweise die SS bei Bitburg ehrten und die TLD wie die übrige Linke den von jüdischen Gruppen organisierten Protesten fernblieb, intervenierte Elke sofort in die Diskussionen in Deutschland und bestand darauf, daß die Genossen die historischen Lehren aus dem Aufstieg des Faschismus und aus dem Holocaust völlig assimilieren müßten durch ausführliches Lesen sowie interne Auseinandersetzung. In ihrer Bibliothek befanden sich viele Bücher über die jüdische Frage und den Aufstieg des Faschismus.

Elke war außergewöhnlich sprachbegabt. In Mailand lernte sie in kurzer Zeit Italienisch und war wesentlich für die Führung unserer italienischen Sektion. Sie war eine talentierte Organisatorin, die den Wert eines funktionierenden Apparats verstand, und in der LTdT trug sie dazu bei, daß leninistische Normen und Finanzsysteme wiedereingeführt wurden, so wie sie dies in Berlin getan hatte.

Fortgesetzt auf Seite 4

Elke...

Fortsetzung von Seite 3

Während des Jahres 1983 gehörte Elke zu den Genossen aus Italien und Deutschland, die programmatische Diskussionen mit einer Gruppe junger Genossen führten, einer linken Fraktion im sonst völlig elenden schweizerischen Vereinigten Sekretariat; die Besten aus dieser Gruppe wurden zu unserer Internationale rekrutiert. Ab Februar 1986 war Elke Mitglied der Spartacist League/Britain, wo sie ins Zentralkomitee kooptiert wurde und auch als Londoner Organisatorin arbeitete. Ihre politische Schärfe gegen zentristische und reformistische Opponenten hinterließ eine Wirkung auf die Sektion, ebenso ihr Bestehen auf einer ordentlichen internen Funktionsweise. Doch als Auswirkung einer Krise, die durch persönliche Verbitterung und Enttäuschung ausgelöst wurde, trat Elke im März 1988 mit Bedauern aus der Partei aus.

Im August 1989 kehrte Elke nach Duisburg im Ruhrgebiet zurück, wo sie aufgewachsen war, und sie unterstützte die Partei von dort aus. Während der keimenden politischen Revolution in der DDR 1989/90 gab sie der Partei eine bedeutende Unterstützung für unsere Arbeit im Ruhrgebiet und nahm an einer unserer regelmäßigen öffentlichen Veranstaltungen in Berlin teil. Als Genossen der SpAD nach dem massiven Streik im öffentlichen Dienst 1992 ins Ruhrgebiet fuhren, stand Elke in unserer öffentlichen Veranstaltung in Essen auf und intervenierte gegen die deutschen Anhänger von David North — mit ihrer gewohnten Schärfe, und, wie unsere eigenen Genossen bemerkten, noch wirkungsvoller, als es manche unserer eigenen Mitglieder hätten tun können. Danach arbeitete Elke immer enger mit der Partei zusammen.

Ihre letzte öffentliche Intervention mit uns war am 30. August 1992 auf der Demonstration in Rostock gegen das rassistische Pogrom wenige Tage zuvor. Die Polizei ließ einen von Faschisten angeführten Mob ein Wohnheim für Asylsuchende und vietnamesische Arbeiter brandschatzen, danach entfesselte sie massive Unterdrückungsmaßnahmen gegen die linken Demonstranten. Als Elke Anfang 1993 als Ehrenmitglied in die deutsche Sektion wieder eintrat, wußte sie schon, daß sie todkrank war. Sie fühlte sich elend außerhalb der Partei, und sie und ihre Angehörigen haben unseren Genossen wiederholt gesagt, daß sie „nach Hause kam", als sie wieder eintrat. Während dieser letzten fünf Monate hat Elke der Partei alles gegeben, denn die Partei aufzubauen war für sie der Hauptgrund zu leben und zu kämpfen.

Ihre schreckliche Krankheit ließ ihr nur sehr wenig Zeit, und in der Hoffnung, ein bißchen mehr davon zu erringen, entschied sie, sich schmerzhafter Chemotherapie zu unterziehen. Im Februar hat sie in den kurzen Zeiten der Erleichterung, die sie gewann, Freunde und Genossen in London und Berlin besucht. Obwohl es für sie eine große Anstrengung bedeutete, besuchten sie und ihr Lebensgefährte Arno die Gedenkstätte der Sozialisten in Ostberlin, wo nur wenige Tage zuvor Genossen der SpAD in der Tradition der „3 L", Lenin, Liebknecht und Luxemburg, Kränze für unsere in Moskau gefallene Genossin Martha Phillips und unseren Berliner Genossen Dirk Schubert niedergelegt hatten.

Elke kämpfte in den wenigen ihr verbleibenden Monaten auf jede ihr mögliche Weise für die Ausweitung der Partei in das industrielle Ruhrgebiet und stellte monatelang ihre Wohnung als Organisierungszentrum der Partei zur Verfügung. In den letzten Monaten ihres Lebens hat sie sich sehr gefreut, daß eine deutsche Übersetzung von unserem Buch *Lenin und die Avantgardepartei* in der letzten Phase

Elkes Eintrittserklärung

„Wir sind die Partei der Russischen Revolution"

Duisburg, 25. Januar 1993

Liebe Genossen,

Einverstanden, daß alles verändert wird
Die Welt und die Menschheit
Vor allem die Unordnung
Der Menschenklassen, weil es zweierlei
Menschen gibt
Ausbeutung und Unkenntnis.

— B. Brecht, Das Einverständnis

Das Angebot, der Partei als Ehrenmitglied wieder beizutreten, hat mich mit großer Freude erfüllt. Meine Krankheit hat mich gezwungen, mein Leben Revue passieren zu lassen, und ich empfand vor allem Reue, nicht mehr in der Partei zu sein. Gerne möchte ich meine Erfahrung und mein Können wieder in den Dienst für den Kampf zur Wiedergeburt der Vierten Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution stellen.

„Wir sind die Partei der Russischen Revolution" war und ist mir eine der liebsten Aussagen des Spartakismus, wie er von der SpAD/IKL verkörpert wird. Die prahlerischsten Lügen vom „Tod des Kommunismus" können den Oktober 1917, das Datum des Sieges der russischen Arbeiter und Bauern über die zaristische Despotie, nicht aus der Geschichte streichen.

Trotz der todbringenden Schlinge des Stalinismus, des „großen Organisators von Niederlagen", trotz der obszönen Siegergebärden des Imperialismus, der im Schein brennender Asylbewerberheime, begleitet vom Kugelkonzert mörderischer nationalistischer Gemetzel, seinen vermeintlichen Triumpf feiert — trotz alledem: Die Russische Revolution war und bleibt lebendig für alle Kämpfer für die sozialistische Weltrevolution, hatte sie doch ein Sechstel der Erde der kapitalistischen Ordnung von Ausbeutung und Unterdrückung entrissen und damit ein für alle Mal den Beweis für die Überlegenheit gesellschaftlichen Eigentums und der Planwirtschaft über kapitalistisches Privateigentum und die Anarchie des Marktes angetreten.

„Wir sind die Partei der Russischen Revolution" heißt: Wir sind die Partei des Sieges. Die Erdrosselung des sowjetischen Arbeiterstaates durch den Stalinismus ist eine Niederlage historischen Ausmaßes für das internationale Proletariat. Jedoch kämpft es und wird weiter kämpfen gegen die unersättliche Profitgier des Kapitalismus/Imperialismus, die Schlacht um die Alternative Sozialismus oder Barbarei ist nicht entschieden. Die Partei aufzubauen, die mit dem internationalistischen Programm Lenins und Trotzkis diese Schlacht führen und entscheiden wird, dazu will ich mit all meinen Kräften beitragen.

Mit kommunistischen Grüßen

Elke

der Überprüfung war; nur ihre schmerzhafte Krankheit hat verhindert, daß sie diese selbst abgeschlossen hat.

Elke war bis zuletzt eine harte Kommunistin. Am Tag vor ihrem Tod konnten ihr Genossen, die nach Duisburg gekommen waren, von den Erfolgen unserer Arbeit erzählen, und sie hat sich darüber gefreut — daß unsere Genossen an diesem Tag für die Verteidigung von DDR-Meisterspion Markus Wolf bei seinem Prozeß in Düsseldorf demonstrierten; daß unsere Genossen in Hamburg bei der Verteidigung der gegen die Massenabschiebung protestierenden Roma und Sinti begeistert empfangen worden waren; daß die europaweite Veranstaltungsreihe unserer Genossin Renate erfolgreich war.

Elke war großgeworden in einer proletarischen Familie polnischer Abstammung. Ihre Mutter Uschi war die rebellische, entschlossene und talentierte Tochter eines konservativen Bergarbeiters. Uschi mußte dem eigenen Vater trotzen und der Kirche nachgeben, um überhaupt eine weiterführende Schule besuchen zu können; sogar für talentierte Arbeiterkinder war nur die Klosterschule kostenlos. Unter den vielen Lehren aus dieser Erziehung, die sie an Elke weitergab, war ein tiefer Haß gegen die Diskriminierung der Frauen, und die Frauenfrage hat Elke als Kommunistin zutiefst motiviert.

Elkes Vater Helmut war gelernter Tischler, aber um die drei Kinder großzuziehen, ging er beim Mannesmann-Stahlbetrieb arbeiten, wo mehr bezahlt wurde. Er hing sehr an Elke, der ältesten, ermutigte sie zu lesen, und auch er prägte ihren Charakter. Als aktiver sozialdemokratischer Gewerkschafter gewann Helmut Pirdszun sehr viel Respekt und Liebe unter seinen eingewanderten Kollegen bei Mannesmann, die einen Gutteil der Arbeiterschaft darstellten. Er starb an Krebs, als Elke erst zehn Jahre alt war, und die ganze Schicht machte an dem Tag die Fabrik dicht, um mit der Familie um „unseren Bruder" zu trauern.

Elke war resolut unabhängig, und sie verabscheute Heuchelei. Doch sie verbarg nie ihr Mitgefühl für die Ausgebeuteten und Unterdrückten oder ihre warmherzige Großzügigkeit für ihre Freunde und alle, die ihr teuer waren. Es ist ein Trost für ihre Genossen und Freunde, daß Elke in ihrem Kampf um ihr Leben bis zuletzt grenzenlose Liebe und Unterstützung von Arno, Uschi, Horst und ihren beiden Schwestern erhielt. Wir sind mit unserem Herzen bei ihnen. Elke widmete ihre vielseitigen Talente und ihre Intelligenz dem Kampf für eine Revolution, die den Weg eröffnen würde für den Aufbau einer wirklich humanen, sozialistischen Gesellschaft. Laßt uns mit diesem Ziel vorwärtsgehen und eine internationale leninistische Partei aufbauen, die den Kampf gegen alle Formen der sozialen Unterdrückung auf ihr Banner schreibt."

MOVE1985 - Waco 1993

Am 13. Mai 1985 wurden elf Mitglieder der vorwiegend schwarzen MOVE-Kommune in Philadelphia ermordet, als die Regierung ihr Haus bombardierte und einen Feuersturm entfachte, der die gesamte Nachbarschaft vernichtete. Der schwarze Bürgermeister Wilson Goode von den Demokraten gab den Befehl, das FBI lieferte die C-4-Sprengmittel, die Bullen von Philly warfen die Bombe und setzten dann ihre Salven von Maschinengewehr- und Gewehrfeuer fort, um diejenigen, die zu entkommen versuchten, in die Flammen zurückzutreiben.

Die MOVE-Kommune war schon einmal vom Staat ins Visier genommen worden — 1978 griffen 600 Bullen ihr Haus massiert an, und ein Bulle kam ums Leben. Der rachsüchtige Staat warf damals neun MOVE-Mitglieder ins Gefängnis, und MOVE agitierte weiter für die Freilassung ihrer eingesperrten Genossen. Das Massaker von 1985 war berechneter rassistischer Staatsterror, eine Botschaft zur Einschüchterung der schwarzen Bevölkerung — und aller anderen in der Schußlinie der Regierung —, daß du der nächste sein könntest, wenn du aus der Reihe tanzt.

Als die Regierung am 19. April die religiöse Gruppe der Davidianer in ihrem Haus bei Waco abschlachtete, waren die Parallelen zum MOVE-Massaker unübersehbar. Am 1. Mai sprach *Workers Vanguard,* Zeitung der Spartacist League/US, mit Ramona Africa, die von der Regierung sieben Jahre lang gefangengehalten wurde für das „Verbrechen", das MOVE-Massaker überlebt zu haben. Nachfolgend drucken wir Auszüge aus ihrer Erklärung ab.

Ramona Africa:

Die Angelegenheit, die die Konfrontation vom 13. März verursachte, muß noch gelöst werden, nämlich die fortwährende Inhaftierung meiner neun unschuldigen Brüder und Schwestern für einen Mord, den sie nicht begangen haben. Die Priorität von MOVE besteht darin, unsere Leute nach Hause zu bringen und sie aus dem Gefängnis zu bekommen. Wir wollen, daß Leute verstehen, daß wir bombardiert und massakriert wurden, weil wir uns weigerten, Ungerechtigkeit hinzunehmen, weil wir uns weigerten, uns schweigend zurückzulehnen und zuzusehen, wie unsere unschuldigen Familienmitglieder im Gefängnis schmoren.

MOVE, die seit über 20 Jahren auf der Weisheit beruht, die uns von John Africa gegeben wurde, hat Leuten erzählt, wie brutal und wahnsinnig diejenigen sind, die dieses System führen. MOVE hat dem Amerika der weißen Mittelklasse gesagt, daß sie von der Brutalität und dem Wahnsinn dieser Regierung nicht ausgenommen sind. Es hat die ganze jüngste Geschichte hindurch ein paar Beispiele gegeben, zum Beispiel das Massaker an Studenten von Kent State.

Die kürzlichen Ereignisse in Waco, Texas, sind eine noch dreistere Angelegenheit. MOVE weiß nicht viel über die Davidianer. Wir haben eigentlich nichts mit ihnen gemeinsam, außer einer Sache — die Brutalität und der Wahnsinn, wie die Regierung über sie hergefallen ist, genauso wie sie über MOVE hergefallen ist.

Jedesmal, wenn man eine ganze US-Regierung hat und sie ein Problem mit einer Gruppe sieht, ob es nun die Davidianer sind oder MOVE, und die Regierung das Problem nicht lösen kann ohne den Tod und die Zerstörung, die wir in beiden Situationen gesehen haben, dann ist etwas ernsthaft falsch. Der Grad von Brutalität und Wahnsinn, wie diese Regierung über beide Gruppen herfiel, ist einfach unglaublich.

Aber es ist höchste Zeit, daß Leute anfangen zu glauben, wie sehr außer Kontrolle diejenigen sind, die das System führen. Diese Beamten erzählen den Leuten, daß dies eine Regierung des Volkes und für das Volk sein soll — na ja, es ist Zeit, daß das Volk sie beim Wort nimmt und ihnen das wirklich demonstriert, weil es offensichtlich ist, daß diejenigen, die dieses System führen, nicht wissen, was sie tun, und wahnsinnig sind.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 576, 21 Mai*

Walesa/IWF-Regime in Aufruhr

Streikwelle rollt in Polen

WARSCHAU, 29. Mai - Die Regierung von Ministerpräsidentin Hanna Suchocka, bekannt als die „Eiserne Lady" Polens wegen ihrer Kahlschlagspolitik à la Thatcher, wurde gestern im Sejm (Parlament) durch ein Mißtrauensvotum gestürzt, nach weniger als einem Jahr Amtstätigkeit. Dies ist die vierte Regierung in ebenso vielen Jahren, seit die diskreditierte stalinistische Bürokratie 1989 die Macht an Lech Walesas Solidarnosc aushändigte und diese ihre „Schocktherapie"-Offensive startete, um den Kapitalismus zu restaurieren. Präsident Walesa löste daraufhin den Sejm auf, die Suchocka-Regierung soll bis zu Neuwahlen im Herbst per Verordnung regieren. Ironischerweise wurde der letzte Antrag gegen die Regierung durch die Vertreter der Gewerkschaft Solidarnosc im Sejm initiiert, die auf Suchocka sauer waren wegen ihrer Weigerung, für Lehrer und andere Staatsangestellte Lohnerhöhungen zuzulassen.

Die internen Machtkämpfe und das Durcheinander unter den zahlreichen Fraktionen, die aus der Konterrevolution von Solidarnosc ervorgingen, spiegelt die Unfähigkeit der neuen Bourgeoisie wider, mit einer praktisch ununterbrochenen Welle von Arbeiterkämpfen fertigzuwerden. Schon zweimal zuvor war die Suchocka-Regierung fast gestürzt worden durch Streikaktionen: die der Kupferbergarbeiter und Metaller im letzten Sommer und der Kohlenbergarbeiter im Dezember. Es vergeht kaum ein Tag ohne einen Streik in irgendeinem Teil des Landes. Eine Woche vor der Parlamentsabstimmung legte ein solider Streik der Transportarbeiter Warschau für einen Tag lahm.

Drei Jahre nachdem Walesa die Präsidentschaft übernahm und damit den Sieg der kapitalistischen Konterrevolution besiegelte, erlebt die Arbeiterklasse Polens Angriffe auf ihre Lebensbedingungen wie nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte. Es gibt immer mehr lautstarke Rufe nach einer „starken Hand" am Ruder. Kürzlich wurde gegen den früheren stalinistischen Präsidenten Jaruzelski und mehrere Generäle Anklage erhoben, die an dem scharfen Durchgreifen beteiligt waren, das im Dezember 1981 den Griff von Solidarno nach der Macht vereitelte; dies signalisiert einen erneuten Aufschwung des Antikommunismus. Die faschistoide Konföderation für ein unabhängiges Polen (KPN) unter Leczek Muczulski, die ihre Mitglieder in „interne Alarmbereitschaft" versetzt hat und schwarze Listen für zukünftige Säuberungen vorbereitet, stellte unmittelbar nach dem Mißtrauensvotum ihren eigenen Ministerpräsidenten-Kandidaten vor. Am 18. Mai marschierte eine ultrarechte Anti-Walesa-Fraktion der Solidarnosc-Führung aus der Region Mazowsze (Warschauer Gebiet) zum Präsidentenpalast Belweder unter Rufen „Gott, Ehre, Vaterland" und forderten eine Säuberung, um „den Staat von seinen kommunistischen Wurzeln abzutrennen". Die Demonstration war von Antisemitismus durchsetzt und hatte auch ein Kontingent Skinheads von der faschistischen NOP.

Eine Woche später rief Maciej Jankowski, Solidarnosc-Chef der Mazowsze-Region und Walesa-Unterstützer, zu einem „Generalstreik" für eine Reihe ökonomischer Forderungen auf, die gekrönt wurden von der bonapartistischen Forderung nach einer „Krisenregierung, die über den Parteien steht". Die OPZZ (ex-stalinistische Gewerkschaft) des Warschauer Gebiets unterstützte den Streikaufruf unter dem Vorwand von „gemeinsamen ökonomischen Forderungen", aber die nationale OPZZ-Führung distanzierte sich von dem, wie sie es nannte, „Familien"-Konflikt. Letzten Endes wurde der Streikaufruf weitgehend ignoriert, sogar vom Großteil der Arbeiter von Jankowskis eigener Basis bei den Lucchini-Stahlwerken. Der Streik wurde abgesetzt, nachdem Walesa in einem Privattreffen mit Jankowski davor warnte, „mit dem Feuer zu spielen", aber danach betonte er, er würde dem Parlament nicht erlauben, „sich in die Arbeit der Regierung einzumischen". Walesa, dieser Möchtegern-Pilsudski, hat seine bonapartistischen Ambitionen kaum verschleiert, wiederholt schon drohte er, das Parlament aufzulösen und eine „Expertenregierung" zu bilden. Jetzt führt er Schritt eins seiner Pläne aus.

Das neue kapitalistische Régime ist brüchig, und Walesa genießt sogar noch weniger Popularität als Suchocka. Ein Aufschwung proletarischen Kampfes könnte leicht den gesamten wackligen kapitalistischen Staatsapparat hinwegfegen. In Polen ist wie nirgendwo sonst in Osteuropa oder der Ex-UdSSR ein revolutionärer Kampf für proletarische Macht auf der Basis von authentischer Sowjetdemokratie eine greifbare Möglichkeit. Doch die Irreführer von SdRP (ex-stalinistische Sozialdemokraten) und OPZZ, die ihre bankrotte Politik zur logischen Konsequenz führten und den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat an Walesa & Co. aushändigten, haben heute kein anderes Ziel, als loyale Handlanger des Kapitalismus in der Arbeiterbewegung zu sein. Die SdPR-Konferenz im März applaudierte begeistert Walesas Grußadresse, und heute wünschen sie ihm, „erfolgreich zu sein" dabei, nicht zuzulassen, daß „Polen brennt" (*Trybuna*, 22./Z3. Mai).

Der Verrat der SdRP- und OPZZ-Bürokraten verschafft finsteren Haufen wie KPN, Kämpfende Solidarnosc und Solidarnosc 80 — geführt von dem antisemitischen Nationalisten Marian Jurczyk — eine Öffnung; diese benutzen ökonomische Militanz, um ein bösartig chauvinistisches Programm zu propagieren. Gleichzeitig laufen verschiedene selbsternannte „revolutionäre" und „trotzkistische" Gruppen, die den ursprünglichen konterrevolutionären Griff von Solidarnosc nach der Macht voll und ganz unterstützten, hinter reaktionären Haufen wie Solidarnosc 80 her. Die Cliff-Anhänger „Sozialistische Solidarnosc", die *Dalej!*-Gruppe (Anhänger von Ernest Mandel) und die mit den Morenisten verbundene „Initiativgruppe für eine Arbeiterpartei" mischten sich alle am 18. Mai schamlos unter die ultrarechten Demonstranten. Die Mandelianer hatten für diese antikommunistische Demonstration sogar ein Flugblatt.

Das polnische Proletariat ist in einer guten Position, um eine führende Rolle beim Umkehren der konterrevolutionären Welle zu spielen, die die osteuropäischen Arbeiter ins Elend gestürzt hat. Um das zu tun, muß es sich wieder seine Geschichte des revolutionären, internationalistischen Kampfes zurückerobern — von den Tagen des zaristischen Reiches bis zu den antibürokratischen Aufständen von 1956, 1970 und 1976. Nur wir Spartakisten riefen 1981 dazu auf: „Stoppt die Konterrevolution der Solidarnosc!" Heute kämpft die Spartakusowska Grupa Polski, die Spartakist-Gruppe Polens, dafür, eine Partei wie die bolschewistische Partei Lenins und Trotzkis aufzubauen: einen „Volkstribun", der die grundlegende Verbindung zwischen den ökonomischen Verhältnissen der Arbeiter und der Verteidigung der Frauen, Juden, Roma, Schwulen und aller Unterdrückten erkennt. Für die sozialistische Revolution, um Walesa und alle neuen Ausbeuter hinwegzufegen!

Nach Workers Vanguard *Nr. 577, 4. Juni*

Junge Spartakisten

Nach Bruch mit den Autonomen:

„Besonders überzeugt von der Diktatur des Proletariats"

27. Mai 1993

Liebe Genossinnen und Genossen!

„Unsere Bewegung, die Bewegung des wissenschaftlichen Sozialismus, beurteilt alles von einem Klassenstandpunkt aus. Unser Ziel ist der Aufbau einer Vorhutpartei, die den proletarischen Kampf um die Macht und die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft anführen soll. Das ist unsere »Wissenschaft*" (J.P. Cannon, *Kampf für eine proletarische Partei).* Genossen, hiermit beantrage ich meine Aufnahme in die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands/Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten).

Ich habe dieses Zitat von Cannon zur Eröffnung meiner Eintrittserklärung gewählt, da es meine Vorstellungen von einer proletarischen Partei sehr gut widerspiegelt. Seit nunmehr etwa einem halben Jahr setze ich mich mit eurem Programm, den Lehren Marx', Engels', Lenins und Trotzkis auseinander, und möchte sagen, daß der Entschluß, diese Eintrittserklärung zu schreiben, sehr gut überlegt ist.

Ich komme politisch aus dem anarchistisch-autonomen Milieu, wo ich ca. drei Jahre lang aktiv war. Es kam dort jedoch schon ziemlich schnell zu einem politischen Bruch mit den Autonomen, den ich in der Zeit der kapitalistischen Wiedervereinigung datieren würde. Wenn ich auch zu dieser Zeit politisch noch sehr unreif war, so konnten mir doch die Autonomen auf meine Fragen zur Wiedervereinigung nicht viel antworten. Sie waren zwar „irgendwie" gegen die kapitalistische Wiedervereinigung, jedoch nicht, weil sie die sozialen Errungenschaften der DDR wirklich verteidigen wollten! Hierin zeigte sich für mich auch sehr gut der Klassencharakter der Autonomen, der nun mal größtenteils sehr lumpenproletarisch ist. Als das jüngste Beispiel hierfür darf man wohl die „revolutionäre" 1. Mai-Demonstration in Berlin nennen, wo Autonome zusammen mit der Polizei Mitglieder der Gruppe „Revolutionary Internationalist Movement (RIM)" aus der Demonstration warfen.

Ich habe dann nach meinem endgültigen Bruch mit den Autonomen mich mit anderen politischen Programmen auseinandergesetzt und bin zu den Kommunisten gestoßen. Besonders hatte mich die Idee von der „Diktatur des Proletariats" überzeugt. Dies ist eine wichtige Aussage, die bei den Anarchisten einfach nicht vorkommt. Sie verleugnen die Notwendigkeit eines Übergangsstaates und verschweigen somit den aggressiven Charakter der Imperialisten. Sie haben bei ihrer Zeichnung der Fratze der Bourgeoisie die spitzen, scharfen Zähne vergessen! Aber anstatt sich vor diesen Zähnen zu schützen und einen Maulkorb anzulegen, lassen sie sich lieber beißen. Ich hatte mich also ein wenig umgeschaut bei den zahlreichen linken Gruppen und Parteien, die es so gibt, doch es konnte mich keine dieser Parteien so recht von ihrem Programm überzeugen.

Ich habe dann auch an euch einen Brief geschrieben und ihr habt mir daraufhin den *Spartakist* zugeschickt. Ich muß sagen, ich war schon sehr beeindruckt davon, in eurer Zeitung einen ganz klaren Klassenstandpunkt zu entdecken. Man kann eure ganze Zeitung unter dem Gesichtspunkt „Was ist im Interesse der Arbeiterklasse?" lesen. Ihr habt die Sachen bei ihrem Namen genannt, indem ihr z. B. nicht einfach BRD geschrieben habt, sondern diesen Staat ganz klar als Viertes Reich definiert habt. Ihr hattet eine konsequente Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten und ihrer Repräsentanten und der Inhaftierten der Roten Armee Fraktion (RAF). Ihr habt jedoch eure Verteidigung immer mit einer grundsätzlichen, politischen Kritik am Stalinismus verbunden. Ich war sogar so beeindruckt von eurer Zeitung, daß ich euch gleich einen zweiten Brief geschrieben habe, in dem ich «uch fragte, was konkret für mich zu tun ist und welche Möglichkeiten es dazu in eurer Partei gibt. Seit dieser Zeit ist jetzt ca. ein halbes Jahr vergangen, und ich habe inzwischen euer Programm viel besser kennengelernt und fühle mich bereit, am Aufbau der proletarischen Avantgardepartei teilzunehmen. Ich hoffe, daß es mir möglich sein wird, meinen Beitrag hierzu in eurer Partei, der SpAD, zu leisten.

Für den Fall meiner Aufnahme verpflichte ich mich zur Anerkennung der revolutionären Parteidisziplin sowie der Prinzipien des demokratischen Zentralismus und zur Zahlung eines regelmäßigen Beitrags entsprechend meinem Einkommen.

Mit revolutionären Grüßen

Daniel

Stoppt die Abschiebungen!
Verteidigt Roma und Sinti durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!

Der Roma National Congréss kündigte die Besetzung des KZ-Geländes Neuengamme für den 16. Mai an, um gegen die Abschiebung der Roma nach Osteuropa zu protestieren. Auf die Hetzkampagne und das Verbot, die Gedenkstätte zu betreten, reagierten wir mit einer gemeinsamen Erklärung der deutschen und der polnischen Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), wie unten abgedruckt.

In Neuengamme versperrte ein massives Bullenaufgebot dem militanten Marsch von 500 Roma den Zugang zum KZ-Gelände, wo ihre Familien von den Nazis ermordet worden waren. Die Demonstration rief in lautstarken Sprechchören: „Keine Abschiebung, Abschiebung ist Mord!" Die SpAD mobilisierte fast 20 Genossen zur Unterstützung des Protestes, unsere Plakate auf Deutsch und Serbokroatisch wurden uns fast aus der Hand gerissen, besonders die Forderung „SPD = Polizeiterror gegen Roma, Sinti, Hafenstraße und Abschiebung von Immigranten". Neben den Roma-Fahnen waren unsere Plakate überall zu sehen, selbst auf Kinderwagen und in Autofenstern hieß es: „Viertes Reich: Hände weg von Roma".

500 000 Roma and Sinti wurden durch den Nazi-Holocaust ermordet. Und jetzt gehören die Roma und Sinti in dem Vierten Reich des wiedervereinigten deutschen Imperialismus, von der Ruhr bis Rostock, immer zu den ersten Zielscheiben der CDU/SPD-Abschieber in Bonn, Düsseldorf, Hamburg und Saarbrücken sowie der Nazi-Mörderbanden auf der Straße. Am 16. Mai startet der Roma National Congress eine Reihe von Aktionen, um gegen die Abschiebungspolitik der Bourgeoisie von Auschwitz zu protestieren. Sie wollen das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme bei Hamburg besetzen und haben angekündigt, die Grenze zwischen Deutschland und Polen zu blockieren. Neuengamme war ein Sammellager für Zwangsarbeiter, in dem außer Roma auch Kommunisten aus dem Westen waren, darunter belgische Trotzkisten, und Kriegsgefangene der Roten Armee.

Der SPD-Senat in Hamburg hat Neuengamme zur „Grünanlage" erklärt und mit Polizeipatrouillen abgeriegelt. Er droht, mit Bullen-Terror den Protest bei Neuengamme zu verhindern und das besetzte Gelände zu räumen, wie er es schon bei einem ähnlichen Protest 1989 brutal durchgeführt hat. Und 1992 protestierten die Spartakisten dagegen, daß SPD-Bürgermeister Voscheraus Polizeihundertschaften orthodoxe Juden wegschleppten und verhafteten, weil sie die Schändung des jüdischen Friedhofs in Hamburg-Ottensen verhindern wollten, der einst von Nazis zerstört wurde. Wir Trotzkisten solidarisieren uns jetzt mit dem gerechten Protest der Roma und Sinti, dessen Zweck es ist, internationale Aufmerksamkeit auf die Lage dieses Volkes zu lenken, das massenweise von den Nazis ermordet wurde. Wir Spartakisten wenden uns in erster Linie an die organisierte Arbeiterklasse, um die Roma und Sinti zu verteidigen. Schließt euch dem Protest am 16. Mai an! Stoppt die Abschiebungen!

Der 16. Mai ist der 53. Jahrestag des Beginns der Deportation der Sinti und Roma in das von den Nazis besetzte Polen, was schließlich mit ihrer Ermordung in den Gaskammern von Auschwitz endete. Die geplanten Aktionen finden nur wenige Tage nach der Verabschiedung des rassistischen Abkommens mit Polen statt, wonach die Roma in die Hölle von Elend und Pogromen abgeschoben werden und Walesas konterrevolutionäre Regierung für ihre Aufnahme Blutgeld von der „Bundesbankrepublik" erhalten soll. „Mit deutschen Geldern werden die polnischen ‚Grenzschützer' aufgerüstet, um die deutsche Grenze gegen Romaflüchtlinge, überwiegend Frauen und Kinder, zu ‚verteidigen'" *(Presse-*



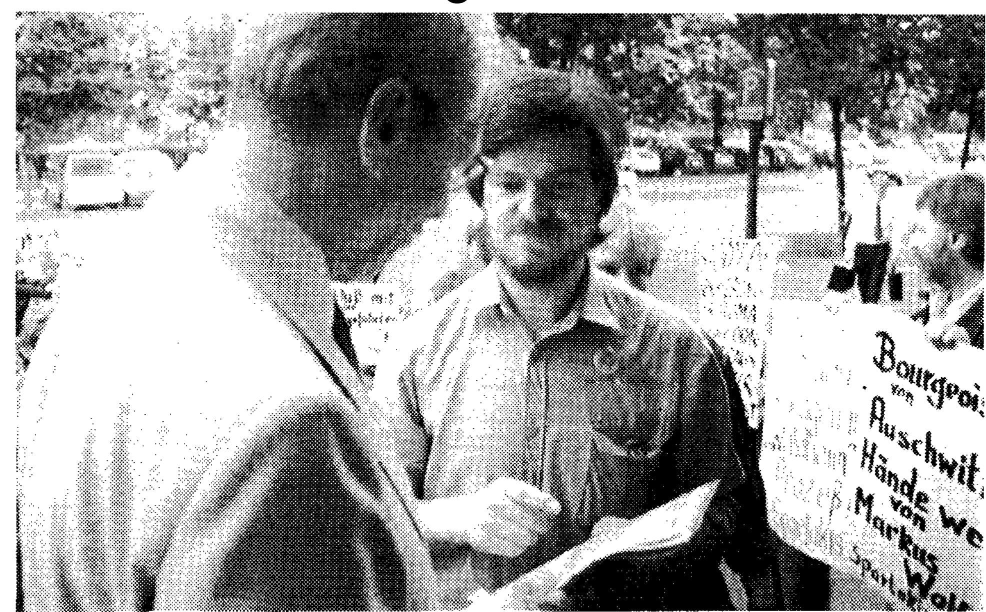
Spartakisten bei Protest gegen Abschiebung von Sinti und Roma auf ehemaligem KZ-Gelände Neuengamme bei Hamburg. Plakat auf Serbokroatisch lautet: „Viertes Reich - Hände weg von Roma und Sinti!"

Spartakist

Vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf

Trotzkisten fordern: Hände weg von Markus Wolf!

Am 18. Mai demonstrierten Vertreter der Spartakist-Arbeiterpartei und des Komitees für soziale Verteidigung vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht. Wir fordern die sofortige Niederschlagung des antikommunistischen Schauprozesses gegen den DDR-Meisterspion Markus Wolf, der wegen „Landesverrats" vor Gericht steht. Für den selbsterklärten „Rechtsnachfolger" des Dritten Reichs ist es allerdings „Verrat", den Arbeiterstaat DDR, der aus dem Sieg der Roten Armee über Hitlerdeutschland 1945 hervorgegangen ist, gegen imperialistische Aggression und Zersetzung verteidigt zu haben. Wolf hat sich über die Aktion unserer Genossen gefreut. Unser Genösse Reinhard Hartwig, ein Bundestagswahlkandidat der SpAD 1990, überbrachte Markus Wolf Solidaritätsgrüße von Leipziger IG-Metall-Streikposten und überreichte ihm die Protesterklärung der SpAD gegen den Prozeß sowie andere Literatur. Die DDR zu verteidigen war kein Verbrechen — sondern ihr Ausverkauf war es! Viertes Reich: Hände weg von Markus Wolf und allen Vertretern der DDR! Sofortige Freilassung von Heinz Keßler, Erich Mielke und den anderen!



dpa

Info des Roma National Congress, 5. Mai). Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und die Spartakusowska Grupa Polski fordern: Nieder mit dem rassistischen deutsch-polnischen Abkommen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

In Polen selbst hat die klerikal-nationalistische Solidarnosc an der Macht einen scharfen Anstieg des Antisemitismus und Angriffe von rassistischem Pöbel auf Roma angestachelt. Am Vorabend des 50. Jahrestags vom heroischen Aufstand des Warschauer Ghettos „rehabilitierte" das Walesa-Regime in grotesker Weise die pogromistischen NSZ-Banden aus dem Zweiten Weltkrieg, nachdem es zuvor ein drakonisches Abtreibungsverbot durchgedrückt hatte. Mit diesem klerikalistischen Kreuzzug geht die Verelendung der Arbeiterklasse einher. Doch das polnische Proletariat ist aus seinem Solidarnosc-Rausch aufgewacht, und in den letzten zwei Jahren hat es eine praktisch ununterbrochene Reihe von Streiks gegen das kapitalistische Regime gegeben, darunter massive Streikwellen der Kupferbergarbeiter und Metaller im letzten Sommer und der Kumpel im Dezember. Nieder mit der kapitalistischen Reaktion von Solidarno , dem Rassismus gegen Roma und dem Antisemitismus! Arbeiter an die Macht!

Die Bourgeoisie von Auschwitz will Deutschland wieder „romafrei" machen. Ende der 80er Jahre initiierte Johannes Rau, SPD-Chef von Nordrhein-Westfalen, ein „Pilotprojekt" zum Aufbau von Lagern in Makedonien, damit Roma und Sinti deportiert werden könnten. Die Konterrevolution in der DDR und die Zerstörung der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas gaben dem rassistischen und antisemitischen Terror fürchterlichen Auftrieb. Nachdem der deutsche Imperialismus die Konterrevolution vorangetrieben hat, wollen Grüne wie Cohn-Bendit die Bundeswehr ins ehemalige Jugoslawien schicken, um die Macht des wiedervereinigten Deutschland zu zeigen. Und hier wollen sie Einwanderungsquoten haben, um die Opfer von Elend und Pogromen von hier fernzuhalten. Angesichts des wachsenden rassistischen Terrors forderte die PDS mehr Bullen, die entweder beiseite standen oder offen die Nazi-Mörder unterstützten wie in Rostock. Dort wurden Antifaschisten wie die Nazijäger Beate, Serge und Arno Klarsfeld verhaftet, weil sie am Rostocker Rathaus eine Tafel anbrachten, die an den Nazi-Völkermord an den Roma und Sinti erinnerte, und weil sie gegen den deutsch-rumänischen Abschiebungsvertrag protestierten. Wir Spartakisten warnten, daß die kapitalistische Wiedervereinigung Massenarbeitslosigkeit und Nationalismus verschärft vorantreiben würde. Deshalb verteidigten wir die DDR und kämpften gegen die Konterrevolution, und heute wie damals kämpfen wir für ein rotes Rätedeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Jetzt stehen die ostdeutschen Metaller und Stahlkocher von Eisenhüttenstadt bis Zwickau in einem Streik gegen die Folgen der Wiedervereinigung, der nur siegen kann, wenn er zum Vollstreik in Ost und West ausgeweitet wird. Es ist notwendig und möglich, den ökonomischen Kampf der Arbeiter mit den politischen Forderungen von allen Immigranten und Minderheiten zu verbinden. Dafür brauchen wir eine leninistische Partei als Volkstribun aller Unterdrückten. Bei diesem Kampf werden die eingewanderten Kollegen eine Schlüsselrolle spielen. Die Streikpostenketten müssen nicht nur sich gegen Streikbrecher verteidigen, sondern auch die Immigrantenwohnheime gegen faschistische Überfälle und Polizeirazzien. Piloten, Crews und Fluglotsen haben die Macht, die Deportationsflüge zu verhindern. Wie wir 1989 schrieben, als Voscherau das KZ-Gelände Neuengamme durch Polizeigewalt „romafrei" machte: „Die organisierte Arbeiterbewegung, zusammen mit Immigrantenorganisationen, hat die Macht, die demokratischen Rechte und das Recht auf Leben aller Unterdrückten zu verteidigen. Diese Macht kann und muß mobilisiert werden, um die Abschiebung der Roma und Sinti zu stoppen!"«

Von Kohls Anschluß bis zu Steinkühlers Ausverkauf

MLPD: Nachhut der Konterrevolution

Arbeiter aus Ost und West zeigten in den letzten Wochen beim Stahl- und Metallstreik ihre Kampfbereitschaft. Die Bosse wollen die Werktätigen für die Kosten des kapitalistischen Anschlusses der DDR auspressen. Als Hunderttausende Arbeiter im Westen solidarisch anfingen, die Zersplitterungstaktik der sozialdemokratischen DGB-Bonzen aufzubrechen, rückte die Ausweitung der Streiks in greifbare Nähe. Aber die IGM-Führung diktierte am Vorabend der Ausdehnung einen „Pilotabschluß" in Sachsen, um den Streik gegen die Opposition der Arbeiter abzuwürgen.

Direkt nach dem Ausverkauf des ostdeutschen Metallstreiks startete die Bourgeoisie einen Rachefeldzug, von Karenztagen und dem faktischen Abtreibungsverbot bis zum rassistischen Asylbeschluß, dem Solingen folgte. Jetzt schwingt sich die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) zum Sprecher der IG-Metall-Bürokratie auf, die die Spaltung der Arbeiterklasse in West und Ost festschreibt und zusätzliche „Härtefall"-Ostbilliglöhne schafft.

Mit einem Artikel „Vorsicht Spalter" in der *Roten Fahne* vom 30. Mai startet die MLPD einen Angriff auf uns Spartakisten, weil wir für den Vollstreik der Metaller, Stahl- und Bergarbeiter kämpf ten, und antwortet auf unsere Forderung, militante Streikkomitees zu bilden, und auf unsere Bemerkung, daß eine Ausweitung des Streiks auf ÖTV und Bergbau zu einem Generalstreik führen könnte: „Das ist pures Abenteurertum und ein Angriff auf die gewerkschaftlichen Streikleitungen." Erzählt das mal den Hennigsdorfer Stahlwerkern, die tagelang über den „Schweinekompromiß" der „Frankfurter Mafia" im Aufruhr waren!

Die MLPD verteidigt die „Schwerpunktstreik"- (Aufsplitterungs-) Strategie der DGB-Bürokraten, mit der der Kampf in Ost und West gespalten wurde: „Dabei gehört es zum ABC jedes aktiven Gewerkschaftlers, daß es Unsinn ist, zu Beginn eines Kampfs gleich alle Truppen ins Gefecht zu schicken." Hier sind die Gelüste dieser Helfershelfer von Steinkühler & Co. auf den Punkt gebracht, sich als zweiter Aufguß der Gewerkschaftsbürokraten anzubiedern.

Wir Spartakisten sagten dagegen in unserem Flugblatt unter dem Titel „Metall, Stahl, Bergbau: Vollstreik jetzt, Ost und West" (29. April): „Inmitten einer kapitalistischen Wirtschaftskrise, wo die Bosse einen Kahlschlag planen, werden isolierte Streiks nicht viel ausrichten. Jetzt müssen die Metaller, Stahlarbeiter und Bergleute, *die vom Ruhrgebiet bis Eisenhüttenstadt* um ihre Existenz kämpfen, mit einem geschlossenen Streik den Generalangriff von Regierung und Bossen zurückschlagen." In der Überschrift sagten wir unverblümt: „Arbeiter müssen um die Macht kämpfen!" Dagegen bietet die MLPD an, Unterschriften zu sammeln, um „Millionen Arbeitsplätze" zu schaffen, als ob Bittschriften an Kohl und Kapital dies bewirken könnten.

„Schwerpunktstreiks", das war Rheinhausen 1987/88. Sieben Monate lang haben die IGM-Bonzen sich geweigert, „gleich alle Truppen ins Gefecht zu schicken". Das Radwerk der Sozialdemokratie — von SPD-Spitzen bis zu den Betriebsräten - hat mit Hilfe der MLPD (und DKP) die Kampfkraft der Arbeiter in eine endlose Reihe „symbolischer Proteste" abgeleitet. Fünf Jahre darauf sollen *alle* Stahlwerker entlassen werden! Heute erinnern Krupp-Arbeiter an den absurden Aufruf der MLPD zu einem „selbständigen Streik" *ohne die Gewerkschaften* (siehe „SPD killt Rheinhausen", *Spartakist* Nr. 57, Mai/Juni 1988), wogegen die Stahlarbeiter in ganz Westdeutschland für die Ausweitung des Kampfes auf die Stahlindustrie gekämpft haben.

Die MLPD ist ein Überbleibsel der rabiat antisowjetischen maoistischen Bewegung der 70er Jahre, die die NATO in ihrem antisowjetischen Kriegskurs unterstützte. Der überwiegende Teil landete später bei den nationalistischen Grünen, oder sie wurden „alternative" Hetzer der *taz,* während die MLPD mit ihrer ökonomistischen Handwerkelei im Ruhrgebiet überwintert hat. Jetzt biedern sich diese Mao-Sozialdemokraten als Wahlbündnispartner der PDS an, die für sie durch Gysis/Modrows Ausverkauf der DDR an die Imperialisten „gesellschaftsfähig" wurde.

So trommelte die MLPD auch beim Streik: „Die Wiedervereinigung war im Interesse der Arbeiterklasse" *(Tarifkampfaktuell 4).* In dem Augenblick, wo die Arbeiter gerade gegen die Folgen der Wiedervereinigung streikten und für einen Kampf gegen das gesamte kapitalistische System gewonnen werden konnten, agitierte die MLPD als Echo der SPD vor den Fabriktoren für die Konterrevolution.

Nur die Trotzkisten der SpAD haben ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft. Deshalb initiierten die Spartakisten am 3. Januar 1990 die antifaschistische Massenmobilisierung gegen die Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow, die dann von der SED-PDS unterstützt wurde. Dies hätte zum Fanal einer *revolutionären* Wiedervereinigung werden können, durch proletarisch-politische Revolution im Osten gegen die stalinistische Bürokratie, die den deformierten Arbeiterstaat unterminierte, und soziale Revolution im Westen.

Heute sind rassistische Pogrome und Nazi-Terror das Ergebnis der Konterrevolution. Die MLPD verherrlicht das staatliche Gewaltmonopol — im Imperialismus, versteht sich —, indem sie vom Nachfolgestaat des Dritten Reichs ein „Verbot aller faschistischen Organisationen" fordert. Doch Solingen zeigt dramatisch die Auswirkungen der Verbotsappelle an Seiters, mit denen Illusionen in den bürgerlichen Staat .geschaffen werden. Vor und besonders nach Solingen führte Seiters Bullenrazzien gegen die linke türkische Organisation Devrimci Sol durch.

Während die Bonner Politiker von Kohl bis Rau nach den Morden in Solingen über Fernsehen und Radio ihre rassistische Hetze gegen Türken verbreiten, verbunden mit der Drohung der Ausweisung, sagt das ZK der MLPD skandalöserweise in seiner Erklärung vom 1. Juni nichts dazu, sondern warnt vor „türkischen Faschisten", die „Türken gegen Deutsche aufhetzen". Als Tausende überwiegend türkische Jugendliche nach dem Brandmord in Solingen auf den Straßen waren, feierte die MLPD mit 18000 (lautete *Fahne)* ihr Pfingstfest nur 40 Kilometer entfernt in Essen. Die SpAD dagegen verteilte einen dringenden Aufruf zur Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung (siehe Seite 22/24). Beim Metallerstreik agitierte die SpAD für Arbeiter/Immigranten-Einheitsfrontaktionen, um die Nazis zu stoppen.

„Spalter"? Diese falschen „MLer" haben nichts gemein mit Lenin, der von allen Parteien, die der Kommunistischen Internationale beitreten wollten, verlangte, „den Vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des ‚Zentrums' anzuerkennen". Reformismus des zweiten/dritten Aufgusses, garniert mit Mao-Tse-turig-Ideen — von NATO-Stalinismus bis Steinkühler-Arschkriecherei — dient immer der Sache der Bourgeoisie. Während die MLPD für Positionen in den Betriebsräten und für „saubere Arbeitervorstandsmitglieder" in den Aufsichtsräten kandidieren möchte, kämpfen wir Spartakisten für den Aufbau einer revolutionären Partei, die zur Arbeiterrevolution führen wird.«

Ernest Mandel nimmt die Herausforderung einer Debatte an

Nachstehend drucken wir einen Briefwechsel zwischen dem Führer des Vereinigten Sekretariats, Emest Mandel, und der Internationalen Kommunistischen Liga ab. Der Brief der IKL vom 24. Februar, auf den sich Mandel bezieht, wurde im Spartakist *Nr. 102 (April 1993) veröffentlicht.*

Brüssel, 29. April 1993

Internationale Kommunistische Liga, New York, N.Y., USA

Genossen,

dies ist die Antwort auf Euren Brief vom 24. Februar 1993.

1. Ihr habt mehrmals von unserem Publikum zu profitieren versucht — Publikum, das unseretwegen gekommen war —, um ausführlich Eure politische Position darzustellen.

Wir haben Euch herausgefordert, uns das Gleiche vor Eurem eigenem Publikum tun zu lassen.

Eine solche Veranstaltung in Berlin, London oder Paris abzuhalten ist keine Antwort auf diese Herausforderung. In diesen Städten habt Ihr kein eigenes Publikum. Selbst wenn Ihr es wäret, die formal zu der Veranstaltung aufrufen, wären die Besucher beinahe ausschließlich unser Publikum, nicht Eures.

Das einzige Land, wo Ihr möglicherweise Euer eigenes Publikum habt (wenigstens bis die Ereignisse das Gegenteil zeigen), sind die USA. Also wäre die einzig positive Antwort auf Eure Herausforderung, daß Ihr akzeptiert, die Veranstaltung in New York abzuhalten. Wir wollen Euch keine finanzielle Belastung auferlegen, also schlagen wir vor, die Debatte während meines nächsten Besuchs in New York durchzuführen.

2. Wir stimmen nicht damit überein, das Thema der Debatte auf die „russische Frage" zu begrenzen. Dies hieße bereits an der eigentlichen Frage vorbeizugehen. Wir schlagen als Thema vor: „Der Aufbau der Vierten Internationale heute" oder „Die Dynamik der Weltrevolution heute". Diese beiden Themen sind für uns identisch. Die sogenannte „russische Frage" sollte sicherlich in diesem Zusammenhang behandelt werden.

3. Was die technische Seite der Veranstaltung angeht, so schlagen wir vor:

(a) Dreißig Minuten Bericht für jede Seite.

(b) Fünfzehn Minuten Zusammenfassung für jede Seite.

(c) Neunzig Minuten für Beiträge aus dem Publikum, das heißt maximal zwanzig Personen mit einer Redezeit von jeweils vier Minuten.

(d) Berichte und Zusammenfassungen nach dem Muster A-B, B-A. Ich würde es vorziehen, A zu sein (zuerst zu sprechen), aber wenn Ihr starke Einwände habt, können wir das Los entscheiden lassen.

(e) Zwei gemeinsame Vorsitzende, die garantieren, daß die Beiträge aus dem Publikum zwischen beiden Seiten (und dritten Parteien, wenn sie darum bitten) gerecht verteilt werden.

(f) Das Recht jeder Partei, die Veranstaltung auf Band aufzunehmen und es abzudrucken, wenn sie dies für nützlich hält, aber ohne einseitig Änderungen an dem, was auf der Veranstaltung tatsächlich gesagt wurde, vorzunehmen.

Dies ist keine endgültige Position, und wir sind durchaus bereit, mögliche Gegenvorschläge von Euch zu prüfen. Doch wir müssen Euch sagen, daß es unwahrscheinlich ist, daß wir zu (1) und (2) unsere Position ändern.

Mit revolutionären Grüßen
Ernest Mandel

New York, 17. Mai 1993

Ernest Mandel, Brüssel, Belgien

Werter Genosse Mandel,

wir haben vor kurzem Deinen Brief vom 29. April 1993 erhalten.

Wir nehmen Deinen Vorschlag an, bei Deinem nächsten Besuch in den Vereinigten Staaten eine Debatte zu führen. Es ist keine Frage, daß Du bei einer Veranstaltung in New York, Chicago oder der Bay Area von San Francisco auf ein beträchtliches Publikum unserer Unterstützer treffen wirst. In diesem Zusammenhang überlassen wir Dir die Wahl des Ortes.

Was das Thema angeht, so würden wir den Titel vorschlagen: „Der Kampf für die sozialistische Weltrevolution heute". Unsererseits wird die russische Frage notwendigerweise unter einem solchen Titel behandelt werden — genauso wie die Wiederschmiedung einer authentisch trotzkistischen, demokratisch zentralistischen Vierten Internationale, was historische Fragen aufwirft, die mindestens bis zum Dritten Weltkongreß der Vierten Internationale zurückgehen.

Der allgemeine technische Rahmen, den Du vorschlägst, ist für uns akzeptabel. Wir würden es vorziehen, über die Reihenfolge der Präsentationen (und die daraus folgende umgekehrte Reihenfolge der Zusammenfassungen) eine Münze entscheiden zu lassen. Wir würden einen Punkt hinzufügen: daß die 90 Minuten, die für Beiträge aus dem Publikum reserviert sind, in aufeinanderfolgende Runden aufgeteilt werden, wobei auf einen Redebeitrag zur Unterstützung des ersten Redners ein Beitrag eines Unterstützers keiner der beiden Tendenzen folgt und dann ein Beitrag eines Unterstützers des zweiten Referenten.

Es wäre hilfreich, wenn Du uns frühzeitig über Deinen nächsten geplanten Besuch in den USA Bescheid geben könntest, was bei der Organisierung, Vorbereitung und öffentlichen Ankündigung der Debatte helfen würde.

Wir faxen diesen Brief an Dich und werden Dir auch das Original mit der Post schicken.

Mit solidarischen Grüßen
Alastair Green
für die Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Frauen und Revolution



Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen *Spartakist* und *Women and Revolution* (USA)

Von Ostberlin bis Taschkent:

Kapitalistische Konterrevolution trampelt auf den Frauen herum

Als Teil unserer Perspektive, die Massen der proletarischen Frauen für die revolutionäre Avantgardepartei und für den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen, stehen wir in der Tradition von Lenins Dritter Internationale, die eine Frauen-Sektion gründete und die sowohl eine internationale Frauenzeitschrift als auch mehrere im nationalen Rahmen herausgab. Heute dient Women and Revolution, *Organ der Kommission des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S, für Arbeit unter Frauen, auch als eine Zeitschrift der ganzen Internationalen Kommunistischen Liga, indem sie Artikel aus allen nationalen Sektionen veröffentlicht. Angesichts der, wenn auch bescheidenen, Ausdehnung unserer Frauenzeitschrift und der politischen Bedeutung des Kampfes für die Befreiung der Frauen beginnen wir hiermit, von Zeit zu Zeit ausgewählte Artikel im* Spartakist *unter dem Kopf Frauen* und Revolution *zu veröffentlichen.*

Teil eins von zwei

Nichts zeigt den reaktionären Charakter der kapitalistischen Konterrevolutionen, die über Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion hinweggefegt sind, deutlicher als die Erniedrigung der Frauen. Die rechtsgerichteten Nationalisten, die jetzt an der Macht sind, glauben, daß Frauen am Arbeitsplatz eine kommunistische Verschwörung sind zur Unterminierung der traditionellen Familie und daß ihr rechtmäßiger Platz zu Hause ist zum Kinderkriegen.



Paul O Driscol

Ostdeutschland, 1991: Arbeiterinnen, die Züge reinigen, denken über ihre Zukunft nach. Die kapitalistische Wiedervereinigung bedeutet Arbeitslosigkeit und den Abbau von Sozialprogrammen wie kostenlose Kinderbetreuung

Die Verschlechterung der Position der Frauen, die die „Neue Weltordnung" in Osteuropa mit sich gebracht hat, ist so drastisch, daß sie sogar von normalen westlichen bürgerlichen Zeitungen zur Kenntnis genommen wird. Es ist klar, schreibt der liberale Hamburger *Spiegel*, daß das Importieren des Kapitalismus in das ehemalige Ostdeutschland Frauen härter trifft als Männer. „Polen: Kein Platz für Frauen", ist die abfällige Bemerkung des zynischen Tory-nahen Londoner *Economist.* „Drei Jahre nach dem Triumph der Solidarno -Bewegung", berichtet die *New York Times*, „helfen sich Polen wieder gegenseitig dabei, die Behörden zu umgehen... Jetzt ist das Ziel, neue Einschränkungen bei der Abtreibung zu unterlaufen, die vom Ärzteverband und vom Gesundheitsministerium verhängt worden sind." Diese Sprachrohre für die Wall Street, die Londoner City und Frankfurt/Main haben natürlich den Anschluß der Deutschen Demokratischen Republik durch den westdeutschen Imperialismus massiv unterstützt und sich lauthals für die klerikal-nationalistische Solidarno in Polen eingesetzt.

Das gleiche gilt für westliche Feministen und Pseudolinke, die den Anspruch erheben, standfeste Vertreter der Frauenbefreiung zu sein. Die amerikanische radikal-liberale Zeitschrift *The Progressive* (Februar 1991) brachte einen Artikel der feministischen Journalistin Peggy Simpson unter der Überschrift „Keine Befreiung für die Frauen — Osteuropa dreht die Uhr zurück'*. Dennoch sehen dieser und viele ähnliche Artikel der westlichen feministischen Presse keinen Zusammenhang zwischen dem Zurückdrehen der Uhr für Frauen und der kapitalistischen Konterrevolution. Statt die neuen antikommunistischen Regime wegen der Frauenunterdrückung anzugreifen, wirft Simpson den ehemaligen stalinistischen Bürokratien vor, sie hätten den Feminismus à la USA unterdrückt:

> „Osteuropäische Frauen, egal ob in hohen Regierungspositionen oder als Fabrikarbeiterinnen, wissen nichts über die Aufteilung der Belastung im Westen. Sie haben die ganze Bewußtseinsbildung der politischen Frauenbewegung verpaßt."

Als ob „Bewußtseinsbildung" eine Lösung ist für die Massenarbeitslosigkeit, die Abschaffung der Kinderbetreuung und das Verbot der Abtreibung! Dieser alberne Artikel, der so typisch ist für das Denken westlicher Feministen, gibt den Frauen, die das Opfer der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa sind, selbst die Schuld. Ein paralleles Argument machen westliche bürgerliche Ökonomen, die die Massenarbeitslosigkeit in Osteuropas neuen „Freien Marktwirtschaften damit erklären, daß die Arbeiter unter den Bedingungen von garantierter Arbeitsplatzsicherheit faul und unproduktiv geworden seien.

Die linkssozialdemokratische Zeitschrift *Against the Current* [Gegen den Strom] — die jahrelang die Sowjet-



Die Internationale Kommunistische Liga führte 1989 eine Kampagne zur Verteidigung der belagerten afghanischen Stadt Jalalabad gegen die Mudschaheddin-Mörderbanden der CIA

Workers Vanguard

union in den schärfsten Tönen als eine ausbeuterische Klassengesellschaft und als einen imperialistischen Staat anprangerte — hat nun entdeckt, daß es den Frauen unter der geplanten kollektivierten Wirtschaft der UdSSR besser ging. Die Ausgabe vom Juli/August 1992 druckte einen Artikel der Moskauer Soziologin Anastasia Posadskaja nach, der darauf hinweist:. „Wenn auch die Verschlechterung der Lage der Frauen [in Rußland] von ein paar feministisch orientierten Forschern vorhergesehen wurde, so scheint doch ihr tatsächliches Ausmaß während des beginnenden Prozesses der Einführung des Marktes ohne Beispiel zu sein."

Diese Pseudolinken — die für eine sozialistische Bewegung eintreten, die unter anderem „feministisch" sein soll — unterstützten genau die Kräfte, die die bisher beispiellose Verschlechterung der Lage der Frauen in der ehemaligen Sowjetunion und in ganz Osteuropa herbeigeführt haben. *Against the Current* setzte sich gemeinsam mit dem Weißen Haus von Reagan und Bush (und mit Papst Johannes Paul Wojtyla und Ajatollah Chomeini) für Solidarno in Polen ein und für die islamischen Mudschaheddin, die gegen die sowjetische Armee in Afghanistan kämpften. Im Namen von „Demokratie" und Antisowjetismus unterstützten sie die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und Boris Jelzins Machtergreifung im August 1991 in Moskau.

Afghanistan, Polen und der zweite Kalte Krieg

Der wesentliche Grund für die kapitalistische Konterrevolution ist die Gesamtwirkung des militärischen, wirtschaftlichen und politischen Einwirkens des Weltimperialismus auf die bürokratisch beherrschten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks. Dieser Druck wurde erheblich verstärkt, als Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre Jimmy Carter und Ronald Reagan den zweiten Kalten Krieg starteten. Die ersten größeren Schlachtfelder waren Afghanistan und Polen, wo in beiden Fällen die antikommunistische Offensive direkt verbunden war mit der Unterdrückung der Frauen.

Die moskaufreundlichen, für Modernisierung eintretenden afghanischen Nationalisten, die 1978 in Kabul die Macht ergriffen, wollten Frauen teilweise von ihrer Versklavung in der traditionellen islamischen Gesellschaft befreien, die durch den Tschador, den vom Kopf bis zu den Füßen reichenden Schleier, symbolisiert wird. Sie senkten den Brautpreis auf eine symbolische Summe und öffneten die Schulen, um jungen Mädchen das Lesen beizubringen. Diese Maßnahmen brachten die Stammesführer und moslemischen Mullahs zur Weißglut, die mit der Unterstützung von Washington, Chomeinis Iran und Zias Pakistan einen „heiligen Krieg" gegen die „gottlosen Kommunisten" in Kabul begannen.

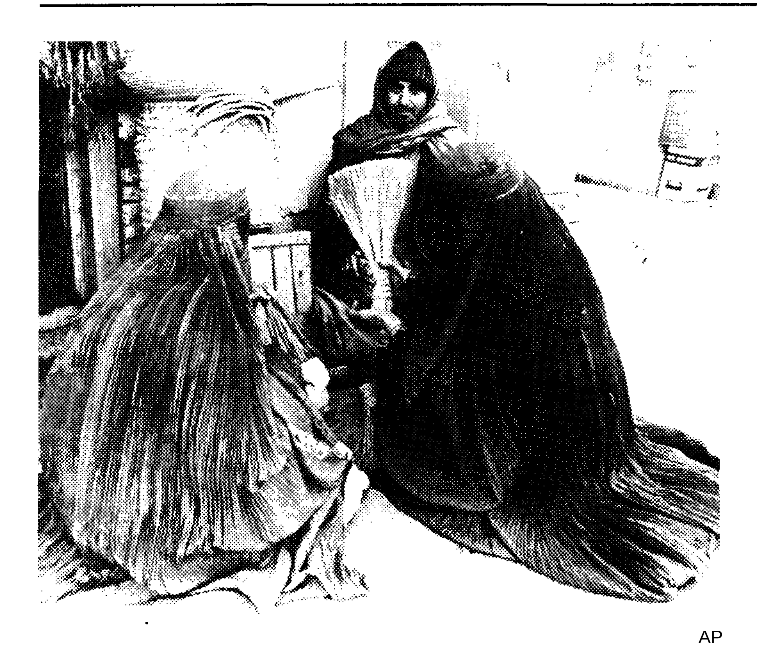
Ende 1979 intervenierte Moskau militärisch, um zu verhindern, daß sein links-nationalistischer Klientenstaat in Afghanistan, der eine lange Grenze zur UdSSR hat, an islamische Reaktionäre fällt, die vom US-Imperialismus bewaffnet und organisiert werden. Die internationale Spartacist Tendenz (jetzt die Internationale Kommunistische Liga) stellte die Losungen auf: Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Weitet die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus! Im Gegensatz dazu stellte sich praktisch die gesamte Linke international hinter Reagan, Thatcher und Mitterrand, verurteilte den sowjetischen „Expansionismus" und forderte den Abzug der sowjetischen Streitkräfte.

Die Kreml-Oligarchie versuchte überhaupt nicht, Afghanistan zu annektieren, sondern führte den Krieg nur halbherzig. Breschnjew und seine Nachfolger machten die Aussicht auf einen Abzug aus Afghanistan zum Gegenstand von Verhandlungen mit den NATO-Mächten. Als Teil von Gorbatschows weltweiter Beschwichtigungspolitik gegenüber dem westlichen Imperialismus wurden die sowjetischen Truppen Anfang 1989 einseitig abgezogen. Bald darauf folgte der Zerfall der sowjetischen Macht in Osteuropa, angefangen mit Polen.

Die Stärke der katholischen Kirche machte Polen besonders anfällig für eine im Inneren erzeugte Konterrevolution. Die beispiellose Wahl eines polnischen Papstes — des ehemaligen Erzbischofs von Kraków — 1978 war ein zentraler Teil von Jimmy Carters „Menschenrechtskampagne" zur Zersetzung des Sowjetblocks. Gleichzeitig war das stalinistische Regime von Eduard Gierek so verzweifelt darauf aus, den sozialen Frieden zu erhalten,'daß es bei den westlichen Banken massiv Schulden machte, um das Konsumniveau und die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten.

So wurde der Boden bereitet für den Aufstieg von Solidarnosc. Als das Gierek-Regime im Sommer 1980 unter dem Druck von Wall Street und Frankfurt ein gemäßigtes Austeritätsprogramm ankündigte, traten polnische Arbeiter

Fortgesetzt auf Seite 14



AP



dpa

Afghanische Mudschaheddin, die Frauen unter dem Schleier in Versklavung halten (links), mit einem ihrer Schirmherren, Jürgen Todenhöfer (CDU), bei einer Sitzung der „Exilregierung" 1989 bei Urglun (rechts)

Frauen...

Fortsetzung von Seite 13

unter dem Symbol von Adler und Kreuz in Aktion. Das traditionell säkulare und sozialistische polnische Proletariat erwartete jetzt vom Vatikan und vom amerikanischen Weißen Haus die Rettung. Als im Herbst 1981 Walesa & Co. darangingen, im Interesse des westlichen Imperialismus nach der politischen Macht zu greifen, erhoben wir die Forderung: Stoppt die Konterrevolution von Solidarno !

General Jaruzelskis scharfes Durchgreifen im Dezember 1981, mit starker Unterstützung von Breschnjew, verhinderte damals eine Konterrevolution in Polen. Das Weiße Haus unter Reagan und Bush (mit besonderer Hilfe des AFL-CIO und der deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften) hielt dann Solidarnoc im Untergrund mit massiven geheimen Geldspritzen am Leben, während Liberale, Radikale und Linke diese „freie Gewerkschaft" für CIA und westliche Banker in den höchsten Tönen bejubelten. Genau die gleichen radikalen Feministen und selbsternannten Sozialisten, die in den USA und Westdeutschland auf die



TASS von **Sowfoto**

Kabul 1979: Afghanische Frauen ehren Noor Mohammed Taraki, einen aufgeklärten prosowjetischen Intellektuellen, der versuchte, das rückständige, patriarchalische zentralasiatische Land zu modernisieren

Straße gingen, um gegen den Widerstand der katholischen Hierarchie gegen Abtreibung zu protestieren, riefen auch zur „Solidarität mit Solidarno " auf, das heißt zu einer päpstlichen Diktatur in Polen.

Heute ist es der ganzen Welt klar, daß die klerikal-nationalistischen Führer von Solidarnosc *Feinde* der demokratischen Rechte der Frauen sind. Vor kurzem veröffentlichte eine Gruppe polnischer Aktivistinnen einen Protest:. „Die polnische Demokratie ist eine maskuline Demokratie" *(Women's Studies International Forum* [Internationales Forum für Frauenstudien], Bd. 15, Nr. 1, 1992). Als Marxisten verstanden wir den wahren Charakter der Solidarno -Bande lange, bevor sie die Macht ergriff. Unmittelbar nach dem Durchgreifen von Jaruzelski schrieben wir in einem Artikel unter der Überschrift „Solidarnosc: Eine Männerwelt":

> „Walesa trägt gern einen Madonnen-Anstecker am Revers zur Schau, symbolisch für die engen Beziehungen von Solidarno zur katholischen Kirche. Die historische Rolle dieser Institution ist es, die Frauen an den Familienherd zu ketten, ist die aggressive Kampagne des polnischen Papstes Wojtyla gegen Abtreibung, ist das massive Eintreten von Solidarno für die Familie — können diese Kräfte die Befreier der polnischen Frauen sein? Niemals!" *(Women and Revolution* Nr. 24, Frühjahr 1982)

Daß der Griff von Solidarnosc nach der Macht 1981 vereitelt wurde, konnte Polens Anfälligkeit gegenüber einer Konterrevolution durch klerikal-nationalistische Kräfte nicht ausschalten. Um den Würgegriff der westlichen Banker auf die polnische Wirtschaft zu brechen, war es notwendig, die Schulden zu annullieren. Damit die Zurückweisung der Schulden durch Polen wirksam ist, wäre eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit des gesamten Sowjetblocks nötig gewesen sowie Appelle an die Arbeiterklasse im Westen, um auf die unvermeidliche kapitalistische Vergeltung zu antworten. Von Natur aus unfähig zu solch einem internationalistischen Programm, trieb die Warschauer stalinistische Bürokratie die polnische Wirtschaft tiefer in die Depression, um die Forderungen der Kredithaie von Wall Street und Frankfurt erfüllen zu können. 1988/89 provozierte ein weiteres Austeritätsprogramm eine neue Welle von Arbeiterunruhen. Ohne irgendeine Unterstützung in der polnischen Gesellschaft, demoralisiert und in einer Sackgasse, trat das Jaruzelski-Regime, mit Gorbatschows Zustimmung, im Sommer 1989 die Macht an Walesa & Co. ab. Innerhalb eines Jahres überschwemmte die kapitalistische



Berlin, 20. Juni 1992: Demonstration fordert ersatzlose Streichung, nicht nur Reform von §218/219. Nur die Spartakisten sagten: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!" Frauen kämpften als erste gegen die katastrophalen Folgen des Anschlusses; sie sind entscheidend für den Aufbau einer leninistischen Avantgardepartei als Volkstribun aller Unterdrückten

Spartakist

Konterrevolution ganz Osteuropa, als die DDR in das imperialistische deutsche Vierte Reich aufgesogen wurde.

Gleichheit der Geschlechter und die DDR

Die Stellung der Frauen in Ostdeutschland war in bedeutender Hinsicht die fortgeschrittenste auf der Welt. Über 90 Prozent der Frauen im berufsfähigen Alter waren Werktätige, und viele hatten sogar Arbeitsplätze, die im kapitalistischen Westen das Monopol von Männern sind. Gleichzeitig standen arbeitenden Müttern außergewöhnliche Sozialprogramme zur Verfügung, z. B. das „Baby-Jahr" — ausgedehnter bezahlter Mutterschaftsurlaub. Einige westdeutsche Feministinnen und Sozialdemokraten verwiesen auf die DDR — deren Recht auf Abtreibung auf Wunsch, kostenlose Einrichtungen zur Kinderbetreuung, großzügige Freistellungen, um kranke Kinder zu versorgen —, um ähnliche Maßnahmen in ihrem eigenen weit reicheren kapitalistischen Staat durchzusetzen.

Neben den wirtschaftlichen und sozialen Leistungen für Frauen in der DDR war das gesellschaftliche Klima viel stärker auf die Gleichstellung von Mann und Frau ausgerichtet als anderswo. 1991, mehrere Monate nach der deutschen Wiedervereinigung, führte das Times Mirror Center of Washington in 13 europäischen Staaten, im Osten wie im Westen, eine breit angelegte Meinungsumfrage durch. Nur 18 Prozent der befragten Ostdeutschen sprachen sich für eine Ehe aus, in der die Frau zu Hause bleibt und sich um die Kinder kümmert, verglichen mit 41 Prozent in Westdeutschland, 48 Prozent in Rußland und 56 Prozent in Polen.

Warum war die Unterstützung für die Gleichstellung von Mann und Frau in der DDR so viel stärker als im übrigen stalinistisch regierten Osteuropa? In dieser Region war der Status der Frauen umgekehrt proportional zur Stärke des Nationalismus innerhalb der Bürokratie und in der Gesellschaft insgesamt. Bezeichnenderweise war das einzige Land Osteuropas, in dem Abtreibung verboten war, Ceaușescus Rumänien, jene schreckliche Karikatur von national-stalinistischem Despotismus. Die Waisenhäuser des Landes waren voll von unerwünschten Kindern, deren Familien es sich nicht leisten konnten, sie großzuziehen. Aber dennoch war zwei Jahrzehnte lang der mörderisch-größenwahnsinnige Ceaușescu Washingtons beliebtester stalinistischer Herrscher, gelobt und belohnt für seine „Unabhängigkeit" von Moskau. George Bush nannte Rumäniens Großen Conducator „einen von Europas guten Kommunisten".

Für Washington und noch viel mehr für Bonn gehörten Walter Ulbricht und Erich Honecker in der DDR zu Europas schlimmsten Kommunisten, denn sie hielten den Frontstaat der militärischen und politischen Verteidigung des Sowjetbfocks in Europa aufrecht. Ostdeutschland stand einem mächtigen imperialistischen Staat gegenüber, der im Namen des deutschen Nationalismus der DDR jegliches Existenzrecht absprach. In erheblich höherem Ausmaß als die anderen stalinistischen Regime in Osteuropa und der UdSSR propagierten Ulbricht und Honecker ihre Legitimität, indem sie den „sozialistischen" Charakter und die Errungenschaften der DDR betonten, besonders ihre Verpflichtung für die Gleichstellung der Frauen. So wurde zum Beispiel die polnische Jüdin Rosa Luxemburg als Vorfahrin der DDR geehrt.

Die günstigen Bedingungen für Frauen in der DDR waren nicht einfach das Resultat des politisch-ideologischen Wettbewerbs mit dem bürgerlichen Westdeutschland. Sie waren auch Ausdruck des grundlegenden Unterschieds zwischen einer kollektivierten Wirtschaft, selbst einer bürokratisch deformierten, und einer kapitalistischen Wirtschaft. In der bürgerlichen Gesellschaft ist es angesichts der rollenspezifischen Erziehung von Kindesbeinen an im allgemeinen kostspieliger, Frauen für qualifizierte Industriearbeitsplätze auszubilden als Männer. Zudem werden sie wahrscheinlich häufiger die Arbeit aufgeben, um eine Familie zu versorgen. Deshalb hält es eine typische kapitalistische Firma für profitabler, Männer einzustellen, es sei denn, Frauen machen den gleichen Job für erheblich weniger Geld.

Das übergeordnete Ziel einer kollektivierten Wirtschaft ist es, das Gesamtproduktionsvolumen zu maximieren (*nicht* die Profitabilität einer individuellen Firma) und deshalb auch die Beschäftigung sowohl von Männern als auch von Frauen. Dazu kam, daß die DDR seit ihrer Gründung Ende der 40er Jahre an Arbeitskräftemangel litt, denn anders als Sowjetrußland oder Polen hatte sie keine große überzählige Landbevölkerung. Der Arbeitskräftemangel wurde in den 50er Jahren noch massiv verschärft durch massenhafte Auswanderung, besonders von männlichen Facharbeitern, ins wohlhabendere Westdeutschland. Der Bau der Berliner Mauer 1961 war eine bürokratische Verteidigungsmaßnahme, um dieses Ausbluten, die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, zu stoppen.

Die DDR hatte also ein vitales wirtschaftliches Interesse,

Fortgesetzt auf Seite 16

Frauen...

Fortsetzung von Seite 15

die Zahl der Frauen, die am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß teilnahmen, und ihre individuellen Fähigkeiten zu maximieren. Mitte der 70er Jahre waren zum Beispiel 75 Prozent der Auszubildenden für Facharbeiterberufe in der Chemieindustrie Frauen, verglichen mit 20 Prozent in Westdeutschland. 35 Prozent der Fleischerlehrlinge waren Frauen, während dies westlich der Elbe ein reiner Männerberuf war.

Auf einem wesentlichen Gebiet jedoch war die Regierungspolitik der DDR gegenüber Frauen viele Jahre reaktionärer als in anderen bedeutenden Ländern des Sowjetblocks. Ein Gesetz von 1950 erlaubte die Abtreibung nur aus medizinischen, ethischen (*z.B.* Vergewaltigung) oder sozialen Gründen, zum Beispiel bei großen Familien, die sich kein weiteres Kind leisten konnten. In der Sowjetunion, Polen und anderen osteuropäischen Ländern wurde die Abtreibung auf Wunsch Mitte der 50er Jahre, während der politischen Liberalisierung und des Aufruhrs nach Stalins Tod, legalisiert. Das Regime Walter Ulbrichts, eines Stalinisten alter Schule, war jedoch weiterhin gegen Abtreibung, weil dies den „sozialistischen Staat" seiner zukünftigen Bürger beraube.

Ulbricht wurde 1971 gestürzt, weil er sich Breschnjews Schritten in Richtung Entspannungpolitik mit Washington und Bonn widersetzte. Er wurde von seiner langjährigen Nummer Zwei, Erich Honecker, ersetzt, der eine relative politische Liberalisierung einführte. Mit typisch stalinistischer Heuchelei wurde die neue Linie als Ausdruck grundlegender demokratischer Prinzipien präsentiert (was in diesem Fall stimmte): Die Gleichheit der Frauen ... erforderte es, daß eine Frau das Recht hat, selbst über die Schwangerschaft zu entscheiden und darüber, ob sie das Kind austragen und gebären will oder nicht.

Aber die DDR war weit davon entfernt, eine volle Gleichstellung von Mann und Frau erreicht zu haben, selbst auf einer grundlegenden ökonomischen Ebene. 1988 betrug das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen für ganztags arbeitende Frauen 76 Prozent des Einkommens ihrer männlichen Kollegen (immer noch besser als die 66 Prozent, die Frauen in Westdeutschland verdienten). Noch grundsätzlicher, Frauen in der DDR und im ganzen Sowjetblock beschwerten sich bitter über ihre „Doppelbelastung" oder „zweite Schicht". Ihre Ehemänner erwarteten, daß sie nach der Arbeit auch noch die Hausarbeit machen und sich um die Kinder kümmern. Die Belastung wurde verschärft durch den Wohnraummangel und den Mangel an vielen Konsumgütern, der zu langen Einkaufsschlangen führte.

In Ostdeutschland war die Belastung der Frauen vielleicht nicht ganz doppelt so hoch, denn manche Männer glaubten, daß sozialistische Gleichheitsprinzipien auch im Familienleben Anwendung finden müssen. In dem in mancher Hinsicht offeneren intellektuellen Klima Ende der 80er Jahre brachte Irene Dölling von der Ostberliner Humboldt-Universität eine liberale stalinistische/feministische Kritik des Familienlebens in der DDR vor: „Frauen verrichten weiterhin zwei Drittel bis drei Viertel der Hausarbeit, und sie sind verantwortlich für den größeren Anteil an Kinderversorgung und -erziehung. Man kann bei der Aufteilung der Pflichten innerhalb der Familie wirklich eine Veränderung erkennen... Aber das ist noch nicht zur vorherrschenden Tendenz geworden" (zitiert in: Marilyn Rueschemeyer und Christiane Lemke, *The Quality of Life in the German Démocratie Republic* [Lebensqualität in der Deutschen Demokratischen Republik], 1989). Genau diese Situation würde ein Marxist erwarten, solange die Familie die grundlegende Institution für die Sozialisation der Kinder bleibt. Erst wenn die Familie schrittweise ersetzt wird durch kollektive Formen der Kindererziehung, werden die uralte Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau und die unvermeidlich daraus resultierenden psychologischen Auswirkungen überwunden. Aber dazu werden Generationen einer weltweiten sozialistischen Gesellschaft notwendig sein, die ökonomisch unermeßlich produktiver ist als selbst die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder heutzutage.

Es war eine liberale stalinistische Utopie zu glauben, daß die vollständige Gleichstellung von Mann und Frau .erreicht werden könnte im Frontstaat des Kalten Krieges, der vom Weltimperialismus unerbittlich bedrängt wurde. 1989 brach dieser Druck schließlich die sowjetische bürokratische Kaste auseinander, und die DDR stand vor einer schicksalhaften historischen Alternative: Entweder mußte die Arbeiterklasse die politische Macht ergreifen mit der Perspektive eines vereinigten sozialistischen Deutschlands oder die DDR würde in ein imperialistisches Viertes Reich absorbiert werden, mit verheerenden Konsequenzen für die Arbeiterklasse, besonders die Frauen.

Die Erniedrigung der ostdeutschen Frauen im Vierten Reich

In diesem kritischen Augenblick der Gegenwartsgeschichte mobilisierte die Internationale Kommunistische Liga ihre gesamten Kräfte, um in die politische Schlacht um

KONTAKTADRESSEN

Berlin SpAD, Postfach 51 0655, 10CX) Berlin 51
(ab 1. Juli: 13366 Berlin)
Telefon: (030)4927866

Duisburg T. Endruwert, Postlagernd, 4100 Duisburg 1
(ab 1. Juli: 47051 Duisburg)

Halle SpAD, PSF 855, Halle 4002
(ab 1. Juli: Postfach 2011 31
06012 Haile)
Telefon: (0345)29055

Hamburg SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11
(ab 1. Juli: 20402 Hamburg)
Telefon: (040)323644

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
1000 Berlin 65 (ab 1. Juli: 13357 Berlin)
(U-Bahn Nauener Platz)



Ostberlin, Januar 1990 - Spartakisten initiierten Protest von 250000 gegen die faschistische Schändung des Treptower Ehrenmals für die Befreiung von der Nazi-Pest durch die Rote Armee. Die IKL mobilisierte gegen den Anschluß der DDR und seine verheerenden Auswirkungen

Spartakist

Ostdeutschland zu intervenieren. Unsere Agitation und Propaganda für eine Regierung, die sich auf Arbeiterräte stützt, als Sprungbrett für einen vereinten deutschen proletarischen Staat innerhalb der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, traf auf wohlwollende Aufmerksamkeit von sozialistischen Arbeitern und Intellektuellen und ebenso bei Soldaten und Offizieren in der Ostdeutschen Armee. Das Ergebnis dieser Anstrengungen war die antifaschistische Demonstration von 250 000 Menschen im Ostberliner Treptower Park Anfang Januar 1990, was zum ersten Mal die Möglichkeit von organisiertem Widerstand der Arbeiter^ klasse gegen die kapitalistische Wiedervereinigung aufwarf.

Das liberalstalinistische geschäftsführende Regime von Gregor Gysi und Hans Modrow — in Furcht vor einer Bewegung der Basis der Arbeiterklasse nach links und unter enormem Druck des westdeutschen Imperialismus und dessen sozialdemokratischen Helfershelfern — beeilte sich, die Kräfte der Konterrevolution zu beschwichtigen. Ende Januar kündigte Gorbatschow an, daß die Sowjetunion die Auflösung der DDR in ein vereinigtes kapitalistisches Deutschland akzeptieren würde, eine Position, die auch vom DDR-Ministerpräsidenten Modrow übernommen wurde. Diese Ankündigungen schockten und demoralisierten die Arbeiter und Intellektuellen, die eine mit neuem Leben erfüllte sozialistische Gesellschaft anstrebten und erwarteten.

Zur gleichen Zeit wurde die ostdeutsche Bevölkerung mit einer Kampagne der Großen Lüge durch die herrschenden westdeutschen Christdemokraten und die oppositionellen Sozialdemokraten bombardiert, daß die Wiedervereinigung sofortigen Wohlstand mit sich bringen würde. Der Bonner Kanzler Helmut Kohl versprach, daß Ostdeutschland innerhalb von fünf Jahren den westlichen Lebensstandard erreichen würde. Das Gefühl, daß der kapitalistische Anschluß unvermeidlich sei, führte, zusammen mit Illusionen in die westdeutsche wirtschaftliche Geberlaune, zu einem entscheidenden Sieg für die Christdemokraten bei den ostdeutschen Wahlen am 18. März, die Totenglocke für die DDR.

Kurz danach warnten wir: „Aber ohne Klassenkampf gegen die Privatisierung der Produktion und die Abschaffung der Sozialleistungen werden sie [die Frauen] aus der Produktion verdrängt werden, wenn Arbeitslosigkeit und Streichung von Sozialleistungen um sich greifen bei der Jagd nach kapitalistischem Profit" („Kapitalistisches Vaterland gegen Frauenrechte", *Spartakist* Nr. 69, 24. April 1990). Ein Jahr nach der Währungsunion vom Juli 1990, die die Auflösung der kollektivierten Wirtschaft der DDR in einen ausgeweiteten deutschen kapitalistischen Staat kennzeichnete, waren beinahe fünf Millionen Arbeiter von einst 9,5 Millionen Beschäftigten entweder direkt arbeitslos oder auf „Kurzarbeit" oder vom Arbeitsmarkt verdrängt. Am härtesten traf es alleinerziehende Mütter und ältere'Frauen.

Heute sind *zwei Drittel* der offiziell als arbeitslos Registrierten Frauen. Teilzeitarbeitsplätze, wo hauptsächlich Frauen arbeiteten, waren unter den ersten, die im Rahmen von „Kostensenkungs"kampagnen von der Treuhand abgeschafft wurden. Männer, die aus den Fabriken geworfen wurden, begannen um Arbeitsplätze zu konkurrieren, die bis dahin hauptsächlich von Frauen besetzt waren, z. B. als Bankangestellte, Postboten und im öffentlichen Nahverkehr. Während Betriebsleiter in der DDR *zugunsten* von Frauen diskriminiert hatten, besonders bei der Qualifizierung, sind Frauen jetzt die Opfer von unverhülltem männlichen Chauvinismus.

Für ostdeutsche Frauen war es selbstverständlich gewor-

Fortgesetzt auf Seite 18



Bole h/Fotoarchiv

Nazi-Skinhead-Provokation 1991 in Halle. Der kapitalistische Anschluß entfachte steigenden faschistischen Terror gegen Immigranten

Frauen...

Fortsetzung von Seite 17

den, ein beträchtliches Maß an wirtschaftlicher und sozialer Unabhängigkeit zu haben, und *das* ist es, was die bürgerlichen Herrscher des Vierten Reichs nicht ertragen können. Deshalb ging die Zerschlagung der industriellen Basis der DDR einher mit der Zerschlagung der Maßnahmen, die es Frauen ermöglicht hatten, am Produktionsprozeß teilzunehmen und gleichzeitig Kinder aufzuziehen. Bei weitem der wichtigste Schritt, um die Frauen aus Beschäftigungsverhältnissen in die Haushalte zu treiben, war die Abschaffung der praktisch kostenlosen Kinderbetreuung. Reihenweise verschwanden die Kinderkrippen, als die Treuhand die Betriebe dichtmachte, die sie früher getragen hatten, und weitere wurden geschlossen, als die Betriebe an westdeutsche Kapitalisten verkauft wurden. Frauen, die ihren Arbeitsplatz verlieren und denen es nicht gelingt, ihre Kinder in Kindertagesstätten unterzubringen, haben *keinen* Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, denn sie werden von ihren neuen kapitalistischen Herren als nicht arbeitsfähig eingeschätzt.

Den ostdeutschen Frauen hat man auch die Verhütungsmöglichkeiten weggenommen. Das gesamte ostdeutsche Gesundheitssystem, das auf Polikliniken basierte, ist dem Erdboden gleichgemacht worden. Die Pille (die in der DDR kostenlos war) ist für die meisten unerschwinglich geworden; die Sterilisation wird schnell zur einzigen verbleibenden Verhütungsmethode, die (noch) kostenlos ist.

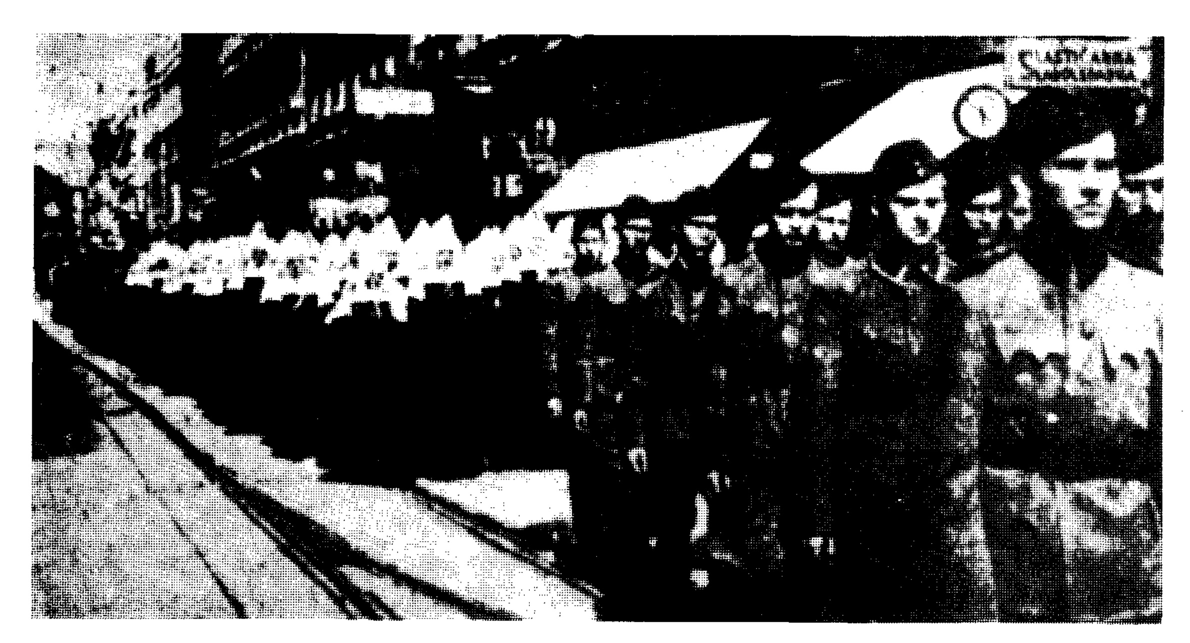
Die Abtreibung ist die letzte bedeutende Errungenschaft, die den ostdeutschen Frauen noch von der DDR übriggeblieben ist. Das westdeutsche Abtreibungsrecht basierte auf dem berüchtigten Paragraphen 218, der noch auf das Strafgesetzbuch von Bismarcks Reich zurückgeht. Frauen waren bei Abtreibungen von Strafverfolgung bedroht, wenn nicht ein Arzt eine medizinische, psychologische oder soziale Indikation feststellte. In einer modernen Version der Inquisition wurde 1988 in Bayern ein Frauenarzt wegen Verstoßes gegen die Paragraphen 218/219 vor Gericht gestellt und verurteilt. Die westdeutsche Arbeiterklasse ist seit langem gegen gesetzliche Einschränkungen von Abtreibungen eingestellt. Massenmobilisierungen gegen den Paragraphen 218, z. B. Mitte der 70er Jahre, wurden von den sozialdemokratischen Spitzen sabotiert.

Der Widerstand gegen die Kriminalisierung der Abtreibung war in Ostdeutschland so stark, daß die Christdemokraten gezwungen waren, eine Auseinandersetzung in dieser Frage zum Zeitpunkt des Anschlusses zu verschieben. Statt dessen existierten die beiden grundlegend unvereinbaren Abtreibungsgesetze in den östlichen und westlichen Ländern noch zwei Jahre weiter, ehe sie von einem neuen einheitlichen Gesetz abgelöst wurden.

Nach erbitterten Debatten und einer Ost-West-Spaltung bei den Christdemokraten wurde im Juni 1992 im Bundestag ein Gesetzentwurf verabschiedet. Abtreibung nach Zwangs„beratung" zum „Schutz des ungeborenen Lebens" würde in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft nicht illegal sein. Das neue Gesetz wäre für Frauen in der ehemaligen DDR zweifellos eine klare Niederlage; für westdeutsche Frauen würde es möglicherweise eine begrenzte Reform darstellen, da das willkürliche Diktat durch einen Arzt abgeschafft wäre. Rechte christdemokratische Politiker klagten vor dem Bundesverfassungsgericht, und Anfang August setzten die Richter unter Außerkraftsetzung der parlamentarischen Demokratie das Gesetz vorläufig aus (zum BVG-Urteil, das das Abtreibungsrecht weiter verschärfte, siehe Seite 1).

Die anhaltende Empörung über das neue Abtreibungsgesetz ist nur eines von vielen Symptomen der wachsenden sozialen und politischen Spannungen in Deutschland nach dem Anschluß. Insbesondere stellen Arbeiterinnen der ehemaligen DDR ein mächtiges Reservoir des Hasses auf die Herren des Vierten Reichs dar. Ihre Ehemänner, Brüder und Väter leiden ebenfalls unter Massenarbeitslosigkeit oder werden von ihren neuen westdeutschen Bossen mit Verachtung behandelt, wenn sie noch Arbeit haben — wie die eingeborene Bevölkerung eines Koloniallandes. Im Frühjahr 1991 gingen wütende Ostdeutsche beiderlei Geschlechts in großer Zahl auf die Straße, um gegen Kohl - den man jetzt den „Lügenkanzler" nannte — zu protestieren, wobei er in Halle mit Eiern beworfen wurde.

Auch Westdeutschland befindet sich jetzt in einer Rezession, und Unzufriedenheit greift in der Bevölkerung um sich. Die lange Zeit selbstzufriedene sozialdemokratische Arbeiterbewegung sieht sich kapitalistischen Angriffen auf Löhne und Sozialleistungen ausgesetzt, damit sie für das Aufkaufen der DDR auf Pump durch die Deutsche Bank und für die beabsichtigte Errichtung eines deutschen Neokolonialreichs in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion die Zeche bezahlt. Die zwei Millionen türkischen, jugoslawischen und anderen eingewanderten Arbeiter — die schon immer der bürgerlichen deutschen Ordnung entfremdet waren — sehen sich nun mörderischem Neonazi-Terror und der Drohung von Abschiebung gegenüber. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands hat das Ziel, eine Partei aufzubauen, die alle Werktätigen — von den arbeitslosen



Katholische Nonnen in Kroatien marschieren hinter der klerikalfaschistischen Ustascha, den Mördern Hunderttausender Serben, Juden, Roma und Sinti während des Zweiten Weltkriegs. Die „christlichen Nationalisten" von heute sind die Nachfolger der Klerikalfaschisten der 30er und 40er Jahre



Unter dem Banner der klerikalen Reaktion führte Lech Walesa die konterrevolutionäre Solidarnosc gegen das diskreditierte polnische stalinistische Regime

Der Spiegel

und ins Elend gestürzten Frauen von Leipzig bis zu den türkischen Stahlarbeitern an der Ruhr —. gegen das brutale Vierte Reich vereinen kann.

Polen: klerikal-nationalistischer Kreuzzug gegen Frauen

Patricia Clough vom Londoner *Independent* (14. April 1992) schrieb, daß polnische Frauen „aus der sicheren Welt von garantierten Arbeitsplätzen und scheinbarer Gleichheit um viele Jahrzehnte zurück in eine erschreckende Welt von Diskriminierung, Vorurteilen und Unterdrückung" geworfen werden. Wie in Ostdeutschland werden sie durch die kombinierten Auswirkungen von wirtschaftlichem Zusammenbruch, der Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen und der Personalpolitik, nur Männer einzustellen, von den Arbeitsplätzen vertrieben.

Dazu kommt, daß die Frauen das Hauptziel einer Kampagne sind, Polen in eine osteuropäische Version von Irland zu verwandeln oder zu einer römisch-katholischen Analogie zum Iran Chomeinis. Marcin Libicki von der Christlich-Nationalen Union — im Augenblick Teil der Regierungskoalition — verkündet: „Wir wollen zurückkehren zum Ethos der Frau als Mutter. Die Natur hat die Frauen geschaffen, um Kinder zu gebären." Im Frühjahr 1991 zog Papst Wojtyla lauthals lamentierend durch Polen und verglich den „riesigen Friedhof der ungeborenen Kinder" mit dem Nazi-Holocaust.

Polen steht heute an vorderster Front eines klerikalnationalistischen Kreuzzuges in ganz Osteuropa gegen Abtreibung und noch allgemeiner gegen „Hedonismus" und „Konsumrausch" des Westens. Angesichts der relativen wirtschaftlichen Rückständigkeit der Region sehen die Nationalisten keinen anderen Weg zu politischer und militärischer Stärke als die Maximierung der Bevölkerung ihres geheiligten Nationalstaats. Für die einander feindselig gegenüberstehenden „christlichen Nationalisten" Osteuropas reduzieren Abtreibungen die Zahl der potentiellen polnischen oder ungarischen oder rumänischen Soldaten, die in der Lage wären, die Nachbarvölker umzubringen. Deshalb sehen sie die Abtreibung als das höchste Verbrechen an.

Weitverbreitet gibt es die falsche Vorstellung, daß die Position des Vatikans, Abtreibung mit Mord gleichzusetzen, auf einem uralten Dogma der frühen Kirchenväter beruhe. Tatsächlich ist es eine Anpassung der katholischen Hierarchie an *modernen bürgerlichen Nationalismus.* In den 1860er Jahren dachte Napoleon III. von Frankreich — der Prototyp für bonapartistischen Despotismus in einem imperialistischen Staat —, daß eine höhere Geburtenrate wesentlich sei, um Arbeiter und Soldaten für die Expansion des französischen Imperiums zu liefern. Er wandte sich an Rom, und der Papst *revidierte* pflichtschuldigst die traditionelle Kirchendoktrin, daß das Leben mit den ersten fühlbaren Bewegungen des Fetus beginnt, in die heutige Auffassung, daß dies unmittelbar nach der Befruchtung der Fall sei. Dies verwandelte die Abtreibung von einer leichten in eine Todsünde und lieferte die „moralische" Basis für die Abtreibungsgesetze in Frankreich und dem Rest des katholischen Europas.

Die engen Beziehungen der Solidarnosc-Führung zum Vatikan waren von Anfang an allseits bekannt, genauso wie Wojtylas aggressive Kampagne, Abtreibung zu kriminalisieren. Trotzdem gab es unter den Solidarnosc-Anhängern polnische Frauen, die die Rolle ablehnten, die ihnen die Kirche vorschrieb, die an das Recht auf Abtreibung glaubten und ganz allgemein eine Orientierung ähnlich wie westliche kleinbürgerliche Feministinnen hatten. Warum machten diese „befreiten" polnischen Frauen gemeinsame Sache mit Walesa, Wojtyla & Co.? Malgorzata Tarasiewicz, die ehemalige Vorsitzende der Frauenkommission von Solidarnosc, die inzwischen zu einer selbsternannten Anarchistin geworden ist, gibt folgende Erklärung:

> „Es war die allgemeine Auffassung, daß, sobald wir die kommunistische Herrschaft losgeworden sind, Hilfe und Investitionen aus den westlichen Ländern hereinströmen würden. Es stellte sich heraus, daß das nicht stimmte. Die Mehrheit der westlichen Geschäftsleute, die an Osteuropa interessiert sind, sind nur auf einen schnellen Profit aus.
>
> Sie schaffen Arbeitsplätze, aber zu ihren Bedingungen: keine Gewerkschaften, keine Beschwerden über die Arbeitsbedingungen, Niedriglöhne." *(Off Our Backs* [Runter von unserem Rücken], August/September 1991)

Die Illusion, daß eine antikommunistische Regierung in Warschau aus wirtschaftlicher Großzügigkeit von westlichen Bankiers und Industriellen zig Milliarden Dollar und DM bekommen würde, wurde auch von einem großen Teil der Arbeiterklasse geteilt und erklärt in der Tat weitgehend die Unterstützung von Arbeitern für die offen prokapitalistische Solidarnosc. Statt dessen diktierten westliche Finanziers

Fortgesetzt auf Seite 20



Platforma Spartakusowców

Die Konterrevolution der Solidarnosc hat starke antiklerikale Stimmungen in Polen hervorgerufen. Warschau 1991: Demonstranten versammeln sich um eine Statue des Wissenschaftlers Kopernikus, um gegen die Wiedereinführung von Zwangs-Religionsunterricht in öffentlichen Schulen zu protestieren

Frauen...

Fortsetzung von Seite 19

dem neuen Regime, eine wirtschaftliche „Schockbehandlung" durchzuführen, was zu Massenarbeitslosigkeit und allgemeiner Verelendung führte. Die polnischen Arbeiter traf der Schock wirtschaftlich und auch politisch, und sie wandten sehr bald gegen die Solidarnosc-Regierung die gleichen Waffen an — Streiks und Proteste —, die sie gegen die verschiedenen stalinistischen Regime eingesetzt hatten. Seit Anfang 1990 hat es in Polen ein hohes und relativ konstantes Niveau von Arbeitskämpfen gegeben, während Solidarno in gegenseitig bitter verfeindete Parteien zerfallen ist.

Die von den westlichen Bankiers diktierte wirtschaftliche Schockbehandlung wurde von einer Kampagne des Vatikans begleitet, die Abtreibung zu kriminalisieren. Hierüber ist von gemäßigten bürgerlichen, feministischen und linken Zeitungen breit berichtet worden. In beinahe allen Artikeln wird darauf hingewiesen, daß das Recht der Abtreibung auf Wunsch 1956 zugelassen wurde. Aber kaum einer weist darauf hin, warum diese emanzipatorische Maßnahme zu diesem Zeitpunkt und nicht früher durchgeführt wurde.

Die christlichen Nationalisten und andere behaupten, daß die Legalisierung der Abtreibung dem polnischen Volk gegen «einen Willen von den Kommunisten (d. h. Stalinisten) aufgezwungen worden sei. Genau das *Gegenteil* ist der Fall. In Polen und im ganzen Sowjetblock waren Abtreibungen während der letzten Jahre der Stalin-Ära (1945—53) verboten. Im ersten Jahrzehnt seiner Existenz hielt die Volksrepublik Polen das Anti-Abtreibungsgesetz der faschistoiden Pilsudski-Diktatur der Zwischenkriegszeit *aufrecht.* Nach diesem Gesetz drohte Frauen eine Gefängnisstrafe von drei Jahren und Ärzten und Hebammen eine von fünf Jahren. In der frühen Nachkriegsperiode glaubten die Warschauer Stalinisten, daß eine hohe Geburtenrate wünschenswert sei, um für die Zahl der Arbeitskräfte zu sorgen, die benötigt wurde, um das vom Krieg verwüstete Land wiederaufzubauen.

Stalins Tod und die Nachfolgekrise im Kreml ließen die wacklige bürokratische Ordnung in den „Volksrepubliken" Osteuropas aus den Fugen geraten; der Anfang war der ostdeutsche Arbeiteraufstand im Juni 1953. In Polen sah sich das von Fraktionskämpfen geschüttelte Regime einer zunehmend rebellischen Stimmung unter den werktätigen Massen und der Intelligenz ausgesetzt, als die Polizeistaatskontrollen zusammenbrachen.

Dies waren die Begleitumstände, unter denen das Gesetz über die Zulässigkeit von Abtreibungen im April 1956 vom angeschlagenen stalinistischen Regime verabschiedet wurde. Es war bei polnischen Frauen ungemein populär, und es erlaubte den Stalinisten zu behaupten, daß sie von nun an ihre versprochene Politik zur Befreiung der Frau auch durchführen würden. Zudem unterminierte es die Autorität der Kirche, die während der Periode des stalinistischen Totalitarismus die einzige tolerierte Institution darstellte, die von der Bürokratie unabhängig war.

Die zögerlichen Liberalisierungsschritte der verachteten Stalinisten alter Schule dämpften in keiner Weise die Unruhe unter der Bevölkerung. Eine beginnende proletarisch-politische Revolution — später „der polnische Oktober" genannt — konnte im letzten Moment nur dadurch abgebogen werden, daß Wladislaw Gomulka an die Macht kam, der den Ruf hatte, ein verfolgter „nationalliberaler" Kommunist und ehrlicher Arbeiterführer zu sein. Gomulka schaffte es, die Bürokratie zu retten, indem er anfänglich allen Teilen der polnischen Gesellschaft weitreichende Konzessionen machte, von den prosozialistischen Arbeiterräten bis zu den Kleinbauern und der Kirchenhierarchie.

Positiv zu erwähnen ist, daß das Gomulka-Regime das Recht der kostenlosen Abtreibung auf Wunsch einführte, zum Teil, weil es glaubte, daß eine niedrigere Geburtenrate das Wirtschaftswachstum fördern würde, indem sie die Umschichtung von Ressourcen aus der Konsumtion in die Investition erlauben würde. Im ganzen Sowjetblock (bis auf die DDR) kam man nur schwer an wirksame Verhütungsmittel heran, eine Situation, die in Polen noch durch den Druck seitens der Kirche verschärft wurde. Laut Hanna Jankowska von Pro-Femina, einer Gruppe, die sich für das Recht auf Abtreibung einsetzt, benutzen nur zehn Prozent der polnischen Frauen moderne Verhütungsmittel. So wurde die Abtreibung — man schätzt, daß es pro Jahr rund 500 000 bis eine Million sind — zum wichtigsten Mittel der Geburtenregelung.

Von 1956 an war das Verbot der Abtreibung eine Schlüsselforderung des klerikalen Antikommunismus in Polen. Als die Warschauer Stalinisten bei den Gesprächen mit Solidarno am „Runden Tisch" im Frühjahr 1989 ganz offensichtlich den Geist aufgaben, brachten katholische Abgeordnete im Sejm (dem Parlament) ein „Gesetz zum Schutz des ungeborenen Lebens" ein, das Abtreibung unter *allen* Umständen verbietet und sowohl der Frau als auch ihrem Arzt

drei Jahre Gefängnis androht. Es war schlimmer als das Gesetz der Pilsudski-Diktatur von 1932, nach dem Abtreibungen im Fall von Vergewaltigung, Inzest, Jugendprostitution und Gefahr für das Leben der Mutter erlaubt waren.

Während Klerikalnationalisten versuchen, die polnische Bevölkerung mit katholischem Fundamentalismus zu identifizieren, haben Meinungsumfragen immer wieder gezeigt, daß rund 60 Prozent der Bevölkerung *für* die Beibehaltung des Abtreibungsrechts sind und nur weniger als zehn Prozent ein vollständiges Verbot unterstützen. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten ist in Polen wieder eine starke Strömung von Antiklerikalismus in der Bevölkerung entstanden, besonders unter Frauen. Zum Beispiel trugen Demonstrantinnen vor dem Sejm 1990 Plakate wie „Nach Europa mit Zwischenstopp Iran". Aber anstatt das Recht auf Abtreibung geradeheraus zu verteidigen — was nicht nur prinzipienfest, sondern sogar populär war —, spielten die früheren Stalinisten und jetzigen Sozialdemokraten auf Zeit, indem sie die neue Legislative in endlose Parlamentsausschüsse verwickelten.

Die Kirchenhierarchie und die klerikalistischen Parteien gingen jedoch daran, die Abtreibung zu unterdrücken, egal ob sie gesetzlich erlaubt war oder nicht. 1990 wurde in polnischen Schulen wieder Religionsunterricht eingeführt, und Priester mobilisierten sofort Kinder gegen ihre Mütter. Kinder, die gerade acht Jahre alt waren, wurden so lange unter Druck gesetzt, bis sie Anti-Abtreibungs-Petitionen unterschrieben. Viele polnische Frauen mußten sich von ihrem kleinen Kind fragen lassen: „Mammi, ist es wahr, daß du meine kleine Schwester umbringen willst?"

Als letztes Mittel griffen die politischen Hauptgegner des Anti-Abtreibungsgesetzes zur Forderung nach einer Volksabstimmung in dieser Frage, in der sicheren Annahme, sie würden gewinnen. Wie vorauszusehen war, blockierten die Kirchenhierarchie, Präsident Lech Walesa und die klerikalistischen Parteien diesen Schritt. Um eine Volksabstimmung gegen den Widerstand dieser Kräfte durchzusetzen, wäre eine Massenmobilisierung, die sich auf die Arbeiterklasse stützt, notwendig gewesen — Streiks, große kämpferische Demonstrationen, die Besetzung des Gesundheitsministeriums und der Kliniken, die sich weigern, Abtreibungen durchzuführen. Angesichts der wütenden und verzweifelten Stimmung der polnischen Arbeiterklasse hätte das zerbrechliche konterrevolutionäre Regime dadurch auseinandergerissen werden können, daß der Kampf zur Verteidigung des Abtreibungsrechts auf die Straße gebracht worden wäre. Der Streik der Kohlenbergarbeiter im letzten Dezember hat die Regierung schon gezwungen, die Debatte im Sejm über das Anti-Abtreibungsgesetz zu verschieben. Solche Kämpfe waren genau das, wovor die liberalen, „proeuropäischen" Führer der Kampagne für eine Volksabstimmung wie Zbigniew Bujak und Barbara Labuda Angst hatten. Für Polens Liberale und Sozialdemokraten überwiegt die Furcht vor einer Destabilisierung des noch nicht fest im Sattel sitzenden bürgerlichen Staates bei weitem ihre Abneigung dagegen, daß das Land ein osteuropäisches Irland oder etwas schlimmeres wird.

Jetzt haben beide Kammern des Sejm das lange befürchtete Anti-Abtreibungsgesetz verabschiedet. Als ein „Kompromiß" droht Frauen kein Gefängnis, nur ihren Ärzten, und Abtreibung wird im Fall von Vergewaltigung, Gefahr für die Gesundheit der Frau usw. zugelassen.

Im Herbst 1990, als es die ersten großen Arbeiterkämpfe gegen das neue Solidarnosc-Regime gab, schloß sich eine kleine Gruppe von trotzkistischen Aktivisten in Polen der IKL an. Das Gründungsdokument der Spartakusowska Grupa Polski erklärte:

> „Eine trotzkistische Partei muß ein Volkstribun sein, der für alle Opfer von Unterdrückung eintritt. Die Kampagne, den Kapitalismus wiederherzustellen, läßt all die ‚alte Scheiße' der Gesellschaftsordnung aus der Vorkriegszeit wieder aufleben und zunehmen, vom reaktionären Klerikalismus bis zum pilsudskistischen Nationalismus und Antisemitismus... Die katholische Hierarchie, der gegenüber die Stalinisten Beschwichtigungspolitik betrieben, hat schon lange den entscheidenden Einfluß auf Solidarno ausgeübt. Die klerikale Reaktion hat besonders Frauen als Zielscheibe. Zerschlagt die Angriffe auf Abtreibungsrechte! Für kostenlose Abtreibung! Für kostenlose Kinderbetreuung, rund um die Uhr! Für die strikte Trennung von Kirche und Staat! Nieder mit dem konservativen stalinistischen Dogma, das die Institution der Familie verherrlicht, die Hauptinstitution der Gesellschaft zur Unterdrückung der Frauen. Nur die Errungenschaft einer echten sozialistischen Gesellschaft, auf der Grundlage von materiellem Überfluß und von Egalitarismus, kann die Frauen wirklich befreien." (*Spartakist* Nr. 80, 20. November 1990)

Heute ist in Polen die Emanzipation der Frauen unmittelbar, direkt und aufs engste mit der proletarischen sozialistischen Revolution verknüpft.

Übersetzt aus Women and Revolution
Nr. 42, Frühjahr/Sommer 1993
[FORTSETZUNG FOLGT]

Solingen...

Fortsetzung von Seite 1

der Hetze der „respektablen" bürgerlichen und sozialdemokratischen Politiker über eine „Asylantenflut" werden die Nazis in ihren mörderischen Taten bestärkt.

All die heuchlerischen Mitleidsbekundungen von Bundeskanzler Kohl („kein Beileidstourismus") bis zum nordrhein-westfälischen SPD-Ministerpräsidenten Rau am Tag nach dem Massaker täuschen niemanden darüber hinweg, *daß die rassistische Allparteienkoalition in Bonn diesen mörderischen Terror angefacht hat.* Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Politiker haben nicht weniger als die Faschisten die „Ausländer" zu den Sündenböcken für die Massenarbeitslosigkeit und Verelendung gemacht, die das wiedervereinigte Deutschland von einem mythischen „Wirtschaftswunderland" in einen brodelnden Hexenkessel von rassistischem Haß verwandelt hat. Schon letzten August fand das Rostocker Pogrom am gleichen Wochenende statt, an dem die SPD-Klausurtagung am Petersberg ihre Zustimmung zur Zerstörung des Asylrechts beschloß.

Am Sonntag nach dem Mord riefen türkische Demonstranten in Solingen „Nazis, wir kriegen euch!", eine Gruppe von Demonstranten blockierte den Flughafen Köln-Bonn und bewirkte die Streichung von mehreren Flügen. Täglich demonstrierten Tausende in mehreren Städten gegen den Nazi-Terror. In Hamburg marschierten 7000 Demonstranten, hauptsächlich Jugendliche türkischer und deutscher Herkunft, zum SPD-Haus und anschließend zur Ausländerpolizei, um gegen den rassistischen Asylbeschluß zu protestieren. „Selbstverteidigung heißt zurückschlagen, wo unser Leben bedroht ist", sagte einer der Redner. In Langen haben türkische Jugendliche in der Nacht zum 6. Juni bereits eine Nazi-Mörderhöhle auseinandergenommen.

Während der Trauerfeier in Köln Ende der Woche legten im ganzen Land viele ÖTVler für kurze Zeit die Arbeit nieder, genau wie Metaller z. B. bei Bosch-Siemens in Berlin, bei Mercedes-Benz in Sindelfingen und im Mercedes-

Fortgesetzt auf Seite 22

Nazimord an fünf türkischen Frauen und Mädchen - Schlagt zurück!

Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung, um Mörderbanden des Vierten Reichs zu stoppen!

Sofort, nachdem die Christdemokraten, Freidemokraten und Sozialdemokraten das Asylrecht zerstört haben, treten die Faschisten an, um diesen Beschluß zu feiern und in Greueltaten umzusetzen. Noch einmal, wie letztes Jahr beim Rostocker Pogrom und beim Mordbrand in Mölln, haben die Bonner Biedermänner die Nazi-Brandstifter angestachelt. Damals gab es eine Welle der Empörung unter Jugendlichen und Gewerkschaftern. Wut und Trauer sind selbstverständlich, aber sie werden die Nazis nicht stoppen — und Lichterketten werden es ganz bestimmt nicht. In den Betrieben begannen nach Mölln Diskussionen über Selbstverteidigung. Jetzt müssen wir die Kraft mobilisieren, die die Terrorbanden stoppen kann, vor allem die organisierte Arbeiterklasse mit ihrem mächtigen Anteil an Immigranten.

Wie die Massenarbeitslosigkeit, die diese terroristischen Mörderbanden brütet, kommt der Nazi-Terror aus der kapitalistischen Wiedervereinigung, bei der die SPD an der Spitze stand. Die Konterrevolution hat in ganz Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion rassistischen Terror und massive Angriffe auf die Arbeiter, Minderheiten und auf Frauen und das Recht auf Abtreibung gebracht. In Italien haben die Faschisten mit ihrer Strategie des Bombenterrors wieder begonnen. Aber in ganz Europa leisten die Arbeiter Widerstand. Der ÖTV-Streik im Mai letzten Jahres und der ostdeutsche Stahl- und Metallerstreik haben gezeigt, daß die Arbeiter kämpfen können und wollen. Die Machtergreifung der Arbeiterklasse ist notwendig, um dem Nazi-Terror ein für alle Mal ein Ende zu setzen.

Wie wir uns am 30. Januar, dem Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, an Gewerkschaften und an antifaschistische Jugendliche richteten, um die erfolgreiche Verteidigung eines Immigranten-Wohnheims in Berlin zu organisieren, ist es jetzt notwendig, die Faschisten in organisierter und machtvoller Weise aus ihren Rattenlöchern zu vertreiben und die Arbeiter für die Zurückschlagung des Bonner Asylbeschlusses zu mobilisieren. Ohnmacht und Ausbrüche der Verzweiflung führen zu nichts. Jetzt schlägt die Stunde, gezielte Arbeiteraktionen gegen die faschistischen Mörderbanden zu organisieren.

Berlin, 29. Mai 1993

Solingen...

Fortsetzung von Seite 21

Stammwerk in Stuttgart. Ein Banner am abgebrannten Haus in Solingen fordert zum Generalstreik auf. Aber mit ein paar Minuten Solidarität, wie sie IGM-Bürokraten wie Yilmaz Karahasan organisieren, soll nur ein Ventil für die Empörung in den Betrieben geschaffen werden. Doch Kaffeepausen-„Streiks" werden keine Nazis stoppen. In den Gewerkschaften ist die soziale Kraft organisiert, die *mobilisiert werden muß,* um den Terrorbanden den Garaus zu machen.

Die zwei Millionen Türken und Kurden in Deutschland haben tiefe Wurzeln in diesem Land, obwohl sie von den Staatsbürgerrechten ausgeschlossen sind. Die ermordete türkische Familie hatte 24 Jahre in Solingen gelebt, die Kinder wurden hier geboren. Der Vater, Durmus Genç, der auf Nachtschicht in einer nahegelegenen Fabrik arbeitete, fand seine Familie verbrannt, als er heimkam. Es gibt Hunderttausende türkische und kurdische Arbeiter, die wie er eine strategische Position unter den Arbeitern der Schwerindustrie haben und die Zechen und Metallbetriebe im ganzen Ruhrpott zum Stillstand bringen können.

Als einige türkische Arbeiter das ausgebrannte Haus in Solingen anschauten, sagten sie: „Wenn sie uns nicht verteidigen, werden wir es selber tun. Wir werden unsere Kinder gegen die Mörder verteidigen." Aus Furcht vor dieser höchst gerechtfertigten Reaktion wiederholte das Fernsehen anfangs stündlich den Aufruf des türkischen Ministerpräsidenten Inönü für Ruhe. Jetzt eskalieren die Medien Warnungen „gegen Gewalt", eine gemeinsame Erklärung von Rau und Kohl hetzt „gegen deutsche und türkische Randalierer" und droht, „die Täter aus Deutschland auszuweisen". Wie in Rostock wird die Polizei dafür eingesetzt, um die zu verfolgen, die die faschistischen Terrorbanden stoppen wollen.

Dutzende antifaschistische Jugendliche wurden bei den Protesten verhaftet. Der völlig berechtigte Aufruhr wird jetzt von den Medien als finstere Aktion der faschistischen Grauen Wölfe dargestellt. Doch bei der nationalen Demonstration in Solingen am 5. Juni trieben vor allem türkische und kurdische Demonstranten die türkische Fahnen schwenkenden Nationalisten aus dem Demo-Zug.

Um dieser Rebellion den Kopf abzuschlagen, wird jetzt besonders von SPD und FDP eine „doppelte Staatsbürgerschaft" ins Spiel gebracht, mit der ausgewählten Türken Gelegenheit gegeben werden soll, ihr „Deutschtum" unter Beweis zu stellen. Natürlich gilt dies nicht für Asylsuchende, die gleich an der Grenze wieder abgeschoben werden. Die SpAD kämpft dagegen seit Jahren für volle Staatsbürgerrechte für *alle* Immigranten, die es geschafft haben, ins Land zu kommen. Dies kann nur im gemeinsamen Klassenkampf der Arbeiter durch den Sturz der kapitalistischen Regierung erkämpft werden.

Wir sagen: Türken, Kurden und andere Immigranten dürfen nicht alleine stehen. Die Spartakist-Arbeiterpartei intervenierte unter den Zehntausenden, die von Solingen bis Berlin auf den Straßen waren, und rief dazu auf, die soziale Macht der organisierten Arbeiterklasse zu mobilisieren, mit ihrem strategischen Anteil von eingewanderten Arbeitern, um das braune Pack von den Straßen zu vertreiben und ihre Mordzentralen auseinanderzujagen. Organisierte Arbeitertrupps aus den kämpferischsten Gewerkschaftern, gemeinsam mit antifaschistischen Jugendlichen, Immigranten, Juden und anderen, müssen *jetzt* den Schutz von Immigrantenwohnungen und -Zentren organisieren und gezielte Aktionen gegen die Faschisten durchführen. Dies muß mit Arbeiteraktionen verbunden werden, um die Abschiebungen zu stoppen.

Die Reformisten dagegen richten sich an den bürgerlichen Staat, um den Nazis Einhalt zu gebieten. Die PDS hat seit Hoyerswerda die Forderung nach mehr Polizei gegen Nazi-Terror aufgestellt, als Teil ihres Programms für einen „demokratischen Rechtsstaat" des Vierten Reichs. Jetzt hängt sich *Neues Deutschland (ND)* an die Drohungen und die Hetze der bürgerlichen Politiker und Zeitungen gegen

die aufständischen Jugendlichen an, die ihre Wut in den Straßen Solingens zum Ausdruck bringen: „Der demokratische Zorn macht sich nicht Luft in brennenden Autoreifen und dem Einwerfen von Fensterscheiben. Er drückt sich darin aus, daß wir auf die strikte Einhaltung der Gesetze pochen" (M), 2. Juni). Die Gesetze, werter Genösse Gysi, dienen der Herrschaft des Kapitals, nicht den Interessen der Immigranten, und das Vierte Reich ist kein „ausländerfreundlicher" Staat.

Ein machtvoller Aufruf zur Arbeitermobilisierungwürde einen enormen Widerhall finden. In den vergangenen Wochen haben Kohl-Regierung und sozialdemokratische „Opposition" gegen die gesamte Bevölkerung den Krieg eröffnet: Neben der Abschaffung des Asylrechts wurde unter dem Titel „Solidarpakt" ein Programm von umfangreichen Streichungen beim Arbeitslosengeld, der Sozialhilfe, im Bildungs-, Wohnungs- und Gesundheitswesen beschlossen. Gleichzeitig plant die CDU/FDP-Regierungskoalition, mit „Karenztagen" die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter und Angestellte, die von der IG Metall 1957 mit einem lowöchigen Streik hart erkämpft wurde, rückgängig zu machen. In Zukunft sollen die Kranken die Versorgung von Pflegebedürftigen finanzieren. Die IG Metall hat bereits Streiks dagegen angedroht.

Und am Tag nach dem rassistischen Asylbeschluß des Bundestags vernichtete das von CDU bis SPD paritätisch besetzte Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe de facto das Recht auf Abtreibung, das die ostdeutschen Frauen nach der alten DDR-Regelung noch besaßen. Auch für die Frauen in Westdeutschland bedeutet dieser Gerichtsbeschluß einen ungeheuren Angriff, der einen „Kompromißbeschluß" aller Parteien (einschließlich der PDS) vom Vorjahr noch wesentlich verschärft. Zwar ist Abtreibung in den ersten drei Monaten „nicht (automatisch) strafbar", aber sie ist jetzt offiziell „rechtswidrig". Neben staatlich kontrollierten Zwangsberatungen „für den Schutz des ungeborenen Lebens" sollen ab sofort Abtreibungen auch innerhalb der ersten drei Monate nicht mehr durch die Krankenkassen bezahlt werden. Also können nur noch Frauen eine ungewollte Schwangerschaft abbrechen, die zahlungskräftig sind, nicht aber arbeitende und arbeitslose Frauen (über 60 Prozent aller Frauen im Osten wurden auf die Straße geworfen). Immigrantinnen, die für die Abtreibung Sozialhilfe beantragen müssen, können dafür abschoben werden. Die Spartakisten kämpfen für kostenlose Abtreibung auf Wunsch, als Teil einer Gesundheitsversorgung von höchster Qualität.

In ganz Osteuropa sind Immigranten und Frauen die ersten Opfer der kapitalistischen Konterrevolution, die von der DDR bis Warschau und Moskau Massenelend, rassistische Pogrome und Nazi-Terror hervorgebracht hat. Aber in ganz Europa haben die Angriffe der Kapitalisten auch hartnäckigen Widerstand der Arbeiter hervorgerufen. Es ist kein Zufall, daß der Bonner Generalangriff gegen die Werktätigen direkt nach dem Ende eines soliden Streiks von fast 40000 Metallern und Stahlarbeitern folgte, die gegen den Lohnraub der Kapitalisten entschlossenen Widerstand leisteten. Angesichts von über 50 Prozent Arbeitslosigkeit im Osten glaubten die Bosse Anfang des Jahres, daß ihre Stunde gekommen sei. Sie zerrissen den Tarifvertrag, der den ostdeutschen Arbeitern ab 1. April eine formale Anhebung der Löhne auf 80 Prozent der Westlöhne zusicherte. Doch Hunderttausende Arbeiter beantworteten diese Provokation und die geplanten Massenentlassungen bei Stahl vom Februar an in Ost und West mit Protestdemonstrationen und Warnstreiks.

Gerade als der zweiwöchige Streik auf alle Bundesländer in der ehemaligen DDR ausgeweitet werden sollte, und als ein wilder Streik bei Mercedes-Benz in Stuttgart die Möglichkeit der Ausweitung auf das wirtschaftliche Machtzentrum der westdeutschen Industrie aufzeigte, blies die SPD-Führung der IG Metall unter Franz Steinkühler ihn plötzlich ab. Der „Kompromiß"abschluß entzündete eine Revolte der Metallarbeiter in Ostberlin und Brandenburg, und



Funkbild: SN/Reuter/Herrmann

„Beileidsbekundung" von Kohl/Rau: Bullenterror und Abschiebungen gegen rebellierende türkische Jugendliche

erst zwei Wochen später waren die Gewerkschaftsspitzen und die Bosse in der Lage, ein leicht „versüßtes" Abkommen durchzurammen — gegen die. Opposition der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder (nur 46 Prozent stimmten dafür).

Viele militante Arbeiter, die über den Streikabbruch empört waren, haben jetzt angewidert das Schauspiel des IG-Metall-Chefs und SPD-Bonzen Steinkühler verfolgt, der seine fetten Posten im Aufsichtsrat bei Daimler-Benz, VW und Thyssen dazu benutzte, um an der Börse mit Insider-Informationen (plus einer Million D-Mark) den Ausverkauf des Streiks zu feiern. Steinkühler ist seither zurückgetreten, aber der Fall dieses führenden Gewerkschaftschefs ist symptomatisch für das ganze sozialdemokratische „Modell Deutschland" der Klassenkollaboration. Heute ist das „deutsche Modell" der „Mitbestimmung" eine Sache der Vergangenheit, mit dem Ende des Kalten Krieges gehen die Kapitalisten in die Offensive. Sie sehen sich nicht länger genötigt, mit dem Angebot eines attraktiven „Sozialstaats" mit den stalinistischen Regierungen im Osten zu konkurrieren. Seit Anfang 1992 haben sie allein im Westen eine halbe Million Arbeiter entlassen, auf allen Ebenen führen sie den Kahlschlag gegen die Sozialleistungen.

Die grauenhaften Bilder von Solingen, die die ganze Welt schockiert haben, sind Teil des allseitigen reaktionären Angriffs des Vierten Reichs. Aber der faschistische Terror, Angriffe auf Frauen, Massenarbeitslosigkeit, Lohnraub und Kürzungen wie auch der Drang, die Bundeswehr von Afrika bis Jugoslawien einzusetzen, kann durch eine geschlossene Mobilisierung der Macht der Arbeiterklasse zurückgeschlagen werden, gegen die Kapitalisten und deren reformistische Handlanger. Notwendig ist der Aufbau einer klassenkämpferischen, internationalistischen Führung, einer leninistisch-trotzkistischen Partei, um den Kampf für ein revolutionäres Arbeiterdeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zu führen. Dazu hat die SpAD sich verpflichtet.«

SPARTAKIST

Nazileri Lağım Çukurlarında Ezelim!

Dördüncü Reich Terörünü Ezmek İçin İşçi/Göçmen Seferberliğine İleri!



Spartakist

Opel Rüsselsheim, 1984'de 35 saatlik çalışma haftası için yapılan grev. Entegre olmuş Göçmen/Alman grev gözcüleri, Nazi terörünü durduramada ve göçmenleri savunmada başı çekebilecek olan *işçi savunma milislerinin* nüvesidirler

Asağıdaki bildiri, lağım faresi Nazilerin Türk asıllı beş kadın ve kız çocuğunu Ruhr bölgesindeki Solingen kentinde kaldıkları yurdu kundaklayarak katledişlerini acilen protesto etmek için, Almanya Spartakist İşçi Partisi'ndeki (SpAD) yoldaşlarımız tarafından 29 Mayıs günü çıkarılmıştır.

Hıristiyan Demokratlar, Hür Demokratlar ve Sosyal Demokratlar'ın iltica hakkını paçavraya çevirmelerinin hemen ardından faşistler bunu, faşist dilindeki anlamıyla tüyler ürpertici eylemlerine geçirip kutlamaya başladılar. Bonn'daki "toplumun ileri gelenleri", geçen yılki Rostok kıyımında ve Mölln'deki kundaklama cinayetlerinde olduğu gibi, faşist kundakcıları bir kez daha teşvik etmişlerdir. O sırada gençler ve sendikalı işçiler arasında bir kızgınlık dalgası esiyordu. Kızgın olmak ve yas tutmak (Otonom slogani) çok doğal ancak, Nazileri durdurmaya yeterli değildir. "Meşaleler zinciri" oluşturmak ise hiç mi hiç yeterli değildir. Mölln cinayetinin ardından fabrikalarda öz savunma üzerine tartışmalar yapılıyordu. Şimdi, terör çetelerini durdurabilecek olan gücü ve herşeyden önce de güçlü bir göçmen katmanı bulunan örgütlü işçi sınıfını harekete geçirmeliyiz.

Bu cinayet çetelerinin üremelerini sağlayan kitlesel işsizlik gibi, Nazi terörü de, SPD'nin önderlik etmiş olduğu kapitalist yeniden birleşmenin bir sonucudur. Önceki Sovyetler Birliği'ndeki ve Doğu Avrupa'daki karşı-devrimler sonucunda işçilere, göçmenlere, kadınlara ve kürtaj hakkına karşı ırkçı terörün dizginleri boşlamıstır. İtalya'da faşistler "gerginlik strateji" lerine yeniden başlamışlardır. Fakat bütün Avrupa'da işçiler mukavemet gösteriyorlar. Geçen yılın Mayıs ayında yapılan kamu işçileri grevi ve daha geçenlerde yapılan doğu Alman çelik ve metal işçileri grevi işçilerin savaşabileceklerini ve de savaşacaklarını göstermiştir. Nazi terörüne bir daha hortlayamayacak şekilde son vermek için işçi sınıfının iktidarı ele alması gerekmektedir.

Hitler'in iktidara gelişinin 60. yıldönümü olan 30 Ocak günü sendikalara ve anti-faşist gençliğe yaptığımız çağrıyla Berlindeki göçmen yurdunu başarıyla savunmamızda olduğu gibi şimdi de, faşistleri lağım çukurlarında, örgütlü olarak iyice ezmek ve Bonn'un iltica konusundaki kararını dönüştürmek için işçileri seferber etmek gerekmektedir. Acizlik ve ümitsizlik içine girmek hiçbir sonuç getirmez. **Faşist cinayet çetelerine karşı iyi-yönlendirilmiş işçi eylemini örgütlemenin zamanı çoktan gelmiş ve geçmektedir.■**

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 105 JULI/AUGUST 1993 50 Pfennig

GSG-9-Todesschwadronen killen Wolfgang Grams

Nieder mit staatlichem Terror gegen Linke und Immigranten!

Am Sonntag, 27. Juni, war Bad Kleinen Schauplatz eines blutigen Großeinsatzes der Herrscher des Vierten Reichs. Über fünfzig Bullen von GSG 9, Grenzschutz und BKA-Einsatzkommandos jagten auf dem öffentlichen Bahnhof der Kleinstadt zwei Linke und ermordeten den bereits am Boden

Freiheit für die RAF!

liegenden RAF-Unterstützer Wolfgang Grams mit einem aufgesetzten Kopfschuß. Seine Genossin und Freundin Birgit Hogefeld wurde festgenommen und ins Gefängnis geworfen. Dieses Verbrechen war ein neuer blutiger Höhepunkt des jahrzehntelangen Vernichtungskriegs der Bourgeoisie und ihrer reformistischen Helfershelfer gegen die RAF.

Seither werden die Medien mit einer konzertierten Aktion von staatlichen Vertuschungen, Lügen und Falschmeldungen überflutet. Mit wüsten Meldungen über die Anzahl der Bullen, Waffen und Geschosse bis zur Version von Grams' „Selbstmord im Taumeln" mit einer zwei Meter entfernt liegenden Waffe spielen sich Polizeieinheiten, Staatsanwaltschaft und Regierung gegenseitig die Bälle zu. Klar ist, daß auf dem Bahnhof eine mord- und schießwütige Truppe im Einsatz war, wo wahrscheinlich sogar der GSG-9-Bulle durch ihre eigenen Kugeln umgekommen ist. Beim Aufschrei in den Medien und beim Austausch von Innenminister, und Generalbundesanwalt geht es nur um den dilettantischen Ablauf ihrer Mord-Aktion, die durch die Aussage einer Augenzeugin an die Öffentlichkeit kam.

Die öffentliche Hinrichtung von Wolfgang Grams im Stil der Nazi-Wehrmacht war keine „Panne", sondern eine *staatlich geplante Aktion, an der zumindest das Innen- und Justizministerium sowie Scharpings Landesregierung direkt*

Fortgesetzt auf Seite 6

Neues Afrikakorps des Vierten Reichs

UN/Imperialisten raus aus Somalia!



Reuter

Ob Blauhelm oder Stahlhelm: Probelauf der Bundeswehr in Somalia

Das Heer des deutschen Reiches macht wieder mobil, „Schritt für Schritt" laut Kriegsminister Ruhe. Erst schickte es Kreuzer in die Adria, natürlich nur als „Beobachter". Danach kam der Balkan dran, diesmal „aus historischen Gründen" aus sicherer Entfernung in 5000 Meter Höhe mit AWACS-Aufklärern — statt mit Panzern wie im Zweiten Weltkrieg, wo die Nazis Hunderttausende Roma, Juden und Slawen abschlachteten. Jetzt wurde das erste Truppen-Kontingent nach Somalia geschickt. Und die deutschen Imperialisten gieren nach einem Sitz in der Völkermordzentrale der UNO.

Tausende Menschen verhungern *jeden Tag* in Somalia. Als abwechselnder Klientenstaat von der UdSSR und den USA konnte es seine formale Unabhängigkeit

Fortgesetzt auf Seite 11

Schulterschluß von PDS und Rep-Nazis in Pankow

Rassistische Volksfront läßt Maske fallen

Antifaschistische Aktionen sind nicht Sache der PDS, das konnte man schon seit Rostock und Mölln sehen. Doch nach den Nazi-Morden in Solingen verhöhnte die PDS-Fraktion in Berlin-Pankow die Opfer der rassistischen Morde auf besonders schmutzige Weise: Sie verabschiedete in der Pankower Bezirksverordnetenversammlung eine *gemeinsame Erklärung mit den Republikaner-Faschisten! (Pankower Spiegel* Nr. 12, Juni).

Einträchtig mit der Partei Schönhubers klagten in Pankow die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD, Grünen und PDS: „Dem Ansehen Deutschlands wurde nach innen und außen ein großer, lang andauernder Schaden zugefügt." Schönhuber ist der Mann, der stolz darauf ist, daß er in Hitlers SS war. Während die PDS mit den Faschisten in Schlips und Kragen gemeinsame Erklärungen herausgibt, zünden faschistische Mörderbanden draußen auf den Straßen täglich die Wohnungen türkischer Familien an. Während Flüchtlinge und Immigranten, sofern sie es überhaupt ins Landesinnere schaffen, von Nazis überfallen und ermordet werden, macht die PDS die Faschisten salonfähig.

Nach den Morden in Solingen sind Tausende Antifaschisten auf die Straße gegangen, um die Nazis zu bekämpfen. Kohl und Rau bedrohten die türkischen und kurdischen Antifaschisten mit Polizeiterror und Ausweisung. Die Spartakisten riefen zu gezielten Arbeiteraktionen auf, um die Nazi-Mordzentralen auseinanderzujagen. Die PDS dagegen will gemeinsam mit den Republikaner-Nazis „darauf dringen, daß der Nährboden für die zunehmende Radikalisierung auch in unserem Bezirk ausgetrocknet wird".

Gegen wen anders als Immigranten und Linke richten sich Aufrufe gegen „zunehmende Radikalisierung"? Jüngstes Beispiel ist die kaltblütige Hinrichtung von Wolfgang Grams durch die Killer der GSG 9. Auf die Rufe der Reformisten nach mehr Polizei antwortet die Bourgeoisie mit der Anfachung von Nazi-Terror und staatlicher Repression gegen Organisationen wie Devrimci Sol bis hin zu Verbotsdrohungen gegen die PKK. Die PDS hat ihre Lektion in bürgerlicher Demokratie schon so gut gelernt, daß sie jetzt versuchen will, gemeinsam mit den Brandstiftern *und Brandlegern* das Feuer zu löschen.

Wer bis jetzt noch meinte, die Existenz der rassistischen

Erklärung der Pankower Bezirksverordnetenversammlung

PANKOWER Spiegel
optimistisch sachlich kritisch
12 / 1993 Juni

Die Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin haben mit großer Erschütterung von dem grausamen Verbrechen in unserem Land, in Solingen, Kenntnis genommen. Uns ...die Opfer, Mitgefühl mit den Angehörigen und ... gegen die Täter.
...tschlands wurde nach innen und außen ein ...ernder Schaden zugefügt. Mit Besorgnis neh..., daß in unserem Land ein Klima der Intoleranz ...len Radikalismus um sich greift. Wir als die ...ten Vertreterinnen und Vertreter der Pankower ...r Entwicklung nicht abfinden.
Wir stehen für Toleranz und Solidarität und mitmenschliche Hilfe für unsere ausländischen Mitbürger.
Wir unterstützen jede Anstrengung für die Integration unserer ausländischen Mitbürger. Darum müssen wir darauf dringen, daß der Nährboden für die zunehmende Radikalisierung auch in unserem Bezirk ausgetrocknet wird.

Helmut Hampel
SPD-Fraktionsvorsitzender

Roland Schröter
PDS-Fraktionsvorsitzender

Heinz Dinter
CDU-Fraktionsvorsitzender

Erdmann Seeliger
Bündnis 90/Grüne-Fraktionsvorsitzender

Bernhard Görgens
Die Republikaner-Fraktionsvorsitzender

Volksfront von CDU, SPD, Grünen bis PDS als Einbildung sektiererischer Hysterie abtun zu können, wurde einmal mehr eines Besseren belehrt. Und jetzt hat es der PDS-Vorsitzende Bisky ganz offen gesagt: Als Mitte Juli eine PDS-Veranstaltung in Torgau von 30 Nazis mit Rufen wie „PDS verrecke" überfallen wurde, antwortete er mit dem Aufruf zur Bildung einer „konzertierten Aktion aller Parteien" gegen Rechtsradikalismus. Die PDS-Führung von Gysi/Bisky hat für die offene Klüngelei in der PDS mit Nazis vor allem dadurch den Boden bereitet, daß sie nach mehr Polizei im „Rechtsstaat" der Bourgeoisie von Auschwitz schreit.

Es liegt eine gewisse Logik darin, daß eine Partei, die ihren „Neubeginn" durch die Kapitulation vor dem Imperialismus markiert hat, indem sie die DDR ausverkaufte, dann auch bald zu direkter Unterstützung des rassistischen Programms des Kapitals übergeht. Auf ihrer Suche nach Akzeptanz im Vierten Reich hat sich die PDS nicht auf den Ruf nach mehr Bullen beschränkt. Sie beteiligte sich an der rassistischen Hetze gegen eingewanderte Hütchenspieler und zeigte „Verständnis" für die Beifallklatscher des Pogroms in Rostock; auf Gysis öffentlichen Fernsehauftritt mit SS-Schönhuber folgte Ostrowskis heimliche Kungelei mit Nazi-Mayer, die jetzt im nachhinein von der Landesschiedskommission der PDS Sachsen abgesegnet wurde. Und am letzten PDS-Parteitag stimmten die Delegierten mehrheitlich dafür, ein Banner abzuhängen, das zu militantem Widerstand gegen Nazis aufrief.

Für die PDS-Wendehälse liegen Welten hinter ihrer Mobilisierung für die antifaschistische Massendemonstration in Treptow im Januar 1990, die von den Spartakisten initiiert wurde und an der sich 250000 Antifaschisten, davon viele SED-PDSler, beteiligten. Wer sich dem Kapitalismus in die Arme wirft, muß notwendigerweise die Existenz von Faschisten in Kauf nehmen — oder sogar, wie in Pankow, als friedliebend verkaufen! Faschisten sind Mörderbanden, und Völkermord ist kein „Diskussionsthema"! Wir Spartakisten wollen die Macht der Arbeiter/Immigranten und die antifaschistischen Jugendlichen mobilisieren, um die Faschisten zu zerschlagen. Wobei wir klipp und klar sagen, daß die Arbeiterklasse das Problem des Faschismus endgültig erst mit dem Problem des Kapitalismus lösen wird.«

SPARTAKIST

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Back (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Uwe Asanov

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg. Fax (040)3301 54
Postfach 51 0655, 13366 Berlin, Fax (030)491 1479
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 491 4548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 105 **Juli/August 1993**

Rassistischer Krieg von Mitterrand-Balladur in Frankreich

Eisenbahner: Stoppt die Deportationszüge!

Am 18. Juni hatte das Parlament in Frankreich ein Gesetz zur „Immigranten-Kontrolle" verfaßt. Teil dieser rassistischen Kompanie, die zeitgleich zur Abschaffung des Asylrechts in Deutschland beschlossen wurde, sind Abschiebungen per Zug. So sind 22 Züge im Juli, 22 im August und 20 Züge im September geplant. Unsere Genossen der Ligue trotskyste de France (LTF) kämpfen für entschlossene Aktionen der Arbeiterklasse, die die Deportationszüge stoppen. Am 12. Juli protestierten fast 400 Personen auf einer Kundgebung vor dem Pariser Bahnhof Gare de Lyon, von dem aus ab sofort Züge mit abgeschobenen Immigranten Richtung Lyon und Marseiile rollen sollen. An dem Protest beteiligten sich Arbeiter der Gewerkschaften CGTund CFDT, verschiedene Organisationen von Immigranten und Antifaschisten. Die Gruppe ACT-UP machte mit Plakaten auf die Hetzkampagne gegen AIDS-Kranke aufmerksam. Die LTF beteiligte sich mit einem Kontingent, und unsere Plakate und Losungen wurden von vielen, wie von der türkischen Gruppe ACTIT, begeistert aufgenommen. Dies kann ein Auftakt sein für wirkliche Arbeiteraktionen, diese Züge zu stoppen! Nachstehend drucken wir Auszüge aus dem Aufruf der LTF vom 11. Juli ab.



Le Bolchevik

Paris: Block der Ligue trotskyste de France bei Demo am 10. Mai gegen rassistischen Code de la nationalité

Direkt aus dem Programm der Faschisten gegen die Immigranten schöpfend, intensivieren Regierungschef und Innenminister Balladur und Pasqua Tag für Tag die Dreckarbeit gegen Arbeiter und Immigranten, die seit zwölf Jahren von den Mitterrand-Regierungen durchgeführt wird. Im Rahmen des rassistischen Kriegs benutzt Pasqua Waggons der staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCF, um abgeschobene Immigranten Richtung Marseiile zu transportieren. Diese Maßnahme provoziert die Wut der Eisenbahner. Die Eisenbahner müssen diese Deportationszüge stoppen!

Der Eisenbahner-Gewerkschaftsverband der CGT erklärt in einem Brief vom 28. Juni an die Geschäftsleitung der SNCF: *‚In anderen Perioden unserer Geschichte sind Menschen, die als unerwünscht erklärt wurden, mit Gewalt durch Züge transportiert worden: diese Erinnerungen sind schmerzhaft."* Sie rufen zu Recht die Züge in Erinnerung, die unter Vichy Juden und Widerstandskämpfer in die Todeslager deportierten. Dies ist derselbe bürgerliche Staat: von den Massenverhaftungen des Vel d'Hiv gegen die Juden 1942 [Sammelpunkt für die Todestransporte] bis zum jetzigen rassistischen Krieg — dazwischen die dreckigen Kolonialkriege und die Ermordung der Algerier im Oktober 1961 in Paris. Nieder mit dem Nationalitätengesetz „Code de la nationalité"! Nieder mit den rassistischen Gesetzen von Mitterrand-Pasqua! All diejenigen, die es geschafft haben, in dieses Land zu gelangen, müssen das Recht haben, hier zu bleiben! Nieder mit der Jagd auf „Illegale"! Nieder mit allen rassistischen Diskriminierungen! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und ihre Famiü'en! Für Verteidigungsgruppen von Arbeitern/Immigranten, basierend auf den Fabriken, um die Immigranten-Viertel zu verteidigen!

In Marseiile will Pasqua die Schiffe einsetzen. Die Seeleute, die Hafenarbeiter und ihre Organisationen müssen sich mit den Eisenbahnern abstimmen, damit die Schiffe mit den Abgeschobenen am Kai bleiben! Die individuelle Aktion von zivilen Piloten, die ablehnten, Abgeschobene an Bord zu nehmen, ermöglichte es, daß 44 477 von 53 115 vorgesehenen Abschiebungen nicht stattfinden konnten. Die Piloten und das gesamte Luftfahrtpersonal müssen sich dem Kampf anschließen, um alle Abschiebungen zu verhindern.

Während des Golfkriegs, wo die Imperialisten mehr als 150 000 Iraker niedergemetzelt haben, hatten die Eisenbahner von Chambéry vorübergehend einen Militärzug blokkiert, der für diesen Massenmord bestimmt war. Ebenso hatten sich die Hafenarbeiter von Fos-sur-Mer geweigert, Militärcontainer für diesen gleichen Krieg zu verladen. Die Aktion der Arbeiter hat die soziale Macht, die Maschinerie der Bourgeoisie zu blockieren! Erinnern wir uns, daß der Streik der Eisenbahner 1987 die Chirac-Regierunggestürzt hat.

Mit den Siegen der kapitalistischen Konterrevolution im Osten, die auf den Zusammenbruch des Stalinismus folgten, sind die interimperialistischen Rivalitäten verschärft worden und die verschiedenen Bourgeoisien stürzen sich ermutigt in die Offensive gegen die Werktätigen. Und gerade auf die Immigranten konzentrieren sie ihr Feuer.

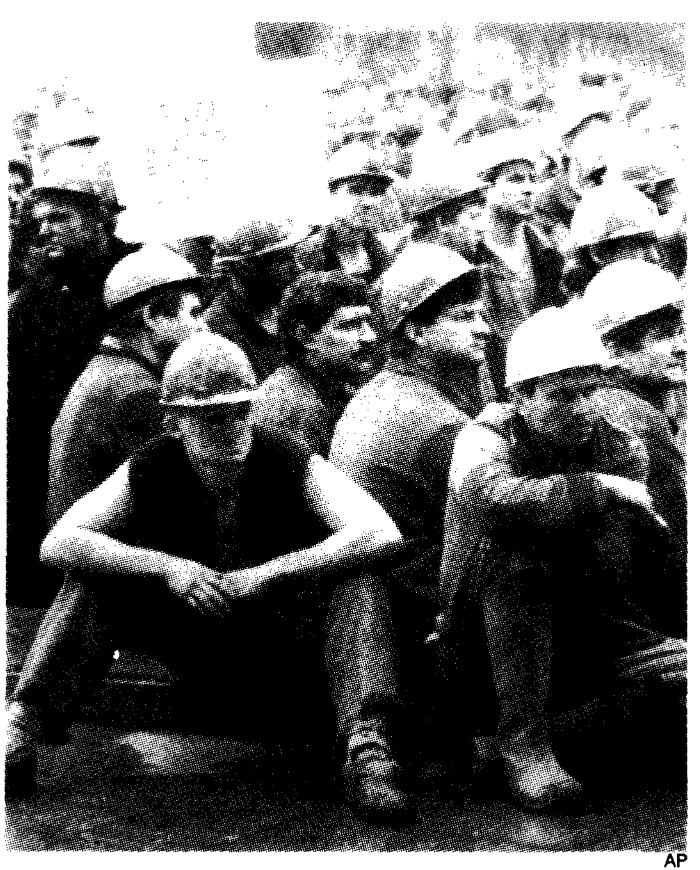
Eine Aktion der Eisenbahner, die die Züge mit der Unterstützung der „französischen" und immigrierten Arbeiter blockieren, würde eine hervorragende Ermutigung sein für die Jugendlichen, die Arbeiter und die Immigranten, die in diesem Land wie in ganz Europa ein Mittel suchen, mit den Angriffen und anderen Kampagnen des rassistischen Terrors Schluß zu machen, mit denen sie konfrontiert sind.

Über diese Mobilisierungen gegen den rassistischen/ faschistischen Terror und gegen die antiproletarische Offensive der Bourgeoisie müssen die Arbeiter sich eine Führung schaffen, die mit einem revolutionären Programm bewaffnet ist und sie zum Sieg führt. Für den Aufbau einer solchen revolutionären Partei, die für die Errichtung einer Arbeiterregierung kämpft, steht die Ligue trotskyste. *Es muß Schluß gemacht werden mit diesen Deportationszügen! Arbeiteraktionen, um die Abschiebungen zu stoppen!»*

Fegt die kapitalistischen Regime von Krawtschuk/Jelzin weg!

Massenstreik der Bergarbeiter erschüttert die Ukraine

Nach einem Streik, der fast zwei Wochen dauerte und die bloße Existenz der kapitalistischen Regierung der Ukraine von Präsident Krawtschuk und Ministerpräsident Leonid Krutschma bedrohte, haben die Bergarbeiter und anderen Arbeiter im großen und ganzen die Arbeit wieder aufgenommen. Als der Streik sich von dem Kohle fördernden



AP

Erbitterter Streik der Bergarbeiter gegen Krawtschuk

Donezk-Becken (Donbass) in der östlichen Ukraine auszubreiten begann, stimmte das ukrainische Parlament am 17. Juni mit überwiegender Mehrheit dafür, die Forderung der Bergarbeiter nach einem Referendum über die Regierung, das im September stattfinden soll, zu akzeptieren. Krawtschuk hatte bereits den entscheidenden wirtschaftlichen Forderungen der Streikenden nachgegeben, darunter einer Lohnerhöhung, die an die galoppierende Inflationsrate der Ukraine gekoppelt ist. Doch nachdem der Streik vorbei war, sagte Krutschma, die Regierung habe nicht das Geld, um die Lohnforderungen zu bezahlen.

Dieser machtvolle Streik demonstrierte die Fähigkeit der Arbeiterklasse, die anfälligen nationalistisch-kapitalistischen Regime, die auf dem Leichnam des degenerierten sowjetischen Arbeiterstaats errichtet wurden, hinwegzufegen. Aber die Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft (NPG) nutzte die Militanz der Streikenden für ihre eigenen Zwecke aus und propagierte eine regionale Selbstverwaltung im Interesse der Möchtegern-Bergwerkseigentümer.

Nachstehend drucken wir Auszüge des Artikels „Massenstreiks der Bergarbeiter erschüttern die Ukraine" aus *Workers Vanguard* Nr. 578, 18. Juni, ab.

Seit Streikbeginn hat es im Zentrum von Donezk jeden Tag rund um die Uhr Demonstrationen von Tausenden Bergarbeitern und anderen Streikenden gegeben. Am 11. Juni wurde hier ein Koordinationskomitee aus Vertretern von 73 bestreikten Betrieben gegründet, und es verlangte sofort von der Stadtverwaltung Busse, die Delegationen transportieren sollten, um angesichts der Medienblockade Streiknachrichten zu verbreiten. Der Streik hat sich jetzt auf die westliche Ukraine ausgeweitet, einschließlich Lwow und Wolynien nahe der polnischen Grenze.

Dies ist die erste größere Herausforderung der entstehenden kapitalistischen Staaten durch das Proletariat. Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) haben das russischsprachige *Bjulleten Spartakowzew* verteilt. So wurden über 2400 Exemplare von Spartacist-Literatur allein bei der Kundgebung von 50 000 Bergarbeitern und anderen Arbeitern in Donezk am 14. Juni verkauft, darunter der Artikel „Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde", der hervorhebt, daß Stalin und seine Erben mit ihrer verlogenen Theorie vom „Sozialismus in einem Land" die UdSSR in die Katastrophe führten. Diese bürokratischen Usurpatoren, die das sowjetische Proletariat atomisierten und demoralisierten, verrieten weltweit die entscheidenden Gelegenheiten zu proletarischen Revolutionen, die die Macht des Weltimperialismus gebrochen und die Grundlage für die Entwicklung einer internationalen sozialistischen Gesellschaft gelegt hätten.

Bei Diskussionen mit Bergarbeitern haben wir die Notwendigkeit betont, wirkliche Arbeiterräte (Sowjets) zu bilden, die auf gewählten Vertretern der streikenden Betriebe beruhen und auch andere Schichten der Bevölkerung wie Studenten, Rentner und Soldaten einbeziehen. Genossen der IKL sind auch dafür eingetreten, Delegationen in die Kohlenreviere und Industriezentren Rußlands und der anderen Republiken zu senden, um den Streik über die Ukraine hinaus auszuweiten. Dies würde direkt die Möglichkeit ergeben, Krawtschuk, Jelzin und alle neuen Ausbeuter durch Klassenkampf hinwegzufegen. *Eine siegreiche Arbeiterrevolution muß eine wirklich egalitäre, freiwillige Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken schmieden, die auf Sowjetdemokratie beruht und sich von proletarischem Internationalismus leiten läßt!*

„Nationalismus darf nicht durchkommen!"

Die wirtschaftliche Lage ist in der Ukraine sogar noch katastrophaler als in Jelzins Rußland. Nachdem die Ukraine 18 Monate nach ihrer Unabhängigkeitserklärung den russischen Rubel abgeschafft hatte, hat sie noch immer keine wirkliche Währung, nur eine „Coupon"-Ersatzwährung wurde eingeführt. Der Zusammenbruch des industriellen Versorgungsnetzes nach dem Zerfall der Sowjetunion und

Fortgesetzt auf Seite 22

Für die Herrschaft von Arbeiterräten!

Junge Spartakisten

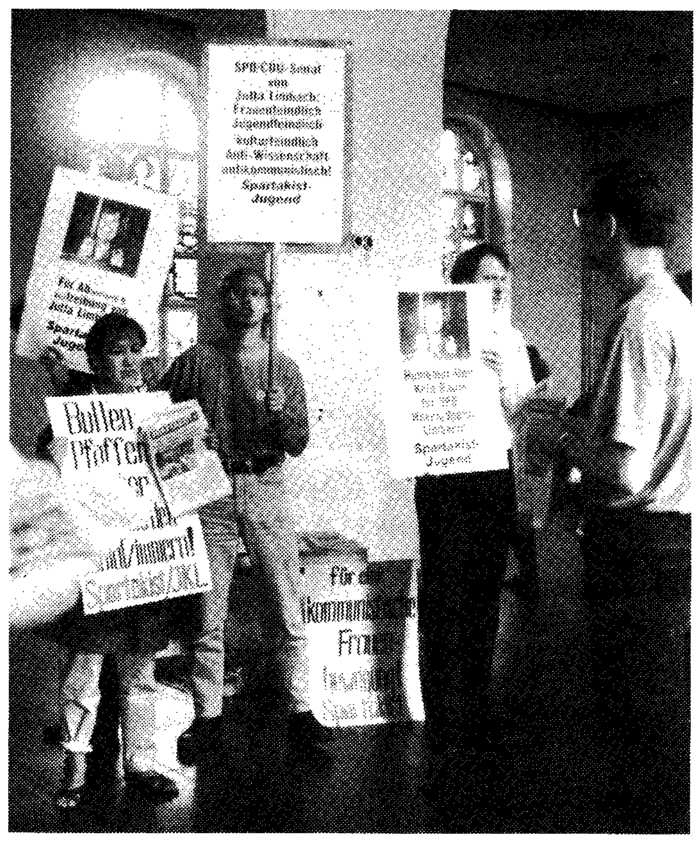
Humboldt-Uni: „Kein Platz für SPD-Hexenjägerin Jutta Limbach!"

Rund 200 Studenten strömten am 30. Juni zu einer Podiumsdiskussion zum Thema'des Schandparagraphen 218, die von der uStA, wo auch Mitglieder der PDS-getreuen HDS mitwirken, organisiert worden war. Und dazu eingeladen war ausgerechnet ... Jutta Limbach!

Das mußte verhindert werden! Jutta Limbach war und ist an der Spitze derjenigen, die die antikommunistische Hexenjagd an diese Uni getragen haben, die Heinrich Fink gefeuert und ganze Fachbereiche abgewickelt haben. Limbach hat Erich Honecker wütend verfolgt und hält jetzt Mielke mit einer Nazi-Anklage im Knast fest. Die Bourgeoisie von Auschwitz hat kein Recht, Repräsentanten eines Arbeiterstaats zu verfolgen! Mit Plakaten und Parolen wie „Weg mit 218/219, Weg mit Limbach", „Humboldt-Uni - Kein Platz für SPD-Hexenjägerin Limbach" und „Schluß mit der antikommunistischen Hexenjagd, Freiheit für Mielke, Keßler, Neiber" protestierten wir vor dem Eingang zum Audimax.

Die Einladung der SPD-Hexenjägerin und Staatsanwältin für einen „verbesserten" §218 war ein Schlag ins Gesicht jeder Studentin, jedes Studenten und aller Mitarbeiter an dieser Uni. Wollte die uStA mit dieser empörenden Einladung an Limbach beweisen, wie diensteifrig sie an der „Selbstsäuberung von der Stasi" teilnehmen will? Oder wozu diente diese Verbeugung vor der SPD. Ist es denn ein Zufall, daß die SPD die eifrigste Hexenjägerin ist, mit der die Arbeiter, die Frauen und antifaschistischen Jugendlichen eingeschüchtert werden sollen? Diejenigen, die so sehr um „Recht" und vor allem um Ordnung bemüht sind, sind die gleichen, die die Angriffe des Staates auf Frauen und Immigranten führen und die Uni von allen Überbleibseln der DDR, vor allem von Arbeiterkindern, frei machen wollen. Ein Plakat der Spartakist-Jugend lautete: „Will Limbach nach Honecker-Flop Zelle für Frauen, die abtreiben?"

Worum ging es denn bei dieser von der uStA organisierten Diskussion zum §218? Den Jugendlichen geht es doch darum, wie wir diesen Schandparagraphen zurückschlagen können! Er richtet sich vor allem gegen die jetzt arbeitslosen Frauen aus der DDR und Immigrantinnen, die kein



Spartakist

Geld für Abtreibungen haben. Die parlamentarischen „Kompromisse" von SPD und PDS haben nichts anderes gebracht, als die Frauen zu beruhigen und von der Straße wegzuhalten. Damit haben sie den Weg geebnet für Karlsruhe.

Zu ihrem Glück wußte Limbach von selbst, daß sie sich an der Humboldt-Uni besser nicht blicken läßt. Ob sie nun wegen unseres Protestes nicht erschienen ist, jedenfalls wissen sie und ihresgleichen jetzt, daß antikommunistische Hexenjäger und Frauenfeinde hier ein „heißes Willkommen" erwarten können.

Nach Nazi-Brandanschlag auf Info-Café und Kinosaal:

Antifa-Protest der Spartakisten trotzt AL-Präsidentin

Nach dem Mordbrand in Solingen haben Faschisten mit Brandanschlägen an der Humboldt-Uni in Berlin begonnen und das Info-Café und den Kinosaal der Hochschule niedergebrannt. Die Spartakisten organisierten am 6. Juli eine Protestkundgebung und riefen zu einer Einheitsfront der organisierten Uni-Arbeiter und aller antifaschistischen Gruppen und Studenten auf, um das blutige Gewerbe der Nazis zu stoppen. Das SpAD-Flugblatt stellte fest: „Gemeinsam mit OTV und GEW haben wir die Kraft, eingewanderte Studenten, linke Treffpunkte und Veranstaltungen zu verteidigen! Es ist notwendig, die soziale Macht der Arbeiterbewegung zu mobilisieren, um die *Mordzentralen der Nazis durch gezielte Arbeiteraktionen auseinanderzujagen!"*

Als wir die unabhängige Studenten-Aktion (uStA) zu gemeinsamen Aktionen und zur Teilnahme an dem Antifa-Protest aufforderten, lehnte diese ab. Als ob Rostock, Mölln und Solingen nie passiert wären, organisierte die uStA eine Ausstellung von Nazi-Losungen aus Uni-Toiletten, um diese bei Kaffee und Kuchen zu „entlarven". Doch wie wir im Flugblatt schrieben: „Faschistischer Terror heißt Mord. Lichterketten und Kaffeekränzchen zur ‚Aufklärung' der Studenten ... werden die Nazis nicht stoppen."

Am 6. Juli wurde dann selbst dieses Kaffeekränzchen von der AL-Unipräsidentin Marlis Dürkop verboten und auf die Straße vertrieben. Dürkop hat ihren Posten als direkte Gewinnlerin der Stasi-Hexenjagd gegen den früheren Unipräsidenten Heinrich Fink ergattert. Die SpAD protestierte lautstark: „Verteidigt die reformistische uStA gegen die Grüne-Hexenjäger-Präsidentin!" Die uStA-Aktivisten verzogen sich folgsam vor den Uni-Eingang und sammelten sich um ihr „anklägerisches" Schild: „Dürkop steckt den Kopf in den Sand". Die Spartakisten schlugen inzwischen gemeinsam mit Jugendlichen Dürkops Versuch zurück, auch noch den SpAD-Protest zu verbieten. In Sprechchören riefen wir: „ÖTV, GEW, Immigranten und Studenten: Zerschlagt die braune Nazi-Pest!" Die Spartakist-Jugend kämpft dafür, die Studenten und Jugendlichen zum Programm der sozialistischen Revolution zu gewinnen, um die Nazi-Pest ein für alle Mal zu beseitigen.«



dpa

GSG 9 und Stammheim: Schöpfung der SPD. SPD-Altkanzler Schmidt und Kohl belohnen GSG-9-Killertruppe mit Bundesverdienstkreuz

RAF...

Fortsetzung von Seite 1

beteiligt waren. Es sollte die zweite „Heldentat" der GSG 9 nach Mogadischu werden. Diese von der SPD aufgebaute „Elite"-Mordeinheit, die die berüchtigten Todesschwadronen in der Türkei und in Lateinamerika trainiert, sollte jetzt demonstrativ den offenen Staatsterror zu Hause vorführen („Wir trainieren nahezu täglich den gezielten Todesschuß" — *Bild am Sonntag,* 21. August 1988). Inzwischen gab es Berichte über eine Belohnung des V-Manns „Klaus" durch 100000 DM Kopfprämie, und Bundeskanzler Kohl kündigte einen Besuch zur Belobigung der GSG 9 an.

Wir fordern: Weg mit den „Antiterroristen"-Gesetzen und dem Mordparagraphen 129a — Weg mit GSG 9 und den anderen Mord-Einsatzkommandos!

Bad Kleinen war eine gezielte Lehre, die der kapitalistische Staat den Linken, Antifaschisten und allen erteilen will, die an Widerstand denken. Wolfgang Grams wurde keine einzige Tat vorgeworfen, allein die „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung", und dies reicht der Bourgeoisie als Freibrief zum Töten. Nach seiner Hinrichtung setzte eine Verfolgungsjagd auf Linke und Immigranten ein, in Dortmund, Frankfurt und Wiesbaden wurden wahllos Wohnungen aufgebrochen und Leute verhaftet. Vom Bullenterror gegen Jugendliche in Connewitz bis zur Hetze auf türkische und kurdische Jugendliche in Solingen und zur Ermordung eines Rumänen auf dem Magdeburger Polizeirevier soll die Bevölkerung mit Polizeiterror, rassistischer Hetze und antikommunistischer Hexenjagd eingeschüchtert werden.

Und es war auch die blutige Antwort auf die Forderung von Liberalen und Reformisten wie der PDS, die an den „Rechtsstaat" appellieren, die Nazis zu bekämpfen. Mit ihrem Ruf nach mehr Polizei (wie auch der Hetze gegen Hütchenspieler, Stichwort „Ausländerkriminalität") wird die PDS beim neuen Innenminister Kanther, Mitglied der „Stahlhelm-Fraktion" der CDU, noch mehr Gehör finden. Nach Seiters, unter dessen Aufsicht im letzten August der Rostocker Pogrompakt zwischen Nazis und Polizei geschlossen wurde, will Kanther jetzt eine Politik, „zu der die Republikaner ja sagen können" *(Spiegel,* 12. Juli).

Nach der Zerstörung des Asylrechts und den Nazi-Morden in Mölln und Solingen, die von der Bonner Allparteienkoalition angeheizt wurden, wird der „starke Staat" gerufen, der die geplanten massiven sozialen und ökonomischen Angriffe durchpeitschen soll. Doch dazu müßten sie erst den Widerstand der Arbeiter brechen. Beim kürzlichen Stahl- und Metallerstreik haben die ostdeutschen Arbeiter, trotz des Kahlschlags der Kapitalisten in der Ex-DDR, machtvoll ihre Kampfbereitschaft gezeigt. Und der ÖTV-Streik im Mai letzten Jahres hat Kohl eine direkte Ohrfeige verpaßt.

Jetzt tobt die SPD über die „Hilflosigkeit" des Killer-Kommandos und fürchtet um das „Ansehen" des Staatsapparats, während das Hausblatt des Ex-Bundeskanzlers Helmut Schmidt, *Die Zeit,* schreit: „Zehn Tage Innere Unsicherheit". Die SPD fordert eine stärkere Verzahnung der einzelnen Bullenabteilungen, damit die Vertuschung in Zukunft koordinierter verläuft. Und die SPD weiß, wovon sie spricht: Unter ihrer Regierung wurden Stammheim gebaut, Isolationshaft und Kronzeugen-Regelung eingeführt, die Killertruppe GSG 9 geschaffen und Sondergesetze einschließlich Todesschuß verabschiedet. Unter der Regie der SPD startete der Vernichtungsfeldzug gegen die RAF: mehrmals lebenslänglich für diejenigen, die gefaßt wurden; polizeiliche Todesschüsse, durch die elf RAF-Unterstützer ermordet wurden; Ulrike Meinhof sowie Baader, Ensslin und Raspe starben durch mysteriösen „Selbstmord" in ihren Gefängniszellen.

Die jetzige Verfolgungsjagd gegen die angebliche „dritte Generation" der RAF richtet sich gegen das sogenannte Sympathisanten-Umfeld, in das Staatsanwälte und Bullen jeden einsortieren, der gegen diesen Staatsterror protestiert. Mit der Hetze über eine „RAF-Stasi-Connection" wurde zeitgleich mit den antikommunistischen Hexenjagd-Prozessen eine neue Welle von „Terroristenprozessen" ins Rollen gebracht — so sieht Kinkels „Verständigung" in

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Kostenlose, qualifizierte Kinderversorgung für alle!

Halle: Verteidigt die Kitas!

Gegen den massiven Protest von Eltern, Kindern und Gewerkschaftern beschlossen am 7. Juni die Stadtverordneten von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90 in Halle die Zerstörung von 80 Kindergärten, -krippen und -tagesstätten sowie 914 Arbeitsplätzen. SPD-Sozialstadtrat Guido Till, der das Kahlschlagkonzept durchrammte, meint, nach dieser „notwendigen Schließung" gäbe es eine „lOOprozentige Bedarfsdeckung' '.

Ja? Die zynischen Politiker des Kapitals sagen: Arbeitslose brauchen keine Kitas. Die Frauenarbeitslosigkeit in der Ex-DDR ist seit dem kapitalistischen Anschluß explodiert — von Null auf zwei Drittel der Arbeitslosen. Im deformierten Arbeiterstaat DDR bestand die doppelte Belastung durch Beruf und Hausarbeit zwar weiter. Doch auf dem vergesellschafteten Eigentum wurde ein System sozialer Einrichtungen aufgebaut, von der Krippe bis zum Babyjahr: Frauen konnten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und hatten weitgehende ökonomische Unabhängigkeit.

Die PDS, genau wie ihr Mentor SPD, hat jeden ernsthaften Widerstand auf das parlamentarische bzw. „verfassungsrechtliche" Abstellgleis gelenkt. Ein schlechter Witz. Die Schwatzbude im Bonner Wasserwerk hat den § 218 verkauft mit dem faulen Versprechen von Kindertagesplätzen für alle (sofort danach als „unbezahlbar" begraben) — und im Osten wurden Millionen davon *zerstört.* Die alten Männer in Karlsruhe erklärten im letzten Monat die Abtreibung für „rechtswidrig" und schränkten die Kassenfinanzierung dieser einfachen medizinischen Maßnahme drastisch ein.

Die Spartakisten erklären: *Keine* Kindereinrichtung soll geschlossen werden! *Keine* Entlassungen! Wir fordern qualifizierte Einrichtungen zur Versorgung für alle Kinder rund um die Uhr, kontrolliert von den Eltern und dem Personal, finanziert vom Staat. Im Gegensatz zur DDR sind historisch im kapitalistischen Westdeutschland weniger als die Hälfte der Frauen berufstätig gewesen, und nur etwa/««/ Prozent der Kinder dort haben einen Kita-Platz. Die Arbeiterbewegung muß dafür kämpfen und die Rechte der Frauen verteidigen! Der Kampf um Arbeitsplätze, Kinderversorgung und Abtreibungsrechte und gegen den tödlichen Abbau der medizinischen Versorgung der arbeitenden Bevölkerung ist *ein* Kampf, die Sache *aller* Werktätigen — in West und Ost!



Spartakist

Halle, 7. Juni: Protestdemo gegen Kita-Schließungen

Arbeiteraktionen können den Beschluß der Stadtverordneten in Halle zerreißen, wenn dieser Kampf an der Macht der Arbeiterbewegung im Westen anknüpft. So könnte er Teil der Mobilisierung der Arbeiter gegen Karenztage, den Abbau des Gesundheitswesens, Massenentlassungen und Nazi-Terror werden. Der Streik der Metaller im Osten gegen den Bruch des Tarifvertrags wurde von den Bürokraten ausverkauft, *als der Funke auf die Arbeiter im Westen übergesprungen war.* Wir müssen einen harten politischen Kampf führen, um die sozialdemokratischen Verräter des DGB rauszuschmeißen — die Gewerkschaften gehören den Arbeitern! Wenn wir die Zukunft unserer Kinder sichern wollen, brauchen wir eine revolutionäre Führung, die alle Unterdrückten in Ost und West, Deutsche, Immigranten, Männer und Frauen, im Kampf gegen das Kapital vereinigt.«

Wirklichkeit aus. Diese Prozesse sind so monströs, daß die IG-Medien-Jugend jetzt Beobachter zum Prozeß gegen Ingrid Jacobsmeier entsandt hat, der ausschließlich auf Kronzeugen-Aussagen beruht. Gleichzeitig ist es abstoßend, wie fast die gesamte Linke die Forderung nach Freilassung der RAF fallengelassen hat. Die PDS fordert sogar, daß die Bourgeoisie ihren Terror gegen die RAF auch gegen rechts einsetzen soll. Die Spartakist-Arbeiterpartei, und vorher die Trotzkistische Liga, hat dagegen immer die RAF gegen die Repression des bürgerlichen Staats verteidigt. Spartakisten beteiligten sich am 10. Juli an der nationalen Protestdemonstration in Wiesbaden und forderten: „Freiheit für alle RAF-, alle linken und alle Antifa-Gefangenen!", „Bourgeoisie von Auschwitz: Hände weg von Markus Wolf!" und „Arbeiter/Immigranten: Zerschlagt die Nazi-Mörderbanden des Vierten Reichs!"

Die letzte spektakuläre Aktion, für die die RAF Verantwortung übernahm, war Ende März die Sprengung eines riesigen Gefängnis-Neubaus in Weiterstadt. Besonders in einer Situation, wo die Krankenhäuser der Ex-DDR zu Knasten umgebaut werden, traf dies durchaus auf Sympathie in der Bevölkerung. Davor wurden der RAF unter anderem die Anschläge auf Alfred Herrhausen (Deutsche Bank) und auf den verhaßten Treuhand-Chef Detlev Rohwedder zugeschrieben. Es ist in den Augen der Arbeiterklasse kein Verbrechen, Symbole und Vertreter des verbrecherischen Imperialismus anzugreifen! Als Marxisten lehnen wir die kleinbürgerliche Strategie des individuellen Terrors als Abkürzung gegenüber der notwendigen Aufgabe ab, die Arbeiterklasse zu mobilisieren und eine revolutionäre Partei aufzubauen. Doch die Verbrecher sind die Imperialisten, die Millionen Werktätige ins Elend stürzen, die die Roma und andere Flüchtlinge abschieben und Nazi-Brandanschläge auf Immigranten anheizen.

Der staatliche Terror richtet sich letztlich direkt gegen die Arbeiterbewegung. Nur die Mobilisierung der Arbeiterklasse, im gemeinsamen Kampf mit allen Unterdrückten, wird sowohl den Nazi-Terror stoppen als auch dem Klassenterror der Bourgeoisie durch die sozialistische Revolution ein Ende setzen! Die proletarische Justiz einer Arbeiterregierung wird Wolfgang Grams und alle Opfer des reaktionären Terrors rächen!

Wir gedenken unserer Genossin Elke

Am 19. Mai starb unsere Genossin Elke Pirdszun in Duisburg im Alter von 36 Jahren an Krebs. Am 12. Juni haben wir einen Kranz für sie an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde niedergelegt und anschließend eine Gedenkveranstaltung abgehalten. Diese Veranstaltung war ein sehr schmerzhafter Anlaß, aber eine Erfahrung, die unserer Organisation vertieftes Verständnis und Reife gebracht hat. Im Nachruf im Spartakist *Nr. 104 (Juni 1993) haben wir eine erste Bilanz von Elkes Leben gezogen. Ihr Tod bedeutet einen großen Verlust für unsere Internationale. Elke war Internationalistin und Kommunistin bis zuletzt.*

Elkes Freund Arno hat zusammen mit anderen Duisburger Freunden an der Gedenkveranstaltung in Berlin teilgenommen. Er bedankte sich bei den Genossen, die Elke bis zum Schluß betreut haben. Amo hob her\>or, wie wichtig es für sie gewesen ist, als ihr die Ehrenmitgliedschaft in der SpAD angeboten wurde. Er hat in dieser schweren Zeit auch von seinen Freunden und Arbeitskollegen sehr viel Unterstützung erfahren.

Nachfolgend drucken wir in leicht redigierter Form Auszüge aus Beiträgen auf der Gedenkveranstaltung ab.


Spartakist

Frühjahr 1981: Elke verkauft ***Spartacist***

* * * * *

Marianne: Arno hat uns gesagt, Elke hatte drei Teile ihres Lebens: Es gab die Partei, „ihr Lebenswerk"; es gab Elkes Leben mit Arno; und es gab ihre engen, langjährigen Freunde und ihre Familie. Diese drei Seiten von Elkes Leben waren voneinander getrennt. Das war teilweise Elke, denn das war teilweise, wie sie sich selbst schützte. Aber wie viel davon waren wir? Während der Woche, die David und ich dort verbrachten, haben wir viel mit ihren Freunden, mit Arno und mit ihrer Familie geredet, und wir haben viel von ihnen gelernt; wir haben jetzt eine tiefe Bindung an einen ganzen Kreis von Menschen geschaffen. Auf eine Weise haben wir Elke wirklich erst durch ihren Tod wirklich kennengelernt, begonnen zu verstehen, wie diese drei Seiten zusammenhingen. Und das ist eine Lehre für uns alle, die Zeit zu nehmen, den ganzen Menschen kennenzulernen. Jetzt sind wir ins Ruhrgebiet gegangen, wo solche Loyalität und solche Bindungen unter Arbeiterfamilien sehr wichtig sind.

Dabei denke ich an den Spruch: „Sag mir, wer deine Freunde sind, und ich sage dir, wer du bist." Wie jemand in Duisburg sagte: „Elke war *nur* menschlich." Für eine wirklich humane Gesellschaft hat sie gekämpft, und nur solche Menschen konnte sie um sich leiden. Es war für uns sehr wichtig zu sehen, daß sie bis zuletzt solche Menschen um sich hatte, die ihr jede Unterstützung, all ihre Liebe, unzählige Stunden hergaben, damit sie jeden Tag richtig leben konnte.

Elke hat wegen der Medikamente viel geschlafen, als wir da waren. Aber von Zeit zu Zeit konnten wir mit ihr kurz reden. Die Genossen waren gerade an dem Dienstag in Düsseldorf gewesen, wo wir vor dem Oberlandesgericht Markus Wolf verteidigten. Es hatte gerade die Proteste in Neuengamme gegeben, gegen die Massenabschiebung der Roma und Sinti. Und Renate war auch gerade von ihrer Reise durch unsere europäischen Sektionen zurückgekommen, wo sie eine ganze Reihe Veranstaltungen gemacht hatte. Wir haben Elke darüber einen kurzen Bericht geben können. Genau so eine Partei mochte sie — sie schwimmt gegen den Strom, sie fordert diese aufgeblähte Bourgeoisie von Auschwitz direkt heraus, und sie arbeitet hart, eine neue Generation von jungen Kämpfern zu gewinnen. Für Elke ging es wirklich um Menschenliebe und Klassenhaß.

* * * * *

Aus einem Brief von Mick (London) vom 8. Juni, der verlesen wurde: Ich traf Genossin Elke das erste Mal Anfang 1986. Sie kam nach Britannien, ziemlich traurig darüber, Italien zu verlassen. Während ihrer Zeit dort war sie eine zentrale Führerin unserer dortigen Sektion gewesen. Diese Rolle in einem Land wie Italien zu erfüllen spricht für eine Frau, um so mehr für eine Ausländerin, sowohl für Elkes persönliche Begabungen als kommunistische Führerin wie auch für die Partei, der sie sich anschloß und einen großen Teil ihres Lebens widmete.

In Britannien hat man ihre Präsenz sofort gespürt. Sie wurde Londoner Organisatorin, was eine *sehr* anspruchsvolle Position in unserer Organisation ist, und ich glaube, sie füllte diese Rolle mit all ihrer Begabung aus. Zu der Zeit war ich Verkaufsleiter, was in unserer Partei oft als Ausbildung zum Organisator oder als dessen Assistent dient. Ich sehe darin eine der politisch lohnendsten und am meisten schulenden Erfahrungen, die ich in unserer Organisation gehabt hatte, und das schulde ich Elke.

Elke hatte einen messerscharfen Verstand. Einmal machten wir eine Intervention gegen die britischen Lambertisten. Pierre Broué sprach bei einer Veranstaltung, organisiert von John Archer, und wir wurden dabei ausgeschlossen. Ich debattierte mit einem jungen Typen, dem der Job gegeben worden war, uns aus der Veranstaltung rauszuhalten, und er jammerte, daß er nur ausführte, was ihm aufgetragen worden war. Elke setzte den dicksten deutschen Akzent auf und sagte zu diesem belagerten Typen: „Also, du folgst nur den Befehlen, ja?" Viele Genossen könnten Geschichten über ihre Intelligenz und ihre Schlagfertigkeit erzählen. Doch ich denke, daß sie sich selbst wirklich unterschätzt hat.

Manchmal bekam sie Ärger. Sie lachte, als sie mir erzählte, daß sie bei ihrer Ankunft in England den Taxifahrer unter Druck gesetzt hat, weil er sagte: „Wo willst Du hin,

I.ichc?" Tatsächlich ist dies eine ziemlich harmlose Anrede in England, aber dieser Taxifahrer wußte wahrscheinlich nicht, was ihm geschah.

Es paßt zu ihr, daß sie wieder Mitglied unserer Partei wurde, bevor sie starb. Ich denke, daß sie wirklich dahin gehörte.

* * * * *

Renate: Elke kam mit 17 Jahren in Kontakt mit der Trotzkistischen Liga Deutschlands, bevor wir die Spartakist-Arbeiterpartei waren. Als Elke eintrat, war es gerade die Zeit der Niederlage der portugiesischen Revolution und der Beginn des Deutschen Herbstes. Der Deutsche Herbst bedeutete, daß eine wütende Hexenjagd gegen die Linke, gegen Mitglieder der Roten Armee Fraktion stattfand. Unsere Organisation, klein wie sie war, mußte hervorstechen mit den Artikeln zur Verteidigung der Roten Armee Fraktion und stand einzigartig da in der Linken. Das war ein Teil des Trainings, das Elke hatte, daß sie gerade in dieser Zeit nach außen ging und unsere Organisation vertrat.

Sie war ein großes Vorbild für die ganze Reihe von jungen Frauen, die wir in dieser Zeit rekrutiert haben, vor allen Dingen in der Periode 78/79 über die Fragen Iran und Afghanistan. Die internationale Spartacist Tendenz hatte gegen die Linke zu kämpfen, die meinte, daß es doch antiimperialistisch sei, wenn Frauen Schleier tragen, und daß man doch den Mullahs hinterherlaufen muß. Unsere Organisation hat für eine Arbeiterperspektive im Iran gekämpft. Als die Rote Armee in Afghanistan einmarschierte, haben wir die Situation der Frauen zum Maßstab genommen, um eine Klassenposition zu beziehen.

Elke war jemand, die sehr ruhig war. Es gab die Aktivisten unter den Genossen, die vorpreschen wollten, und Elke hat erst mal gesagt: Halt mal, warum wollen wir das jetzt tun? Wie ist das vorbereitet? Sie hatte sehr schnell eine wirkliche Kaderfunktion in der Auseinandersetzung nach außen entwickelt, indem sie die Genossen in die Intervention begleitete und ermutigte, diese Intervention zu machen.

Die wesentlichen Auseinandersetzungen in den 80er Jahren waren über die russische Frage in Deutschland. Und da war die Rolle von Elke in unserer Organisation zentrai. Wir waren mit der Unterstützung der gesamten Linken für die klerikale antisemitische Solidarno konfrontiert. Das heißt, auch in diesem Fall stand unsere Organisation allein in Verteidigung des Arbeiterstaates Polen.

Das hat viel Unruhe in unsere Organisation gebracht. In diesen Auseinandersetzungen hat sich Elke vor allem an die Erfahrung und Diskussion der internationalen Organisation angeschlossen, um unsere Sektion zu bewaffnen. So hat sie nach unserer Konferenz, wo wir gegen eine sozialdemokratische Opposition kämpfen mußten, überall Schulungen durchgeführt und den *Workers-Vanguard-Ajtikel* „Polen: Was nun?" (siehe *Spartakist* Nr. 43, April 1982) erklärt.

Entscheidend neben der Verteidigung des Arbeiterstaates Polen war der Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie und deren Einfluß in der Linken, nämlich den Nationalismus in linken Farben. Als Bitburg 1985 passierte und die deutsche Sektion nicht hingegangen ist, gegen die Hochjubelung der SS-Gräber durch Reagan und Kohl zu protestieren, da war Elke schon in einer anderen Sektion. Aber sie verstand die Auseinandersetzung mit den deutschen Genossen sofort, wie sehr sie vorn deutschen Nationalismus gebunden waren und wie entscheidend es ist, ins Ausland zu gehen, Deutschland von außen zu sehen, mit den Sektionen in anderen Ländern zu arbeiten und zu kämpfen, und daß diese Sektion studieren mußte, was überhaupt los ist in diesem Land. Das ist wichtig, wenn man das Leben von Elke ansieht.

Elke hat mehr als die Hälfte ihres Lebens dafür verbracht, daß die Partei der Russischen Revolution zum Sieg kommt. Sie wollte immer eine Partei des Sieges. Das ist die Verpflichtung in ihrem Angedenken und das beste Vermächtnis, was man über einen Genossen sagen kann: daß er wollte, daß seine Partei siegt.

* * * * *

Jana: Ich habe Elke vor ungefähr einem Jahr kennengelernt, zu der Zeit, als der ÖTV-Streik gewesen ist. Die Partei intervenierte auch für die Ausweitung des Streiks, Ost und West. Einige Genossen sind ins Ruhrgebiet gefahren, wo wir bei Elke gewohnt haben. Welche politische Rolle Elke gespielt hat, habe ich eigentlich erst kennengelernt, als wir eine Veranstaltung im Ruhrgebiet hatten, zu der viele gekommen sind. Einige von ihnen sind aufgestanden und haben antisowjetische Äußerungen gemacht und solche gegen die Gewerkschaften.

Elke ist fast bis zum Schluß der Veranstaltung ganz ruhig, hörte sich alles an, und ziemlich zum Schluß stand sie auf und hat vielleicht für fünf Minuten eine Rede gehalten. Aber dieses wenige, das sie gesaut hat, war so scharf. erklärte mehr als mein Referat und alles zusammen. Aber es war unser Programm, unser Kampf, das Elke so klar herausgebracht hatte.

Elke stand auf und erklärte, warum ist es notwendig, die Sowjetunion zu verteidigen, warum ist es notwendig, die Arbeiterstaaten zu verteidigen.

* * * * *

David: Elke war eine besondere Freundin von mir. Ich glaube, daß diese Empfindung gegenseitig war. Diese Freundschaft war eine der besten Sachen, die in meinem Leben passiert ist.

Fortgesetzt auf Seite 10



Spartakist

Beispiele von Elkes Arbeit auf Gedenkveranstaltung

Elke...

Fortsetzung von Seite 9

Elke war eine sehr schöne Frau. Ich denke, daß die Überschneidung von Frauenunterdrückung und ihrer großen Schönheit etwas mit der persönlichen Qual, die sie in ihrem Leben erlitt, zu tun hatte. So daß in ein oder zwei Beziehungen, die sie hatte, die Männer sie zu sehr als ein Schmuckstück betrachteten. Und genau das war sie nicht. Eine der schönsten Sachen, die ich über ihr Leben weiß, ist, daß sie in den letzten zwei oder drei Jahren ihres Lebens einen Lebensgefährten hatte, der zu ihr wirklich gut war, und das war Arno.

Aber ich will klar sagen: Elke war das, was man einen harten Fall nennt. Glühend unabhängig, schwierig, mürrisch. Sie konnte dir den Kopf abbeißen ohne viel Vorwarnung. Zu meinen Erinnerungen an sie gehört, herumzusitzen, zu viel zu trinken und Lieder von Tina Turner anzuhören. Lieder wie: „Was hat Liebe damit zu tun?", „Du mußt gut zu mir sein", „Typisch Mann".

Eine der Sachen mit ihrem Tod war, daß wir gehofft haben, daß sie eine sehr wichtige Rolle spielen würde in der Etablierung und Entwicklung unserer Arbeit im Ruhrgebiet. Ich kannte Elke viele Jahre. Aber wir sind richtig Freunde geworden erst in den letzten sechs oder sieben Jahren. Auf eine Weise erscheint das recht merkwürdig, weil sie während eines Großteils dieser Zeit außerhalb der Partei war. Eine Sache, die sie mir sagte, und ich denke, sie sagte das auch anderen Genossen, war, daß die Partei zu verlassen praktisch der größte Fehler ihres Lebens war. Revolutionär zu sein verlangt viel.

Ich denke, sie verstand auch, daß das Leben außerhalb der Partei und eine solche Isolierung die Dinge viel schwieriger machten. So war sie z. B. zur Zeit der großen historischen Ereignisse der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands sehr beunruhigt und machte sich Sorgen; sie hatte eine Reihe von Fragen, die sie durcharbeiten und durchdenken mußte. Ein Teil dieser Diskussionen hatte zu tun mit der Frage der historischen Perspektive und der theoretischen Überzeugung. Ich denke letztendlich, daß sie beides besaß.

Sie kam im Februar nach London. Ich besuchte sie und Arno Anfang Mai. Ich war, wie andere auch, überrascht, wie schnell es mit ihr zu Ende ging. Ich denke, ich verstehe jetzt teilweise, warum ich überrascht war, weil sie bis ganz zuletzt gekämpft hat. Und sie war entschlossen, so viel wie möglich ein normales und aktives Leben zu führen. Wir haben im Mai viel Spaß gehabt. Sie kämpfte bis zum Schluß.

Im Mai saßen wir beim Frühstück, und sie war wütend. Sie sagte: „Ich bin zu jung", und sie weinte ungefähr 30 Sekunden lang. Und dann sprachen wir über ihre Situation. Sie sagte, am Anfang, als sie erfahren hatte, daß sie Krebs hat, habe sie viele medizinische Fachzeitschriften gelesen. Und sie sagte, nach einer Weile habe sie damit aufgehört, weil sie wußte, was alles gegen sie sprach, und es gab keinen Sinn darin, sich mit diesen genauen medizinischen Dingen zu befassen.

Das einzige, was mir einfiel, war eine britische militärische Analogie, die ich ihr anbot. Du bist ein englischer Soldat an der Somme 1916. Nun, natürlich betrachten wir das, was zwischen Deutschland und Britannien passierte, als ein imperialistisches Gemetzel, in welchem keine Seite unterstützt werden konnte, ein großes blutiges Verbrechen aller Imperialisten. Aber du bist jemand in einem Regiment, und man hat dir gesagt, du sollst raus gehen aus dem Schützengraben und gegen das Maschinengewehrfeuer laufen. Wenn du herumsitzt und darüber nachdenkst, denkst du: Ich werde mit 98 Prozent Sicherheit sterben. In so einer Situation mußt du entscheiden, wenn du etwas tust, wovon du überzeugt bist: Ich ziele auf die 2-Prozent-Chance, ich werde ums Leben weiterkämpfen. Du schaltest das Urteilsvermögen sozusagen aus, und du machst es. Ich denke, das war Teil von Elkes Einstellung, sie kämpfte um jede Möglichkeit, zu leben und weiterhin Kommunist zu sein und ihr Leben mit Arno zu teilen und ihr Leben mit ihrer Familie zu teilen.

Es gibt noch etwas über Elke. Der Ausdruck ist, glaube ich, etwas altmodisch. Und das ist der Ausdruck, daß sie eine Arbeiter-Intellektuelle war. Die Partei hat jetzt ihre Bücher. Ich wollte etwas über diese Bibliothek sagen, weil sie etwas zeigt. Zuerst gibt es eine solide Sammlung marxistischer Klassiker. Aber es gibt ein ganzes Spektrum anderer Bücher, das eine tiefe Menschlichkeit zeigt und ein lebendiges Interesse an der Welt, wie sie sich entwickelt hat, als sie lebte. Bücher über die Evolution, über die Naturgeschichte, Bücher über Italien, eine Menge Bücher über die jüdische Frage, über die Schwarzenfrage in den Vereinigten Staaten, breit gefächerte Klassiker der deutschen Belletristik. Das alles in wenigstens drei Sprachen. Wir werden diese Bibliothek bewahren entsprechend ihrem Wunsch, damit sie benutzt wird, um neue Kommunisten zu trainieren.

* * * * *

Carola: Wegen Rostock ist Elke nach Hamburg gekommen und wollte unbedingt an der Demonstration zum Protest dagegen teilnehmen, trotz einer Bronchitis, wie sie meinte. Das hat sie nicht davon abgehalten. In Bad Doberan ist die Polizei so massiv und in Kampfausrüstung da gewesen und hat versucht, den großen Teil Immigranten, die da waren, zu terrorisieren. Als wir aus dem Bus ausgestiegen sind — wir hatten Plakate mit —, da nahm sie sich das Plakat: „Gegen die rassistische Volksfront von CDU/SPD/Grünen/PDS". Und nachher erzählte sie mir, sie hat dieses Plakat genommen, damit sie Diskussionen führen konnte um die wichtigste Frage, die es gibt, wie man gegen die Faschisten kämpft.

Ein paar Wochen später sagte sie: O.K., wir haben seit langer Zeit diskutiert, Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, die Faschisten zu stoppen. Hier im Ruhrgebiet ist das *real*, die Arbeiter tun sich zusammen, um zu verhindern, daß Immigranten überfallen werden. Und wenn es mir ein bißchen besser geht, dann gehe ich zu den Flüchtlingsschiffen am Rhein, wo es gerade eine gewerkschaftliche Mobilisierung gibt, die zu schützen. Und ich glaube, in diesem Sinne sollten wir weiter kämpfen, im Sinne von Elke und was sie beigetragen hat, die Faschisten zu stoppen und die Situation der Menschheit zu ändern.

* * * * *

Reinhard: Außer in Rostock, wo ich sie ganz kurz gesehen habe, habe ich Elke erst im Februar/Anfang März kennengelernt, als ich eine Woche im Ruhrgebiet war. Ich war überrascht gewesen, als Elke dann an die Genossen in Halle ein Buch von Richard Wright über die Situation in den USA in den 30er Jahren geschickt hat. Ich habe überlegt, warum gerade wir in Halle dieses Buch bekommen, warum sie es mir geschickt hat. Und es fiel mir ein, wir hatten in der kurzen Zeit, wo wir diskutieren konnten, auch über die USA gesprochen und die Schwarzenfrage. Viel Wissen fehlt auch.

Ich denke, das hat Elke ausgezeichnet, daß sie die Menschen sehr genau einschätzen konnte, mit denen sie zu tun hatte. Ich denke, das ist ein Punkt, den man annehmen muß, gerade für uns als Partei, wenn wir mit neuen Kontakten in Berührung kommen, auf diese Leute direkt einzugehen.

Wir haben jetzt eine Station im Ruhrgebiet. Ohne diese Unterstützung von Elke und von Arno vor allen Dingen wäre es nicht so schnell gegangen, und es wäre wesentlich schwieriger gewesen, Fuß zu fassen.«

Somalia...

Fortsetzung von Seite l

gegen die Imperialisten halten. Mit dem Zerfall der Sowjetunion ist Somalia zum Schauplatz von kolonialistischea Beutezügen imperialistischer Gernegroße und kleiner Mussolinis geworden, ein Ergebnis der imperialistischen „Neuen Weltunordnung". Jetzt gibt es Spannungen zwischen den italienischen Generalen, die das „friedliche" UN-Mandat wiederherstellen und sich bei der Bevölkerung beliebt machen wollen, und den amerikanischen Imperialisten, die als Hauptziel ihrer Aktivitäten zur Jagd auf General Aidid blasen. Heute spiegelt Somalia die Agonie eines gesamten Kontinentes wider, wo für die Massen das Leben einer Todesspirale zur Hölle gleicht.

Der Sieg der Oktoberrevolution unter Lenin und Trotzki Ende des Ersten Weltkriegs entfesselte einen mächtigen Aufruhr der unterdrückten kolonialen Massen. Im Zweiten Weltkrieg ermutigte die Zerschlagung der Nazibarbarei durch die Rote Armee den Kampf für Unabhängigkeit in den kolonialen Ländern, trotz Stalins Dogma vom „Sozialismus in einem Land". Aber weil der Kampf nicht zur sozialen Revolution führte, blieb die Befreiung vom imperialistischen Joch in Afrika formal, die wirtschaftliche Ausplünderung und damit politische Unterordnung ging weiter. Mit dem Untergang der Sowjetunion gibt es jetzt kein Gegengewicht mehr, so daß die Imperialisten auftrumpfen und denken, daß sie machen können, was sie wollen.

Mehr als zwei Jahrzehnte konnte das somalische Regime von Mohammed Siad Barre mit Waffenunterstützung seine „Ordnung" aufrechterhalten. Dazu trug auch die deutsche Regierung bei, seit die GSG-9-Todesschwadron 1977 in Mogadischu blutig wütete. Der heutige Chef der Bundeswehr-Einsatztruppe Jürgen Eigenbrod war als Militärattache an der deutschen Botschaft in Khartum auch zuständig für die militärische Betreuung Somalias. Das neue Afrikakorps des Vierten Reichs löst die für ihren rechten Terror bekannt gewordenen kanadischen Truppen ab, die Belet Huen durch kaltblütige Morde an unbewaffneten Somalis „befriedeten".

Als die SPD am Vorabend des Rostocker Pogroms mit den Petersberger Beschlüssen entschied, das Asylrecht abzuschaffen, stimmte sie gleichzeitig für „friedenserhaltende" Bundeswehreinsätze. Alles, was die SPD möchte, sind ein paar Verfassungsänderungen und ein bißchen „Mitbestimmungsrecht" bei den Einsatzbefehlen. Der Unterschied zwischen SPD und CDU ist der, daß die SPD für die Bundeswehreinsätze erst einen Konsensus in der Bevölkerung erreichen will, während die CDU diesen durch die Einsätze selbst durchsetzen will. In Somalia wurden Zehntausende durch umherziehende Banden ermordet, Hunderttausende sind von ihrem Land vertrieben worden und zu Flüchtlingen geworden. Jetzt, wo es „unsere Jungs" treffen könnte, räsoniert die SPD. In der Tat, Garantien, daß *dieses Mal* das Afrikakorps siegt, wird es nicht geben. Es gibt kein Zurück nach Deutsch-Südwest.

Bereits Anfang der 80er Jahre zeigten wir den nationalistischen Charakter der deutschen „Friedens"bewegung auf, die ein Ausdruck des Großmachtstrebens der gestärkten deutschen Bourgeoisie und ihres Drangs nach Osten war. Am Vorabend des UN/NATO-Massakers im Irak war ihre Parole „Kein Blut für Öl" — was sie meinten, war „kein deutsches Blut", Wenn die Bundeswehr wirklich zum Einsatz kommt, ist von der „Friedens"bewegung nichts mehr zu sehen. Jetzt reden sie einem pazifistischen Imperialismus das Wort, als hätte es den Kolonialismus mit Schwert *und* Bibel nie gegeben (wenn sie nicht, wie Gremliza im Golfkrieg und Cohn-Bendits Anhänger in bezug auf den Balkan, zu offenen Kriegshetzern geworden sind).

So gaukelt die PDS die Vision eines menschlichen Antlitzes der Bourgeoisie von Auschwitz vor mit ihrer Forderung, daß die Soldaten besser „in Somalia zum Aufbau des Landes beitragen" sollten. Und die MLPD fordert gar eine „Demokratisierung der UNO". Etwa durch Sitze von BRD und Japan im Sicherheitsrat? Von Korea über Kongo bis zum Balkan agierte die UNO immer als Tarnorganisation für imperialistischen Krieg.



Agence France/Presse

Mogadischu: UN-„Frtedenstruppen" schießen somalische Demonstranten nieder

Der Bund Sozialistischer Arbeiter, der von Afghanistan bis Polen und DDR fest auf der Seite der Imperialisten gegen die Sowjetunion stand, beklagt jetzt: „Wäre es der UNO und den in ihr tonangebenden Regierungen wirklich darum gegangen, Menschen vor dem Verhungern zu retten, es hätte keinen Mangel an friedlichen Möglichkeiten gegeben" *(Neue Arbeiterpresse,* 18. Juni). Aber die vom BSA ersehnten „Hilfsprogramme" waren nur Startkapital für den heutigen Krieg gegen die Somalis, wie vorher christliche Missionare dem Kolonialismus dienten.

Hungersnot ist kein „Akt Gottes". Der Grund für Hunger in Afrika ist die brutale Ausbeutung des Kontinents durch die Imperialisten. Deshalb wird die Bevölkerung nicht mit Nahrung „versorgt", sondern Nahrung und ihre Verteilung selbst werden zur Waffe der Banken und der jeweiligen Klan-Chefs. Als der Sudan in den 70er Jahren versuchte, die Baumwoll-Pflanzungen in der bewässerten Region von Gazeira durch Getreide- und Nahrungsmittelfelder zu ersetzen, wurde dies vom IWF und der Weltbank verboten. Es sind die imperialistischen Herrscher, die den unterdrückten Ländern die Hungersnot aufzwingen.

Solange Kapitalismus existiert, wird er die Geißel der Hungersnot reproduzieren. Das Schicksal der Massen in Somalia und in ganz Afrika ist eng verbunden mit der Perspektive der permanenten Revolution. Schlüssel dafür sind die schweren Bataillone der kämpferischen schwarzen Arbeiterklasse in Südafrika, die in Verbindung mit der Arbeiterrevolution in den imperialistischen Ländern endgültig mit Hunger und Elend Schluß machen werden.«

Frauen und Revolution

Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen *Spartakist* und *Women and Revolution* (USA)

Von Ostberlin bis Taschkent:

Kapitalistische Konterrevolution trampelt auf den Frauen herum

Der folgende Artikel ist aus Women and Revolution *Nr. 42, Frühjahr/Sommer 1993, übersetzt.* Women and Revolution, *Organ der Kommission des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S, für Arbeit unter Frauen, dient auch als eine Zeitschrift der ganzen Internationalen Kommunistischen Liga, indem es Artikel aus allen nationalen Sektionen veröffentlicht. Der erste Teil dieses Artikels wurde in* Spartakist *Nr. 104, Juni 1993, veröffentlicht.*

Teil zwei von zwei

Die bolschewistische Revolution von 1917 — der größte Sieg für das Proletariat in der Weltgeschichte — hatte stolz die Befreiung der Frau auf ihr Banner geschrieben. Die frühe Sowjetregierung Lenins und Trotzkis gab die Scheidung frei und machte sie leicht zugänglich; schaffte Diskriminierung gegen unehelich geborene Kinder ab; richtete kostenlose kommunale Kindertagesstätten ein; führte mit einem Dekret gleichen Lohn für gleiche Arbeit ein; schuf das Recht auf kostenlose Abtreibung auf Wunsch; und Tausende Schulen ließen zum ersten Mal Frauen zu, mit dem Grundsatz, sie besonders zu fördern. In Zentralasien und Aserbaidschan gab es heroische Anstrengungen — was viele kommunistische Aktivistinnen das Leben kostete —, die Frauen aus der Versklavung der traditionellen islamischen Gesellschaft zu befreien.



Gustav Klutsis

Sowjetisches Plakat 1927 ehrt Facharbeiterinnen. Stalinisten verherrlichten später die „sozialistische Familie"

Frauen in der Sowjetunion von Stalin bis Breschnjew

Die Usurpation der Macht Mitte der 20er Jahre durch eine parasitäre Bürokratie unter J.W. Stalin — eine politische Konterrevolution, die letztendlich den Druck des Weltkapitalismus auf den isolierten sowjetischen Arbeiterstaat widerspiegelte — führte bald zu einem entscheidenden Schritt *rückwärts* für die Frauen. Es gab eine allumfassende Offensive, um die Familienstrukturen, die auf der Unterordnung der Frau beruhten, wiederherzustellen. 1934 wurde die Frauensektion der Partei abgeschafft, und alle Frauenmassenorganisationen wurden aufgelöst (mit der bezeichnenden Ausnahme der zentralasiatischen Republiken). Unmittelbar danach kam die Illegalisierung der Abtreibung, und Scheidungen wurden praktisch unmöglich gemacht, begleitet von einer Propaganda-Offensive, die die „sozialistische Familie" heiligsprach. Wie Trotzki damals in *Verratene Revolution* schrieb: „Unterdessen wird die Ehe- und Familiengesetzgebung der Oktoberrevolution, eine Errungenschaft, auf die man einst mit Fug und Recht stolz war, durch umfassende Anleihen aus den Gesetzbüchern der bürgerlichen Länder umgestaltet und entstellt."

Trotzdem vertrat Trotzki den Standpunkt, daß solche Anleihen die Sowjetunion nicht zu einem bürgerlichen Staat machten. Während der 30er Jahre und später war es für Liberale und Sozialdemokraten üblich, Stalins Rußland mit Hitlers Deutschland unter der Pauschalkategorie „totalitärer Polizeistaat" gleichzusetzen und damit die jeweilige höchst unterschiedliche soziale Basis zu ignorieren. Aber die Position der Frauen in diesen beiden Gesellschaften war grundlegend und offensichtlich unterschiedlich.

Das Nazi-Regime zwang den deutschen Frauen ein Leben für „Kinder, Küche, Kirche" auf. Selbst während der aufs äußerste zugespitzten Situation im Zweiten Weltkrieg wurden die deutschen Frauen nicht in die Fabriken einbezogen, teilweise aus Angst, die arische Mutterschaft würde durch den Kontakt mit ausländischen Zwangsarbeitern, hauptsächlich Slawen, „verunreinigt". Ein führender Wirtschaftshistoriker des Zweiten Weltkriegs hat geschrieben:

„Deutschland war die einzige Ausnahme von der Regel, daß der Krieg einen großen Anstieg der Beschäftigung

von F-'raucn mit sich brachte... Trotz der unersättlichen Nachfrage nach Arbeitskräften in Deutschland verhinderten die sozialen Vorstellungen der Nationalsozialistischen Partei jede weitergehende Mobilisierung der Frauen. Weil Rasse und Blut bei der Schaffung der neuen Gesellschaft den höchsten Wert hatten, war die Kinderaufzucht lebenswichtig." (Alan S. Milward, *War, Economy and Society 1939—1945* [Krieg, Wirtschaft und Gesellschaft 1939-1945], 1979)

Die Bedingungen für sowjetische Frauen waren denen ihrer deutschen Schwestern diametral entgegengesetzt. Die ersten Fünfjahrespläne, die die UdSSR von einem weitgehend bäuerlichen Land in eine Industriemacht verwandelten, mobilisierten Frauen in großer Zahl und hätten ohne sie auch keinen Erfolg haben können. Die Zahl der Arbeiterinnen *stieg um mehr als dus Vierfache* zwischen 1928 und 1940, von weniger als 3 Millionen auf mehr als 13 Millionen. Dieser Trend beschleunigte sich noch während des Krieges, als Frauen die Männer ersetzten, die an die Front gingen. 1942 waren ein Drittel aller Dreher, 40 Prozent aller Hafenarbeiter und beinahe die Hälfte der Traktorfahrer auf Kolchosen Frauen.



Karte. Women and Revolution

Mehr noch, sowjetische F'rauen nahmen auch am Kampf teil, ein integraler Bestandteil der Massenmobilisierung der gesamten Bevölkerung gegen die Nazi-Invasion ihres Landes im Zweiten Weltkrieg. Sowjetische Pilotinnen, die ersten Frauen in der Geschichte, die Kampfeinsätze flogen, waren in drei Frauen-Luftkampfregimentcrn organisiert und wurden von den Nazitruppen, die ihre Nachteinsätze fürchteten, die „Nachthexen" genannt.

Nach dem Sieg der Roten Armee über die Naziwehrmacht ging Stalin daran, wieder eine patriarchalischere Ordnung herzustellen. Eine hohe Geburtenrate wurde als Priorität angesehen, um die schrecklichen Bevölkerungsverluste des Krieges auszugleichen. 1944 wurde die gemeinsame Lrziehung von Jungen und Mädchen abgeschafft und durch nach Geschlechtern getrennte Schulen ersetzt. Diese Maßnahme war nicht nur sozial reaktionär, sie verzögerte auch die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft, denn diese Generation junger Frauen erhielt eine schlechtere Ausbildung als ihre männlichen Kollegen.

Die Stellung der Frau in Stalins Rußland drückte ganz klar dessen *widersprüchliche Natur* als ein bürokratisch degenerierter Arbeiterstaat aus. Reaktionäre Gesetze, deren Ziel es war, die Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter zu erzwingen, koexistierten mit dem weltweit höchsten Anteil von Frauen an der arbeitenden Bevölkerung. Neben der Glorifizierung der „sozialistischen Familie" wurde die Gleichheit von Mann und Frau verkündet, gestützt auf die Prinzipien von Marx und Lenin. Diese Widersprüche sollten es den sowjetischen Frauen ermöglichen, bedeutsame Errungenschaften zu erreichen, als sich die politische Situation nach Stalins Tod 1953 änderte.

Stalins Nachfolger und Erben im Kreml fürchteten einen Aufstand in der Bevölkerung, wie den, der 1953 Ostdeutschland erschüttert hatte. Eine ihrer ersten Maßnahmen war die Verkündung eines „Neuen Kurses", der durch ein rasches Ansteigen der Verfügbarkeit von Konsumgütern gekennzeichnet war. Um jedoch einen steigenden Lebensstandard für die sowjetischen Massen beibehalten zu können, war ein Anstieg der wirtschaftlichen Produktivität und ein effizienterer Einsatz der Arbeitskräfte nötig.

Die Frauen waren das größte Arbeitskräftereservoir für Fachkräfte, weil die produktivsten Generationen von Männern im Krieg mit Nazi-Deutschland dezimiert worden waren. 1955 wurde nicht nur die gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen wieder eingeführt, es wurden auch große Anstrengungen unternommen, um Frauen zu Facharbeiterinnen und Technikerinnen und auch für andere Berufe auszubilden. Um Frauen zu ermutigen, die Zeit und Energie aufzubringen, die notwendig ist, um sich diese neuen Fähigkeiten anzueignen, wurde das Kinderkriegen weniger betont.

So wurde auch die Abtreibung 1955 wieder legalisiert. Die offizielle Begründung war, illegale und gefährliche Abtreibungen auszuschließen, nicht die Anerkennung des Rechts der Frau, selbst zu entscheiden, ob sie ein Kind haben will oder nicht. Es war unter sowjetischen Frauen weit verbreitet, in illegalen Abtreibungen einen Ausweg zu suchen, dies hatte sich zu einer Form von Widerstand gegen den stalinistischen Totalitarismus ausgewachsen und zwang schließlich die Bürokratie dazu, eine besonders repressive Politik aufzugeben.

Das neue Kreml-Regime, das sich Mitte der 50er Jahre um Nikita Chruschtschow konsolidierte, suchte Unterstützung und moralische Autorität in der Bevölkerung zu gewinnen durch das Versprechen, die Regierung und herrschende Partei der Sowjetunion werde sich in Zukunft an die von ihr verkündeten sozialistischen Prinzipien halten, einschließlich der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Es wurden Anstrengungen unternommen zu demonstrieren, daß die sowjetischen Frauen in allen Bereichen den Männern gleichgestellt waren. 1963 bekam die Kosmonautin Walentina Tereschkowa weltweiten Beifall für ihren

Fortgesetzt auf Seite 14

Frauen...

Fortsetzung von Seite 13

bahnbrechenden Weltraumflug zu einer Zeit, als die amerikanischen Astronauten alle Scott, Neil und GUS hießen. Die Chruschtschow-Ära ließ auch antireligiöse Kampagnen wieder aufleben, die in den traditionell moslemischen Gebieten Sowjet-Zentralasiens direkten Bezug zum weiterhin schwierigen Kampf für die Freiheit der Frau hatten.

Die Versprechungen der Chruschtschow-Ära — 1961 erklärte der impulsive Kreml-Führer, die Sowjetunion werde innerhalb von 20 Jahren den „vollen Kommunismus" erreichen — führten zu Erwartungen und Forderungen, die die Bürokratie nicht erfüllen konnte. 1964 wurde Chruschtschow abserviert vom konservativeren Leonid Breschnjew, dessen Konzeption von sozialer Ordnung auf der politischen Apathie der Massen beruhte.

Unter Breschnjew wurde die bürokratische Elite (die Nomenklatura) ganz unverfroren korrupt, Vetternwirtschaft und krasser Eigennutz griffen um sich. Niemand nahm ihre ideologischen Verlautbarungen ernst. Der sozialistische Idealismus, der die sowjetischen Arbeiter und Intellektuellen in den 50er Jahren und Anfang der 60er Jahre angespornt hatte — die Periode der „Entstalinisierung", des



AP

Sowjetische Kosmonautin Walentina Tereschkowa war 1963 erste Frau im Weltraum. Später kritisierte sie das Fehlen von Frauen in hohen Positionen während Breschnjew-Ära

Sputniks und der Kubanischen Revolution —, wurde verdrängt von weitverbreitetem Zynismus in allen sozialen Schichten.

Zwar lieferte die Breschnjew-Bürokratie Lippenbekenntnisse zum „Marxismus-Leninismus", aber ihre wirkliche Ideologie könnte man als „Supermachtpolitik" bezeichnen — der Glaube an einen starken russisch zentrierten Staat, der in der Lage ist, die Entwicklung der Weltpolitik mit dem US-Imperialismus gleichberechtigt auszuhandeln. In der offiziellen Propaganda über die nationale Frage innerhalb der UdSSR wurden die Russen ständig als die „älteren Brüder" (starschije bratja) der anderen Sowjetvölker bezeichnet. Um dem Einfluß prowestlicher „Dissidenten" wie Andrej Sacharow entgegenzuwirken, wählte sich das Breschnjew-Regime reaktionäre russische nationalistische Ideologen aus, die es tolerierte und sogar förderte, selbst offene Antikommunisten wie den „Dorfschriftsteller" Walentin Rasputin, der die traditionelle patriarchalische Gesellschaft des mittelalterlichen Rus glorifizierte.

Seit Mitte der 60er Jahre gab es eine wachsende Kluft zwischen den rituellen Erklärungen für Gleichheit zwischen den Geschlechtern und den zunehmend männlich-chauvinistischen Einstellungen in der Gesellschaft Sowjetrußlands, von der Spitze bis nach unten. In den Sowjets, deren Funktion es war, alles abzusegnen, wurden rund 30 Prozent der Sitze automatisch Frauen zugeteilt, aber keine Frau übte wirkliche politische Macht aus. Im Politbüro — dem höchsten Entscheidungsgremium — gab es während der gesamten 18jährigen Breschnjew-Ära keine einzige Frau. Die fehlende Autorität von Frauen an der Spitze der sowjetischen Gesellschaft spiegelte sich auch an ihrer Basis wider, im täglichen Familienleben. Es war keineswegs ungewöhnlich, von einem betrunkenen Ehemann geschlagen zu werden. Trunkenheit war der häufigste Grund, den russische Frauen, die sich scheiden ließen, als Ursache für das Auseinanderbrechen ihrer Ehe angaben.

Nicht nur, daß einige russische Frauen körperliche Mißhandlungen erleiden mußten, beinahe alle wurden durch die ungleiche Arbeitsteilung innerhalb der typischen Ehe unterdrückt. Verheiratete Frauen in Ostdeutschland leisteten drei Viertel der Hausarbeit, nachdem sie schon den ganzen Tag in einer Fabrik oder einem Büro gearbeitet hatten, aber ihre russischen Schwestern leisteten beinahe 100 Prozent unter erheblich primitiveren wirtschaftlichen Bedingungen. So gab es zum Beispiel nur wenige und verstreute zuverlässige öffentliche Wäschereien. Die Unfähigkeit der Bürokratie, in ein effizientes Verteilungsnetz zu investieren, bedeutete, kombiniert mit der willkürlichen Preisgestaltung für Konsumgüter, daß Käufer (zumeist die Frauen) stundenlang für das Notwendigste des täglichen Bedarfs Schlange stehen mußten.

Die „Doppelbelastung", die sowjetische Frauen tragen mußten, wurde routinemäßig anerkannt und routinemäßig in offiziellen Veröffentlichungen verurteilt, auch schon in der Zeit vor Glasnost. „Soziologische Studien, die in unserem Land durchgeführt wurden", schrieben drei sowjetische Akadernikerinnen 1978, „zeigen die relative Hartnäckigkeit dieser alten patriarchalischen Sichtweise in bezug auf die Verteilung der familiären Pflichten" (in Gail Warshofsky Lapidus, Hrsg., *Women, Work and family in the Soviet Union* [Frauen, Arbeit und Familie in der Sowjetunion], 1982).

Aber solche patriarchalischen Sichtweisen waren nicht nur „hartnäckige" Überbleibsel der längst vergangenen zaristischen Ära. Sie reflektierten das faule soziopolitische Klima des sowjetischen Stalinismus im Endstadium seines Zerfalls — die Gleichsetzung von „Sozialismus" mit einem starken russisch zentrierten Staat, die zunehmende „Respektabilität" von großrussischem Chauvinismus, der Anstieg von Antisemitismus, die weit um sich greifende und oftmals hysterische Feindseligkeit gegen Homosexualität (die unter Männern als kriminelles Delikt verfolgt wurde).

Die russischen Frauen versuchten, ihre „Doppelbelastung" auf die einzige Art und Weise zu verringern, die ihnen zur Verfügung stand, solange es keine politische Revolution gab: Sie bekamen weniger Kinder. In den 70er Jahren überstieg die Geburtenrate in Rußland und der Ukraine (oft durch Heirat miteinander verbunden) gerade so die Sterberate, sehr zum Mißfallen der Kreml-Oligarchie. Die Diskussion der Frauenfrage innerhalb der Bürokratie und der offiziellen Intelligenz in der zweiten Hälfte der Breschnjew-Ära und in den frühen Gorbatschow-Jahren wurde vom sogenannten „Bevölkerungsproblem" dominiert. Die Ansicht, daß die Teilnahme einer Frau an der gesellschaftlichen Produktion auf Kosten ihrer Pflichten als Mutter gehe, sollte zu einem Schlüsselelement bei Gorbatschows Perestroika werden.

In Wirklichkeit gab es *kein* Bevölkerungsproblem vom Standpunkt der *objektiven Bedürfnisse* der Sowjetunion und ihrer Wirtschaft. Die Ansicht, daß solch ein Problem existiere, enthüllte nur die großrussischen chauvinistischen Vorurteile der Kreml-Führung. Die ländlichen Gebiete des turksprachigen Zentralasiens — die ärmsten Regionen in der UdSSR — litten unter Überbevölkerung.

Das Gezetere um das „Bevölkerungsproblem" deckte



"Der Spiegel



dpa

Russisch-orthodoxer Priester auf Jelzins Barrikaden im August 1991 (links). Kohl und Jelzin jetteten nach G-7-Gipfel in Tokio nach Sibirien, um Ausplünderung der Werktätigen zu planen

den Mangel an Integration zwischen den Turkvölkern und den slawischen Völkern der Sowjetunion auf. Dies zeigte sich am Schlüsselindex Geburtenrate und, damit verbunden, am Anteil der Frauen an der Industriearbeiterschaft. Ende der 70er Jahre war die Ein-Kind-Familie für städtische Russen und Ukrainer zur Norm geworden, während vier oder mehr Kinder bei Usbeken oder Tadschiken weit verbreitet waren, selbst bei denen, die in der Stadt lebten. Frauen stellten etwas mehr als die Hälfte der Industriearbeiter in der russischen Republik und in der Ukraine, verglichen mit 40 Prozent in den zentralasiatischen Republiken (und von diesen waren viele slawische Frauen in den größeren Städten wie Taschkent und Samarkand).

Eine wirklich sozialistische Regierung in der Sowjetunion hätte eine massenhafte Abwanderung von Menschen aus dem ländlichen Zentralasien in die Regionen des europäischen Rußlands, der Ukraine und Sibiriens, in denen Arbeitskräftemangel herrschte, gefördert. Noch bedeutsamer als die wirtschaftlichen Vorteile eines solchen Programms wären dessen soziale Auswirkungen gewesen. Hunderttausende junger usbekischer und tadschikischer Männer und besonders Frauen als Bestandteil der Bevölkerung Leningrads, Kiews und Wladiwostoks, das wäre ein Hindernis für das Wiederentstehen von islamischem Traditionalismus gewesen und hätte zu mehr gemischten Ehen unter der Vielzahl der sowjetischen Völker geführt.

Aber solch eine Politik wurde *nicht* durchgeführt. Nach der Volkszählung von 1989 gab es nur 250000 Mitglieder der vier größten zentralasiatischen Nationalitäten — Usbeken, Tadschiken, Turkmenen und Kirgisen — in der riesigen russischen Republik, einschließlich Sibiriens. Das Ausbleiben einer fortschrittlichen Lösung für das kombinierte Problem von Arbeitskräftemangel in den slawischen Republiken und Überbevölkerung im ländlichen Zentralasien sollte bald in der ganzen Sowjetunion zu reaktionären Konsequenzen führen, besonders für Frauen.

Gorbatschows Perestroïka: Vorspiel zur kapitalistischen Konterrevolution

Seit den ersten Fünfjahresplänen stützte sich die sowjetische Wirtschaftsentwicklung auf extensives Wachstum. Neue Fabriken und andere Produktionsanlagen wurden gebaut und die zusätzlichen Arbeitskräfte, die dazu nötig waren, aus der überzähligen Landbevölkerung Rußlands und der Ukraine abgezogen. Die fallende Geburtenrate in den slawischen Republiken führte Mitte der 70er Jahre zu einem akuten Arbeitskräftemangel für die sowjetische Wirtschaft, und die Wachstumsrate verlangsamte sich fast bis zum Stillstand. Das Breschnjew-Regime und seine Ökonomen verkündeten, daß es notwendig sei, zu *intensivem* Wachstum überzugehen durch Umrüstung der bestehenden Unternehmen und Steigerung der Arbeitsproduktivität.

In den 30er Jahren sagte Trotzki voraus, daß die Kreml-Bürokratie an der Wirtschaftsfront in eine Sackgasse geraten würde, wenn es notwendig werde, vom einfachen quantitativen Anwachsen zur Verbesserung der Qualität überzugehen, vom extensiven zum intensiven Wachstum. Das Übergangsprogramm der Vierten Internationale von 1938 fordert *Revision der Planwirtschaft* von Kopf bis Fuß im Interesse der Produzenten und Konsumenten!"

Das neue Regime von Michail Gorbatschow, das 1985 den Kreml übernahm, versuchte jedoch, die sowjetische Wirtschaft durch marktorientierte „Reformen" wiederzubeleben, d.h. durch die selektive Einführung kapitalistischer Normen in das kollektivierte System. Die Löhne sollten mit der Rentabilität der Unternehmen verknüpft werden, Fabrikleiter sollten das Recht erhalten, „überflüssige" Arbeiter zu entlassen, unprofitable Betriebsstätten sollten geschlossen werden, und zum ersten Mal seit Menschengedenken sollte der sowjetischen Wirtschaft eine Dosis Arbeitslosigkeit injiziert werden. Die meisten Arbeitslosen sollten Frauen sein, von denen man dann erwartete, daß sie ihre Energien darauf konzentrieren würden, mehr Kinder aufzuziehen.

Gorbatschow war bei westlichen Linken, einschließlich der Feministinnen, viel besser angesehen als seine Vorgänger im Kreml. Aber sein Traktat „Perestrojka: Neues Denken für unser Land und die Welt" von 1987 nahm die Kampagne der amerikanischen Rechten für „Familienwerte" vorweg. Er sah die „Schwächung der Familienbande, die nachlässige Haltung zur Verantwortung in der Familie als ein paradoxes Resultat unseres ehrlichen und politisch berechtigten Wunsches, die Frauen mit den Männern in jeder Hinsicht gleichzustellen". Dieser „liberalste" Stalinist

Fortgesetzt auf Seite 16


Jim Richardson

Textilarbeiterin in Duschanbe, Hauptstadt von Tadschikistan. Ausweitung der Oktoberrevolution auf Sowjet-Zentralasien, wenn auch deformiert durch Stalinismus, befreite Frauen von barbarischen Verhältnissen der alten Gesellschaft

Frauen...

Fortsetzung von Seite 15

forderte dann, daß „Frauen zu ihrer eigentlichen Mission als Frau zurückkehren sollten".

Die amerikanische linke Ökonomin Judith Shapiro, eine frühere Unterstützerin unserer Tendenz, wies auf die organische Verbindung hin zwischen dem marktorientierten Programm für ein „Abspecken der Zahl der Industriearbeiter" und der russischen Version von „Familienwerten". Sie zitierte Tatjana Saslawskaja, eine führende Ideologin der Perestroika und Beraterin Gorbatschows:

> „Es sieht wohl so aus, daß das hohe Beschäftigungsniveau von Frauen in der gesellschaftlichen Produktion sozial ungerechtfertigt ist. Es hatte eine negative Auswirkung sowohl auf die Geburtenrate als auch auf die Erziehung der Kinder ... Die Ein-Kind-Familie wird zum vorherrschenden Modell, was noch nicht einmal garantiert, daß sich die Bevölkerung reproduziert." (Zitiert nach: Mary Buckley, Hrsg., *Perestroika and Soviet Women* [Perestroika und die sowjetischen Frauen], 1992)

Diese Stellungnahme demonstriert eine implizit russisch-nationalistische Sichtweise. Saslawskaja kann sich nur auf die slawische Bevölkerung der UdSSR beziehen, denn die Turkbevölkerung hat sich mehr als reproduziert. Wenn ein Berater des amerikanischen Präsidenten Besorgnis darüber ausdrücken würde, daß weiße Amerikaner sich nicht reproduzierten, oder wenn ein Bundestagsabgeordneter sich für eine höhere Geburtenrate bei Deutschen aussprechen würde, dann würden Linke in diesen Ländern dies als Rassismus verurteilen. Aber Gorbatschow, Saslawskaja und die ganze Perestroika-Bande wurden anfänglich von den meisten westlichen Linken hochgejubelt, die dann ihren Enthusiasmus auf noch reaktionärere politische Kräfte wie Jelzin und die verschiedenen antisowjetischen nationalistischen Sezessionisten verlagerten.

Trotz der Propagandakampagne, die das Kinderkriegen und die Kindererziehung glorifizierte, kam dies bei sowjetischen Frauen nicht an. Eine Meinungsumfrage im Jahre 1989 erbrachte, daß nur 20 Prozent der sowjetischen Frauen ihre Arbeit aufgeben würden, selbst wenn sie es sich leisten könnten. Dies ist um so bedeutsamer, da die Masse der Frauen in der UdSSR die am schlechtesten bezahlte, die arbeitsintensivste, die ermüdendste und monotonste Arbeit hatte. Aber die Logik des verkündeten „Übergangs zu einer Marktwirtschaft" war es, Frauen zurück in die Familie zu schicken, ob sie dies nun wollten oder nicht. Als mit dem Neujahrstag 1988 die zentrale Planung ausrangiert und durch „Selbstfinanzierung" der Unternehmen ersetzt wurde, plünderten Betriebsleiter das Staatseigentum, das man ihnen anvertraut hatte. Industriegüter wurden auf den Schwarzmarkt umgeleitet, und Konsumgüter konnte man nur in den neu legalisierten privaten Läden zu Wucherpreisen finden.

Betriebsleiter nutzten ihre neue Freiheit, nach Marktregeln zu spielen, auch dazu aus, „überflüssige" Arbeiter loszuwerden, beinahe immer Frauen. Ein Brief an die Presse 1988 aus dem Textilzentrum Iwanowo — bekannt als die „Stadt der alleinstehenden Frauen" — enthüllte das wahre Gesicht der Perestroika:

> „Es gibt in unserem Kollektiv eine Menge junger Frauen mit kleinen Kindern. Die meisten von ihnen würden am liebsten Teilzeitarbeit haben, aber das paßt der Betriebsleitung nicht... Die Betriebsleitung zwingt uns einfach zu kündigen. Der Direktor hat sogar gesagt: ‚Die haben dies hier in eine Kinderkrippe verwandelt — wir können ohne solche Arbeiterinnen auskommen'." (Zitiert nach Linda Edmondson, Hrsg., *Women and Society in Russia and the Soviet Union* [Frauen und Gesellschaft in Rußland und in der Sowjetunion], 1992)

Gorbatschow jedoch schreckte vor aufgezwungenen Massenentlassungen, dem Schließen von Großbetrieben und der Abschaffung aller Preiskontrollen zurück, aus Angst davor, eine soziale Explosion zu entfesseln. Er wurde von Boris Jelzin, einem früheren Gorbatschow-Mann, der sich 1989/90 zum Führer der offen kapitalistisch-restaurativen Kräfte entwickelte, dafür angegriffen, daß er nur „halbherzige Maßnahmen" ergreife. Jelzins Machteroberung im August 1991 im Anschluß an einen vermurksten Putsch von Kreml-Konservativen markierte den Aufstieg der kapitalistischen Konterrevolution in Rußland und das Auseinanderbrechen der UdSSR in einander feindlich gegenüberstehende nationalistische Regime.

Seitdem ist es noch viel schlimmer geworden. Am Neujahrstag 1992 vervierfachte das Jelzin-Regime die Preise der meisten Konsumgüter und Dienstleistungen, um seinen westlichen imperialistischen Ziehvätern zu beweisen, daß man es mit dem „freien Markt" auch ernst meine. Ganze Bevölkerungsgruppen — Rentner, alleinstehende Mütter, Familien mit vielen Kindern, Behinderte — sind ins nackte Elend gestürzt worden. Das wirtschaftliche Chaos, das von Gorbatschows Perestroika ausgelöst worden war, vertiefte sich unter Jelzin zur Ausplünderung im großen Stil und zum Zusammenbruch der industriellen Wirtschaft. Der

Rubel ist praktisch wertlos, die neuen Räuberbarone Rußlands schmuggeln alles von wertvollen Metallen bis zu Waffen in den Westen, die Erlöse fließen auf Schweizer Bankkonten. Die Produktion, die im letzten Jahr um 20 Prozent gesunken ist, befindet sich jetzt im freien Fall.

In Iwanowo, dem Textilzentrum mit größtenteils weiblichen Arbeitskräften, ist die Produktion halbiert worden, die Warenhäuser sind leer, und Rohbaumwolle ist infolge der Desorganisation des Transportwesens und des Bürgerkriegs in Tadschikistan nicht zu bekommen. Tausende Arbeiter, die zwar noch offiziell beschäftigt sind, sind in „Zwangsurlaub" und versuchen, mit 20 Prozent ihres normalen Einkommens zu überleben unter den Bedingungen einer Hyperinflation, *die jetzt beinahe 50 Prozent pro Monat erreicht hat!*

Solche verzweifelten Bedingungen können sehr leicht eine soziale Explosion hervorrufen. Ein Aufbegehren der Bevölkerung gegen die Verelendung des „freien Marktes" könnte jedoch von reaktionären nationalistischen Demagogen ausgebeutet und dirigiert werden, die nach einem starken russischen Staat rufen, der nicht im Dienst der westlichen Mächte steht. Die multinationale Arbeiterklasse in Rußland kann die Verwüstungen der kapitalistischen Restauration nur dadurch stoppen, daß sie den im Aufbau befindlichen bürgerlichen Staat Jelzins zerschlägt und zu den Prinzipien der proletarischen politischen Macht und des Internationalismus der Oktoberrevolution zurückkehrt. In „Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde" (*Spartakist* Nr. 100, Januar) schrieben wir: „Nur als ein Teil des Kampfes, eine wirkliche Weltpartei der sozialistischen Revolution wiederzuschmieden, können die Arbeiter der früheren Sowjetunion die Führung zusammenfügen, die sie brauchen, um die grotesken Greuel wegzufegen, denen sie jetzt gegenüberstehen."

In den nichtrussischen Republiken der früheren UdSSR werden die verheerenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Konterrevolution noch verstärkt durch das unverhüllt patriarchalische Programm der aufsteigenden nationalistischen Parteien. Vor ein paar Jahren erzählten Unterstützerinnen der litauischen Sajudis der feministisch orientierten britischen Akademikerin Mary Buckley, es sei die Rolle des Mannes, sich in der Politik zu engagieren, während es ihre sei, in einem neuen unabhängigen Litauen für ein „schönes Heim" zu sorgen.

Nachdem im August 1991 die Unabhängigkeit gekommen war, mußten litauische Frauen zu Hause bleiben, ob sie wollten oder nicht. Aber ihr Heim war kaum schön zu nennen. Sie froren, weil es zu wenig Heizöl gab, und die Regale waren leer, weil der verrückte nationale Isolationskurs des Sajudis-Regimes einen vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch zur Folge hatte. Vor kurzem haben die litauischen Wähler Sajudis von der Macht vertrieben und sie durch die ehemalige Kommunistische Partei ersetzt, die sich in Sozialdemokraten verwandelt hatte und versprach, enge Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland wiederherzustellen.

Ein führender ukrainischer nationalistischer Ideologe ist über die moderne ukrainische Frau hergezogen, weil sie Rockmusik den volkstümlichen Wiegenliedern vorzieht. Alle antikommunistischen Nationalisten in Osteuropa sind *antikosmopolitisch.* Die selbsterklärte Mission von Sajudis und der ukrainischen Ruch ist es, das litauische und ukrainische Volk von allen Elementen der noch jüngst gemeinsamen sowjetischen Kultur zu säubern, die gegenüber kulturellen Einflüssen aus der ganzen Welt offen geworden war. Sowohl rechtsradikale ukrainische Nationalisten als auch die russischen Blut-und-Boden-Faschisten von Pamjat sind entsetzt, daß die Jugend ihrer Länder eine Vorliebe für das Hören und Nachspielen von Rockmusik hat, weil dies den Mythos zerplatzen läßt, daß es eine einzigartige slawische Seele gäbe, die gegen die Sirenengesänge des westlichen „Hedonismus" immun ist. Wir erinnern daran, wie Adolf Hitler haßerfüllt über den amerikanischen Jazz als „dekadente Negermusik" herzog.

Vor ein paar Jahren stellten ukrainische nationalistische Feministinnen an Ruch die Forderung, „die patriarchalischen Werte der Vergangenheit zurückzuweisen, für wirkliche Gleichheit von Frau und Mann in der Gesellschaft zu kämpfen, beim Schutz des heimischen Herdes, bei der Kindererziehung und bei politischen und sozialen Aktivitäten" (zitiert nach: *Perestroïka and Soviet Women).* Das ist ungefähr so, als ob man vom amerikanischen Ku Klux Klan fordert, den Rassismus zurückzuweisen und die Bürgerrechte und soziale Gleichheit der schwarzen Menschen zu respektieren. Alle neuen osteuropäischen nationalistischen Bewegungen sind stramm patriarchalisch. Alle glauben, daß die Rolle der Frau nicht nur darin besteht, für maximale Nachkommenschaft des geheiligten Nationalstaats zu sorgen, sondern auch, ihren Kindern die uralten nationalen und religiösen Traditionen einzuimpfen, die aus feudalen und vorfeudalen Zeiten stammen.

Sozialer Fortschritt und islamischer Traditionalismus in Sowjet-Zentralasien

Nirgendwo sonst in der früheren Sowjetunion ist die kapitalistische Konterrevolution direkter und unmittelbarer mit der Degradierung der Frauen verbunden als in Zentralasien. Denn hier hat die bolschewistische Revolution, selbst in ihrer stalinistischen Degeneration, die Frauen von der übelsten Form der Unterdrückung befreit, deren Symbol die Paranja ist, ein Schleier, der den ganzen Körper bedeckt und nur eine Stelle mit Maschennetz zum Sehen und Atmen läßt. Der Kalym, der Brautpreis, war beinahe durchgängige Praxis. Eine Frau war oftmals von Kindesbeinen an an denjenigen Ehemann gebunden, der die Brautpreisforderung des Vaters erfüllen konnte. Wenn sie weglief, konnte sie von ihrem Mann und dessen Klan als Kriminelle verfolgt und bestraft werden. Die Strafe für eine entflohene Frau konnte sein, ihr die Beine zu brechen oder sie auf andere barbarische Weise zu foltern. Wenn eine Frau auch nur verdächtigt wurde, untreu gewesen zu sein, bestand die Bestrafung darin, die Genitalien mit einem heißen Eisen zu brandmarken.

In den frühen 20er Jahren begann die sowjetische Regierung eine große Kampagne zur Befreiung der Frauen in

Fortgesetzt auf Seite 18

Frauen...

Fortsetzung von Seite 17

Zentralasien und Aserbaidschan von den schrecklichen Bedingungen, die mit dem islamischen Traditionalismus verbunden waren. Die wichtigste Einrichtung für diese Arbeit war Shenotdel — die Abteilung der Kommunistischen Partei für Arbeit unter Arbeiterinnen und Bäuerinnen. Ein halbes Jahrhundert später erinnert sich eine aserische Veteranin des Shenotdel in Baku voller Stolz: „Wir hatten das Gefühl, daß wir den Frauen das Licht bringen. Wir waren ‚Kultursoldaten', die in einem wirklichen Krieg an der Front kämpften. Wir waren Soldaten, die Licht in die Dunkelheit bringen mußten. Wir befreiten die Frauen" (zitiert nach Mary Buckley, *Women and Ideology in the Soviet Union* [Frauen und Ideologie in der Sowjetunion], 1989).

Der Begriff „Kultursoldaten" war nicht einfach eine Phrase. Diese kommunistischen Aktivistinnen riskierten einen schrecklichen Tod. Zahlreiche zerstückelte Leichen von Shenotdel-Organisatorinnen wurden entdeckt, dies zwang die Sowjetregierung schließlich dazu, für ausgesprochen „antifeministische" Morde als konterrevolutionäre Verbrechen die Todesstrafe wieder einzuführen. Guerillakämpfer für die traditionelle Stammesordnung, genannt die Basmatschi (sie ähnelten den afghanischen Mudschaheddin unserer Tage), terrorisierten unverschleierte Frauen in Zentralasien, bis sie von der Roten Armee zu Beginn der 30er Jahre unterdrückt wurden.

Stalin löste Shenotdel 1934 auf, aber besondere Arbeit unter moslemischen Frauen in den zentralasiatischen Republiken wurde weiterhin durchgeführt. Dies geschah nicht, weil der „große Steuermann" eine innere Mission gefühlt hätte, die Frauen des Ostens zu befreien. Es drückte vielmehr die vitalen Interessen der kollektivierten Wirtschaft der Sowjetunion aus. Damit Frauen der Turkvölker die neuen Textilfabriken bedienen konnten, die während der ersten Fünfjahrespläne aufgebaut wurden, mußten sie den Schleier ablegen und eine gewisse Unabhängigkeit von ihren Ehemännern erreichen.

Trotzki erkannte die enge Verbindung zwischen Wirtschaftsaufbau und sozialem Fortschritt in den rückständigen Regionen der UdSSR, obwohl beides durch stalinistisches bürokratisches Schmarotzertum deformiert wurde:

> „Allerdings leistet die Sowjetbürokratie auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik wie auf dem der Wirtschaft weiterhin eine gewisse progressive Arbeit, auch wenn die dadurch entstehenden Unkosten unverhältnismäßig hoch sind. Dies bezieht sich vor allem auf die rückständigen Völkerschaften der Union, die notwendigerweise eine mehr oder weniger lange Periode der Übernahme, Aneignung und Verarbeitung ihnen unbekannter Fertigkeiten und Kenntnisse durchmachen müssen. Die Bürokratie baut ihnen eine Brücke zu den elementaren Errungenschaften der bürgerlichen, zum Teil auch noch vorbürgerlichen Kultur." *(Verratene Revolution,* 1936)

In Zentralasien produzierte die widersprüchliche Natur des sowjetischen bürokratisch deformierten Arbeiterstaats eine starke Kluft zwischen Stadt und Land. Die großen Städte wie Taschkent in Usbekistan und Leninabad in Tadschikistan wurden weitgehend europäisiert. Sie zogen eine große Zahl von slawischen und auch jüdischen Zuwanderern an und waren Schmelztiegel für die unterschiedlichsten zentralasiatischen Nationalitäten. Die Frauen waren unverschleiert, viele trugen westliche Kleidung und nahmen ungehindert am öffentlichen Leben teil. Selbst eine stramm antikommunistische amerikanische Akademikerin, Martha Brill Olcott, gab zu:

> „Ein Mädchen, das in einer städtischen Umgebung [in Zentralasien] geboren wird, kann erwarten, praktisch die gleiche Erziehung zu bekommen wie ihr männliches Gegenstück... Frauen und Männer sind vor dem Gesetz gleich, und es gibt zumindest eine symbolische Präsenz von Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens." {In: William Fierman, Hrsg., *Soviet Central Asia: The Failed Transformation* [Sowjet-Zentralasien: Die gescheiterte Umwandlung], 1991)

45 Prozent der Gesamtbevölkerung Sowjet-Zentralasiens leben in Städten, aber die meisten Menschen der von dort stammenden Völker leben in ländlichen Gebieten. Es gab auch Fortschritte bei der Emanzipation der Frauen auf dem Land — verbunden mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Baumwollproduktion auf Kolchosen. In den meisten ländlichen Gebieten war der Schleier nur selten zu sehen. Aber islamische Praktiken und Klanloyalitäten blieben eine Untergrundströmung der zentralasiatischen Gesellschaft.

Die Erfahrung von Sowjet-Zentralasien zeigt den absolut zentralen Stellenwert der Industrialisierung, selbst in ländlichen Gebieten, für die Emanzipation der Frauen in traditionell patriarchalischen Gesellschaften. Der sowjetische Ethnograph Sergej Poljakow führte eine Studie über zwei Dörfer in Nord-Tadschikistan durch. Im ersten arbeiteten Hunderte Frauen in einer örtlichen Teppichfabrik und in baumwollverarbeitenden Textilbetrieben. Hier bewegten sich Frauen in der Öffentlichkeit, ohne ihr Gesicht oder ihren Kopf zu verhüllen, und Teenager gingen zusammen aus, Jungen mit Mädchen. Im zweiten Dorf, wo Frauen ausschließlich in der Landwirtschaft arbeiteten, verhüllten sie ihre Gesichter und Köpfe, sprachen in der Öffentlichkeit nicht mit Männern, gingen nicht ohne Begleitung aus, und Mädchen waren von allen schulischen Aktivitäten, die über den Lehrplan hinausgingen, ausgeschlossen.

Die sowjetische Regierung hatte jedoch nicht die Ressourcen, um in jedem tadschikischen oder usbekischen Dorf eine Fabrik zu bauen, selbst wenn sie gewollt hätte. Die Emanzipation der moslemischen Frauen im ländlichen Zentralasien war nur mit der sozioökonomischen Basis der UdSSR als ganzer möglich: durch Abwandern im großen Maßstab und die Vermischung der sowjetischen Völker.

In Sowjet-Zentralasien brachte die Breschnjew-Ära eine schrittweise Verschlechterung der Position der Frauen. Tief verwurzelte Praktiken wie ausgehandelte Ehen und der Brautpreis konnten nicht durch rein rechtlich-administrative Maßnahmen ausgerottet werden. Dies erforderte die *aktive politische Mobilisierung* fortschrittlicher Kräfte in der Gesellschaft, was seit der Chruschtschow-Ära nachgelassen hatte. Junge Frauen, denen eine Zwangsehe droht, müssen in der Lage sein, sich an eine starke Frauenorganisation zu wenden, die von staatlichen Organen unterstützt wird. Männer, die ihre Frauen gekauft haben, müssen den feindseligen



Zentralasien Ende der 20er Jahre: 16jährige Frau, von Kopf bis Fuß verschleiert, bezeugt vor sowjetischem Gericht, daß ihr Mann sie schlägt

sozialen Druck ihrer Kollegen erfahren, indem sie zum Beispiel in der Betriebszeitung der Fabrik oder Kolchose, in der sie arbeiten, angeprangert werden.

Das Breschnjew-Regime entmutigte jedoch jede Art von politischer Mobilisierung aus Angst vor einer Störung der bürokratischen Ordnung. Der zentralasiatische Teil der Bürokratie, der den Standard für die Korruption in der UdSSR setzte, erlaubte ein Wiederaufleben von islamischem Traditionalismus in der Privatsphäre, solange dies nicht ihre politischen Pfründe und ihren unrechtmäßig erworbenen Wohlstand gefährdete. Um die Mullahs ruhigzustellen, lenkten sie illegal Regierungsfonds um und bauten Moscheen und „Teehäuser", die als inoffizielle Moscheen dienten. William Fierman, ein amerikanischer Kalter Krieger und Experte für Sowjet-Zentralasien, schrieb: „Trotz der Weiterführung von antireligiöser Propaganda unter Breschnjew tolerierte das Regime auch, daß weithin Praktiken eingehalten wurden, die man gemeinhin mit dem Islam in Verbindung bringt."

Einige dieser Praktiken, wie die männliche Beschneidung, die Beerdigung in Tüchern statt in einem Sarg und der Verzicht auf Schweinefleisch, spiegeln nur die Unterschiede der menschlichen Kulturen wider. Aber andere Praktiken, die mit dem Islam zusammenhängen — wie die Zwangsehe für sehr junge Frauen —, sind grundlegend unterdrückerisch und sollten nicht toleriert werden. Das sowjetische Recht verbot die Heirat von Mädchen unter 16 Jahren. In vielen Fällen jedoch wurde dieses Verbot umgangen, indem es erst eine religiöse Zeremonie gab und man gewartet hat bis zur Geburt eines Kindes, am liebsten eines Jungen, um die Ehe bei den staatlichen Ämtern anzumelden.

Weil die korrupte stalinistische Bürokratie die demokratischen legalen Rechte der moslemischen Frauen praktisch ignorierte, griffen diese häufig zum Selbstmord — oftmals in der traditionellen Form der Selbstverbrennung —, um einer Zwangsheirat zu entgehen oder einem brutalen Ehemann zu entkommen. Im Geiste von Glasnost gab die usbekische Regierung zu, daß es zwischen 1987 und 1989 fast 900 solcher Selbstverbrennungen gegeben hat. 1987 berichtete die *Komsomolskaja Prawda*, die Zeitung der Jugendorganisation der KPdSU, warum so viele zentralasiatische Frauen zur Selbstzerstörung getrieben wurden:

> „Der Vater des einen Mädchens wollte sie nicht zur Schule gehen lassen, und sie konnte das nicht ertragen. Die Verwandten eines zweiten Mädchens, bei denen es lebte, versuchten sie zwangsweise zu verheiraten. Ein drittes wurde vom Ehemann geschlagen, von den Verwandten verhöhnt und sah keinen Ausweg mehr..." (Zitiert nach: *Women Against Fundamentalism* [Frauen gegen Fundamentalismus] Nr. 3, 1992)

Es wurden auch Fälle angeführt, wo Väter ihre ungehorsamen Töchter umgebracht hatten.

Zur gleichen Zeit sollte hervorgehoben werden, daß *säkularisierte* zentralasiatische Männer, die mit der islamischen Tradition gebrochen hatten, im allgemeinen *aufgeklärter* gegenüber Frauen waren als der typische russische Mann. Slawische Frauen, die in Taschkent einen Usbeken oder Tadschiken geheiratet hatten, erzählten dem amerikanischen Geographen Ronald Wixman vor einigen Jahren, daß ihre Ehemänner, anders als viele russische Männer, sich nie betranken oder ihre Frauen und Kinder mißhandelten. Die Minderheit der säkularisierten kosmopolitischen zentralasiatischen Männer und Frauen kam jedoch unter Druck vom wiederaufsteigenden islamischen Fundamentalismus, der vom „liberalen" Gorbatschow-Regime ermutigt wurde.

Die Schlacht um Zentralasien

Bei einer All-Unions-Frauenkonferenz in Moskau 1987 verurteilte G. B. Bobosadykowa, eine Sekretärin des KPdSU-Zentralkomitees in Tadschikistan, „Gleichgültigkeit und Kompromisse mit den Überbleibseln der Vergangenheit" und forderte eine verstärkte „atheistische Propaganda und Erziehung". Zusätzlich zu solcher Propaganda und Erziehung waren sicherlich strenge Maßnahmen notwendig, um bei moslemischen Patriarchen Respekt für sowjetische Gesetze zum Schutz der demokratischen Rechte von Frauen wiederherzustellen. Es geschah jedoch genau das Gegenteil. Die Leben-und-leben-lassen-Haltung des Breschnjew-Regimes wurde unter Gorbatschow abgelöst von aktiver Beschwichtigung der religiösen Reaktion — der christlich-orthodoxen Kirche in den slawischen Republiken, des Islam in Zentralasien. Militanter antisowjetischer Fundamentalismus wurde so von der Regierung toleriert und teilweise von der arroganten Kolonialistenmentalität der russischen Zuwanderer der jüngsten Zeit noch angefacht. (Die ältere Generation von Europäern in Zentralasien —

Fortgesetzt auf Seite 20

Frauen...

Fortsetzung von Seite 19

von denen viele unter Stalin dorthin ins Exil gezwungen worden waren — war im allgemeinen ihren turksprachigen und tadschikischen Nachbarn und Mitbürgern gegenüber respektvoller.)

1990 drohten die selbsternannten „Wahabbis" an der Universität von Samarkand, jede Studentin umzubringen, die in westlicher Kleidung an der Demonstration am 1. Mai teilnimmt. Im gleichen Jahr berichteten Augenzeugen, daß es während regierungsfeindlicher Unruhen in der Hauptstadt von Tadschikistan zur Vergewaltigung von Frauen in westlicher Kleidung gekommen ist. Die fundamentalistische Partei der Islamischen Erneuerung (IRP) kam aus dem Untergrund hervor, um die stalinistischen Regime in Usbekistan und Tadschikistan herauszufordern.

Als nach dem August 1991 die UdSSR auseinanderbrach, waren die zentralasiatischen herrschenden Cliquen so fest etabliert, daß sie die politische Macht behielten. Sie verurteilten sofort den Kommunismus und erklärten, daß sie für einen westlich orientierten „säkularen" Staat nach dem Vorbild der Türkei einträten. Özals Türkei, ein NATO-Mitglied mit einer Sprache, die mit den Sprachen der meisten zentralasiatischen Nationalitäten verwandt ist, ist zur Hauptagentur für westliche imperialistische Interventionen in der Region geworden. Zur gleichen Zeit konkurriert das Regime in Ankara mit Saudi-Arabien und dem Chomeini-Iran, die die fundamentalistischen Oppositionen unterstützen, um Einfluß.

Während sich die alten stalinistischen Mafias in den Ministerien halten, ist der Fundamentalismus an der Basis der entstehenden bürgerlichen Staaten Zentralasiens im Aufstieg. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten tragen einige usbekische Schulmädchen in Taschkent — der am meisten europäisierten Stadt in der Region —, die früher immer westliche Kleidung getragen hatten, jetzt das weiße vom Kopf bis zu den Füßen reichende Tuch als Symbol islamischer „Sittsamkeit". Im usbekischen Ferganatal — dem Baumwollproduktionszentrum Zentralasiens — haben sich fundamentalistische Banden, die man Adolat nennt, selbst zum Gesetz erklärt. Sie haben inoffizielle Gerichte geschaffen, wo angeblichen Dieben die Hände abgeschlagen werden.

Im benachbarten Tadschikistan hat der Konflikt zwischen alten stalinistischen Bürokraten und Fundamentalisten zu einem blutigen Bürgerkrieg geführt. Diese ehemalige Sowjetrepublik besteht aus zwei unterschiedlichen Regionen, die von einer Bergkette getrennt werden. Das nördliche Tadschikistan wurde vom Industriezentrum Leninabad (jetzt umbenannt in Chujand) dominiert. Die Arbeiterklasse bestand aus Usbeken und Tadschiken, zentralasiatische Ingenieure und Techniker arbeiteten Seite an Seite mit ihren slawischen Kollegen. Diese kosmopolitische Stadt war die wichtigste einheimische Basis der politischen Unterstützung für das tadschikische stalinistische Regime. Letztes Jahr gab selbst ein Unterstützer der Islamischen Erneuerungspartei zu: „Die IRP ist immer noch sehr schwach. Unser Volk ist noch nicht bereit für die Religion. Die kommunistische Parteiideologie ist hier immer sehr stark gewesen" (Londoner *Guardian,* 19. Mai 1992).

Das südliche Tadschikistan — wo die Hauptstadt Duschanbe liegt — ist vorherrschend ländlich und größtenteils ethnisch tadschikisch, daher sind islamischer Traditionalismus und Klanloyalitäten viel'stärker ausgeprägt. Anders als andere zentralasiatische Nationalitäten sprechen die Tadschiken keine Turksprache, sondern Farsi, die im Iran vorherrschende Sprache. Deshalb bekam die Islamische Erneuerungspartei (obwohl sie eher sunnitisch als schiitisch moslemisch ist) die Unterstützung des fundamentalistischen Teheraner Regimes. Und direkter noch, afghanische tadschikische Mudschaheddin agierten als Stoßtruppen für die Fundamentalisten in diesen ehemaligen Sowjetrepubliken.

Im Herbst 1991 gewann der noch aus der Breschnjew-Ära stammende Parteiboß von Tadschikistan, Rachman Nabijew — der sich als einziger zu dieser Zeit immer noch kommunistisch nannte —, eine freie Präsidentschaftswahl gegen eine unheilige Allianz von Islamischer Erneuerungspartei und einer Handvoll antikommunistischer „Demokraten". Aber im folgenden Frühjahr inszenierten die Fundamentalistenblutige Unruhen in Duschanbe, und Nabijew kapitulierte und bot der IRP den Löwenanteil der Ministerien in einer Koalitionsregierung an. Die Unruhen wurden von herangekarrten Mobs unter der Führung von „Milizen" inszeniert, bewaffnet von tadschikischen Mudschaheddin, die über die Grenze von Afghanistan eingesickert waren.

Zu diesem Zeitpunkt brachte die amerikanische sozialdemokratische Zeitschrift/« *These Times* [In diesen Zeiten] (10. Juni 1992) einen Artikel des in Moskau stationierten Journalisten Wladimir Klimenkow aus Tadschikistan, der triumphierend verkündete: „Der Zusammenbruch des kommunistischen Parteimonopols leitet für die kleinsten und ärmsten Republiken der ehemaligen Sowjetunion eine neue Ära der Hoffnung und Unsicherheit ein." Diese schweinischen Sozialdemokraten — die ach so politisch korrekt sind, wenn es um die Anliegen amerikanischer kleinbürgerlicher Feministinnen geht — bejubeln „eine neue Ära der Hoffnung" in Zentralasien unter der Herrschaft von Klanmitgliedern der afghanischen Mudschaheddin, die Lehrer erschossen, weil diese den Mädchen das Lesen beibrachten. Der antikommunistische Triumphalismus von Klimenkow//« *These Times* erwies sich jedoch als voreilig.

Im September zwang die IRP Nabijew zum Rücktritt, und er floh zu seiner politischen Hauptbasis Leninabad/Chujand. Ein paar Monate später eroberten militärische Einheiten, die dem alten stalinistischen Regime, jetzt in Tadschikische Volksfront umbenannt, loyal geblieben waren, Duschanbe zurück. Ein Vertreter des Außenministeriums der neuen Regierung, in dessen Büro ein Poster von Madonna an der Wand hängt, sagte der *Los Angeles Times* (2. Februar), „wir wollen in einer aufgeklärten demokratischen Gesellschaft leben, nicht wie im Iran". Nun war es an den Fundamentalisten, zu ihrer politischen Hauptbasis zu fliehen, über die Grenze ins tadschikische Gebiet Afghanistans, das in einem allseitigen Krieg, Stamm gegen Stamm,



Sowfoto

Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft in Sowjet-Zentralasien halfen, islamischem Traditionalismus Boden zu entziehen

auseinandergebrochen ist.

Die westliche bürgerliche Presse hat im allgemeinen den Bürgerkrieg in Tadschikistan als einen Konflikt zwischen rivalisierenden Klans abgehandelt, die Bezeichnungen „kommunistisch" und „fundamentalistisch" hätten dabei keine wirkliche Bedeutung. Zweifellos mobilisierte die Nabijew-Gäng ihre Stammesbrüder gegen die im Süden basierte IRP. Die ehemaligen stalinistischen Apparatschiks hatten auch die Befehlsgewalt über einen loyalen Militàrapparat, aufgebaut durch jahrzehntelanges Protektionswesen. Aber es ist unbestreitbar, daß Tadschikistans kleines und ethnisch gemischtes Proletariat und seine säkularisierte Intelligenz, konzentriert in Leninabad/Chujand, die Volksfront gegen die Fundamentalisten unterstützten. Es ist ebenso unbestreitbar, daß eine IRP/Mudschaheddin-Regierung alle Frauen in Tadschikistan zurückwerfen würde auf die entwürdigenden und versklavenden Bedingungen, unter denen Frauen in Afghanistan und Iran leben.

Ein Artikel über tadschikische Flüchtlinge in Afghanistan, der vor kurzem in der *New York Times* (14. Januar) erschien, enthüllt den enormen Fortschritt, den moslemische Frauen — sogar die rückständigsten und am stärksten der Tradition verbundenen — in der ehemaligen Sowjetunion gemacht haben:

> „Tadschikische Frauen tragen Kopftücher, meiden aber den Tschador, den Überwurf, der vom Kopf bis zu den Füßen reicht und von Frauen in den konservativsten islamischen Gesellschaften getragen wird. Tadschikische Frauen zögern auch nicht, Männern in der Öffentlichkeit zu widersprechen und vertreten entschieden ihre Meinung. Viele der Frauen hier hatten Arbeit in Tadschikistan, im scharfen Gegensatz zu der Situation der Frauen in strikt moslemischen Ländern, die normalerweise zu Hause bleiben."

Die Auswirkungen von sieben Jahrzehnten wirtschaftlicher Entwicklung und sozialen Fortschritts, eingeleitet durch die Oktoberrevolution, wenn auch deformiert durch den Stalinismus, waren in Sowjet-Zentralasien zu stark, um nach dem Auseinanderbrechen der UdSSR den islamischen Fundamentalisten einen schnellen und leichten Sieg zu verschaffen. Jedoch ist das Schicksal dieser Region heute, wie seit mehr als einem Jahrhundert, direkt mit dem ihres mächtigen russischen Nachbarn verbunden.

Die Konsolidierung des im Aufbau begriffenen bürgerlichen Staates in Rußland, höchstwahrscheinlich in einer nationalistisch-bonapartistischen Form, würde die Kräfte des islamischen Fundamentalismus in Zentralasien enorm stärken. Wenn es jedoch der Arbeiterklasse in Rußland unter der Führung einer wirklich kommunistischen Partei gelingt, die kapitalistischen Restaurateure zu stürzen, dann würde dies alle fortschrittlichen sozialen Kräfte in Zentralasien mit sich reißen und die befreienden Ziele der bolschewistischen Revolution mit neuem Leben erfüllen.

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution

Die Oktoberrevolution verkündete als eines ihrer grundlegenden Ziele die Beendigung der Unterdrückung der Frau, der ältesten und am tiefsten verwurzelten Form der Unterjochung in der menschlichen Gesellschaft. Die Politik des frühen sowjetischen Staates war trotz der Verwüstungen infolge des Bürgerkrieges und trotz der Belagerung durch feindliche kapitalistische Mächte dennoch ein Modell der sozialen Emanzipation. Wie Trotzki schrieb: „Die Revolution unternahm einen heroischen Versuch, den sogenannten ‚Familienherd' zu zerstören, jene archaische, muffige und starre Einrichtung, in der die Frau der werktätigen Klassen von der Kindheit bis zum Tode wahre Zwangsarbeit leisten muß."

Aber Stalin und seine Erben zogen im Namen der „sozialistischen Familie" und des „Sozialismus in einem Land" die Befreiungsziele des Kommunismus in den Dreck. Sieben Jahrzehnte bürokratischer Degeneration des sowjetischen Staates gipfelten nun in einer kapitalistischen Konterrevolution, die auf den sozialen Errungenschaften und demokratischen Rechten der Frauen von Zentraleuropa bis Zentralasien herumtrampelt.

Es muß wieder eine kommunistische Bewegung zusammengeschmiedet werden, eine Bewegung, die angetrieben ist vom Haß auf kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung und inspiriert vom Befreiungsprogramm des revolutionären Bolschewismus. Die Emanzipation der Frauen ist untrennbar verbunden mit dem Kampf für eine weltweite kommunistische Ordnung, die alle Formen nationaler und rassischer Ungleichheit überwindet und allen Individuen die Freiheit garantiert, ihre Fähigkeiten maximal zu entfalten auf der Basis der kollektiven Kontrolle der Menschheit über die Naturkräfte.»



Ahmed Rashid

Wiederaufstieg des islamischen Fundamentalismus in den ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken. Usbekische Schulmädchen in Taschkent tragen das weiße Kopftuch als Symbol der „Reinheit"

KONTAKTADRESSEN

Berlin SpAD, Postfach 51 0655, 13366 Berlin
Telefon: (030)4927866

Duisburg T. Endruweit, Postlagernd
47051 Duisburg
Telefon: (02 03) 6 58 92 (abends)

Halle SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle
Telefon: (0345)29055

Hamburg SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)

Ukraine...

Fortsetzung von Seite 4

der Planwirtschaft hat auf die Ukraine verheerende Auswirkungen gehabt. Viele Betriebe, wie Charkows riesiges Motorenwerk Hammer und Sichel, haben die Produktion eingestellt, weil aus Rußland keine Teile kommen. Die rapide steigenden Preise in der Ukraine sind größtenteils das Ergebnis der immer schneller steigenden Kosten der Energieimporte.

Angesichts dieser Situation haben die Bergarbeiter verlangt, daß Renten- und Lohnerhöhungen an die Preissteigerungsrate gekoppelt werden und Lebensmittelpreise sowie Steuern gesenkt werden. Doch das Streikkomitee, das von der Unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft (NPG) geführt wird und eng mit den Bergwerksdirektoren zusammenarbeitet, hat den Streik zunehmend nach eigenen politischen Vorstellungen manipuliert und ein Referendum über Krawtschuk und die Regierung gefordert sowie regionale „Selbstverwaltung". Die Bergwerksdirektoren wollen regionale Autonomie, um die Kontrolle über die Profite aus dem Verkauf der Kohle auszuüben.

Mittlerweile forderte Berichten zufolge eine Demonstration von mehreren tausend „Kommunisten" und „Sozialisten" im nahegelegenen Lugansk, daß das Gebiet an Rußland angeschlossen wird. Um unter der vorwiegend ethnisch russischen Bevölkerung in der östlichen Ukraine eine nationalistische Stimmung aufzupeitschen, fordert die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU), Nachfolgerin der alten Kommunistischen Partei, auch, „Russisch zur offiziellen Sprache des Donezk-Gebiets" zu machen.

In Moskau gab die Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKRP) noch nicht einmal Lippenbekenntnisse für den Streik ab, sondern tat sich statt dessen mit dem faschistoiden Russischen Nationalen Sobor zu einer kleinen „rot"-braunen Demonstration vor dem Fernsehzentrum Ostankino zusammen, die von üblen antisemitischen Tiraden gekennzeichnet war. Mit ihrer Propaganda für russischen Nationalismus — unter dem Deckmantel von „Sowjetpatriotismus" — befinden sich die verschiedenen stalinistischen Ehemaligen in einem Block mit kapitalistisch-korporatistischen Kräften wie Arkadi Wolski und dem russischen Vizepräsidenten Alexander Ruzkoi.

Die streikenden Bergarbeiter sind überwiegend *antinationalistisch* und würden viel lieber in einer wiedervereinigten Sowjetunion leben. Ein riesiges rotes Banner bei der Demonstration am 14. Juni verkündete: „Nationalismus darf nicht durchkommen!" Ein Sprecher der nationalistischen Ruch-Bewegung wurde bei einer früheren Demonstration ausgebuht mit Rufen wie „Mörder unserer Kinder", in Erinnerung daran, wie ukrainische Nationalisten beim Nazi-Völkermord mitgemacht haben. Bergarbeiter sind stolz darauf, daß unter ihnen über 100 Nationalitäten vertreten sind. Wie ein Bergarbeiter sagte: „Wir haben Juden, Tataren, Ukrainer und Russen, alle arbeiten im Schacht zusammen." Großrussischer Chauvinismus ist ein Feind der russischen Arbeiter. Nur auf der Basis des leninistischen Internationalismus, der nationale Selbstbestimmung und volle demokratische Rechte für alle Nationalitäten garantiert, kann die Sowjetunion auf ihren ursprünglichen revolutionären Grundlagen wiedergeschmiedet werden.

Das Donbass war eine Schlüsselbastion des riesigen Bergarbeiterstreiks von 1989 gegen die Auswirkungen von Gorbatschows Perestroika-„Marktreformen". Jener Streik markierte einen Höhepunkt im militanten Kampf der Arbeiterklasse, da Streikkomitees die Kontrolle über die Verteilung übernahmen und Verteidigungsgruppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung organisierten, was direkt die Möglichkeit der Doppelherrschaft und einer proletarisch-politischen Revolution eröffnete, die den ganzen bankrotten stalinistischen Apparat weggefegt hätte, der — von Stalin bis Breschnjew und Gorbatschow — die Sowjetunion ausgezehrt und unterminiert hatte. Erinnerungen an den Streik von 1989 sind bei den Donezk-Bergarbeitern heute immer noch lebendig. Ein junger Bergarbeiter erzählte uns:

> „1989 hatten wir Arbeiterverteidigungsgruppen, die in der Stadt patrouillierten. Die Verbrechen hörten völlig auf. Alle Geschäfte und Staatsläden wurden kontrolliert, um Preiserhöhungen zu unterbinden. Alle Geschäfte konnten überprüft werden, um das Horten von Vorräten zu verhindern. Aber selbst das ist nicht genug. Was wir wirklich brauchen, über Arbeiterverteidigungsgruppen hinaus, ist eine wirkliche Arbeiterpartei."

Auch bei diesem Streik haben Arbeiter schon Patrouillen aufgestellt, die die Miliz (Polizei) in Schach halten. Die Bergarbeiter ließen sich durch Gerüchte über Truppenbewegungen nicht einschüchtern.

Doch wie Streikende erbittert aufzeigen, wird dieser Streik von oben straff kontrolliert: „Dies ist nicht das gleiche wie der 89er Streik. Damals hatten wir einen soliden Streik. Jetzt erzählt man uns praktisch nichts." Viele Führer, die aus den einfachen Arbeitern von 1989 hervorgingen, wurden vom Regime mit Regierungsposten gekauft oder in einigen Fällen bei mysteriösen „Unfällen" getötet. Die NPG wurde nach jenem Streik von einer Clique Jelzinfreundlicher „Führer" gegründet, die vom „AFL-CIA" gesponsert wurden. Gemeinsam mit anderen „unabhängigen" Gewerkschaften unterstützte sie Jelzin beim russischen Referendum am 25. April. Doch als im letzten Sommer die Jelzin-freundliche Fluglotsengewerkschaft streikte, brachen Jelzin lind Ruzkoi den Streik rücksichtslos. Ebenso verließ sich die ukrainische NPG-Führung auf Krawtschuk, den ehemaligen stalinistischen Chef der Ukraine, der sich mühelos und über Nacht zum Kapitalismus bekehrte.

Zu den Forderungen, die vom Koordinationskomitee aufgestellt wurden, gehört der Aufruf, die Kaufkraft der Arbeiter wieder auf das Niveau von 1988 zu bringen. Auf die Frage, wie dies durchgesetzt werden könnte, antworten Vertreter des KomiteesH-„Soll der Staat sich seine Gedanken darüber machen." Aber dieser *kapitalistische* Staat kann die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie in dem ehemaligen Arbeiterstaat existierten, nicht wiederherstellen, auch wenn dieser durch die Mißwirtschaft der stalinistischen Bürokratie deformiert war. Um den Arbeitern wirtschaftliche Sicherheit zu bringen, ist es notwendig, die Wirtschaft wiederzubeleben, die zentrale Planung und das Kollektiveigentum an Produktionsmitteln wiederherzustellen und die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den verschiedenen Regionen der ehemaligen Sowjetunion wiederzuschmieden. Dazu ist *eine sozialistische Revolution* notwendig, die alle konterrevolutionären Regime wegfegt, vor allem den dominierenden russischen Staat, und die die Arbeiter über ihre eigenen demokratisch gewählten Sowjets an die Macht bringt.

Die große Mehrheit der Streikenden sieht, trotz aller Militanz und Frustration, keine Alternative zur augenblicklichen Führung. Aber wenn ihre Hoffnungen wahr werden sollen, liegt der Schlüssel im Aufbau einer revolutionären Partei, geschmiedet in unversöhnlicher Opposition gegen alle Varianten von Nationalismus und alle Flügel der Möchtegern-Ausbeuter. Ein älterer Streikführer meinte, nachdem er unseren Artikel gelesen hatte: „Dies ist absolut richtig. Die Partei war vor Lenins Tod eine wirkliche Partei der Arbeiter und eine revolutionäre Partei. Danach wurde sie wirklich zu einer Partei von Abschaum." Es ist notwendig, jetzt damit anzufangen, von neuem eine Partei Lenins und Trotzkis aufzubauen, die die sowjetischen Arbeiter wieder an die Spitze des Kampfes für die sozialistische Weltrevolution stellen kann.«

Bischofferode...

Fortsetzung von Seite 24

die Kali-Kumpel tatkräftig zu unterstützen. *Schreibt an: Kaliwerk Bischofferode, 99768 Bischofferode, Fax: (036077) 9 92 71. Telefon: (03 60 77) 9 94 74 oder 9 9415 oder 9 94 70. Spendet an: Spendenkonto Kaliwerk Bischofferode, Kreissparkasse Worbis, Konto-Nr. 36031038, BLZ 82054022.*

Die kapitalistische Konterrevolution hat die Wirtschaft der DDR zerstört, nicht aber die Arbeiterklasse und ihre Kampfkraft! Die Arbeiter haben mit dem Metaller- und Stahlarbeiterstreik im Frühjahr ihre Kampfkraft gezeigt,



Spartakist

Bischofferode, 10. Juli: 5000 Arbeiter gegen Arbeitsplatzvernichtung

und im Mai letzten Jahres haben sie mit dem ÖTV-Streik Kohl eine Ohrfeige verpaßt. Zuerst haben die Bosse uns. erzählt, daß die Metaller nicht gewinnen können. Doch sobald die Ausweitung auf den Westen greifbar nahe war, haben die SPD-Gewerkschaftsbürokraten den Streik ausverkauft. Deshalb heißt die notwendige Ausweitung ein Kampf um die Führung der Gewerkschaft. „Bischofferode ist nicht zu halten", sagte Hans Berger, der SPD-Chef der IG Bergbau, der die ganze Zeit im Bett mit der Treuhand war! Er schließt sich der Breuel-Behörde und der Kohl-Bande an, die das Lied der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* singen, „daß ihr Kampf vergeblich ist". Berger unterscheidet sich nicht qualitativ von Rappe und auch den IGM-Bonzen, die mit in der Treuhand sitzen und deren Repräsentanten sich in den Betriebsräten daran beteiligen, ganze Fabriken dichtzumachen. Die ganze prokapitalistische Bürokratie muß aus den Gewerkschaften rausgeschmissen werden, um die IGBE und alle Gewerkschaften zu Kampfinstrumenten der Arbeiter zu machen anstelle von Agenturen des Kapitals!

Dieser Kampf kann Schockwellen durch das ganze Land senden, genau aus diesem Grund hassen ihn die Frankfurter Bankier-Journalisten und Kohls Gönner bei der IG-Farben-Nachfolgerin BASF so sehr, und die SPD-Gewerkschaftsbürokraten fürchten die Kali-Kumpel wie den Teufel. Deshalb schickten sie Polizei-Provokateure in die Bergarbeiter-Demonstration in Erfurt, wie schon zuvor zum Protest vor der Treuhand in Berlin. Die Antwort der Kumpel war, daß sie jetzt soweit sind, den Rücktritt einer Regierung zu fordern, die den Arbeitenden keine Existenz bieten kann. Richtig! Es geht um die Macht! Um die Konterrevolution und die Offensive des Kapitals zurückzuschlagen, brauchen die Arbeiter eine revolutionäre Partei! Dafür kämpfen die Spartakisten.

Organisiert Solidaritätsstreiks! Macht die BASF-Gruben bei Kassel dicht! Weitet den Kampf aus, in den Westen wie in den Osten; ins Ruhrgebiet, zu den schweren Bataillonen der Arbeiterklasse bei Stahl, Auto, Schiffbau. Die zahlreichen Immigranten, darunter Zehntausende Türken und Kurden, die eine Schlüsselrolle in der Produktion spielen, können ihre Kampferfahrung in vorderster Reihe einsetzen.

Die Antwort von Berger und von SPD/DGB auf die kapitalistische Krise ist Protektionismus, wo deutsche Arbeiter gegen Arbeiter im Ausland und jetzt Wessis gegen Ossis ausgespielt werden. Die PDS behauptet, der beste Verteidiger der Ostdeutschen zu sein. Aber Gysi und Hans „Deutschland, einig Vaterland" Modrow leisteten Überstunden, um die DDR und die sozialen Errungenschaften des deformierten Arbeiterstaates an die Bourgeoisie von Auschwitz zu verschenken. Modrow fuhr 1990 persönlich nach Rottleberode, um die Besetzung und den Hungerstreik der Bergleute dort auszuverkaufen. Diese PDS-Helden der bürgerlichen Demokratie tragen einen großen Teil Verantwortung für die Massenarbeitslosigkeit und Verwüstung der Ex-DDR. Im Gegensatz dazu sagten die Spartakisten von Anfang an „Nein" zur kapitalistischen Wiedervereinigung.

Die Arbeiterklasse ist eine internationale Klasse. Die britischen Bergarbeiter erhielten in ihrem über einjährigen Kampf 1984/85 finanzielle Unterstützung von den superausgebeuteten schwarzen Bergarbeitern in Südafrika bis zu den Bergwerken der ehemaligen Sowjetunion. Heute kämpfen die Kumpel von Polen bis zum Donbass in der Ukraine gegen die verheerenden Auswirkungen der kapitalistischen Konterrevolution. Die Internationale Kommunistische Liga kämpft für die Herrschaft der Arbeiterklasse und für die revolutionäre Einheit der polnischen, sowjetischen und deutschen Arbeiter in der Tradition von Luxemburg, Lenin und Liebknecht!

Im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse müssen die Gewerkschaften dafür mobilisiert werden, Immigranten und Flüchtlinge gegen Nazi- und Staatsterror zu verteidigen. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Die SPD stimmte am Vorabend der Nazi-Brandanschläge in Rostock und erneut in Solingen der Vernichtung des Asylrechts zu. Die Bergarbeiter in Hoyerswerda hatten die Macht und den Willen, die rassistischen Skinhead-Banden wegzufegen. Was gefehlt hat, war eine entschlossene Führung. Und wenn die Kumpel damals die Sache erledigt hätten, hätten Rostock, Mölln und Solingen vielleicht nie stattgefunden.

Die Massenverelendung und Verzweiflung, die von der kapitalistischen Konterrevolution hervorgerufen wurden, sind der Nährboden für den Nazi-Terror. Die Kali-Arbeiter verlangen Arbeit für alle. Dies können wir erreichen durch den Kampf für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände, wie wir Trotzkisten fordern. Nicht eine 35-Stunden-Woche, die die IG Metall gefordert hat und jetzt aufgibt, um mehr Beteiligung am Management zu kriegen, sondern die volle Beseitigung der Arbeitslosigkeit bei vollem Lohnausgleich. Das aber bedeutet den Kampf für eine Arbeiterregierung. Um ein für alle Mal Schluß zu machen mit Unterdrückung und Nazi-Terror, müssen wir die Bourgeoisie stürzen durch eine Arbeiterrevolution, die allen Werktätigen eine Zukunft bieten kann.«

SPARTAKIST

Stürzt Kohl/Treuhand-Bande, schmeißt SPD/DGB-Verräter raus!

Bischofferode: Kampfruf an Arbeiter in Ost und West!



dpa

17. Juli — Mit 91 Prozent stimmten die Kalikumpel in Bischofferode für die Fortsetzung ihres Kampfes. Fünf Frauen haben sich bisher dem Hungerstreik angeschlossen. Bei Bergarbeitern von Belgien und den Niederlanden über

Für eine Arbeiterregierung!

Britannien und Polen wächst die Solidarität mit den mutigen Frauen und Männern in Bischofferode. Eine der Besetzerinnen aus Bischofferode erklärte der polnischen Zeitung *Gazeta Wybawca:* „Es geht um unsere Jobs und die Jobs unserer Männer, aber auch gegen die Politik der Regierung gegen Frau und Kind. Sie schließen weiterhin Kindergärten und Kinderkrippen, um Frauen dazu zu zwingen, zu Hause zu bleiben. Ich will doch Geld verdienen." Wir kämpfen international für die Mobilisierung von Solidaritätsaktionen. Unsere Genossen der Spartakusowska Grupa Polski haben eine Erklärung zu Bischofferode herausgebracht und sind bei Bergarbeitern und Textilarbeiterinnen auf lebendiges Interesse gestoßen, genau wie bei der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM, mit der unsere Genossen dort in Verbindung stehen. Das Flugblatt vom 16. Juli, das wir nachstehend abdrucken, haben wir bisher an Stahl- und Bergarbeiter von Hennigsdorf bis zum Ruhrgebiet verteilt. In Bischofferode, wo unsere Genossen bei der heutigen Kundgebung sprachen, gab uns ein Mitglied des Sprecherrats die folgende Erklärung:

> „Wir sind bloß ein kleiner Betrieb. Wir sind nur eine Belegschaft von 700 Mann. Wir probieren, ein Zeichen zu geben. Laßt euch das nicht gefallen. Laßt euch von oben nichts aufdrücken. Wir halten hier durch. Wir kämpfen für euch alle. Zieht alle nach. Egal, wo ihr wohnt, wo ihr lebt, was ihr seid, welche Hautfarbe, welchen Glauben ihr habt, kämpft mit uns!"

In Bischofferode kämpfen die Kumpel erbittert gegen die Zerstörung ihrer Gruben. 40 Kumpel sind im Hungerstreik, die Frauen haben seit Wochen in Solidarität den oberen Schacht besetzt. Sie kämpfen für die Millionen Arbeiter, die im Osten ihre Arbeit verloren haben, und für die Arbeiter im Westen, die für die Konterrevolution bezahlen sollen mit Betriebsschließungen, Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau. Arbeiter-Delegationen von Buna bis Rheinhausen waren bei den Bergarbeiterdemonstrationen und unterstützen sie mit Geldsammlungen.

Den Bergleuten des Thomas-Müntzer-Schachts und darüber hinaus sagen wir mit Thomas Müntzers *Manifest an die Bergknappen* von 1525: „Dran, dran, dran! Regt an in Dörfern und Städten und sonderlich die Berggesellen mit anderen gute Burschen... Dran, dran, dran, dieweil das Feuer heiß ist!" Die Spartakist-Arbeiterpartei ruft alle Gewerkschaften und die ganze Arbeiterbewegung auf,

Fortgesetzt auf Seite 23

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 106 SEPTEMBER 1993 50 Pfennig

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Abtreibungsrecht im Visier der Konterrevolution



Spartakist



Le Bolchevik

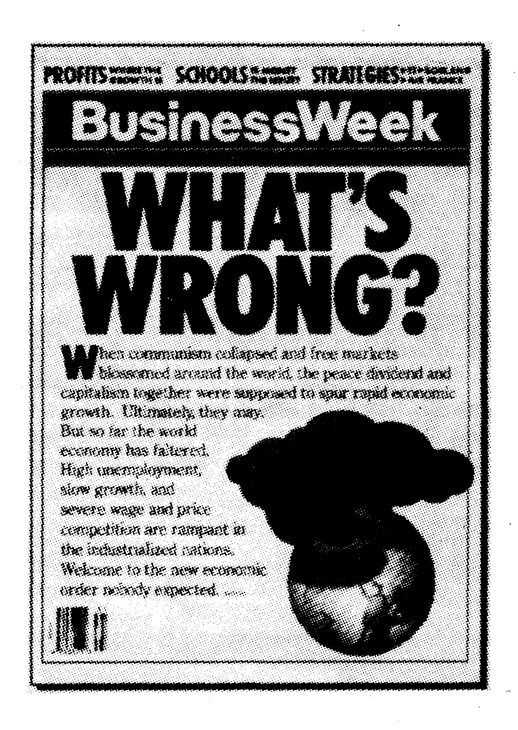
Berlin: Spartakisten intervenieren bei Protest gegen Paragraph 218. Rechts: Polnische Frauen verkaufen Armseligkeiten. Kapitalistische Konterrevolution in Osteuropa hat unglaubliches Elend für die Frauen gebracht

Frauen in Polen und Deutschland werden mit drastischen Angriffen auf das Abtreibungsrecht konfrontiert. In Polen sind Abtreibungen jetzt im wesentlichen illegal; in Deutschland wird Abtreibung als „rechtswidrig" praktisch aus öffentlichen Krankenhäusern verbannt. Für arme, werktätige, eingewanderte Frauen heißt dies Verelendung. Denn Frauen sind in der gegenwärtigen tiefen wirtschaftlichen Krise überall die ersten gewesen, die massenhaft in Arbeitslosigkeit und Verarmung gezwungen wurden. In den ehemaligen deformierten Arbeiterstaaten ist die umfassende soziale Versorgung, wie die allgemein zugängliche Kinderbetreuungj im großen Stil demontiert worden; in Westdeutschland war die Kinderversorgung immer das Privileg einer winzigen Minderheit.

Nachdem Bonn seine feindliche Übernahme der DDR auf Pump durchgezogen hat, verschrottete es, wie seine imperialistischen Partner in Westeuropa, die kostspieligen „Sozialstaats"programme, die nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichtet worden waren. Damals wurde der westdeutsche Staat von den imperialistischen Siegern als ein „antibolschewistisches Bollwerk" aufgebaut, nachdem die Rote Armee zum Sieg über Hitlers Drittes Reich bis zur Elbe marschiert war. Jetzt sollen die Arbeiter für die habgierige Zerstörung zahlen, die ihre Herrscher angerichtet haben, doch überall in Europa haben die Kämpfe gegen die Zerstörung ihrer Rechte und ihres Lebensstandards begonnen.

Massenarbeitslosigkeit und soziale Verwüstung haben nicht nur schreckliche Verarmung und Elend gebracht, sondern auch einen scharfen Anstieg von rassistischem Terror. Die Internationale Kommunistische Liga warnte vor den schrecklichen Konsequenzen der Wiedereinführung des

Fortgesetzt auf Seite 9



„Neue Weltordnung" heißt Wirtschaftskrise und wachsende interimperialistische Rivalitäten. Die Frankfurter Banklers stürzen den Rest von Westeuropa ins finanzielle Chaos, die Zeitung *El Pais* (Madrid) nennt D-Mark „den Herrn Europas"



Die D-Mark frißt Europa

Im letzten Herbst ließen die deutschen Bankiers endgültig die Illusion einer europäischen Wirtschaftseinheit" sterben. Ende Juli haben sie den Leichnam mit Schimpf und Schande beerdigt. Nach einem erfolgreichen spekulativen Angriff auf den französischen Franc wurden die Überbleib-

„Neue Welt-Unordnung"

sei des Europäischen Währungssystems (EWS), in dem die Wechselkurse der europäischen Währungen zueinander festgeschrieben waren, de facto außer Kraft gesetzt. In Zukunft werden die Währungen innerhalb einer Bandbreite von 30 Prozent um ihren bisherigen Kurs zur D-Mark schwanken dürfen. Die konterrevolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands, die groß als Meilenstein eines vereinigten kapitalistischen Europas angepriesen worden ist, hat sich statt dessen als deren Ende erwiesen.

Während des letzten Jahrzehnts ist „le franc fort" (der starke Franc) als Hauptsymbol für die nationale Größe Frankreichs hochgehalten worden. Solange der Wechselkurs zwischen Franc und D-Mark stabil blieb, konnten die herrschenden Kreise Frankreichs so tun, als ob die Europäische Gemeinschaft sich um eine Achse Bonn-Paris drehen würde. Aber der „starke Franc" ist jetzt, so wie die Maginot-Linie 1940, von der überwältigend überlegenen Stärke eines wiederaufsteigenden Deutschlands weggefegt worden. Heute sind es die Bankiers von Frankfurt, die offen die Richtung vorgeben.

„Die deutsch-französische Achse, die der Motor Europas gewesen ist, ist zerbrochen", lamentierte das *Journal de Dimanche* verbittert. „Die bösen Absichten der Deutschen und der Egoismus der Bundesbank werden Markierungen setzen und schmerzliche Erinnerungen zurücklassen." Die maßgebliche Zeitung *Le Monde* warnte dunkel, daß die „augenblickliche Währungskrise im Schiffbruch des europäischen Projekts enden könnte". Solche antideutschen Stimmungen finden ihr Echo in anderen europäischen Ländern, deren Wirtschaften durch das Finanzdiktat des Vierten Reichs destabilisiert worden sind. „Bundesbank Exterminator" war eine Überschrift in der spanischen Zeitung *El Pais.*

Der ehemalige Außenminister Roland Dumas versprüht sein Gift nicht nur gegen die „egoistischen" Deutschen. Er warf den „Angelsachsen" vor, den Franc unterminiert zu haben, um die europäische „Integration" zu unterminieren. Mittlerweile gefällt sich die kaum handlungsfähige britische Tory-Regierung von John Major in einer selbstgefälligen Pose: „Das haben wir euch ja gleich gesagt", weil sie das Pfund schon vor fast einem Jahr aus dem EWS nahmen, während die Franzosen bei ihren vergeblichen Bemühungen, den Franc zu „verteidigen", ihre Währungsreserven verpulverten.

Was die wirtschaftlichen Entwicklungen angeht, so wird das Ende des festen Wechselkurses zwischen D-Mark und Franc eine neue Periode von Währungschaos in Westeuropa einläuten, markiert von Abwertungen, die Wettbewerbsvorteile schaffen sollen, und anderen handelspolitischen Maßnahmen auf Kosten der Nachbarländer, so wie in den 30er Jahren. Europäische Regierungen können ihr nationales Kosten- und Preisniveau ganz einfach durch eine

Fortgesetzt auf Seite 19



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Uwe Asanov

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg, Fax (040) 33 01 54
Postfach 51 0655, 13366 Berlin, Fax (030)491 1479
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 91 4548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 86-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 106 **September 1993**

Nieder mit der Kohl/Treuhand-Bande! Brecht mit den Sozialdemokraten!

SPD/PDS killten Bischofferode

Der erbitterte Kampf der 700 Kali-Kumpel und ihrer Frauen in Bischofferode gegen die Kahlschlagpläne der Kohl/Treuhand-Bande und deren SPD/DGB-Helfershelfer war zum Symbol für Arbeiterwiderstand gegen Massenentlassungen und Sozialabbau im ganzen Land geworden. Von Suhl bis Rheinhausen sagen die Arbeiter: „Bischofferode ist überall". Die kapitalistische Wiedervereinigung hat die Wirtschaft der ehemaligen DDR verwüstet, während die Frankfurter Bankiers und ihre Vertreter in Bonn einen Schuldenberg anhäuften. Jetzt sollen Werktätige auf beiden Seiten der Elbe dafür mit Massenentlassungen und der Demontage der Sozialprogramme bezahlen.

Deswegen war Bischofferode potentiell so explosiv, und deshalb gab es eine so starke Solidarität in ganz Deutschland und in Westeuropa. Deshalb schrien die Bourgeoisie und ihre unverblümt rechten sozialdemokratischen Agenten in der Arbeiterbewegung so laut, daß die Kumpel ihre Besetzung und ihren Hungerstreik beenden sollten.

Aber die Bischofferöder Bergarbeiter wurden nicht nur von den SPD/DGB-Bonzen verraten. Die Kumpel sind einer Niederlagenstrategie gefolgt, die von der PDS durchgesetzt wurde. Mit der „Aussetzung" der Betriebsbesetzung angesichts'der drohenden Räumung durch Treuhand und Mitteldeutsche Kali AG endete sie jetzt tatsächlich mit einer Niederlage. Die Kumpel haben jetzt einen kräfteverzehrenden Marsch zur Treuhand nach Berlin angetreten. Während die SPD für die BASF die Schließung des Thomas-Müntzer-Schachts durchsetzen will, macht sich die PDS für einen ostdeutschen Kapitalismus stark.

Die Kumpel in Bischofferode sehen ihren Kampf als mit dem der gesamten Arbeiterklasse verbunden. Aber vier Jahrzehnte politische Atomisierung unter stalinistischer Herrschaft, der Klassenverrat der SPD/DGB-Spitzen und die jetzige verzweifelte Ausgangslage haben das Bewußtsein der proletarischen Kampfmethoden weitgehend zerstört. Die Kaliproduktion wurde während des Protestes nicht eingestellt. Dies stand einer Ausweitung des Kampfes durch Streiks, Boykotts und Besetzungen auf andere Betriebe im Weg, besonders auf BASF, wo die Kali-Arbeiter auch vor Massenentlassungen stehen. Der Hungerstreik war *kein* Streik, sondern eine verzweifelte moralische Geste, die Hand in Hand ging mit Illusionen in die Bosse und ihre Regierung sowie mit Appellen an sie.

Um die Arbeitsplätze zu retten, hätten die Arbeiter über den Hungerstreik hinausgehen und die breite Solidarität in *entschlossene* und *militante klassenkämpferische Aktion* verwandeln müssen. Streik und Besetzung hätten auf die Ar-

Fortgesetzt auf Seite 20

Protestiert gegen die antikommunistischen Schauprozesse!

Düsseldorf, 22. September, 8.30 Uhr: Hände weg von Markus Wolf!

Am 23. August verlangte der Staatsanwalt Jahntz vor dem Berliner Landgericht zwölf Jahre Haft für den ehemaligen Verteidigungsminister der DDR, Heinz Keßler, und zehn bzw. acht Jahre für die anderen Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates, Fritz Streletz und Hans Albrecht. Die Justiz des Vierten Reichs will sie bis an ihr Lebensende hinter Gitter sperren, weil sie an führender Stelle den deformierten Arbeiterstaat DDR gegen den BRD- und NATO-Imperialismus verteidigt haben. Besonders Keßler ist in ihrem Visier, der als Jugendlicher aus der Wehrmacht desertierte und auf Seiten der Roten Armee gegen Nazi-Deutschland gekämpft hat.

Und am 22. September setzt die Rachejustiz des Vierten Reichs ihren Düsseldorfer Schauprozeß gegen den von ihnen bestgehaßten Vertreter der DDR fort: Ex-Spionagechef Markus Wolf, der aus einer jüdischen Familie stammt und in der Sowjetunion Exil fand, soll sich wegen „Landesverrats" verantworten. Verrat an welchem Land, wie Markus Wolf fragte? Nicht an der DDR, wegen deren Verteidigung er jetzt verfolgt wird. Und auch eine posthume Zwangseingemeindung von Markus Wolf in das imperialistische Westdeutschland wird schwerlich gemeint sein. Der „Landesverrat", für den er vom rechtlichen Nachfolgestaat des Dritten Reichs vor Gericht gezerrt wird, kann sich nur auf Nazi-Deutschland beziehen, das durch den Sieg der Roten Armee zerschlagen worden ist. Markus Wolf diente dem deformierten Arbeiterstaat DDR, der aus diesem Sieg hervorging.

Nicht die Verteidigung der DDR war ein Verbrechen, sondern ihr Ausverkauf! Wir Trotzkisten rufen zur Protestkundgebung am 22. September vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht auf und fordern: Hände weg von Markus Wolf! Sofortige Freilassung von Heinz Keßler und seinen Mitangeklagten!

Auf Antrag von Markus Wolfs Anwälten sollen an diesem Tag Ex-Außenminister Genscher und sein Nachfolger Klaus Kinkel, 1979-1982 als Chef des Bundesnachrichtendienstes Wolfs Gegenspieler, als Zeugen aussagen. In seiner Rede vor Gericht hatte Wolf am 4. Mai darauf hingewiesen, „daß ich als ehemaliger Leiter des Nachrichtendienstes des einen deutschen Staates vor Gericht stehe, während der ehemalige Leiter genau des gleichen Dienstes im anderen deutschen Staat das vereinigte Deutschland als Außenminister vertritt". Der westdeutsche BND ist die „Truppe für alle Gelegenheiten" des deutschen Imperialismus, die unter dem Nazigeneral Gehlen direkt aus Hitlers Spionageapparat „Fremde Heere Ost" hervorgegangen ist.

Ob mit Günther Guillaume im Kanzleramt oder „Topas" im Brüsseler NATO-Hauptquartier — Wolfs Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) diente jahrzehntelang der Verteidigung der DDR gegen die Imperialisten. Helmut Schmidts *Zeit* (30. Juli), wahrlich kein Sympathisant der HVA, beschreibt die in Düsseldorf vorgeladenen Zeugen: „Zur Besichtigung freigegeben ist eine beachtliche Typenvielfalt von Spionen. Der coole, harte Typ aber, der für Geld alles oder alles für Geld tat, war nicht darunter. Und so verschieden sie voneinander sind, angetrieben wurden sie alle von ideellen, von politischen Motiven." Aber trotz der oft hervorragenden Arbeit zum Schutz des ersten Arbeiterstaates auf deutschem Boden, die Markus Wolf den Namen „Meisterspion" einbrachten, führte er diese im Dienste der stalinistischen Politik der „friedlichen Koexistenz" mit dem Imperialismus aus, die letztlich zur Zerstörung der DDR führte.

Genau wie bei Markus Wolf ist der Prozeß gegen Keßler Teil des Rachefeldzugs der Bourgeoisie und ihrer SPD-Helfer. Keßler soll den Rest seines Lebens hinter Gittern verbringen, weil die Berliner Mauer den Imperialisten den Zugriff auf den Arbeiterstaat verwehrte, wenn auch mit den Methoden einer stalinistischen Bürokratie, die dem „Aufbau des Sozialismus in einem (halben) Land" entsprangen. Die Mauer war das Haßobjekt der Imperialisten, weil sie die Frontlinie der Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution war. Deshalb haben wir Trotzkisten sie verteidigt.

Die PDS, die die Hexenjagd gegen Mielke und Honekker mitgetragen hat und sogar ihre eigenen Parteikassierer Pohl und Langnitschke an den Knast auslieferte, wünscht sich beim Keßler-Prozeß eine „sanftere" Klassenjustiz. *Neues Deutschland* (30. August) bittet das Gericht, sich nicht „vom Geist des kalten Krieges erpressen zu lassen", sondern „etwas für den inneren Frieden zu tun". Doch „ein bißchen Hexenjagd" ist genauso unmöglich wie „ein bißchen kapitalistische Wiedervereinigung" mit 1:1-Wechselkurs, wie es Gysi/Modrow den Arbeitern einreden wollten, um sie mit falschen Versprechungen zu besänftigen und an die Kapitalisten auszuliefern.

Die Hexenjagd soll die Arbeiter vom Kampf gegen die erbarmungslosen Konsequenzen der Zerschlagung und imperialistischen Annektion der DDR ablenken, die Massenarbeitslosigkeit und rassistischen Terror gebracht haben. Wer Widerstand leistet, soll durch die Hexenjagd eingeschüchtert werden. Einschüchterung war auch die Botschaft von Bad Kleinen, wo der RAF-Unterstützer Wolfgang Grams von der GSG-9 am hellichten Tage hingerichtet wurde. Das ist die Wahrheit über die angeblich „neutrale" Klassenjustiz, die von der PDS beschworen wird.

Wir Trotzkisten haben von Anfang an Markus Wolf, Erich Mielke, Heinz Keßler und alle Repräsentanten der ehemaligen DDR gegen die Rachejustiz des Vierten Reichs verteidigt. Beteiligt euch an den Protesten — Vor dem Berliner Landgericht bei der Urteilsverkündung: Freiheit für Heinz Keßler und seine Mitangeklagten! — Vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht am 22. September, 8.30 Uhr: Hände weg von Markus Wolf! Niederschlagung des Verfahrens! «

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 0655, 13366 Berlin Telefon: (0 30) 4 92 78 66
Duisburg	T. Endruweit, Postlagernd 47051 Duisburg Telefon: (0203)65892 (abends)
Halle	SpAD, Postfach 2011 31 06012 Halle Telefon: (0345)29055
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 110231, 20402 Hamburg Telefon: (040)323644

Viertes Reich verurteilt Anti-Nazi-Richter Jürgens

„Bourgeoisie von Auschwitz: Hände weg von Markus Wolf und Otto Jürgens!" riefen Spartakisten auf einer Kundgebung am 1. September vor dem Landgericht Leipzig, das direkt gegenüber dem Gebäude vom Reichsgericht liegt, wo 1933 der Reichstagsbrandprozeß inszeniert wurde. Die Teilnehmer des Protestes forderten: „Weg mit allen Anklagen!" Der überzeugte Antifaschist und ehemalige DDR-Volksrichter Otto Jürgens war angeklagt, 1950 in den „Waldheimer Prozessen" Nazi-Kriegsverbrecher verurteilt zu haben. Zwar wurde diese Anklage auf den Vorwurf der „Rechtsbeugung" reduziert, doch jetzt verurteilte die rachsüchtige Justiz des Vierten Reichs den 87jährigen kurze Zeit nach den Nazi-Morden in Solingen zu zwei Jahren Haft auf Bewährung und zur Zahlung von DM 6000 an den „Bund Stalinistisch Verfolgter". Wenn er sich weigert, soll er sofort ins Gefängnis geworfen werden.

„Es war ein politischer Prozeß", der „aufgrund der politischen Entwicklung ab 1989 möglich wurde", wie Richter Heibig offen erklärte. Nach dem kapitalistischen Anschluß kann die Bourgeoisie mit diesem Prozeß ihre Kontinuität mit dem Dritten Reich offen behaupten. Direkt nach dem Sieg der Roten Armee, die das Nazi-Regime zerstörte, wurden auf dem Gebiet der DDR 520000 Nazis aus dem Staatsapparat, der Justiz und der Industrie entfernt. Internierung und Massenverurteilungen in Ostdeutschland waren ein Teil der Politik, die den bürgerlichen Staat und damit den gesamten Naziapparat *zerschlagen* hat. Dazu dienten die antifaschistischen Prozesse in Waldheim, und deshalb verteidigen wir sie. Wir greifen die stalinistische Bürokratie dafür an, daß sie einige Nazis wie den Judenmörder Just (heute SPD) entkommen ließ, nicht dafür, daß sie mit den Faschisten aufgeräumt hat. Im Gegensatz zum imperialistischen Westdeutschland, dem rechtlichen Nachfolgestaat des Dritten Reichs, wurde die DDR durch die Zerschlagung des Nazi-Regimes durch die Rote Armee auf der Grundlage von proletarischen Eigentumsformen aufgebaut.

Im Westen erhielten die alten Nazis ihre Funktionen wieder zurück. Bekanntlich wurde kein einziger Nazi-Jurist verurteilt. Der Aufschrei, der nach der kapitalistischen Konterrevolution über die Verurteilung von „kleinen Nazis" wie dem faschistischen Staatsanwalt Rosenmüller laut wurde, kommt vom Haß der Bourgeoisie auf alles, was den Arbeiterstaat DDR repräsentierte. Nach dem Schandurteil gegen Jürgens fühlt sich die *taz* (2. September) ermutigt, in unverhülltem Nazi-Jargon gegen eine „SED-gesteuerte Scheinjustiz" und deren „antifaschistische" Jauche" zu hetzen.

Um den Sieg der Roten Armee gegen Hitlers Truppen umzudrehen, muß die Geschichte selbst auf den Kopf gestellt werden — Faschisten werden zu „Opfern" gemacht. Wie Jürgens wurde auch der heldenhafte Antifaschist Gerhard Bögelein zum Opfer einer rabiaten antikommunistischen Hexenjagd. Gerhard wurde am 18. Mai 1992 aus Rache für den Tod eines Nazi-Kriegsrichters verurteilt, den 1947 im sowjetischen Gefangenenlager Klaipeda die antifaschistische Justiz ereilt hatte. Am 9. März 1993 erlag Gerhard Bögelein seiner schweren Krankheit, nach Haft und Folter. Aber das Vierte Reich konnte ihn nicht brechen. Es wird ihm auch bei Jürgens nicht gelingen.

Otto Jürgens wurde verurteilt, an den „Bund Stalinistisch Verfolgter" zu zahlen. Der *Telegraph* der Umweltbibliothek berichtete am 12. Mai 1990, wie dieser Verein eine Zeremonie auf dem Gelände des Lagers Fürstenberg abhielt, organisiert von den ehemaligen Führern der Hitlerjugend und des Bunds Deutscher Mädel. Sogar die PDS, die sich der Hetze über „unschuldige Waldheim-Opfer" angeschlossen hat, beklagte sich über dieses Urteil. Doch diese hoffnungslosen Reformisten fordern eine „gerechtere" Verurteilung von Jürgens: Sie wollen, daß er an einen Verein zahlt, der „sich in verträglicherer Weise der Opfer überzogener Staatsgewalt annimmt" *(Neues Deutschland,* 3. September)!



Spartakist

Für uns Trotzkisten ist es dagegen selbstverständliche Pflicht, Bögelein und Jürgens zu verteidigen und gegen die antikommunistische Hexenjagd zu kämpfen. Am' besten werden wir die Antifaschisten durch unseren Kampf ehren, den Nazi-Terror für immer von diesem Planeten hinwegzufegen, indem wir durch Arbeiterrevolution das verrottete kapitalistische System beseitigen!«

SPD-Regierung läßt Schlächter von Treblinka frei

Irgendwann im Mai wurde klammheimlich Kurt Franz, Stellvertretender Kommandant des Todeslagers Treblinka, im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen aus der Haft entlassen. Im Juli, als amerikanische Zeitungen über die skandalöse Freilassung des Massenmörders im Vierten Reich berichteten, bestätigten die Justizbehörden seine Haftentlassung „vor einigen Wochen, vielleicht im Mai" *(BZ,* 2. August), wegen „angegriffener Gesundheit".

In Treblinka wurden 900 000 Juden aus ganz Europa ermordet, unter ihnen Kämpfer des heroischen Warschauer Ghetto-Aufstands. Der Judenschinder Franz, Beiname „Lalka", war besonders berüchtigt für seine Brutalität. Seine Verbrechen waren so grausam und seine „Identität" so klar, daß selbst die deutsche Bourgeoisie nicht anders konnte, als den SS-Schlächter 1965 wegen gemeinschaftlichen Mordes an 300 000 Menschen und wegen persönlichen Mordes an 139 Menschen lebenslänglich zu verurteilen.

Wie die Internationalistischen Kommunisten 1945 in Buchenwald erklärten: „Der Faschismus ist das Geschöpf des Kapitalismus. Nur die erfolgreiche unabhängige Aktion der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus ist imstande, das Übel des Faschismus samt seiner Wurzel auszureißen." Die internationale Arbeiterklasse wird die Verbrechen von Auschwitz bis Treblinka rächen!

Junge Spartakisten

Gewerkschafter, Aborigines, Studenten mobilisieren:

Sydney: Rassistischer Ausschluß zurückgeschlagen!

„Ich war immer auf der anderen Seite ... draußen vor der Kneipe. Aber diesmal war ich drinnen, auf der Gewinnerseite", so beschrieb ein früherer BLF-Aktivist (Bauarbeitergewerkschaft) von den Aborigines (Ureinwohner Australiens) die erfolgreiche Aktion von Gewerkschaftern, Aborigines und Studenten am 26. Mai. Die integrierte Gruppe von 40 Leuten hatte energisch ein rassistisches Verbot durchbrochen, das den Aborigines das Recht verwehrte, das Student Prince Hotel in Camperdown, Sydney, zu betreten und dort etwas zu trinken. Es nahmen Gewerkschafter aus mehr als einem halben Dutzend Industriezweigen teil, darunter Bau, Schiffahrt, Druck und Kommunikation. Es gab Studenten von der nahen Universität Sydney, Kommunisten, Asiaten und Aborigines von Redfern und dem nahen Tranby Aboriginal College. Ihre Botschaft war klar: Sydney ist eine multirassische Gewerkschaftsstadt, und hier ist kein Platz für rassistische Verbote oder Ausschlüsse. Der solide Kern von Gewerkschaftern, die sich der Stüdent-Prince-Aktion anschlössen, war entscheidend für den Erfolg. Viele von ihnen repräsentierten Jahrzehnte von Gewerkschaftskämpfen und wollten einmal einen Kampf gewinnen.

Ziel der gemeinsamen und integrierten Aktion am 26. Mai war, entschlossen sicherzustellen, daß jeder und jede — unabhängig von seiner oder ihrer Hautfarbe — bedient wird und daß der rassistische Ausschluß, den das Management des Student Prince Hotels betrieb, sich nicht wiederhole. Drei Mitglieder des Teams der Redfern All Blacks Rugby League stellten sich an der Bar auf, um bedient zu werden. Die anderen Demonstranten machten klar, daß es für die Bar keine weitere Kundschaft geben würde, bis sie bedient worden waren. Sie wurden bedient. Die Gruppe feierte ihren Sieg mit einem Toast auf den Erfolg ihrer Aktion. Der Stecker der Musikbox wurde rausgezogen (unter Protest des Managements), und die Hotelführung hörte den Reden zu.

Viele Studenten der Universität Sydney und andere Gäste, die an diesem Abend da waren, drückten ihre Solidarität mit der Aktion aus und applaudierten den Reden. Ein paar junge Frauen kamen auf uns zu und sagten, „wir denken, das ist wirklich gut, wir denken, das ist großartig, was ihr da macht". Shaun Russell, Student an der Universität Sydney und Unterstützer der Spartacist League Australia (SL/A), der zu der Versammlung im Hotel sprach, bekam großen Applaus. Er betonte, daß Studenten eine Seite beziehen müssen mit der Arbeiterklasse und zur Verteidigung aller Unterdrückten. Eine Stunde später zog die Gruppe geordnet ab.

Nieder mit dem rassistischen australischen Kapitalismus!

Die SL/A war stolz, diese kleine, aber bedeutende integrierte Aktion von Gewerkschaftern/Schwarzen/Minderheiten initiiert zu haben. Die Aktion erfolgte nach dem Beispiel der Sit-ins schwarzer und weißer Studenten im Süden der USA Anfang der 60er Jahre, die Schnell-Imbisse und andere Einrichtungen, die lange unter dem Jim-Crow-System nach Hautfarbe getrennt waren, integrieren wollten. Das Student Prince Hotel, nicht weit entfernt vom Aborigines-Wohnviertel in Redfern, entwickelte sich zu einem Ort, wo sich jugendliche Aborigines gern mal auf ein Glas trafen; da führte das Hotelmanagement eine rassistische, gegen Schwarze gerichtete Quote ein, durchgesetzt von Rausschmeißern, die anfingen, mit schmutzigen rassistischen Sprüchen junge Männer und Frauen abzuweisen.



Australasian Spartacist

Rassistische Quote in Studentenkneipe zurückgeschlagen. Unterstützer des Protestes feiern ihren Sieg

Barbara Davis, eine der Aborigines, die zuvor ausgeschlossen worden waren, nahm an der Aktion teil und sprach zu der Versammlung im Hotel:

> „Ich bin nicht anders als alle anderen. Ich arbeite hart, ich versorge meine Familie, und ich zahle Steuern. Und ich habe das Recht, auszugehen und in jedes Lokal hineingelassen zu werden, genauso wie jeder in diesem Land."

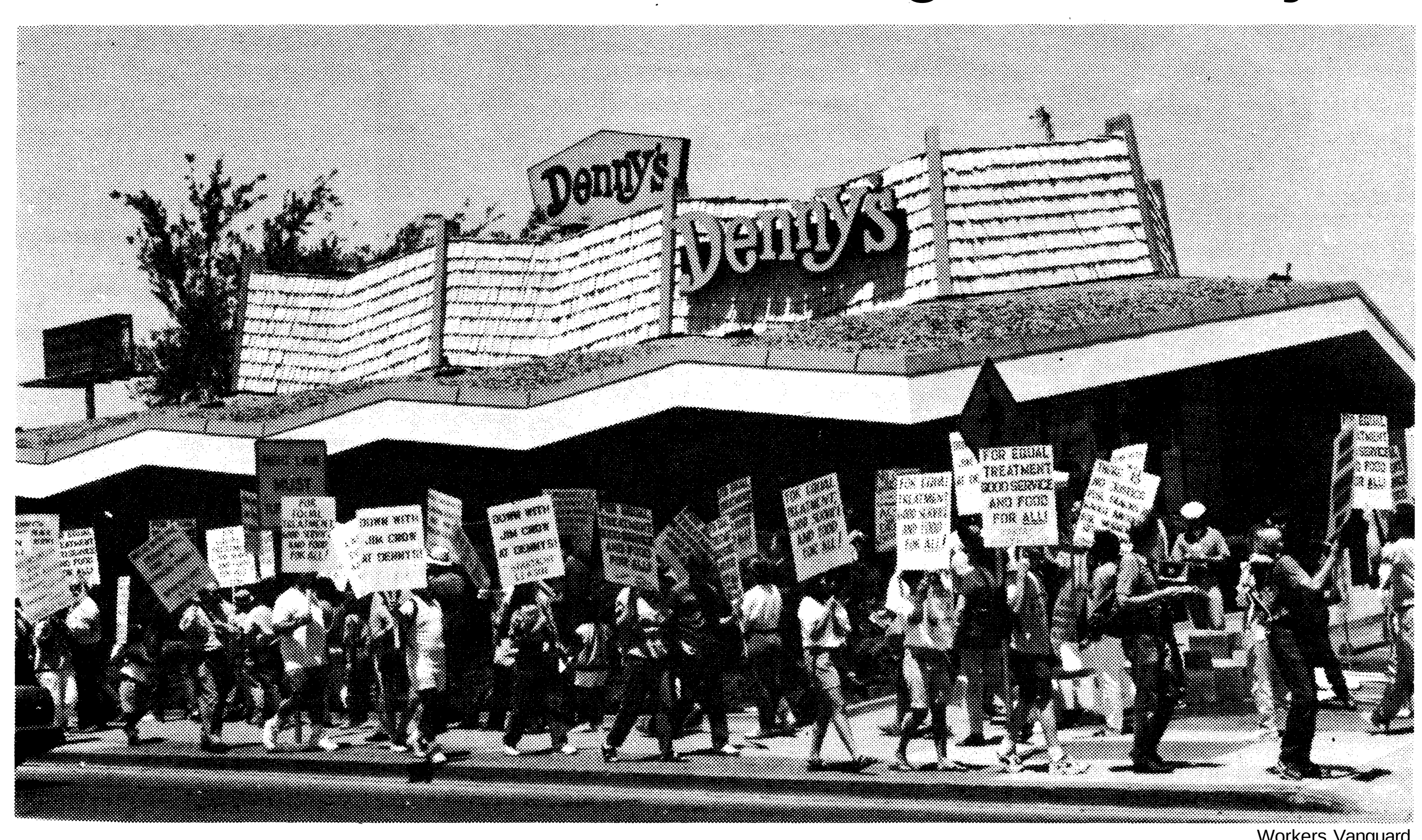
Während die Keating-Regierung (Labor Party) heuchlerische Plattheiten zum Jahr der Ureinwohner von sich gibt, das von der imperialistischen UNO gesponsert wird, hat es einen scharfen Anstieg von rassistischer Hysterie und mörderischer Unterdrückung gegen Aborigines gegeben. 1987 war die Todesrate der Schwarzen, die in Polizeigewahrsam starben, bereits 13mal höher als in Südafrika. Seit dieser Zeit stieg die Zahl der verhafteten Aborigines national um 25 Prozent und in New South Wales (Hauptstadt: Sydney) um 80 Prozent. Entsprechend gab es immer mehr Folter und Mord an inhaftierten Aborigines durch die Polizei.

Wie SL-Sprecher Chris McCarthy den Demonstranten am 26. Mai sagte, kämpfen wir dafür, eine revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, die die Arbeiter und alle Unterdrückten führt, eine leninistische Partei, die ein Volkstribun ist und die Angriffe der Kapitalisten auf die Rechte aller Teile der Gesellschaft entlarvt und bekämpft. Dies bedeutet einen politischen Kampf, um die multirassische Arbeiterklasse von der rassistischen, prokapitalistischen Labor Party zu brechen. Für eine rassisch integrierte Arbeiterrepublik Australien als Teil eines sozialistischen Asiens!

Nach Australasian Spartacist *Special Supplement, 2. Juni*

Von Los Angeles bis Atlanta - Arbeiter/Schwarze fordern:

Nieder mit Diskriminierung bei Denny's!



Workers Vanguard

Bay Area: 150 Demonstranten und Mitglieder von einem Dutzend Gewerkschaften protestierten gegen Diskriminierung

Am 3. Juli schlossen sich mehrere hundert Menschen Protestdemonstrationen vor Filialen der Restaurantkette Denny's in den USA an und forderten: „Nieder mit Jim-Crow-Diskriminierung bei Denny's! Für gleiche Behandlung, gute Bedienung und Essen für *alle!"* Drei Jahrzehnte, nachdem die Bürgerrechtsbewegung die institutionalisierte Ausgrenzung von schwarzen Menschen im amerikanischen Süden („Jim Crow" genannt) angeblich beendete, will die Denny's-Kette Schwarze wieder ausgrenzen. Die Demonstrationen wurden von der Labor Black League for Social Defense (Bund der Arbeiter/Schwarzen für soziale Verteidigung) in der Bay Area von San Francisco initiiert, und die Spartacist League/U.S, (amerikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga) und die Labor Black Leagues riefen in Los Angeles, der Bay Area, Chicago, Atlanta,Washington und Boston zu Demonstrationen auf.

Rassismus bei Denny's machte Schlagzeilen, als 125 Mitgliedern des Martin-Luther-King-Kinderchors der Zugang zu einer Filiale in Woodbridge, Virginia (bei Washington) verweigert wurde. Am 1. April weigerte sich Denny's, schwarze Mitglieder von Clintons Sicherheitsdienst zu bedienen. „Black-Outs", der rassistische Ausdruck dafür, daß „zu viele Schwarze" gleichzeitig in einem Lokal essen; die Praxis, von Schwarzen Vorauszahlung zu verlangen; Hispanics und Homosexuelle nicht zu bedienen oder ihnen kaltes, schlechtes Essen zu servieren — das ist das wahre Gesicht der Diskriminierung bei Denny's.

Denny's-Arbeiter, die sich beschwerten oder sich weigerten, diese Praktiken mitzumachen, wurden gefeuert. Eine jüdische Frau, die sich aktiv an der Organisierung der Gewerkschaft bei Denny's beteiligte, wurde unaufhörlichem Antisemitismus ausgesetzt. Eines Tages fand sie im Restaurant ein riesiges Hakenkreuz prominent ausgestellt!

Denny's Hauptniederlassung befindet sich im Herzen des gewerkschaftsfeindlichen Südens, wo die Bundesstaaten immer noch Fahnen hissen, die wie die Konföderierte Flagge der Sklavenhalter und des KKK aussehen. Schwärzenrechte und der Kampf für gewerkschaftliche Macht hängen zusammen, genauso wie die Lynchtsricke der Faschisten und die Zerschlagung von Gewerkschaften. Es ist kein Zufall, daß BMW und andere internationale Firmen gewerkschaftlich nichtorganisierte Betriebe im amerikanischen Süden eröffnen, wo „die Lohnkosten halb so hoch sein können wie in Deutschland" *(New York Times,* 11. April).

Doch anstatt die Gewerkschaften für die Organisierung des nichtorganisierten Südens zu mobilisieren, beugte sich die Gewerkschaftsbürokratie in den 80er Jahren vor Reagan/Bush und sagte den Arbeitern in den 90ern, daß sie den Demokraten Clinton wählen sollten. Gleichzeitig setzt sich die liberale schwarze Bürgerrechtsorganisation NAACP dafür ein, daß Denny's mehr schwarze Manager einstellt. Dies ist ein musterhaftes Beispiel des Programms des schwarzen Kapitalismus, das eine dünne Schicht von schwarzen Unternehmern schaffen soll, während die überwiegende Mehrheit der Unterdrückten immer tiefer in den Abgrund getrieben wird. Bei Denny's und überall im Süden ist eine klassenkämpferische Gewerkschaftsorganisierungskampagne notwendig, was einen Frontalangriff gegen Diskriminierung und rassistische Unterdrückung bedeuten würde.

Deshalb fanden diese Protestdemonstrationen von Roten und Schwarzen breite Unterstützung unter Antirassisten und Gewerkschaftern — bei Transport- und Restaurantarbeitern, Postlern und schwarzen Feuerwehrleuten. Das Gros der über 26000 Flugblätter in der Bay Area wurde von Gewerkschaftern, Angehörigen von Minderheiten und

Fortgesetzt auf Seite 8



Workers Vanguard

Lexington, Massachusetts: Im ganzen Land verurteilen Demonstranten Versuche, die Uhr der Bürgerrechte zurückzustellen, und betonen Verbindung zwischen Schwarzenrechten und Klassenkampf

Denny's...

Fortsetzung von Seite 7

antirassistischen Studenten verteilt. In der Bay Area wurden Studenten vom Spartacus Youth Club (Jugendklub der Spartacist League/U.S.) mobilisiert. Der internationale Sekretär der Hafenarbeitergewerkschaft ILWU erklärte: „Die Internationale Hafenarbeitergewerkschaft verachtet und rügt die Denny's-Restaurants für ihre rassistische Politik gegenüber schwarzen Amerikanern. Die ILWU ist der festen Meinung, daß ein Angriff auf einen ein Angriff auf alle ist."

Von Küste zu Küste trugen Demonstranten Plakate wie „Denny's: schwarzenfeindlich, Latino-feindlich, Schwülenfeindlich" und „Jim-Crow-Rassismus, antigewerkschaftlicher Betrieb — Erbe der Sklavenhalter". Auf einem Plakat stand die Losung „Rodney King zusammengeschlagen, Täter freigesprochen; Waco-Holocaust — es gibt keine Gerechtigkeit im kapitalistischen Amerika!", die an den brutalen Bullenüberfall auf einen schwarzen Autofahrer,in Los Angeles und an Clintons Ermordung von 86 Menschen in Texas erinnerte. Nach den erfolgreichen Demos gingen die Teilnehmer geschlossen in die Restaurants hinein, wo sie bedient wurden. „Du hast niemals schnellere, bessere Bedienung bei Denny's gesehen als an dem Tag, an déni wir es mit Streikposten umringt haben", sagte ein Demosprecher.

Die Protestaktion erinnerte an die Kämpfe der Bürgerrechtsbewegung vor 30 Jahren, als militante Jugendliche spontane „Sit-ins" (Besetzungen von Schnell-Imbissen) für die Integration bei Woolworth machten. Obwohl diese „Sitins" ursprünglich auf die Südstaaten begrenzt waren, wurden sie zu einer nationalen Kampagne durch die Führung der Zeitung *Young Socialist,* die mit der damals trotzkistischen Socialist Workers Party assoziiert war. Ein Teil dieser jungen Genossen bildete später den Kern unserer heutigen internationalen Organisation.

Don Alexander, ein schwarzer Trotzkist, der 1990 eine Veranstaltungstour durch Deutschland machte (siehe *Spartakist* Nr. 74 und 75), sagte auf der Demonstration in der Bay Area:

> „Wir in der Spartacist League haben gekämpft und kämpfen weiterhin dafür, dieses bösartige rassistische kapitalistische System zu zerschlagen, das rassistische Unterdrückung erzeugt, wie verdorbenes Fleisch Maden hervorbringt, und in dem die Arbeiterklasse brutal ausgebeutet wird ... Warum müssen schwarze Menschen stets für die elementarsten demokratischen Rechte in den USA kämpfen? Warum sind Schwarze Ausgestoßene in der sogenannten ‚freien Welt[4] der barbarischen rassistischen und klassenmäßigen Unterdrückung? Weil wir in einer Demokratie für die Reichen leben; und der Bürgerkrieg von 1861 — 1865 wurde nie zu Ende geführt ... Eine dritte amerikanische Revolution ist notwendig — eine Arbeiterrevolution —, um den Bürgerkrieg durch die Zerschlagung der kapitalistischen Herrschaft und den Aufbau eines revolutionären Arbeiterstaats zu Ende zu führen, der Rassismus und Klassenausbeutung bis auf die Wurzel vernichten wird."»



Workers Vanguard

San Jose (USA), 17. Juli: Militante Verteidigung der Klinik gegen Terror der „Lebensschützer". Spartacist-Plakat: Nieder mit „Jugendschutz"-gesetzen - Abtreibungsrechte für Teenager!

Abtreibungsrecht...

Fortsetzung von Seite 1

kapitalistischen Elends. Wir kämpften konsequent gegen die Konterrevolution auf der ganzen Linie, von der DDR bis Polen und Sowjetunion, und für den Aufbau revolutionärer leninistisch-trotzkistischer Parteien.

Der Ansturm auf das Abtreibungsrecht ist, auch über Europa hinaus, ein Brennpunkt im Kampf zwischen sozialem Fortschritt und sozialer Reaktion. Nicht nur die alten sozialdemokratischen Parteien, auch die ehemals stalinistischen Organisationen und ihre „linken" Anhängsel haben sich erneut als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus erwiesen und Mobilisierungen zur Verteidigung von Frauenrechten, darunter das entscheidende demokratische Recht auf eine sichere und kostenlose Abtreibung, sabotiert.

Mit der reaktionären Kampagne gegen die Abtreibung soll die Familie als Grundpfeiler der kapitalistischen Gesellschaft gestärkt werden, die die Wurzel der besonderen Unterdrückung der Frauen ist. Die Frau in der Familie, die „Proletarierin des Proletariers", ist kostenlose Babysitterin, Krankenschwester und Altenpflegerin, Köchin und Putzfrau in einem. Kommunisten kämpfen dafür, daß die Frauen die Last des Haushalts und der Kindererziehung auf qualifizierte gesellschaftliche Einrichtungen übertragen können. Die Oktoberrevolution ermöglichte es 1917 der jungen Sowjetunion, erste Schritte in diese Richtung zu unternehmen. *Nur die sozialistische Revolution kann die Befreiung der Frauen erkämpfen und die Basis für eine Gesellschaft der Gleichheit und des Überflusses schaffen.*

Ein integraler und strategischer Bestandteil unserer Perspektive als Trotzkisten ist es, die Massen der Frauen für die proletarische, revolutionäre Avantgardepartei und den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen. Wie Clara Zetkin 1921 sagte: „Ohne Eroberung der politischen Macht, ohne Aufrichtung der Rätediktatur kein kommunistischer Aufbau, keine Befreiung, keine Gleichberechtigung der Frauen. Aber ... ohne Mitarbeit, ohne den Mitkampf der Frauen keine Eroberung der politischen Macht, kein kommunistischer Aufbau." Genau in dieser Tradition intervenieren wir in die Kämpfe zur Verteidigung von Frauenrechten.

Polen: Verteidigung der Rechte der Frauen ist zentral!

In unserem Artikel „Kapitalistische Konterrevolution trampelt auf den Frauen herum" *(Spartakist* Nr. 104 und 105) schrieben wir: „Nichts zeigt den reaktionären Charakter der kapitalistischen Konterrevolutionen, die über Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion hinweggefegt sind, deutlicher als die Erniedrigung der Frauen. Die rechtsgerichteten Nationalisten, die jetzt an der Macht sind, glauben, daß Frauen am Arbeitsplatz eine kommunistische Verschwörung sind zur Unterminierung der traditionellen Familie und daß ihr rechtmäßiger Platz zu Hause ist zum Kinderkriegen."

In Polen hat die katholische Kirche ihren Würgegriff verstärkt; zusammen mit Walesas Solidarnoœæ hat sie im Frühjahr eines der drakonischsten Abtreibungsgesetze Europas im Sejm durchgerammt, das 97—98 Prozent aller Abtreibungen kriminalisiert und für Frauen Versklavung, Elend und Brutalisierung heißt. Das Abtreibungsgesetz geht einher mit der Zerstörung des Gesundheitswesens für die gesamte arbeitende Bevölkerung. „Freie Marktwirtschaft" heißt Mangel an Ärzten und Zahnärzten bei den staatlichen Kliniken. Medikamente und Behandlung werden für immer mehr Menschen unbezahlbar, während die Qualität der Versorgung immer weiter sinkt.

1990 wurde in den Schulen wieder Religionsunterricht eingeführt, und Priester mobilisieren sogar Achtjährige gegen ihre Mütter mit Unterschriftensammlungen gegen Abtreibung. Viele polnische Frauen wurden schon gefragt: „Mami, willst du wirklich meine kleine Schwester töten?" Dies erinnert daran, wie die Hitler-Jugend eingesetzt wurde, um die „illoyalen Gedanken" ihrer Eltern auszuspionieren. Warschau arbeitet an einem „Sexualkunde-Lehrplan". Darin kommen Verhütungsmittel überhaupt nicht vor, doch es heißt, Frauen sollen „ihr kokett-provokantes Benehmen bremsen" *(Frankfurter Rundschau,* 19. März), angeblich, um die Abtreibungsstatistiken zu drücken!

Laut Meinungsumfragen sind über 60 Prozent der Bevölkerung gegen das Abtreibungsgesetz; weniger als 10 Prozent sind für ein Abtreibungsverbot. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten gibt es eine starke antiklerikale Strömung in Polen, besonders unter Frauen. Vor dem Sejm 1990 z.B. trugen Frauen Plakate wie „Hinein nach Europa über Iran", eine bitter ironische Anspielung auf die mörderische Unterdrükkung der Frauen im islamischen „Gottesstaat". Unsere Genossen der Spartakusowska Grupa Polski intervenieren in die Kämpfe zur Verteidigung der Frauen und kämpfen dafür, die Pfaffen raus aus den Schulen, aus dem Schlafzimmer und aus dem Gesundheitswesen zu werfen.

In manchen Gebieten ist die Hälfte der Arbeiterschaft arbeitslos. Die Inflation, jetzt bei 40 Prozent, läuft den

Fortgesetzt auf Seite 10

Abtreibungsrecht...

Fortsetzung von Seite 9

Löhnen davon; viele Arbeitslose und Rentner müssen die Mülltonnen durchstöbern, um etwas zu essen zu finden. Fast ununterbrochene Streikwellen haben Polen erschüttert, wo die Arbeiter gegen die mörderische „Schockbehandlung" von Walesa & Co. und IWF zurückschlagen. Die Brutalität der kapitalistischen Konterrevolution hat die polnische Arbeiterklasse in offene Opposition zur Walesa-Regierung getrieben. Der Schlüssel, um diese erbitterten Kämpfe zu gewinnen, ist die Schmiedung einer revolutionären Führung, die die Verteidigung der Frauen und der Immigranten mit dem Widerstand der Arbeiter verbindet und zur proletarischen Machtergreifung führt. Diese Führung wird nur im kompromißlosen Kampf gegen jede Form von Nationalismus und Antisemitismus aufgebaut werden.

Die meisten „linken" Organisationen haben die von CIA/SPD/Vatikan unterstützte Solidarnosc hochgejubelt und fast geschlossen die Konterrevolution von Ostberlin bis Moskau begrüßt, die die klerikale Reaktion an die Macht gebracht hat. Die Spartakisten kämpften international unerbittlich für die Verteidigung des polnischen deformierten Arbeiterstaats gegen kapitalistische Restauration und forderten nach der Konsolidierung von Solidarnosc um ein antisozialistisches Programm 1981: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarnosc!" Wir verteidigten die Aktion der Jaruzelski-Bürokratie, Solidarnosc' konterrevolutionären Griff nach der Macht zu stoppen. Gleichzeitig riefen wir zu einer proletarisch-politischen Revolution auf, um die stalinistische Bürokratie rauszuwerfen, die die Kirche beschwichtigte und ihr so erlaubt hat, eine effektive Kraft der Konterrevolution zu werden.

Jetzt haben die Ex-Stalinisten der Sozialdemokratischen Partei ihre Politik voll auf die kapitalistische Marktwirtscjiaft eingestimmt, beim Kampf gegen das reaktionäre Abtreibungsgesetz forderten sie nicht einmal das Recht auf Abtreibung. Unsere Genossen der Spartakusowska Grupa Polski kämpfen dagegen auf der Grundlage unserer kompromißlosen Opposition gegen die Konterrevolution dafür, die internationalistische Tradition der polnischen Arbeiterklasse wiederzubeleben und eine leninistisch-trotzkistische Partei zu schmieden, um im Kampf gegen das wackelige kapitalistische Regime die Arbeiterklasse zur sozialistischen Revolution zu führen. Für die revolutionäre Einheit der sowjetischen, polnischen und deutschen Arbeiter!

Deutschland: Arbeiter in Ost und West — Verteidigt Immigranten und Frauen!

Während die rassistische Allparteienkoalition in Bonn das Asylrecht vernichtet hat und die Grenzen des Vierten Reichs verbarrikadiert, führen ihre faschistischen „irregulären" Truppen Bonns „Ausländer-raus"-Politik blutig durch. Drei Tage vor den Morden in Solingen erklärten die Karlsruher Verfassungsrichter die Abtreibung für „rechtswidrig"; unter drakonischen, willkürlichen Auflagen inkl. Zwangs-„beratung" soll sie „straffrei" bleiben. Diese „Übergangsregelung" soll so lange gelten, bis die Bonner Räuberhöhle ein neues Gesetz zusammenbastelt.

Das Programm des Vierten Reichs für Frauen geht zurück auf Hitlers „Kinder, Küche, Kirche". Die Faschisten machen die Verbindung zwischen Frauenunterdrückung und rassistischem Terror deutlich. „Jede Abtreibung eines gesunden Kindes macht einen Platz für einen Ausländer frei", heißt es in der faschistischen Zeitschrift *Deutschland in Geschichte und Gegenwart.* Für die Arbeiterbewegung ist es eine Frage von Leben und Tod: Der Kampf gegen ökonomischen und sozialen Kahlschlag ist verbunden mit dem Kampf gegen die Faschisten!

Was dieses verschärfte Abtreibungsgesetz für Frauen heißt, sieht man nicht nur in Bayern, wo es schon lange Zwangsberatung gibt und Abtreibungen praktisch unmöglich sind, sondern besonders drastisch in der Ex-Di)R. Gegenwärtig sind nur noch 18 von ehemals 31 Kliniken in Thüringen bereit, Abtreibungen durchzuführen; von 250 niedergelassenen Frauenärzten sind es jetzt nur noch *zehn.* '„Wir wollen nicht die straffreien Rechtsbrecher sein", zitiert die *tageszeitung* (25. August) einen Arzt in Weimar. Genau das, was hier passiert, will die Regierung. Abtreibung soll aus den öffentlichen Einrichtungen abgedrängt werden in Privatkliniken und -praxen mit Barzahlung vorab — die es aber im Osten nicht gibt. Die antikommunistische Hexenjagd tut ein übriges dazu, qualifiziertes Pflegepersonal zu vertreiben und die Bevölkerung einzuschüchtern.

Janek Skarzynski/AFP

Warschau, April 1991: Bullen knüppeln Jugendliche nieder, die fordern: „Nein zum Religionsunterricht"

In der DDR bestand die Familie zwar weiter und wurde sogar von der Bürokratie als „Keimzelle des Sozialismus" hochgejubelt, als Teil des stalinistischen Dogmas vom „Sozialismus in einem Land"; Frauen, die überwiegend im Produktionsprozeß integriert waren, mußten meist im Haushalt auch noch eine „zweite Schicht" bewältigen. Trotzdem waren die Errungenschaften eines Arbeiterstaates, die Frauen in der DDR genossen, einzigartig in Europa. Seit der Konterrevolution ist ihre Lage, in die sie gezwungen werden, mit am *schlechtesten.* Ostdeutsche Frauen sind en masse aus den Betrieben geflogen, viele sind heute auf Sozialhilfe angewiesen, der soziale Abstieg für viele weitere ist vorprogrammiert. Ostdeutsche Frauen haben auf den beispiellosen Abbau ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage de facto mit einer Art Gebärstreik reagiert. Die überwiegende Mehrheit der Frauen, die abtrei-

ben, befinden sich in ökonomischer Not. Geburten sind um *60 Prozent* gesunken, ein doppelt so großer Rückgang wie mitten im Zweiten Weltkrieg!

In Westdeutschland waren und sind die Frauen am unteren Ende der Skala von Westeuropa. Jetzt soll auch das Abtreibungsrecht ganz unten sein, durchgesetzt durch Angst und Willkür, aufgezwungen durch die Inquisitoren in schwarzen Roben und ihre Staatsanwälte. Das Karlsruher Urteil treibt einen weiteren Keil in die Gesundheitsversorgung der arbeitenden Bevölkerung. Es unterstreicht die Realität der Zwei-Klassen-Medizin. Für arme, eingewanderte, arbeitende Frauen bedeutet der „Übergang" zum „neuen" Paragraphen 218 unsägliches Leiden. In weiten Teilen der Ex-DDR gibt es noch nicht einmal „Beratungsstellen; man jagt von Stadt zu Stadt, Niemand weiß, wie es weitergehen soll. Die Frauen werden schikaniert, gedemütigt, beleidigt und zum Schluß geschröpft. Die Wut und Empörung der Frauen hätte besonders in Verbindung mit den Stahl- und Metallerstreiks im Frühjahr zu einer machtvollen gewerkschaftlichen Mobilisierung gegen die Paragraphen 218/219 werden können, um diese Schandparagraphen auf den Müllhaufen der Geschichte zu fegen! Statt dessen sorgten die sozialdemokratische DGB-Führung und die PDS dafür, daß die Proteste erbärmlich isoliert und klein waren.

Seit dem Anschluß ist die Frage der Abtreibung so heiß, daß *siejede Partei gespalten hat.* Auch vielen sozialdemokratisch orientieren Frauen und Männern brannte es unter den Nägeln, einen wirklichen Kampf gegen 218 anzufangen. Aber die Spitzen der SPD und Grünen bastelten an ihrem Bonner „Kompromiß", der Karlsruhe den Weg bereitete. *Sie haben das Märchen der klerikalen Reaktion, ‚Abtreibung ist Mord'\ nie in Frage gestellt,* teilweise stimmen sie damit sogar explizit überein. Jetzt überschlagen sich die SPD, die die Speerspitze der Konterrevolution war, und die PDS, die die DDR ausverkauft hat und damit der Konterrevolution den Weg bereitete, um über „Frauenkassen" für „sozial Schwache" Almosen zu sammeln. Für die Massenverelendung der Frauen tragen *sie* aber die Hauptverantwortung.

Jetzt wollen die PDS-Spitzen ihren eigenen Bankrott auf die ostdeutschen Frauen abwälzen; die 218-Pleite wäre ja deren Schuld gewesen, weil „sie" nicht eher auf die Straße gegangen sind. Weinerlich stellt Ursula Fischer (PDS-Fraktion im Bundestag) *im Neuen Deutschland* (29./30. Mai) fest: „Frauen (und Männer) in den neuen Bundesländern wurden nicht nur mit dem § 218 konfrontiert, sondern mit der Umstellung ihres gesamten Lebens." Zuerst hat die PDS die „Umstellung", sprich kapitalistische Wiedervereinigung, in rosigen Farben gemalt, und jetzt sorgt sie dafür, daß die Arbeiter an den Kapitalismus gefesselt werden. Es war gerade die Strategie der PDS-Spitzen, trotz der Lippenbekenntnisse zu „Weg mit § 218", alle Proteste auf das Parlament zu orientieren. Gysi und die PDS-Fraktion marschierten in den Bundestag mit... Luftballons gegen 218, die wohl platzten, als die Fraktion sich bei der Abstimmung spaltete. Als getreuer Anhänger des „kleineren Übels" stimmte auch Gysi letztlich für den „Parteienkompromiß". Zuvor hatte er die reaktionäre Forderung aufgestellt, daß sich alle männlichen Abgeordneten *bei der Abstimmung enthalten*! „Wie blauäugig und naiv!", stellt selbst Dagmar Enkelmann händeringend im *Neuen Deutschland* fest: „Wir [sie!] saßen wie die Kaninchen vor der Schlange und warteten in Ruhe ab, was die Herren in Karlsruhe entscheiden werden."

Karlsruhe hat entschieden, und damit gaben sie auch den klerikalen Reaktionären und deren faschistischen Verbündeten grünes Licht. *Die Zeit* berichtete am 16. Juni, daß Christen regelmäßig Provokationen vor einer Klinik im Odenwald mit Plakaten und religiöser Musik abhalten. Wohin dies führt, zeigte sich auf dramatische Weise in den USA, wo letzten März in Florida ein fanatischer ultrarechter „Lebensschützer" den Arzt Dr. David Gunn ermordete. Dr. Gunn trat ergeben für die Rechte der Frauen ein; er fuhr regelmäßig stundenlang zu sechs Kliniken in den amerikanischen Südstaaten, um Frauen mit Abtreibung zu versorgen, die sonst nichts gehabt hätten.



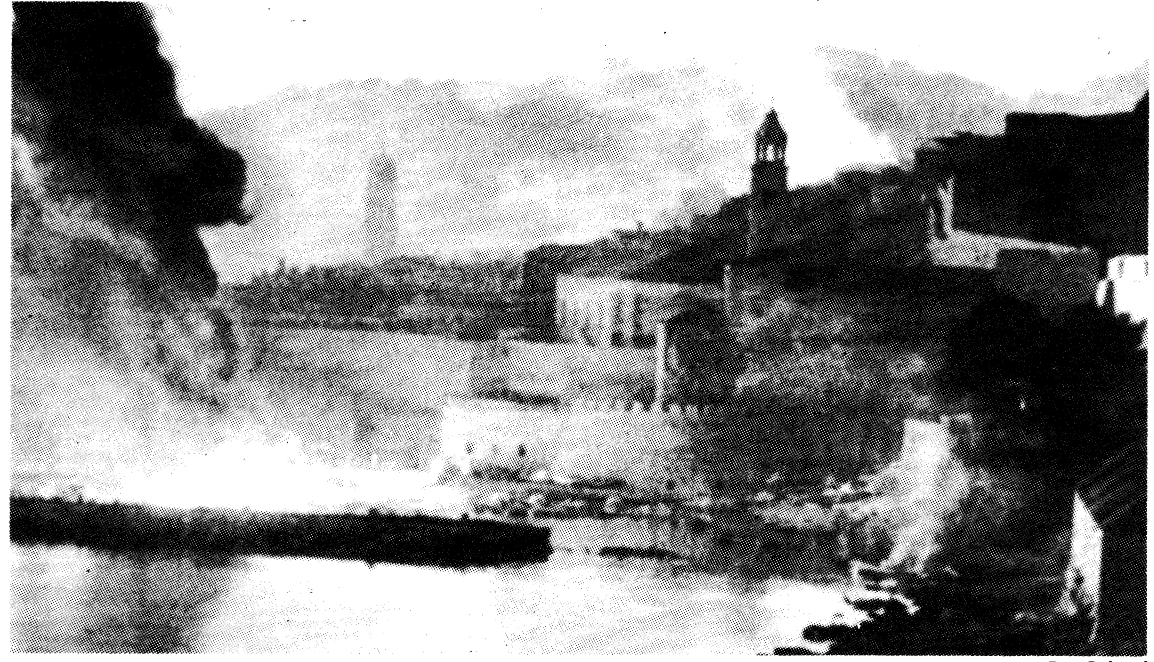
dpa

Massenproteste gegen Paragraph 218 in den 70er Jahren - von der SPD verraten. Harter Klassenkampf kann den Schandparagraphen kippen. Der Schlüssel ist revolutionäre Führung

Abtreibung, eine einfache medizinische Prozedur, ist ein integraler Bestandteil einer vernünftigen Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Aber die sehr sichere „Abtreibungspille" RU 486, in Frankreich von einer Pharmatochter der Hoechst AG entwickelt, ist im deutschen Vaterland verboten. Eine Sterilisation wird jedoch von der Kasse bezahlt, und nach dem Anschluß wurden viele ostdeutsche Frauen dazu gezwungen, wenn sie einen Job haben wollten. Gleichzeitig radierten die „Lebensschützer" und Kapitalisten die allgemein verfügbare Kinderversorgung und Kinderkliniken der ehemaligen DDR aus.

Heute ist die OTV die größte Frauenorganisation Deutschlands, und die DGB/SPD-Bürokraten wie ÖTV-Chefin Monika Wulf-Mathies reißen gegen 218 das Maul auf. Doch sie würden lieber sterben, als ihre Basis zu mobilisieren. Im Mai 1992 verpaßten die Arbeiter im öffentlichen Dienst im Westen Kohl & Co. eine Ohrfeige. Sie hätten noch mehr gemacht, aber die Sozialdemokraten — die 1923,1974 und 1992 die Massenmobilisierungen gegen 218/219 verrieten — würgten den Streik ab. Die Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist enorm, sogar verglichen mit der Gier der Bosse und ihrer goldgierigen Medizinmanager. Diese Macht muß nur eingesetzt werden. In der Weimarer Republik kämpften die KPD und militante Arbeiter für die *ersatzlose Streichung* von 218/219. In dieser Tradition kämpfen wir Trotzkisten dafür, daß die organisierte Arbeiterbewegung diese sozialen Fragen zu ihrer eigenen macht und sie mit dem Klassenkampf verbindet! Und das bedeutet einen Kampf gegen das kapitalistische System selbst. Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!«

Was hinter dem Krieg auf dem Balkan steckt: Imperialistische Scheinheiligkeit, kapitalistische Konterrevolution



Historische Stadt Dubrovnik unter Beschuß im grausamen nationalistischen Krieg zwischen Serben und Kroaten

Der Spiegel

„Ethnische Säuberungen" und nationalistische Kriege

Zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert drohen mörderische Balkankriege zu einer europaweiten Feuersbrunst zu explodieren, die auch die imperialistischen Mächte einbezieht. Die Konterrevolution hat eine Orgie von nationalistischem Blutvergießen entfesselt. Die kapitalistischen Medien

Teil eins von zwei

und Regierungen des Westens haben eine permanente Propagandaflut in Gang gesetzt, in der Serbien „ethnische Säuberungen" vorgeworfen werden, um die öffentliche Meinung auf militärische Interventionen vorzubereiten. Dies hat bei Liberalen und Sozialdemokraten erhebliche Auswirkungen gehabt, viele Veteranen früherer „Friedensbewegungen treten inzwischen begeistert dafür ein, Truppen einzusetzen. Doch während die Imperialisten noch schwanken und zögern, sich Hals über Kopf in den jugoslawischen Morast zu stürzen, geben sie jetzt zu, daß es auf allen Seiten immer wieder zu unbeschreiblichen Grausamkeiten kommt.

Die nationalistischen Kriege, die durch die Zerstörung der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien entfesselt wurden, gehen nun ins dritte Jahr. Angefangen mit dem Abzug der Bundesarmee aus dem im Nordwesten gelegenen Slowenien, nachdem es im Juli 1991 einige Tage lang zu kleineren Gefechten gekommen war, führte die Kampagne, kapitalistische Nationalstaaten zusammenzuschmieden, schon bald zu kommunalistischen Blutbädern, als große Gebiete, die von der serbischen Minderheit dominiert wurden, versuchten, sich vom kroatischen Staat loszureißen, den der faschistoide Machthaber Franjo Tudjman ausgerufen hatte. Nachdem die Kämpfe in Kroatien zu einem Patt geführt hatten, löste die Unabhängigkeitserklärung der von Moslems beherrschten bosnischen Regierung einen brutalen dreiseitigen kommunalistischen Krieg von Serben, Kroaten und Moslems aus, der die Region Bosnien-Herzegowina seit 15 Monaten verwüstet. Wie in Kroatien war auch hier der deutsche Imperialismus eine treibende Kraft zur Zerstückelung Jugoslawiens.

Monatelang haben die Vereinten Nationen versucht, den sogenannten „Vance-Owen-Plan" durchzudrücken, der ein „multi-ethnisches" Bosnien vorsieht, das in ethnische „Kantone" aufgeteilt ist. Aber diese diplomatischen Manöver brachen angesichts der militärischen Unnachgiebigkeit der Serben zusammen. Am 16. Juni verkündeten Kroatiens Tudjman und der serbische Machthaber Slobodan Milosevic, daß sie sich einig geworden sind über eine Aufteilung Bosniens in drei nur noch dem Namen nach föderierte Staaten der Serben, der Kroaten und der Moslems. Der Plan wurde sofort von Bosniens moslemischem Präsidenten Alijah Izetbegovic, einem Hardliner, zurückgewiesen, aber die europäischen Mächte, die UN-Unterhändler und US-Präsident Clinton setzen sich massiv für seine Annahme ein. Westliche Linke ziehen gegen die „Belohnung von ethnischen Säuberungen" zu Felde. Aber ihre Lösung, ein „multi-ethnisches" kapitalistisches Bosnien, ist auch nicht demokratischer, weil es den Kroaten und Serben, die hinreichend gezeigt haben, daß sie nicht im selben Staat wie die Moslems oder die jeweils anderen leben wollen, das Recht auf Selbstbestimmung verweigern würde.

Seit Monaten konzentrieren sich die westlichen Medien auf serbische Kriegsverbrechen und verschließen ihre Augen vor Greueltaten, die von Kroaten oder bosnischen Moslems begangen werden. Belgrads nationalistischer Führer Milosevic, dessen Feldzug für ein Großserbien das Aus-

einanderbrechen des jugoslawischen deformierten Arbeiterstaates eingeleitet hat, wird als ein neuer Hitler hingestellt. (Selten wird erwähnt, daß die serbische Opposition, die von Vue Draskovic geführt wird, nicht weniger nationalistisch ist, so identifiziert sie sich mit den serbischen „Tschetnik"-Mörderbanden aus dem Zweiten Weltkrieg.) Doch als die USA davor zurückschreckten, Truppen nach Bosnien zu schicken, entdeckte die Presse plötzlich kroatische „Todesschwadronen", die moslemische Dörfer ausradierten, und brachten mit Verspätung auch Berichte über moslemische Einheiten, die im letzten Frühjahr ihre kroatischen Gefangenen zu Tode gefoltert haben und die jetzt Tausende von kroatischen Dorfbewohnern aus ihren Häusern in Zentralbosnien vertreiben.

Und dann, gerade als über den bosnischen Teilungsplan berichtet worden ist, findet es die *New York Times* (17. Juni) angebracht zu drucken, daß *genau dieser Plan* am 18. März 1992 in Lissabon angenommen wurde, als die Führer der bosnischen Moslems, Serben und Kroaten „der Aufteilung der Republik in drei ethnisch abgegrenzte Kantone zustimmten". Der Plan wurde jedoch auf Drängen der westlichen Mächte hin von den Führern der bosnischen Moslems *zurückgewiesen:*

> „Nach seiner Rückkehr nach Sarajevo wurde Herr Izetbegovic von Diplomaten der USA und der Europäischen Gemeinschaft ermutigt, statt dessen ein souveränes Bosnien-Herzegowina unter seiner Präsidentschaft zu wählen; sie sagten, das Referendum vom 1. März über,die Unabhängigkeit rechtfertige dies. Das Problem mit diesem Referendum war, daß zwar die bosnischen Moslems und Kroaten es mit großer Mehrheit unterstützten, aber die bosnischen Serben es boykottierten und davor warnten, daß dies das Vorspiel zu einem Bürgerkrieg sei.
> Nachdem die Europäische Gemeinschaft und die Vereinigten Staaten am 6. und 7. April 1992 die Regierung Izetbegovic anerkannt hatten, griffen die bosnischen Serben an."

Daß diese grundlegenden Fakten in den letzten eineinviertel Jahren nicht erwähnt worden sind, ist ein Musterbeispiel dafür, wie die „freie, aber verantwortungsbewußte" Presse von den Imperialismen für ihre Kriegsziele manipuliert wird.

Die soziale Konterrevolution hat auf dem Balkan wieder zu einem Ausbruch von nationalistischem Haß geführt, und die kommunalistischen kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien könnten der Zündfunke sein, der zum Flächenbrand eines allgemeinen Krieges führt, wenn sie sich weiterhin so unerbittlich ausweiten. Bei Clintons Amtsantritt bezeichnete er Bosnien als Testfall für die Fähigkeit der USA, in der „Neuen Weltordnung" ihren Willen durchzusetzen. Das Zögern Washingtons, mit Bodentruppen einzugreifen, ist Ausdruck der Tatsache, daß eine massive Einmischung in diesem Pulverfaß von explosiven kommunalistischen Spannungen vermutlich nicht so leicht sein wird, wie das Lager eines Kriegsherren in Somalia in die Luft zu jagen oder mit Panzern durch eine Wüste in Kuwait zu rollen. Aber nur weil eine imperialistische Militärintervention wahrscheinlich ins Auge gehen würde, heißt das noch lange nicht, daß die atomar bewaffneten Verrückten, die in diesem irrationalen System die Macht haben, es nicht tun werden.

Marxisten beziehen keine Seite bei diesem scheußlichen nationalistisch/kommunalistischen Abschlachten, das sowohl Ergebnis als auch treibende Kraft der Konterrevolution in der ehemaligen jugoslawischen (südslawischen) Föderation ist. Aber eine imperialistische Militäraktion gegen die Serben würde den Charakter des Krieges grundlegend ändern. Schon jetzt sind in Kroatien und Bosnien mehr als 25 000 „friedenserhaltende" Soldaten unter UN-Schirmherrschaft stationiert, der Sicherheitsrat hat seine Zustimmung zu Luftangriffen auf serbische Stellungen gegeben, und jetzt haben die USA rund 300 Mann nach Makedonien an Serbiens Südgrenze verlegt. Dies ist eine unmißverständliche Kriegsdrohung, ein Stolperdraht für das Eingreifen erheblich größerer amerikanischer Kräfte: Wie würde es Clinton gefallen, wenn feindliche „UN"-Truppen entlang der mexikanischen Grenze stationiert würden?

Sollten die jetzigen Kämpfe in Bosnien sich auf Kosovo oder Makedonien ausweiten, könnte das zum Eingreifen Albaniens führen, das sich als Schutzmacht der albanischen Mehrheit im Kosovo sieht, und zum Eingreifen Bulgariens und Griechenlands, die beide Anspruch auf Makedonien erheben. Inzwischen wirft Griechenland Zehntausende albanischer Arbeiter aus dem Land, und Griechen in Südalbanien drohen mit Abspaltung. Ein militärisches Engagement amerikanischer und/oder europäischer Truppen würde den nationalen Haß zwischen den Balkanvölkern weiter anheizen, ihre Ausbeutung durch den Imperialismus noch verstärken und das Risiko beinhalten, daß es zum Ausbruch eines Krieges kommt, in dem die innerimperialistischen Konflikte in den Vordergrund treten. Wir sind gegen jede imperialistische Intervention, einschließlich des Embargos (nach dem Modell des Golfkrieges), dessen Ziel es ist, die Serben durch Aushungern zur Unterwerfung zu zwingen. Im F.all eines Krieges mit dem UN/NATO-Expeditionskorps, eine immer stärker werdende Gefahr, würden wir die Serben verteidigen und gleichzeitig die Arbeiterklasse im ganzen ehemaligen Jugoslawien dazu aufrufen, ihre bürgerlich-nationalistischen Führer zu stürzen in einem internationalistischen Kampf für eine Sozialistische Föderation des Balkans!

Imperialistische Scheinheiligkeit und „Ethnische Säuberungen"

Eine kürzlich erschienene Sonderbeilage der *Neuen Zürcher Zeitung* (21. Mai), des Hausorgans der Schweizer Bankiers, über „neuen Nationalismus" fing an: „Ein Gespenst geht um in Europa: sein Name ist »Nationalismus" Die imperialistischen Finanziers, überzeugt davon, daß der Zusammenbruch des Stalinismus den Tod des Kommunismus signalisiert, sehen nationalistische Kriege als das

Fortgesetzt auf Seite 14



AP

Christliche Armenier vertrieben moslemische Aserls aus Nagorny-Karabach: Evakuierung von Aseris aus Ihrer Heimat in diesem Frühjahr



Prentice/Hall



UPI

Palästinensische Araber aus Haifa fliehen im April 1948 vor zionistischem Terror (links). Israels Verbündete in Libanons rechter Christenmiliz massakrierten 1982 Hunderte Palästinenser in Flüchtlingslagern Sabra und Shatila

„Ethnische Säuberungen"...

Fortsetzung von Seite 13

unmittelbare Hindernis für ihre „friedliche" Eroberung der osteuropäischen Märkte. Ein Essay über „Osteuropäische Spannungen" macht dazu folgende Ausführungen:

> „Das Zeitalter des Nationalismus liegt hinter uns. Und es liegt möglicherweise auch vor uns. Europa ist drauf und dran, die Hinterlassenschaft des Zweiten Weltkriegs erfolgreich abzutragen, dafür aber an der verhängnisvollen Altlast des Ersten Weltkriegs ein weiteres Mal zu scheitern. Die Tschechoslowakei und Jugoslawien, zwei Staaten, deren Geburtsurkunden in den Pariser Friedensverträgen ausgestellt wurden, sind bereits zerbrochen. Das Abkommen von Trianon gerät zusehend in die Schusslinie ungarischer Nationalisten... Die Türkei etwa besinnt sich von Tag zu Tag mehr auf ihre ottomanische Vergangenheit."

Seit Lenin haben Marxisten den Imperialismus als die Epoche des kapitalistischen Niedergangs charakterisiert. Der Essayist der *NZZ* erkennt an, wenn auch nur empirisch, daß der Lauf der historischen Entwicklung rückwärts geht, und schließt mit einem pessimistischen Zitat des österreichischen romantischen Dramatikers des 19. Jahrhunderts, Franz Grillparzer: „Der Weg der neuen Bildung geht — von der Humanität — durch die Nationalität — zur Bestialität."

Die sich immer mehr ausweitende Orgie von nationalem Chauvinismus und kommunalistischem Gemetzel von Mitteleuropa bis zum Kaukasus gehört untrennbar zur kapitalistischen Restauration. Wie wir in unserer zweiteiligen Serie „Osteuropa: Nationalismus und Konterrevolution" *(Spartakist* Nr. 95 und Nr. 96, Mai und Juni/Juli 1992) geschrieben haben: „Ohne die soziale Basis einer echten Bourgeoisie ... ist aggressiver Nationalismus sowohl die treibende Kraft gewesen für eine Wiederherstellung des Kapitalismus in Osteuropa und in der Sowjetunion als auch ein Ergebnis des konterrevolutionären Feldzugs." Friedrich Engels bemerkte in seinem Aufsatz über „Die Rolle der Gewalt in der Geschichte" (1887/88): „Seit dem Ausgang des Mittelalters arbeitet die Geschichte auf die Konstituierung Europas aus großen Nationalstaaten hin. Solche Staaten allein sind die normale politische Verfassung des europäischen herrschenden Bürgertums ..."

Der bürgerliche Staat beruht darauf, daß er einer Nation die vorherrschende Position garantiert und alle anderen Nationalitäten innerhalb seiner Grenzen unterdrückt. Außerdem kann in einem Land wie Jugoslawien, *wo die verschiedenen Völker aufdem gleichen Gebiet eng zusammenleben,* die Kampagne zur Konsolidierung homogener „Nationalstaaten" nur durchgeführt werden, indem die rivalisierenden Nationalitäten, die ebenfalls um das umstrittene Territorium kämpfen, brutal verfolgt werden. Eine demokratische und allen Seiten gerecht werdende Lösung der miteinander in Konflikt stehenden nationalen Ansprüche auf dem Balkan kann nur erreicht werden unter der Herrschaft des Proletariats, der einzigen Klasse, die kein Interesse an der Durchsetzung und Ausweitung nationaler Ansprüche hat.

Was im ehemaligen Jugoslawien „ethnische Säuberungen" genannt wird — kommunalistische Massaker und Zwangsvertreibungen — hat einen allgemeinen Aufschrei empörter Verurteilung durch die kapitalistischen Mächte der Welt hervorgerufen, die sich als fromme Verteidiger der Menschlichkeit gegen die barbarischen Serben aufspielen und die „ethnischen Säuberungen" in Bosnien mit dem Nazi-Völkermord vergleichen.

- Ein Bericht der US-Regierung vom Januar erklärt, daß „von serbischen Truppen in Bosnien sogenannte ethnische Säuberungen in einem Ausmaß durchgeführt werden, das alles in den Schatten stellt, was Europa seit der Zeit der Nazis gesehen hat".
- Der deutsche FDP-Außenminister Klaus Kinkel drohte grimmig damit, „Serbien in die Knie zu zwingen" als Bestrafung für „ethnische Säuberungen", während der Sprecher der oppositionellen Sozialdemokraten zu Jugoslawien, Freimut Duve (einer der Vorreiter für die Anerkennung Kroatiens, die das Auseinanderbrechen Jugoslawiens ausgelöst hat), es mit „Bildern von Hitler und Auschwitz" verglich. Welche Chuzpe vom Vierten Reich!
- Israel verurteilte im letzten August in einer Erklärung vor der UNO „‚ethnische Säuberungen' und Gefangenenlager in Bosnien und Herzegowina" als „abscheulich und verachtenswert" und verglich sie auch mit Hitlers Völkermord an den Juden.

Der grausige kommunalistische Krieg in Kroatien und Bosnien hat Zehntausende Todesopfer gefordert und mehrere Millionen obdachlos und zu Flüchtlingen gemacht. Aber dies gleichzusetzen mit dem Horror von Hitlers kalt-

blutiger und kalkulierter Vernichtung von sechs Millionen Juden sowie Hunderttausenden Roma und Sinti, Millionen Slawen und anderen, die zu „Untermenschen" erklärt wurden, läuft auf eine Verharmlosung des Nazi-Völkermords hinaus. Was das Dritte Reich durchführte, war wirklicher *Völkermord,* ein Versuch, buchstäblich ganze Völker, zu vernichten. Was auf dem Balkan passiert, sind nationalistische Kriege um Territorium, deren Ziel es ist, andere Nationalitäten eher rauszuwerfen („zu säubern"), als sie zu vernichten. Die grausigen Massenmorde sollen in diesem Fall die Bevölkerung so sehr terrorisieren, daß sie flieht. Und dies ist beileibe nicht einzigartig, sondern ist in diesem Jahrhundert immer wieder vorgekommen, oftmals in einem Ausmaß, das die grausamen Ereignisse in Bosnien noch weit übertraf.

Trotz ihres Geredes vom Völkermord haben die europäischen Mächte auf die Flüchtlingswelle so reagiert, daß sie ihre Grenzen dichtgemacht haben, während Faschisten Terror gegen Immigranten verbreiten. Auch dies hat es schon gegeben. In den 30er und 40er Jahren stellten die Imperialisten der USA und Europas Quoten auf, um die Einwanderung von osteuropäischen Juden möglichst niedrig zu halten — und prominente jüdische Führer in den USA waren *gegen* die Öffnung der Tore Amerikas für Flüchtlinge, die vor dem Nazi-Holocaust flohen. Zur gleichen Zeit organisierte der deutsche Imperialismus in dem von ihm beanspruchten „Hinterland" massiv „ethnische Säuberungen" mit einer Technologie, die den miteinander verfeindeten Bevölkerungsgruppen Südeuropas bei weitem nicht zur Verfügung steht. Und die USA haben die Atombombe auf Japan abgeworfen und damit in einem Augenblick Hunderttausende von Menschen umgebracht.

Der imperialistischen Scheinheiligkeit über „ethnische Säuberungen" liegt die Tatsache zugrunde, daß das, was jetzt in Bosnien passiert, ein immer wieder auftretendes Phänomen in dieser Epoche des kapitalistischen Niedergangs ist, wo sich imperialistische Barbarei mit der Barbarei rückständiger kapitalistischer und vorkapitalistischer Gesellschaften überschneidet. Die Bildung der klassischen Nationalstaaten im Westeuropa des 17. und 18. Jahrhunderts war auch ein blutiger, langwieriger Prozeß. Aber sie war verbunden mit der Ausweitung des Handels, der Entwicklung des nationalen Marktes und dem Aufstieg der Bourgeoisie. Unter dem Imperialismus jedoch wird die Entwicklung einer nationalen Wirtschaft und das Entstehen einer tatkräftigen Bourgeoisie durch imperialistische Ausbeutung und Vorherrschaft im Keim erstickt. Daher ist die nationale Konsolidierung im Rahmen des Kapitalismus reduziert worden auf ihre reine Komponente von kommunalistischen Brutalitäten zur Vertreibung oder Vernichtung von Minderheitsnationalitäten.

Das Erbe des imperialistischen „Teile und Herrsche"

Ein kürzlich erschienener Artikel von George Kennan („The Balkan Crisis: 1913 and 1993", *New York Review of Books,* 15. Juli) weist hin auf „die vielen und deprimierenden Belege für eine Ähnlichkeit zwischen dem, was auf dem Balkan 1913 geschehen ist, und dem, was dort heute passiert". Die Balkan-Kriege von 1912/13, die das Vorspiel zum Ersten Weltkrieg waren, wurden auf allen Seiten mit unbeschreiblicher Grausamkeit geführt. Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro verjagten nicht nur das Osmanische Reich aus Europa, sie vertrieben auch mehr als 100 000 Türken. Als sie sich dann darüber zerstritten, wer Makedonien bekommt, den Hauptpreis für den Sieg über die Osmanen, wurden weitere Zehntausende aus ihren Häusern vertrieben: Bulgaren wurden aus Makedonien vertrieben durch die Griechen, Griechen aus Makedonien durch die Serben usw. Ein Artikel über „Racial Migrations in the Balkans" [Bevölkerungsbewegungen ethnischer Gruppen auf dem Balkan] im *Geographical Journal* von 1925 listet sieben Fälle von Zwangsumsiedlungen in den Jahren 1912-14 auf.

Während das sterbende Osmanische Reich seine europäischen Gebiete verlor, konsolidierten inzwischen die „Jungtürken" ihre Macht in Konstantinopel auf einem Programm des türkischen Nationalismus, was bedeutete, nationale Minderheiten loszuwerden und das Reich in einen homogenen türkischen Staat zu verwandeln. 1915 befahlen die Jungtürken die Deportation der armenischen Bevölkerung, die mit der türkischen Bevölkerung Ostanatoliens genau das gleiche Gebiet bewohnte. In der Praxis entwikkelten sich die Deportationen zu einer Orgie des Tötens, bei der Hunderttausende, vielleicht sogar bis zu anderthalb Millionen Armenier starben. Zuvor hatten die Armenier unter der Führung der nationalistischen Daschnak-Partei einen fehlgeschlagenen Feldzug für ein „Großarmenien" gestartet. Das war, wie der Historiker Bernard Lewis es formulierte, „ein Kampf zwischen zwei Nationen um den Besitz eines einzigen Heimatlandes, der mit dem schrecklichen Holocaust von 1915 endete" *(The Emergence of Modern Turkey* [Das Entstehen der modernen Türkei], 1968).


Der Spiegel
Kroatische Ustascha massakrierte 1941-45 Hunderttausende Serben

Die Jungtürken, unter der Führung von Mustafa Kemal Pascha (Atatürk), richteten sich dann gegen ihre griechische Bevölkerung, brannten 1919 die Küstenstadt Smyrna nieder und massakrierten Zehntausende (nachdem die Griechen zuvor die Stadt militärisch besetzt hatten und die türkische Bevölkerung durch eine Welle von Greueltaten vertrieben hatten). An diesem Punkt griffen die siegreichen Imperialisten ein *und förderten* ein Programm von Massenumsiedlungen zwischen Griechenland, der Türkei und Bulgarien. Mehr als zwei Millionen Menschen wurden im Laufe der 20er Jahre zwischen Griechenland, Bulgarien und der Türkei „ausgetauscht", aus ihren Häusern gerissen, ihres Eigentums beraubt und brutal hinausgeworfen — unter der

Fortgesetzt auf Seite 16

„Ethnische Säuberungen"...

Fortsetzung von Seite 15

Schirmherrschaft des Völkerbundes. Auf diese Weise wurde Bulgarien seine gesamte griechische Bevölkerung los, Griechenland wurde die Hälfte seiner Bulgaren los und fast alle seine Türken, und die Türkei wurde ihre Griechen los (übrig blieben die Kurden, die das Opfer ununterbrochener Kriegsführung seitens der türkischen Regierung sind).

Aber der Balkan und seine Nachbarländer sind beileibe nicht das einzige Gebiet, wo solche „ethnischen Säuberungen" stattgefunden haben. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entfesselte die Teilung Indiens 1947 durch die britischen Imperialisten — die Kulmination von 350 Jahren kolonialen „Teilens und Herrschens" — eines der gräßlichsten kommunalistischen Gemetzel und die vielleicht umfangreichste Zwangsumsiedlung der Geschichte. Durch die Durchschneidung von Provinzen, wo Moslems, Hindus und andere religiöse Gruppen genau das gleiche Gebiet bewohnten (Punjab und Bengalen), führte die Aufspaltung in ein zu 80 Prozent von Hindus dominiertes Indien und ein konfessionell islamisches Pakistan zum Abschlachten von ein bis zwei Millionen Moslems, Sikhs und Hindus und zu erzwungenen Bevölkerungsbewegungen von mehr als elf Millionen Menschen. Gigantische Kolonnen von Hunderttausenden verängstigten Flüchtlingen, die vor dem Blutvergießen flohen, strömten in beiden Richtungen über die neuen Grenzen.

Eine Geschichte dieser Periode beschrieb das Gemetzel: „In Indien stürmten Sikhs und Hindus die Eisenbahnwaggons von überfallenen Zügen und schlachteten jeden beschnittenen Mann ab, den sie fanden. In Pakistan stürmten Moslems durch die Züge, die sie angehalten hatten, und ermordeten jeden Mann, der nicht beschnitten war" (Larry Collins und Dominique Lapierre, *Freedom at Midnight* [Freiheit um Mitternacht], 1975).

Oder man schaue sich den Fall Südafrika an. Die Herrscher mit ihrer Ideologie der Vorherrschaft für Weiße versuchten nicht, die Schwarzen zu vernichten oder zu vertreiben, denn es war die gnadenlose Superausbeutung der schwarzen Arbeiter, die die Superprofite der Gold- und Diamantenmagnaten schuf. Aber der Nationalismus der Afrikaaner wurde durch die schuldbewußte Furcht genährt, daß die schwarze Mehrheit die Bedingungen der Unterdrückung umkehren könnte. Die National-Partei kam 1948 mit einem Programm für Apartheid („Getrenntheit") oder erzwungene Rassentrennung an die Macht, was die „Garantie einer nationalen Heimat für die Afrikaaner-Nation" versprach, indem alle Schwarzen in mehrere ethnisch gruppierte Regionen getrieben werden sollten (einschließlich der Territorien der damals britischen Protektorate Swasiland, Basutoland und Betschuanaland), die „Farbigen" in eine getrennte „Farbigen-Nation" gedrängt werden und die gesamte indische Bevölkerung nach Indien abgeschoben werden sollten.

Die Ideologen der Apartheid, zum großen Teil an deutschen Universitäten der 30er Jahre ausgebildet und stark beeinflußt von den rassistischen Tiraden der Nazis, gruppierten sich im Broederbond, dem Kern der nationalistischen Afrikaanerbewegung. Sie träumten davon, Südafrika entlang rassischer Linien auseinanderzureißen und es als eine Vielfalt von getrennten „Nationen" wiederaufzubauen, wobei dem weißen Afrikaanertum seine eigene getrennte nationale Einheit garantiert würde mit seiner eigenständigen Kultur. Aber nachdem der Nationalisten-Führer D. F. Malan an die Macht gekommen war, mußte er der Tatsache ins Auge sehen, daß „unsere ganze wirtschaftliche Struktur in einem hohen Maße auf der Arbeit von Nichtweißen beruht" und daß „territoriale Trennung das Resultat" hätte, „daß die Europäer ihre ganze Arbeit selber durchführen müßten" (Brian Bunting, *The Rise of the South African Reich* [Der Aufstieg des südafrikanischen Reichs], 1986).

Als die Nationalisten an der Macht waren, führten sie riesige Umsiedlungen der schwarzen Bevölkerung durch und richteten die elenden Bantustans ein, um die Anwesenheit von Schwarzen in den Städten und den Gebieten für Weiße zu begrenzen und zu regulieren. Sie vertieften und verhärteten das bestehende System der strikten Rassentrennung durch eine Unzahl von rassistischen Gesetzen, deren Zweck die totale Kontrolle der schwarzen Arbeiterschaft war, um verstärkt Profite herauszupressen. Die südafrikanischen Schwarzen wurden zu Wanderarbeitern gemacht, von ihren Wohnungen fortgerissen, ihres Geburtsrechtes beraubt und zu Fremden im eigenen Land erklärt. „Unproduktive" Schwarze, — die Älteren, Frauen, Kinder, Behinderten und Arbeitslosen — wurden in die kargen Bantustans geworfen. Seit .1948 sind zwischen vier und acht Millionen Schwarze zwangsweise umgesiedelt worden — aus städtischen Gebieten vertrieben, vom Lande verjagt oder von einem elenden Township zum nächsten getrieben (Elaine Unterhalter, *Forced Removal* [Zwangsräumung], 1987).

Woanders in Afrika wurde die gesamte asiatische (größtenteils indische) Bevölkerung Ugandas, rund 50 000 Menschen, im Herbst 1972 durch den blutigen Diktator Idi Amin gewaltsam des Landes verwiesen. Die britischen Imperialisten hatten die Inder ursprünglich in den 1890er Jahren nach Ostafrika gebracht, um die ostafrikanische Eisenbahn zu bauen. Die Inder entwickelten sich zur vorherrschenden Kraft im Einzelhandel des Landes ,— wofür Amin sie als die „braunen Juden Ostafrikas" angriff. Die Vertreibung der Asiaten löste eine Orgie des Plünderns von ihren Geschäften, Häusern und ihrem sonstigen Eigentum aus, durchgeführt durch ein aufstrebendes schwarzes Kleinbürgertum, das sich aus Armeeoffizieren und ihren Kumpanen zusammensetzte. Wie wir über Amins Vertreibung der Asiaten und seine Massaker an rivalisierenden Stämmen schrieben: „Nationalismus an der Macht, selbst der Nationalismus eines früher unterdrückten Volkes, strebt danach, einen rassisch homogenen Staat durch die brutalen Methoden des Aufbaus bürgerlicher Nationalstaaten zusammenzufügen: Zwangsassimilation, Vertreibung oder Völkermord von rassischen und nationalen Minderheiten" *(Workers Vanguard* Nr. 118, 16. Juli 1976).

Wenn verschiedene afrikanische oder andere Nationalisten der Dritten Welt in dieser Epoche den „Aufbau der Nation" versuchen, werden sie von der Hinterlassenschaft und der fortgesetzten Vorherrschaft des Imperialismus blockiert. Leo Trotzkis Theorie und Programm der permanenten Revolution erklärte, daß in den kolonialen und neokolonialen Ländern die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution, einschließlich der gerechten und demokratischen Lösung der nationalen Frage, nur unter der Diktatur des Proletariats erreicht werden kann, unter der Führung einer bolschewistischen Partei.

Rassismus und „ethnische Säuberungen"

Wenn man die imperialistische Presse liest, dann könnte man den Eindruck bekommen, daß „ethnische Säuberungen" nur von rückständigen Stammesvölkern durchgeführt werden, denen es um „uralte Fehden" und nationale Rivalitäten geht. In Wirklichkeit begleitet aber der Anstieg des Nationalismus die Ausbreitung des Kapitalismus, und Zwangsumsiedlungen werden von einigen der „zivilisiertesten" Nationen durchgeführt. Vor kurzem, als die Sowjetunion auseinanderbrach, gab es im kapitalistischen Westen eine Menge Sympathien für die Sache der christlichen Armenier, die mit den moslemischen Aseris um die Kon-

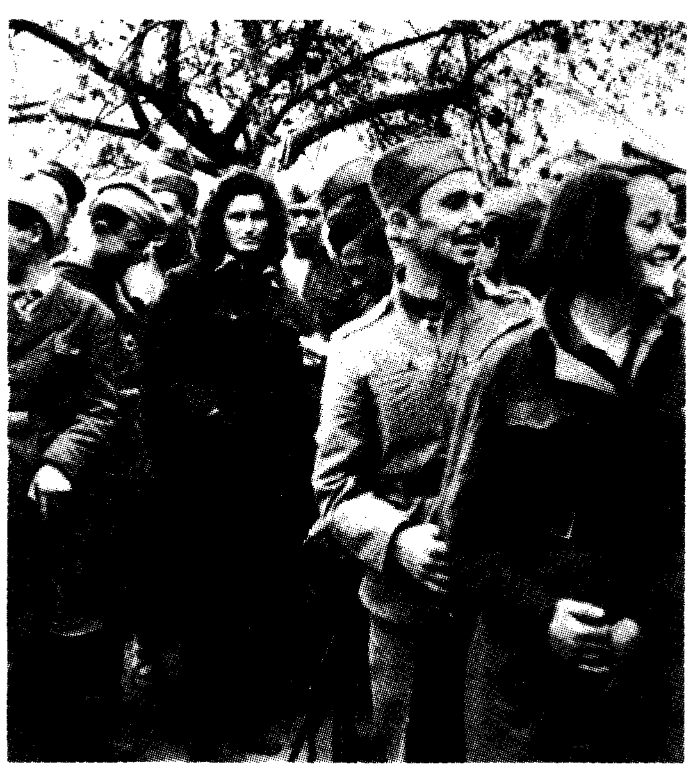
trolle der Bergregion Nagorny-Karabach im Kaukasus kämpfen, eines der Gebiete der Welt, wo viele unterschiedliche Nationalitäten auf engstem Gebiet zusammenleben. Viel wurde berichtet über das gräßliche Pogrom gegen Armenier in Baku, der Hauptstadt Aserbaidschans, aber fast nichts über die systematischen „ethnischen Säuberungen" durch die Armenier.

Dieser Krieg brach 1988 aus, als Gorbatschows Perestroika nationale Konflikte in den Grenzgebieten der Sowjetunion anfachte, wobei die wirtschaftlich fortgeschritteneren Gebiete der Logik des kapitalistischen Marktes folgten und versuchten, auf Kosten ihrer weniger entwickelten Nachbarn Vorteile herauszuschlagen. (In ähnlicher Weise waren die wirtschaftlich wohlhabenderen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien die Speerspitze beim Auseinanderbrechen Jugoslawiens.) Ein Viertel der Bevölkerung der größtenteils armenischen Enklave Nagorny-Karabach, einer autonomen Region in Aserbaidschan, waren Aseris, aber sie sind jetzt vollständig vertrieben worden, wo beide Seiten einen grauenerregenden Krieg führen mit verbrannten Dörfern, Verstümmelungen und Massakern. Während der fünf Jahre dauernden Kämpfe sind in Armenien und Aserbaidschan mehr als eine halbe Million Menschen vertrieben worden.

Die Kämpfe sind beileibe nicht nur auf die umstrittene Enklave begrenzt. Im letzten April eroberten die Armenier einen breiten Gebietsstreifen, errichteten einen Nordkorridor nach Nagorny-Karabach, annektierten es praktisch damit, und vertrieben dabei Zehntausende von aserischen Dorfbewohnern aus ihren Häusern. Aber das Feuer der Armenier richtet sich nicht ausschließlich gegen die Aseris. Im Mai 1992 eröffneten die armenischen Truppen einen Südkorridor nach Nagorny-Karabach durch die Einnahme des Ortes Latschin. Nachdem Latschin von armenischen Truppen bis auf die Grundmauern niedergebrannt worden war, gab es, vergraben in den Presseberichten, eine kurze Erwähnung der Tatsache, daß dieser Ort das Zentrum der *kurdischen* Bevölkerung in dieser Region war. Jonathan Steele berichtete im Londoner *Guardian* (25. Mai 1992), der armenische Außenminister habe eine „außerordentliche Stellungnahme" verbreitet, in der er „behauptete, daß Latschins »kurdische Bevölkerung' einverstanden war, den Korridor nach Armenien zu öffnen". Wenn dies wahr wäre, bemerkte Steele, „wäre es zu erwarten gewesen, daß dort lebende Kurden die armenischen Befreier willkommen heißen. Es waren keine zu sehen."

Dies ist aber wirklich nichts Außergewöhnliches. Genauso haben schon die israelischen Zionisten behauptet, daß 1948 die palästinensischen Araber ihre Heimat aus eigenem Antrieb verlassen hätten. In Wirklichkeit war dies ein klassischer Fall von „ethnischer Säuberung" im großen Maßstab. Mit einem Feldzug von Massakern und Greueltaten, der die palästinensischen Araber terrorisieren und aus dem Land treiben sollte, entvölkerten die Zionisten rund 350 arabische Ortschaften und machten 700000 Palästinenser durch Vertreibung zu Flüchtlingen. Der zionistische Führer Ben-Gurion nannte es „die Säuberung der arabischen Ansiedlungen" (Benny Morris, *The Birth of the Palestinian Refugee Problem, 1947—49* [Die Geburt des palästinensischen Flüchtlingsproblems, 1947-49], 1987).

Die UN-Resolution vom 29. November 1947 über die Teilung, wonach Palästina in einen jüdischen und einen palästinensischen arabischen Staat aufgeteilt werden sollte (die Zionisten, die nur 6 Prozent des Landes in Palästina besaßen, sollten rund 55 Prozent des Landes bekommen), war der Auslöser eines kommunalistischen Krieges zwischen dem arabischen und dem hebräischsprachigen Volk um die Kontrolle desselben Territoriums. Im Mai 1946, als die Briten sich aus Palästina zurückzogen, brach ein zweiter Krieg



Imperial War Museum, London

Mai 1944: Kommunistisch geführte jugoslawische Partisanen. Titos Kampf gegen die Nazis, der den Kapitalismus stürzte, schuf eine Grundlage für Einheit der Völker Jugoslawiens

zwischen Israel und den arabischen Staaten aus, der sich mit dem kommunalistischen Konflikt überlappte. Der Krieg zwischen den Zionisten und den arabischen Staaten war von einer Reihe von Treffen zwischen den Zionisten und der haschemitischen Monarchie Transjordaniens vorbereitet worden, um sicherzustellen, daß die bedeutendste arabische Streitmacht, die Arabische Legion Transjordaniens, sich nicht in den Gebieten einmischte, die die UNO den Zionisten zugesprochen hatte.

Bei dem kommunalistischen Krieg hatten die Zionisten von Anfang an einen überwältigenden militärischen Vorteil über die palästinensischen Araber. Die Briten hatten die Existenz der „offiziellen" zionistischen Einheiten von Haganah und Palmach toleriert, sie sogar 1937 trainiert und bewaffnet, damit sie ihnen bei der Niederschlagung der arabischen Revolte von 1936—39 und wieder während des Zweiten Weltkriegs helfen konnten. Die arabischen Dorfmilizen hatten keine militärische Ausbildung und keine Waffenvorräte, die Unterstützung durch die Arabische Liga war nicht der Rede wert, denn auch sie war wie die Zionisten gegen die Schaffung eines palästinensischen arabischen Staates. Der zionistische militärische „Plan D" (Plan Dalet), der umgesetzt wurde, als die Briten mit ihrem Abzug begannen, bedeutete grünes Licht für die Kommandeure im Feld, „ethnische Säuberungen" im großen Stil durchzuführen. Im folgenden einige Schlüsselanweisungen:

> „Zerstörung von Ortschaften (in Brand setzen, Sprengung, Verminen der Ruinen), besonders jener Bevölkerungszentren, deren dauerhafte Kontrolle schwierig ist. Durchführung von Durchsuchungs- und Kontrolloperationen entsprechend folgender Richtlinien: Umzingeln der Ortschaft und Durchführung einer Durchsuchung im Ort. Im Fall von Widerstand müssen die bewaffneten Kräfte ausgelöscht und muß die Bevölkerung aus den Grenzen des Staates vertrieben werden." *(Journal of Palestine Studies* [Journal von Studien über Palästina], Herbst 1988)

Fortgesetzt auf Seite 18

„Ethnische Säuberungen"...

Fortsetzung von Seite 17

Die zionistischen Angriffe auf arabische Ortschaften waren sorgsam koordiniert mit Taktiken der „psychologischen Kriegsführung", deren Ziel es war, unter der arabischen Bevölkerung Terror zu verbreiten. Bei Angriffen der Haganah wurden jedesmal Lautsprecherwagen eingesetzt, die, wie es ein israelischer Offizier beschrieb, „Horrorgeräusche" verbreiteten — schrille Schreie, lautes Klagen, Sirenen und qualvolles Stöhnen arabischer Frauen —, unterbrochen von Schreien in arabischer Sprache: „Flieht um euer Leben! Die Juden setzen Giftgas ein!" Sendungen von „Free Hebrew Radio" brachten Drohungen auf Arabisch, daß Cholera, Typhus und andere Krankheiten „im April und Mai unter Arabern ausbrechen werden" (Erskine Childers, „The Wordless Wish: From Citizens to Refugees" [Der stumme Wunsch: Von Bürgern zu Flüchtlingen], in Ibrahim Abu-Lughod (Hrsg.), *The Transformation of Palestine* [Die Umwandlung Palästinas], 1971).

„Operation Passah-Säuberung" (Bi'ur Hametz) nannte die Haganah ihre Kampagne im April 1948 zur Vertreibung der 70000 arabischen Einwohner aus der Stadt Haifa, in der Juden und Araber zusammenlebten. Dieser Name bezieht sich auf die jüdische Tradition, alles aus Sauerteig gebackene Brot (Hametz), das sich im Haus befindet, am Vorabend des Passah-Festes zu verbrennen. Die Befehle, die das 22. Bataillon (die Carmeli-Brigade) erhielt, lauteten, „jeden [erwachsenen männlichen] Araber, der angetroffen wird, zu töten" und „alle Gegenstände, die in Brand gesetzt werden können", zu verbrennen. In einem Szenario, das mit dem heutigen Sarajevo vergleichbar ist, regnete es Geschosse der zionistischen Artillerie und der Scharfschützen vom Berg Carmel und von den Haifa-Anhöhen auf die in schreckliche Angst versetzten arabischen Bewohner. Während die Lautsprecher ihre schrillen „Horrorgeräusche" ausspuckten und die Gebäude um sie herum bombardiert wurden, rannte die in Panik versetzte Bevölkerung in Richtung Hafengegend, wobei zahllose alte Männer, Frauen und Kinder zu Tode getrampelt oder vom Hagel des zionistischen Beschüsses getroffen wurden.

Ein Artikel von Guy Erlich in der Tel Aviver Zeitung *Ha'ir* (6. Mai 1992) zitiert den ehemaligen Direktor des israelischen Armee-Archivs, Ariyeh Yitzhaki, der aufgrund seines einzigartigen Zugangs zu Regierungsdokumenten schätzt, daß die Israelis im Krieg von 1948 „mindestens 20 große Massaker" an jeweils mehr als 50 Menschen begangen haben und rund 100 „kleine Massaker". Yitzhaki fährt fort: „Für viele Israelis war es einfach, an der falschen Behauptung festzuhalten, daß die Araber das Land verließen, weil ihre Führer dies befohlen hätten. Das ist eine vollständige Lüge. Die grundlegende Ursache für die Flucht der Araber war ihre Furcht vor der Gewalt der Israelis, und diese Furcht hatte eine Grundlage in der Realität. Aus beinahe jedem Bericht, der über die Besetzung der arabischen Ortschaften in der Zeit von Mai bis Juli 1948, dem Höhepunkt der Konfrontationen mit der arabischen Landbevölkerung, in den Armee-Archiven erscheint, kommt der Gestank eines Massakers hoch."

Für proletarischen Internationalismus!

„Ethnische Säuberungen" sind ganz einfach die Umsetzung des Programms, das jedem Nationalismus innewohnt. Als Marxisten sind wir Gegner jeder Form von Nationalismus und kämpfen für proletarischen *Internationalismus.* In bezug auf den arabisch-israelischen Krieg von 1948 bedeutet das trotzkistische Programm, bei den Kämpfen zwischen den arabischen und zionistischen Armeen für revolutionären Defätismus einzutreten und für die Selbstverteidigung von Ortschaften und Siedlungen, die unter Beschüß sind. Bei den ethnisch-nationalistischen Kriegen, die das ehemalige Jugoslawien zerstören, beziehen wir ebenso keine Seite. Aber der Sieg von Titos Partisanen nach dem Zweiten Weltkrieg zeigte, daß — trotz Jahrhunderten ethnischer Konflikte und der lebendigen Erinnerung an die jüngste Geschichte von kommunalistischen Massakern durch die kroatische Ustascha und die serbischen Tschetniks — die Einheit der südslawischen Völker und der anderen Einwohner Jugoslawiens möglich war, *auf der Basis proletarischer Staatsmacht.*

Titos Regime war jedoch ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat, und die nationalistische Perspektive der stalinistischen Bürokratie, „Sozialismus in einem Land", verhinderte, daß die nationale Frage vollständig gelöst werden konnte. Titos „Marktsozialismus" verstärkte die krassen regionalen Ungleichheiten, zum Beispiel zwischen dem rückständigen Kosovo und dem vergleichsweise entwickelten Slowenien, was zum Anstieg nationalistischer Kräfte innerhalb der Bürokratie beitrug. Wie wir in der Zusammenfassung unserer zweiteiligen Reihe über „The National Question in Yugoslavia" [Die nationale Frage in Jugoslawien] *(Workers Vanguard* Nr. 106 und 110, 23. April und 21. Mai 1976) schrieben:

> „Der Bankrott des Titoismus und sein Versagen, die nationale Frage zu lösen, demonstrieren nur, daß die Stalinisten — aller Couleur — selbst unter jenen außergewöhnlichen Umständen, wo sie die Bourgeoisie gestürzt haben, unfähig sind, selbst demokratische revolutionäre Aufgaben vollständig zu lösen. Titos Schweigen zu Stalins Sabotage an der griechischen Revolution hat eine Viertelmillion oder mehr Makedonier unter kapitalistischer Unterdrückung gelassen. Mehr noch, die Unfähigkeit, irgend etwas anderes als einen isolierten *nationalistischen* Kampf gegen die Kreml-Vorherrschaft zu führen, bedeutete, daß der Bruch mit Moskau 1948 effektiv alle Hoffnungen auf eine Balkanföderation ad acta legte. Die aufgeteilten Bevölkerungen Albaniens und Makedoniens sind heute Spielbälle der innerbürokratischen Auseinandersetzungen zwischen Moskau, Peking und Belgrad.
>
> Jetzt sind selbst die großen Errungenschaften der Jugoslawischen Revolution — der Umsturz der kapitalistischen Eigentumsformen und die Überwindung der blutigen nationalen Konflikte, die das bürgerliche Jugoslawien zugrunde richteten — bedroht, weil die Bürokratie zentrifugale Kräfte fördert (wenn auch größtenteils gegen ihren eigenen Willen). In Jugoslawien nehmen die Bedingungen für einen blutigen Bürgerkrieg mehr und mehr zu, und angesichts der regionalen wirtschaftlichen Unterschiede kann dieser sehr wohl die Form eines Kampfes für ‚nationale Befreiung* annehmen. Dies ist das Erbe des Titoismus, des Stalinismus ‚mit einem menschlichen Antlitz'. Es ist ein Erbe, das die Werktätigen überwinden müssen, indem sie eine trotzkistische Avantgardepartei aufbauen, die fähig ist, eine politische proletarische Revolution durchzuführen, um die Tito-Bürokratie zu stürzen und dadurch die Bedingungen für die internationale Ausweitung der Revolution zu schaffen."

Mit dem blutigen Untergang des jugoslawischen deformierten Arbeiterstaates müssen wirkliche Kommunisten für eine sozialistische Revolution gegen alle kapitalistischen Regime kämpfen, auf der Basis eines internationalistischen Programms für eine Sozialistische Föderation des Balkans im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 580, 16. Juli*

[FORTSETZUNG FOLGT]

D-Mark...

Fortsetzung von Seite 2

Abwertung ihrer Währungen verändern. Multinationale Konzerne und Banken werden sehr auf der Hut sein, in solchen Landern zu operieren, wo der reale Wert ihrer Profite von Jahr zu Jahr, ja sogar von Monat zu Monat wild schwanken kann. Das hochgelobte Projekt eines „Gemeinsamen Marktes" in der Europäischen Gemeinschaft liegt jetzt in Scherben.

Auf politischem Gebiet signalisiert der Fall des „starken Franc" zunehmende und offen ausgetragene Konflikte zwischen dem französischen und dem deutschen Kapitalismus, Konflikte, die bis zu einem gewissen Grad während des Kalten Krieges unterdrückt und überspielt wurden. Wie wir geschrieben haben, als das Europäische Währungssystem im letzten September auseinanderbrach:

> „Wir sehen den Anfang der Auflösung der Europäischen Gemeinschaft (EG), des wirtschaftlichen Kleisters, der dreieinhalb Jahrzehnte lang miteinander konkurrierende westeuropäische kapitalistische Staaten in dem von den USA dominierten NATO-Bündnis gegen die Sowjetunion zusammengehalten hat. Aber mit dem Zusammenbruch der stalinistisch regierten deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und dem Aufstieg der kapitalistischen Konterrevolution in Rußland fallen die imperialistischen Bündnisse des Kalten Kriegs auseinander."
> („Euro-Chaos", *Spartakist* Nr. 98, Oktober 1992)

Die EG lag allen am Herzen, solange Westdeutschland die Zeche bezahlte. Aber seit der kapitalistischen Wiedervereinigung ist das Geld in die andere Richtung geflossen. Bonn hat' sein „kreditfinanziertes Aufkaufen" der Deutschen Demokratischen Republik durch massive Schuldenaufnahme finanziert, die dieses Jahr schätzungsweise 7,5 Prozent des Bruttosozialproduktes des Landes erreichen wird. Um zu verhindern, daß die riesigen Haushaltsdefizite zu einer Entwertung der heiligen D-Mark führen, haben die Herren der Bundesbank die Leitzinsen beinahe auf Rekordniveau hochgeschraubt.

Weil daraufhin Geldkapital zu den Frankfurter Banken floß, mußten andere europäische Regierungen entweder ihre eigenen Zinssätze anheben, was ihre Wirtschaften weiter in die Depression treibt, oder ihre Währungen abwerten, was die Inflation anheizt. Die Franzosen sind verständlicherweise sowohl verbittert als auch neidisch darauf, daß Deutschland übermäßige Staatsausgaben mit einer starken Währung verbinden kann. Vor zehn Jahren, nach zwei aufeinander folgenden Abwertungen, kündigte die sozialdemokratische Regierung von François Mitterrand an, daß in Zukunft „rigueur" (Austerität) und der starke Franc die Eckpfeiler seiner Wirtschaftspolitik sein würden. Als Ergebnis davon lag die Arbeitslosigkeit in Frankreich in den letzten zehn Jahren immer um die zehn Prozent.

Im letzten Frühjahr bestraften die Wähler Mitterrands Sozial-Monetaristen, indem sie den rechten bürgerlichen Parteien, die die wirtschaftliche Unzufriedenheit in Rassismus gegen Immigranten ummünzen wollten, eine riesige Mehrheit verschafften. Die neue Regierung des gaullistischen Ministerpräsidenten Edouard Balladur sah sich auch dem „starken Franc" verpflichtet und war so dem gleichen unlösbaren Dilemma ausgesetzt wie ihre sozialistische Vorgängerin. Im Juni stieg die Arbeitslosigkeit in Frankreich auf die Rekordhöhe von 3,2 Millionen, 11,5 Prozent der Beschäftigten. Das Balladur-Regime senkte die Leitzinsen ein wenig in der Hoffnung, damit die Wirtschaft anzukurbeln. Das löste die Sturmflut aus.

Als sich Mitte Juli eine neue Welle spekulativen Drucks gegen den Franc aufzubauen begann, weigerte sich die Bundesbank eigensinnig, den Diskontsatz, den sie deutschen Banken in Rechnung stellt, zu senken. Ein in Paris ansässiger Ökonom für die Wall-Street-Firma Smith, Barney berichtete: „Der Markt roch Blut, als die Bundesbank sich weigerte, sich von der Stelle zu bewegen." Europäische Zentralbanken warfen innerhalb von zwei Tagen mehr als *60 Milliarden DM* auf den Markt, um die Spekulationshaie abzuwehren. Aber das waren nur kleine Fische im Vergleich zu den *mehr als tausend Milliarden Dollar,* die täglich auf den Geldmärkten umgeschlagen werden, und sie gaben sehr schnell jede Vorspiegelung einer europaweiten Währungsordnung auf.

Nachdem die Bundesbank den Rest von Westeuropa ins finanzielle Chaos gestürzt hatte, verkündete ihr Präsident Helmut Schlesinger triumphierend die Autokratie der D-Mark: „Die Bundesbank macht das, was sie für richtig erachtet — nicht das, was die Leute von ihr erwarten" *(Washington Post,* 3. August).

Erst gestern hat die imperialistische Bourgeoisie noch groß getönt vom „Tod des Kommunismus", und ein Sprecher des US-Außenministeriums verkündete das „Ende der Geschichte" mit dem angeblich endgültigen Triumph der westlichen liberalen „Marktwirtschaft". Aber heute ist die kapitalistische Welt angeschlagen. Obwohl sie die „Wohlfahrtsstaats"-Programme zerfetzen, die im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg eingeführt worden waren, um der „kommunistischen Bedrohung" etwas entgegensetzen zu können, sind die imperialistischen Herren der Welt in einer wirtschaftlichen Krise. *Business Week (2.* August) brachte eine Titelseitengeschichte mit der Frage:

> „Was läuft falsch? Als der Kommunismus zusammenbrach und überall auf der Welt der freie Markt aufblühte, sollten die Friedensdividende und der Kapitalismus zusammen ein schnelles Wirtschaftswachstum anspornen. Auf lange Sicht mag es so kommen. Aber im Augenblick ist die Weltwirtschaft aus dem Tritt geraten. Hohe Arbeitslosigkeit, langsames Wachstum und massiver Lohn- und Preiswettbewerb sind in den industrialisierten Nationen vorherrschend. Willkommen in der neuen Wirtschaftsordnung, die niemand erwartet hat."

Die „Antwort" von *Business Week* war: „Eine neue brutale auf Konkurrenz ausgelegte Weltwirtschaftsordnung ist mit dem Ende des Kalten Krieges im Entstehen. Die Kräfte, die diese neue Weltordnung vorantreiben, werden noch auf Jahre vorherrschend sein und versprechen, das Leben für praktisch jedermann härter zu machen — vom Arbeiter am Fließband bis zum Vorstandsvorsitzenden." Aber trotz aller Rhetorik: „Wir sitzen alle in einem Boot", seitens der kapitalistischen Presse verdiente im letzten Jahr ein durchschnittlicher Vorstandsvorsitzender in den USA *157mal soviel* wie ein durchschnittlicher Arbeiter. Die Auswirkungen der neuen Welt*unordnung* waren eine scharfe *Zunahme* der Klassenunterschiede, was der Auslöser für Klassenkämpfe von Süditalien bis Ostdeutschland, Polen und darüber hinaus ist. Was dringend notwendig ist, ist eine revolutionäre Führung, die diese Kämpfe zum Sieg führen kann.

Während die Herren des Vierten Reichs in ihrer Macht zur Zerstörung schwelgen, droht den Werktätigen Europas — nicht zuletzt in Deutschland selber — der schlimmste wirtschaftliche Abschwung seit Jahrzehnten, die Demontage des „Wohlfahrtstaats" der Nachkriegsjahre und der Anstieg faschistischer Parteien, angefacht von Rassismus und Terror gegen Immigranten. Die blutsaugenden Bankiers und multinationalen Konzerne müssen durch revolutionären Klassenkampf besiegt und enteignet werden. Nur die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa können dafür sorgen, daß alle Werktätigen von der ehemaligen Sowjetunion bis zur iberischen Halbinsel einen angemessenen Lebensstandard in gesicherten Verhältnissen haben.

Nach Workers Vanguard *Nr. 582, 13. August*

Bischofferode...

Fortsetzung von Seite 3

heiter in Ost und West ausgeweitet werden müssen, die Bischofferode als ihre Sache angesehen haben — verbunden mit der Förderung, daß die Transportarbeiter *sämtliches* Kali boykottierten sollten. Dazu rief das Spartakist-Flugblatt vom 17. Juli auf, das auf Deutsch und Türkisch bei Betrieben, Bergwerken und Häfen in Ost und West verteilt wurde. Trotz der Verwüstung der ostdeutschen Industrie sahen wir im vergangenen April beim Metall- und Stahlstreik das Potential für mächtigen gemeinsamen Klassenkampf, als die Streiks anfingen, auf den Westen überzugreifen.

Als Bonn und die Treuhand grünes Licht für die BASF-Übernahme des ostdeutschen Kali gaben, wollte *Neues Deutschland* den Kumpeln erzählen, ihr Kampf sei hoffnungslos. Doch als die breite Solidarität für die Kumpel anwuchs, tat die PDS alles erdenkliche, um diese *weg vom Klassenkampf* zu bringen und auf symbolische Hungerstreiks, impotente Mahnwachen, hohle Solidaritätskundgebungen und Privatisierungsrezepte mit ihrem „antimonopolistischen" Kapitalisten Peine umzulenken. 1990 hat Modrow die großdeutsche Konterrevolution mit dem Ruf „Deutschland, einig Vaterland" angepriesen. Jetzt versucht die PDS, die kleindeutsche „Marktwirtschaft" zu verkaufen, *nachdem* der Kapitalismus die ostdeutsche Wirtschaft vernichtet hat.

Als Bonn das von der Treuhand subventionierte Geschenk des ostdeutschen Kali an IG-Farben-Nachfolger BASF machte, wo Reichskanzler Kohl seine Karriere anfing, standen die 700 Bischofferöder Kumpel der Bourgeoisie von Auschwitz und ihrer Regierung insgesamt gegenüber. Es geht um die politische Macht: Jetzt hat sie die Bourgeoisie und die Arbeiter haben sie nicht. Sie haben mit dem Anschluß eine vernichtende politische Niederlage erlitten. Heute richtet sich jeder Klassenkampf direkt gegen das kapitalistische Regime und konfrontiert die veränderten Kräfteverhältnisse in der „Neuen Weltordnung". Deshalb ist der Aufbau einer revolutionären Partei, für den wir Spartakisten kämpfen, so dringend notwendig.

Von Anfang an appellierte der Betriebsrat an die EG-Kommission in Brüssel, die Schließung der Grube wegen Verstoßes gegen das Kartellrecht zu verhindern. So will auch der PDS-Chef im Bundestag, Gregor Gysi, in den Fusionsvertrag von Treuhand/Mitteldeutsche Kali AG hineinschauen, um das herauszufinden, was jedermann schon weiß: Deutschland will (wieder) Herr der Welt sein, und BASF Herr des internationalen Kali-Markts. Aber die EG wird die Kali-Fusion nur nach den Vorgaben überprüfen, die die mächtigen kapitalistischen Interessen schützen und Arbeitsplätze vernichten, wie in Rheinhausen.

Statt auf die Kartellbürokraten in Brüssel sollten die Arbeiter in Bischofferode auf die Arbeiter in ganz Europa schauen, von der Ukraine über Süditalien bis Schottland, die auch dagegen kämpfen, für den deutschen Anschluß zahlen zu müssen.

SPD und PDS spalten die Arbeiter in Ost und West

Die DGB-Bürokraten und Betriebsratfürsten, die jahrzehntelang die Entlassungen verwalteten, haben das Gift des Protektionismus und des Nationalismus in die Arbeiterklasse hineingetragen. Der Betriebsratvorsitzende von BASF, Volker Obenauer, warnt vor der Ansteckungsgefahr, die von den kämpfenden Kumpeln in Bischofferode ausgeht: „Da wird der alte Geist der Spartakisten wieder spürbar."

Als Antwort verstärkten die SPD/DGB-Bürokraten ihren Druck, um die Arbeiter zu spalten. Der IGBE-Verräter Berger spielte die Angst vor weiteren Entlassungen aus, die in Kassel umgeht, und organisierte gemeinsam mit dem Kali-Salz-Boß eine Hetz-Kundgebung gegen die Bischofferöder. Wen wundert es, daß Berger im Aufsichtsrat der BASF sitzt und sein SPD-Mittäter bei der Zerschlagung des Bischofferode-Bergwerks, IG-Chemie-Chef Rappe, im Treuhandvorstand. Und die angeblich „fortschrittlicheren" Gewerkschaftsführer wie HBV- und IG-Metall-Bürokraten beschränkten sich auf leere Solidaritätsfaxe und das Aufhängen ihrer Fahnen am Werkstor der Kumpel.

Die „ostdeutsche Betriebsrätebewegung" — ins Leben gerufen von PDS und Jakob Moneta, dem ehemaligen *metall*-Chefredakteur und bekannten Unterstützer des vorgeblich trotzkistischen „Vereinigten Sekretariats" (VS) - spielt mit ihrem kleindeutschen Nationalismus den IGBE-Spaltern direkt in die Hände. In der ehemaligen DDR sind mit Hilfe der Betriebsräte, die den Arbeitern als Teil der SPD-geführten Hexenjagd übergestülpt wurden, Millionen entlassen worden, alles im. Interesse der „Gesundschrumpfung" für die Kapitalisten. Heute reden Ost-Betriebsräte über Solidarität, aber was sie meinen, ist Klassenzusammenarbeit, nicht Klassenkampf! Sie meinen mehr Hungerstreiks von Leuten wie der berüchtigten PDSlerin Christine Ostrowski in Dresden, die im trauten Gespräch mit Nazi-Führern die „Übereinstimmung" sucht. Die PDS und ihre Ost-Betriebsräte wollen die breite Solidarität der ostdeutschen Bevölkerung für die Hungerstreikenden ausnützen, um ihre Volksfront-„Komitees für Gerechtigkeit" aufzubauen, wo sie zusammen mit dem DSU/CDUler Michael Diestel für Investitionen in Ostdeutschland werben.

Während die IGBE-Führung die Kumpel aufforderte, aufzugeben, predigte die PDS genauso offen: „Arbeitsplätze kann man nicht herbeistreiken. Diese Lektion Marktwirtschaft haben wir alle inzwischen gelernt" *(Neues Deutschland*, 20. Juli). Auf die Beschuldigung der Kapitalisten, die PDS wolle mit Bischofferode „flächendeckende Unruhen provozieren", beteuert Gysi durchaus wahrheitsgemäß, „daß dies ... ihre Motivation falsch wiedergibt." Genau das will die sozialdemokratische PDS nämlich verhindern.

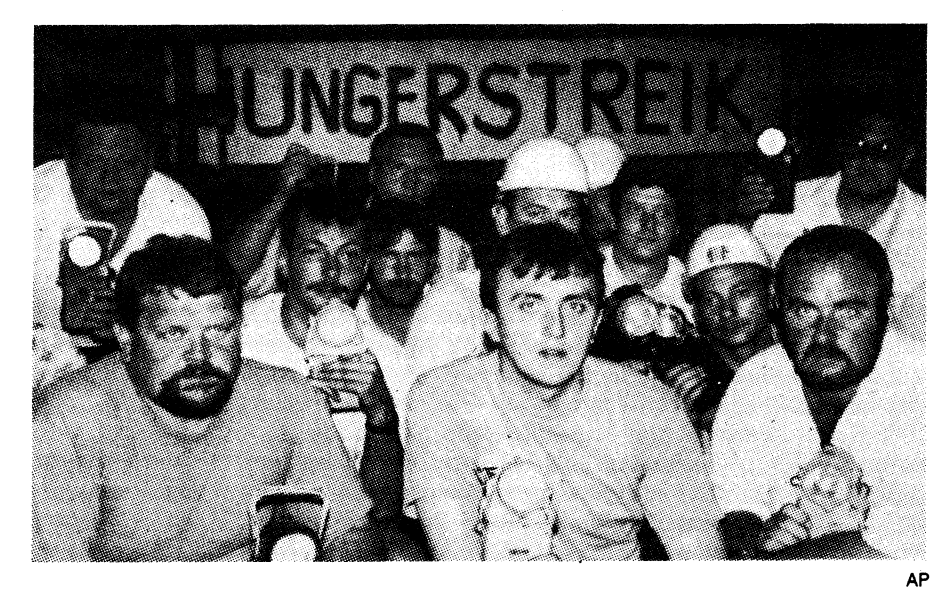
Klassenkampf und Arbeiterverteidigung

In Thüringen sind seit dem Anschluß 75 Prozent der Industrie vernichtet worden. Besorgt stellte die großbürgerliche *FAZ* am 12. August fest: „Darüber ist es schwer, im Bewußtsein zu halten, daß die Vollbeschäftigung in der DDR (bei kargen Löhnen) eine Schimäre war". Nun, für die Millionen, die in der DDR eine sichere Arbeit, Gesundheits- und Kinderversorgung hatten, waren die Errungenschaften des deformierten Arbeiterstaates DDR alles andere als „Schimäre". Wie der Hungerstreikende Andreas Luft bemerkte: „Plötzlich wird wahr, was sie uns im Staatsbürgerkunde-Unterricht eingebleut haben" *(Die Woche*, 22. Juli).

Immer noch schwelende antikommunistische Stimmungen finden auch Gehör unter Kali-Arbeitern. Die SPD-geführte Hexenjagd gegen ehemalige DDR-Repräsentanten ist ein Instrument, um die Arbeiterklasse angesichts der Angriffe der Bosse zu spalten und zu paralysieren. Sie dient zur Aufhetzung von Nazi-Terror, stempelt die DDR zum „Unrechtsstaat" und dämonisiert ihre sozialen Errungenschaften wie z. B. das Recht auf Arbeit. Die SpAD kämpft gegen die antikommunistische Hexenjagd und fordert: Freiheit für Erich Mielke und Heinz Keßler, Hände weg von Markus Wolf! Das Verbrechen der Bürokratie war es, die Errungenschaften der DDR ausgehöhlt und sie schließlich verschenkt zu haben, im Namen der „friedlichen Koexistenz mit dem Imperialismus". Wir Spartakisten haben 1989/90 mit allen Kräften gegen die Konterrevolution und für eine proletarisch-politische Revolution in der DDR und für die sozialistische Revolution im Westen gekämpft.

Die Drohung von Treuhand und ihrer versprochenen

BASF-Braut, der Mitteldeutschen Kali, die Kumpel vom Werksgelände zu räumen, stellte eine dramatische Eskalation dar. Bis dahin tolerierten sie die Besetzung, und die Kumpel bekamen sogar ihr Geld aufs Konto. Doch mit der Räumungsdrohung waren die Tage der symbolischen und moralischen Gesten vorbei. Eine wirkliche Machtprobe war auf der Tagesordnung. Die Kumpel konnten entweder in die Knie gehen oder in Klassenkampf eintreten: das Werk als *bestreikt* erklären und fliegende Streikposten zu benachbarten Betrieben schicken. Nötig war die Aufstellung von *Massenstreikpostenketten,* gemeinsam mit Metallarbeitern aus Ammendorf und Leipzig, LKW- und Traktorfahrern, Arbeitern aus dem Jagdwaffenwerk Suhl, die alle ihre Solidarität gezeigt hatten, sowie Zehntausenden Bergarbeitern der Region, in Arbeit und arbeitslos, zusammen mit ihren Familien.



AP

Trotz der Entschlossenheit der kampfbereiten Kali-Kumpel führte Hungerstreik-Strategie der PDS zur Niederlage

Delegationen von Eisenhüttenstadt bis zum Ruhrpott hätten organisiert werden können, damit Zehntausende Türken und Kurden, die eine Schlüsselrolle in der Produktion spielen, ihre Kampferfahrung in vorderster Reihe einsetzen. Deshalb ist die Verteidigung der Immigranten und die Forderung nach vollen Staatsbürgerrechten für alle, die hier sind, doppelt wichtig.

Das erste Kräftemessen kam rasch. Der Drohung von Treuhand/MDK folgte ein angekündigter Nazi-Aufmarsch in Bischofferode, wo sie den Geburtstag von Rudolf Heß am 14. August „feiern" und ein neues Solingen inszenieren wollten. Um diese finstere Provokation zurückzuschlagen und das Aussiedlerheim in der Nähe zu verteidigen, hätten die Kumpel die Flüchtlinge verteidigen sollen, die sich mit ihrem Kampf solidarisch erklärt hatten. Durch Massenstreikposten hätten sie ihre Arbeiterverteidigung und damit auch den Kern von Arbeitermilizen aufbauen können. In den letzten Monaten haben die Kali-Kumpel mehrmals erfolgreich Polizei- und Naziprovokationen zurückgeschlagen.

Doch diesmal wurden sie demobilisiert. Diese Gelegenheit nutzte die Polizei zu einer Großmobilmachung und Besetzung des Werksgeländes. Dies war eine Generalprobe und direkte Drohung, den Räumungsbefehl nach Bedarf durchzuführen. Während Antifaschisten auf den Zufahrtsstraßen festgenommen wurden, marschierten die braunen Banden ungestört in Fulda. Die Reformisten wie PDS und MLPD, die nach einem „Verbot der Nazis" und mehr Polizei rufen, verlassen sich auf denselben kapitalistischen Staat, der Immigranten abschiebt, während er Faschisten schützt.

Kinder der SPD/PDS

Aber Betriebsratchef Brodhun knickte vor der Treuhand/BASF-Drohung ein. Er sagte zu, „Ordnung und Gesetzmäßigkeit auf dem Werksgelände" wiederherzustellen. Das bedeutete, keine Besetzung des Schachts mehr; Solidaritätsdelegationen und Linke — Brodhun geiferte über „Hobby-Terroristen" — wurden ausgeschlossen. Der Betriebsrat spaltete sich am 19. August mit 8 zu 7 über Brodhuns Ausverkauf, und viele Arbeiter nannten ihn offen einen Verräter. Aber *ND* erklärte am Tag danach: „Bischofferode kämpft weiter". Und die MLPD tönte: „Vorwärts mit dem Kampf in Bischofferode! Vorwärts mit der Arbeiteroffensive!" *(Rote Fahne,* 28. August).

Bei der DKP hieß es „Von der Verzweiflung zum Widerstand" *(uz,* 20. August); umgekehrt entspräche es eher der Wahrheit. Daneben zeigten sie ein Foto von Thyssen-Stahlarbeitern, die 3000 Kreuze (!) in die Erde hämmerten. Im Sinne der bürgerlichen Kampagne „Der Kommunismus ist tot" nehmen sie jetzt sogar „eine führende Rolle" bei der Abfassung des Nachrufs auf den Klassenkampf ein.

Die MLPD präsentiert Rheinhausen als Kampf, „der in ganz Deutschland ein Vorbild geworden ist". Aber weil die sozialdemokratischen Betriebsräte und ihre Helfershelfer von DKP und MLPD dafür sorgten, daß Rheinhausen trotz der Solidaritätsbekundungen in ganz Westdeutschland im Namen der „Selbständigkeit" isoliert blieb, ist das Werk letzten Monat endgültig geschlossen worden. Jetzt will die MLPD mit Unterschriften für „Arbeitsplätze für Millionen" die Bosse dazu zwingen, 5 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Kampagne ist besonders grotesk, wenn man sich daran erinnert, wie diese Mao-Reformisten die Konterrevolution in der DDR unterstützt haben, mit der bisher 5 Millionen Arbeitsplätze vernichtet wurden.

Frauen und Immigranten waren die ersten Opfer der Konterrevolution in der DDR. Besonders die Frauen haben in Bischofferode eine führende Rolle innegehabt. Dringend nötig ist ein Programm, um Arbeit für alle zu schaffen. Wir fordern eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit und massive Programme öffentlicher Arbeit. Dazu gehören auch die Forderungen für die Abschaffung der Paragraphen 218/219 und für kostenlose Kinderversorgung der höchsten Qualität rund um die Uhr. Aber diese völlig vernünftigen Forderungen können im Kapitalismus nicht verwirklicht werden. Sie setzen eine von Arbeiterräten demokratisch geplante Wirtschaft unter einer Arbeiterregierung voraus, um die Produktion im Interesse der Werktätigen anstatt des Profits zu organisieren.

Was bietet die SPD-„Opposition" Voran dagegen an: eine Übernahme in „Staatseigentum" la britische Labourpolitik. Und weil das Kali-Bergwerk in Bischofferode bekanntermaßen schon in staatlichem Treuhand-Besitz ist, wird flugs das Wort „direkt" davorgesetzt und das Ganze mit der Forderung nach „demokratischer Verwaltung" gewürzt. Dieser Zweitaufguß der verhaßten Montan-Mitbestimmung, die im Ruhrgebiet seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu konstanter Massenarbeitslosigkeit geführt hat, soll laut Voran „die Übel sowohl des Stalinismus als auch des Kapitalismus vermeiden". Was Voran vermeiden will, ist der Kampf für den Sozialismus. Bei der Konterrevolution in der DDR war Voran wie die MLPD fest an der Seite der SPD, um den Kapitalismus einzuführen.

Sogar noch lächerlicher war die Linie der *SoZ,* Zeitung der VSP (eine Vereinigung zwischen Maoisten und Mandel-

Fortgesetzt auf Seite 22

Pogrom in Sivas...

Fortsetzung von Seite 24

einreihen wollte, wurde er ausgepfiffen.

Vor dem Pogrom las der Bürgermeister Temel Karamollaoglu (Mitglied der „Refah Partisi" — Wohlstandspartei) den Mördern einige Verse aus dem Koran vor: „Euer Feldzug sei gesegnet, Moslems, meine Brüder". Kurz vorher hatte er mit dem Innenminister Mehmet Gazioglu telefoniert und die Anweisung erteilt, daß Fahrzeuge der Stadtverwaltung die Statue von Pir Sultan Abdal fortschleifen, zerschlagen und verbrennen. Auch die Statue von Atatürk soll beschädigt worden sein. Die Pogromisten riefen: „Die Republik wurde hier gegründet, und hier soll sie zermalmt werden!" (Nicht weit entfernt vom Hotel Madimak hatte Kemal Atatürk nach dem Ersten Weltkrieg eine türkische Nationalversammlung einberufen.) Pünktlich als das Pogrom anfing, zogen sich Polizei und Militär zurück. Dies war ein staatlich inszeniertes Massaker.

Schon einige Tage zuvor wurde in Flugblättern zum „heiligen Krieg" gegen die „Gottlosen" aufgerufen. „Gottlose Teufel" nennen klerikale Faschisten in der Türkei die Minderheit der moslemischen Aleviten, die ca. 15 Prozent der Bevölkerung darstellen und einer schiitischen, eher laizistischen Richtung entstammen, während die vom Staat geförderte Religion in der Türkei sunnitisch ist. In Sivas ist die Hälfte der Bevölkerung kurdischer und alevitischer Herkunft. Das vierte Kulturfestival fand in der Stadt zu Ehren des Dichters Pir Sultan Abdal statt, der vor 400 Jahren vom osmanischen Gouverneur von Sivas gehängt wurde und als Symbol für Widerstand gegen Unterdrückung gilt.

Als sogar der Gouverneur von Sivas Polizei und Militär indirekt der Mithilfe beim Morden beschuldigte, antworteten die Herrschenden mit seiner Amtsenthebung. Aus Solidarität mit den Opfern schloß die kurdische Stadt Cizre alle ihre Läden. Und der türkische Staat antwortete sofort mit Massakern an Kurden. Das ganze Land ist in Aufruhr.

Für permanente Revolution in der Türkei!

Rufe nach Kemal Atatürk, dem bürgerlich-nationalistischen Modernisierer, der die türkische Republik gegründet hat, und nach Demokratie werden laut. Doch gerade Kemal zeigte, wie begrenzt bürgerliche Revolutionen in der imperialistischen Epoche sind. Die Kemalisten haben die privaten Eigentumsformen, die sie vom Osmanischen Reich geerbt haben, nicht angetastet. Als die nationale Bourgeoisie in der Türkei an die Macht kam, war sie unfähig, selbst die drängendsten demokratischen Aufgaben zu lösen, wie die Agrarfrage, demokratische Rechte und besonders die Gleichheit für Frauen und Kurden, geschweige denn das Recht auf nationale Selbstbestimmung der Kurden. Und um das kapitalistische Gesellschaftssystem aufrechtzuerhalten, das schon vor Anbruch dieses Jahrhunderts seine fortschrittliche Rolle verloren hat, wird religiöser Obskurantismus, Aberglauben und Terror wiederbelebt.

Die Türkei liefert ein krasses Beispiel für die trotzkistische Perspektive der permanenten Revolution, die durch die Russische Revolution bestätigt wurde. Die Bauern sind an ihre Landbesitzer gekettet, die Frauen werden buchstäblich angekettet und schlechter behandelt als Pferde, die Kurden dürfen ihre Muttersprache nicht sprechen — all das zeigt die Unfähigkeit der Bourgeoisie in rückständigen Ländern in der Epoche des Imperialismus, irgendeine der Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution zu lösen. Es ist erforderlich, die Besitzenden, die Großgrundbesitzer und Kapitalisten, zu enteignen und die Herrschaft der Arbeiter und Bauern zu errichten. Die Antwort liegt in der Mobilisierung der Arbeiterklasse, der einzigen sozialen Kraft, die die Ketten der Rückständigkeit zerbrechen und durch proletarische Revolution die demokratischen Aufgaben erfüllen kann.

Die Russische Revolution, die zur proletarischen Machteroberung unter der Führung der Partei Lenins und Trotzkis führte und die Massen im zaristischen Völkergefängnis befreite, hatte gewaltigen Einfluß auf die türkische Unabhängigkeitsbewegung in den 20er Jahren. Die Freiheitsbewegung hatte plebejische Massenunterstützung, einschließlich von Kurden, Griechen und Armeniern. Kemal Atatürk war gezwungen, die Losungen der Bolschewiki zu benutzen, um seine Macht zu konsolidieren; im gleichen Atemzug unterdrückte er brutal die werktätigen Massen, die er mobilisiert hatte. Die türkisch-nationalistische reaktionäre Regierung konnte die Arbeiterbewegung und die kleine türkische Kommunistische Partei, die erst mitten im nationalen Auf-

Bischofferode...

Fortsetzung von Seite 21

Unterstützern, die die wahre Liebe im Antisowjetismus fanden). Sie jubelt: Statt „Klassenkampfparolen auf den Lippen" kämpfen die Kumpel um „etwas ganz und gar Kapitalismus-immanentes: um die Privatisierung ihrer Gruben" (26. August). Zynisch fügen sie in klassischer Mandel/Bernstein-Manier hinzu, sowas könne *„in der Wirklichkeit* mehr bewegen als alle klugen Programme".

Der Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) unterstützte die Vernichtungspolitik der Deutschen Bank und behauptete, die hart erkämpften sozialen Errungenschaften des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaats seien nichts wert gewesen. Wie in jedem konkreten Fall, wo die Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gestellt war, nahm der BSA die Seite der Imperialisten ein. 1990 rief er zur Wahl der SPD auf, dem Trojanischen Pferd der Konterrevolution, und unterstützte die Kampagne des SPD-Hexenjägers und Roma-Jägers Lafontaine.

Heute, wo die Sowjetunion und die DDR nicht mehr existieren, greifen diese politischen Banditen die Gewerkschaften an. So sagt BSA-Anführer Ulrich Rippert: „Aber die reformistischen Gewerkschaften der Nachkriegsperiode sind für den Kampf der Arbeiterklasse tot" *(neue Arbeiterpresse,* 20. August). Der Angriff des BSA zielt nicht auf die verrottete bürokratische Gewerkschaftsführung, die durch die Arbeiter selbst rausgeschmissen werden muß, sondern auf die defensiven Organisationen der Arbeiterklasse: die Gewerkschaften insgesamt. Statt dessen propagieren sie ihre dubiose „Internationale", deren Linie in den 70er Jahren durch Öldollars festgelegt wurde, die sie von arabischen Despoten kriegten. In den 80er Jahren führte sie ihr wütender Antikommunismus zur Unterstützung der Konterrevolution von Solidarnoœæ bis hin zur wütenden Hexenjagd gegen Arthur Scargill, dem Führer des über ein Jahr andauernden Streiks der britischen Bergarbeiter.

Die wesentliche Lektion aus dem Kampf der Bischofferöder Kumpel ist: Der „Geist der alten Spartakisten" *muß dringend* wieder spürbar werden. Auch Teil- und Verteidigungskämpfe der Arbeiter müssen mit der historischen Aufgabe ihrer Klasse verbunden werden: der revolutionären Machteroberung. Die Arbeiter brauchen eine *leninistisch-trotzkistische Partei,* die die Werktätigen zur politischen Macht führen kann, zur Errichtung einer *Arbeiterregierung,* die die Banken und Industriebarone enteignet und eine *wirkliche* Planwirtschaft auf internationaler Ebene organisiert — damit der Reichtum dieses Landes in den Dienst der Arbeiter und Unterdrückten gestellt wird."

stand entstanden war, enthaupten. Auf dem 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale erklärte der türkische Kommunist Orchan am 5. November 1922:

„Die Kommunistische Partei der Türkei wurde in dem Augenblick gegründet, als die bürgerlich-nationalistische Regierung — die es verstanden hatte, sich an die Spitze der von den Arbeitern und Bauern eingeleiteten Freiheitsbewegung zu stellen — sich gegen die vitalsten Interessen der werktätigen Massen wandte; infolgedessen stand die Kommunistische Partei der Türkei zur Zeit ihrer Gründung zwei Feinden gegenüber: dem Imperialismus und der nationalistischen Bourgeoisie."

Heute versucht die türkische Bourgeoisie zwischen zwei imperialistischen Mächten (Deutschland und USA) zu lavieren und ihre großtürkischen Appetite durchzusetzen. Sie will sowohl nach Sarajevo als auch nach Mossul und Kirkuk vorstoßen und vom Zerfall der ehemaligen UdSSR profitieren; zu diesem Zweck peitscht sie türkischen Chauvinismus hoch.

Sogar noch mehr als im imperialistischen Deutschland hat die allgemeine kapitalistische Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit das Anwachsen islamischen und faschistischen Terrors in der Türkei geschürt. Das US/NATO-Massaker im Golfkrieg verschärfte die interimperialistischen Rivalitäten, besonders über die Frage, wer ist Pate Nr. 1 in der Türkei. Der unerwartete Tod des Kurdenschlächters Turgut Özal hat den Machtkampf der verschiedenen Fraktionen der instabilen Bourgeoisie von Atatürk-Anhängern und Fundamentalisten beschleunigt. Als Werbung für westliche Investitionen und für die gewünschte EG-Mitgliedschaft hat das halbbonapartistische Regime in Ankara nun die Harvard-Absolventin Ciller zur Ministerpräsidentin gekürt. Ihr erster Staatsakt war, sich vor dem Islam zu verbeugen, kurz darauf führten die Fundamentalisten den Massenmord in Sivas durch.

Nesin und sein Zirkel sind Bewunderer des Kemalismus. Wenn heute der Kemalismus gegen den islamischen Fundamentalismus hochgejubelt wird, so erinnern wir an die Massaker an der kurdischen/alevitischen Bevölkerung von Dersim 1936, wo die Menschen grausam zerstückelt wurden. Oder an das Massaker der Jungtürken von 1915 an den Armeniern, dem ersten großen Völkermord in diesem Jahrhundert, der Hitlers Vorbild für den Holocaust an Juden wurde (siehe auch den Artikel „Ethnische Säuberungen..." auf Seite 12 in dieser Zeitung). In der Epoche des Imperialismus wird ständig nationalistische und klerikale Reaktion gebrütet.

Verteidigt demokratische Rechte!

Chomeini hatte 1989 eine Todes-Fatwah gegen Rushdie verhängt. Die deutsche Lufthansa verweigerte Rushdie jetzt im August 1993 sogar die Beförderung! Der Streit zwischen Rushdie und Nesin über die Veröffentlichung der *Satanischen Verse* wurde von den bürgerlichen Medien gegen den standhaften Atheisten Nesin benutzt. Nesin erklärte nach seiner Versöhnung mit Rushdie: „Es geht darum, gegen den antisäkularen Kurs in der Türkei und gegen das Verbot von Büchern anzukämpfen." Zum Brandanschlag sagte er: „Eine Regierung, die die Herausgabe und sogar die Einfuhr der ‚Satanischen Verse' verbietet, ist mitschuldig an dem Massaker in Sivas" *(taz,* 28. August). Während man in Buchläden in der Türkei immerhin die Bücher des Generalsekretärs der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, Öcalan, kaufen kann, sind die Verse von Rushdie verboten.

Wie wir im Artikel „Verteidigt Salman Rushdie!" *(Spartakist* Nr. 61, April/Mai 1989) schrieben:

„Die Verteidigung der sozialen, wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften der Renaissance, der großen bürgerlich-demokratischen Revolutionen, einschließlich des amerikanischen Bürgerkriegs, sowie der Siege der proletarischen Oktoberrevolution in Rußland — von der Gewissensfreiheit bis zur Befreiung von Ausbeutung — ist ein untrennbares Ganzes. In Verteidigung der fundamentalen demokratischen Rechte und elementarer menschlicher Anständigkeit fordern wir: Die *Satanischen Verse* müssen gelesen werden können!"

Als die angeblichen Linken die blutige islamische Reaktion im Iran bejubelten, haben islamische Fundamentalisten 1978 bei einem Massaker in Kahramanmas 114 alevitische Bewohner ermordet. Die Spartakisten sagten: „Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs! Arbeiter an die Macht im Iran!" Ein Teil der heutigen islamischen Fundamentalisten hat als Mudschaheddin früher russische Lehrer ermordet, weil sie afghanischen Frauen Lesen und Schreiben beibrachten. Unsere Tendenz rief „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!" und „Für die Ausweitung der Oktobererrungenschaften", als „Linke" den antikommunistischen Feudalismus in Afghanistan unterstützten.

60 Jahre nachdem Atatürk die Trennung von Moschee und Staat in der Türkei gewaltsam durchsetzte und formal traditionelle moslemische Einrichtungen wie *Kafym* (den Brautpreis) abschaffte, gedeihen diese reaktionären Einrichtungen weiterhin in der hauptsächlich bäuerlichen Bevölkerung der Türkei. Nach dem Militärputsch in der Türkei 1980 wurden erstmals die islamische Unterweisung an den Schulen als Pflichtfach und religiöse Maßnahmen wie Kleiderordnung für junge Mädchen und Alkoholverbot in der Nähe von Moscheen eingeführt. Es gibt mehr Imame pro Einwohner als Ärzte.

Zwar wurde unter Kemal Atatürk eine moderne säkulare Gesetzgebung etabliert, unter anderem das Frauenwahlrecht 1935 und damit wesentlich früher als im imperialistischen Frankreich eingeführt. Aber der Moralkodex des Islam und des Feudalismus wurde von der Republik Atatürks nicht angetastet. Die Frauen in der Türkei blieben unterdrückt, und die kurdische Frau ist sogar dreifach unterdrückt. Wenn heute der von der PKK unterstützte Verband der kurdischen Aleviten in einem Flugblatt vom 9. Juli gegen das Massaker in Sivas erklärt: „Denn der Islam ist gegen jegliche Unterdrückung", kann man sich vorstellen, was deren Alternative zum Kemalismus den Frauen bietet.

Vor 75 Jahren waren moslemische Frauen im zentralasiatischen Teil der Sowjetunion nicht besser dran. Eine der ersten Aufgaben der jungen bolschewistischen Regierung war die Schaffung von Zhenotdel, einer Organisation für die Arbeit unter Frauen. Frauen mit moslemischem Hintergrund aus vielen Nationalitäten, die nicht länger vom Schleier verhüllt waren, konnten am gesellschaftlichen Leben als Menschen teilnehmen und wurden nicht mehr als Tiere behandelt. Die gesellschaftlichen Grundlagen für diesen Sprung über die Jahrhunderte hinweg wurden durch die siegreiche bolschewistische Revolution und die Etablierung der Diktatur des Proletariats gelegt.

Das starke und militante türkische Proletariat, einschließlich seines kurdischen Bestandteils, ist — mobilisiert unter der Führung einer leninistischen Avantgardepartei, die die Perspektive der permanenten Revolution auf ihr Banner geschrieben hat — die soziale Kraft, die die Frauen und Kurden der Türkei aus ihrer Unterjochung befreien kann."

SPARTAKIST

Pogrom der Fundamentalisten in Sivas

Von Istanbul bis Köln: Hunderttausende protestieren



In Berlin und Köln demonstrierten über 10 000 Türken und Kurden gemeinsam gegen das Sivas-Massaker. Sie riefen: „In Sivas die islamischen Reaktionäre, in Solingen die Skinheads"

Sake Har i o u/Berliner Zeitung

Die Warnung des deutsch-jüdischen radikalen Dichters Heinrich Heine: „Dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen", grausam bestätigt vom Hitler-Regime in Deutschland, wurde am 2. Juli in der zentralanatolischen Stadt Sivas dramatisch wahr. Kurz nach dem Freitagsgebet in den Moscheen startete das Pogrom. Unter dem Schutz von Polizei und Militär rotteten sich 10 000 unter Führung islamischer Fundamentalisten zusammen, die mit Steinen und Rufen „Wir wollen die Scharia" gegen „Satan Nesin" vor das Hotel Madimak rückten. Zielscheibe des Pogroms war der berühmte antiklerikale Dichter Aziz Nesin, weil seine Zeitung *Aydinlik* Auszüge der *Satanischen Verse* von Salman Rushdie veröffentlicht hatte.

Die Besucher eines Kulturfestivals, darunter die Blüte der Kultur in der Türkei, verbarrikadierten sich in dem Hotel und suchten vergeblich sich zu verteidigen. Der Mob drang mit Benzinkanistern in das Hotel; Menschen, die fliehen wollten, wurden zurück in die Flammen getrieben. Als die sehr zögerlich erschienene Feuerwehr endlich einige retten wollte, hetzte ein Stadtrat die Menge gegen Aziz Nesin auf: „Tötet den Gottlosen". 37 Menschen verbrannten qualvoll, 60 wurden zum Teil schwer verletzt, Nesin kam mit Rauchvergiftung davon. Nachdem das Hotel in Flammen stand, wüteten die Schläger weiter im alevitischen Stadtteil Alibaba.

Sofort nach dem Massaker in Sivas hetzte die Regierung gegen die Opfer und klagte Nesin der Provokation an! Aber fast eine Million Menschen strömte auf die Straßen in der Türkei. Es waren ihre Sänger und Dichter wie Metin Altiok und Behçet Aysan und Muhlis Akarsu, die sie zu Grabe trugen. Unter den Toten war der beliebte Sänger Nesimi Cimen, der Musiker Hasret Gültekin, der als einer der ersten kurdische Musik veröffentlichte, der Literat Asim Besirci, der über den jahrzehntelang verbotenen kommunistischen Dichter Nazim Hikmet schrieb.

Aus den Beerdigungen der beim Massaker ermordeten Menschen wurden machtvolle Massenproteste gegen rechten Terror von Istanbul bis Ankara. Hunderttausende riefen „Nieder mit der Scharia". „In Sivas die islamischen Reaktionäre, in Deutschland die Skinheads" stand auf den Transparenten, die von jungen Leuten, Frauen und Arbeitern getragen wurden. Darunter waren viele aus den Slums, die aus den kurdischen Notstandsprovinzen vor dem Militär geflohen sind.

Parolen wie „Die Regierung soll zurücktreten" und „Der Staat ist der Mörder" wurden gerufen. Wie heterogen der Protest war, zeigen die Sprechchöre wie „Wir sind das Volk, wir sind stark, wir sind Kemalisten", während gleichzeitig kleine Blöcke der kurdischen Arbeiterpartei PKK „Guerillas nach Sivas" riefen. Der islamische Fundamentalismus und die Staatsmacht sind zutiefst verhaßt. Die Regierung und die Parteien hielten sich fern - als der stellvertretende Ministerpräsident Inönü sich in Ankara

Fortgesetzt auf Seite 22

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 107 OKTOBER 1993 50 Pfennig

Jelzins Putsch dient den Imperialisten

5. Oktober — Als am Montag die Flammen aus dem russischen Parlament schlugen, gab es Jubel bei den kapitalistischen Herrschern von Washington bis Bonn für ihren Mann in Moskau, Boris Jelzin. Hunderte sind getötet worden und rund 1600 wurden verhaftet, nachdem über die russische Hauptstadt der Belagerungszustand verhängt worden war. Zehn oppositionelle Zeitungen, von der sogenannten Linken bis zur nationalistischen Rechten, sind verboten worden, alle anderen Medien unterliegen einer strikten Zensur. Alle politischen Organisationen, die an Demonstrationen zur Verteidigung des Parlaments beteiligt waren, sind verboten worden, ebenso das Zeigen von kommunistischen Symbolen wie Hammer und Sichel. Das rauchgeschwärzte „Weiße Haus" und das Blut in seinen Korridoren zeigen das Gesicht der kapitalistischen Konterrevolution, die die Sowjetunion zerstört hat, das Heimatland der Oktoberrevolution von 1917.



Reuter

Brennendes „Weißes Haus" markiert Niederlage des nationalistischen Ruzkoi/Chasbulatow-Flügels der Konterrevolution. Möchtegern-Zar Boris feiert mit Blutmontag

Es ist gerade zwei Jahre her, daß Jelzin vor genau diesem Gebäude gestanden hat, als er die Macht von der zerfallenden stalinistischen Bürokratie eroberte, die jahrzehntelang über den sowjetischen deformierten Arbeiterstaat geherrscht hatte. Dies führte zu einer Periode des konterrevolutionären Chaos, als das Regime der kapitalistischen Restauration, bei ausbleibendem Widerstand der Arbeiterklasse, es schaffte, einen bürgerlichen Staatsapparat aufzubauen, auch wenn dieser schwach und zerbrechlich ist. Zur gleichen Zeit spalteten sich die kapitalistisch-restaurativen Kräfte in erbittert feindselig gegenüberstehende Fraktionen, angeführt einerseits vom Präsidentenlager um Jelzin, andererseits vom russischen Parlament unter der Führung von Alexander Ruzkoi und Ruslan Chasbulatow. Mit der Zerschlagung des Parlaments nimmt Jelzin auch die Schicht von ex-sowjetischen Bürokraten in den regionalen Gremien im ganzen Land ins Visier.

Die Panzergeschosse, die am Morgen des 4. Oktober im „Weißen Haus" einschlugen, waren die ersten Schüsse eines bonapartistischen Regimes, das sich vorgenommen hat, jeglichen Widerstand gegen die Verelendung durch den „freien Markt" brutal zu unterdrücken. Seit Monaten haben westliche Regierungen und das Weltkartell der Banker, der Internationale Währungsfonds (IWF), Druck auf Jelzin ausgeübt, daß er die Hindernisse für eine Intensivierung der wirtschaftlichen „Schockbehandlung" wegräumt, deren nächste Stufe Massenentlassungen von Millionen Arbeitern und die Verwüstung der Industrie sein soll. Zwei Tage vor Jelzins Erlaß vom 21. September über die Auflösung des Parlaments stellte der IWF einen geplanten Kredit über 1,5 Milliarden Dollar an Rußland so lange zurück, bis die Regierung die versprochenen Wirtschafts-„reformen" durchführt.

Nur Stunden nach der Verhaftung von Ruzkoi und Chasbulatow verkündete der Kreml Dekrete, mit denen der Ausnahmezustand massiv ausgeweitet wurde. Den

Fortgesetzt auf Seite 9

Für die Wiederschmiedung einer bolschewistischen Partei!

Zionistische Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten!

Israel/PLO-Deal: Palästinenser-Ghetto

Was bedeutet das Abkommen „Gaza-Jericho als erster Schritt" zwischen Yitzhak Rabins israelischer „Arbeiter"-partei-Regierung und Yassir Arafats Palästinensischer Befreiungsorganisation (PLO)? Es bedeutet, daß PLO-Bullen, bewaffnet und bezahlt von Israel, rebellierende palästinensische Jugendliche niederschießen, und zwar im Auftrag der zionistischen Staatsterroristen. Wenn dieser schändliche Deal durchgeht, dann haben Zehntausende von unbewaffneten palästinensischen Jugendlichen, die ihr Leben riskierten und sich seit dem Ausbruch des heroischen Intifada-Aufstands im Dezember 1987 der „eisernen Faust" der zionistischen Repression entgegenstellten, es von nun an nicht nur mit israelischen Sturmtruppen zu tun, sondern auch mit der Organisation, die immer behauptet hat, sie sei „die einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes".

Sprecher beider Seiten bejubeln das Abkommen als „historische Errungenschaft", als „Durchbruch" und als „Beginn einer neuen Ära". Aber während an der Börse in Tel Aviv die Kurse in die Höhe schössen, werden weiterhin arabische Jugendliche niedergeschossen, darunter ein 16jähriger, der im Gazastreifen von Zivilbullen umgebracht wurde, weil er gegen das Abkommen protestierte.

Was Israel zuzugestehen bereit ist, läuft praktisch auf „kommunale Selbstverwaltung" einer Reihe von verelendeten Slums hinaus. Der Gazastreifen ist ein gigantisches Konzentrationslager für knapp eine Million palästinensische Flüchtlinge. Jericho ist eine heruntergekommene Kleinstadt mit weniger als 20 000 Einwohnern, keinerlei Industrie und 50 Prozent Arbeitslosigkeit. Das zu wählende palästinensische Gremium, das die „Selbstherrschaft" in diesen Gebieten umsetzen soll, würde kaum mehr kontrollieren als die Müllabfuhr. Ähnlich wie bei den südafrikanischen „Bantustans" — die als militarisierte Reservate gedacht waren, um schwarze Arbeitskräfte und die „überschüssige" (arbeitslose) Bevölkerung unter der Kontrolle von schwarzen Handlangern des Apartheid-Regimes zu halten — wird selbst die Struktur und Zusammensetzung dieser Pseudo-„Selbstherrschaft" von den israelischen Besatzern bestimmt werden.

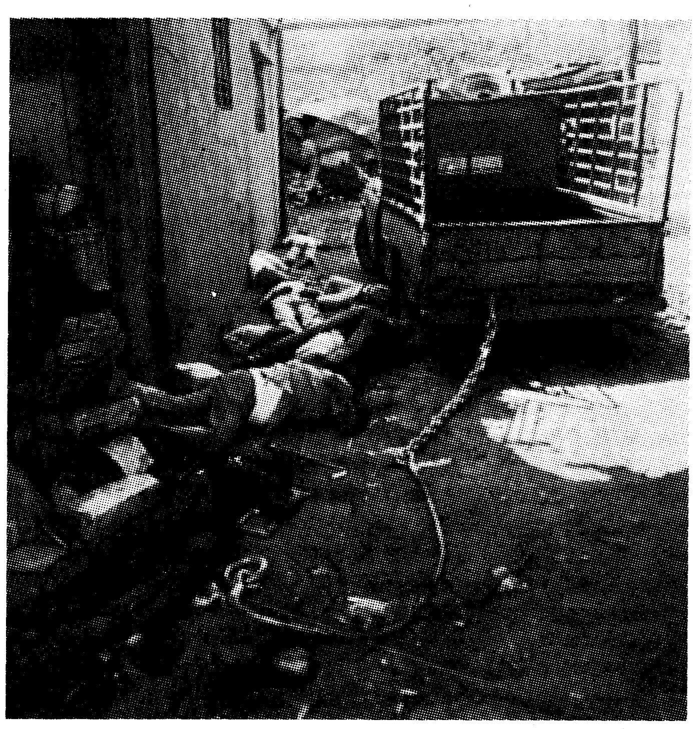
SPARTAKIST

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Back (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Uwe Asanov

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg, Fax (040)3301 54
Postfach 51 06 55, 13366 Berlin, Fax (030) 491 14 79
Redaktion Spartakist: Tel. (030)491 4548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 86^01, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 107 **Oktober 1993**



Der Spiegel

PLO-Verrat unter UNO-Aufsicht führte zu Massaker an 1300 Flüchtlingen in Sabra und Schatila während des israelischen Blitzkriegs im Libanon 1982

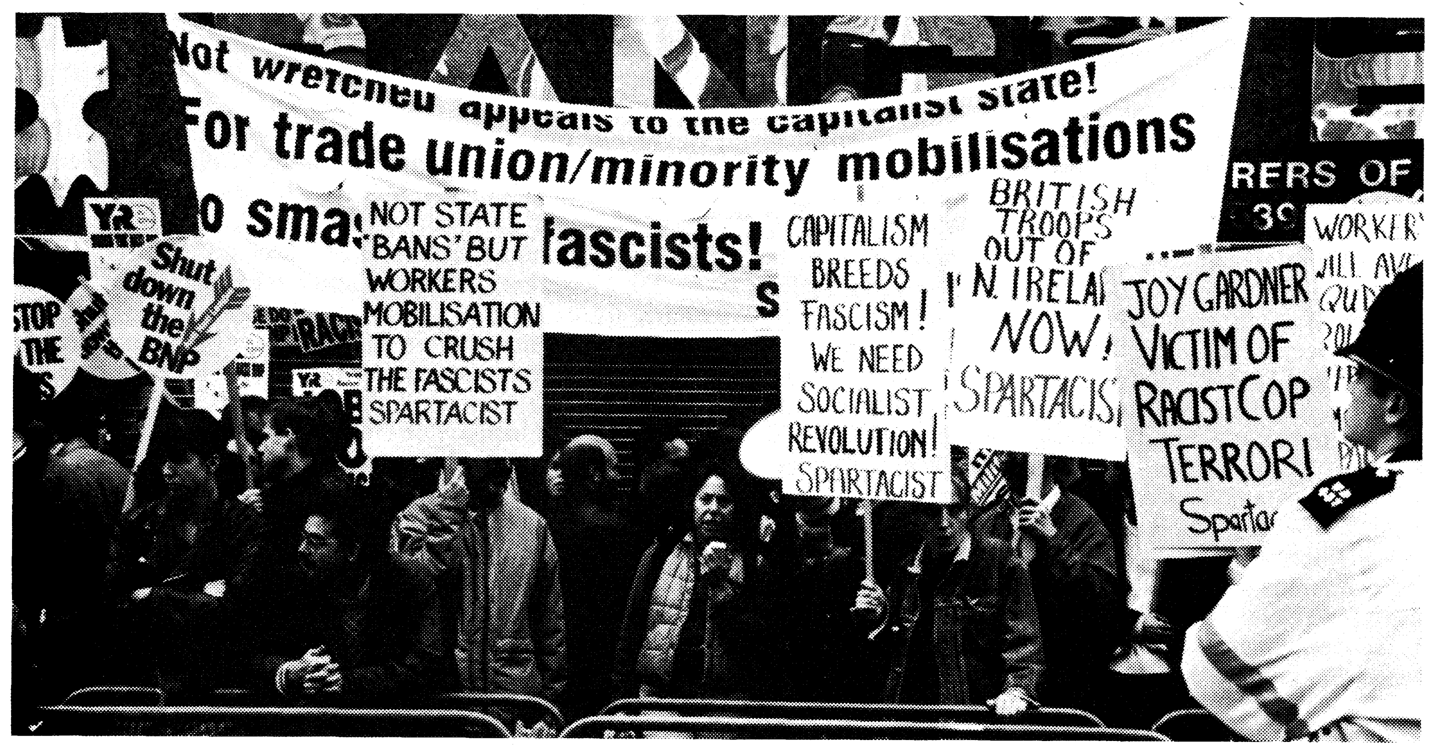
Hunderttausende Palästinenser, die in elenden Flüchtlingslagern in Jordanien und im Libanon ein erbärmliches Leben fristen, seit sie 1947/48 vom zionistischen Terror aus ihren Häusern vertrieben wurden, würden vollständig im Stich gelassen. Was dem Abkommen unmittelbar vorausging, war die israelische Blitzkrieg-Invasion in den Libanon vor zwei Monaten. Israelische Panzerkolonnen und Kampfbomber entvölkerten praktisch das südliche Drittel des Libanon und zwangen beinahe *eine halbe Million* Menschen, nach Beirut zu fliehen. Die zwei Millionen Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen, die gezwungen sind, mit kaum mehr als den Hilfspaketen der Vereinten Nationen zu überleben, seit der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin die besetzten Gebiete vor mehr als fünf Monaten dichtmachte, wären weiterhin ein verarmtes Reservoir von superausgebeuteten Arbeitskräften für die Bauindustrie und die Landwirtschaft Israels.

Der sogenannte „Abzug" der israelischen Truppen wird auf nichts anderes hinauslaufen als eine „Umgruppierung" weg von den Bevölkerungszentren, während die Kontrolle über alle Zugangspunkte aufrechterhalten und weiterhin für die „Sicherheit" der 150000 zionistischen „Siedler" gesorgt wird, deren Netzwerk von Siedlungen eine zentrale Stütze der militärischen Besatzung darstellt. Bis an die Zähne bewaffnet und von faschistischen religiösen Fanatikern geführt, werden sie da bleiben, wo sie schon sind — auch im Gazastreifen und im Gebiet von Jericho —, um ihre rassistischen Provokationen gegen Araber fortzusetzen. Das Abkommen schließt noch nicht einmal aus, daß neue Siedlungen errichtet werden. Wir sagen: *Alle* israelischen Truppen

Fortgesetzt auf Seite 21

Britannien

Gewerkschaften, Minderheiten, Linke: Treibt die Faschisten von der Straße!



Workers Hammer

London, 28. September: Block der Spartacist League/Britain bei antifaschistischem Protest in Brick Lane

Angesichts der sich verschärfenden kapitalistischen Rezession hat eine Hysterie gegen Immigranten die ganze „Festung Europa" überflutet. Am 16. September gewann die faschistische British National Party (BNP) einen Sitz bei der Wahl zum Londoner Stadtratfür den Stadtteil East End (im Viertel „Isle ofDogs'"). Mit sieben Stimmen Vorsprung übernahm BNP Faschist Beackon diesen Sitz von der Labour Party. Aber die Faschisten machen ihre wirkliche Drecksarbeit in den Straßen, nicht im Parlament oder Stadtrat. Als Teil ihrer rassistischen „Wahl'-Kampagneschlugen im September acht BNP-Schläger den 17jährigen asiatischen Studenten Quaddus AU bewußtlos. Dies war die Zuspitzung in einem Jahr, wo allein in London sechs rassistische Morde passierten.*

Aber in Britannien wie auch sonst in Europa bringt der rassistische Terror eine Generation von militanten Immigranten und europäischen antifaschistischen Jugendlichen hervor und schafft Unruhe in den integrierten Gewerkschaften. Nahe Brick Lane in East London ist der klassische Punkt der Immigration nach Britannien. Früher fast völlig jüdisch bevölkert, wohnen heute überwiegend Bengalen dort. Die BNP war in der Lage, ihren faschistischen Dreck seit 15 Jahren dort zu verteilen. Aber wie das Flugblatt feststellt, das von unseren Genossen der Spartacist League/Britain zum 26. September herausgegeben wurde, landeten diese Möchtegern-Hitlers durch entschlossene antifaschistische Jugendliche am Sonntag nach ihrem rassistischen Wahlsieg „als gedemütigtes Häuflein auf dem Pflaster" von Brick Lane. Nachfolgend drucken wir das Flugblatt in gekürzter Form.

LONDON, 26. September — Den antirassistischen Jugendlichen dieses Landes reicht es! Sie haben den Weg vorwärts gezeigt. Wir begrüßen die militante Aktion letzten Sonntag in der Brick Lane, die größtenteils durch Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) und die Anti Nazi League (Antinazi-Liga, ANL) organisiert wurde. Ein kleiner Teil des Abschaums der British National Party (BNP), darunter ihre Führer, landete als gedemütigtes Häuflein auf dem Pflaster. Die Polizei, die sie schützt, ist jetzt gezwungen, darüber zu reden, daß sie „die Sicherheit der BNP nicht garantieren" könnte. Nach 15 Jahren Provokationen in der Brick Lane wissen die Faschisten, daß sie Gefahr laufen, die gerechte Antwort zu kriegen, die ihnen zusteht. Gut! Auf diesem Sieg muß man aufbauen: Laßt uns den Krieg gewinnen, nicht nur eine Schlacht.

Jetzt ist die Zeit, die Faschisten *von den Straßen, aus den Stadtteilen der Minderheiten zu* treiben! Rächt Quaddus Ali und alle Opfer des rassistischen Terrors! Wir wollen ernsthafte, bleibende Siege im Kampf gegen den Faschismus. Schmiedet die Militanz der Jugendlichen mit der Macht der *organisierten Arbeiterklasse* zusammen — Schwarze, Weiße und Asiaten — und führt einen entscheidenden Schlag gegen die BNP!

Jetzt ist es an der Zeit, *das Hauptquartier der BNP dichtzumachen:* nicht durch idiotische Appelle an den von den Tory-Konservativen dominierten Stadtrat von Bexley, sondern durch eine koordinierte Massenaktion. Für proletarische Einheit, um die *BNP zu zerschlagen!*

Denkt an Cable Street! 1936 antworteten Hunderttausende Arbeiter, unter ihnen viele Juden, die von der British Union of Fascists ins Visier genommen waren, auf den

Fortgesetzt auf Seite 4

Britannien...

Fortsetzung von Seite 3

Aufruf der Kommunisten und Arbeiter des East End, und sie *stoppten* die Faschisten von Mosley im East End. Wir brauchen noch eine Aktion wie Cable Street, nicht hohlköpfige, selbstmörderische Appelle an die Regierung, daß sie Aktionen ergreifen soll.

Wir weisen den Mist zurück, den die „Führer" von ANL und IRE lange Zeit jedem reingewürgt haben. Weist ihre Appelle an die kapitalistischen Gerichte und Bullen und Stadträte zurück! Weist ihre Lobbys zurück, die rassistischen Liberaldemokraten zu „reformieren", die den Londoner Stadtteil Tower Hamlets regieren! Seid keine Lobbyisten vor dem Innenministerium! Appelliert nicht an die verräterische Labour Party, um Gerechtigkeit zu erwarten! Die reformistischen Labour-Führer sind die Feinde ernsthafter Aktionen gegen die Faschisten. Wir brauchen eine klassenkämpferische Führung, die die Macht der Arbeiterklasse und der Unterdrückten organisiert — in der Aktion, auf dem Weg zur proletarischen Macht!

Das Gesetz zur öffentlichen Ordnung, das nach der Cable-Street-Mobilisierung verabschiedet wurde, wurde als Gesetz gegen die Faschisten angekündigt — dieses Gesetz wird heute benutzt, um die Antifaschisten zu verfolgen, die sich am 10. September vor dem Königlichen Londoner Krankenhaus amoklaufenden Bullen widersetzten. Es wird benutzt, um die Kämpfer zu verfolgen, die letzten Sonntag den BNPlern eine gehörige Tracht Prügel verpaßten. Weg mit den Anklagen gegen alle verhafteten antifaschistischen Kämpfer! Kein Vertrauen in den kapitalistischen Staat. Keine Appelle an die Staatsmaschinerie! Der Staat hat die Faschisten immer verteidigt. Er ermordete Joy Gardner. Er hat die schwarze und asiatische Bevölkerung immer gequält und eingeschüchtert. Die Bullen, die streikende Bergarbeiter ermordeten, und die Gerichte, die sie zu Tausenden aburteilten, sind *die Todfeinde* der Werktätigen.

In der Arbeiterklasse *gibt es den Wunsch* nach einer wirklichen Abrechnung mit den Faschisten. Arbeiter der UNISON haben aus Empörung über den Wahlsieg von Beackon schon einen halben Tag gestreikt. Arbeiter von British Telecom haben dafür gestimmt, dem BNP-Hauptquartier den Stecker rauszuziehen. Die Londoner Bezirksorganisation der Feuerwehrgewerkschaft hat die Demonstration am 26. September unterstützt. Die Gewerkschaft NALGO im öffentlichen Dienst hat in Tower Hamlets zur antifaschistischen Einheit am Arbeitsplatz aufgerufen. Was fehlt, ist die entschlossene, unnachgiebige Führung, die diese kämpferischen Jugendlichen und Arbeiter brauchen.

Wir brauchen eine organisierte, militante Demonstration, gut verteidigt, mit einem Kern von Tausenden Gewerkschaftern. *Die BNP kann stehenden Fußes gestoppt werden.* Wir reden nicht über schwachbrüstige Proteste, und wir reden nicht über mutige Straßenkämpfe, wo ein paar Dutzend oder hundert Linke und Jugendliche den faschistischen Schlägern gegenüberstehen. Wir reden über entschlossene *Massenaktionen.* Die Arbeiterbewegung in diesem Land ist noch stark und gut organisiert, trotz der Niederlagen der letzten Jahre. Sie muß sich von den Knien erheben und anfangen zu kämpfen, *als eine Klasse!* Verteidigt antifaschistische Versammlungen und Demonstrationen durch disziplinierte gewerkschaftliche Verteidigungsgruppen und Ordner: Es ist höchste Zeit, daß die *Faschisten* das Fürchten lernen.

Wir können diesen Kampf nicht mit den Generälen der Feinde in unserem Hauptquartier führen! Es kann keine Einheit von wirklichen Antifaschisten mit den Parteien der Bosse, mit dem frömmelnden Humbug des Erzbischofs von Canterbury geben. Solche klassenübergreifende Bündnisse — Volksfronten — sind tödlich. Der Gewerkschaftsverband TUC machte gemeinsame Sache mit Tory-Politikern wie dem gemeingefährlichen Rassisten Winston Churchill und spuckte in einer Kampagne gegen Zechenschließungen große Töne: Heute aber ist kaum noch ein aktives Bergwerk in Britannien übrig. Heute, wie im schon im Vorjahr, ist entschlossener Klassenkampf nötig, nicht Zusammenarbeit mit Vertretern der herrschenden Klasse.

Die Arbeiterklasse muß im eigenen Namen kämpfen und um die eigene Macht. Dieses Land ist verrottet und verkommen, ein Meer von Elend für Millionen arbeitslose und schlecht bezahlte Arbeiter, ein Land voll Angst und Gewalt für asiatische und schwarze Menschen. Was die Jugend vor sich sieht, sind weder Arbeitsplätze noch Wohnungen noch Geld oder Hoffnungen. Dieses Land braucht keine Gebete oder moralischen Beistand: Es braucht eine sozialistische Revolution! Brecht die Macht des kapitalistischen Staats und enteignet die Bourgeoisie! Für die sozialistische Reindustrialisierung Britanniens durch eine Planwirtschaft!

Die Gewerkschaftsspitzen und die Irreführer der Labour Party würden liebend gern „die Situation beruhigen". Sie wollen die Militanz in die Sackgasse von parlamentarischen Manövern, Petitionen und Wahlfarcen lenken. Erinnert euch, daß die Labour-Stadträte die verhaßte Kopfsteuer durchgezogen haben. Die Gewerkschaftsführer können sich noch nicht einmal dazu aufraffen, zu einem Streik der fünf Millionen öffentlich Bediensteten aufzurufen, denen dieses Jahr ein *Lohnstopp* bevorsteht. Die gleichen Führer weigerten sich 1984/85, den Bergarbeitern mit der gemeinsamen Streikaktion, die sie bitter nötig hatten, zu Hilfe zu kommen.

Die Arbeiterbewegung braucht eine revolutionäre Führung, die genau so hart und so lange für den proletarischen Sieg kämpft, wie Thatcher für ihre abscheuliche, parasitäre kapitalistische Klasse kämpfte. Die Arbeiter, die Frauen und die Schwarzen, Asiaten, Juden und Schwulen — die Zielscheiben des BNP-Terrors — brauchen eine *Arbeiterregierung,* so daß alle Menschen ein anständiges und sicheres Leben haben können, in einer Gesellschaft frei von Ausbeutung und Rassismus. Solch eine Regierung wird auf gewählten Arbeiterräten basieren wie die ursprünglichen Sowjets in Lenins Sowjetunion. Sie wird nichts gemeinsam haben mit den Schwatzbuden in Westminster, die Tarnorganisationen für die bürgerliche Herrschaft sind.

Eine sozialistische Gesellschaft wird nicht in einem Land oder von alleine kommen: Dies ist ein internationaler Kampf der Arbeiterklasse. Die Faschisten nähren sich aus der kapitalistischen Fäulnis — in Frankreich, in Deutschland, in Britannien. Und es ist nicht nur eine Frage von Rezession, Massenarbeitslosigkeit und Hysterie gegen Immigranten in den imperialistischen Ländern. Die Wiedereinführung des kapitalistischen Systems in der Sowjetunion und in Osteuropa war eine riesige Niederlage für die Arbeiterklasse in der ganzen Welt. Faschismus, Monarchismus und Antisemitismus sind wie Unkraut aus dem Boden der vom Kapitalismus betriebenen Verwüstung der Planwirtschaften geschossen.

Die Imperialisten arbeiteten jahrelang daran, die Arbeiterstaaten zu zerstören - dabei schwätzten sie heuchlerisch über „Demokratie" und „Freiheit". Parteien wie die Labour Party unterstützten die Wiederkehr der Bosse. Ihre kleineren Cousins wie Militant oder die Socialist Workers Party [in Deutschland Voran und Sozialistische Arbeitergruppe, SAG] taten das gleiche; sie teilten den Antikommunismus der Labour Party. Sie unterstützten Solidarnoœæ in Polen, eine gelbe Gewerkschaft für CIA, Banker und Papst. Die SPD war das Trojanische Pferd der Konterrevolution in Ostdeutschland.

Alle Sozialdemokraten unterstützten Jelzin im August 1991 (genau wie es Major und Bush taten). Nun verlieren

Hunderttausende Arbeiter ihre Jobs, Abtreibungsrechte werden weggenommen oder zurückgestutzt, Frauen werden aus dem Arbeitsleben zurück in die Küche gezwungen, Jugendliche stehen vor einem Leben von der Stütze, und Minderheiten wie die Roma leben in Todesangst.

Diese Welle der Reaktion schlägt auf Westeuropa zurück. Die herrschende Klasse geht mit der Lüge „Kommunismus ist tot" hausieren und sagt, jeder Widerstand gegen dieses kriminelle System der Ausbeutung und Unterdrükkung sei nutzlos. Wir sagen Nein: Der Stalinismus ist tot, aber der Kommunismus lebt — im Kampf der Arbeiterklasse in aller Welt. In Britannien, Frankreich, Deutschland und Italien müssen die Arbeiter Widerstand leisten, wo die rivalisierenden kapitalistischen Mächte versuchen, die Daumenschrauben der Ausbeutung anzuziehen und die Maßnahmen des „Sozialstaats" zu demontieren, die sie den Arbeitern nach dem Zweiten Weltkrieg anbieten mußten, um das „Gespenst des Kommunismus" fernzuhalten. Die imperialistischen Mächte hatten sich gegen die UdSSR vereint; heute stehen sie stärker und offener gegeneinander in einem Konkurrenzkampf, der in die Richtung eines dritten Weltkriegs weist.

Wir meinen nicht, wie die Zeitschrift *Militant,* daß eine Labour-Regierung mit „Sondervollmachten" den Sozialismus bringen wird. Wir meinen nicht, daß die Polizei in den Gewerkschaften sein sollte, wie *Militant* und *Socialist Worker* fordern! Die Anti Nazi League der SWP stoppte die faschistische National Front in den 70er Jahren nicht. Alles andere ist eine Lüge, und jeder antifaschistische Kämpfer sollte heute darüber Bescheid wissen. 1978 war das Hauptquartier der National Front bei der Brick Lane um die Ecke. Sie organisierte eine Demonstration in Whitechapel, und die ANL organisierte am selben Tag, zur selben Stunde, einen Karneval in Brockwell Park in Brixton, 16 Kilometer entfernt! Wir sagten zu der Zeit, daß der ANL-Karneval ein *Verräter-Karneval* war! Es ist genau dieselbe Sorte von Politik, wenn heute ANL- und JRE-Führer fordern, die Kapitalisten mögen die „BNP verbieten".

Deswegen sagen wir, daß Gruppen wie Militant und SWP *reformistische* Organisationen sind. Schließlich wollen sie auch am Ende des Tages bei den Labour-Abgeordneten und Labour-Größen beliebt sein: Einen konsequenten, harten Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse wollen sie nicht. Sie meinen nicht, daß die Arbeiter die Staatsmacht erringen können. Ihr wahres Maximalziel ist es, die Labour Party auf der Basis eines linker klingenden Programms an die Regierung zu bekommen. Das bedeutet lediglich, den Kapitalismus mit einem „menschlichen Antlitz" zu verwalten.

Die politischen Unterstützer und Führer der JRE und der ANL haben keine Strategie, die zum *Sieg* führt, weder jetzt gegen die BNP noch langfristig gegen das kapitalistische System. Es geht nicht darum, die existierenden Kampagnen zu „vereinigen", was Gruppen wie Workers Power oder *Socialist Organiser propagieren.* Es geht bestimmt nicht darum, „eine Labour-Regierung zurückzubringen". Die Labour Party war es, die Truppen nach Nordirland entsandte und die Armee gegen streikende Arbeiter einsetzte, als sie das letzte Mal an der Regierung war. Dieselbe Labour-Regierung verordnete die grotesken „Jungfräulichkeitsuntersuchungen" an asiatischen Frauen bei der Einreise ins Land, und sie plante das rassistische Nationalitätengesetz, das Thatcher übernahm und verabschieden ließ.

Pressure-groups am Rand der Labour Party sind unfähig, einen scharfen Kampf gegen die Gewerkschafts- und Parteibürokraten aufzunehmen, die die Arbeiterbewegung dominieren. Warum führen SWP und Militant, die behaupten,

Fortgesetzt auf Seite 6

Weg mit den Urteilen! Hände weg von Keßler, Streletz, Albrecht!

Am 16. September wurden im Berliner Landgericht Heinz Keßler, Fritz Streletz und Hans Albrecht zu jeweils siebeneinhalb, fünfeinhalb und viereinhalb Jahren Haft verurteilt; sie können jederzeit eingesperrt werden. Vor dem Amtsgericht Tiergarten haben die SpAD und das Komitee für soziale Verteidigung dagegen protestiert (Bild). So forderten wir auch von Anfang an *Freiheit für Erich Honecker*, und wir fordern *Freiheit für Erich Mielke*, dessen Prozeß noch andauert. Am 22. September verlangten wir vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht *Hände weg von DDR-Meisterspion Markus Wolf.* Die Rachejustiz gegen alle und alles, was an den Arbeiterstaat DDR erinnert, soll die Arbeiter Ost und West gegeneinander hetzen und ihren Kampfeswillen lahmen. *Nicht die Verteidigung der DDR war ein Verbrechen, sondern ihr Ausverkauf!* Die Bourgeoisie von Auschwitz hat hier nichts zu richten! *Viertes Reich, Hände weg! Weg mit allen Anklagen und Urteilen gegen DDR-Vertreter!*



Spartakist

Britannien...

Fortsetzung von Seite 5

Hunderte und Tausende Gewerkschaftsunterstützer zu haben, keine entschlossenen Kampagnen für Massendemonstrationen von Gewerkschaftern und Minderheiten, die notwendig sind, um die BNP zu zerschlagen?

Bestenfalls werden sich diese Gruppen dem Druck der kämpferischen Jugendlichen beugen, wie in den letzten beiden Wochen. Sie werden manchmal gezwungen sein, sich an kämpferischen Aktionen zu beteiligen. Der letzte Sonntag war ein Sieg, der integrierte Aktionen der Arbeiterklasse zünden könnte, um Minderheiten zu verteidigen und die Faschisten von der Straße zu treiben. Aber die mutige Aktion in der Brick Lane ist nur ein Anfang. Die BNP wird zurückkommen, und in Zukunft mit viel stärkerem Polizeischutz, unterstützt durch Verurteilungen der antifaschistischen Kämpfer. Die kapitalistischen Medien werden mit Sicherheit die Trommeln für eine Hexenjagd auf die Roten rühren.

Angesichts einer solchen Hexenjagd ist Parteien wie Militant und SWP vollkommen zuzutrauen, daß sie Deckung suchen. 1977 wurde die SWP wütend von der Presse angegriffen, weil sie eine Rolle bei der Organisierung einer großen antifaschistischen Demonstration in Lewisham gespielt hatte. Sie antwortete mit der Bildung der friedlichen, legalen, volksfrontartigen Anti Nazi League. Lords, Pfaffen und Typen wie Neu Kinnock unterzeichneten als Sponsoren der ANL. Die Konfrontationen mit den Faschisten wurden beendet, und statt dessen begannen die Karnevals mit Luftballons und Musik. Und man sollte im Kopf behalten, daß die Militant-Führung der Anti-Poll Tax Federation (Bündnis gegen die Kopfsteuer) das Angebot machte, Namen von Demonstranten preiszugeben, die sich gegen die Angriffe der berittenen Polizei auf der riesigen Demonstration gegen die Kopfsteuer vor zwei Jahren auf dem Trafalgar Square verteidigt hatten.

Militant/JRE und SWP/ANL versuchen, sich selbst an die Spitze der gegenwärtigen Welle der Empörung zu stellen, aber dabei wollen sie ihren Einfluß unter radikalisierten Jugendlichen für andere Zwecke ausschlachten. Diese Gruppen wollen in Wirklichkeit größere Faktoren in der Rechnung der Labour-Bürokraten werden. Diese Woche rufen *Socialist Worker* und *Militant* zur „Einheitsdemonstration" am 16. Oktober auf; deren Hauptforderung ist, daß der Stadtrat das BNP-Hauptquartier schließen soll. Der russische revolutionäre Führer Leo Trotzki stellte sich mit aller Schärfe gegen solche Forderungen und schrieb: „Sich an den Staat zu wenden, das heißt an das Kapital, mit der Forderung, er solle die Faschisten entwaffnen, bedeutet, die schlimmsten demokratischen Illusionen zu säen, die Wachsamkeit des Proletariats einzuschläfern, seinen Willen zu demoralisieren." Die einzigen konsequenten Antifaschisten sind proletarische Revolutionäre.

Die Spartacist League ist Teil einer internationalen Organisation, der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unsere Genossen in den Vereinigten Staaten haben mehrere Demonstrationen von Gewerkschaften/Minderheiten organisiert, wie sie heute in Britannien notwendig sind. Ähnliche Aktionen wurden zu verschiedenen Zeitpunkten von unseren Genossen in Frankreich und Kanada initiiert. Am 3. Januar 1990 fand im Treptower Park in Ostberlin die größte antifaschistische Demonstration der deutschen Geschichte statt, von 250 000 Menschen. Sie wurde von den Spartakisten initiiert und dann von der herrschenden stalinistischen Partei übernommen, als Antwort auf die abscheuliche Schändung des sowjetischen Ehrenmals durch Nazi-Banden. Als Organisation wollen wir den Kern einer internationalen revolutionären Partei zusammenbringen. Eine solche proletarische Partei kämpft für die Interessen aller Unterdrückten unter dem Kapitalismus und für eine dauerhafte, sozialistische Zukunft für die Menschheit, ohne die Angst vor dem Krieg und die Heimsuchungen von Arbeitslosigkeit, Armut und Rassismus.

Stoppt die BNP! Für Massenmobilisierungen der Arbeiterklasse und Minderheiten gegen die Faschisten! Nieder mit der „Festung Europa" — Volle Staatsbürgerrechte für im Ausland geborene Arbeiter und ihre Familien! Für eine Föderation der Arbeiterrepubliken der britischen Inseln! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!!

Junge Spartakisten

Stoppt die Nazis *durch* Arbeiter/Immigranten-Aktion!

Aber wofür kämpft Voran/JRE?

„Kein Vertrauen in Polizei und Justiz" und „Nazis stoppen, NPD-Parteitag verhindern!" steht auf den Titelseiten von *Voran* und in Flugblättern der Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE). Klingt doch gut, oder? Viele Jugendliche, die beim Rostocker Pogrom den direkten Pakt zwischen Nazis und Polizei und die massiven Bullenangriffe auf die Antifaschisten miterlebten, fühlen sich direkt angesprochen. Doch gleich im ersten Absatz des *Voran*-Artikels „Polizei schützt Nazis vor JRE" (Oktober) kann man lesen, zu welchem Zweck antifaschistische Jugendliche organisiert werden: „Im Juni führte eine Kampagne von JRE und anderen Antifaschistinnen zum Verbot des NPD-Bundesparteitages durch das bayrische Innenministerium"^!). Was ist dies anderes als „Vertrauen in Polizei und Justiz", sogar des Herrn Stoiber!

Am Jahrestag des Rostocker Pogroms rief die JRE in Berlin-Marzahn zu einer Demonstration auf, um die Nazis zu stoppen. Über 2000 Jugendliche folgten ihrem Aufruf, aber eine konkrete Aktion dafür war nicht geplant. Was folgte, war ein Marsch durch das Neubauviertel, um die „normalen Bürgerinnen" aufzuklären *(Voran,* Oktober). Bekannte Nazi-Nester blieben unberührt, sie organisieren weiter ihren Terror gegen Immigranten und Jugendliche an den Schulen. Dabei ist in der Marzahner Lindenstraße erst vor wenigen Wochen eine Pogromstimmung gegen ein Wohnheim für Asylsuchende aufgeheizt worden. Eine Mobilisierung von Tausenden Arbeitern und Jugendlichen hätte der Beginn einer wirklichen Verteidigung der Flüchtlinge sein können und den Nazi-Mördern und biederen Hintermännern eine Lehre erteilen können. Die Spartakisten haben von Hoyerswerda bis Rostock, Mölln und Solingen zu antifaschistischen Arbeitermobilisierungen aufgerufen.

Aber dies erfordert einen harten politischen Kampf, um den SPD-Bonzen die Kontrolle der Gewerkschaften zu entreißen. Und genau den wollen die Organisatoren von der Gruppe Voran und JRE nicht. Sie geleiteten die Jugendlichen in eine Situation, von der sie wußten, daß es Nazi-Provokationen geben würde — nach einer Woche massiver Nazi-Drohungen. Obwohl es papierne Gewerkschaftsunterstützung gab, hatte Voran/JRE keine Perspektive, diese gegen die braunen Banden zu mobilisieren. Sie verließen sich vollständig auf die Polizei. So funktionierten die JRE-Ordnerketten nur, um zu verhindern, daß die Demonstranten gegen Nazi-Provokateure vorgingen. Stolz brüstete sich *Voran* in der September-Ausgabe: „Die Einsatzleitung mußte vor JRElern eingestehen, daß die Gewalt von den Nazis ausging." Das hielt die Bullen nicht davon ab, die Demonstranten anzugreifen.

Bei ihrer „Tour d'Antifa" lieferte Voran/JRE in Coppenbrügge die antifaschistischen Jugendlichen direkt an die Bullen aus: „Daher bilden wir vor dem Eingang eine Gasse und fordern die Polizei auf, für den Abgang der Nazis zu sorgen." Wie zu erwarten, antworteten die Bullen prompt: „Wir werden weggedrängt und geschlagen... Sieben Demonstrantinnen werden verletzt" *(Voran,* Oktober).

Was ist nun von der angeblichen „Opposition" von Voran/JRE gegen Verbotsappelle an den bürgerlichen Staat zu halten? Laut *Rote Fahne* (11. September) hat die JRE in einem Brief die erzreformistische Kampagne von MLPD/Rebell für ein „Verbot aller faschistischen Organisationen" angegriffen, weil damit „der Kampf gegen die Nazis ... an den Staat abgetreten wird" und weil „sie sich an diesen richtet". Darin warnt die JRE davor, daß Verbote durch den bürgerlichen Staat gegen Linke eingesetzt werden. Zu Recht! Innenminister Kanther hetzt gegen Immigranten und Linke und will sogar die PDS auf seine Verbotsliste setzen! Aber während die MLPD den bürgerlichen Staat durch kretinistische Verbotsappelle „entlarven" will, will Voran/JRE diese Verbote durch Druck auf den Straßen erzwingen.

Über ihre Nabelschnur zur SPD sind sie fest mit dem bürgerlichen Staat verbunden, auf den sie Druck ausüben wollen. Zwar haben sie klammheimlich ihre Forderung „gewerkschaftliche Kontrolle in polizeilichen Einrichtungen und bei Einsätzen" *(Voran*-Broschüre „Jugend für Sozialismus") unter den Tisch fallen lassen, nachdem der *Spartakist* sie im November letzten Jahres deswegen angriff. Aber wie ihre britische Schwesterorganisation Militant, die trotz Ausstieg aus der Labour Party nichts anderes betreibt als ein bißchen kämpferische Labour-Politik (obwohl sie in Brick Lane das Richtige tat, siehe Seite 3), wollen sie auch hier den Jugendlichen nur etwas „Action" bieten, um sie an sozialdemokratische Politik zu binden.

Seit Jahrzehnten spielt Voran die Rolle einer loyalen Opposition in der SPD — der Partei der antikommunistischen Hexenjäger und Abschieber von Immigranten, die den Nazis den Wind in ihre Reichskriegsflaggen geblasen hat. Erinnert euch an den 30. Januar, den Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, als die Spartakisten unter Gewerkschaftern und Jugendlichen für die Verteidigung eines Immigrantenwohnheims mobilisierten: Das JRE-Flugblatt unterstützte dagegen die Lichterketten rund ums Brandenburger Tor. Weil die SPD gegenwärtig bei den Jugendlichen so verhaßt ist, schlägt Voran ein paar militantere Töne an. Aber ihr Ziel bleibt das gleiche: SPD an die Regierung, um, den Kapitalismus zu reformieren.

Voran hat 1989/90 nach Kräften die SPD unterstützt, als diese der Vorreiter der Konterrevolution in der DDR war. Sie haben die kapitalistische Wiedervereinigung hochgejubelt und machten sich für großdeutschen Nationalismus stark, der die ideologische Basis für den Nazi-Terror ist: „Auch die Deutschen haben ein Recht auf nationale Selbstbestimmung, das wir bedingungslos verteidigen müssen" *(Voran,* Februar 1990). Ein Volk, ein Reich? Heute wollen sie die Jugendlichen, die sich gegen die Auswirkungen der Konterrevolution wehren, der SPD im Vierten Reich zutreiben.

Die Faschisten sind der außerparlamentarische Arm der Bourgeoisie. Wenn die normalen Mittel der bürgerlichen Demokratie nicht mehr ausreichen, um die Arbeiterklasse niederzuhalten, greift die Bourgeoisie auf den Faschismus zurück — in Trotzkis Worten neben der Sozialdemokratie „der zweite Treuhänder der Bourgeoisie" (November 1929). Im Moment agieren die Nazis als Hilfstruppen bei der rassistischen Hetze, in Mölln und Solingen richteten sich die Nazi-Brandanschläge direkt gegen die türkischen Arbeiter, einen Schlüsselsektor der Arbeiterklasse. Der Kampf gegen die Nazis muß mit dem Aufbau von proletarischen Verteidigungsorganisationen verbunden werden, die der Kern von Machtorganen der Arbeiterklasse sein können. Die Spartakist-Jugend kämpft dafür, eine revolutionäre Partei aufzubauen, die antifaschistische Jugendliche und die bewußtesten Arbeiter zum trotzkistischen Programm der Machteroberung der Arbeiterklasse gewinnt. Um die Nazis wirklich zu beseitigen, müssen wir das kapitalistische System stürzen, das die braune Pest brütet.«

Hamburg: Anti-Asyl-SPD gibt Nazis Auftrieb

Die Hamburger Bürgerschaftswahl am 19. September war polarisierender Auftakt für das „Superwahljahr" 1994. Während CDU und SPD 20 Prozent der Stimmen verloren, die Grünen ihre Stimmen verdoppelten, die neue bürgerliche STATT-Partei auf 5,6 Prozent kam, erhielten die Faschisten fast durchweg 9 Prozent. Nur weil sie als DVU und Reps kandidierten, schafften es die Nazis nicht ins Parlament. In den ehemaligen SPD- und Arbeiterhochburgen südlich der Elbe, wie Wilhelmsburg, gab es für Faschisten sogar bis zu 15 Prozent. Durch ihre Immigrantenfeindliche Politik, von der Polizeiaktion gegen die Roma in Neuengamme bis zur Zerschlagung des Asylrechts im Bundestag, hat die SPD den Weg für die Faschisten vorbereitet. Wie die „Brandstifter in Bonn" das Streichholz hielten für die Nazis, die das Flüchtlingsheim in Rostock und die Wohnungen von Türken in Mölln und Solingen anzündeten, so haben sie auch den Wahlerfolg der Faschisten ermutigt.



Spartakist

IG-Chemie-Block aus Hamburg demonstrierte nach dem Brandmord in Mölln

Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und vor allem rassistischer Terror, der die bittere Frucht vom Anschluß der DDR ist und der mit dem Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus verbunden ist, haben die Wahl dominiert. Die SPD war das Trojanische Pferd der kapitalistischen Konterrevolution. Und die SPD hat die Verantwortung dafür, daß demoralisierte Arbeiter dieses Mal Nazis wählten und daß Jugendliche in Wandsbek sich nicht mehr für Jobs bewerben, weil sie keine Perspektive sehen. Seit über 40 Jahren stellt die SPD in Hamburg die Regierung und ist verantwortlich für die Zerschlagung der Werften wie HDW, die nach militanter Besetzung dichtgemacht wurde, und die zweistellige Arbeitslosigkeit. Das SPD-geführte Hamburg liegt mit Abschiebungen von Immigranten bundesweit an der Spitze und hat mit der Verfolgung der Juden beim Friedhof in Ottensen seine antisemitische Fratze gezeigt. Gleichzeitig wird von der SPD in Westdeutschland die Anti-„Ossi"-Stimmunggeschürt. Während des Wahlkampfes wurde ein Ostdeutscher auf der Reeperbahn totgeschlagen.

Schon vor dem Wahlkampf gab es in der SPD Streit darüber, ob sie den deutsch-türkischen Hakki Keskin auf Platz 58 der Wahlliste setzt. Es kam zu Protesten in der SPD, weil dies einen „Verlust" von Stimmen geben könnte. Tatsächlich hat die SPD ihren Wahlkampf damit geführt, daß sie Hamburg von Asylsuchenden „befreit" habe.

Für den Kampf gegen Faschismus und kapitalistisches Elend boten verschiedene linke Gruppen nichts oder noch weniger an. Die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG), die seit Jahren durch wütenden Antikommunismus gegen die ehemaligen Arbeiterstaaten von DDR bis Sowjetunion geprägt ist, rief einfach zur Wahl der SPD auf. Auf der anderen Seite stellt die „Linke Alternative" (LA), die ein Bündnis von DKP, PDS bis MLPD ist, eine Kopie der arbeiterfeindlichen Grünen dar. Während Arbeiter vor Entlassungen und vor Tarifkündigungen wie jetzt durch Gesamtmetall stehen, haben diese „Alternativen" nicht ein Wort übrig für den Kampf gegen Entlassungen.

Die PDS-Bosse Gysi/Bisky griffen die LA noch von rechts als „sektiererisch" an, weil sie mit angeblichen Altstalinisten zusammen sind. Aber alle diese Gruppierungen bejubelten die Konterrevolution, machten mit oder steckten einfach den Kopf in den Sand. Deshalb ignoriert dieses Sammelsurium die Ursachen des Aufstiegs des rassistischen Terrors und des Elends. Sie gaukeln vor, daß man Nazis an der Wahlurne stoppen könne: „Keine Stimme den Populisten, Rassistinnen und Faschistinnen, gleich in welchem Gewände! "Der Brandmord in Mölln zeigte, daß Faschisten außerhalb der bürgerlichen Schwatzbuden ihr dreckiges Gewerbe ausüben. Sie sind mörderische Banden, die zerschlagen werden müssen.

Nach dem Nazibrandanschlag in Mölln mobilisierten türkische und kurdische Arbeiter der Jurid-Chemiefabrik bei Hamburg sofort zum Protest und zeigten damit die Möglichkeit von Arbeitermobilisierungen auf, die den Nazi-Terror stoppen. Nach dem Mord in Solingen demonstrierten in Hamburg Tausende Jugendliche türkischer und deutscher Herkunft gemeinsam für Selbstverteidigung gegen Nazi-Terror. Hamburg ist eine antifaschistische Arbeiterstadt mit Tradition. So gab es schon vor den Wahlen viele, besonders oft gewerkschaftliehe Mobilisierungen von Metallern, Postlern, Druckern und Medienarbeitern bis hin zu Angestellten in der ÖTV. Als die DVU ihren rassistischen Dreck an die Hamburger Haushalte schicken wollte, sabotierten Postarbeiter zum Teil erfolgreich die Auslieferung. Während des Wahlkampfs, als die Stadt mit dem Unrat von DVU-Plakaten übersät wurde, gab es Arbeiter der Müllabfuhr, die den Dreck einfach wegkarrten.

Als vor den Wahlen Nazi-Wahlspots vom NDR gesendet werden sollten, unternahmen Gewerkschafter der IG Medien erste Schritte, um diese Mordaufrufe zu verhindern, und hielten eine Protestkundgebung vor ihrer Arbeit ab. Sie wurden mit Kündigungen bedroht. Wir verteidigen die NDRler und kämpfen für die gewerkschaftliche Ausweitung des Kampfes: Tausende Arbeiter von IG Medien und Metall zusammen mit der Post könnten nicht nur gut das NDR-Gebäude schützen und die Verbreitung der Mordaufrufe der Nazis stoppen, sondern auch an den Protesten

Fortgesetzt auf Seite 20

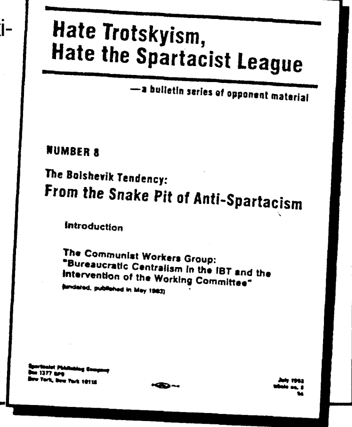
Die Internationale Kommunistische Liga macht die Polemiken ihrer Opponenten in der Linken zugänglich

Die Bolschewistische Tendenz: Aus der Schlangengrube des Antispartakismus

(in englischer Sprache)

DM 10,- (inkl. Porto)
137 Seiten

Bestellungen über die Redaktionsadresse



Hate Trotskyism,
Hate the Spartacist League

—a bulletin series of opponent material

NUMBER 8

The Bolshevik Tendency:
From the Snake Pit of Anti-Spartacism

Introduction

The Communist Workers Group:
"Bureaucratic Centralism in the IBT and the Intervention of the Working Committee"
(undated, published in May 1993)

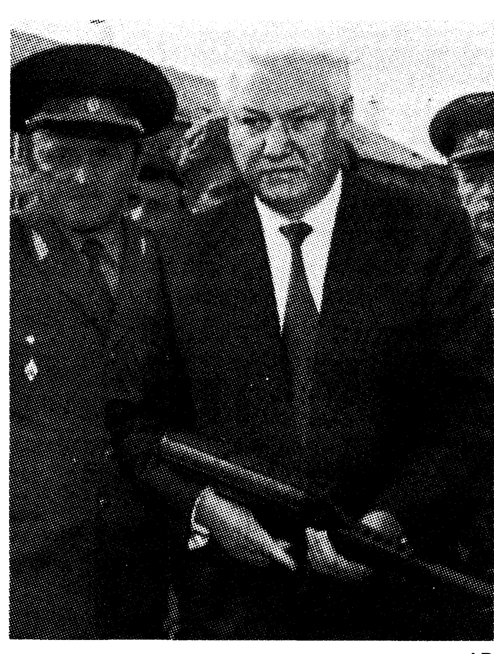
Jelzins Putsch...

Fortsetzung von Seite 1

Sicherheitskräften wurde die Erlaubnis gegeben, Hausdurchsuchungen ohne richterliche Anordnung vorzunehmen und an Hauptstraßen und Verkehrsknotenpunkten Kontrollen durchzuführen. Der Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow sagte, daß die Hauptstadt von „unerwünschten" Personen „gesäubert" würde. Schon jetzt werden 600 Unterstützer des Parlaments in einem Sportstadion im Bezirk Krasnaja Presnja festgehalten. Die Bandbreite der verbotenen Gruppen reicht von verschiedenen „kommunistischen" Parteien bis zur „links-rechten" Nationalen Rettungsfront und dem faschistoiden Russischen Nationalen Sobor.



Der Spiegel



AP

Möchtegern-Zar Boris mit Gegenspieler Chasbulatow (links). Im August 1991 waren beide im konterrevolutionären Lager vereint. Rechts: Jelzin lädt zu „freien Wahlen"

Ruzkoi/Chasbulatow und die von Faschisten durchsetzte „rot-braune" Koalition, die sie unterstützt hat, sind genauso Feinde der Arbeiterklasse wie Jelzin. Aber wie wir im letzten März geschrieben haben: „Die Arbeiterklasse muß gegen Maßnahmen, die sie unter das Joch einer bonapartistischen Diktatur spannen sollen, aus welcher Ecke sie auch kommen, Widerstand leisten" („Dogfight in Moscow" [Nahkampf in Moskau], *Workers Vanguard* Nr. 572, 26. März). Jetzt hat die auch bisher schon weitverbreitete Furcht und das Mißtrauen gegenüber Möchtegern-Zar Boris noch enorm zugenommen. Die dringende und unmittelbare Aufgabe der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist es zu verhindern, daß Jelzin im Anschluß an diesen Putsch einen wirksamen Polizeistaat konsolidieren kann. Klassenbewußte Arbeiter müssen die sofortige Aufhebung des Belagerungszustands, der Zensur und des Verbots von politischen Parteien fordern und verlangen, daß alle verhafteten Jelzin-Gegner sofort freigelassen werden.

Jetzt ist eine massive antikommunistische Hexenjagd im Gange. Aul längere Sicht ist der eigentliche Zweck des Jelzin-Putsches, das Gespenst des Widerstands der Arbeiterklasse gegen die Verwüstungen der kapitalistischen Restauration abzuschütteln. Nachdem die Imperialisten die Ergebnisse der polnischen Wahlen vom 19. September gesehen hatten, waren sie besorgt, daß es zu einer Ausweitung des „polnischen Szenarios" auf Rußland kommen könnte.

Die heutigen Herren des Kreml und die Imperialisten, die hinter ihnen stehen, wollen jegliche politische Opposition im Keim ersticken und eine diktatorische Herrschaft verhängen. In unserem Artikel „Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde" (*Spartakist* Nr. 100, Januar 1993) haben wir gewarnt: „Damit Jelzin und die anderen restaurativen Kräfte ein stabiles kapitalistisches Regime festigen können, ist wahrscheinlich eher früher als später eine blutige Abrechnung zu erwarten, die den Massen signalisiert, daß es eine neue Ordnung gibt."

Aber es wird bei der Durchführung ihres drakonischen Wirtschaftsprogramms, und weil Rußlands ausgedehnte Regionen offenkundig Moskauer Anweisungen mißachten, auch weiterhin heftige Auseinandersetzungen geben. Der russische bürgerliche Staat bleibt weiterhin schwach und zersplittert, eine stabile kapitalistische Klasse muß sich erst noch herausbilden, und die sich immer mehr verschärfende Verelendung der Werktätigen kann in der nächsten Zeit ohne weiteres zu Explosionen des Klassenkampfs führen. Am dringendsten braucht das multinationale sowjetische Proletariat die Schmiedung des Kerns einer internationalistischen Avantgardepartei, die für eine sozialistische Revolution kämpft, um Jelzin und alle Möchtegern-Ausbeuter wegzufegen.

Bruch im konterrevolutionären Lager

Die westlichen Medien beschreiben die Anti-Jelzin-Kräfte um das russische Parlament als eine „konservative" Opposition von „Hardlinern", die gegen die „Reformen des freien Marktes" sind und irgendwie die Wiederherstellung des alten Sowjetsystems anstreben. In Wirklichkeit gehörten Ruzkoi und Chasbulatow früher zu den wichtigsten Unterstützern von Jelzin, sie standen im August 1991 Schulter an Schulter mit ihm an den Barrikaden vor dem „Weißen Haus", als er im Anschluß an den vermurksten Kreml-Putsch die Macht ergriff.

Seitdem sind die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution in zwei rivalisierende Lager zerfallen, obwohl ihre Differenzen beileibe nicht unversöhnlich sind. Jelzin hat die Rolle des Hauptagenten für den westlichen Imperialismus übernommen, um Rußland in eine unterwürfige Neokolonie von Wall Street und Frankfurt zu verwandeln. Ruzkoi und Chasbulatow profilieren sich als Sprecher für nationalistischere Kräfte, ab und zu greifen sie auch den IWF und die Regierungen des Westens demagogisch an, weil sie Rußland herabwürdigen und ins Elend treiben. Sie haben an Elemente im Militär zu appellieren versucht, denen es überhaupt nicht paßt, zusehen zu müssen, wie die ehemalige Supermacht in einen neokolonialen Vasallen des Westens verwandelt wird; und sie wandten sich an die korporatistische Fraktion der Industriemanager, die nicht mitansehen wollten, wie ihre Fabriken als Opfergabe auf dem Altar des IWF-Monetarismus geschlossen werden.

Warum also ist es der parlamentarischen Opposition nicht gelungen, Unterstützung entweder vom Offizierskorps oder von den Industriellen zu bekommen? Und warum hat es bei der immer ernsteren wirtschaftlichen Notlage für die Massen keine Welle von Opposition in der Bevölkerung gegen Jelzins Präsidial-Putsch gegeben?

Die nationalistisch-korporatistische Fraktion der entstehenden russischen Kapitalistenklasse, deren wichtigster politischer Vertreter der Bürgerunion-Führer Arkadi Wolski ist, versucht die bestehende Industriestruktur im Kern zu erhalten. Weil die riesigen Unternehmen, die geschaffen

Fortgesetzt auf Seite 10



OMON-Spezialeinheiten signalisieren den Massen eine blutige Neuordnung

dpa

Jelzins Putsch...

Fortsetzung von Seite 9

wurden, um in einer zentral geplanten Wirtschaft der ganzen Sowjetunion zu funktionieren, auf dem kapitalistischen Weltmarkt nicht rentabel sind, besteht der einzige Weg, sie gegenwärtig am Leben zu erhalten, in massiven Subventionen durch die Zentralbank, was zu einem hyperinflationären Haushaltsdefizit führt. In den letzten paar Jahren haben Wolski & Co. sich ständig ein Tauziehen geliefert mit den „Schockbehandlungs"-Ökonomen, repräsentiert durch Jelzins ehemaligen Ministerpräsidenten Jegor Gaidar.

Die gegenwärtige politische Machtprobe begann, als Jelzin unter dem Druck von internationalen Finanziers Gaidar zum ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannte, wenige Tage vor dem Dekret über die Auflösung des Parlaments. Statt die parlamentarische Opposition zu unterstützen, drängten die Korporatisten auf eine Kompromißlösung, und zwar Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zusammenzulegen, und landeten schließlich in Jelzins Lager. Warum?

Als kapitalistische Kraft braucht die „Industriellenpartei" zunächst soziale und politische Stabilität. Wolski und seine Manager-Kollegen wissen, daß selbst eine „verlangsamte" Einführung des Marktes zu Massenarbeitslosigkeit und potentiell explosiven sozialen Unruhen führen wird. Daher haben sie immer eine solide „Einheitsfront" der entstehenden Bourgeoisie angestrebt und auf ein bonapartistisches Regime gedrängt, egal ob unter der Führung von Ruzkoi, Jelzin oder sonst jemandem. Aber als am letzten Wochenende der Trotz des Parlaments gegenüber Jelzin auf die Straße getragen wurde und damit der Zündfunke zu einem Bürgerkrieg zu werden drohte, trieb dies Wolski & Co. aus der Neutralität in Jelzins Arme. Außerdem sind sich diese versierten Geschäftsleute völlig bewußt, daß sie selbst zur Instandhaltung und erst recht zur Modernisierung der russischen Fabriken eine riesige Infusion von westlichem Geld brauchen. Die Imperialisten sitzen auf den Dollars und D-Mark, und Jelzin ist ihr Mann. Aber die Imperialisten sind nicht unwiderruflich an den Monetarismus im IWF-Stil gebunden und könnten in eine eher korporatistische Politik einwilligen, besonders angesichts der polnischen Wahlen.

Der ehemalige General der Luftstreitkräfte, Ruzkoi, zählte auf Unterstützung durch das Militär noch mehr, als er mit den Industriellen rechnete. Wenn überhaupt, dann hat ein bedeutender Teil des Offizierskorps zweifellos eher Sympathien für Ruzkois Sorte von hartem russischem Nationalismus als für Jelzins kriecherische Unterwürfigkeit gegenüber den USA. So war es keineswegs von vornherein klar, daß das Militär Maßnahmen ergreifen würde, das Parlament auseinanderzujagen. Hohe Generäle hatten ihre Abneigung dagegen erklärt, Truppen einzusetzen. Sie fürchteten die Aussicht auf einen Bürgerkrieg, der zu einer Spaltung in der Armee führen würde und zu einem völligen Auseinanderfallen des russischen Staates. Diese Furcht spitzte sich über das Wochenende zu, nachdem der Kreml ein Ultimatum verkündet hatte, daß bis Montag das Parlament geräumt werden müsse. Am Sonntag durchbrach eine Protestdemonstration von rund 15 000 Menschen, organisiert von der „rot-braunen Koalition", die Polizeiketten, und bewaffnete Ruzkoi-Anhänger starteten Angriffe auf das Gebäude des Moskauer Bürgermeisters und den Fernsehkomplex Ostankino.

Letzten Endes war entscheidend, wer die Soldauszahlung kontrolliert. Ein Reuters-Bericht (4. Oktober) von Carol Giacomo bemerkte: „Hohe Beamte der US-Regierung haben gesagt, daß sich das Militär hinter Jelzin stellte, weil ihre Führer verstehen, daß Chasbulatow und Ruzkoi zur Wirtschaft keine besseren Antworten parat haben als Jelzin, und erkennen, daß Jelzin die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und somit Zugang zu Finanzhilfen hat."

„Rot-braune Koalition" stößt Arbeiterklasse ab

Der entscheidende Faktor, der den Charakter und das Ergebnis der Machtprobe zwischen dem russischen Parlament und Jelzin bestimmte, war die Abwesenheit der Arbeiterklasse als aktive Kraft. Die *Los Angeles Times* bemerkte am 23. September zu der vorherrschenden Stimmung in den Straßen Moskaus: „Stell dir vor, sie hätten einen Putsch, und niemand würde sich darum kümmern." Die lang anhaltende Fehde zwischen Kreml und Weißem Haus wird allgemein (und zu Recht) angesehen als ein Streit zwischen korrupten und zynischen Fraktionen. Soweit Ruzkoi et al. mit irgendeiner politischen Linie identifiziert werden, ist es extremer russischer Nationalismus, der mit reaktionärer Sozialpolitik verbunden ist. Letzten Sommer beispielsweise schlug das Parlament vor, das Abtreibungsrecht zu verbieten: Abtreibung war unter dem alten sowjetischen System legal und kostenlos.

Zu den militanten Verteidigern des russischen Parlaments gehörte eine Menge vorgeblich kommunistischer Gruppierungen, darunter die RKRP von Viktor Anpilow und Ex-General Albert Makaschow, die wesentliche Führer in den Straßen waren, und die RPK von Anatoli Krjutschkow, der auf dem Balkon des Weißen Hauses an Ruzkois Seite erschien. Von Anfang an haben diese Überreste der kleinbürgerlichen stalinistischen Bürokratie die Restaura-

tion des Kapitalismus unterstützt.

Fast zwei Wochen lang hatte es ein Patt zwischen den konkurrierenden Fraktionen der bürgerlichen Restauration gegeben. Diejenigen, die sich vor dem Weißen Haus versammelten, unterstützten politisch einen Flügel der Kräfte der kapitalistischen Restauration. Doch hätte es, als der Kampf auf die Straße getragen wurde, eine bedeutende Spaltung im Staatsapparat gegeben, die ein klares Machtvakuum eröffnete, dann hätte es die Möglichkeit für eine proletarische Mobilisierung unabhängig von beiden Lagern gegeben mit dem Ziel, alle kapitalistischen Kräfte wegzufegen. Aber die Unruhen haben diesen Punkt nicht erreicht, und die Arbeiterklasse sah niemanden, der für ihre Interessen kämpft.

Trotz all ihrer roten Fahnen sind die stalinistischen „Patrioten" eng verbunden mit dem monarchistischen/faschistischen Abschaum und handeln als Lakaien des korporatistischen Flügels der flügge werdenden Bourgeoisie. Sie stehen der unabhängigen Mobilisierung der Arbeiterklasse feindlich gegenüber und sind gegen jeden Streik, vom Fluglotsenstreik letztes Jahr bis zum ukrainischen Bergarbeiterstreik vor kurzem. Wegen ihres primitiven Gemisches von russischem Chauvinismus, virulentem Antisemitismus und Rassismus gegen Minderheiten aus dem Kaukasus und anderswo werden sie von allen verabscheut, außer von den rückständigsten, am meisten lumpenproletarisch gewordenen Elementen der Arbeiterklasse.

Der ex-stalinistische offizielle „Gewerkschafts'Verband FNPR gehört zur korporatistischen Fraktion und ist ein Bestandteil von Wolskis Bürgerunion. Eine der von Jelzin verbotenen Zeitungen, *Rabotschaja Tribuna,* wurde gemeinsam von den FNPR-„Gewerkschaften" und der Union der Industriellen und Unternehmer herausgegeben. Zu Beginn des zweiwöchigen Patts redete der FNPR einige Male davon, über Streiks zur Verteidigung der demokratischen Einrichtungen nachzudenken, aber er folgte Wolski und gab am Montag morgen einen Aufruf zu „Gesetz und Ordnung" á la Jelzin heraus.

Angesichts der Passivität der Arbeiterklasse hat die Fügsamkeit gegenüber dem Westen grundlegend den Ausgang der Machtkämpfe unter der herrschenden Elite in Moskau in all den Jahren nach Breschnjew bestimmt. Im Grunde ist dies ein Abfallprodukt von Stalins „Sozialismus in einem Land", der die Möglichkeit von proletarischen Revolutionen im imperialistischen Westen leugnete und das Hirngespinst der „friedlichen Koexistenz" predigte.

Rußland nach der Sowjetunion: Verelendung, Plünderung und Chaos

Als Jelzin den Kreml übernahm und dann die Auflösung der Sowjetunion für Ende 1991 ankündigte, verkündeten westliche Regierungen und die Medien ein neues Zeitalter der „Demokratie" und des Kapitalismus des „freien Marktes". Die Wirklichkeit ist wirtschaftlicher Zusammenbruch und soziales Chaos gewesen. Der Kollaps der sozialen Ordnung hat einen Punkt erreicht, wo tödliche Krankheiten wie Cholera und Diphtherie wiederaufgetaucht sind, besonders in Regionen der ehemaligen UdSSR, die durch ethnische Blutfehden und Bürgerkriege verwüstet werden, so wie der Kaukasus und Zentralasien.

Aber der westliche Imperialismus verlangt konterrevolutionäre Ordnung in Rußland, nicht konterrevolutionäres Chaos. Das russische kapitalistische Haus in Ordnung zu bringen wird zuerst und vor allem bedeuten, den Arbeitern beizubringen, daß die kapitalistische Ausbeutung mit den Zwillingsdrohungen Aushungern und Unterdrücken funktioniert. Da Jelzin — oder sein Nachfolger — etwas unternimmt, um auf die Arbeiterklasse und auf nationale Minderheiten mit der Knute einzuschlagen, geht es in der nächsten Periode genau um eine Reihe von defensiven Kämpfen gegen Massenentlassungen sowie gegen Angriffe auf Frauenrechte und weitere bonapartistische Maßnahmen. Aus diesen Kämpfen wird eine neue Schicht revolutionärer Kämpfer hervorgehen, proletarische Internationalisten, die den Kern einer bolschewistischen Partei, die den Namen verdient, darstellen werden.

Die Aufgabe, vor der echte Kommunisten in Rußland stehen, besteht darin, einen hartnäckigen Propagandakampf zu führen, um Jahrzehnte stalinistischen Gifts zu überwinden, das die sowjetische Arbeiterklasse atomisierte und lahmte, während es ihre revolutionären Traditionen ausrottete und selbst das elementarste Klassenbewußtsein untergrub. Die russische revolutionäre Arbeiterbewegung — aus der die Bolschewistische Partei von Lenin und Trotzki herauskristallisiert wurde — wurde durch Jahre von geduldiger marxistischer Schulung, illegaler Organisierung und militanter Massenkämpfe gestählt; dabei ging es nicht nur um die unmittelbaren ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch gegen alle Erscheinungsformen der zaristischen Selbstherrschaft und Pogrompolitik. Nicht umsonst bestand Lenin darauf, daß die proletarische Partei als ein „Volkstribun" dienen muß. Nur auf der Basis von gründlichem proletarischen Internationalismus konnten die Arbeiter des zaristischen Rußlands und ihre leninistische Avantgarde danach streben, eine sozialistische Revolution in einem der rückständigsten Länder Europas in die Tat umzusetzen und mehr als hundert unterschiedliche Nationalitäten im gemeinsamen Klassenkampf zusammenzubringen.

Wie wir in „Wie der sowjetische Arbciterstaat erwürgt wurde" *(Spartakist* Nr. 100, Januar 1993) schrieben:

> „Was vor allem gebraucht wird, ist eine revolutionäre Führung, die in der Lage ist, die Spaltungen zu überwinden, die durch Chauvinismus und Nationalismus hervorgerufen werden, die Jahrzehnte von falschem Bewußtsein abzutragen, das vom Stah'nismus gefördert wurde, und die Kämpfe in der Ex-UdSSR mit denen des Weltproletariats zu verbinden."

Die Internationale Kommunistische Liga kämpft dafür, eine sowjetische Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale aufzubauen. Für eine sozialistische Revolution, die Jelzins blutiges Hungerregime wegfegen wird!

Nach Workers Vanguard *Nr. 585, 8. Oktober*

Veranstaltungen der Spartakist-Arbeiterpartei

Für die Wiederschmiedung einer bolschewistischen Partei!

Jelzins blutiger Putsch dient den Imperialisten

Berlin
Donnerstag, 14. Oktober, 18.30 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
13357 Berlin
(U-Bahn Nauener Platz)

Leipzig
Donnerstag, 21. Oktober, 19.00 Uhr
Haus der Volkssolidarität
Gottschedstraße 33
04109 Leipzig

Hamburg
Sonnabend, 6. November, 16.00 Uhr
Haus für Alle
Amandastraße 58
20357 Hamburg

Was hinter dem Krieg auf dem Balkan steckt: Imperialistische Scheinheiligkeit, kapitalistische Konterrevolution



Der Spiegel

Kommunalistischer Krieg im ehemaligen Jugoslawien hat Zehntausende umgebracht und Millionen vertrieben

„Ethnische Säuberungen" und nationalistische Kriege

Teil eins dieses Artikels erschien im Spartakist *Nr. 106, September 1993. Teil zwei wurde aus* Workers Vanguard *Mr. 581, 30. Juli, übersetzt und leicht gekürzt.*

Teil zwei von zwei

Die schrecklichen kommunalistischen Massaker und Zwangsvertreibungen, die jetzt als „ethnische Säuberungen" bezeichnet werden, gibt es beileibe nicht nur auf dem Balkan, sondern sie geschehen bei imperialistischen und nationalistischen Kriegen immer wieder in Gebieten, deren Bevölkerung sich aus verschiedenen nationalen oder ethnischen Gruppen zusammensetzt. Die deutschen Nazis haben über ihre „Endlösung" zur Vernichtung des gesamten jüdischen Volkes und ihren Völkermord an den Roma und Sinti hinaus auch noch versucht, den slawischen Gebieten Osteuropas „Lebensraum" für ein Großdeutschland zu entreißen. Dies wurde in riesigem Ausmaß von den „Einsatzgruppen"-Todeskommandos durchgeführt. Ihre Terrortechniken sind von rechtsgerichteten Diktaturen auf der ganzen Welt kopiert worden (Pinochets Geheimpolizei DINA z. B. wurde von dem ehemaligen SS-Schergen beraten, der die fahrbaren Gaskammern entwickelte). Und eine auffällige Anwendung von „ethnischen Säuberungen" seit dem Zweiten Weltkrieg ist der andauernde Krieg der israelischen Zionisten, die ihren eigenen „Lebensraum" gegen das arabische palästinensische Volk durchsetzen wollen.

Im Krieg von 1948 war das einzelne Ereignis, das die arabische palästinensische Bevölkerung am meisten in Schrekken versetzte, das Massaker in Deir Yassin an 254 zum größten Teil unbewaffneten Dorfbewohnern, darunter viele Frauen, ältere Menschen und Kinder. Die Leichen wurden verstümmelt, und die 150 Überlebenden wurden in offenen LKWs durch das nahegelegene Jerusalem gekarrt, damit man sie bespucken konnte. Die „offizielle" zionistische Version ist, daß diese berüchtigte Greueltat einzig und allein von der terroristischen Irgun begangen wurde. In Wirklichkeit hat der kommandierende Haganah-Offizier (von den „Labour"-Zionisten dominierte jüdische Streitkräfte) von Jerusalem die Operation voll gedeckt, Waffen und Munition an die Irgun geliefert, und die Palmach-Kommandos der Haganah sorgten für Artillerie-Unterstützung bei dem Überfall. Und Deir Yassin war durchaus kein Einzelfall. In einem Fall, am 1. Mai 1948, griffen die Zionisten das Dorf 'Ein äz Zeitun an, trieben rund 70 arabische Einwohner zusammen und führten sie zu einer Schlucht in der Nähe, wo sie auf Befehl des Palmach-Kommandeurs umgebracht wurden.

In einem Artikel, den Israel Shahak, der mutige Verteidiger der Rechte der Palästinenser (und Überlebender des Nazi-Todeslagers Bergen-Belsen), übersetzte und verbreitete, berichtet Guy Erlich über die Vertreibung der arabischen Bevölkerung aus den Dörfern Ramie und Lydda bei Jerusalem: Nach Dokumenten der israelischen Armee-Archive gab der Palmach-Kommandeur den Befehl, eine Gruppe von arabischen Kämpfern in einer kleinen Moschee

in Lydda in die Luft zu jagen. „Eine Gruppe von 20 bis 50 Einwohnern wurde dann hineingebracht, um die Moschee sauberzumachen und die Überreste der Toten zu begraben. Als sie damit fertig waren, wurden auch sie erschossen und in die Gräber geworfen, die sie selbst gegraben hatten."

Auf direkten Befehl des israelischen „Labour"-Ministerpräsidenten David Ben-Gurion wurde die gesamte Bevölkerung beider Orte in einem Gewaltmarsch in die Wüste vertrieben. Schätzungen über die Zahl der betroffenen Flüchtlinge'reichen von 75000 bis 100000 (die normale Bevölkerung der Städte war durch Flüchtlinge stark angestiegen). Die verzweifelten Flüchtlinge wurden ihrer Habseligkeiten beraubt und wurden ohne Nahrungsmittel und Wasser vom israelischen Granatwerferfeuer in die Wüste getrieben. Ungezählte Hunderte starben an Erschöpfung, Wassermangel und Krankheiten, als sie sich tagelang in der heißen Julisonne dahinschleppten. Ein israelischer Soldat schilderte die schrecklichen Spuren, die die Flüchtlingskolonne hinter sich ließ: „Am Anfang waren es Utensilien und Möbelstücke und am Ende die Leichen von Männern, Frauen und Kindern, die man am Wege liegen sah."

Marxismus und auf gleichem Gebiet lebende Völker

Diese unglaublichen Greueltaten waren untrennbar verbunden mit der Konsolidierung der hebräischsprachigen Bevölkerung in Palästina zu einer Nation, Für einen Großteil der Linken hinterließen diese Verbrechen gegen das arabische palästinensische Volk ein Kainsmal bei der hebräischsprachigen Nation, der das historische Existenzrecht abgesprochen wurde. Aber Marxisten akzeptieren nicht den nationalistischen Rahmen der „Kollektivschuld", wonach spätere Generationen für die Verbrechen ihrer Vorfahren bestraft werden sollen. Während wir für die Sache der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker eintreten, ist unsere Antwort auf nationale Unterjochung nicht die Umkehrung der Bedingungen der Unterdrückung. Als Internationalisten sind wir die politischen Gegner aller Varianten von Nationalismus und kämpfen dafür, durch Arbeiterrevolution alle Formen von nationaler und anderer sozialer Unterdrückung auszumerzen.

Worum es in Palästina geht, sind *miteinander in Konflikt stehende nationale Rechte von zwei Völkern, die das gleiche Gebiet bewohnen.* Mitte der 70er Jahre führte die Spartacist League [SL/U.S., amerikanische Sektion der IKL] über die nationale Frage bei Völkern, die auf dem gleichen Gebiet leben, eine Diskussion durch, die durch eine Neueinschätzung unserer Position zum Krieg von 1948 in Palästina ausgelöst wurde. Damals hatte ein ganzes Spektrum von Neulinken, Stalinisten und Pseudotrotzkisten die Sache einer mythischen, klassenlosen „arabischen Revolution" auf ihre Fahnen geschrieben und die Feindschaft gegen Israel all der arabischen Herrscher, die bei der Entrechtung der Palästinenser gemeinsame Sache mit den Zionisten gemacht hatten, als Antiimperialismus hingestellt. Doch wie wir in unserer Artikelreihe „Birth of the Zionist State" [Geburt des zionistischen Staates] (*Workers Vanguard* Nr. 33 und 45, 23. November 1973 und 24. Mai 1974) feststellten:

> „Marxisten geben nicht vor, hoch oben bei den Göttern zu sitzen und majestätisch die guten, aber unterdrückten Völker mit dem Recht auf Selbstbestimmung zu belohnen und die schlechten Unterdrückervölker in alle vier Himmelsrichtungen zu zerstreuen."

Unsere grundlegende Methodik in bezug auf die nationale Frage ging aus dieser ganzen Diskussion unverändert hervor: Als Leninisten treten wir gleichermaßen für die nationalen Rechte aller Völker ein, in diesem Fall sowohl des arabischen palästinensischen als auch des hebräischsprachigen Volkes, während wir das palästinensische Volk gegen den Terror des zionistischen Staates verteidigen. Auf dieser Basis wären wir 1948 für die militärische Unterstützung einer unabhängigen palästinensischen Kraft, wenn es sie gegeben hätte, gegen den zionistischen Staat und die Armeen der Arabischen Liga gewesen, die *beide* die nationale Existenz der palästinensischen Araber unterdrücken wollten. Genauso wären Marxisten für die revolutionäre Verteidigung des hebräischsprachigen Volkes eingetreten, falls die arabischen bürgerlichen Regime mit dem Ziel, den Anschluß zu erreichen, angegriffen hätten, was das Überleben der jüdischen Bevölkerung in Palästina bedroht hätte.

Vor dieser Diskussion hatte die Spartacist League die Position gehabt, daß die Intervention der Arabischen Liga im Mai 1948 das Überleben des hebräischen Volkes und sein Recht auf Selbstbestimmung bedroht hätte. Während wir gegen die Teilung waren und für die Rückkehr der

Fortgesetzt auf Seite 14



Jaffa-Vorort Manshiyeh, nachdem Bombardierung und Angriff der Zionisten im April 1948 die 70 000 arabischen Einwohner der Stadt vertrieben hatten

Institute for Palestine Studies



Damals die Ustascha, heute Tudjman - das deutsche Reich als Pate für „ethnische Säuberungen" immer dabei

„Ethnische Säuberungen"...

Fortsetzung von Seite 13

vertriebenen Palästinenser kämpften, unterstützten wir den Aufruf zum Sieg der Haganah über die Arabische Legion. Eine Neueinschätzung der Ereignisse von 1948 zeigte jedoch klar, daß die arabischen Armeen zu keinem Zeitpunkt die Existenz der hebräischen Nation gefährdeten. Unsere Schlußfolgerung fand ihren Ausdruck im folgenden Antrag, der vom Zentralkomitee der SL/U.S. am 16. März 1974 angenommen wurde:

„Die korrekte trotzkistische Politik gegenüber dem Palästina-Krieg von 1948 war eine Politik des revolutionären Defätismus (und die Ausübung von *Selbstverteidigung* durch bestimmte Ortschaften und Siedlungen, wenn sie angegriffen wurden), denn:

1. Daß die demokratische Frage der Selbstbestimmung jeder der beiden Nationalitäten oder Völker, die auf dem gleichen geographischen Gebiet leben, eine gerechte Lösung findet, ist nur vorstellbar im Rahmen des Proletariats an der Macht;

2. Konkret 1948 — die von den Zionisten geführten Juden besaßen die soziale/militärische Organisation, um ihren eigenen Nationalstaat zu erreichen und auszuweiten. Die palästinensischen Araber waren desorganisiert, ineffektiv und wurden von allen Seiten verraten. Mit der Ausnahme der Schlacht um Jerusalem bestanden die transjordanischen (und von den Briten angeregten und unterstützten) Kriegsziele darin, mit den Juden um die Aufteilung der Gebiete der palästinensischen Araber in Konkurrenz zu treten. Die Rolle der anderen ausländischen arabischen Armeen war im wesentlichen eine Pose, sie wollten die Unzufriedenheit innerhalb ihrer eigenen Staaten ablenken." (Zitiert in *Workers Vanguard* Nr. 45, 24. Mai 1974)

Diese Diskussion über die nationale Frage in einer Situation, wo die palästinensischen Araber und das hebräischsprachige Volk ihren eigenen Staat jeweils nur auf Kosten der anderen Nation errichten konnten, führte zu weiterreichenden Schlußfolgerungen allgemein für Völker, die auf dem gleichen Gebiet leben:

„Wenn nationale Bevölkerungen auf dem gleichen geographischen Gebiet leben, so wie in Palästina, dann kann ein unabhängiger Nationalstaat nur durch ihre gewaltsame Trennung (Zwangsvertreibung usw.) geschaffen werden. Daher wird das demokratische Recht auf Selbstbestimmung abstrakt, denn es kann nur von der stärkeren nationalen Gruppierung ausgeübt werden, die die schwächere vertreibt oder zerstört.

In solchen Fällen liegt die einzige Möglichkeit für eine demokratische Lösung in einer sozialen Umwälzung."

Im Kapitalismus steht notwendigerweise eine Nation gegen die andere im Konkurrenzkampf um Märkte und knappe Ressourcen, selbst um die grundlegendsten Dinge — wie die Aufteilung des Wassers des Jordans (oder des Euphrats) oder die Verteilung des Ölreichtums. Solche Konflikte können auf gerechte Weise nur in einer international geplanten Wirtschaft gelöst werden. Nur unter proletarischer Herrschaft, in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens, ist es möglich, den berechtigten nationalen Rechten aller Völker der Region Geltung zu verschaffen. Die sozialistische Revolution wird einen scharfen Bruch mit dem vorherrschenden nationalistischen Bewußtsein erfordern, in Richtung auf die Bildung eines binationalen hebräisch-arabischen Arbeiterstaates, doch eine sozialistische Föderation könnte auch eigenständige Nationalstaaten enthalten.

Wir stellten damals fest, daß solche Überlegungen auch für andere Situationen gelten, wo es einen bunten Teppich kommunaler/ethnischer Gruppen gibt, was heute in Jugoslawien von besonderer Bedeutung ist:

„Zum Beispiel führte der Zerfall des alten multinationalen türkischen Reiches zu einer Periode von verschärften mörderischen nationalen Konflikten auf dem Balkan. Die Jahrhunderte von nationalen Haßausbrüchen und Massakern zum Beispiel zwischen dem serbischen und dem kroatischen Volk übertrafen die Geschichte der nationalen Auseinandersetzungen zwischen den Hebräern und Arabern im Nahen Osten. Die einzige Grundlage für die Einheit der Serben und Kroaten (und der anderen Völker) in Jugoslawien war der Triumph der Partisanen-Armeen, gegen alle Nationalisten, nach dem Zweiten Weltkrieg in einem Kampf, der die Fesseln des Kapitalismus zerbrach und dessen Resultat die Schaffung eines deformierten Arbeiterstaates in Jugoslawien war." (*Workers Vanguard* Nr. 45, 24. Mai 1974)



Editions Planeta

Jugoslawische Partisanen durchbrachen bei ihrem Kampf gegen die Nazis die nationalen Gegensätze

Aber mit seiner stalinistisch-nationalistischen Politik konnte das Tito-Regime keine wirkliche Gleichheit zwischen den jugoslawischen Völkern verwirklichen und auch nicht über die engen Grenzen Jugoslawiens hinausgehen, um für eine sozialistische Föderation des Balkans zu kämpfen, denn das hätte die sozialistische Revolution im kapitalistischen Europa und eine proletarisch-politische Revolution im ganzen Sowjetblock auf die Tagesordnung gesetzt. Das gegenwärtige Gemetzel in Jugoslawien zeigt, wie schnell diese unvollständige Lösung der nationalen Frage rückgängig gemacht werden konnte mit der Wiederkehr der kapitalistischen Herrschaft.

Im explosivsten und am längsten dauernden nationalen Konflikt in Westeuropa stehen sich in Nordirland (Ulster) irische Katholiken und von Schotten und Engländern abstammende Protestanten, die vor Jahrhunderten in Irland als ein Knüppel gegen die Katholiken angesiedelt wurden, gegenüber. Die Aufteilung von 1921 durch den britischen Imperialismus führte zur Gründung der katholisch dominierten Irischen Republik im Süden, während Ulster mit einer protestantischen Mehrheit unter britischer Herrschaft blieb, und schuf damit eine Situation, wo die Ausübung der vollständigen Selbstbestimmung durch eine der beiden Bevölkerungsgruppen im Norden notwendigerweise die Unterdrückung für die andere bedeutet. Ein unabhängiges kapitalistisches Ulster würde unweigerlich die Unterdrükkung der irisch-katholischen Minderheit aufrechterhalten; auf der anderen Seite ist eine Zwangsvereinigung der ganzen Insel (im Namen von „irischer Selbstbestimmung") ein Aufruf zur Unterdrückung der Protestanten in einer von Katholiken dominierten reaktionären klerikalistischen Irischen Republik.

In unseren „Thesen über Irland" (*Spartacist* [deutsche Ausgabe] Nr. 6, Juni 1978) forderten wir den sofortigen und bedingungslosen Rückzug der britischen Armee aus dem Norden und erklärten zugleich, daß die einzige gerechte Lösung für die widersprüchlichen Ansprüche dieser auf dem gleichen Gebiet lebenden Bevölkerungsgruppen darin besteht, eine irische Arbeiterrepublik als Teil einer sozialistischen Föderation der britischen Inseln zu errichten. Diese „Thesen" stellen fest, daß es in der Geschichte der irischen Arbeiterbewegung Beispiele für wichtige Solidaritätsaktionen der Arbeiter gegeben hat, was zeitweise die sektiererischen Spaltungen überwunden hat, und kommen zu dem Schluß:

> „Die Beispiele von Klassensolidarität sind kein Beweis für einen tiefsitzenden Zug zur Klasseneinheit; sie widerlegen nicht, daß die Situation durch sektiererischen Haß vergiftet ist. Sie weisen jedoch auf die Interventionsmöglichkeiten hin, die für eine revolutionäre Organisation, mag sie bis dahin vielleicht auch isoliert, schwach und klein sein, aufbrechen können, um den Verlauf des Konflikts auf eine Entscheidung zugunsten des Proletariats und auf die proletarische Revolution zuzuspitzen."

Beispiele für bedeutsame Solidarität der Arbeiterklasse über die sektiererische Spaltung hinweg sind unter anderem der Streik der Belfaster Arbeiter im Maschinenbau 1919 und die Massenbewegung von Arbeitslosen in den 30er Jahren.

Die Formierung multinationaler Staaten in Osteuropa

Wenn man auch in den entwickelten kapitalistischen (imperialistischen) Ländern Beispiele für Völker finden kann, die auf dem gleichen Gebiet zusammenleben, wie im Fall Irland, ist dies doch relativ selten. Hauptsächlich trifft man auf dieses Phänomen in Ländern mit mittlerer wirtschaftlicher Entwicklung, besonders in Osteuropa und dem östlichen Mittelmeerraum, und zwar aus konkreten histori-



ND/Burkhard Lange

März 1991: Einheitsfrontdemo, initiiert vom Komitee für soziale Verteidigung während des imperialistischen Kriegs gegen Irak, fordert: „Kein Maulkorberlaß gegen Menschen aus dem Nahen Osten". Plakate auf Arabisch und Hebräisch lauten u.a. „Für proletarische Revolution gegen Scheichs, Obristen und zionistische Schlächter!"

schen Gründen. In den Nationalstaaten Westeuropas wurde die Herausbildung einer national relativ homogenen Bevölkerung (ein Faktor, der die Ausweitung des Warenaustauschs begünstigt) in den zurückliegenden Jahrhunderten erreicht und war eng verknüpft mit der Entwicklung nationaler Märkte und dem Aufstieg der Bourgeoisie. Andere Bevölkerungsgruppen wurden in die vorherrschende nationale Kultur assimiliert, zum Teil durch Zwang — manchmal recht brutal —, aber größtenteils durch wirtschaftliche Faktoren infolge der Entwicklung von Handel und Produktion.

In der gegenwärtigen imperialistischen Epoche jedoch, wo der Kapitalismus sich nicht mehr in seiner progressiven Phase befindet, sondern in seinem Zerfall — zwei Weltkriege in diesem Jahrhundert symbolisieren die massive Zerstörung der Produktivkräfte —, stößt jeder Versuch, in den kolonialen und ex-kolonialen Ländern eine „Nation aufzubauen", unvermeidlich auf Barrieren, die eine dauerhafte eigenständige wirtschaftliche Entwicklung verhindern. Man muß sich nur die nachkoloniale wirtschaftliche Rückentwicklung Afrikas anschauen (was Apologeten einer von den USA dominierten „Neuen Weltordnung" dazu benutzen, die Wiedereinführung des Kolonialismus unter dem Deckmantel von UN-„Treuhänderschaft" zu rechtfertigen) und das „verlorene Jahrzehnt" in Lateinamerika infolge der von den Banken inszenierten „Schuldenkrise", was den Lebensstandard der Massen um 50 Prozent oder mehr herabgedrückt hat. Dadurch, daß der wirtschaftliche Kuchen drastisch schrumpft, führen Versuche, eine Nation zusammenzufügen, zur Auslöschung nationaler Minderheiten, oftmals unter dem Vorwand, Minderheiten, die unter kolonialem „Teilen und Herrschen" von den Imperialisten bevorzugt wurden (z.B. die Tamilen in Sri Lanka), zu „bestrafen".

Die Entwicklung der klassischen Nationalstaaten in Westeuropa im 17. und 18. Jahrhundert (und anderswo im 19. Jahrhundert) war das Sprungbrett für die industrielle Revolution und die Herausbildung der großen imperialistischen Weltmächte. Aber die Konsolidierung des französischen Nationalstaats vollzog sich auch über mehr als fünf

Fortgesetzt auf Seite 16

„Ethnische Säuberungen"...

Fortsetzung von Seite 15

Jahrhunderte fast ununterbrochener Kriege, vom Kreuzzug gegen die Albigenser im 13. Jahrhundert über den Hundertjährigen Krieg im 14. und 15. Jahrhundert bis zu den Religionskriegen im 16. Jahrhundert und der Fronde im 17. Jahrhundert. Es begann mit der berühmten Order des französischen Befehlshabers im frühen 13. Jahrhundert, als er den Angriff auf die im Süden gelegene Region Languedoc befahl — „Tötet sie alle! Gott wird sich der Seinen annehmen" —, und wurde weitergeführt mit der Vertreibung der Juden 1394 und der Vertreibung der Hugenotten (Protestanten) 1685.

Die Zentralisation der Staatsmacht in der absolutistischen Monarchie, verkörpert durch den „Sonnenkönig" Ludwig XIV., spiegelte den Aufstieg der Bourgeoisie wider und diente als machtvolles Instrument für die nationale Konsolidierung. Aber es blieb der Bourgeoisie mit der großen Französischen Revolution vorbehalten, die endgültige Konsolidierung der französischen Nation durchzuführen. Es ist ein Ausdruck für das Gewicht des feudalen Provinzialismus, daß 1789 in Frankreich die Bauern im allgemeinen lieber lokale Dialekte sprachen; Provenzalisch wurde weithin im Süden gesprochen, und in den Grenzregionen waren Baskisch, Katalanisch, Bretonisch, Flämisch, Deutsch und Italienisch weit verbreitet. Die revolutionäre Bourgeoisie stampfte rücksichtslos über nationale Besonderheiten hinweg, führte in den Schulen und in der Verwaltung zwangsweise Französisch ein, bretonischen Eltern war es sogar verboten, ihren Kindern keltische Namen zu geben. Mit der Ausbreitung der allgemeinen Schulbildung, des allgemeinen Wehrdienstes und des verbesserten Kommunikationswesens wurde im Verlauf des 19. Jahrhunderts eine kulturell homogene französische Nation konsolidiert.

In Osteuropa vollzog sich die Entwicklung der ersten zentralisierten Staaten ganz anders als im Westen und hinterließ eine ganze Reihe von ungefestigten nationalen Gruppierungen und Völkern, die auf einem Gebiet jeweils eng zusammenlebten. Während die Konsolidierung von bürgerlichen Nationalstaaten im Westen begleitet war von der zwangsweisen Assimilierung der unterschiedlichsten aus dem Feudalismus herkommenden Gruppierungen, entstanden im Osten multinationale Staaten, in denen eine vorherrschende nationale Gruppe — die Deutschen im Habsburger (österreichisch-ungarischen) Reich, die Großrussen im zaristischen Reich — jeweils über eine Vielzahl von Nationalitäten herrschte. Die bolschewistische Revolution zeigte den Weg aus diesem Dilemma, indem sie die ungelösten Aufgaben der bürgerlichen Revolution — einschließlich der nationalen Emanzipation — mit den Aufgaben der sozialistischen Revolution verband und damit Trotzkis Theorie und Programm der permanenten Revolution bestätigte. Anderswo in Osteuropa (und jetzt, nach der Zerstörung des sowjetischen Arbeiterstaats, in der ganzen ehemaligen UdSSR) führte der Flickenteppich aus unterschiedlichsten Völkern zu kommunalistischen Konflikten und revanchistischen Feldzügen zwischen miteinander konkurrierenden Nationalitäten.

Im Westen entwickelten sich absolute Monarchien als Vorboten der bürgerlichen Revolutionen, sie waren ein Ausdruck der *Schwächung* der feudalen Ordnung durch das Wachstum einer städtischen handeltreibenden Klasse; in Osteuropa führte das Ansteigen des Absolutismus zu einer *Konsolidierung* des bis dahin nur wenig entwickelten feudalen Systems (die „zweite Leibeigenschaft"). Die zentralisierten absolutistischen Staaten, die sich im 17. Jahrhundert im Osten herausbildeten — Preußen, Rußland und Österreich — waren stark militarisierte, gnadenlos repressive Gewaltapparate einer sich auf Großgrundbesitz stützenden Aristokratie, deren Ziel es war, eine gefestigte Feudalordnung durchzusetzen, um der Bauernschaft ein Mehrprodukt abzupressen. Die Konsolidierung dieser befestigten absolutistischen Staaten tendierte angesichts des Fehlens einer dynamischen städtischen Bourgeoisie zur Erstarrung der sozialen Entwicklung, und überlappende und auf einem Gebiet zusammenlebende unterschiedliche ethnische Bevölkerungsgruppen, die im Westen schon lange homogenisiert worden waren, blieben erhalten.

Osteuropa war ein Durcheinander der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen, und eine Menge Völker waren überall verteilt — jüdische Dörfer in Rußland, verstreut inmitten von Polen, Ukrainern, Belorussen und Großrussen; die Slowaken, Ruthenen (Ukrainer), Ungarn, Moldawier (Rumänen) in der transkarpatischen Region; deutsche adlige Großgrundbesitzer im Baltikum; sächsische Siedler zur Befestigung der habsburgischen Ostgrenze in Transsylvanien usw. —, aber noch stärker ausgeprägt war dies auf dem Balkan, schon seit dem 14. Jahrhundert durch das Osmanische Reich besetzt, was ihm eine Position als das gesellschaftlich rückständigste Gebiet in Europa einbrachte.

Das Osmanische Reich war ein Beispiel für das, was Marx als „orientalischen Despotismus" bezeichnete, mit einer bürokratischen Staatsmaschinerie, deren „wirtschaftliches Fundament ... das praktisch vollkommene Fehlen von Privateigentum an Grund und Boden war", der als Eigentum des Sultans betrachtet wurde (Perry Anderson, *Lineages of the Absolutist State* [Die Ursprünge des absolutistischen Staates], 1974). Klassenstrukturen waren unterentwickelt, die Städte waren Zentren für die Staatsverwaltung und warfen nicht genug Gewinne ab für die Entwicklung einer tatkräftigen Bourgeoisie. Unter den Osmanen ging die gesellschaftliche Entwicklung auf dem Balkan zurück zu primitiven lokalen Institutionen — das Dorf, der Stamm und die Zadruga (ausgedehnte kommunale Familie) —, von deren provinziellen Sitten und Klan-Loyalitäten noch viel erhalten geblieben ist.

Die verschiedenen Balkanvölker wurden auch durch den jahrhundertelangen Konflikt zwischen dem Osmanischen und dem Habsburger Reich durcheinandergewirbelt, was zum Beispiel die Serben nicht nur zur größten nationalen Gruppe des ehemaligen Jugoslawiens machte, sondern auch zur am meisten verstreuten. Gruppen von Serben wurden immer wieder nach Norden abgedrängt durch den Vormarsch der Osmanen, die im frühen 16. Jahrhundert bis vor

KONTAKTADRESSEN

Berlin SpAD, Postfach 51 0655, 13366 Berlin
Telefon: (030)4927866

Duisburg T. Endruweit, Postlagernd
47051 Duisburg
Telefon: (02 03) 6 58 92 (abends)

Halle SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle
Telefon: (0345)29055

Hamburg SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (040)323644

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)

die Tore Wiens vordrangen. Als Teil ihrer militärischen Verteidigung etablierten sowohl Osmanen als auch Habsburger serbische Kolonien in einem breiten Bogen entlang der Grenzlinie zwischen ihren beiden Imperien. Das vorwiegend serbische Gebiet des heutigen Kroatien, die Krajina, ist zum Teil das Resultat davon, daß Habsburg serbische Siedlungen entlang der „Militärgrenze" ermutigte.

Von der schrittweisen Entwicklung bürgerlicher Beziehungen zu unabhängigem Leben erweckt, konnten die unterjochten Nationen in Osteuropa keine eigenen Nationalstaaten bilden, ohne den Widerstand der herrschenden Schichten der vorherrschenden Nationen hervorzurufen, die die Kontrolle über die jeweiligen Imperien hatten. Sie antworteten (wie es Irland im Westen tat) mit Kämpfen für ihre nationale Unabhängigkeit, wie sie Osteuropa 1848 im revolutionären „Frühling der Nationen" überschwemmten.

Marx und die „Völkertrümmer"

Die marxistische Haltung zur nationalen Ffage im allgemeinen und zu den auf gleichem Gebiet zusammenlebenden Völkern im besonderen unterscheidet sich heute, in der Epoche des Imperialismus, wesentlich von dem, was sie in der früheren Periode der kapitalistischen Entwicklung gewesen ist. In der Mitte des 19. Jahrhunderts beurteilten Marx und Engels die Bestrebungen osteuropäischer Nationalitäten nach nationaler Unabhängigkeit entsprechend deren Möglichkeiten, moderne unabhängige Nationalstaaten zu konsolidieren, die eine wirtschaftliche Entwicklung begünstigen. Sie stellten sich vor, daß Zentral- und Osteuropa in drei große Staaten aufgeteilt würde — Großpolen, Großdeutschland und Großungarn. Die westlichen und südlichen Slawen, von denen sie meinten, sie seien zu wenig, zu verstreut und zu rückständig, würden sich, so erwarteten sie, in diese größeren nationalen Einheiten assimilieren. Engels schrieb:

> „Daß die Karte von Europa definitiv festgestellt sei, wird kein Mensch behaupten. Alle Veränderungen, sofern sie Dauer haben, müssen aber im ganzen und großen darauf hinausgehn, den großen und lebensfähigen europäischen Nationen mehr und mehr ihre *wirklichen* natürlichen Grenzen zu geben, die durch Sprache und Sympathien bestimmt werden, während gleichzeitig die Völkertrümmer, die sich hier und da noch finden und die einer nationalen Existenz nicht mehr fähig sind, den größeren Nationen einverleibt bleiben und entweder in ihnen aufgehen oder sich nur als ethnographische Denkmäler ohne politische Bedeutung erhalten." (Friedrich Engels, *Po und Rhein,* April 1859)

In der Revolution von 1848 unterschieden Marx und Engels zwischen „revolutionär-demokratischen" und „reaktionären" Nationen auf der Basis, ob ihr nationaler Kampf einen Beitrag für die europäische Revolution liefert oder sie behindert. Und die Südslawen gehörten klar zur zweiten Kategorie. Für Marx und Engels war die nationale Frage in Osteuropa der bürgerlieh-demokratischen Revolution in Deutschland untergeordnet. Diese beinhaltete auch die Aufgabe der deutschen nationalen Vereinigung, was eine radikale Neufestsetzung der Grenzen in ganz Osteuropa implizierte und einen unvermeidlichen Krieg mit Rußland, der Hauptbastion der Reaktion in Europa.

Marx und Engels waren unerschütterliche Verfechter eines unabhängigen Polens, denn die Teilung Polens war der Zement, der die Heilige Allianz von Preußen, Österreich und Rußland zusammenhielt. Aber sie bemerkten, daß die südslawischen „Völkertrümmer", weil sie dazu ver-, dämmt waren zu verschwinden, in der 1848er Revolution notwendigerweise eine reaktionäre Rolle spielten. Die Kroaten, die fürchteten, daß in einem unabhängigen Ungarn die kroatische Minderheit von den vorherrschenden



Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

Aufstand in Wien 1848 drohte der Habsburg-Dynastie mit Umsturz. Die vom Zar unterstützte Konterrevolution in Österreich-Ungarn hielt reaktionäre Monarchien in Osteuropa aufrecht

Magyaren national unterdrückt werden würde, wollten das Kaiserreich Österreich-Ungarn *erhalten* und halfen der zaristischen Armee bei der Niederschlagung der ungarischen Revolution. Es gab eine Zeit, in den frühen 1850er Jahren, wo Marx und Engels die Möglichkeit offenließen, ob die Südslawen sich gegen ihre osmanischen Unterdrücker zusammenschließen würden. Aber 1882 bemerkte Engels enttäuscht, „daß die kleinen slawischen Völker im Zar ihren einzigen Befreier sehn" (Brief an Bernstein, Februar 1882).

Aber mit dem Aufkommen der imperialistischen Epoche veränderten sich die grundlegenden Ausgangsbedingungen, was Marx und Engels zu erkennen begannen, als sie ihre Position abänderten und ab den 1870er Jahren für die irische Unabhängigkeit eintraten. Der (Londoner) Kongreß der Zweiten Internationale 1896 nahm eine Resolution an, die festhielt: „Dieser Kongreß erklärt, daß er für das volle Recht aller Nationen auf Selbstbestimmung einsteht..." Angesichts der Zerstückelung der unterschiedlichen Nationen und Nationalitäten Südosteuropas und angesichts der konkurrierenden Interessen des Habsburger, des zaristischen und des Osmanischen Reiches brachte die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in der Region in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts die Forderung nach einer *Balkanföderation* hervor, gerichtet gegen alle konkurrierenden imperialistischen Mächte. Im Januar 1910 trafen sich die sozialdemokratischen Parteien und Gruppen Südosteuropas in Belgrad und formulierten ein gemeinsames Programm:

> „Für unsere Befreiung von Partikularismus und Engstirnigkeit; für die Abschaffung von Grenzen, die Völker trennen, die teilweise identische Sprachen und Kultur haben, teilweise ökonomisch miteinander verbunden sind; letztendlich für die Zerschlagung der Formen fremder Vorherrschaft, sowohl direkte als auch indirekte, die das Volk seines Rechts berauben, sein Schicksal selbst zu bestimmen/[4]

Fortgesetzt auf Seite 18



Harvard College Library

Baku-Kongreß 1920 wurde von der Kommunistischen internationale organisiert, um revolutionären Kampf unter den Völkern des Ostens zu verbreiten

„Ethnische Säuberungen"...

Fortsetzung von Seite 17

Im Juli jenes Jahres trafen sich die slawischen sozialdemokratischen Parteien in Sofia auf Einladung der Bulgarischen Arbeiterpartei, um ein positives Programm auszuarbeiten. Leo Trotzki kommentierte dazu:

> „Der einzige Ausweg aus dem nationalen und staatlichen Chaos und aus der blutigen Konfusion des Lebens auf dem Balkan liegt in einer Union aller Völker der Halbinsel in einer einzigen wirtschaftlichen und politischen Einheit, auf der Basis der nationalen Autonomie der Teile, die diese Einheit bilden...
>
> Staatliche Einheit auf der Balkan-Halbinsel kann auf zwei Wegen erreicht werden: entweder von oben, durch die Ausdehnung des Balkan-Staates, der sich als stärkster erweist, auf Kosten der schwächeren - dies ist der Weg von Ausrottungskriegen und der Unterdrückung der schwächeren Nationen, ein Weg, der Monarchismus und Militarismus konsolidiert; oder von unten, dadurch, daß die Völker selbst zusammenkommen - dies ist der Weg der Revolution, der Weg, der den Sturz der Balkan-Dynastien bedeutet und das Hissen des Banners einer föderativen Republik des Balkans." *(The Balkan Question and Social Democracy* [Die Balkanfrage und die Sozialdemokratie], August 1910)

Als Kriegskorrespondent während der Balkankriege, die zum Ersten Weltkrieg führten, wies Trotzki auf die schrecklichen kommunalistischen Massaker und die Zwangsvertreibungen hin, als die osmanischen Türken vom Balkan vertrieben wurden und dann die verschiedenen Nationalitäten auf dem Balkan sich gegenseitig an die Gurgel gingen. In einem Artikel vom März 1913 warnte er prophetisch: „Das europäische Gleichgewicht der Kräfte, das schon bisher hochgradig unstabil gewesen ist, ist jetzt vollständig erschüttert. Es ist schwer vorherzusehen, ob diejenigen, die Europas Schicksal in der Hand haben, sich diesmal dazu entschließen, aufs Ganze zu gehen und einen europaweiten Krieg anzufangen. Ein Ergebnis der Bemühungen der Chauvinisten ist jedoch schon offensichtlich: In ganz Europa findet ein wahnsinniges Anwachsen des Militarismus statt" (Leo Trotzki, *The Balkan Wars 1912-13* [Die Balkankriege 1912/13], 1980).

Das grauenhafte Gemetzel des Ersten Weltkriegs, der von den Balkankriegen ausgelöst worden war, war Anstoß für die bolschewistische Revolution in Rußland und revolutionäre Situationen auf dem ganzen Kontinent. Die imperialistischen „Friedens"verträge trugen den Keim zukünftiger nationalistischer Kriege schon in sich, da ganz bewußt Staaten mit großen nationalen Minderheiten zusammengezimmert wurden, aber die jungen kommunistischen Parteien sahen, daß die gerechte Lösung der nationalen Ansprüche dieser auf dem gleichen Gebiet eng zusammenlebenden Völker nur unter der Diktatur des Proletariats erreicht werden konnte. Bei ihrer Gründungskonferenz im Mai 1919 erklärte die Kommunistische Partei Bulgariens, daß die Unabhängigkeit der Balkanvölker nur gesichert werden könnte in einer Föderation der Sozialistischen Sowjetrepubliken des Balkans. Im Januar 1920 wurde die Sozialdemokratische Föderation des Balkans umbenannt in Kommunistische Föderation des Balkans. Und in einer Deklaration vom März 1920 an die neugegründeten kommunistischen Parteien von Bulgarien, Rumänien, Serbien und der Türkei erklärte die Kommunistische Internationale:

> „Nur der Sieg der proletarischen Diktatur vermag alle Volksmassen in der Föderativen Sozialistischen Balkan- (oder Balkan- und Donau-) Sowjetrepublik zu vereinen, sie zu befreien, sowohl von der gutsherrlich-kapitalistischen Ausbeutung ihrer eigenen und der ausländischen Bourgeoisie, als auch von der Kolonialknechtsschaft und den nationalen Zwistigkeiten." *(Die Kommunistische Internationale,* Jg. 2, Nr. 9)

Die Bolschewik! und multinationale Staaten

W. I. Lenin unterstrich in seinem Artikel „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen" (Februar-Mai 1914) grundlegende Standpunkte der marxistischen Position zur nationalen Frage in der imperialistischen Ära: „einerseits die ganz offene und unmißverständliche Anerkennung des vollen Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen; anderseits werden die Arbeiter ebenso unzweideutig zur *internationalen* Einheit ihres Klassenkampfes aufgefordert'[4] (Lenin, *Werke* Bd. 20). Diese Position wurde vom II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1920 in den „Leitsätzen über die Nationalitäten- und Kolonialfrage", die Lenin entworfen hatte, angenommen. Als Antwort auf die skandalöse Unterstützung des europäischen Kolonialismus durch die reformistischen Sozialdemokraten bestand die Komintern auf der Verpflichtung, Kämpfe gegen Kolonialismus und Imperialismus zu unterstützen.

Lenins Thesen wurden in den Diskussionen über die nationale Frage auf dem II. Weltkongreß der Komintern vertieft, besonders wichtig waren M. N. Roys Ergänzungsthesen (die in überarbeiteter Form angenommen wurden). In ihnen wurden die Widersprüche hervorgehoben zwischen den bürgerlich-demokratischen nationalistischen Bewegungen und der Masse der Arbeiter und armen Bauern, die für ihre Befreiung kämpfen. Zusätzlich schlug ein ukrainischer jüdischer Delegierter der Kommunistischen Partei Rußlands, A. N. Mereshin, auf Grund der Erfahrungen der Russischen Revolution in Gebieten, in denen verschiedene Nationalitäten eng zusammenleben, eine Ergänzung der „Leitsätze über die Nationalitäten- und Kolonialfrage" vor:

> „Die Erfahrung der Wechselbeziehungen zwischen den Nationen der Mehrheit und den Nationen der Minderheit auf Territorien mit gemischter Bevölkerung (in der Ukraine, in Polen, in Weißrußland) hat gezeigt, daß der Übergang der Macht aus den Händen der Großbourgeoisie in die Hände kleinbürgerlicher, republikanisch-demokratische Staaten aufbauender Gruppen die inneren nationalen Reibungen nicht verringert, sondern im

Gegenteil äußerst verschärft. Die republikanische Demokratie, die im Kampf mit dem Proletariat gezwungen ist, den Klassenkampf mit dem nationalen Krieg zu vertauschen, wird schnell von nationaler Ausschließlichkeit durchdrungen und eignet sich leicht die Erfahrung der älteren Lehrmeister nationaler Unterdrückung an, welche Erfahrung sich auf dem Gebiet des Aufhetzens der Volksmassen einer Nation gegen die Volksmassen der anderen und auf dem Gebiet der mit Hilfe des Staatsapparats durchgeführten Organisation von Massenhetzen zu Zwecken des Kampfes gegen die Diktatur des Proletariats leidenschaftlich wiederholt... Dieselbe Erfahrung hat gezeigt, daß keinerlei ,demokratische' Formen den Schutz der Rechte und die Kulturinteressen der nationalen Minderheiten in Gebieten mit gemischter Bevölkerung, darunter auch die von der österreichischen Sozialdemokratie verteidigte national-personale Autonomie, bei republikanisch-demokratischer Ordnung sicherstellen und für die wirkliche Gleichberechtigung und den gleichen Einfluß auf den Gang der Staatsgeschäfte bürgen können." *(Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale)*

Die Bolschewiki hatten sich also schon 1920 mit den Problemen auseinandergesetzt, auf die man in Gebieten stößt, in denen verschiedene Nationalitäten eng zusammenleben, und hatten zumindest implizit anerkannt, daß in diesem Fall nur unter proletarischer Herrschaft eine gerechte und demokratische Lösung der nationalen Frage möglich ist. Der Kaukasus, wo rund 50 Nationalitäten bunt verteilt über diese Gebirgsgegend sehr eng zusammenleben, war ein besonderes Beispiel für die Hartnäckigkeit der nationalen Frage im Kapitalismus.

Nach der Oktoberrevolution waren 1917—21 in Georgien die Menschewiki an der Macht, während bürgerliche Nationalisten Armenien und Aserbaidschan kontrollierten (mit der Ausnahme des proletarischen Ölzentrums Baku). Im April 1918 riefen sie eine unabhängige Transkaukasische Föderative Republik aus. Aber die „Einheit" dieser bürgerlichen Regime zerbrach sehr bald an nationalen Konflikten. Es gab wiederholt Grenzzusammenstöße zwischen Armenien und Aserbaidschan, und die Ausweitung zu einem Krieg zwischen Georgien und Armenien wurde nur durch die Intervention Britanniens gestoppt. Zur gleichen Zeit begann das menschewistische Regime in Georgien — während es von Sozialdemokraten international als Musterbeispiel für „Selbstbestimmung" angepriesen wurde — eine brutale Kampagne der „ethnischen Säuberungen" gegen die Osseten im Norden, die Abchasen im Westen und die moslemischen Adscharen.

Gegen Ende des Bürgerkriegs übernahmen die Bolschewiki in Georgien, Armenien und Aserbaidschan die Macht durch eine Kombination von lokalen Aufständen und Interventionen der Roten Armee. In Georgien wurden die Regionen, die unter den Menschewiki eine massive nationalistische Unterdrückung erlitten hatten, zu autonomen Republiken (Südossetien, Abchasien) und einem autonomen Gebiet (Adscharien) innerhalb der Georgischen Sozialistischen Sowjetrepublik erklärt. Im ganzen Kaukasus wurden eine Anzahl autonomer Regionen eingerichtet, die einen internationalistischen Rahmen für die Beziehungen unter den Völkern schufen. 1923 wurde zwischen Armenien und Aserbaidschan eine autonome Region Kurdistan (das sogenannte „rote Kurdistan") gegründet.

Aber gerade über die nationale Frage im Kaukasus erhob die konservative bürokratisch-zentralistische Tendenz im jungen Sowjetstaat zum ersten Mal ihr Haupt. Und es war genau diese Frage, über die Lenin seinen letzten Kampf aufnahm, einen politischen Kampf gegen die sich entwickelnde stalinistische Bürokratie. Anfang 1922 zwang Stalin, als Vorsitzender der Kommission für Angelegenheiten der Nationalitäten, die georgische, armenische und aserbaidschanische Republik in anmaßender Weise zu einer Transkaukasischen Föderation. Im Sommer jenes Jahres sandte er eine Kommission, darunter Dserschinski, den Chef der Tscheka, und Manuilski zur Bekämpfung der „national-kommunistischen" Abweichung. Im Herbst wurden die georgischen KP-Führer Mdiwani und Macharadse ihres Postens enthoben.

Im September 1922 wandte sich Lenin gegen Stalins „Autonomisierungs"plan, der die transkaukasischen Republiken in die russische Föderation bringen sollte, und schlug statt dessen eine Union der Sowjetrepubliken von Europa und Asien vor. Aber Stalin wandelte die Transkaukasische Föderation in eine einzige Republik um, um ihr Gewicht in der neuen UdSSR zu verringern. Als Lenin Berichte erhielt, daß Stalins Stellvertreter Ordschonikidse einen georgischen Oppositionsführer physisch angegriffen hatte, ordnete er eine eigene Untersuchung an und brach mit Stalin. Im Dezember schlug Lenin Trotzki einen Block gegen Stalins großrussische chauvinistische Politik in der nationalen Frage vor. (Obwohl Trotzki dies auf dem 12. Parteikongreß Anfang 1923 nicht aufgriff, wurde es von Christian Rakowski zum Thema gemacht, der zusammen mit Trotzki zu einem der Führer der Linken Opposition werden sollte.) Lenin wies darauf hin, daß sich in den Händen eines fremden Apparats, der mit bürgerlichen und zaristischen Überbleibseln durchsetzt ist,

> „die »Freiheit des Austritts aus der Union', mit der wir uns rechtfertigen, als ein wertloser Fetzen Papier herausstellen wird, der völlig ungeeignet ist, die nichtrussischen Einwohner Rußlands vor der Invasion jenes echten Russen zu schützen, des großrussischen Chauvinisten ..." („Zur Frage der Nationalitäten oder der ,Autonomisierung'", Dezember 1922, *Werke* Bd. 36)

Lenin forderte, man müsse Ordschonikidse „exemplarisch bestrafen" sowie alle Materialien der Kommission Dserschinskis nachträglich prüfen bzw. neu untersuchen und äußerst strenge Vorschriften hinsichtlich des Gebrauchs der nationalen Sprache in den nichtrussischen Republiken erlassen. Er schrieb hierzu: „Es wäre unverzeihlicher Opportunismus, wenn wir am Vorabend dieses Auftretens des Ostens, zu Beginn seines Erwachens, die Autorität, die wir dort haben, auch nur durch die kleinste Grobheit und

Fortgesetzt auf Seite 20

Hamburg...

Fortsetzung von Seite 8

gegen die FAP-Zentrale ansetzen und dafür mobilisieren, in Halstenbek aufzuräumen.

Arbeiteraktionen, um die Nazis zu stoppen, würden besonders den strategischen Industriekern von eingewanderten Arbeitern einschließen. Aber die „Linke" Alternative forderte nicht Wahlrecht für Immigranten, noch nicht einmal das begrenzte kommunale Wahlrecht. Ihre Antwort auf den täglichen rassistischen Terror gegen Flüchtlinge und Immigranten, wie er in Hamburg von der SPD geschürt wird, ist die Forderung nach „Bleiberecht". „Bleiberecht" ist ein liberaler Appell an die Bourgeoisie von Auschwitz, rechtlose Immigranten zu „dulden" und der Gnade des kapitalistischen Staats anheimzugeben. Die Forderung, daß *alle* Immigranten, die es geschafft haben, ins Land zu kommen, volle Staatsbürgerrechte erhalten, ist ein elementares demokratisches Recht, das heute die Scheidelinie zwischen reformistischem Sozialchauvinismus und proletarischem Internationalismus ist.

Die zwei Millionen Türken und Kurden in Deutschland haben tiefe Wurzeln in diesem Land, obwohl sie von den Staatsbürgerrechten ausgeschlossen sind. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Arbeiterklasse, der nicht historisch loyal zur traditionellen reformistischen SPD steht, und könnten daher eine Hebelwirkung gegen die Arbeiterverräter erzielen.

Obwohl die Alternative Liste einen ganzen Absatz in ihrem Programm „Gegen die weitere Stärkung der Staatsgewalt" hat, ist sie für „verstärkte Interventionsmöglichkeiten bei sexueller Gewalt in der Familie". Dies passiert heute, wo das Vierte Reich, unterstützt von der Kirche, jeden Aspekt des privaten Lebens kontrollieren will. Die Konsequenz dieser finsteren Forderung zeigt der skandalöse Fall in Düsseldorf, wo die Diakonie unter dem Vorwand „Kindesmißbrauch" besonders Immigrantenfamilien zerstört und deren Kinder entführt.

Der Kampf gegen Rassismus ist auch ein Kampf gegen das kapitalistische Elend. Gegen Arbeitslosigkeit brauchen wir ein massives Programm öffentlicher Arbeiten zum Bau von Wohnungen, Krankenhäusern, Schulen und Sportanlagen. Arbeit für alle bei vollem Lohnausgleich — für die gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit! Dies stellt die Frage, welche Klasse herrscht. Kommunisten, deren Ziel die Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat und der Wiederaufbau der Gesellschaft auf einer neuen sozialistischen Grundlage ist, müssen heute gleichzeitig die konsequentesten Verteidiger der Errungenschaften der bürgerlichen Revolution sein. Aber nur eine Arbeiterrevolution wird das Übel des Faschismus samt seiner Wurzel, dem Kapitalismus, ausreißen. Der Kampf, den rassistischen deutschen Imperialismus zu zerschlagen, wird den Weg freimachen für die wirkliche Befreiung der Menschheit. Wir haben uns verpflichtet, die dringend notwendige Partei aufzubauen, die diesen Kampf zu Ende führt."

„Ethnische Säuberungen"...

Fortsetzung von Seite 19

Ungerechtigkeit gegenüber unseren eigenen nichtrussischen Völkern untergraben würden." Außerdem forderte Lenin in einer Ergänzung zu seinem unterdrückten „Testament", Stalin als Generalsekretär abzulösen.

Die stalinistische Herrschaft sollte berüchtigt werden für großrussischen Chauvinismus, Antisemitismus, nationale Unterdrückung und Zwangsumsiedlungen. 1929 zum Beispiel machte Stalin der autonomen Republik „rotes Kurdistan" ein Ende, und in den 30er Jahren deportierte er viele Kurden aus dem Kaukasus nach Zentralasien. Die leninistische Form der nationalen und autonomen Republiken und der autonomen Gebiete wurde zwar beibehalten, aber ihres ursprünglich internationalistischen Inhalts beraubt. Es war eine Zeitlang möglich, nationale Gegensätze zu *unterdrükken,* aber nicht, sie zu *überwinden,* was die Ausweitung der Revolution auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder erfordert hätte. Nicht der Kommunismus hat die Explosion blutiger nationalistischer Kriege verursacht, sondern die stalinistische Perversion und Verleugnung des Kommunismus, was schließlich unter dem imperialistischen Druck zur Konterrevolution führte, die die ungeheure Eskalation von nationalistischem Revanchismus mit sich gebracht hat.

Doch selbst wo der Stalinismus in ganz Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion zusammengebrochen ist, kam es in Westeuropa zu einigen der schärfsten Klassenkämpfe seit Jahrzehnten. Das scheußliche nationalistisch-kommunalistische Gemetzel im ehemaligen Jugoslawien und im ehemals sowjetischen Kaukasus, der High-Tech-Massenmord im Golfkrieg und die Ausbreitung von Massenarbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit selbst in den reichsten imperialistischen Ländern demonstrieren anschaulich, daß vom heutigen Kapitalismus nur noch schlimmere Barbarei zu erwarten ist. Die Worte des Kommunistischen Manifests von 1848 bleiben auch heute wahr:

> „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.
>
> Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.
>
> In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben.
>
> Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander."

Heute, nach dem Zusammenbruch der von den Stalinisten beherrschten degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten, kommt die „ganze alte Scheiße" der Ära vor dem Ersten Weltkrieg mit aller Macht wieder hoch. „Ethnische Säuberungen", faschistische Pogrome, antisemitische Angriffe, täglicher Terror gegen Immigranten und Minderheiten — all dies gehört untrennbar zum Triumph des „Nationalprinzips", das die Imperialisten während des ganzen Kalten Kriegs als Waffe gegen die Sowjetunion und die „gefangenen Nationen" ins Feld geführt haben. Und die grandiosen Versprechungen von der „Einheit Europas" klingen immer hohler, je mehr sich die imperialistischen Rivalitäten verschärfen.

In der Ära der Globalisierung der Produktion verschärfen sich die Widersprüche zwischen dem zunehmend internationalen Wirtschaftssystem und den einengenden Grenzen des Nationalstaates immer mehr. Schon zweimal haben in diesem Jahrhundert solche Widersprüche zum Weltkrieg geführt und zur Vernichtung unzähliger Millionen Menschen. Die Barbarei der kapitalistischen Herrschaft ist harte Realität — wir Kommunisten kämpfen für eine Welt, die befreit ist von Klassenausbeutung und nationalistischem Brudermord. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Israel/PLO-Deal...

Fortsetzung von Seite 2

und Siedler raus aus *allen* besetzten Gebieten, sofort!

Im Kern läuft es darauf hinaus, daß die PLO im Austausch für die formelle israelische Anerkennung ihrer Existenz und für Versprechungen von Geld aus den imperialistischen bzw. Ölstaaten den Job übernehmen wird, die palästinensischen Massen unter Kontrolle zu halten. Joseph Alpher, Direktor des Jaffee-Zentrums für strategische Studien der Universität Tel Aviv, eine Denkfabrik für den israelischen Spionagedienst Mossad, brachte es in einem Interview in der *Canadian Jewish News* (2. September) auf den Punkt: „Israelische Sicherheitskräfte würden mit ihren palästinensischen Gegenübern eng zusammenarbeiten, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, sagte Alpher." Und dies „wird wahrscheinlich brutal und gewalttätig, aber effektiv sein", sagte er und fügte hinzu: „Amnesty International wird für eine Weile in Urlaub gehen müssen."

„Radikale" PLO-Gruppen wie George Habashs Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) und Nayef Hawatmehs Demokratische Front (DFLP) haben sich gegen das Abkommen ausgesprochen. Islamische fundamentalistische Gruppen wie Hamas und Islamischer Dschihad und auch das von Syrien unterstützte PFLP-Generalkommando haben Arafat vor „dem Schicksal von Sadat" gewarnt, dem ägyptischen Präsidenten, der ermordet wurde, nachdem er 1978 einen von den USA arrangierten Friedensvertrag mit Israel unterzeichnet hatte. Gleichzeitig gab es einen wütenden Massenauflauf von rechtsradikalen Zionisten, die „Verräter" schrien, als die Regierung Rabin Anfang September über den Entwurf abstimmte.

Hinter dem von den Amerikanern inszenierten „Frieden" im Nahen Osten steht, genauso wie hinter der Neo-Apartheid-Annäherung zwischen Nelson Mandelas Afrikanischem Nationalkongreß und dem rassistischen südafrikanischen Regime, die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion. Solange der sowjetische degenerierte Arbeiterstaat als Gegengewicht zum US-Imperialismus existierte, erlaubte dies kleinbürgerlichen Nationalisten wie der PLO und dem ANC und den Bourgeoisien von halbkolonialen Ländern, um einen Platz zwischen den beiden „Supermächten" zu rangeln. Ironischerweise war die letzte Aktion des ehemaligen sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow zugunsten des Imperialismus, grünes Licht zu geben für die Invasion in den Irak. Jetzt, angesichts einer Welt mit nur „einer Supermacht", sehen die verschiedenen nationalistischen Bewegungen keine andere Möglichkeit, als mit dem Hut in der Hand die USA um jeden Krümel anzubetteln, den diese bereit sind fallenzulassen.

Die feudalen Golfregime mit ihrem Ölreichtum benutzten Arafats verbale Opposition gegen die von den USA angeführte Invasion des Irak als Anlaß, der PLO jegliche finanzielle Unterstützung zu streichen. Zusätzlich verlor die PLO Unterstützung vor Ort an Gruppen der „Ablehnungsfront" — vor allem an die islamischen Fundamentalisten von Hamas und von Islamischem Dschihad, mit denen die „marxistische" PFLP schändlicherweise eine Allianz eingegangen ist —, und dies führte praktisch zu einer Meuterei gegen Arafat. Im letzten Monat bot das Verhandlungsteam der PLO bei den Washingtoner „Friedens"gesprächen demonstrativ seinen Rücktritt an als Ausdruck der Opposition gegen Arafat, und der Militärkommandeur der PLO im Libanon forderte offen Arafats Sturz.

PLO: Vom „Volkskrieg" zum palästinensischen „Judenrat"

Dieses Abkommen bringt die impotente Logik des kleinbürgerlichen Nationalismus der PLO auf den Punkt, die



Der Spiegel

Palästinensische Ghetto-Bullen im Gaza-Ausbildungslager, bereit zum Niederknüppeln von Intifada-Kämpfern

erst gepredigt hatte, man müsse sich auf die arabischen Bourgeoisien der Region stützen, und dann Zuflucht bei den „guten Amtsinhabern" des US-Imperialismus gesucht hat. Trotz des Geredes der PLO vom „Volkskrieg" Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre hatten die Palästinenser nie das soziale Gewicht oder die militärische Stärke, um es mit dem atomar bewaffneten zionistischen Goliath aufnehmen zu können.

Bei all dem Gerede von „pan-arabischer Einheit" stehen die bürgerlichen arabischen Herrscher den nationalen Bestrebungen der Palästinenser nicht weniger feindselig gegenüber als die Zionisten. Diese nationalistische Politik, hinterrücks mit dem Messer zuzustechen, zeigte sich brutal beim „Schwarzen-September"-Massaker 1970, als Jordaniens König Hussein (mit Einwilligung des damaligen ägyptischen Präsidenten und „pan-arabischen" Idols Nasser) ein Blutbad gegen die palästinensischen Widerstandsgruppen entfesselte, was diese dazu zwang, ihre Einsatzzentralen in den Libanon zu verlegen und Schutz zu suchen bei den sogenannten „Ablehnungs"regimen wie Irak und Syrien. Während des libanesischen Bürgerkriegs 1975/76 ging Assad gegen die Palästinensergruppen nicht weniger gnadenlos vor, als Hussein es in Jordanien getan hatte. Und als Israel 1982 seine massive Invasion in den Libanon startete, deren Höhepunkt das schreckliche Massaker an 1300 Palästinensern in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila war, kümmerte dies *alle* arabischen Regime nicht im geringsten. Arafat wiederum bat die amerikanischen und französischen Imperialisten um Schutz, die seine Kämpfer entwaffneten und damit die Basis für das Massaker schufen.

Um nur ja ihre feudalen und bonapartistischen Zahlmeister ruhigzustellen, schraubte Arafats PLO nach und nach ihre Ansprüche zurück. Nachdem sie noch 1971 ihre Opposition gegen „die Gründung eines palästinensischen Staats auf irgendeinem Teilgebiet der palästinensischen Heimat" bekräftigt hatte, forderte die PLO drei Jahre später einen „Ministaat" im Westjordanland. Damals wurde dies als Übergangsschritt ausgegeben hin zu einem „demokratischen säkularen Palästina" und konnte als ein nur sehr partieller und deformierter Ausdruck des Rechts der palästinensischen Araber auf Selbstbestimmung betrachtet werden. Aber 1988 hatte die PLO diesen Anspruch formell aufgegeben und akzeptierte die Existenz des zionistischen Staates. Jetzt hat Arafat zugestimmt, zum Werkzeug der zionistischen Unterdrücker zu werden. Es ist bezeichnend für seinen neuen Status, daß die Israelis versprochen haben, für

Fortgesetzt auf Seite 22

Polinische Wahl...

Fortsetzung von Seite 24

zusammenfiel, war es, das SLD wegen russischen „Bolschewismus" anzuschwärzen. Trotz ihrer bekundeten Neutralität in den Wahlen mobilisierte die katholische Hierarchie die Priester, damit sie vor einer Stimmabgabe für diejenigen warnten, „die gegen unsere nationalen Traditionen und unseren Glauben sind".

Doch die Masse der polnischen Bevölkerung weiß nur zu gut, was in den letzten vier Jahren „erreicht" worden ist, und diesmal gehorchten selbst viele, die aus der Sonntagsmesse kamen, nicht den Verkündungen der Priester. Das Recht auf Arbeit, Zugang zu Ausbildung und Gesundheitsversorgung, soziale Sicherheit für ältere Menschen, all das ist ihnen entrissen worden. Während der Lebensstandard rasch sinkt, steigt seit 1990 die Zahl der Tbc-Fälle. Frauen, die eine Abtreibung brauchen, müssen entweder ins Ausland reisen oder, um illegal eine in einer Staatsklinik zu kriegen, 10 Millionen Zlotys (über 800 D-Mark) bezahlen — vier Monatslöhne einer Arbeiterin. Antisemitismus ist weit verbreitet — selbst gegen Suchocka gab es während des Wahlkampfs antijüdische Hetze —, gleichzeitig sind Roma und andere Minderheiten rassistischen Angriffen durch Bullen und pogromistische Mobs ausgesetzt.

In auffallendem Gegensatz besonders zu Rußland, wo die Passivität der Arbeiterklasse weit verbreitete Apathie und Zynismus hervorgerufen hat, haben polnische Arbeiter praktisch von Anfang an militante Kämpfe gegen die verheerenden Folgen der Konterrevolution geführt, angefangen mit einem massiven Eisenbahnerstreik im Frühjahr 1990 und weiter mit dem stürmischen Streik der Kumpel im letzten Winter. Die Wahlbeteiligung lag bei dieser Wahl bedeutend höher als bei der letzten Parlamentswahl vor zwei Jahren; dabei gaben viele Frauen und junge Leute ihre Stimme der „Linken". Eine arbeitslose Frau im Textilzentrum Lodz, das durch Fabrikstillegungen verwüstet worden ist, sagte, sie werde das SLD wählen, denn: „Die Kirche herrscht schon zu lange." Ein weiterer Arbeiter sagte: „Ich wähle die alten Kommunisten, weil die Ziegelfabrik, in der ich früher arbeitete, durch die Privatisierung ruiniert wurde."

Ex-Stalinisten rühren die Werbetrommel für Kapitalismus mit „menschlichem Antlitz"

Doch abgesehen von vagen Versprechungen, die Renten zu erhöhen und die „Schockbehandlung" zu verlangsamen, bieten die Sozialdemokraten den Arbeitern, Frauen und Jugendlichen, die auf sie schauen, nichts an außer dem Schwindel vom „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz". Unter der Führung des 39jährigen Aleksander Kwaœniewski, der in der letzten stalinistischen Regierung Sportminister war, hat sich die SdRP zu einer aalglatten, auf Yuppies eingestellte, rechtsgerichtete sozialdemokratische Partei umgestaltet. Die Parteispitzen machten mit Gewinn ihre alten bürokratischen Pfründe zu „freien unternehmerischen" Lehen, und der rote Schlips des stalinistischen Karrieristen „wird jetzt ersetzt durch elegante Anzüge von

Israel/PLO-Deal...

Fortsetzung von Seite 21

seine „Sicherheit" zu garantieren, wenn der PLO-Führer nach Jericho umzieht.

Die Rolle, die Arafat gewählt hat, erinnert an die Judenräte, die die jüdischen Ghettos in dem von den Nazis besetzten Osteuropa während des Holocaust verwalteten. Die verhaßte jüdische Ghetto-Polizei beaufsichtigte die Zusammentreibung der Juden, die in die Vernichtungslager transportiert wurden. Die PLO hat jetzt vor, ein palästinensischer Judenrat in den besetzten Gebieten zu werden. Und es ist bittere Ironie, daß unter den Unterdrückern, denen sie dienen wird, jüdische Überlebende des Nazi-Völkermords sind.

Für trotzkistische Parteien im Nahen Osten!

Wirkliche Selbstbestimmung für das palästinensische Volk ist unmöglich ohne die Zerschlagung sowohl des zionistischen Staates Israel, dessen einfache Existenz schon auf der Unterdrückung des palästinensischen Volkes beruht, als auch des haschemitischen Königreichs Jordanien, dessen Bevölkerung zu mehr als 60 Prozent aus Palästinensern besteht. Aber anders als die unterschiedlichsten „linken" Fans des arabischen Nationalismus haben wir immer darauf bestanden, daß die nationale Emanzipation der Palästinenser nicht auf Kosten des Rechts auf nationale Existenz des hebräischsprachigen Volkes verwirklicht werden kann. Die einzige gerechte Lösung der nationalen Frage liegt im revolutionären Sturz aller bürgerlichen Regime durch den gemeinsamen revolutionären Kampf der hebräischsprachigen und arabischen Werktätigen. Nur durch die Schaffung einer Planwirtschaft in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens können zueinander in Konflikt stehende Ansprüche auf Land und Wasser gerecht gelöst und alle Sprachen, Religionen und Kulturen gleichgestellt werden.

Wie auch anderswo trägt der Stalinismus eine direkte Verantwortung für die schreckliche Situation im Nahen Osten heute. Dadurch, daß sie abwechselnd (und manchmal gleichzeitig!) dem Zionismus und dem arabischen Nationalismus hinterherliefen, unterwarfen die Stalinisten den proletarischen Klassenkampf den Diktaten des einen oder anderen bürgerlichen Herrschers. Heute sind die palästinensischen Kommunisten, die historisch eine beträchtliche Basis unter den Werktätigen im Westjordanland gehabt haben, ein integraler Teil von Arafats PLO, während die israelische KP (deren Mitgliedschaft zum größten Teil aus Arabern besteht) ein loyaler Unterstützer der Regierung Rabin ist.

Größtenteils wegen ihrer zwangsweisen Diaspora gehören die palästinensischen Werktätigen und Intellektuellen zu den am meisten kosmopolitischen Menschen der Region. Es ist in der Tat ein Verbrechen, daß sie zunehmend in die Arme von fundamentalistischen Reaktionären wie Hamas getrieben werden, die religiösen Obskurantismus, antijüdischen Rassismus und Versklavung der Frauen predigen. Wenn ein Teil der palästinensischen Militanten für eine trotzkistische Partei gewonnen werden kann, auf der Basis eines marxistischen Verständnisses, daß *alle* Bourgeoisien und Möchtegern-Bourgeois ihre Feinde sind und daß die Arbeiterklasse — sei sie arabisch, koptisch, kurdisch oder hebräisch — die einzige Kraft zur Erringung sozialer und nationaler Befreiung ist, dann können sie wirklich die Vorhut der Befreiung sein, nicht nur für die unterdrückten Palästinenser, sondern für alle Werktätigen der Region.

Der einzige Weg vorwärts ist der der permanenten Revolution — in der Epoche des Imperialismus kann in den halbkolonialen Ländern nur das Proletariat an der Macht die Aufgaben durchführen, die historisch mit der bürgerlich-demokratischen Revolution verbunden waren, nämlich den Myriaden unterdrückter Minderheiten im ganzen Nahen Osten zur nationalen Befreiung zu verhelfen, indem die Ausbeutung der werktätigen Massen beendet und der Weg zu einer sozialistischen Entwicklung geöffnet wird. Der Schlüssel dazu liegt in der Schmiedung von wirklich leninistischen, *internationalistischen* revolutionären Parteien.

Nach Workers Vanguard *Nr. 583, 10. September*

Pierre Cardin" *(Warsaw Voice,* 19. September).

Das SLD-Wahlprogramm erwähnt noch nicht einmal das Wort „Sozialismus". Zur Abtreibung und zur Todesstrafe bemerkt es nur, daß es notwendig ist, „die Meinung der Gesellschaft zu berücksichtigen". Gleichzeitig warnt Kwaœniewski Parteimitglieder davor, sich an „antiklerikalen Aktivitäten" zu beteiligen. Jeffrey Sachs, der Architekt von Polens „Schockbehandlung", bescheinigte der SLD, sie habe einen „Wahlkampf auf einer Plattform von Kapitalismus und Integration in Westeuropa" geführt *(New York Times,* 20. September). Das SLD ließ keinen Zweifel daran, als es früher in diesem Jahr — trotz bedeutender interner Opposition — dafür stimmte, den Gesetzentwurf von Walesa/Suchocka zur Privatisierung zu unterstützen. Jetzt rührt der stellvertretende Führer Leszek Miller die Werbetrommel für eine Steuerpause bei ausländischen Investoren und gelobt: „Wir werden nichts tun ohne vorherige Beratung mit dem IWF." Und Kwasniewski versicherte dem zu Besuch gekommenen US-Senator Richard Lugar: „Es wird keine starken Anti-NATO-Stimmungen in seiner Partei geben" *(Gazeta Wyborcza,* 21. September).

Das SLD, selbst eine Volksfront-Formation, die eine nationalistische Gruppe und Polizei„gewerkschafter" mit einschließt (ebenso wie die Mehrheit der Solidarnoœæ-freundlichen Polnischen Sozialistischen Partei), brachte sofort erbärmliche Appelle an die offen bürgerlichen Parteien heraus, in einer „Großen Koalition" mitzumachen, und schlug sogar vor, die monetaristische Suchocka als Ministerpräsidentin zu behalten! Die Sozialdemokraten haben sich auch als Gendarme für Walesas bonapartistische Kampagne angeboten, mit dem Versprechen, ihm „die zur Erfüllung der Rolle als Schiedsrichter, der in Krisensituationen interveniert, notwendige Autorität" zu geben und das Regieren per Erlaß „in genau festgelegten Fällen" *(Trybuna,* 8. September) zu unterstützen. Miller forderte sogar eine „über den Parteien" stehende Regierung der „nationalen Rettung".

Bei seinem parlamentarischen Gewicht — die größte Stimmenzahl irgendeiner Partei seit 1989 — hat es das SLD nicht nötig, die Solidarnosc-Parteien um die Mitarbeit zu bitten. Aber in der klassischen Manier einer Volksfront versuchen die Sozialdemokraten, es den offen bürgerlichen Parteien unterzuordnen, als Tarnfarbe für ihren eigenen Verrat an der Arbeiterklasse. Doch Suchocka & Co. haben sich gegenüber den Appellen des SLD taub gestellt, gleichzeitig hat Walesa sogar davon geredet, den Sejm aufzulösen, und herumgeschrien: „Ich werde keine Einschränkung der Reformen dulden, selbst wenn ich Jelzins Variante benutzen muß" *(Gazeta Wyborcza,* 28. September). Walesas Ehrgeiz, die Rolle von Pilsudski zu spielen, ist schon lange offensichtlich, aber das auch umzusetzen, angesichts eines kämpferischen Proletariats und einer feindlichen Bevölkerung, ist eine andere Sache.

Für eine polnische trotzkistische Partei!

Die Spartakusowska Grupa Polski (SGP), Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, erklärte in der aktuellen Ausgabe ihrer Zeitung: „für die Arbeiterklasse gibt es bei der kommenden Wahl nichts zu wählen" *(Platforma Spartakusowców* Nr. 4, Sommer/Herbst 1993). Im Gegensatz dazu machten die Pseudotrotzkisten von *Dalej!,* Unterstützer von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat, den abgedroschenen Appell zum „Kampf gegen rechts" und riefen zur Wahl des SLD und der Union der Arbeit auf. Dies wurde von der „Sozialistischen Solidarnosc" wiederholt, Anhängern von Tony Cliff, die auch noch zur Wahl der Gewerkschaft Solidarnosc aufriefen.

Jetzt, wo die ehemaligen Stalinisten beglaubigte Sozialdemokraten für „freien Markt" geworden sind, rennen die Pseudolinken hinter ihnen genauso bereitwillig hinterher, wie sie früher lautstark „Solidarität mit Solidarnosc" forderten. Um ihre Unterstützung für Ronald Reagans Lieblings-„gewerkschaft" zu rechtfertigen, brachen sie in Begeisterung darüber aus, daß zehn Millionen polnische Arbeiter nicht irren können; die Bilder von Walesa, der vor dem Papst kniet, taten sie ab. Sogar heute spotten sie darüber, daß die SGP auf der zentralen Bedeutung besteht, die der Kampfs gegen Antisemitismus und romafeindlichen Rassismus, gegen Frauenunterdrückung und bigotte Schwülenfeindliche Borniertheit, gegen wiederaufsteigenden polnischen Nationalismus und Klerikalismus hat. Aber die Wahlergebnisse zeigen, diese Fragen sind den Arbeitern nicht unwichtig.

Als Walesa & Co. zum ersten Mal Ende 1981 ihren Versuch machten, in Polen den Kapitalismus zu restaurieren, sagten wir Spartakisten: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarnosc!" Während wir zur politischen proletarischen Revolution gegen die bankrotte stalinistische Bürokratie aufriefen, bezogen wir klar Stellung gegen die klerikal-reaktionären Kräfte, die die sozialen Grundlagen zu zerstören versuchten, auf denen der polnische bürokratisch deformierte Arbeiterstaat beruhte. Selbst als wir gegen den Strom massenhafter Unterstützung von Solidarnoœæ schwammen, bemerkten wir, daß die Vernarrtheit des historisch sozialistisch eingestellten polnischen Proletariats in die klerikale Reaktion nicht lange dauern würde.

Heute warnen wir genauso stark vor Illusionen in die IWF-treuen Sozialdemokraten. Der ex-stalinistische Gewerkschaftsverband OPZZ hat Überstunden geschoben, um Streiks zurückzuhalten. Dieses rechtfertigte OPZZ-Chefin Ewa Spychalska mit der Erklärung, ein Wahlsieg des SLD „wird den Werktätigen zugute kommen" *(Trybuna,* 21. September). Doch nicht zu kämpfen wird den Werktätigen nichts einbringen. Diese kriminelle Passivität ist eine offene Einladung an finstere ultrarechte Gruppen, die als eine „populistische" Opposition zu Walesa posieren, wie die KPN und die Solidarnosc 80, an deren Spitze der rabiate Antisemit und Antikommunist Marian Jurczyk steht. KPN-wódz (Führer) Leszek Moczulski, der Frauen am Arbeitsplatz als eine kommunistische „Einrichtung" brandmarkt, fordert „eine brutale und scharfe Wiederherstellung der Ordnung". Bedrohlicherweise war bei der Parade des bewaffneten Arms der KPN, Strzelec (Der Schütze), in diesem Sommer auch eine kleine Armee-Einheit.

Die polnische Arbeiterklasse hat ihre Fähigkeit zum Kampf gegen die neuen Ausbeuter demonstriert. Doch genauso, wie es keinen Kapitalismus „mit menschlichem Antlitz" gibt, kann es keine Rückkehr zu den Tagen des stalinistischen Regimes geben, dessen allseitige Lüge vom „Sozialismus in einem Land" der Konterrevolution den Weg ebnete. Es ist notwendig, eine authentische leninistisch-trotzkistische Partei zu schmieden, die als „Volkstribun" handelt und dem Kampf für die sozialistische Weltrevolution verpflichtet ist. Im Kampf für den Aufbau einer solchen Partei ruft die SGP die Arbeiterklasse dazu auf, alle Formen von Unterdrückung zu bekämpfen, und erhebt die Forderung nach kostenloser Abtreibung auf Wunsch und den Aufruf zu Arbeitermobilisierungen, um rassistische Angriffe zu stoppen.

Im Kampf für die sozialistische Revolution und die befreienden Ideale einer wahrhaft kommunistischen Gesellschaft müssen die polnischen Arbeiter sich wieder das Erbe von Rosa Luxemburg zu eigen machen, der polnischen jüdischen Frau, die den Beitrag dieses Landes zum internationalistischen Klassenkampf verkörpert. Für eine polnische trotzkistische Partei als Teil einer wiedergeborenen Vierten Internationale!

Nach Workers Vanguard *Nr. 585, 8. Oktober*

SPARTAKIST

Nein zu kapitalistischem Elend, klerikaler Reaktion

Polnische Wahl: Abfuhr für Solidarnosc

WARSCHAU - Bei den Wahlen vom 19. September zum polnischen Parlament, dem Sejm, sprachen Werktätige, Frauen und Jugendliche ihr vernichtendes Urteil über vier Jahre Restauration des Kapitalismus. Die Parteien der Solidarnoœæ bekamen mächtig Prügel. Dagegen gewannen die zwei Parteien, die mit dem ehemaligen stalinistischen Regime in Verbindung gebracht werden, das Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) und die Polnische Bauernpartei (PSL), zusammen über ein Drittel der Stimmen und zwei Drittel der 460 Sitze im Sejm. Schauder jagten den Antikommunisten und Finanzleuten über den Rücken, als das Wahlergebnis bekannt wurde. Doch die Sieger sind genauso wenig „kommunistisch" wie Herr Solidarnosc, Lech Walesa selbst. Aber die dramatische Abstimmung in Polen symbolisiert eine Wende in ganz Osteuropa, da breite Schichten der Bevölkerung erkennen, daß sie durch Versprechungen über ein Paradies des „freien Markts" hinters Licht geführt worden sind.

Die verschiedenen Bestandteile der zersplitterten Solidarnosc-Bewegung wurden dezimiert. Die Demokratische Union (UD) der amtierenden Ministerpräsidentin Hanna Suchocka, der Thatcher-Anhängerin und „Eisernen Lady", die die bevorzugte Kandidatin des Internationalen Währungsfonds (IWF), von Frankfurter Bankern und Clintons Weißem Haus war, landete mit gerade mal 10 Prozent der Stimmen abgeschlagen auf dem dritten Platz. Suchockas ehemalige Koalitionspartner, der Liberal-Demokratische Kongreß (KLD) und die Christlichen Nationalisten (die als Teil des offen klerikalchauvinistischen „Vaterlands"blocks kandidierten), kamen erst gar nicht in den Sejm. Präsident Walesa hatte einen „Parteilosen Block zur Unterstützung der Reformen" (BBWR) als Vehikel für seine bonapartistischen Gelüste gegründet, aber der BBWR schaffte gerade noch mit Ach und Krach die 5 Prozent, die inzwischen für den Einzug ins Parlament erforderlich sind, noch hinter der Union der Arbeit (früher Arbeiter-Solidarnosc) und der faschistoiden Konföderation für ein Unabhängiges Polen (KPN).

Trotz der schamlosen Verpflichtung der SLD auf den Kapitalismus markiert ihr durchschlagender Sieg einen scharfen Protest der Werktätigen gegen die vom IWF diktierte, von den Solidarnosc-Parteien verabreichte, kapitalistische „Schocktherapie", die weitverbreitete Armut zur Folge hat und eine Arbeitslosigkeit von annähernd 20 Prozent. Das Wahlergebnis war auch eine deutliche Botschaft gegen das drakonische Anti-Abtreibungsgesetz, das früher in diesem Jahr durch den Sejm durchgepeitscht worden war als Teil des Kreuzzugs der katholischen Hierarchie, Polen in eine vom Vatikan beherrschte Theokratie zu verwandeln.

Vier Jahre, nachdem die stalinistischen Vorläufer der „erneuerten" Sozialdemokraten (SdRP) die Macht an Solidarnosc auslieferten, was die Zerstörung des bürokratisch deformierten Arbeiterstaats einläutete, sieht es so aus, als wäre die SdRP, die das SLD dominiert, drauf und dran, die Zügel der Regierung in einem inzwischen kapitalistischen Polen zu übernehmen. Das Wahlergebnis kam nach einem Wahlsieg von Ex-Stalinisten in Litauen und bei wachsender Unterstützung für ehemalige stalinistische Parteien in Ungarn und anderswo in Osteuropa und ließ daher in den westlichen Hauptstädten die Alarmglocken läuten. Zwei Tage nach der Polen-Wahl machte Washingtons Mann in Moskau, Boris Jelzin, seine häufig wiederholte Drohung wahr und löste das russische Parlament auf.

Am Vorabend der Wahlen inszenierten Walesa und Suchocka aufwendige Zeremonien zur Feier des Abzugs der letzten russischen Truppen aus Polen und des erneuten Begräbnisses von Sikorskis Leichnam, des nationalistischen Idols aus dem Zweiten Weltkrieg. Der unverhüllte Zweck dieses chauvinistischen Schauspiels, das zeitlich mit dem Jahrestag der sowjetischen Besetzung Ostpolens 1939

Fortgesetzt auf Seite 22



Spartakist — Platforma Spartakusowcow

Spartakisten verteidigten deformierten Arbeiterstaat Polen (links). 1. Mai in Warschau - Genossen fordern den Aufbau einer leninistisch-trotzkistischen Partei und Arbeitermobilisierungen gegen Antisemitismus und faschistische Angriffe

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 108 NOVEMBER/DEZEMBER 1993 50 Pfennig

AIDS und das Blutgeschäft des Vierten Reichs

BERLIN, 6. November — Die schockierende Nachricht, daß bis vor kurzem HIV-verseuchte Blutprodukte im ganzen Land und in andere Länder bewußt verkauft wurden, hat die Bevölkerung in Deutschland erschüttert. Betroffene deutsche Krankenhäuser haben mehrere Millionen Patienten behandelt. Ärzte berichten, daß bis zu 30 Prozent der Patienten Operationen verschieben. Krankenhäuser und Gesundheitsbehörden werden von Anrufen überflutet. Die ertappte Firma, UB-Plasma in Koblenz, kippte routinemäßig mehrere Blutproben zusammen, bevor sie getestet wurden — um Geld zu sparen. Solche Manipulationen haben HIV-positive Reaktionen verschleiert. Wie eine Frau in einem Berliner Supermarkt sagte: „Sie haben die Leute umgebracht, nur wegen dem Geld!"

Vier Beschäftigte von UB-Plasma wurden verhaftet, aber die wirklichen Kriminellen sitzen in Bonn. Mitte Oktober „entdeckte" Bonn, was es ein Jahrzehnt lang vertuscht hat: Die Pharma-Gangster haben seit Anfang der 80er Jahre bewußt infiziertes Blut verkauft. Über die Hälfte der Bluter in Westdeutschland — 2300 bis 2800 Menschen — und ebenso viele Empfänger von Transfusionen, anderen Blutprodukten

Fortgesetzt auf Seite 15

Balladur angeschlagen - Auftrieb für Arbeiter in ganz Europa

Air-France-Streik siegt!



Jobard-Witt/Sipa

„Die Regierung hat keine Angst vor den Streikenden der Air France. Was sie fürchtet, ist, daß alle auf die Straße gehen könnten und sagen: ‚Genug!'" (Ein streikender Air-France-Arbeiter).

„Dies ist kein Streik, sondern eine Revolte" (Bernard Bosson, französischer Minister für Transport).

Fast zwei Wochen lang stürzte ein Streik des Air-France-Bodenpersonals gegen drohende Entlassungen und Lohnkürzungen die Pariser Flughäfen in ein Chaos und endete mit einem Sieg auf dem Schlachtfeld. Der Kampf elektrisierte die französische Arbeiterklasse, während die Regierung aus Angst vor der Militanz der Arbeiter zurückschreckte. Als die neue, rechtsgerichtete französische Regierung von Edouard Balladur am 25. Oktober klein beigab, waren die bürgerlichen Sprachrohre in der ganzen Welt

Fortgesetzt auf Seite 21

Brief aus Italien

Staat und Pfaffen: Hände weg von der Abtreibung

Mailand, 21. Oktober 1993

An die *Spartakist*-Redaktion

Ich habe den *Spartakist* Nr. 106 (September) mit großem Interesse gelesen. Nachdem Hunderte von Fabriken plattgemacht wurden und mit ihnen das kostenlose Gesundheitswesen, die Kindereinrichtungen, die kostenlose Ausbildung, welche es jedem ermöglichte, einen Beruf zu erlernen oder an der Uni zu studieren, wurde nun nach drei Jahren Konterrevolution auch den Frauen das Recht auf ihre eigene Entscheidung über Familie und Kinder genommen. Damit wurde nicht nur den Frauen in der DDR eine der bedeutendsten sozialen Errungenschaften zerstört, sondern auch der jahrzehntelange Kampf der Frauenbewegung im Westen gegen den Schandparagraphen 218 zunichte gemacht.

Wenn Ihr schreibt, daß die Abtreibung wegen ihrer Rechtswidrigkeit praktisch aus allen öffentlichen Krankenhäusern verbannt worden ist, dann ähnelt dieser Zustand sehr dem, der im Lande des Papstes herrscht. Hier ist die Abtreibung durch das sogenannte Gesetz 194, welches 1978 unter dem Druck von sozialen Kämpfen in Kraft gesetzt wurde, nach obligatorischer Zwangsberatung und nur aus ökonomischen, sozialen sowie familiären Gründen erlaubt. Jedoch können sich Ärzte aus moralischen Gründen weigern, diesen chirurgisch relativ einfachen Eingriff durchzuführen, wodurch ein medizinisch betreuter und kostenloser Schwangerschaftsabbruch fast unmöglich ist.

Besonders für Arbeiterfrauen und Immigrantinnen ist es schwierig, dieses Mittel zur Geburtenkontrolle anzuwenden, da sich mit dem zunehmend reaktionären politischen Klima immer weniger Ärzte bereit finden, diesen Frauen zu helfen. Das schließt natürlich nicht aus, für ein „kleines Entgelt" einen Eingriff in einer Privatklinik durchführen zu lassen, was sich aber die Mehrheit der Frauen nicht leisten kann. Im Süden Italiens zum Beispiel betrug 1991 die Beschäftigungsrate bei den Frauen nur 25,3 Prozent, bei einer mittleren Rate von 30,7 Prozent in ganz Italien. Dabei ist es im Süden durch soziale Rückständigkeit und den besonders starken Einfluß der katholischen Kirche oftmals schwierig, ein Krankenhaus zu finden, das den Abbruch praktiziert. Das bedeutet für viele Hunderte von Frauen einen illegalen Schwangerschaftsabbruch ohne medizinisch qualifiziertes Personal, und damit, ihre Gesundheit und oft auch das Leben aufs Spiel zu setzen, genau wie schon vor 50 Jahren.

Die Mailänder Frauenklinik „Mangiagalli", eines der wenigen und wahrscheinlich das berühmteste Frauenkrankenhaus in Italien, wo eine unkomplizierte und freie Abtreibung praktiziert wird, ist seit der Einführung des legalen Schwangerschaftsabbruchs ständig Angriffen von seilen des Staates und des Klerus ausgesetzt. Im März dieses Jahres wurden einige Frauenärzte dieser Klinik vor den Richter geführt, nachdem in einer Razzia alle Unterlagen und Karteien über Schwangerschaftsabbrüche bei Minderjährigen durchsucht wurden, die nach Ablauf der 90-Tage-Frist gemacht wurden. Es wurden Strafen von einem Jahr und vier Monaten bis zu dreieinhalb Jahren für den dienstverantwortlichen Francesco d'Ambrosio und weitere fünf Ärzte festgesetzt. Die Lega Trotskista d'Italia, in der ich Mitglied bin, protestierte gegen diese Angriffe auf die demokratischen Rechte der Frauen und fordert: „Staat und Pfaffen — Hände weg vom Mangiagalli!" und „Rücknahme der Anklagen gegen die Abbruch-Ärzte!"

Am 6. März verteilten vor dieser Frauenklinik rund 30 Skinheads ungestört Flugblätter zur „Verteidigung des Lebens", ermuntert durch den moralischen Kreuzzug der Kirche und des Staates. Einige Tage später forderte der katholische Regisseur Franco Zeffirelli sogar die Todesstrafe für Frauen, die abtreiben. Die Lega Trotskista d'Italia kämpft für eine breite Mobilisierung von Krankenhauspersonal, Studenten, Arbeitern und Arbeiterinnen, die es den Faschisten unmöglich macht, die Frauen und die Belegschaft dieser Frauenklinik einzuschüchtern und zu bedrohen.

Zum Schluß möchte ich als ehemalige DDR-Bürgerin noch eine kurze Bemerkung zu den Abtreibungspraktiken in der DDR machen. Nach Einführung der freien und kostenlosen Schwangerschaftsunterbrechung Anfang der 70er Jahre waren die Unterbrechungen rückläufig. Das lag vor allem daran, daß die Pille einfach und kostenlos auf Rezept vertrieben worden ist. Auch der Aufklärungsunterricht im Biologieunterricht (im Alter von 14 Jahren), wo über Verhütungsmittel und ihre richtige Anwendung gesprochen wurde, trug dazu bei, daß Frauen in der Lage waren, selbst zu entscheiden, welches für sie das beste Mittel zur Geburtenkontrolle darstellt. Die Abtreibung gab es auf Rezept und ohne Zwangsberatung oder Unterschrift des Ehemannes bzw. der Eltern. Es war eine Angelegenheit zwischen Arzt und Patientin, und niemand hatte das Recht, die Entscheidung der Frau in Frage zu stellen.

Hier in Italien bevorzugt man Religionsunterricht in den Schulen oder schlägt den Jugendlichen sexuelle Enthaltsamkeit als wirksames Mittel gegen AIDS vor. Deshalb fordern wir „Religionsunterricht raus aus den Schulen", wir fordern die Trennung von Staat und Kirche, massive Verteilung von sicheren und wirksamen Verhütungsmitteln in den Schulen sowie eine adäquate Sexualerziehung in den Schulen.

Der Kampf für den Aufbau einer leninistischen Partei, welche in der Lage ist, die sozialen und politischen Kämpfe des Proletariats gegen die massiven Angriffe des kapitalistischen Staates auf bereits Errungenes zu führen, ist in Deutschland wie in Italien eng mit der Verteidigung und dem Kampf für die demokratischen Grundrechte der Frauen verbunden.

Mit kommunistischen Grüßen
Ramona B.

SPARTAKIST 

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Uwe Asanov

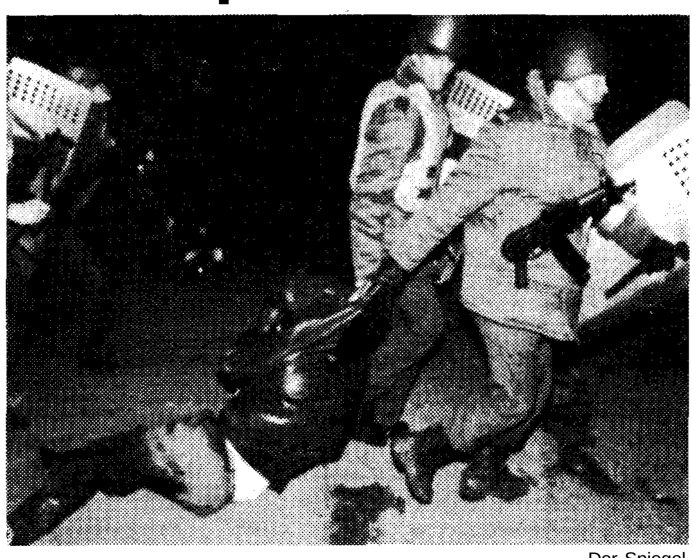
Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg, Fax (040)3301 54
Postfach 510655. 13366 Berlin, Fax (030)4911479, ab 1. Dezember (030)4439402
Redaktion Spartakist: Tel. (030)491 4546. ab 1. Dezember (030)4439401
Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5.- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 108 November/Dezember 1993

Jelzin verschärft die Repression

In den Tagen nach dem Massaker vom „Blutmontag" des 4. Oktober, bei dem vom russischen Parlamentsgebäude nur ein rußgeschwärztes Gerippe blieb, drückte Möchtegern-Zar Boris Jelzin eine Reihe von Maßnahmen durch, die das Ziel hatten, die Bevölkerung zu terrorisieren und jede Opposition gegen seine von den Imperialisten diktierte Austeritätspolitik des „freien Marktes" für ungesetzlich zu erklären. Tausende von Polizisten und Soldaten patrouillieren durch Moskau, zerstreuen selbst die kleinste Diskussion an der Straßenecke und greifen willkürlich Leute an, um sie zu verhaften. Jelzins Günstlinge sind eifrig dabei, vor allem im Schutz der Nacht, eine Terrorherrschaft auszuüben. Mehrere Dutzend Menschen sind von den schießwütigen Polizisten getötet oder verwundet worden.

Gegen dunkelhäutigere Menschen aus Zentralasien und dem Kaukasus, die von russischen Rassisten verächtlich „Schwarze" geschimpft werden, ist eine rassistische Hysterie entfacht worden, und sie werden zu Sündenböcken für den astronomischen Anstieg der Straßenkriminalität gemacht, die die Wiedereinführung des Kapitalismus begleitet hat. Die Moskauer Behörden nutzten den Belagerungszustand dazu aus, eine Serie von pogromartigen Razzien durchzuführen; offiziell schoben sie dabei 3400 nichtslawische Menschen ab und zwangen durch Terror mindestens weitere zehntausend dazu, innerhalb einer Woche die Stadt zu verlassen.



Der Spiegel

Jelzins OMON-Spezialeinheiten gehen gegen Verteidiger des Parlaments vor

Wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (11. Oktober) bemerkte, werden die offiziellen Angaben der Opfer zwar dauernd nach unten korrigiert, westliche Quellen dagegen

Fortgesetzt auf Seite 4

Über den Jelzin-Putsch: Korrektur zu unserem Standpunkt

Der Artikel „Jelzins Putsch dient den Imperialisten" in *Spartakist* Nr. 107 (Oktober) erklärt:

> „Fast zwei Wochen lang hatte es ein Patt zwischen den konkurrierenden Fraktionen der bürgerlichen Restauration gegeben. Diejenigen, die sich vor dem Weißen Haus versammelten, unterstützten politisch einen Flügel der Kräfte der kapitalistischen Restauration. Doch hätte es, als der Kampf auf die Straße getragen wurde, eine bedeutende Spaltung im Staatsapparat gegeben, die ein klares Machtvakuum eröffnete, dann hätte es die Möglichkeit für eine proletarische Mobilisierung unabhängig von beiden Lagern gegeben mit dem Ziel, alle kapitalistischen Kräfte wegzufegen. Aber die Unruhen haben diesen Punkt nicht erreicht, und die Arbeiterklasse sah niemanden, der für ihre Interessen kämpft."

Der Artikel verurteilte zwar Jelzins bonapartistischen Putsch, der von den USA unterstützt wurde, zog aber nicht die Schlußfolgerung, daß es notwendig war, die Arbeiterklasse dazu aufzurufen, aktiv dagegen Widerstand zu leisten. Vielmehr wurde ein solcher Widerstand von einer *vorherigen* Spaltung im Staatsapparat (d.h. Armee und Polizei) abhängig gemacht. In Wirklichkeit wäre eine proletarische Mobilisierung am ehesten ein notwendiger Katalysator für eine solche Spaltung gewesen. Im Laufe einer Diskussion innerhalb der Internationalen Kommunistischen Liga wurde entschieden, daß das Fehlen dieses Aufrufs eine abstentionistische Abstumpfung unserer Linie darstellte. Außerdem machte dieser Absatz dadurch, daß er ausdrücklich betonte, eine proletarische Mobilisierung müsse „unabhängig von beiden Lagern" sein, *nicht die Unterscheidung* zwischen politischer Opposition zu den sich bekämpfenden restaurativen Fraktionen und der Möglichkeit eines militärischen Blocks mit den Ruzkoi/Chasbulatow-Kräften, die *zu diesem Zeitpunkt* von Jelzin und seinen imperialistischen Gönnern als ein Hindernis für die Konsolidierung eines starken konterrevolutionären Regimes gesehen wurden.

Die Verteidigung des Parlaments, das der Konsolidierung der Macht in Jelzins Händen *im Wege stand,* gegen seine Auflösung im Dienste des Imperialismus stellte sich vom 21. September an. Als der Kampf am 3./4. Oktober auf die Straße getragen wurde, unterstrich dies die Zerbrechlichkeit des schwachen kapitalistischen Staates, doch die Arbeiterklasse sah in keiner Seite eine Kraft, die für ihre Interessen kämpfen würde. Eine massive Intervention der Arbeiterklasse hätte die bestehenden politischen Gruppierungen zertrümmert, denn beide Flügel fürchteten das Gespenst des Bürgerkriegs. Gefehlt hat eine revolutionäre Avantgarde, die im Proletariat verwurzelt ist; diese hätte glaubwürdig dafür kämpfen können, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten *unabhängig* zu mobilisieren, und wäre dabei einen *militärisehen Block* mit den Ruzkoi/Chasbulatow-Kräften eingegangen, die gegen Jelzins Vorstoß waren, seinen Griff nach der Macht vom August 1991 zu vervollständigen und seinen Sieg mit Blut zu besiegeln.

Ein militärischer Block mit den Ruzkoi/Chasbulatow-Kräften in dieser Konfrontation würde nicht die geringste politische Unterstützung beinhalten und würde nicht die Möglichkeit ausschließen, diese zeitweiligen Verbündeten gegen Jelzin schnell hinwegzufegen auf dem Weg zur Errichtung von Organen der proletarischen politischen Macht (d.h. Sowjets). Ein militärischer Block, wie andere gemeinsame Aktionen, heißt *nicht,* sich auf einem gemeinsamen politischen Programm zusammenzuschließen, wie kritisch auch immer. Es ist entscheidend, das eigene politische Programm und die organisatorische Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten, während man mit einer anderen politischen, oder in diesem Fall militärischen, Formation in einer konkreten und besonderen Aktion zusammen voigeht.

Jelzin...

Fortsetzung von Seite 3

sprechen von 500 bis 1000 Toten. Weitere Hunderte wurden zu „Befragungen" und Folter weggeschleppt. Einige „demokratische" Jelzin-Kräfte haben ein Verbot aller kommunistischen Symbole verlangt. (In unserer letzten Ausgabe haben wir fälschlicherweise berichtet, daß dieses Verbot schon verhängt worden sei.) Selbst zahme Sozialdemokraten wie Boris Kagarlizki wurden von OMON-Einsatztruppen zeitweilig verhaftet und brutal zusammengeschlagen.

Jelzin ist schnell daran gegangen, seine Präsidialdiktatur auszubauen. Ruzkoi, Chasbulatow und anderen verhafteten Führern der parlamentarischen Opposition drohen bis zu 15 Jahren Haft. Das Verfassungsgericht wurde suspendiert; lokale und regionale Vertretungsorgane wurden entweder aufgelöst oder ihre Macht zugunsten von handverlesenen „Gouverneuren" beschnitten. Bis auf ein paar regionale Vertretungsorgane haben sich alle Jelzins Dekret unterworfen, im Dezember Wahlen für eine „Duma" — die Bezeichnung für die Pseudo„legislative" der zaristischen Selbstherrschaft — abzuhalten, die nur Jelzins Politik absegnen soll. Dazu soll es eine Volksabstimmung über eine neue „Verfassung" geben, die Jelzins Clique ihm auf den Leib geschrieben hat. Diese Wahlen werden nicht nur massiv manipuliert sein, sondern sie werden auch, wie es ein Provinzbeamter formuliert hat, „Wahlen unter den Läufen von Maschinengewehren" sein.

Wie wir in der letzten Ausgabe schrieben, signalisierte Jelzins Sturm auf das Weiße Haus „die ersten Schüsse eines bonapartistischen Regimes, das sich vorgenommen hat, jeglichen Widerstand gegen die Verelendung durch den ‚freien Markt' brutal zu unterdrücken". Im Anschluß daran erließ Jelzin ein Dekret zur Aufhebung der Brot-Subventionen, wodurch die Preise um ein Vielfaches stiegen. Der neue Staatshaushalt soll 30 Prozent aller Industrieunternehmen schließen, was zu Millionen Entlassungen führen wird. Einer aus der neuen „Bisnes"-Elite frohlockte: „Ich wäre glücklich, wenn Jelzin für ein oder zwei Jahre ein Diktator wie Pinochet werden würde, um Rußland sicher zu machen und um der Wirtschaft die Chance zu geben, zu wachsen."

Als Jelzin vor zwei Jahren seinen proimperialistischen Gegenputsch durchführte, nach dem kläglichen Scheitern des Putsches von aufmüpfigen Gorbatschowisten, haben sich Liberale und Pseudolinke aller Schattierungen den Imperialisten angeschlossen und dies als eine „demokratische Revolution" bejubelt. Nur wir Trotzkisten von der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) stellten die Forderung auf: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!" Wir schrieben, daß die sowjetischen Arbeiter zur Verteidigung der sozialen Grundlagen des degenerierten Arbeiterstaats hätten mobilisiert werden müssen, um Jelzins Barrikaden der Konterrevolution niederzureißen.

Im Gegensatz dazu sandte am 21. August, dem Tag von Jelzins Gegenputsch, der damalige PDS-Vorsitzende Gregor Gysi seine „herzlichsten Glückwünsche" an Jelzin und gratulierte ihm „zum Sieg der Kräfte der Demokratie und der Freiheit", der „stets eng mit Ihrem Namen" verbunden sein wird. Nachdem die PDS mit Gorbatschows Rückendeckung die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkt hatte, war es keine Überraschung, daß diese Sozialdemokraten zu Jelzins Barrikaden eilten. Jetzt muß die PDS ihre Helden der „Demokratie und der Freiheit" kritisieren. Leider hat sein zweiter Putsch gegen die „Verfassung und Gewaltfreiheit" verstoßen. Schon bei der Auflösung des Parlaments beklagte sich der jetzige PDS-Chef Bisky laut *Neues Deutschland* (23. September), daß „Jelzin keinesfalls der beschworene Garant demokratischer Reformen" sei. Natürlich brachte er selbst diese Feststellung nicht über die Lippen, ohne „vor einer Verklärung sowjetischer Realität und der Ideologie des Zurück" zu warnen.

Die Gruppe Rabotschaja Demokratija (Arbeiterdemokratie), Schwesterorganisation der britischen Militant-Tendenz und der deutschen Voran-Gruppe, kletterte buchstäblich auf Jelzins Barrikaden, um sich dem zusammengewürfelten Abschaum von Anhängern der Wiederherstellung des Kapitalismus anzuschließen. Nun (bei einer Veranstaltung von Labor Militant am Hunter College in New York am 6. Oktober) versuchen sie ihre frühere Unterstützung für Jelzins „Demokraten" mit dem Argument zu verschleiern, daß es im Kapitalismus keine wirkliche Demokratie geben kann und Jelzin vorhat, eine kapitalistische Diktatur zu errichten. Aber erst vor ein paar Monaten hat Elizabeth Clark als Sprecherin bei einer Müitant-Sommerschulung in Britannien immer noch die Position vertreten, daß die Hauptaufgabe im August 1991 gewesen sei, die „winzigen Anfänge von Demokratie" dadurch zu verteidigen, daß man Jelzins Seite bezieht.

Wie wir vor fast einem Jahr schrieben: „Die Periode der offenen Konterrevolution, die von Boris Jelzins proimperialistischem Gegenputsch im August 1991 eingeleitet wurde, kulminierte angesichts des Ausbleibens von Massenwiderstand der Arbeiterklasse in der Schaffung eines bürgerlichen Staates, wie zerbrechlich und reversibel dieser auch sein mag" („Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde", *Spartakist* Nr. 100, Januar). Wir warnten auch davor, daß sich die neuen kapitalistischen Herrscher auf eine nackte bonapartistische Diktatur zubewegen werden, um den sowjetischen Massen die Verelendung durch den „freien Markt" aufzuzwingen. Das ist die Bedeutung von Jelzins Putsch. Wenn auch der blutige Henker im Augenblick fest im Sattel sitzt, gibt es aber noch nichts, was einer stabilen kapitalistischen Klasse nahekommt.

Zahlreiche Berichte verdeutlichen, daß die oberste Armeeführung bis zur letzten Minute zögerte, Truppen zum Sturm des „Weißen Hauses" einzusetzen, weil sie fürchtete, einen Bürgerkrieg zu entfesseln, der zu einer tiefen Spaltung im Militär und Staatsapparat geführt hätte. Selbst in Jelzins eigenem Lager hat es Abspaltungen gegeben, wie der Rücktritt seines altgedienten Beraters und stellvertretenden Ministerpräsidenten Sergej Schachrai zeigte. Inzwischen ist die russische Bevölkerung zutiefst entsetzt über das Blutbad, das auf den Straßen ihrer Hauptstadt entfesselt wurde.

Aber die Arbeiter können auf nichts schauen, was einer proletarischen Führung auch nur nahekäme. Obwohl die Kommunistische Partei — Russische Föderation (KP-RF) behauptet, 600 000 Mitglieder zu haben, war dieses größte Überbleibsel der auseinandergebrochenen stalinistischen Bürokratie in den zwei Wochen, die zu Jelzins Blutmontag führten, nirgendwo zu sehen. KP-RF-Führer Gennadi Sjuganow verurteilt das Verbot seiner Organisation unter Berufung darauf, daß er ein „wirklicher Zentrist" sei! In ähnlicher Weise protestierte ein Sprecher der Zeitung *Rabotschaja Tribuna* (Arbeitertribüne) — die vom ehemaligen offiziellen FNPR-„Gewerkschafts"-Dachverband und der korporatistischen Union der Industriemanager gemeinsam herausgegeben wird — gegen das Verbot: „Diese Zeitung hat alles getan, was sie konnte, um die Arbeiter von der Straße fernzuhalten" *(Financial Times,* 6. Oktober).

Was die sowjetischen Arbeiter brauchen, ist eine bolschewistische Partei, die sich dem Ziel verpflichtet, Jelzin und alle Möchtegern-Ausbeuter durch sozialistische Revolution wegzufegen. Aufhebung des Verbots aller Zeitungen und Organisationen! Freiheit für alle gefangenen politischen Jelzin-Gegner! Stoppt die rassistischen Polizei-Razzien gegen nichtrussische Minderheiten! Nieder mit Möchtegern-Zar Boris, dem Werkzeug der westlichen Banken!

Nach Workers Vanguard *Nr. 586, 22. Oktober*

Junge Spartakisten

Nach Pankower Pakt von CDU/SPD/PDS/Reps:

PDS/JRE verwandeln Antifa-Demo in Bittgesuch an Regierung

Mehrere hundert antifaschistische Jugendliche zogen am 15. Oktober zu dem bekannten Nazi-Treffpunkt „No Retnorse" in Pankow, wo rassistische Hetzmusik und Reichskriegsflaggen verkauft werden. Als die Demo in der Tiroler Straße ankam, war der Laden mit Brettern verbarrikadiert, Bullenwannen standen zum Schutz des Naziladens bereit. Viele Antifaschisten waren gekommen, um den Nazi-Dreck wegzuräumen. Aber das war nicht im Sinne der Organisatoren der Demo: Voran/JRE, Jusos, PDS und der Verband der Antifaschisten benutzten die Mobilisierung, um die Regierung aufzufordern, den Laden zu schließen. Wie ein Jugendlicher am Ende der Demo empört feststellte: „Ich finde es ziemlich erniedrigend, vor dem Laden zu protestieren und nichts wirklich dagegen zu tun!" Viele Jugendliche wollten mehr über die Perspektive der Spartakisten wissen, wir verkauften fast 80 Zeitungen und hatten eine Menge interessanter Diskussionen.

Viele Jugendliche verließen die Demo, als die Stoßrichtung der Organisatoren klar wurde. Eine konkrete *Aktion* war von JRE nicht geplant, sie wollten die Demo als Mittel benutzen, um „genügend Druck aufzubauen", um die SPD zum Verbot zu zwingen. Es wurden sogar JRE-Ordner abgestellt, um zusammen mit den Bullen Angriffe auf den Laden zu verhindern. Als ein Demonstrant die Polizei dafür angriff, daß sie Faschisten schützt, eilte der PDS-Sprecher zum Mikro, um sich zu distanzieren. Dann folgte der stellvertretende Pankower Bürgermeister von Bündnis 90/Grüne, der unter Pfiffen und Buhrufen beteuerte, daß man keine legalen Mittel habe, um den Laden einfach dichtzumachen; schließlich lebe man in einem „Rechtsstaat". Ja, im rechtlichen Nachfolgestaat des Dritten Reichs! In seiner Rede auf der Demo erklärte der Spartakist-Sprecher Steifen:

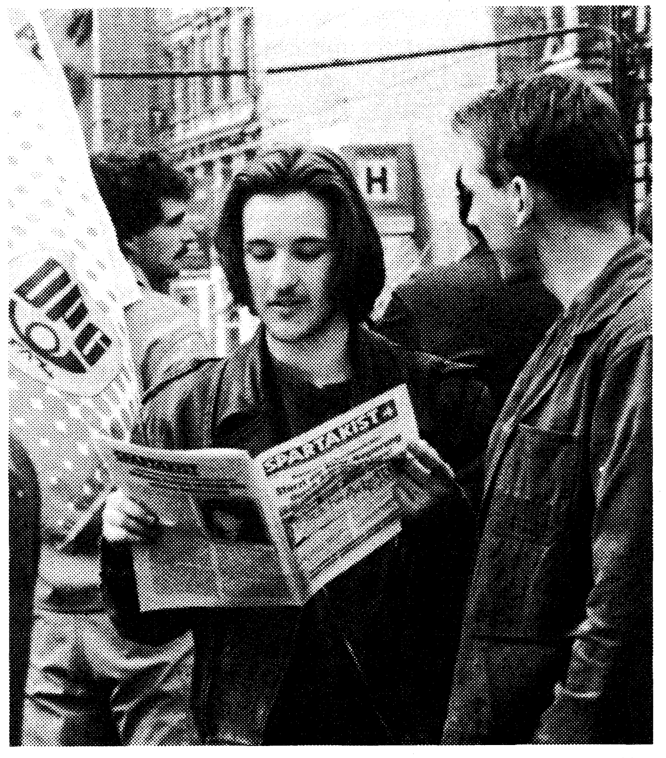
Appelle an den Staat, die Nazis zu stoppen, sind selbstmörderisch. Sowohl die SPD als auch die PDS, die auch zu dieser Demo aufgerufen hat, haben nach dem Nazi-Mord in Solingen eine gemeinsame Erklärung mit den Republikaner-Nazis unterschrieben, worin sie erklärten, daß sie „darauf dringen, daß der Nährboden für die zunehmende Radikalisierung auch in unserem Bezirk ausgetrocknet wird" (siehe „Schulterschluß von PDS und Rep-Nazis in Pankow" in *Spartakist* Nr. 105, Juli/August). Es ist klar, gegen wen sich das richten wird. Was notwendig ist, ist die *vom Staat unabhängige Mobilisierung* von Arbeitern und Immigranten. Hier in Deutschland gibt es *drei Millionen* türkische und kurdische Arbeiter. Dieser militante Teil der Arbeiterklasse, der kaum unter dem Einfluß der Anti-Asyl-SPD steht und direkt vom Staats- und Naziterror betroffen ist, muß zusammen mit allen Arbeitern und Antifaschisten mobilisiert werden, um die Faschisten zu zerschlagen. Dafür ist der Aufbau einer revolutionären Partei notwendig, für die wir Spartakisten kämpfen. So, und nur so, können wir die Nazis stoppen, hier und in den USA, in Frankreich, Britannien und überall.»

Spartakist-Abokampagne erfolgreich abgeschlossen

Wir begrüßen unsere neuen Leser des *Spartakist*, die wir bei der Abokampagne der SpAD gewonnen haben, und hoffen auf einen regen Austausch und gemeinsame Arbeit! Dieses Jahr hatten wir zum ersten Mal die Möglichkeit, durch die Spartakist-Station in Duisburg stärker im Ruhrgebiet zu intervenieren. Gratulation an die Genossen in Duisburg, die 188 Prozent ihrer Quote erreichten, und besonders an Genossen Steifen in Berlin, der beim Wettbewerb national die meisten Abos verkauft hat!

Endergebnis nach vier Wochen

	Quote	Punkte	Prozent der Quote
Berlin	110	117,5	107
Duisburg	25	47	188
Halle	60	62	103
Hamburg	50	59	118
Auf Entfernung	20	8	40
Insgesamt	**265**	**293,5**	**111**



Spartakist

Zehntausende marschieren, um BNP-Faschisten zu stoppen

London: Bullen schützen Faschisten vor antirassistischer Demo

Mehr als 50000 Menschen marschierten am 16. Oktober durch Südost-London, die größte antifaschistische Demonstration in Britannien seit zwei Jahrzehnten. Als Demonstranten versuchten, die Marschroute zum Hauptquartier der faschistischen British National Party (BNP) einzuschlagen, versperrten ihnen Hundertschaften von Bereitschaftspolizei den Weg, die Knüppel schwingend auf die Menge losgingen und mit Angriffen der berittenen Polizei nachsetzten. Dutzende Demonstranten wurden blutüberströmt in Krankenhäuser gebracht. Doch zwei Stunden lang wichen die empörten antifaschistischen Kämpfer nicht von der Stelle, sondern zwangen die rassistischen Schläger in Uniform, sich mehrere Male unter einem Hagel von Stöcken, Steinen, Ziegeln und Pflastersteinen zurückzuziehen. Die Polizei schleppte 31 antifaschistische Demonstranten weg.


Independent

London, 16. Oktober: Polizeitrupps greifen Antifaschisten an

Erst vier Wochen vorher, am 19. September, hatten Hunderte antirassistischer Demonstranten es geschafft, die Bullenketten in Brick Lane im Londoner East End zu durchbrechen und dem BNP-Abschaum einige harte Schläge zu versetzen. Die rassistischen „Zeitungen" der BNP und ein riesiger Union Jack wurden ihnen entrissen und verbrannt. Die Faschisten wurden mit faulem Obst, Eiern und Flaschen überschüttet, mehrere Möchtegern-Hitlers landeten auf dem Pflaster. Diese militante Aktion wurde größtenteils von der Anti Nazi League (ANL) und Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) organisiert. Wie wir in *Spartakist* Nr. 107 (Oktober) berichtet haben, war es das erste Mal in 15 Jahren, daß die BNP-Schläger nicht in der Lage waren, ihre wöchentlichen rassistischen Provokationen dort durchzuführen.

Nach diesem Sieg verhafteten die rachsüchtigen Bullen 23 der antifaschistischen Jugendlichen. Bereits am 10. September waren neun bengalische Jugendliche verhaftet worden, als Bullen eine Wache vor dem Krankenhaus von Tower Hamlets überfielen, wo der 17jährige Quaddus Ali nach einem mörderischen Angriff von rassistischen Schlägertypen im Koma liegt. Und nach dem 16. Oktober droht die Polizei mit weiteren Verhaftungen auf der Grundlage von Videoaufnahmen der Demonstranten. Die Spartacist League/Britain (SL/B) und das Partisan Defense Committee verlangen, daß alle Anklagen gegen die antifaschistischen Kämpfer sofort fallengelassen werden!

Am Tag vor der Demo vom 16. Oktober war die Gegend praktisch in einen Belagerungszustand versetzt worden. Die Polizei berief sich auf den Public Order Act [Gesetz über öffentliche Ordnung], um die Demo-Route am BNP-Hauptquartier vorbei abzulehnen, die von den Organisatoren des Protests von ANL und JRE schon Wochen vorher angekündigt worden war. Am Samstag riegelten Tausende von Bullen die Demo-Route sowie alle Straßen in einem knappen Kilometer Entfernung vom BNP-Hauptquartier ab, wo eine Handvoll Faschisten hinter Stahltüren kauerte. Während ANL-Organisatoren darüber „verhandelten", eine symbolische Delegation durch die Polizeisperre durchzulassen, rissen wütende Demonstranten eine Ziegelmauer nieder, um sich gegen den Bullenangriff zu bewaffnen. Demonstranten riefen in Sprechchören: „Polizisten schützen die Faschisten!"

In den Wochen vor der Demo kämpften die Spartakisten gegen selbstmörderische Illusionen in den bürgerlichen Staat, die von den reformistischen Organisatoren von ANL/JRE verbreitet werden. Ein SL/B-Flugblatt vom 26. September (auszugsweise abgedruckt in *Spartakist* Nr. 107, Oktober) erhob die Forderung: „Die Gewerkschaften, Minderheiten und die Linke müssen zu Tausenden mobilisieren: Jagt die Faschisten von der Straße!" Mit der Losung „Denkt an Cable Street!" rief das Flugblatt die Erinnerung an 1936 wach, als eine Mobilisierung von Hunderttausenden Arbeitern, viele von ihnen Juden, den Versuch eines faschistischen Marsches durch das East End stoppten.

SL/B-Unterstützer kämpften für diese Perspektive, auch auf einem Treffen am 28. September, zu dem die JRE und der örtliche Trades Council (Gewerkschaftsgruppe) von Tower Hamlets aufgerufen hatten. Am 16. Oktober marschierten die Spartacist League und ihre Unterstützer mit dem Banner „Keine erbärmlichen Appelle an den kapitalistischen Staat! Für Mobilisierungen der Gewerkschaften/Minderheiten, um die Faschisten zu zerschlagen!" Wie das SL/B-Flugblatt erklärte: „Die Arbeiter, die Frauen und die Schwarzen, Asiaten, Juden und Schwulen — die Zielscheiben des BNP-Terrors — brauchen eine *Arbeiterregierung,* so daß alle Menschen ein anständiges und sicheres Leben haben können, in einer Gesellschaft frei von Ausbeutung und Rassismus."«

„Es bildet sich der Staat heraus, es wird eine besondere Macht geschaffen, besondere Formationen bewaffneter Menschen entstehen, und jede Revolution, die den Staatsapparat zerstört, zeigt uns sehr deutlich, wie die herrschende Klasse die ihr *dienenden besonderen Formationen bewaffneter Menschen zu erneuern sucht und wie die unterdrückte Klasse danach strebt, eine neue Organisation dieser Art zu schaffen, die fähig ist, nicht den Ausbeutern, sondern den Ausgebeuteten zu dienen. " (W. I. Lenin, „Staat und Revolution")*

Begründungen für eine verrottete Linie

Unsere Genossen von der Spartacist League/Britain setzten sich in ihrem Flugblatt zur antifaschistischen Demo am 16. Oktober auch mit den Argumenten von Mitgliedern der Socialist Workers Party und von Militant (die die ANL und JRE organisieren) auseinander, mit denen die Aufrufe ihrer Organisationen an den kapitalistischen Staat gerechtfertigt werden, er solle gegen die Nazis vorgehen. Ihre kleineren deutschen Schwesterorganisationen, Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) und Voran, warten bestenfalls mit ähnlichen Argumenten auf. Wir drucken den Text auszugsweise ab.

Militant/SWP: „Wir können uns nicht auf den Staat verlassen, daß er die Nazis stoppt" *(Socialist Worker,* 9. Oktober). „Militant Labour ist nicht davon abhängig oder will nicht, daß der Staat die BNP verbietet" *(Militant,* 8. Oktober).

SU/B: ANL und JRE verlassen sich *doch* auf den Staat, daß er die Nazis stoppt. Ihre Vorstellung ist eine große Mobilisierung von Antifaschisten auf den Straßen ... um Druck auf den Staat auszuüben, damit er gegen die BNP vorgeht. Sie beide richten unaufhörlich Unterschriftenlisten an den Council (Stadtrat) von Bexley, er solle das BNP-Hauptquartier dichtmachen. *SW* sagt, „wenn es unserem Druck gelingt, den von den Tories regierten Council von Bexley dazu zu bringen, daß er ihr Hauptquartier dichtmacht, wird es ein gewaltiger Sieg sein". Am 25. Juni organisierte die JRE eine Protestaktion vor dem Innenministerium mit der Forderung, die Regierung solle das BNP-HQ dichtmachen. Der *Militant* (11. Juni) verkündete stolz: „JRE [in Deutschland] erreicht Verbot von Neo-Nazi-Konferenz." Sie bezeichneten diese Maßnahme der bayerischen Gerichte als einen „Sieg für uns". Doch im September hielt die NPD ihre Konferenz trotzdem ab. Was für ein Sieg!

Militant/SWP: Aber wir „verlassen" uns nicht auf den Staat: Wir machen diese Aufrufe nur, um neue, unerfahrene Antirassisten, die noch keine Sozialisten sind, zum Kampf gegen die BNP zu bringen.

SL/B: Appelle an den Staat sind 180 Grad entgegengesetzt zu dem, was eigentlich benötigt wird: Massenaktionen von Gewerkschaften und Minderheiten, um die BNP zu stoppen. Wenn man Leuten erzählt, sie sollen auf den Staat Druck ausüben, dann lenkt man ihre Energien ab. Man führt sie in die Irre, erzieht sie falsch und verstärkt Illusionen in bürgerliche Demokratie. Unterschriftensammeln *stoppt nicht Faschisten* — aber dafür schaffen sie für den kapitalistischen Staat einen Präzedenzfall, Organisationen der Linken und antifaschistische Aktionen zu zensieren, zu verbieten und zu unterdrücken. Der Public Order Act von 1936 sollte eine Maßnahme gegen den Faschisten Mosley sein. Seitdem ist er benutzt worden, um die Linke zu unterdrücken. Heute wird er genau gegen diese Demo benutzt.

Die Aufgabe von revolutionären Sozialisten ist es nicht, sich an liberale Ideen anzunähern, sondern die harten Argumente zu machen für die klare Vorstellung von Marx und Lenin über den *Klassencharakter* des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Demokratie.

Militant/SWP: Wir glauben nicht, daß der Council oder die Regierung tatsächlich der BNP das Handwerk legen wird: Dieser Aufruf soll nur die Tatsache aufdecken, daß der Staat nicht gegen die Faschisten vorgehen wird.

SL/B: Aber sie glauben in Wirklichkeit *doch,* daß die Regierung den Faschisten das Handwerk legen wird. Als die Polizei am 26. September 57 BNPler verhaftete, sagte ein ANL-Sprecher: „Wir begrüßten die Polizeiaktion, aber sie hätte wirklich eher kommen sollen. Wir wollten, daß sie den Zeitungsverkauf der BNP in der Gegend schon lange vorher stoppt" *(Independent,* 27. September).

Wenn die Polizei oder die Gerichte bei der einen oder anderen Gelegenheit gegen die Faschisten vorgehen, werden sie mehr als tausendmal so oft gegen Minderheiten, streikende Arbeiter und Antifaschisten vorgehen. Der bürgerliche Staat wird niemals den Faschismus beseitigen oder auch nur beiseite schieben, denn die Faschisten werden in Reserve gehalten, um den wirklichen Feind zu zerschlagen — die revolutionäre Arbeiterbewegung. In Deutschland wurde 1932 Hitlers SA verboten, doch ein Jahr später wurde Hitler die Macht ausgehändigt, um den deutschen Kapitalismus zu retten.

Die dringende Notwendigkeit von Massenmobilisierungen unter der Führung von disziplinierten Kontingenten der Arbeiterklasse kommt von der Tatsache, daß sie die *entscheidende* soziale Macht haben, den Staat dazu zu bringen, daß er zurückweicht, während ein *entscheidender* Schlag gegen die Faschisten geführt wird. Und sie haben die Macht, das verrottete kapitalistische System loszuwerden, das den Faschismus brütet. Nur ein *Arbeiterstaat* wird die Faschisten unterdrücken, wie die Bolschewiki es mit den Schwarzhundertern nach der Revolution des Oktober 1917 machten.

SWP und Militant wollen nur die Tories rauswerfen — und eine weitere kapitalistische Labour-Regierung rein kriegen. Sie kämpfen nicht dafür, daß die Arbeiterklasse die Macht erobert — das würde eine unversöhnliche politische Opposition gegen die Irreführer von der Labour Party und von den Gewerkschaften erfordern, was die einzige Grundlage für die Schmiedung einer revolutionären Partei ist.

Militant/SWP: Wir sind für „keine Plattform für Faschisten": Es ist offensichtlich, daß wir für eine unabhängige Mobilisierung sind, um die BNP zu stoppen.

SL/B: Nein, es ist nicht offensichtlich. SWP und Militant Labour benutzen diese Losung, um eine klare Stellungnahme dazu zu vermeiden, *wer* die Faschisten stoppen wird. Unser Aufruf zu Mobilisierungen der Gewerkschaften/Minderheiten, um die BNP zu stoppen, ist völlig unzweideutig. Genau deshalb haben wir eine marxistische, revolutionäre Perspektive. Der Unterschied zwischen Reformisten und Revolutionären ist genau die Frage des Staates. Der Appell von Militant und SWP an den Staat, gegen die Faschisten vorzugehen, ist ihre *reformistische* Grundposition. •

Neue Welt-Unordnung und der Zusammenbruch des Stalinismus



Workers Vanguard

Kuba in Gefahr

Nachfolgend drucken wir die redaktionell überarbeitete Rede von Jan Norden, dem Herausgeber von Workers Vanguard *und Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., die er am 10. September an der Columbia-Universität in New York gehalten hat (übersetzt und gekürzt aus* Workers Vanguard *Nr. 585, 8. Oktober).*

Um über Kuba zu reden, müssen wir zuerst über die Russische Revolution reden. Denn man kann nicht verstehen, was heute in Kuba geschieht, ohne dies in Zusammenhang mit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion zu bringen, womit man beim Kern des Problems ist.

Die Oktoberrevolution von 1917 in Rußland, angeführt von Lenin und Trotzki, war das entscheidende Ereignis dieses Jahrhunderts, ein Wendepunkt der Weltgeschichte, als zum ersten Mal die Arbeiterklasse, an der Spitze aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, die Macht eroberte auf der Grundlage eines internationalistischen Programms, das die sozialistische Weltrevolution zum Ziel hatte. Die Sowjetunion, die aus dieser Revolution entstand, war selbst nach der Eroberung der politischen Macht durch Stalin an der Spitze einer konservativen Bürokratie ein entscheidender Faktor in den Kämpfen der 30er Jahre, des Zweiten Weltkriegs, der kolonialen Unabhängigkeitsbewegungen nach dem Krieg; die militärische Stärke der Sowjetunion und besonders ihr Atomwaffenarsenal wehrte die Imperialisten 45 Jahre lang während des Kalten Kriegs und der sogenannten „Entspannung" ab. Ähnlich hat heute der Zusammenbruch des stalinistischen bürokratischen Regimes im August 1991, der zur Zerstörung des sowjetischen Arbeiterstaats geführt hat, Auswirkungen in der ganzen Welt gehabt und hat sie immer noch. Die Möchtegern-Herren der Welt an der Wall Street, im Weißen Haus und im Pentagon tönen groß vom „Tod des Kommunismus" und verkünden eine „Neue Weltordnung", dominiert von den Vereinigten Staaten, kaum verhüllt durch den „multilateralen" Deckmantel ihres Anhängsels, der Vereinten Nationen.

Die Yankee-Imperialisten meinen, daß sie jetzt freie Hand haben, sich alle ihre Feinde vorzunehmen. Und ganz oben auf ihrer „Liste von Feinden", wie Nixon sie genannt

Bürokratisches Castro-Regime in der Sackgasse — Verteidigt Kuba gegen Imperialismus und Konterrevolution!

hat, ist Kuba — egal, ob ein Republikaner oder ein Demokrat im Weißen Haus sitzt. Dreieinhalb Jahrzehnte nach der Revolution sind die amerikanischen Herrscher immer noch so wütend über die Dreistigkeit dieser Halbkolonie — die nicht nur in ihrem Hinterhof liegt, sondern an der Schwelle zu ihrer Hintertür —, daß sie den Kapitalismus gestürzt hat, und aus Furcht, daß dies die Revolution auch anderswo in ihrem lateinamerikanischen neokolonialen Imperium inspirieren könnte, ist Washington fest entschlossen, die Insel in die Knie zu zwingen.

Kuba ist eine Schlüsselfrage für Revolutionäre auf der ganzen Welt, besonders in den USA und in Lateinamerika, und für die Spartacist Tendenz war es seit ihrem Ursprung in der Revolutionary Tendency (RT) der Socialist Workers Party (SWP) eine prägende Frage. Während die SWP Fidel Castro als einen „unbewußten Trotzkisten" bejubelte, betonte die RT, daß seine kleinbürgerliche nationalistische Guerillabewegung, die ursprünglich versucht hatte, ein Programm bürgerlich-demokratischer Reformen durchzuführen, sich gezwungen sah, die Kapitalisten zu enteignen, sowohl die ausländischen als auch die einheimischen, weil dies die einzige Alternative dazu war, sich gegenüber dem US-Imperialismus zu ergeben oder von ihm militärisch besiegt zu werden. Und daß der Charakter von Castros Regime und sein politisches Programm qualitativ das gleiche waren wie die von den Stalinisten beherrschten degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten, obwohl der Ursprung von Castros Bewegung des 26. Juli sich von den stalinistischen Parteien unterschied.



Workers Vanguard

New York, September 1991: Spartacist League protestiert vor kubanischer UN-Mission gegen Gorbatschows verräterische Einstellung sowjetischer Hilfe

Während also die Linken anfänglich enthusiastisch für den Castroismus waren, nahm die Spartacist Tendenz auf der Basis einer marxistischen Analyse die Position ein, daß Kuba ein *deformierter Arbeiterstaat* war, den wir bedingungslos gegen Konterrevolution und Imperialismus verteidigen. Und wir haben darauf bestanden, daß dieses eng begrenzte, naticnalistische, bürokratische Regime ein Hindernis für die Ausweitung der Revolution war und ist, daß es eine proletarisch-politische Revolution in Kuba geben muß, um den Weg nach vorn zu öffnen. Wenn „Sozialismus in einem Land" in der gigantischen Sowjetunion, die ein Sechstel der Welt umfaßte, eine nationalistische Lüge und Unmöglichkeit war, dann ist die Castro-stalinistische Version des Sozialismus auf einer kleinen Karibikinsel, 90 Meilen entfernt von der mächtigsten imperialistischen Macht auf Erden, dies noch viel mehr. Und durch den Untergang des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates, mit dem Kuba drei Viertel seines Außenhandels betrieben hat, von dem es lebenswichtige Öllieferungen bezog und der auch eine militärische Präsenz auf der Insel hatte als Stolperdraht gegen eine US-Invasion, ist nun Kubas Situation aufs äußerste gefährdet.

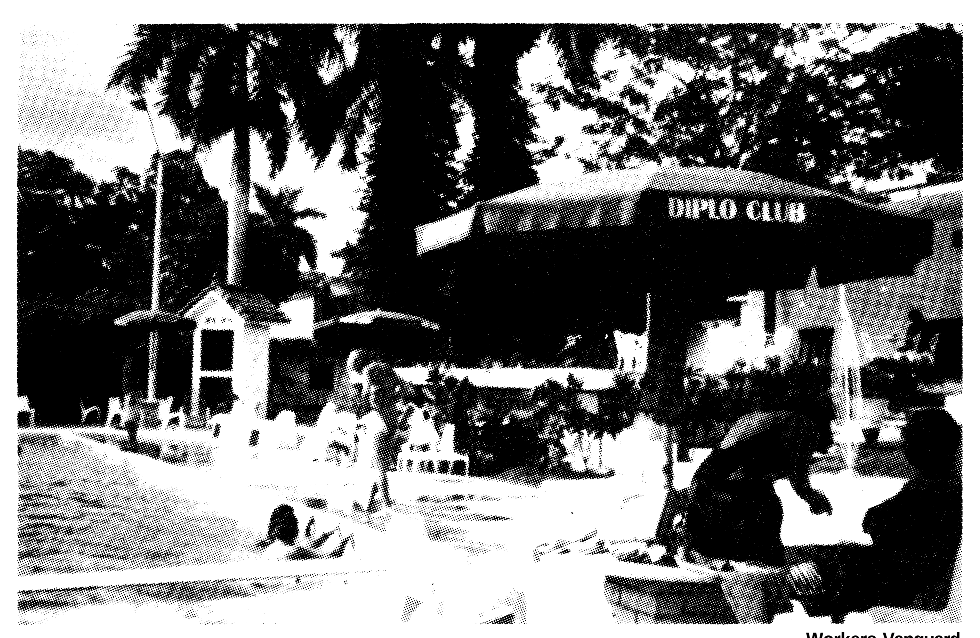
In unserem Artikel „May Day in Havana" [1. Mai in Havanna] im *Workers Vanguard* Nr. 576 [21. Mai] haben wir festgestellt, daß die größte Gefahr für Kuba heute darin besteht, daß es durch die Aushungerungsblockade des US-Imperialismus langsam stranguliert wird. Wir schrieben: „Isoliert kann die Kubanische Revolution nicht überleben: ‚Sozialismus auf einer Insel' hat keine Zukunft. Die bürokratische Führung des kubanischen deformierten Arbeiterstaates wird dazu getrieben, Anpassung, friedliche Koexistenz* mit dem ‚aufgeklärten' Kapitalismus zu suchen." Während wir für eine politische Arbeiterrevolution und eine leninistisch-trotzkistische Partei in Kuba eintreten, betonen wir, daß „nur eine Perspektive der Arbeiterrevolution, von proletarischen Aufständen in ganz Lateinamerika und darüber hinaus in die Höhle des imperialistischen Löwen den kubanischen Massen einen Weg vorwärts weisen kann." Noch weit mehr als je zuvor ist in dieser verzweifelten Situation der Kernpunkt der Verteidigung von Kuba *international*, besonders in Lateinamerika, und dies ist eine wichtige Aufgabe für Revolutionäre in den USA. Und die entscheidende Hilfe liegt nicht darin, daß verschiedene Solidaritätskomitees Arzneimittel sammeln, so sehr das auch gebraucht wird, sondern im Kampf für die proletarische Revolution *hier* und in den industriellen Schlüsselzentren Lateinamerikas — Mexiko, Brasilien, Argentinien.

Kuba in extremer Gefahr

Wir sind vor kurzem von einer zweiwöchigen Reise nach Kuba zurückgekommen, bei der wir quer durch die Insel gereist sind, deshalb würde ich euch gern einige Eindrücke von der Situation in Kuba geben. Zuerst ist es wichtig zu betonen, daß diese winzige Insel den höchsten Lebensstandard der Arbeiterklasse in ganz Lateinamerika erreicht hat. Nach den offiziellen Statistiken liegt das Bruttosozialprodukt bei 2500 Dollar pro Kopf. Das ist ungefähr soviel wie in Argentinien, aber man kann die Statistiken eines Arbeiterstaates nicht direkt mit denen eines kapitalistischen Landes vergleichen. Schon allein der Grad an Ungleichheit ist in Kuba weit geringer. Man sieht sofort, daß die Arbeiterviertel in und um Havanna und Santiago de Cuba in besserem Zustand sind als die riesigen Slums, die Buenos Aires umgeben.

Und man sieht es an einer ganzen Reihe von Statistiken: Die Säuglingssterblichkeit in Kuba ist jetzt auf 9,3 pro tausend gesunken, weniger als in New York, und sie ist während dieser schweren Wirtschaftskrise weiter gesunken. Die Lebenserwartung beträgt für Männer 72 Jahre und für Frauen 76 Jahre. Der Anteil der Menschen, die lesen und schreiben können, liegt mit 96,2 Prozent höher als in den USA; 88 Prozent der Kinder im schulpflichtigen Alter gehen auf weiterführende Schulen; es gibt eine große Anzahl von Universitätsstudenten und Absolventen, von denen die Mehrheit Frauen sind.

Fortgesetzt auf Seite 10



Workers Vanguard

Zweigleisige Wirtschaft schafft Luxus für diejenigen mit „Dollar-Zugang". Pool im exklusiven „Diplo Club" in Havanna

Kuba...

Fortsetzung von Seite 9

Dies könnte man noch lange fortführen. Kuba hat den zweithöchsten Nahrungsmittelverbrauch pro Kopf in Lateinamerika, der Kalorienverbrauch beträgt mehr als 3100 pro Tag. 95 Prozent der Bevölkerung hat Elektrizität. Mit 22,5 Prozent der Beschäftigten in der Industrie (und weiteren 16 Prozent im Baugewerbe und Transportwesen) war es das bei weitem industrialisierteste Land Lateinamerikas. Aber ganz plötzlich ist dieses Land brutal in eine vorindustrielle Periode zurückgeworfen worden.

Heute ist Kuba dem ernstesten und kritischsten Augenblick seit der Revolution ausgesetzt — etwas, was dort jeder versteht. Die Situation ist grauenhaft, weil sie zwischen der amerikanischen Blockade und dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks gefangen sind. Die Leute erzählen einem, daß sie seit 1989, als der Sowjetblock zusammenzubrechen begann — mit kapitalistisch-restaurativen Regierungen in Polen und der Tschechoslowakei und der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands —, nie gedacht haben, daß sie überhaupt so lange durchhalten würden. Ihre Haltung ist, wir haben es irgendwie bis hierher geschafft, aber so kann es nicht weitergehen.

Die Tatsache, daß Kuba gegen diesen enormen Druck standhalten konnte, ist ein direktes Ergebnis des kollektivierten Eigentums. Nehmt zum Beispiel die Frage von Energie und Transport. Weil die Sowjetunion Kuba den Ölhahn zugedreht hat, ist die Energieversorgung drastisch auf 30 Prozent des früheren Niveaus zurückgegangen. Das bedeutete, daß eine ganze Reihe von Industrien massiv zurückgeschaltet wurden und der Transport praktisch militarisiert wurde. Mehr als eine Million Fahrräder wurden aus China importiert, und Kuba hat angefangen, seine eigenen Fahrräder zu bauen. Sie haben auch damit angefangen, Karren herzustellen, die von Pferden gezogen werden und als Taxis dienen — es macht einen rasend zu sehen, wie sie auf einen vormotorisierten Stand zurückgezwungen werden.

Aber was vielleicht zum Mittelpunkt der Krise werden wird, ist die Frage der Nahrungsmittel. Hungrige Bäuche ergeben eine Menge Stimmen bei Wahlen, wie die Sandinistas 1990 erfahren haben. Wenn es eine Perspektive gibt, dann kommen die Menschen über viel hinweg, aber es gibt keine Aussicht darauf, daß es aufhört, und es sieht wirklich sehr schlecht aus — es gibt *sehr* wenig zu essen. Ich möchte euch hier die Liste der Rationen in Centro Habana vorlesen: Brot — ein Brötchen pro Tag. Mehr nicht. Reis — fünf Pfund pro Monat. Zucker — sechs Pfund pro Monat. Speiseöl — ein Viertel Liter pro Monat. Getrocknete Bohnen — *ein halbes Pfund* pro Monat. Zigaretten — nun, sie haben Tabak, also bekommen sie vier Stangen pro Monat. Hühnerfleisch — *ein halbes Pfund* alle *zwei* Monate, „cuando llega" (wenn es geliefert wird). Eier — 16 pro Monat. Fisch — zwei Pfund pro Monat, das ist die Haupteiweißquelle, was immer noch zu bekommen ist, weil Kanada Kuba vor Neufundland fischen läßt. Und Milch gibt es für Kinder unter sieben Jahren, aber für niemanden sonst.

Ein Wissenschaftler von Mitte 30, mit dem wir uns unterhalten haben, erklärte, daß es nicht nur der Mangel an Nahrungsmitteln ist, sondern wie demoralisierend dies ist. Er sagte: „Vor zehn Jahren hätte ich nie irgend etwas auf dem Schwarzmarkt gekauft, ich unterstütze die Revolution. Aber man hat eine Familie, man hat Kinder, also geht man hin und kauft etwas Milch auf dem Schwarzmarkt, und dann fühlt man sich schrecklich. Man fühlt sich einfach demoralisiert, weil man es getan hat."

Verschiedene Leute, mit denen wir geredet haben, argumentierten, daß Kuba zur Lösung der Nahrungskrise eine „Neue Ökonomische Politik" braucht, wie die NEP in der Sowjetunion während der 20er Jahre, als es Kleinbauern erlaubt wurde, ihre eigenen Produkte zu vermarkten. In der Tat gibt es relativ wenig unabhängige Bauern; die meisten sind in Kooperativen, und dann gibt es noch Staatsfarmen. Aber wie dem auch sei, eine NEP wird die Probleme nicht lösen. In der Sowjetunion gab es, kaum daß sie den Privathandel zugelassen hatte — was, wie Lenin offen zugab, ein Rückzug in Richtung Kapitalismus war, ein *zeitweiliger* Rückzug —, die „Scherenkrise", wie Trotzki es genannt hat, ein Mißverhältnis von Preisen und Produktion in der Industrie und Landwirtschaft. Die Bauern produzierten einfach nichts mehr, weil sie mit ihren Einnahmen nichts kaufen konnten. Nun, in Kuba geht die Schere massiv auseinander, und es ist völlig egal, ob die Bauern in Pesos oder Dollar bezahlt werden, denn es gibt sehr wenig an Industrieproduktion, um die Produkte bereitzustellen, die sie benötigen.

Es wäre möglich, eine beträchtliche Zunahme der Nahrungsmittelproduktion zu erreichen, indem man eine entschiedene Mobilisierung der Werktätigen organisiert. Aber um das zu machen, wäre es notwendig, wirkliche Arbeiterdemokratie einzuführen, damit die Arbeiter selber entscheiden können, was getan werden muß, um mit der Krise fertigzuwerden. Und solch eine Mobilisierung würde in die zur Einführung kapitalistischer Marktmechanismen entgegengesetzte Richtung gehen. Während die Kubaner also immer noch unterschiedliche Sachen wie die studentischen Arbeitsbrigaden und die Arbeitsarmee der Jugendlichen haben, die noch aus den ersten Jahren der Revolution stammen, so hat die Regierung dies *nicht* ausgeweitet. Es gibt eine Wanderungsbewegung hinaus aus den Städten, Menschen gehen zurück zu ihren Familien aufs Land, aber dies passiert überwiegend individuell. Und auf jeden Fall ist der Kernpunkt der, daß *Kuba nicht über die Krise wegkommen kann, indem es sich auf eine vorindustrielle Gesellschaft zurückzieht und landwirtschaftliche Selbstversorgung anstrebt.*

Oder nehmt den Fall dieser eigenartigen Augenkrank-

heit, die sie „Optoneuritis" genannt haben. Im letzten März haben sie zufällig von der Existenz dieser Epidemie erfahren, weil die Behörden in der Provinz Pinar del Río im Westen andauernd nach mehr Medizin verlangt haben. Die Ärzte entschieden aufgrund der Anhaltspunkte, daß Vitaminmangel eine der möglichen Ursachen ist. Angesichts der Nahrungsmittelknappheit, durch die die Rationen auf rund 1200 Kalorien pro Tag reduziert wurden, gibt es eine wirkliche Gefahr von Unterernährung, obwohl niemand verhungert. Die Regierung entschied, eine Multivitamin-Tablette des B-Komplexes zu produzieren, und 35 Tage nach dem Zeitpunkt, wo sie die Existenz dieser Krankheit herausgefunden hatten, fingen sie mit der Produktion dieser Tabletten an. Sie produzieren jetzt elf Millionen Tabletten pro Tag; es gibt elf Millionen Menschen im Land. Diese Tabletten werden den Hausärzten gegeben — ja, sie machen Hausbesuche —, die herumgehen und diese Tabletten verteilen. Einmal im Monat bekommt man eine Packung mit 30 Pillen, weitere 30 für jedes Kind, für jeden im Haushalt.

Angesichts einer Notsituation waren sie also in der Lage, einige grundlegende Maßnahmen zu ergreifen und effektiv zu intervenieren, mit dem Ergebnis, daß die Zahl neuer Fälle dramatisch gesunken ist. Dies ist eine fundamentale Demonstration der Stärke der kollektivierten Wirtschaft, schnell Ressourcen mobilisieren zu können. Aber es zeigt auch auf höchst dramatische Weise, wie schlimm die wirtschaftliche Situation in Kuba heute ist.

Castros bürokratisches Regime in der Sackgasse

In der Ankündigung dieser Rede haben wir gesagt, daß das bürokratische Castro-Regime in einer „Sackgasse" steckt. Trotzki hat immer wieder betont, daß — wenn die parasitäre bürokratische Kaste in Rußland nicht rechtzeitig durch Arbeitersowjets gestürzt wird — die stalinistischen Verräter der Revolution, die die internationale Ausweitung verhindern, zu einer sozialen Konterrevolution führen würden, wie es jetzt in Osteuropa und der Sowjetunion geschehen ist, wie es China und Vietnam droht und heute unheilvoll über Kuba schwebt.

Was sind also heute die Aussichten für Kuba? Ohne beträchtliche staatliche Hilfe eines weit mächtigeren Arbeiterstaats kann der deformierte Arbeiterstaat auf dieser Insel mit seinen elf Millionen Menschen nicht aus eigener Kraft überleben, und solche Hilfe ist nicht verfügbar. Das ist klar. Das Castro-Regime ist sich auch recht genau darüber im klaren, was seine Aussichten sind, weshalb es sich als lateinamerikanisch nationalistisch darzustellen versucht und José Martí statt Karl Marx in den Vordergrund stellt. Und es führt ganz bewußt Maßnahmen ein, die zu einem kapitalistischen Markt und zu kapitalistischen Eigentumsformen führen. Castro hielt vor sechs oder acht Monaten eine Rede, in der er sagte, wir brauchen unbedingt Dollars, wir haben kein Öl zu verkaufen, was wir verkaufen können, ist der Strand. Das machen sie jetzt also. Bisher sind dies Joint ventures, meist mit spanischen oder kanadischen Firmen, es sind Verträge begrenzter Natur, fünf Jahre Laufzeit, und das tatsächliche Eigentum bleibt beim kubanischen Staat. Aber es gibt eine Diskussion darüber, weit über Joint ventures im Tourismus hinauszugehen, und genauso auch in der Industrie. Es gibt schon Joint ventures mit den Kanadiern über mögliche Ölbohrungen.

Am 26. Juli, dem 40. Jahrestag des Angriffs auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba, hat dann Castro seine Rede gehalten, in der er ankündigte, daß der Besitz von Dollars im Lande legalisiert werde. Dies wird wahrscheinlich ein Wendepunkt werden. Interessanterweise gab es diesmal keine Großdemonstration zum Jahrestag. Viele Untergrunddiskussionen drehten sich darum, daß zusätzlich zu den sehr realen wirtschaftlichen Gründen, warum es für sie schwierig war, für eine Feier im großen Stil zu mobilisieren — es waren am 1. Mai in Havanna gerade erst eine Million Menschen gewesen, so viel wie noch nie —, wir von Leuten in der Kommunistischen Partei hörten, sie seien darüber besorgt, daß bei Castros Ankündigung, daß der Besitz von Dollars legalisiert werden sollte, möglicherweise ein lautes „Nein!" von Parteimilitanten aus der Menge kommen würde.

Die Legalisierung des Dollar-Besitzes war auf der einen Seite eine Anerkennung der Realität, denn es gibt eine Menge von Leuten, die in Kuba heute Dollars besitzen. Der Tourismus ist eine ziemlich große Wirtschaftsbranche — er ist in den letzten vier oder fünf Jahren um 40 Prozent pro Jahr gestiegen. Zusätzlich haben die Exil-Kubaner in Miami, die Gusanos, Geld rübergeschickt. Teilweise wollten sie damit also etwas von der enormen Menge an Dollars unter den Matratzen hervorholen, damit sie diese Devisen zur Finanzierung von Importen benutzen können. Und um das zu machen, reorganisierten sie das Netz von Dollar-Läden, die an Kubaner verkaufen, so ungefähr im Stil der „Intershops", die es in der DDR gab. Aber in erster Linie bedeutet die Legalisierung des Dollars einen großen Einbruch in das staatliche Außenhandelsmonopol, eines der grundlegenden wirtschaftlichen Erfordernisse für die Existenz eines Arbeiterstaats. Damit wird der Dollarisierung der Wirtschaft Tür und Tor geöffnet.

Im Austausch dafür, ein paar Devisen zu bekommen, macht das Regime den Dollar zum allseits begehrten Objekt. Erinnert euch daran, daß es in der DDR am 18. März 1990 die — wie wir es nannten — „D-Mark-Wahlen" gegeben hat. Wir haben hart dagegen gekämpft, und die Spartakist-Arbeiterpartei war die einzige, die klipp und klar „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!" gesagt hat. Der entscheidende Punkt war, daß Gorbatschow grünes Licht für die westdeutsche Annektion gegeben hat, aber der Schlüssel zum Wahlergebnis war, daß der westdeutsche Kanzler Kohl eine Umtauschrate von DDR-Mark in D-Mark von 1:1 versprochen hat. Und das war in der ganzen vorhergehenden Periode vorbereitet worden, als die DDR-Regierung durch ihre Politik die Menschen praktisch ermutigt hat, sich darauf zu konzentrieren, D-Mark zu bekommen. Dies kann also gewaltige konterrevolutionäre Auswirkungen haben.

Fortgesetzt auf Seite 12

KONTAKTADRESSEN

Berlin SpAD, Postfach 51 0655, 13366 Berlin
Telefon: (030)4927866
Neue Telefonnummer ab
1. Dezember: (030)4439400

Duisburg T. Endruweit, Postlagernd
47051 Duisburg
Telefon: (02 03) 6 58 92

Halle SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle
Telefon: (0345)29055

Hamburg SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (040)323644

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)



Mar» García Joya

Heroische kubanische Kämpfer feiern ihren Sieg nach der Zurückschlagung der von den USA organisierten Schweinebucht-Invasion (Playa Girón) 1961

Kuba...

Fortsetzung von Seite 11

Lenin sagte über die Russische Revolution, daß die Sowjetunion durch die wirtschaftliche Unterminierung der Revolution stärker gefährdet ist als durch die Kanonen der Imperialisten. Und Trotzki sagte in *Verratene Revolution,* seiner Analyse von Stalins UdSSR:

> „Eine militärische Intervention ist gefährlich. Eine Intervention billiger Waren im Gefolge der kapitalistischen Armeen wäre weitaus gefährlicher. Der Sieg des Proletariats in einem der westlichen Länder würde natürlich das Kräfteverhältnis mit einem Schlag radikal verändern. Aber solange die UdSSR isoliert bleibt, schlimmer, solange das europäische Proletariat nur Niederlagen erleidet und zurückweicht, solange bemißt sich die Stärke des Sowjetsystems letztlich an der Arbeitsproduktivität..."

Für das winzige Kuba gilt dies noch zehnmal mehr.

Mittlerweile führt die Kombination von schwerer wirtschaftlicher Krise und rapide zunehmender Dollarisierung zu einer explosiven Mißstimmung in der Bevölkerung. Es entwickelt sich so eine Art von zweigleisiger Gesellschaft, es gibt die Menschen, die vom Dollar leben, und diejenigen, die vom Peso leben. Alles in allem erinnert es einen an „900 Tage", das Buch von Harrison Salisbury über die Belagerung Leningrads, daß es dort zwei Arten von Menschen gegeben hat: die Menschen, die kein Fleisch auf den Knochen hatten, und diejenigen, die Fleisch auf den Knochen hatten — und wenn sie es hatten, dann fragte man sich, wen sie gegessen hatten. Nun, in Kuba heute gibt es eine ganze Nation dünner Menschen, und wenn man Menschen sieht, die fett sind oder auch nur ein bißchen molliger, dann weiß man, daß sie Zugang zum Dollar haben. Sie arbeiten im Tourismus, leben von den Einnahmen aus Prostitution, vielleicht gehören sie zur oberen bürokratischen Elite. Die große Mehrheit der Parteimitglieder hat natürlich *keinen* Zugang zum Dollar, deshalb ist es nicht verwunderlich, daß sie dieser Sache feindlich gegenüberstehen.

Und hier möchte ich über eines der dramatischsten und empfindlichsten Ergebnisse dieser wirtschaftlichen Krise sprechen: die Auswirkungen auf Schwarze. Schwarze haben im großen und ganzen keinen legalen Zugang zum Dollar. Die Gusanos in Miami sind fast nur Weiße. Das explosive Wachstum der sozialen Spannungen wird also zu einer Verschärfung der Spannungen zwischen Schwarzen und Weißen führen. Und das passiert auch schon. Dies ist besonders schockierend, weil Kuba große Fortschritte bei der Verwirklichung der Gleichheit von Weißen und Schwarzen gemacht hat, und viele der Kader des Staates sind schwarz. Und mit der ökonomischen Krise gibt es einen Prozeß der Lumpenproletarisierung, der diese Gebiete zuerst trifft. Wie einer unserer Freunde bemerkte: „Das alte Havanna kommt wieder zurück."

Mittlerweile gibt es eine ganze Schicht von sogenannten „Yummies" — die „Young Upwardly Mobile Marxists" [Junge aufstiegsorientierte Marxisten], die es zu etwas bringen wollen, selbst wenn das System seinen sozialen Charakter ändert und zu einer kapitalistischen Wirtschaft übergeht. Dies sind die Leute, die im Augenblick in den Planungsstäben für Wirtschaftsfragen sitzen, deren Karrierewunsch es ist, die Gaidars der Konterrevolution in Kuba zu werden — wie Jelzins „Harvard Boy" in Rußland. Im Moment beraten sie das Regime und haben dabei einen gewissen Einfluß. Ihrer Ansicht nach muß es in Kuba Arbeitslosigkeit geben, muß man verstärkt den freien Markt einführen und so weiter.

Dies sind nun keine bedeutungslosen Leute, sondern sie stellen den Kern der neuen Schicht der Bürokratie dar, die in letzter Zeit hochgekommen ist. Der Außenminister Roberto Robaina, Wirtschaftsminister Carlos Lage und so weiter. Einige von ihnen reden inoffiziell davon, „dem chinesischen Weg" zu folgen. Aber es ist offensichtlich, daß das winzige Kuba nicht das tun kann, was ein riesiges Land wie China für eine gewisse Periode tun konnte — umfangreiche kapitalistische Wirtschaftsmaßnahmen einzuführen und gleichzeitig die stalinistische bürokratische Herrschaft aufrechtzuerhalten. Und selbst da geht es Hals über Kopf in Richtung Konterrevolution, wie wir kürzlich im *Workers Vanguard* geschrieben haben. In Kuba schauen die rechteren Elemente schon weiter und träumen von einer Art friedlicher Konterrevolution, das heißt einer Art sozialdemokratischer Variante des Kapitalismus. Aber diese Idee, sich in eine Art tropisches Schweden zu verwandeln, ein „dritter Weg", ist abgestandener reformistischer Utopismus. Die größere Gefahr ist im Augenblick nicht eine Gusano-Invasion, sondern die Entwicklung von inneren konterrevolutionären Kräften unter dem extremen Druck der imperialistischen Blockade.

Für proletarisch-politische Revolution — Verteidigt Kuba durch internationale sozialistische Revolution!

Beim Castro-Regime hat sich eine Bunker-Mentalität verfestigt, wie am stalinistischen Schauprozeß gegen General Ochoa 1988 abzulesen war, der hingerichtet wurde, weil er offensichtlich „El Jefe" [dem Chef] und seinem unmittelbaren Vorgesetzten Raúl Castro widersprochen hatte und weil er eine Annäherungspolitik an den Yankee-Imperialismus betrieben habe. Dies wurde von einer ganzen Reihe von Linken bejubelt oder gerechtfertigt, auch von der schon lange extrotzkistischen und jetzt ausgesprochen antitrotzkistischen SWP und der National Lawyers Guild [Nationale Rechtsanwaltsgilde], die gleichen Typen prostalinistischer Liberaler, die in den 30er Jahren die Moskauer Schauprozesse gerechtfertigt haben. Wie wir wiederholt geschrieben haben: *Man verteidigt Kuba nicht, indem man seine Generäle hinrichtet.* Wir haben darauf hingewiesen, wie Stalin beinahe die Sowjetunion umgebracht hat, als er den Generalstab um Marschall Tuchatschewski 1938/39 säuberte. Sein „Beweis" für dessen Verrat stellte sich später als Nazi-„Desinformation" heraus, aber der wirkliche Grund war sein Verdacht,

die Rote Armee sei ein Nest von Trotzkisten und Internationalisten. Im Anschluß an den Ochoa-Prozeß führte Castro eine Säuberung des Innenministeriums durch und machte das Angebot, mit Washington beim „Krieg gegen die Drogen" zu kooperieren.

Was in Kuba nötig ist, ist nicht eine der vielen bürokratischen Säuberungen, auf die die Stalinisten zurückgreifen, wenn ihre Politik sie in eine Sackgasse geführt hat, sondern eine proletarisch-politische Revolution, um die Bürokratie zu stürzen, die das Land in die Konterrevolution führt, und um sie durch eine Regierung zu ersetzen, die auf demokratischen Arbeitersowjets basiert, in denen alle Parteien, die für die Verteidigung des Arbeiterstaates eintreten, ihre Programme vertreten können. Diese Revolution verlangt vor allem die Herausbildung einer trotzkistischen Avantgardepartei in Kuba, die sie anführt. Dem steht das Castro-Regime zutiefst feindlich gegenüber. Wenn es auch anfangs noch keine konsolidierte Bürokratie hatte — Entscheidungen wurden häufig auf der Basis getroffen, wer gerade mit Castro in seinem Jeep saß —, so war es trotzdem die *bonapartistische* Herrschaft einer kleinbürgerlichen Schicht, die getrennt von und feindlich gegenüber der Arbeiterklasse war. Und 1963 waren sie schnell dabei, die kubanische trotzkistische Gruppe zu verhaften, die mit der Posadas-Tendenz in Verbindung stand, die dann Mitte der 70er Jahre wieder verhaftet wurde, weil sie das „Verbrechen" begangen hatte, gegen das Verbot aller Parteien außer einer zu verstoßen.

Die SWP versucht, auf die heroische Periode der 60er Jahre und die Leitfigur Che Guevara zurückzugreifen. Sie wollen eine Rückkehr zu den Idealen von Ches Broschüre „Mensch und Sozialismus in Kuba", wo er gegen materielle Anreize polemisierte. Es gibt permanente Spannungen unter den stalinistischen Herrschern zwischen materiellen Anreizen, brutaler Repression und einer idealistischen Betonung von „moralischen Anreizen". Jetzt sehen wir im Falle Kubas, daß nach der Abschaffung der Bauernmärkte 1986, weil sie kapitalistische Marktbeziehungen zurückbringen, das Castro-Regime gestern angekündigt hat, wieder Bauernmärkte einzuführen (erst einmal ohne Zwischenhändler). Diese Art von Zick-Zack-Politik ist typisch für diese kleinbürgerliche Kaste, die auf den Eigentumsformen eines Arbeiterstaates sitzt, aber versucht, diese mit dem Imperialismus zu versöhnen.

Ein breites Spektrum von reformistischen Linken in den USA und anderswo haben sich zu einer Kuba-Solidaritätsbewegung zusammengeschlossen, für die das Schwenken der Flagge der kubanischen Solidarität eine billige Art und Weise ist, um ihre Flucht nach rechts zu bemänteln.

Was passiert also mit Kuba? Wir sind dort auf eine Menge Interesse an unserer Analyse der Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion gestoßen. Aber soweit man überhaupt eine politische Bewegung feststellen kann, so geht sie nach rechts. Es gibt eine Entpolitisierung der Jugend, was wir erwartet haben, aber weniger stark, als wir dachten. Wir trafen eine ganze Reihe junger Leute, die keine Parteimitglieder waren, aber sehr stark die Revolution unterstützen. Doch selbst in ihrem Fall ist ihr Bewußtsein stark geprägt vom Stalinismus.

Es gibt eine Art von internationalistischem Bewußtsein, wo die Leute stolz auf die kubanische Intervention in Angola sind und, zum Beispiel in einer Zuckerfabrik, die wir besichtigten, auf den Bau von Zuckerfabriken in Nicaragua und Vietnam. Aber dies hat immer noch mehr kubanisch-nationalistischen Charakter, als proletarisch-internationalistisch zu sein. So daß Castro, als er in Nicaragua eine Zukkerfabrik als Geschenk übergab, den sandinistischen Führern eine Woche, nachdem sie die Macht erobert hatten, auch sagte, daß Nicaragua kein „zweites Kuba" werden



Sygma

Castro lobte Allendes „friedlichen Weg" in Chile. Hier mit dem „konstitutionellen Offizier" General Augusto Pinochet, der im September 1973 den blutigen Putsch gegen die Volksfront-Regierung durchführte

sollte — mit anderen Worten, keine soziale Revolution. Genauso wie er den chilenischen Linken empfohlen hat, dem „demokratischen" Weg von Allendes Unidad Popular zu folgen, was dann zum blutigen Putsch vom 11. September 1973 in Santiago führte. Morgen ist der 20. Jahrestag dieses tragischen Ereignisses. Castro hatte noch vorher Chile besucht und stand damals sogar Schulter an Schulter mit General Pinochet bei einer Parade der angeblich „demokratischen" chilenischen Armee.

Der zentrale Widerspruch für Kuba ist, daß das Castro-Regime versucht hat, sich auf der Basis von kubanischem oder lateinamerikanischem Nationalismus zu legitimieren und damit Unterstützung zu mobilisieren, wobei es dies jetzt in noch ausgeprägterer Weise tut. Während sie damit Unterstützung gewonnen haben, ist dies dem proletarischen Klassenbewußtsein grundlegend entgegengesetzt und bedeutet letztendlich eine Niederlage für die Kubanische Revolution. In ähnlicher Weise hat Stalins Appell an russischen Nationalismus angesichts der Nazi-Invasion auf kurze Sicht eine gewisse Unterstützung hervorgerufen. Breschnjews „Großmachtstreben" verschaffte dem sowjetischen

Fortgesetzt auf Seite 14

Verteidigt Professor Porstmann!

Am 24. August wurde der führende Immunologe Prof. Tomas Porstmann (45), seit 1972 an der Charité und seit 1988 stellvertretender Direktor seines Instituts, fristlos gekündigt. Die antikommunistische Stasi-Hexenjagd gegen alles, was in der DDR einen Namen hatte, ist der Grund für die Säuberung Zehntausender Wissenschaftler, Ärzte, Lehrer und Künstler aus dem deformierten Arbeiterstaat. 1933 führten die Nazis ihre blutige Säuberung gegen 130 jüdische und linke Professoren aus der Charité. Jetzt wird dieses weltberühmte Forschungsinstitut erneut enthauptet.

Porstmann steht für eine Forschung und Gesundheitsversorgung, die humanistisch motiviert war; in diesem Gesellschaftssystem war das Profittreiben *abgeschafft* worden, das beim Skandal um HIV-kontaminiertes Blut seine tödliche Logik zeigt. 1987 war Porstmann wesentlich an der Entwicklung eines HIV-Antikörpertests beteiligt und hat im Kampf gegen Hepatitis Immunoassays (Antikörpertests) entwickelt.

Für Statthalter von SPD-Hexenjägerin Jutta Limbach wie Erhardt und Dürkop ist Porstmann laut Kündigungsschreiben „in einer rechtsstaatlich arbeitenden" Uniklinik „unzumutbar" — weil er sich nicht als „IM" der Dürkop-Diktatur einkaufen ließ. Unter den Charite-Beschäftigten hat er dafür großen Respekt gewonnen. Porstmann war von diesen Inquisitoren zuerst ein Kuhhandel angeboten worden: er sollte ehemalige SED-„Nomenklaturkader" nennen (er selber war immer parteilos), um sich freizukaufen. Diese dreckige Denunzianten-Anwerbung lehnte Porstmann empört ab. Er hat 1992 den wochenlangen Protest der Charite-Beschäftigten gegen die „schwarze Liste" der 400 Mitarbeiter mitorganisiert, deren Stellen „freigeschossen" werden sollten. Erst danach konstruierten Gauck & Erhardt den absurden „Stasi"-Vorwurf, Porstmann wäre ein IMS „Labor".

Die Arbeiterbewegung hat die Macht, die Hexenjagd zurückzuschlagen! Frauen, Schwule, Immigranten und alle Verteidiger von demokratischen Rechten müssen mobilisiert werden, um Prof. Porstmann zu verteidigen. Keine Entlassungen! Sofortige Wiedereinstellung von Prof. Porstmann! Sein Prozeß findet am 14. Dezember um 9.00 Uhr im Arbeitsgericht Berlin, Lützowstraße 106, 10785 Berlin, statt. Macht diesen Fall bekannt! Richtet Protestschreiben an: Senator für Wissenschaft Prof. M. Erhardt, Bredtschneiderstraße 5, 14057 Berlin, Fax-Nr. (0 30) 30 32-4 33; Prof. Dr. M. Dürkop, Präsidentin der Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Fax-Nr. (0 30) 20 93-27 29, und das Arbeitsgericht Berlin, Postfach 36 33, 10727 Berlin, Fax-Nr.: (0 30) 2 62-91 63 mit einer Kopie an Prof. Dr. T. Forstmann, c/o Institut für Medizinische Immunologie der Charité, Schumannstraße 20-21, 10117 Berlin.«

Kuba...

Fortsetzung von Seite 13

stalinistischen Regime eine gewisse Legitimität, solange der Lebensstandard anstieg. Aber die langfristigen Auswirkungen dieses Programms garantierten die Zerstörung des übriggebliebenen *kommunistischen* Bewußtseins des sowjetischen Proletariats, was letztlich zur Zerstörung der Sowjetunion führte und zu einer Konterrevolution, die von rabiatem Nationalismus gekennzeichnet ist.

Im Juli gab es ein Treffen von lateinamerikanischen Linken in Havanna, das „Sao-Paulo-Forum". Nicht der kleinste Hinweis auf Hilfe für Revolutionäre anderswo in Lateinamerika. Im Gegenteil, Castro verwendete den größten Teil seiner Rede für Geschichten über seine Teilnahme am hispano-amerikanischen Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter in Brasilien, und er riet seinen Unterstützern, den Guerillakampf aufzugeben, und pries mehrfach die „Stärke der unbewaffneten Massen"! Gleichzeitig rief das Programm des Forums dazu auf, „den Markt mit demokratischer Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit zu verbinden". Auf genau solchem sozialdemokratischen Mist tritt zum Beispiel Lula von der brasilianischen Arbeiterpartei (PT) nächstes Jahr bei den Wahlen an, der gleichzeitig freundschaftlichen Umgang mit den internationalen Bankiers pflegt. Und dieses Programm hat keinerlei Hilfe für das umkämpfte Kuba anzubieten. Castros Programm der Koexistenz in der Hemisphäre mit den lateinamerikanischen Bourgeoisien und ihren Yankee-imperialistischen Schutzherren wird ganz gewiß nicht die Existenz eines Arbeiterstaates verteidigen.

Die eigentliche Verteidigung Kubas liegt außerhalb der Insel, es ist notwendig, den revolutionären Kampf in Lateinamerika, in den USA und anderswo zu führen. Die Aussichten für Kuba sind in der Tat düster, aber das macht es umso dringender und notwendiger zu kämpfen und verpflichtet, ein trotzkistisches Programm zur Verteidigung der Revolution aufzustellen, im wesentlichen durch internationalen revolutionären Kampf. Und dieser Kampf könnte das Ergebnis verändern. Denkt nur an die Tausenden, die auf die Straße gingen, als Castro vor kurzem Brasilien und Bolivien besuchte. Und es macht dabei einen Unterschied, ob die kubanischen Werktätigen darauf vorbereitet sind, für die Verteidigung ihrer Revolution zu kämpfen. Denn ihr Aushalten gegen eine mörderische Wirtschaftsblockade ist für die lateinamerikanischen Massen eine große Inspiration.

Aber was noch nötiger ist als der Wille zum Kampf, ist ein revolutionäres Programm. In Kuba und hier bedeutet dies, eine Bilanz des Castro-Regimes zu ziehen, mit dem Verständnis dafür, daß das stalinistische Programm des Sozialismus in einem Land, oder in einem Block von Ländern, oder auf einer einzigen Insel, ein Programm für ein Desaster ist. Dieses Programm der Niederlage muß ersetzt werden durch das proletarisch-internationalistische Programm der permanenten Revolution, um die Massen der Unterdrückten, der Armen auf dem Land und in den Städten Lateinamerikas hinter der Arbeiterklasse zu mobilisieren, die im Kampf um die Arbeiterrevolution von trotzkistischen Parteien geführt werden. Und dieser Kampf muß direkt in die „Eingeweide des Monsters" ausgeweitet werden, wie José Martí die USA genannt hat, denn es ist die sozialistische Revolution *hier,* im imperialistischen Zentrum, die die einzige Garantie ist, daß Kuba wirklich frei von imperialistischer Vorherrschaft sein kann und in die Lage versetzt wird, Schritte in Richtung eines wirklichen Sozialismus zu machen, einer klassenlosen Gesellschaft, aufgebaut auf materiellem Überfluß statt drückendem Mangel.

Wir müssen die Frage der Verteidigung Kubas bei unserer Arbeit in den USA und besonders in Mexiko stark hervorheben und erklären, daß der Schlüssel der Kampf für internationale Revolution ist. Der Wille der kubanischen Massen, Widerstand zu leisten, muß uns anfeuern, für dieses Programm zu kämpfen. Kuba allein kann nicht überleben, aber es ist nicht unvermeidlich, daß Kuba allein bleibt. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga, deren US-amerikanische Sektion die Spartacist League ist, kämpfen für die Wiederschmiedung von Trotzkis Vierter Internationale auf diesem Programm der sozialistischen Weltrevolution, das das Programm der Oktoberrevolution war und der entscheidende Grund für die Existenz der Kommunistischen Internationale. Wir fordern euch auf, euch uns in diesem Kampf anzuschließen.»

Frauen und Revolution

Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen *Spartakist* und *Women and Revolution* (USA)



dpa

Welt-AIDS-Kongreß in Berlin, Juni 1993: AIDS-Opfer klagen Pharma-Industrie an. Die Profit-Logik hinter der Medizin ist tödlich

AIDS...

Fortsetzung von Seite 1

und Organtransplantationen wurden durch HIV-kontaminierte Produkte infiziert. Spätestens 1985 hätte diese Gefahr mit dem damals entwickelten Test ein für alle Mal gebannt werden können. Daß dies nicht geschah, war vorsätzlicher Mord.

Jetzt tritt CSU-„Gesundheits"minister Horst Seehofer als „Retter" vor die Nation: Er schürt die AIDS-Hysterie, während gleichzeitig die Kohl-Bande jedes Programm für AIDS-Forschung und für die Unterstützung der Kranken zusammenstreicht. Die SPD-Länderregierungen, die die Streichungen mittragen, stecken bis zum Hals in der Vertuschung des Geschäfts mit verseuchtem Blut. So hat der zuständige SPD-Minister Ullrich Galle aus Rheinland-Pfalz, wo auch UB-Plasma ihren Sitz hat, Hinweise auf die kriminellen Praktiken dieser Firma ignoriert und verschleppt. Galle kommt aus dem Team des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und SPD-Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping, was jetzt von Seehofer genüßlich ausgeschlachtet wird.

Bereits im November 1991 bescheinigten 200 Ärzte und Wissenschaftler (viele aus der ehemaligen DDR) der Bonner Regierung die „weltschlechteste AIDS-Bekämpfung". Wie sie feststellten, fehlt „jeglicher epidemiologischer Überblick und erst recht eine wirksame Politik zur Eindämmung von HIV-Neuinfektionen" *(Der Spiegel, 2.* Dezember 1991). Als ob es nicht schon schlimm genug wäre. Dieses Jahr gab Bonn dafür lausige DM 1,60 pro Kopf der Bevölkerung aus; nächstes Jahr wird selbst *dos* noch um 15 Millionen D-Mark gekürzt.

Seehofer schreit: „Haltet den Dieb!" Bonn und die Länderregierungen, CDU wie SPD, haben das ganze makabre Geschäft unter der Decke gehalten, verteidigt und gefördert. Das Bundesgesundheitsamt (BGA) und das Deutsche Rote Kreuz (DRK) rechtfertigen es, die kommerziellen Plasmahersteller tun es, alles nach dem Motto: Was sind ein paar tausend Bluter, die sowieso nicht prozessieren, verglichen mit dem Kurs der Pharmaaktien an der Börse? Die kalt berechnende Profit-Logik hinter der Medizin ist tödlich,

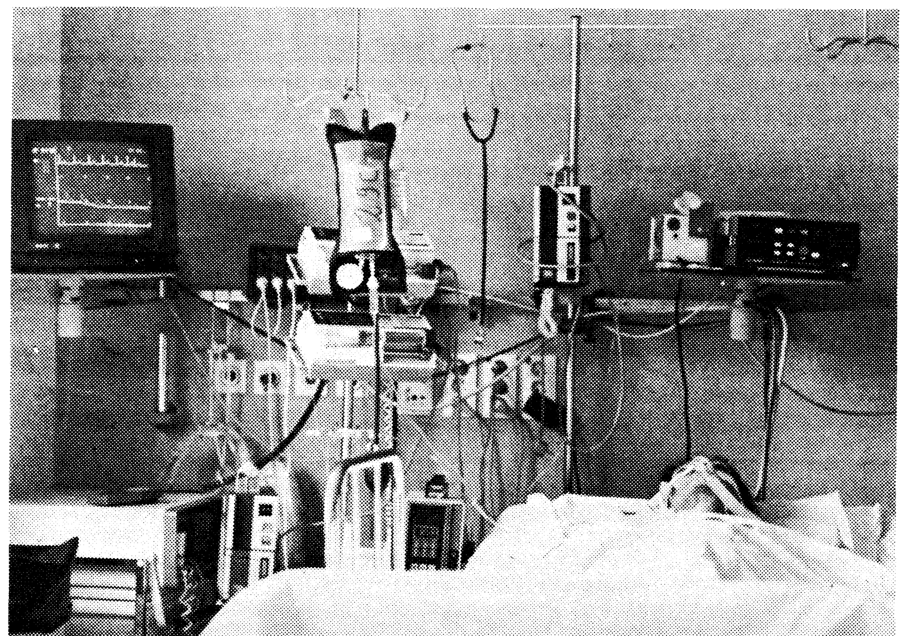
AIDS ist eine tödliche Krankheit, für die bis heute kein Heilmittel entdeckt wurde. Das Humane Immundefizienz-Virus (HIV) wird sexuell übertragen, durch Blut, Samen oder Vaginalsekret, oder durch den Austausch kontaminierter Spritzen durch intravenöse Drogengebraucher. In den fortgeschrittenen Industrieländern breitete sich AIDS zuerst unter Homosexuellen aus, mittlerweile aber am schnellsten in den Armutsbezirken der Innenstädte unter unterdrückten rassischen und nationalen Minderheiten, und löscht ganze Familien aus. AIDS entwickelte sich rasant zu einer weltweiten Epidemie ungeheuren Ausmaßes, eine Krankheit der Armut und des Elends. Heute sind mindestens 15 Millionen Menschen mit dem Virus infiziert, 80 Prozent von ihnen in der „Dritten Welt", wo Frauen und Männer ungefähr gleich betroffen sind. In Ostafrika entvölkert AIDS ganze Landstriche und breitet sich in alle Richtungen aus, in Asien geht die Explosion von HIV-Infektionen sogar noch rasanter vor sich.

Die gegenwärtige Hysterie über HIV-verseuchte Blutprodukte in Deutschland, wo schätzungsweise 80000-100000 Menschen infiziert sind, berührt nur einen winzigen Teil dieser furchtbaren Pandemie. Die Bourgeoisie und ihre Bonner Regierung haben jegliche Versuche, AIDS zu

Fortgesetzt auf Seite 16

Wir brauchen:

- **Massive Mittel für AIDS-Forschung und Behandlung der Kranken**
- **Kostenlose Gesundheitsversorgung höchster Qualität für alle**
- **Kostenlose Abtreibung auf Wunsch**



Der Spiegel



Der Spiegel

Links: Tatort Krankenhaus - die Tater rechts. „Keine Angst": Süssmuth und Geißler sind dabei

AIDS...

Fortsetzung von Seite 15

bekämpfen, *sabotiert.* Sichere Methoden der Testung und Sterilisierung von Blut sind weltweit bekannt ... aber das geht ins Geld, und sie denken nicht daran, es auszugeben. Im Falle der kontaminierten Blutprodukte gibt eþ absolut keinen Grund, warum annähernd 5000 Menschen mit dem tödlichen Virus infiziert wurden, außer pure kapitalistische Gier.

Das sind alte und schlechte Nachrichten; neu ist, daß die Regierung die AIDS-Hysterie benutzt, um das Gesundheitswesen insgesamt abzubauen. Die Streichung von AIDS-Bekämpfungsprogrammen ist Teil des breiten Angriffs auf die sozialen Errungenschaften der Werktätigen in Deutschland, einschließlich der wesentlichen medizinischen Dienstleistungen auf Krankenschein. Diese sind Teil der Sozialprogramme, die nach dem Zweiten Weltkrieg im „Sozialstäat*' eingeführt wurden, der als antikommunistisches Bollwerk in den Ländern West- und Südeuropas aufgebaut wurde. Diese Sozialprogramme dienten dazu, das Proletariat zu beschwichtigen und die vorrevolutionäre Situation nach dem Krieg abzubiegen.

Der „Sozialstaat" und der SPD-verwaltete Burgfrieden haben mit der Konterrevolution im Osten ihre Nützlichkeit für die Kapitalisten überlebt. Der deutsche Imperialismus machte 1990/91 die industrielle Infrastruktur der DDR dem Erdboden gleich, finanzierte diesen kapitalistischen Feldzug durch massive Kredite und erklärte der Arbeiterklasse den Krieg. Jetzt präsentieren sie uns die riesige Rechnung für ihre Zerstörungswut: Massenentlassungen und Betriebsschließungen, Senkung des Lebensstandards, Demontage der Sozialprogramme. Das deutsche Kapital, selbst von den Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise geschüttelt, ist jetzt die treibende Kraft für den Kahlschlag in der ganzen „Festung Europa" geworden. Solange die Bourgeoisie die Staatsmacht behält, können proletarische Errungenschaften *immer* zurückgenommen werden. Um die historischen Interessen der Arbeiter und Unterdrückten zu sichern, müssen die Arbeiter es mit dem kapitalistischen System selbst aufnehmen.

Die SPD war die Speerspitze der Konterrevolution in der DDR, die PDS verschenkte den deformierten Arbeiterstaat an die Deutsche Bank. Beide predigen jetzt ein sozialdemokratisches Programm, um die Geschäfte der Bosse auf „humanere" Art zu verwalten. Sie fordern staatliche Blutbanken, damit der kapitalistische Staat das Blutgeschäft *direkt* organisieren kann — wohl wie in Frankreich, wo der kapitalistische Staat den Mord an mindestens 1500 Blutern organisierte, ohne die Hilfe kommerzieller Bluthändler. Natürlich hat dieses nutzlose Programm Protest hervorgerufen, und nicht nur von solch illustren Gestalten wie Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, einem Nest alter Nazis, dessen Blutgeschäft sich auf 750 Millionen DM im Jahr beläuft.

Alle notwendigen Ressourcen der Gesellschaft müßten mobilisiert werden, um die Ausbreitung von HIV-Infektionen einzudämmen, die Kranken auf menschenwürdige Weise zu versorgen und mit allen Mitteln die Forschung nach Heilmitteln voranzutreiben. Aber die Herrscher des Vierten Reichs denken nicht daran. Sie wollen ihre Großmachtrolle ausbauen, auf Kosten der Werktätigen und Unterdrückten. In diesem rassistischen, fremdenfeindlichen, antihomosexuellen, bigotten Gesellschaftssystem *wollen* die Kapitalisten und ihre Regierung AIDS nicht wirksam bekämpfen, weil es einfach nicht in ihrem Interesse liegt.

Die Mörder richten

Lenin nannte den bürgerlichen Staat treffend den geschäftsführenden Ausschuß des Kapitals. Hitler wurde durch Krupp und Thyssen finanziert. Helmut Kohl wurde als BASF-Patenkind durch mächtige Kreise ehemaliger IG-Farben-Industrieller in den Kanzlersattel gehievt, die ihr Vermögen mit Holocaust-Sklavenarbeit ergatterten. Der Millionär und für seine räuberischen Machenschaften verurteilte ehemalige FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff ist der führende Vertreter der Versicherungskonzerne, der die HIV-positiven Bluter *um jegliches* Schmerzensgeld brachte; sie bekommen nur kümmerliche Zahlungen für Einkommensverluste und für die eigene Beerdigung. (Rechtlich haften die Bluthändler nicht für ihre Produkte.)

Die BGA-Beamten pendeln zwischen Industrie und Amt. Seehofer beutet die berechtigte Abscheu vor dem BGA aus, das über 140 000 Arzneimittel zuließ, aber nichts für industrielle Betriebssicherheit tat (die Gesetze sind aus dem 19. Jahrhundert), nichts gegen das hochgiftige Holzschutzmittel Pentachlorphenol (100000 Opfer) oder die Krebserreger Asbest und Mineralfasern, nichts gegen „Unfälle'[4] bei Hoechst oder Tausende andere Industriegifte. Aber Seehofer will mit dem BGA sogar den Schein der Unabhängig-

keit von der Regierung zerschlagen, dessen Rest-Institute politisch gängeln und völlig an die Industrie ausliefern.

Seit 1982 hat die Kohl-Regierung unter CDU-„Gesundheits"minister Geißler und seiner Nachfolgerin Rita Süssmuth (bekannt für ihr Buch „AIDS: Wege aus der Angst") alle Warnungen vor der heraufziehenden Katastrophe, u.a. aus dem BGA, systematisch unterdrückt, kritischen Forschern den Mund gestopft, alle Maßnahmen zurückgewiesen, die die Katastrophe hätten verhindern können und alle Vorschläge dazu in den Ministerialschubladen verschwinden lassen. In Berlin veröffentlichte Prof. Johanna L'Age-Stehr (BGA) Ende *1982* ein Memorandum, das Bonns Politik des Laissez faire zu AIDS verurteilte und vor dem Risiko für Tausende warnte, falls HIV-kontaminierte Blutprodukte auf den Markt geworfen würden. Das BGA unter Geißler belohnte sie für ihre Weitsicht dadurch, daß sie in die Gelbfieber-Forschung abgeschoben wurde. Dies hat die Bourgeoisie zweifellos als Strafversetzung begriffen, da Gelbfieber kein großes Problem mehr für Deutschland ist, seit es seine afrikanischen Kolonien verlor. Bis heute darf L'Age-Stehr keine AIDS-Forschung betreiben oder sich öffentlich zu AIDS äußern. In Hamburg warnte der Chef des Zentrums für Transfusionsmedizin früh gegen die unmittelbare Gefahr der HIV-Verseuchung. Er wurde als „Panikmacher" verschrien und mit Disziplinarmaßnahmen bedroht. 1988 trat er von seinem Posten zurück.

Im Juni 1983 gab es eine Menge Beweise über die Gefahr für Hämophile, aber kontaminiertes Blut wurde bis Oktober 1985 offen verkauft. Dann erließ Bonn ein Gesetz, das die Testung aller Blutspenden vorschrieb; die Produkte, die bereits im Umlauf waren, wurden jedoch *nicht* zurückgerufen und zwei weitere Jahre eingesetzt. Die Krankenkassen wiesen Blutprodukte, die als sicher vor HIV-Kontaminierung galten, als „zu teuer" ab. Erst Ende 1987 wurden kommerzielle Hersteller verpflichtet, Blutprodukte gegen HIV zu sterilisieren. Damals schrieb Süssmuth im Organ der Deutschen Hämophilie-Gesellschaft (1987), daß das BGA die Gefahr der HIV-infizierten Blutprodukte „technisch rasch gemeistert" hätte.

Im Oktober 1992 sagten wir zum Skandal über HIV-infiziertes Blut in Frankreich und Westdeutschland:

> „Der internationale Skandal über die Infizierung Tausender Bluter hat die französische Regierung ins Wakkeln gebracht. Aber genau dasselbe mörderische Geschäft wurde jahrelang auch in Deutschland betrieben. Die Hauptverantwortlichen dafür sitzen in der Regierung in Bonn. Politiker (incl. die SPD-,Opposition'), Gesundheitsbeamte, Pharmakonzerne, Krankenkassen sowie manch ein prominenter Bluter-Arzt verdrängten nicht nur die Gefahr, sie vertuschen die Katastrophe und schützen die Schuldigen *bis heute.* Sogar die Zahlen des BGA belegen weitere Infektionen unter Blutern. Hier, wie in Frankreich, müßten die Schuldigen von einem Tribunal ihrer Opfer zur Rechenschaft gezogen werden — besonders die Minister und leitenden Beamten der Regierung, die für die tödliche Gesundheitspolitik verantwortlich sind." *(Spartakist* Nr. 98)

In Frankreich sitzt jetzt Michel Garretta, ehemals Chef des staatlichen Transfusionszentrums, lächerliche vier Jahre wegen Verstoßes gegen das Lebensmittelgesetz ab — wie jeder „normale" Verbrecher, der gepanschten Wein verkauft hat.

Blutgeld

Jetzt geht die bittere Saat der Konterrevolution auch im Westen auf, und die Bosse und ihre Regierung haben sich geschworen, daß die Rettung ihrer abgesackten Profite den Werktätigen sehr, sehr weh tun wird. Ihr Problem dabei ist, wie sie es den Werktätigen r ein würgen sollen. Das „Gesundheitsstrukturgesetz", eine CDU/SPD-Koproduktion von Seehofer/Dreßler, wurde lauthals als „großer Fortschritt" in der CDU-SPD-„Zusammenarbeit" gefeiert — einer „Sachkoalition", die schon im August letzten Jahres mit den rassistischen Petersberger SPD-Beschlüssen während des Rostocker Pogroms und mit der Zerstörung des Asylrechts im Mai ihre mörderischen Folgen gezeigt hat.

Die Gesundheits„reform" hat den Krankenkassen schon Milliarden DM in den Schoß gekippt; chronisch Kranken werden Medikamente verweigert, den Ärzten drohen hohe Geldstrafen, wenn sie „zu viele" oder „zu teure" Arznei-



Der Spiegel

1991: Protest gegen Deutschlands „weltschlechteste AIDS-Bekämpfung"

mittel auf Krankenschein verordnen. AIDS-Kranke und alte, pflegebedürftige Menschen können nicht in der berüchtigten „l-Minuten-Medizin" auf Krankenschein zusammengeflickt werden; sie werden vom Staat wie menschlicher Müll behandelt. Medizin ist Big Business, deshalb wird das Pflichtversicherungssystem mehr und mehr als Bremsklotz zur noch stärker auf den Profit orientierten Umstrukturierung der Branche gesehen, nach dem Prinzip „mehr Markt". Medizinische Versorgung guter Qualität wird zunehmend zum Privileg der Reichen. Nun ist selbst die „Privatisierung" des „Reparaturbetriebs Kassenmedizin" angesagt. Statt zum Arzt zu gehen, sollst du deine Diagnose selber stellen und das Mittelchen direkt in der Apotheke kaufen.

Die Sorge darüber, was in Blut und Blutprodukten steckt, ist sehr wohl berechtigt. Aber mit dem Bonner Blutskandal wird Seehofers Gesundheits„reform" ausgebaut, durch die die Menschen von den Krankenhäusern und der Gesundheitsversorgung weggetrieben werden. Seit Anfang dieser „Reform" feiert die Eigenversorgung — vom Naturheilverfahren bis zum Wunderheiler — einen Siegeszug. Die Familie soll mit der „Mutterschaft im Mittelpunkt" zum Heilbetrieb werden. Die Abtreibung wird für *Frauen* im ganzen Reich drastisch eingeschänkt und ihre Angehörigen und Ärzte werden einer neuen Inquisition ausgesetzt. Sie sollen wieder Gebärmaschinen sein und darüber hinaus kostenlose Krankenschwestern und Altenpfleger. Und wenn deine Familie nicht helfen kann, Pech: Es gibt immer noch die Straße.

Seehofers AIDS-Skandal trifft mit der Welle sozialer Reaktion zusammen, die seit dem Anschluß mit staatlichem Terror zuerst gegen Immigranten, gegen Drogenabhängige

Fortgesetzt auf Seite 18

AIDS...

Fortsetzung von Seite 17

und Obdachlose angefacht wurde. Wieder steigen die Versuchsballons für eine Meldepflicht. *Die Zeit* (22. Oktober) zitiert den bedrängten AIDS-Forscher des BGA, Prof. Georg Pauli, der über Befürchtungen ernsthafter Wissenschaftler berichtet: „Wir stehen für eine Aids-Politik, die heute nicht mehr angesagt ist/ Und die hieß: Aufklärung statt Verfolgung, anonyme HIV-Tests statt Meldepflicht und Registratur, die die Infizierten zum Untertauchen gezwungen hätten." Im Klartext: Bei ihrem Kreuzzug für „konservative Wertvorstellungen" à la Steifen Heitmann wollen Kohl & Co. bei der AIDS-Bekämpfung das BGA mit dem BKA (Bundeskriminalamt) ersetzen!

Jetzt werden von den Springer-Blättern bis zum SPD-nahen *Spiegel* dreckige und buchstäbliche „Blut-und-Boden"-Gefühle durch großdeutschen Nationalismus angefacht. Sie heulen über verseuchtes „ausländisches" Blut von armen Schwarzen in US-Ghettos, mit dem „eine deutsche Mutter" infiziert werden könnte. Diese Kampagne für „deutsches Blut über alles" kommt genau zu der Zeit, wo für alle klar ist, daß Deutschland HIV-infiziertes Blut in der ganzen Welt versilbert hat. In diesem Land basiert die rechtliche Definition eines „deutschen Bürgers" mit Bürgerrechten (die z. B. den ostdeutschen Volksdeutschen gewährt werden) auf dem „deutschen Blut". Juden sind nicht Teil der „Volksgemeinschaft". Und in den Blutzapfstellen bitte keine Schwulen oder Menschen, die als „geistig behindert" eingestuft werden: Sie dürfen nicht spenden.

Vom Asylrecht bis zum Gesundheitswesen züchtet die Bonner Allparteienkoalition Nazi-Terror. Was CDU/SPD demontieren wollen, fackeln die Faschisten ab. Als beispielhaft für aufopferungsvolle Arbeit gilt das Aids-Forum in Berlin-Moabit, dessen Inneneinrichtung in der Nacht vom 3. August durch einen Brandanschlag verwüstet wurde. Das Aids-Forum betreut HIV-positive und AIDS-kranke Kinder, besonders Roma, die in Rumänien durch kontaminierte Blutkonserven angesteckt wurden. Sie werden, wie die übrigen 1000 HIV-positiven Kinder in Westdeutschland, aus der Schule rausgeworfen, erpreßt und sozial isoliert. Ihre Familien sind vor den Pogromen in Osteuropa geflohen und jetzt von Abschiebung bedroht. Vorstandsmitglied des Aids-Forums Gerda Hansen erklärte dem *Spartakist,* was soziale Reaktion für sie heißt:

> „Wir haben ein frühgeborenes Kind, das zwölf Blutkonserven gekriegt hat, wovon mindestens eine verseucht war. Die Eltern sind schwerster Diskriminierung ausgesetzt worden; z. B. wurde gesagt, ob sie nicht ihr dreijähriges Kind sexuell mißbraucht hätten, ob es vielleicht sexuell übertragen worden ist. Das Kind ist inzwischen fast neun Jahre alt, und sie kämpfen immer noch um ihr Recht und haben immer noch keine Entschädigung vom Staat erhalten bzw. vom Krankenhaus."

Wie der deformierte Arbeiterstaat DDR AIDS bekämpfte

Tausende DDR-Wissenschaftler wurden seit dem Anschluß aus Medizin und Forschung hinausgesäubert, Ende August auch Immunologe Prof. Thomas Porstmann, der an der Charité 1987 maßgeblich an der Entwicklung eines HIV-Antikörper-Tests mitwirkte. Heute aber sind die ehemalige DDR und ganz Osteuropa durch eine Ausbreitung der AIDS-Epidemie gefährdet, weil Massenarbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit diese Gebiete überziehen.

Das DDR-Programm für AIDS-Prävention, Forschung, Betreuung und Behandlung von AIDS-Patienten zeigt anschaulich die enorme Überlegenheit der Planwirtschaft. Während der kapitalistische Westen weniger als nichts tat, war die DDR dabei, ein Programm zu entwickeln, das die besondere Beachtung westlicher Wissenschaftler fand, weil dies ab 1983 geschah, *bevor* AIDS sich ausbreitete und Infizierte daran erkrankten. Es wurde 1987 auf Regierungsebene zentralisiert und interdisziplinär ausgeweitet. Vier zentrale Behandlungszentren für HIV-Positive und AIDS-Kranke in Ostberlin und ein bescheidenes Netz von Konsultationseinrichtungen für Beratung und Betreuung wurden in Kliniken in jedem Teil der DDR aufgebaut („AIDS und HIV-Infektionen im Gebiet der ehemaligen DDR", Kiehl und Altmann, 1991).

Die sozialen Katastrophen, die HIV-Gefahrdéte im Westen quälen und sie von Tests und Behandlung wegtreiben, waren in der DDR kein Thema: Wenn du HIV-positiv warst oder schon an AIDS erkrankt warst, mußtest du bestimmt bürokratische Maßnahmen über dich ergehen lassen, aber im Gegensatz zum Westen hast du deine Wohnung, deinen Arbeitsplatz, deine kostenlose medizinische Versorgung nicht verloren. Und wenn du schwul warst, war die DDR gewiß einengend, aber der Paragraph 175, der Schwule kriminalisiert, ist 1972 abgeschafft worden, und du wurdest nicht von Faschisten gejagt und verprügelt.

In der DDR wurde die Medizin nicht für Profit betrieben, sondern sie war kostenlos und das Recht aller. Wie das Recht auf Arbeit und eine bezahlbare Wohnung war sie integraler Bestandteil der historischen Errungenschaften der sozialen Revolution, die mit dem Sieg über den Faschismus 1945 auf den Bajonetten der Roten Armee bis zur Elbe getragen wurden. Das Gesundheitssystem entstand auf Trümmern, unter Chaos, imperialistischer Blockade und Mangel, u. a. an Ärzten. Im Dritten Reich war die Hälfte der Arzte zu Hitler übergelaufen; die Befreiung führte zu einer Ärzteflucht aus der sowjetischen Zone. Aber viele Ärzte, die unter Hitler ins Exil gegangen waren, machten die bewußte Entscheidung, im Osten das neue Gesundheitssystem mit aufzubauen, das auf dem sowjetischen Modell von betriebsorientierten Polikliniken und einheitlicher Sozialversicherung basierte.

Vom ersten Tag an war dies ein Kampf gegen alle alten Einrichtungen, von den zahllosen Kleingewerben privater Ärztepraxen — diesen Bastionen der Reaktion — bis zum industriellen Großkapital der Pharmaproduktion. Im Westen wurde 1948 die Kriegsmaßnahme der kostenlosen Gesundheitsversorgung für alle abgeschafft und die Klassenmedizin zugunsten der privat praktizierenden Ärzte, Versicherungsgesellschaften und Pharmakapitalisten restauriert. Im Osten wurde die Gesundheitsversorgung, befreit vom Profitstreben, auf einem grundsätzlich humanistischen Prinzip aufgebaut, das die Heilung des einzelnen sowie kommunale Präventivmaßnahmen umfaßte. So gab es im Osten

verhältnismäßig mehr Epidemiologen und Hygieniker, außerdem gab es enorme und bewußte Anstrengungen, nach der Zerstörung durch den Faschismus das naturwissenschaftliche und medizinische Wissen und die Infrastruktur wiederherzustellen, nach einem neuen Modell der gesellschaftlichen Organisierung.

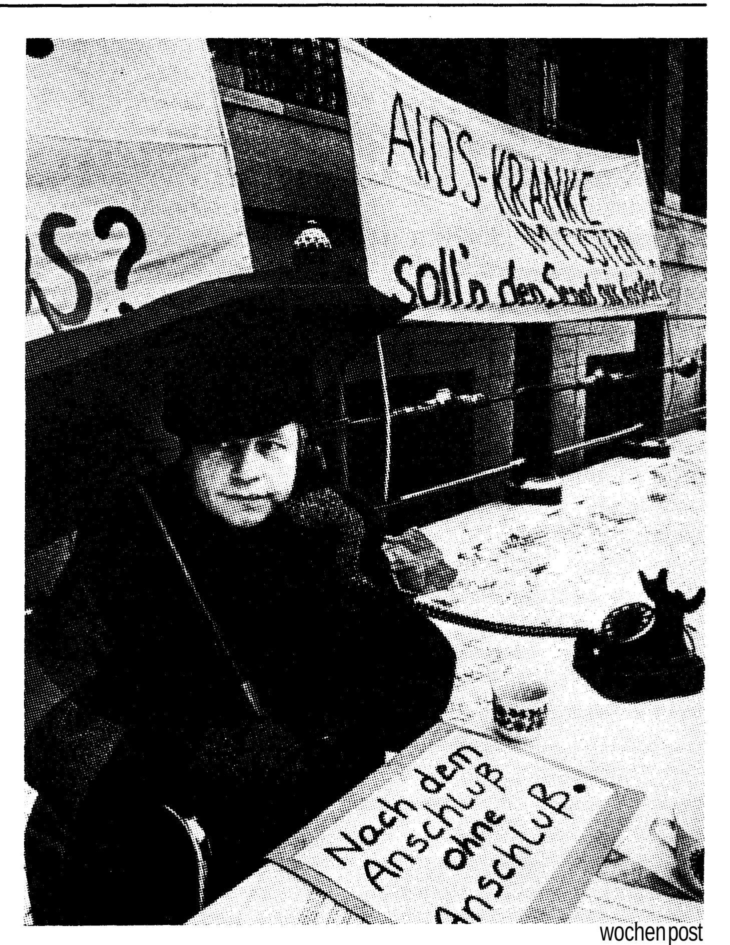
Gleichzeitig war das Gesundheitssystem kein prioritärer Bereich für die DDR. Krankenhäuser waren im allgemeinen recht schäbig und schlecht ausgerüstet, besonders außerhalb Berlins. Es gab wenig ernsthafte Anstrengungen, dem drastischen Abbau des Gesundheitsstandards entgegenzuwirken, deren Ursache die verheerende Luftverschmutzung im Gebiet Halle-Bitterfeld war, wo Braunkohle als Brennstoff eingesetzt wurde (wegen der Knappheit bei der Erdölversorgung); die Behandlung vieler chronischer Krankheiten kam zu kurz. Was gut war an der Medizin in der DDR, war Präventivmedizin und umfassende grundlegende Gesundheits- und Kinderversorgung.

In der DDR war die Bourgeoisie als Klasse zerschlagen worden, aber die parasitäre stalinistische Bürokratie hat der Arbeiterklasse die politische Macht vorenthalten. Der deformierte Arbeiterstaat wies insgesamt Widersprüche auf, die diese Situation widerspiegelten. Schon von Beginn dieses Jahrhunderts an war das industriell hochentwickelte Deutschland die Lokomotive Europas. Das Proletariat insbesondere Sachsens und Thüringens gehörte traditionell zu den fortgeschrittensten Elementen der deutschen Arbeiterbewegung — welche die am besten organisierte und politisch bewußteste in ganz Europa war. Darauf baute im Arbeiterstaat DDR die Stellung der Frauen auf, die im Produktionsprozeß integriert waren und einen hohen Grad an ökonomischer Unabhängigkeit besaßen. Es gibt also materielle und politische Gründe dafür, daß das soziale Bewußtsein der DDR-Bevölkerung in ganz Europa das höchste war und dies die Position der Frauen in der Gesellschaft widerspiegelte, die beispiellose Errungenschaften genossen. Doch wie Trotzki sagte, hatten die Stalinisten „die zerbrochene Schale der Familie wieder zusammengeklebt**, und dies war die Quelle der weiteren Unterdrückung von Frauen und Homosexuellen.

Trotz anfänglichen Widerstandes der DDR-Regierung, die AIDS zuerst als „imperialistische Ausgeburt" ansah, wurde die AIDS-Prävention *wissenschaftlich* behandelt, im Gegensatz zur Angst und Hysterie, die im Westen sogar von Ärzten und Wissenschaftlern geschürt werden. Homosexuelle wurden z.B. nicht von vornherein als „Risikogruppe" verdammt, sondern es wurden Sexualpraktiken als „Risikoindikatoren" diskutiert, die in der Übertragung des Virus relevant waren.

In der DDR wurde eine Reihe bedeutsamer Maßnahmen ergriffen, die im Westen entweder ignoriert oder einfach abgetan wurden. Erstens wurden alle Blutspenden und Blutprodukte, Organ-, Gewebe- und Samenspenden auf HIV-Antikörper getestet, und zwar ab 1985, als der Test im Westen entwickelt wurde. *Keine* Blutprodukte wurden in Umlauf gebracht, die der Kontaminierung verdächtigt wurden. 1987 wurde ein Programm für öffentliche HIV- und AIDS-Aufklärung, u.a. an den Schulen, gestartet. Frühe freiwillige Tests und freiwillige Partner-Nachverfolgung wurden ermutigt. Experten schätzen, daß durch diese Methoden ein Drittel der Infektionen zurückverfolgt wurden. Aber es gab ungenügende Mittel für die notwendige Ausweitung der angefangenen Programme. Und es entspricht der bürokratischen Deformationen der Planwirtschaft in einem halben Land, daß zwar die Pille allgemein zugänglich war, aber nicht Kondome; Gleitgel (das helfen kann, die Übertragung von Viren zu verhindern) gab es überhaupt nicht.

Bei HIV-Infektionen, klassifiziert als sexuell übertragbare Krankheit, galt 1986—88 die namentliche Meldepflicht, bis zum November 1989 in kodierter Form. Diese bürokratische Maßnahme hat sich, wie DDR-Wissenschaftler später in Studien zugeben, in epidemiologischer Hinsicht nicht als effektiv bewährt. Doch trotz des durchaus nicht irrationalen Mißtrauens, solch intime Daten an das medizinische Establishment auszuhändigen, das als Arm des Staats gesehen wurde, waren die Statistiken für freiwillige Tests erheblich höher als im Westen, weil die Leute keine Angst hatten, ein Opfer des Staats zu werden, weil sie sich gemeldet hatten. Der Anschluß brachte aber eine Welle blutiger faschistischer Angriffe auf Schwule, und freiwillige Tests im Osten sackten drastisch ab, als zahlreiche HIV-Gefährdete für anonyme Tests nach Westberlin gingen.



wochenpost
Anschluß hat Elend im Osten geschaffen, Gesundheitsversorgung zerschlagen, und jetzt breitet sich die AIDS-Epidemie aus

1986 gab es nur 30 diagnostizierte HIV-Infektionen in der DDR; 1989 waren es 69. Heute, drei Jahre nach der Konterrevolution, wird die Zahl der HIV-Positiven im Osten auf 4000 bis 8000 geschätzt (vgl. 80000 bis 100000 im Westen). In der DDR wurden genau *fünf* Bluter mit HIV infiziert (und *nicht* durch DDR-Blutprodukte); *kein Mensch* hat in einem DDR-Krankenhaus AIDS gekriegt.

Die Internationale Kommunistische Liga hat die Mauer verteidigt als notwendige, wenn auch bürokratische, Maßnahme gegen die imperialistische Zersetzung des Arbeiterstaats. Aber unsere Unterstützung dieser Verteidigung der Planwirtschaft erstreckte sich nicht auf die bürokratischen Reiseeinschränkungen der DDR oder ihre reaktionäre Politik, HIV-Positive aus dem Land auszuschließen. HIV-Antikörper-Tests waren Pflicht für alle Vertragsarbeiter und Studenten aus anderen Ländern, bevor sie in die DDR einreisten. Denjenigen, die HIV-positiv getestet wurden, wurde die Einreise verweigert — eine objektiv rassistische Maßnahme, die völlig entgegengesetzt ist zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und des menschlichen

Fortgesetzt auf Seite 20

AIDS...

Fortsetzung von Seite 19

Anstands. Die Grenzen jedes einzelnen Staates zu schließen, ist ein reaktionäres und utopisches Programm, das noch dazu unfähig ist, die Ausbreitung von Krankheiten zu stoppen. Wir sind gegen jeglichen Ausschluß aus irgendeinem Staat, einschließlich von afrikanischen Studenten oder Vertragsarbeitern aus der DDR, wegen einer HIV-Infektion. Heute sollen unter Bonns eiserner Faust auch noch die letzten verbliebenen Immigranten aus der ehemaligen DDR deportiert werden.

In der DDR breitete sich das Virus wie im Westen zuerst unter Homosexuellen aus, allerdings sehr viel langsamer. Eine sehr mobile homosexuelle Szene existierte praktisch nicht; praktisch die einzige breiter bekannte Schwulenkneipe war die Mocca-Bar am Alexanderplatz. Das soziale Leben basierte weiterhin auf der Einrichtung der Familie, der Quelle der Unterdrückung von Frauen und Schwulen. Durch die langweilige Konformität, die durch stalinistische Repression aufgezwungen wurde, war die DDR eine ziemlich monotone, statische Gesellschaft, in der soziale Widersprüche unterdrückt wurden. Doch die grundsätzliche soziale Gleichheit einer Gesellschaft, wo jeder einen Arbeitsplatz, eine Ausbildung und eine Wohnung hatte, bedeutete, daß die soziale Entfremdung, die aus tiefer Armut und Unterdrückung stammt und solche gesellschaftlichen Krankheitsphänomene wie Drogenabhängigkeit züchtet, nicht existierte. Während im Westen ca. ein Viertel aller intravenösen Drogengebraucher durch den Austausch von Spritzenbesteck HIV-infiziert sind, wurde HIV in der DDR nicht durch intravenöse Drogengebraucher übertragen.

Wegen dieser Tests und Reiseeinschränkungen gegenüber HIV-Infizierten inszenierte Anfang 1988 Franz Josef Strauß ein Treffen zwischen führenden Kräften des DDR-AIDS-Programms und Bayerns hartgesottenem reaktionären „Gesundheits"minister Gauweiler. Die DDR-Experten fanden Strauß/Gauweilers sinnlose, brutale, kontraproduktive Vorschläge zum Kotzen. Dazu gehörte die Abschottung von Bayerns (und Westdeutschlands) Grenzen gegen alle „Ausländer", Zwangstests für ganze Berufs- und Bevölkerungsgruppen, bis hin zu KZs für HIV-Infizierte. Bayern setzte manche dieser drakonischen Maßnahmen in Kraft, u.a. Zwangstests in Krankenhäusern, als nationales „Modell" — wie die Memminger Hexenjagd 1988/89, die als Versuchsballon für den verschärften Abtreibungsparagraphen 218 diente.

Mit der kapitalistischen Konterrevolution .wurden die historischen Errungenschaften der DDR zerstört. Die Auswirkungen sind für HIV-Infizierte doppelt schrecklich. Wir Trotzkisten haben immer die DDR und die Sowjetunion bedingungslos gegen die drohende Konterrevolution von innen und außen verteidigt trotz der Bürokratie, die die proletarischen Errungenschaften gefährdete und aushöhlte. Wir haben vor den verheerenden Auswirkungen gewarnt, die die kapitalistische Wiedervereinigung bringen würde. Und wir kämpften für die einzig wirksame Verteidigung der Arbeiterstaaten: eine proletarisch-politische Revolution im Osten und eine soziale Revolution im Westen. Für ein rotes Rätedeutschland als Teil eines sozialistischen Europas!

Was tun, und was nicht

In der kapitalistischen Gesellschaft trieft alles, was mit „öffentlicher Gesundheit" verbunden ist, von Vorurteilen über Klasse, Rasse und Sex. Die außerordentlichen Gewalten, mit denen das Gesetz die Gesundheitsämter ausstattet, sind notwendig, um Infektionskrankheiten zu bekämpfen. Das kann oft recht harsche staatliche Eingriffe ins Privatleben mit sich bringen. Aber Zwangsmaßnahmen auf die AIDS-Bekämpfung zu übertragen, hilft nichts — im Gegenteil. Heute gibt es für AIDS keinen Impfstoff und keine Kur, und in dieser rassistischen, antischwulen Gesellschaft setzen Maßnahmen wie Zwangstests und Meldepflicht für HIV-Infizierte nur diejenigen, die am dringendsten Hilfe brauchen, der brutalen eskalierenden Bigotterie aus.

Schande und Abscheu, die AIDS-Kranke im Kapitalismus treffen, sind eine Riesenbarriere zur Bekämpfung der Epidemie. Sie werden stigmatisiert, verlieren Arbeit und Wohnung, fristen als Obdachlose ein erbärmliches Leben und landen oft noch im Knast. Wer möchte sich unter diesen Bedingungen freiwillig für einen HIV-Antikörper-Test anmelden? Nicht nur DDR-Forscher, auch das BGA und die Gesundheitsämter sprachen sich jahrelang gegen Zwangstests aus.

Seit der HIV-Antikörper-Test verfügbar ist, hat sich die Internationale Kommunistische Liga gegen Versuche jeder Regierung gestellt, Zwangstests einzuführen — egal für wen. Wir sind *für freiwillige, anonyme* Tests für alle, die es wollen. Wenn es aber einen Impfstoff gegen AIDS gäbe, wären wir für die lückenlose Zwangsimpfung der gesamten Bevölkerung — sogar unter einer reaktionären kapitalistischen Regierung —, weil das Interesse überwiegt, die Ausbreitung dieser Krankheit zu stoppen. Heute fordern wir kostenlose Verteilung von Kondomen, auch an den Schulen, Entkriminalisierung von Drogen, Verteilung von sauberen Spritzen sowie eine sinnvolle, massive Aufklärungskampagne in Fragen der öffentlichen Gesundheit.

Die Antwort auf AIDS liegt in der Wissenschaft, nicht in Hysterie, und schon gar nicht in der staatlichen Kriminalisierung und Verfolgung. Die AIDS-Pandemie, wie so viele andere Gesundheitsfragen, schreit nach internationaler Kooperation bei Forschung und Entwicklung von Behandlungs- und Heilmitteln. Aber im Kapitalismus wird wissenschaftliche AIDS-Forschung durch ein System der medizinischen Versorgung, die für Profit betrieben wird, grundsätzlich verhindert.

Wir brauchen eine revolutionäre Arbeiterpartei

In der DDR fehlten zwar die Mittel, um Präventivprogramme auf alle Krankheiten auszuweiten, doch praktisch jedes Kind wurde in Krippen und Kindergärten gegen Tetanus, Kinderlähmung, Keuchhusten, Tuberkulose, Diphtherie und Masern geimpft. So wurden dort die vier zuletzt genannten Krankheiten praktisch ausgerottet. Dagegen kriegen im Westen z.B. jedes Jahr 100000 Kinder Keuchhusten; Impfung war und ist im kapitalistischen Deutschland „Privatsache". Jetzt sind in der Ex-DDR die Krippen und Kindergärten weg, im Gesundheitssystem herrscht Chaos, und Ärzte registrieren einen bedrohlichen Rückgang von Schutzimpfungen. Als erstes brechen wieder Keuchhusten, Tuberkulose und Diphtherie aus *(Frankfurter Rundschau, 1.* Juli). Es ist ein barbarisches Verbrechen, daß die Behörden dieses führenden Industrielandes sich weigern, die einfache Impfung aller Kinder zu gewährleisten.

Die verschärfte Arbeitshetze, gekoppelt mit der Drohung von Entlassungen, treibt schon heute viele krank zur Arbeit; Experten warnen, daß damit ein Anstieg an chronischen Krankheiten und Frühinvalidität droht. Die Pläne für eine weitere Privatisierung der öffentlichen Gesundheit öffnen Epidemien Tür und Tor, so der Rückkehr der virulent gewordenen Tuberkulose, die unter Immigranten und Flüchtlingen schon grassiert, und mehr. Die sichere und qualifizierte ärztliche Versorgung für alle ist ein einfaches Recht der Bevölkerung und eine dringende Notwendigkeit des gesellschaftlichen Lebens auf diesem Planeten. Es liegt im vitalen Interesse aller arbeitenden Menschen, dafür zu kämpfen, daß die organisierte Arbeiterbewegung zusammen mit *allen* Unterdrückten die mörderischen Pläne der Kohl-Ban-



Berlin, Juni 1991: Protest gegen faschistische Angriffe auf Homosexuelle. Alle notwendigen Ressourcen der Gesellschaft müssen für den Kampf gegen AIDS eingesetzt werden

Spartakist

de und ihrer SPD-Helfershelfer bekämpft — und das heißt, es mit dem kapitalistischen System selbst aufzunehmen.

Kohls Thron wackelte 1991, als die Arbeiter im öffentlichen Dienst elf Tage lang im Westen streikten. Sie hätten mehr erreicht, wenn die SPD-Bürokraten den Streik nicht ausverkauft hätten, gerade zu dem Zeitpunkt, als er sich in den Osten ausweitete. Beim ostdeutschen Metallarbeiterstreik im April taten die Sozialdemokraten an der IG-Metall-Spitze, mit tatkräftiger Unterstützung der PDS, genau das gleiche, als es an der Ruhr zu brennen anfing. Nur wenn der lähmende politische Einfluß der Sozialdemokraten gebrochen wird, kann die enorme Macht der Arbeiterbewegung in diesem Land freigesetzt werden durch den Aufbau einer klassenkämpferischen alternativen Führung. Es ist notwendig, Frauen, Jugendliche, Immigranten, Schwule, ältere Menschen, Obdachlose und Arbeitslose unter dem Banner des wirklichen proletarischen Internationalismus zu vereinen. Was fehlt, ist eine revolutionäre Arbeiterpartei, um diese kämpfende Einheit zu schmieden im Kampf für die proletarische politische Macht.

Wir haben keine Patentrezepte zum Problem der Krankheit, und wir behaupten nicht, Experten zu sein, wo die wissenschaftliche Technologie noch keine Lösung gefunden hat. Aber als Marxisten versuchen wir, an allgemeine soziale Probleme wissenschaftlich und rational heranzugehen. Und wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der die vorhandenen Ressourcen auf der Basis dessen mobilisiert werden können, was die Menschen brauchen — z.B. für die Bekämpfung von Krankheit und die Erziehung der ganzen Bevölkerung —, und nicht dafür, was für die Pharmakonzerne profitabel ist oder was übrig bleibt nach dem Verteidigungshaushalt mit seinen zig Milliarden.

Dieses menschenverachtende Gesellschaftssystem kann nicht geflickt werden, um ihm ein „menschliches Antlitz" zu verpassen, wie es SPD und PDS wollen. Gesundheitsversorgung guter Qualität für alle liegt objektiv im Bereich des materiell Möglichen, aber nicht im Rahmen des kapitalistischen Systems, das seinen Bürgern noch nicht einmal das Lebensnotwendige zugesteht, obwohl die Produktionskapazitäten und Technologien dafür existieren, die Hungernden auf dem ganzen Planeten zu ernähren. Notwendig ist die völlige Umorganisierung der Gesellschaft auf sozialistischer Basis, um das Wissen und die Technologie in den Dienst aller zu stellen.«

Air France...

Fortsetzung von Seite l

bestürzt. Die *New York Times* (26. Oktober) tadelte: „Mr. Balladur hat keinen Mumm zur Auseinandersetzung in einer Zeit, wo er in Frankreich eine soziale Explosion von der Art heranreifen sieht, wie sie das Land vor einem Vierteljahrhundert erschüttert hat." Und die Arbeiter in Frankreich und ganz Europa sahen den Sieg der Air-France-Arbeiter zu Recht als gewaltige Ermutigung.

Es ging los, als das Management der staatlichen Fluglinie einen „Umstrukturierungs"plan ankündigte, der 4000 Entlassungen zur Folge hätte, um sich auf den verschärften Wettbewerb nach der Freigabe des europäischen Luftfahrtmarktes nach dem 1. Januar 1997 einzustellen. Nach einem „Aktionstag" von Arbeitern im öffentlichen Dienst am 12. Okiober begannen die Mechaniker una Frachiarbeiier der Air France am nächsten Morgen einen militanten Streik, der den Flugverkehr in ganz Frankreich lahmlegte. Zwei Wochen lang leisteten die Streikenden den Angriffen der CRS-Bereitschaftspolizei Widerstand und schafften es mehrmals zu verhindern, daß Flugzeuge die Landebahn verließen.

Aus Angst vor der Ausweitung des Streiks, besonders auf andere Arbeiter im öffentlichen Dienst, die vor Entlassungen und Lohnkürzungen stehen, ging die Regierung in die Knie. Nur ein paar Tage vor dem spontanen Streik bei der Air France demonstrierten 35 000 Eisenbahner in Paris. Und während des Streiks marschierten 10000 Lehrer in einem Protest gegen die Regierung durch die französische Hauptstadt.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich nähert sich jetzt 12 Prozent, dem *höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg.* Nachdem der Pariser Soziologe Oliver Duhamel eine Studie durchgeführt hatte, die zeigte, daß 70 Prozent der Bevölkerung für den Streik waren, bemerkte er: „Alle haben Angst vor Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen, so daß sie eine Art Vergnügen an den Air-France-Protesten empfinden."

Als die Mitterrand/Balladur-Regierung spürte, daß sie auf einem sozialen Vulkan saß, ging sie daran, den Streik bei Air France schnellstmöglich zu beenden. Innerhalb von ein paar lagen wurde der „sozianstiscne" tsojs der Fluglinie, Bernard Attali, rausgeschmissen und sein unglücklicher „Umstrukturierungs"plan zerrissen. Aber statt diesen Sieg weiterzuverfolgen, *vergeuden* die reformistischen Gewerkschaftsführungen den der Regierung abgerungenen Vorteil.

Mehrere tausend Arbeiter beteiligten sich an einem „Aktionstag" am 26. Oktober, darunter Flugpersonal der

Fortgesetzt auf Seite 22

Air France...

Fortsetzung von Seite 21

Air France, Angestellte der Air Inter (der verstaatlichten Inlandsfluglinie) und auch Arbeiter von den staatseigenen Eisenbahnen, dem Auto- und Bushersteller Chausson und der verstaatlichten Fernsehproduktionsgesellschaft SFP. Der 26. Oktober hätte das *Sprungbrett* für weitere und sogar größere Klassenschlachten sein können. Aber die feigen reformistischen Gewerkschaftsführer" taten alles, was sie konnten, um die Mobilisierung zu begrenzen, und führten die Arbeiter um die Flughäfen herum.

Der Air-France-Streik hat erneut gezeigt, daß es der Arbeiterklasse nicht am Willen zu kämpfen fehlt. Als die Regierung ihren kläglichen Rückzieher machte, riefen die reformistischen Bonzen zur Wiederaufnahme der Arbeit auf, aber die Streikenden versuchten, den Kampf fortzuführen. Benötigt wird eine revolutionäre Führung — eine klassenkämpferische Führung in den Gewerkschaften und eine kommunistische Avantgardepartei. Zwar haben die Streikenden der Air France die Regierung dazu gezwungen, den Attali-Plan fallenzulassen, doch ohne eine revolutionäre Führung konnten sie nicht zur Offensive übergehen. In den nächsten Monaten wird das Air-France-Management sicher versuchen, die Gewerkschaftsspitzen in Verhandlungen zu ziehen, um die „Umstrukturierung" in einer weniger aggressiven Weise weiterzuführen. Jeder weiß, daß der Kampf nicht vorbei ist.

Obwohl die französische Bourgeoisie über das Ende des Streiks erleichtert war, sorgte sie sich über die schwächliche Vorstellung des Balladur-Regimes. Auch in Italien sah die Bourgeoisie im Sieg der Streikenden von Air France einen machtvollen Auftrieb für die Arbeiter, die seit Monaten gegen brutale „Austeritäts"pläne mobilisieren. Alle europäischen Bourgeoisien befürchten, daß der Funke von Air France auf ihre eigenen Arbeiter überschlägt. Als der Air-France-Streik zu Ende ging, traten fast 1200 Piloten und Flugbegleiter der Austrian Airlines in Wien in Streik, in Lissabon besetzten 2000 Streikende der TAP (Air Portugal), die gegen Tausende Entlassungen und einen Lohnstopp kämpfen, die Landebahnen des Flughafens. Einige ihrer Plakate lauteten: „TAP/Air France, der gleiche Kampf!"

Gespenst des Mai '68 verfolgt die französische Bourgeoisie

Überall weckt der Air-France-Streik den hartnäckigen Geist des französischen Mai '68. Der Minister für Transport, Bosson, erklärte in seiner Begründung für die Rücknahme des Attali-Plans, daß „es eine Bewegung war, die es seit dem Mai '68 nicht gegeben hat" *(Libération, 27.* Oktober). Und der sozialdemokratische Präsident François Mitterrand erklärte auf einer Pressekonferenz, daß „es nicht der Mai '68 ist. Aber diese Gefahr existiert tatsächlich immer noch."

Vor 25 Jahren brachte die Arbeiter/Studenten-Revolte, die sich spontan über das Land ausweitete, Frankreich an den Rand der Revolution und führte zum Sturz des halbbonapartistischen Regimes von Charles de Gaulle. Nur der unverhohlene Verrat der damals mächtigen, moskaufreundlichen stalinistischen Kommunistischen Partei Frankreichs rettete die bürgerliche Herrschaft und hinderte die Arbeiterklasse, zur Machtübernahme in einem entscheidenden Land im Zentrum von NATO-Europa weiterzugehen. Trotzdem hatte der Mai '68 einen mächtigen Widerhall in der Welt, besonders in Westeuropa. Das folgende Jahr brachte den italienischen „heißen Herbst", in dem Arbeiter ihre Fabriken besetzten und die Polizei und Werkschutzbullen bekämpften.

Heute sind von der Ostsee bis zum Mittelmeer die Bedingungen reif für ein neues '68 und einen „heißen Herbst". Nach dem Zusammenbruch der deformierten Arbeiterstaaten im Osten führen die herrschenden Klassen überall die gleichen Angriffe auf die Arbeiterklasse: die Zerschlagung der „Sozialstaats"-Konzessionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg gewährt worden waren; Lohnstopps und Lohnkürzungen, Stellenstreichungen und Entlassungen; weitreichende Privatisierungen im öffentlichen Dienst.

In Bonn, Rom und London verfolgen die Kapitalisten die französische Situation genau. Auch dort sind die Angriffe auf die Arbeiter auf aktiven Widerstand gestoßen: Fabrikbesetzungen in Italien, Massenproteste und Streiks der Berg- und Metallarbeiter an der Ruhr. Nach dem kämpferischen ostdeutschen Metallerstreik im Frühjahr haben die Kapitalisten jetzt mit der Kündigung des Metall-Tarifvertrages die Arbeiter in Westdeutschland direkt ins Visier genommen, die schweren Bataillone des Industrieproletariats. Eine mächtige soziale Explosion in Frankreich würde starke Schockwellen über die nationalen Grenzen hinaus senden.

Um die Arbeiterklasse zu schwächen und zu spalten, haben die europäischen Bourgeoisien — mit Hilfe von offenen Faschisten — eine massive rassistische Kampagne gegen Einwanderer gestartet. Die Brandanschläge auf Wohnheime von Asylsuchenden gehen einher mit dem Versuch der Regierungen, „illegale" Einwanderer abzuschieben — wie dem „Null-Immigrations"-Plan des französischen Innenministers Pasqua.

Als Antwort darauf ist eine neue Generation von radikalen Jugendlichen gegen die Faschisten und gegen die „respektablen" offiziellen rassistischen Pläne auf die Straße gegangen. Es ist notwendig, die soziale Stärke des Proletariats, die beim Air-France-Streik so dramatisch zum Vorschein kam, mit der Militanz der Jugendlichen und Minderheiten zu verbinden, die sich zuletzt am 16. Oktober beim Marsch von 50 000 in London gegen die faschistische British National Party gezeigt hat. In London wurden die Jugendlichen mit voller Wucht von der Bereitschaftspolizei zurückgeschlagen. Aber als in Frankreich die berüchtigten CRS-Truppen gegen die Streikenden eingesetzt wurden, mußte die Regierung klein beigeben, weil sie mit der enormen Macht der Arbeiter konfrontiert war.

Eine klassenkämpferische Führung der militanten Air-France-Arbeiter würde versuchen, eine Brücke zu den eingewanderten Arbeitern zu schlagen, von denen viele in Subunternehmen wie z. B. der Flughafen-Reinigung beschäftigt sind, darunter viele Frauen. Vor einigen Monaten haben diese unterbezahlten und ungeschützten Arbeiterinnen und Arbeiter einen langen Streik geführt, der isoliert nicht siegen konnte. In Orly streikten sie gleichzeitig mit Air France. Sie nehmen einen wichtigen Platz in einem gemeinsamen Kampf ein, der fähig wäre, ihre Forderungen zu erfüllen. Dies könnte der Ansatz für machtvolle Arbeiteraktionen gegen Le Pens Faschisten sein, die die unstabile gesellschaftliche Situation ausnutzen wollen. Durch die Weigerung von Piloten, Flüchtlinge abzuschieben, haben in Frankreich von 53115 geplanten Abschiebungen bisher 44477 nicht stattgefunden! Die organisierte Arbeiterklasse muß die Deportationen per Luft, Eisenbahn oder auf dem Landweg verhindern!

Der Streik bei Air France bedeutet das Ende der kurzen „Schonzeit" für Balladur und leitet eine neue Periode von scharfen politischen und sozialen Kämpfen ein. Dies bedeutet auch eine Öffnung für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei, für die unsere französischen Genossen der Ligue Trotskyste de France kämpfen. Die einzige fortschrittliche Lösung der Krise ist der Sturz des Kapitalismus und die Errichtung der Klassenherrschaft der Arbeiter.

Nach Workers Vanguard *Nr. 587, 4. November*

PKK...

Fortsetzung von Seite 24

discher Abstammung" bekanntgegeben. Jetzt wird wieder eine rassistische Hetze gegen Immigranten in Gang gesetzt, die sich unter dem Vorwand des „Terrorismus" in erster Linie gegen kurdische und türkische Immigranten richtet. Bonn droht erneut mit Verbot der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK). Scharfmacher Nr. 1 ist dabei die SPD, die die Regierung angreift, weil sie die PKK nicht längst verboten hat. CDU-Innenminister Kanther hat bereits Maßnahmen wie Versammlungs- und Bewegungsverbot angekündigt.

Die Medien beschuldigen die PKK als Urheber der koordinierten Angriffe. Eine Presseerklärung der PKK-Europavertretung vom 4. November erklärt: „Diese Vorfälle haben keinerlei Verbindung mit unserer Partei". Trotzdem werden die „Angriffe von Kurden auf türkische Institutionen" als „natürliche und verständliche Reaktionen gegen die Massakrierung und Vernichtung einer *Nation" gerechtfertigt!* Aber dies waren nicht einfach Angriffe gegen Symbole der Völkermord-Regierung, sondern auch *wahlloser* nationalistischer Terror gegen Türken. Der Wirt der Kneipe „Hermannseck" in Wiesbaden ist Kurde. In seinem Restaurant tranken Immigranten Tee, als Molotowcocktails durch die Scheiben flogen. Ein 31jähriger Türke war vom Schock so gelähmt, daß er nicht fliehen konnte und qualvoll verbrannte.

Als Leninisten lehnen wir die substitutionalistische Strategie des individuellen Terrors ab. Nur die Mobilisierung der Arbeiterklasse ist in der Lage, rassistischen Terror zu zerschlagen und den blutigen deutschen Imperialismus und den türkischen Kapitalismus wegzufegen. Doch diejenigen, die solche Angriffe gegen ihre kapitalistischen und nationalen Unterdrücker ausüben, müssen gegen bürgerliche Repression verteidigt werden. Als im Juni kurdische Konsulatsbesetzer die Symbole des Kurdenschlächterstaats Türkei angriffen, haben wir sie gegen staatliche Repression verteidigt. Wir Spartakisten verlangen die Einstellung der monströsen Schauprozesse gegen die PKK; wir sind gegen das Verbot der türkischen linken Gruppe Devrimci Sol und fordern auch Freiheit für die RAF!

Aber die Anschläge der PKK auf Reisebüros und die Entführung von Touristen sind etwas anderes, nämlich Beispiele von *wahllosem Terror* gegen diejenigen, die als „Feind"bevölkerung angesehen werden. Dies spiegelt die völkermörderische Logik des Nationalismus wider, der in den Völkern den Feind sieht statt in deren blutigen herrschenden Klassen. So hat die irische IRA nicht nur Anschläge auf britische Armeestützpunkte und faschistische Orange-Killer (paramilitärische Protestanten) verübt, sondern auch Bomben in Londoner U-Bahnen gelegt und Kneipen überfallen, wo katholische und protestantische Arbeiter gemeinsam trinken. In diesem Fall sind kurdische Nationalisten, durch die völkermörderischen Angriffe des türkischen Regimes an die Wand gedrängt, verzweifelt auf alles Türkische losgegangen, einschließlich Reisebüros, Restaurants und Kulturzentren. Dieser willkürliche Terror gegen unschuldige Menschen ist *durch nichts zu verteidigen.* Gleichzeitig sind wir gegen ein Verbot der PKK und gegen die antikurdischen Repressionsmaßnahmen der deutschen Regierung.

Bei ihrer Konsulatsbesetzung im Juni bettelte die PKK bei Reichskanzler Kohl, er möge „Frieden" in Kurdistan schaffen. Die Kehrseite von Guerillakrieg und Terrorismus sind Appelle an die Imperialisten oder ihre neokolonialen Lakaien, eine „politische Lösung" zu schaffen. Im besten Falle würde dies zu einem kurdischen „Bantustan" führen, wie es sich vor kurzem so tragisch für die Palästinenser bewahrheitet hat, wo die PLO als Bullen für die israelische Besatzungsmacht eingesetzt wird.

Die Sozialdemokratie dient den Herren des deutschen Imperialismus dadurch, daß sie West gegen Ost, Deutsche gegen Immigranten, Männer gegen Frauen hetzt. Und die PKK gibt ihr Flankendeckung, indem sie die kurdischen Arbeiter auf nationalistischer Grundlage organisiert und den gemeinsamen Klassenkampf mit Türken und anderen Arbeitern gegen den gemeinsamen Feind verhindert. Wahlloser Terror gegen alles Türkische hilft nur den Unterdrückern dabei, ihre Opfer zu spalten. Die PKK hat bewußt entschieden, nach Mölln *nicht* gegen die Nazis zu kämpfen, und sie hat sogar den Nazibrandmord an türkischen Frauen und Mädchen in Solingen als „Ablenkung" bezeichnet. Und die jetzigen wahllosen Angriffe auf Türken in Europa haben die Lage noch verschlimmert.

Dabei ist die Kampfeinheit von türkischen, kurdischen und allen Arbeitern in Deutschland heute um so dringender, da die deutsche Bourgeoisie jetzt einen allseitigen Krieg gegen die Arbeiterklasse führt. Die faschistischen Sturmtruppen dieser Bourgeoisie machen absolut keinen Unterschied zwischen Türken und Kurden. Besonders nach Mölln gab es wichtige Diskussionen und sogar einige bescheidene Anstrengungen in den Betrieben, die Gewerkschaften gegen Nazi-Terror zu mobilisieren. Angesichts des Aufstiegs des rassistischen Terrors kämpfen wir Spartakisten für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um die Nazis zu zerschlagen. In Solingen haben vor allem türkische und kurdische Demonstranten die Nationalisten aus der Demonstration vertrieben, die türkische Fahnen schwenkten und die Demo mit Rufen „Nieder mit der PKK" angriffen.

Es wäre ein mächtiges Zeichen der *Klassensolidarität* gewesen, wenn die PKK und andere kurdische linke Gruppen gegen die Nazimorde an Türken in Solingen protestiert hätten. Das hätte auch dazu beigetragen, den nationalen Gegensätzen zwischen Kurden und Türken entgegenzuwirken. Angesichts Ankaras Vernichtungskrieg gegen die kurdische Bevölkerung ist es besonders wichtig für die kurdischen Arbeiter, die türkischen Immigranten in Deutschland zu verteidigen, um den chauvinistischen Appellen der türkischen Herrscher das Wasser abzugraben.

Die Explosion von rassistischem Terror in Deutschland und Ankaras völkermörderischer Krieg in Kurdistan werden direkt angeheizt durch die kapitalistische Wiedervereinigung mit ihrer Verwüstung der DDR und ihrer Vernichtung von Arbeitsplätzen und Sozialprogrammen in ganz Deutschland. Die Spartakisten kämpfen für eine revolutionäre Arbeiterpartei, die kurdische, türkische und andere eingewanderte Arbeiter mit ihren deutschen Klassenbrüdern zum Kampf gegen den Vernichtungsfeldzug des deutschen Imperialismus vereint in einem Klassenkampf, der zur proletarischen Revolution und zur Zerschlagung des Vierten Reichs führt.

Die Einheit türkischer und kurdischer Arbeiter gegen faschistischen Terror in Deutschland kann sehr viel beitragen zur Schmiedung der proletarischen Einheit in der Türkei selbst. Dieses Potential zeigte der Protest gegen die islamischen Fundamentalisten und gegen die türkische Regierung: Nach dem Pogrom von Sivas waren von Istanbul bis Köln Hunderttausende, Türken und Kurden, das erste Mal seit Jahren *gemeinsam* auf der Straße und riefen: „In Sivas die islamischen Reaktionäre, in Solingen die Skinheads".

Eine solche Einheit muß notwendigerweise auf dem Recht der Kurden auf Selbstbestimmung basieren. Dafür müssen die türkischen Arbeiter gewonnen werden, und zwar im Kampf für eine internationalistische revolutionäre Arbeiterpartei, um die NATO/Völkermord-Regierung zu stürzen. Die Befreiung der Kurden erfordert die Zerschlagung von vier kapitalistischen Staaten. Dafür brauchen wir die revolutionäre Allianz der kurdischen, türkischen, arabischen, persischen und hebräisch-sprechenden Arbeiter im Kampf für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan, als Teil einer Föderation der Arbeiterrepubliken im Nahen Osten.«

SPARTAKIST

Kein Verbot von PKK und Devrimci Sol!

Kurdische und türkische Arbeiter: Stürzt NATO/Völkermord-Regierung in der Türkei!

Der Krieg gegen Kurden hat sich im türkischen Kurdistan in den letzten Monaten dramatisch verschärft. Täglich werden dort 20 Menschen ermordet. Das Vierte Reich ist Pate des Völkermords an Kurden, besonders durch die großzügige Ausbildung der türkischen Armee/Konterguerilla und Waffenlieferungen, und es stützt den NATO-Partner in Ankara. Angesichts des Zerfalls der Sowjetunion und unter der Schirmherrschaft des deutschen Kriegspartners erklärte der türkische Generalstabschef Güres: „Wir werden die Kurden totschlagen. Bis Frühling 1994 werden wir sie liquidieren. Wir werden sie auch in Europa liquidieren."

Brandanschlag in Wiesbaden auf türkisches Restaurant: Nein zu wahllosem Terror!

Laut Berichten sind 1,7 Millionen Menschen auf der Flucht, 778 Dörfer wurden mit Flammenwerfern und Panzern zerstört. Gleichzeitig wurde das „Antiterrorgesetz" (Artikel 8) noch verschärft. Kurdische Musik, kurdisch sprechen und das Bekenntnis, Kurde zu sein, sind verboten; „kollektive Arbeitsniederlegungen" werden als Terrorakt bezeichnet. Allein im kurdischen Lice wurden Hunderte Kurden getötet und das Dorf dem Erdboden gleichgemacht. Jeder denkt heute bei diesem Dorf an das tschechische Lidice, das von den Nazis im Zweiten Weltkrieg vernichtet wurde.

Als Reaktion auf den Völkermord kam es jetzt am 3. November zu Überfällen und Brandanschlägen auf türkische Einrichtungen in über 25 Städten in Deutschland, der Schweiz, Frankreich, Dänemark und Britannien. Diese Angriffe galten nicht nur Konsulaten und anderen Symbolen der türkischen herrschenden Klasse, sondern auch Gemüseläden und Restaurants. Dabei wurde ein Mann getötet und Dutzende von Menschen wurden verletzt.

Noch in der selben Nacht beuteten deutsche Bullen diese Angriffe für antikurdische Razzien aus. Sie brachen in 29 kurdische Immigrantenvereine, Kulturzentren und Treffpunkte ein und beschlagnahmten Ordner und Flugblätter. Insgesamt wurden bisher 46 Festnahmen von „Türken kur-

Fortgesetzt auf Seite 23

Mit Nazi-Anklagen verurteilt - Freiheit für Mielke!

Im selben Gerichtssaal 700 am Berliner Landgericht, wo 1934 der Nazi-Prozeß zur Erschießung der zwei Polizisten am Bûlowplatz stattgefunden hat, wurde am 26. Oktober 1993 Erich Mielke verurteilt. Die Anklage basierte auf denselben Zeugenaussagen, erpreßt durch Gestapo-Folter. 1934 wurden drei Todesurteile verhängt — gegen Max Matern, Fritz Bröde, Michael Klause. Jetzt wurde über den 85jährigen ehemaligen Stasi-Chef mit sechs Jahren Gefängnis praktisch das Todesurteil gesprochen. Damit wird die antikommunistische Hexenjagd weiter angeheizt, für die Mordanklage gegen DDR-Grenzsoldaten und den rachsüchtigen Prozeß gegen den jüdischen DDR-Meisterspion Markus Wolf in Düsseldorf.

Die Spartakisten protestierten am Tag der Urteilsverkündung vor dem Berliner Landgericht und forderten „Freiheit für Erich Mielke!", „Hände weg von Markus Wolf!" und „Schluß mit der SPD-geführten antikommunistischen Hexenjagd!" Nichts zeigt deutlicher als der Mielke-Prozeß die Kontinuität des Vierten Reichs, dessen Justiz intakt von Hitler-Deutschland übernommen worden ist. Mit der Hexenjagd soll alles, was mit dem deformierten Arbeiterstaat DDR zusammenhängt, als „Unrechtsstaat" verdammt werden, um Schlag auf Schlag das Dritte Reich zu rehabilitieren und Rache zu üben für den Sieg der Roten Armee 1945.



Süddeutsche Zeitung

Nicht die Verteidigung der DDR war ein Verbrechen, sondern ihr Ausverkauf! Mielkes wirkliche Verbrechen an der Arbeiterklasse hätten nur von einer politischen Arbeiterrevolution verurteilt werden können. Die Voraussetzung war die Verteidigung der DDR gegen die kapitalistische Konterrevolution, die wir Trotzkisten 1989/90 bekämpft haben. Jetzt wird Mielke von der falschen Klasse für die falschen „Verbrechen" angeklagt. Die Arbeiterbewegung und Linke muß zu ihrer eigenen Verteidigung dafür mobilisiert werden, die Hexenjagd zu stoppen! Freiheit für Mielke, Hände weg von Markus Wolf!«